

# **Die massgeschneiderte Realität**

US-Informationscodes, Netzwerkstrukturen und Machtcodes im  
Vorfeld des Zweiten Golfkriegs 1990/1991

Abhandlung  
zur Erlangung der Doktorwürde  
der Philosophischen Fakultät  
der  
Universität Zürich

vorgelegt von  
Thomas Langer

von  
Wiesendangen / ZH

Angenommen im Frühjahrssemester 2009 auf Antrag von Herrn  
Prof. Dr. Philipp Sarasin und Herrn Prof. Dr. David Krieger

Zürich, Januar 2010

# Inhaltsverzeichnis

<b>HINTERGRÜNDE.....</b>	<b>2</b>
<b>1 EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG.....</b>	<b>2</b>
Grundüberlegungen, These, Methode, Definitionen.....	3
<b>2 DIE BASISINSTRUMENTE.....</b>	<b>14</b>
2.1 Nachrichtenfaktoren und Symbole als „Formationselemente“ sozialer Strukturen .....	15
2.2 Asymmetrische Kommunikation und kognitive Schemata .....	20
2.3 Fazit: Objektivität als strategisches Ritual .....	23
<b>3 DAS NATIONALHISTORISCHE GEDÄCHTNIS DER USA.....</b>	<b>26</b>
3.1 Visionäre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft als erster Grundpfeiler.....	26
3.2 Die Verfassungsmechanik der USA .....	27
3.3 Die Bedeutung der Gründungsmythen für das nationale Bewusstsein .....	33
3.4 Bausteine des imperialen Nationbuildings .....	37
<b>ERSTER TEIL: GESCHICHTE DES US-AMERIKANISCHEN MEDIENSEKTORS IM KALTEN KRIEG.....</b>	<b>48</b>
<b>4 STRUKTURELLE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DES MEDIENSEKTORS ...</b>	<b>48</b>
4.1 Veränderung von Eigentums- und Konzernstrukturen in den 1980er Jahren .....	51
4.2 Gleichschaltung von Nachrichtenformaten und Inhalten.....	56
4.3 Produktion von Medieninhalten von wenigen Entscheidungsträger geprägt.....	69
4.4 Aufmerksamkeit als ökonomisches Gut.....	70
<b>5 EINFLUSSBEGEHREN ORGANISierter ELITEN.....</b>	<b>76</b>
5.1 Die Bedeutung der Lobbyisten.....	76
5.2 Think tanks .....	78
5.3 Corporate Interlocks.....	85
5.4 Das Revolving-door Syndrome.....	87
5.5 Fazit: Schwierig zu identifizierende Meinungsmanipulation .....	91

<b>6</b>	<b>DIE HERSTELLUNG VON MEDIENÖFFENTLICHKEIT IM KALTEN KRIEG .....</b>	<b>93</b>
6.1	Der amerikanische Vietnamkrieg (1964 – 1968): Dokumentation decodiert Fiktion .....	97
6.2	Die Dokumentation der Medien determiniert den politischen Handlungsspielraum: Die TWA Entführung 1985.....	112
 <b>ZWEITER TEIL: INFORMATIONS- UND MACHTCODES IM VORFELD DES ZWEITEN GOLFKRIEGS (1990/1991).....</b>		
<b>7</b>	<b>STANDORTBESTIMMUNG IM VORFELD DES ZWEITEN GOLFKRIEGS .....</b>	<b>122</b>
7.1	Ende des Ersten Golfkriegs, Ende des Kalten Kriegs – neue Krisen- und Kriessargumente notwendig ..	122
7.2	Pax Americana - Aussenpolitische Sicherheitsdirektive der Bush-Administration 1989 .....	129
7.3	Schlüsselfiguren der Bush-Regierung vor dem Golfkrieg 1990 .....	132
7.4	Newsbeats, sound bites und die Bedeutung symbolischer Politik.....	139
<b>8</b>	<b>DAS SCHÜREN VON AGGRESSION UND ANGST ALS FUNDAMENT DER FEINDBILDKONSTRUKTION IM AUGUST UND SEPTEMBER 1990 .....</b>	<b>146</b>
8.1	Gesonderte Mechanik der Feindbildcodierung zu Beginn des Konflikts – homogener Aufbau der Entscheidungspolitik .....	147
8.2	Die Geiselerichterstattung als analytisches Scharnier der Feindbildcodierung .....	165
8.3	Schaffung eines inneramerikanischen Problems über die Erzählstrategie von Einzelschicksalen ....	167
8.4	Hervorheben der nationalen Bedrohung durch die Konturierung von „We“ und „they“ .....	172
8.5	Fazit: Glaubwürdiges Feindbild durch die dargestellten Differenz gegen aussen .....	176
<b>9</b>	<b>AUFBAU INNENPOLITISCHER AUTHENTIZITÄT DURCH DEN AUFBAU STIMMIGER SZENARIOS IM NOVEMBER/DEZEMBER.....</b>	<b>180</b>
9.1	Die Schärfung des Krisenarguments mit der Forderung nach maximaler Authentizität .....	185
9.2	Weichenstellung für den Krieg durch die Anfertigung glaubwürdiger Lösungsstrategien .....	198
9.3	Fazit: Realität nach Mass trotz objektiver Berichterstattung .....	206
<b>10</b>	<b>KRISE OHNE ALTERNATIVE IM JANUAR.....</b>	<b>209</b>
<b>11</b>	<b>DIE REGELHAFTE EINSCHRÄNKUNG DER KRIEGSOPPOSITION .....</b>	<b>220</b>
<b>12</b>	<b>NACHRICHTENTECHNIK ALS ÖKONOMISCHES GUT – DIE SELBSTWAHRNEHMUNG DER MEDIEN NACH DEM KRIEG .....</b>	<b>239</b>
<b>13</b>	<b>DIE MASSGESCHNEIDERTE REALITÄT – RESÜMEE UND AUSBLICK .....</b>	<b>243</b>

<b>14</b>	<b>LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>250</b>
<b>15</b>	<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>274</b>
<b>16</b>	<b>APPENDIX .....</b>	<b>276</b>

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: War and the perception of reality .....	16/17
Tabelle 2: Veränderung der Inhalte von Nachrichtensendungen .....	58
Tabelle 3: Network Hostage Reports by Story Topic .....	114

# Hintergründe

*“I simply am not going to talk about the operation. I am not in a position to be able to say anything about the operation without compromising the security of the operation, and I simply am going to refuse to accept all such questions.” (Dick Cheney)<sup>1</sup>*

## 1 Einleitung und Fragestellung

Als der Krieg gegen den irakischen Machthaber Saddam Hussein am 16. Januar 1991 mit Luftangriffen der U.S. Air-Force als Folge der abgelaufenen U.N.-Resolution 678 begann, waren die US-Bürger von der heimischen Presse längst Schritt für Schritt an die Notwendigkeit eines Kriegs herangeführt worden. Der Krieg fand danach aus *übergeordneten humanitären* Gründen statt und nicht, um die eigene Versorgungssicherheit mit Öl zu gewährleisten. Auch wenn der Krieg gute ökonomische Gründe gehabt haben mochte, diese standen bei den Massenmedien nicht im Zentrum der Feindbildproduktion. Stattdessen portierten sie Themenstränge und Schlüsselfiguren, deren Motive und nationale Integrität unberührt waren und durch die der Bevölkerung eine einleuchtende Bedrohungslage vermitteln konnte. Doch warum war dies möglich? Hipfl sieht den Nationalstaat als Nachfolger der zuvor als Bezugsrahmen für existentielle, menschliche Fragen existierenden, grossen kulturellen Systeme, die in eine Funktion als Identitätsräume gepresst werden.<sup>2</sup> Den Medien obliegt dann die Funktion eines Vermittlers. Doch wie genau bietet sich diese dar? Die Rolle der Medien im Vermittlungsprozess ist nicht einfach zu verstehen, denn, im Falle der New York Times wollen Entman/Page erstens festgestellt haben, dass die Times ihrem Berichterstattungsmuster, nämlich durch *passive* Berichterstattung Realität abzubilden,<sup>3</sup> treu geblieben sei, zweitens aber auch seit dem Beginn der Golfkrise im August 1990 eine tragende Rolle spielte, indem die Zeitung eine substantielle Anzahl kritischer Berichte publizierte, die sich an die Adresse der Regierung richtete.<sup>4</sup> Drittens monieren die Autoren aber gleichzeitig den unkritischen Transport von Regierungspositionen, vor allem wenn es um Aussagen von Spitzenvertreter ging:

„They did emphasize Cheney’s testimony and Bush’s announcements and even Quayle’s speech without worrying about editorializing, most likely because they defined news in terms of helping audiences predict future

---

<sup>1</sup> Dick Cheney auf die Frage, ob die Bodenoffensive nur innerhalb Kuwaits stattfinde. Cheney Dick: Statement on the Press, in: Smith Hendrick (Hrsg.): The media and the Gulf War, Washington D.C., 1992, S. 29.

<sup>2</sup> Hipfl Brigitte: Medien als Konstrukteure (trans-)nationaler Identitätsräume, in: Hipfl Brigitte, Klaus Elisabeth, Scheer Uta (Hrsg.): Identitätsräume. Nation, Körper und Geschlecht in den Medien. Eine Topografie, Bielefeld 2004, S. 53-60, hier, S. 54.

<sup>3</sup> Solche grundsätzlichen Einteilungen lassen sich in jedem Einführungsbuch finden, vgl. hierzu exemplarisch: Wyss Vinzenz: Journalismusforschung, in: Jarren Otfried, Bonfadelli Heinz (Hrsg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern/Stuttgart/Wien 2001, S. 275.

<sup>4</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm. The Iraq War Debate and the Limits to the Media Independence, in: Bennet Lance W., Paletz David L.: Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago 1994. S. 84.

events, which meant focusing on the most powerful officials. The failure to recognize that slight alterations in news practices could have promoted more informed public participation is suggested by the contradiction between the clearly anti-administration editorial stands of the two papers, which urged vigorous public debate, and treatment of opposition claims on their new pages, which in some ways discouraged it.”<sup>5</sup>

Statistisch lässt sich dieser Umstand problemlos belegen: Präsident Bush war insgesamt die meistgenannte Schlüsselfigur im Weissen Haus und besetzte fast die Hälfte aller *sound bites*, während die demokratischen Kongressmitglieder nur 18% beanspruchten. Die sechs Top-Leader der Bush-Administration (Bush, Cheney, James Baker, Colin Powell, Dan Quayle und Brent Scowcroft) stellten in der New York Times 84.8% aller Protagonisten während des Untersuchungszeitraums vom 8. November 1990 bis am 15. Januar 1991.<sup>6</sup> Doch was bedeutet das nun? Kann die Zeitungsberichterstattung als mehrheitlich passiv angesehen werden, wobei gemäss der eben rezipierten Erhebung vor allem die *sound bites* aus dem Weissen Haus zum Zug gekommen sind, welche die Politikberichterstattung über die Krise am Golf massgeblich prägten und deshalb nur gelegentliche kritische Einwürfe möglich waren? Die von Entman/Page erhobenen Daten liessen einen solchen Schluss durchaus zu, doch: wäre es nicht ebenso denkbar, dass die bearbeiteten Medieninformationen einem Konstrukt von „Wahrheiten“ entsprachen, die geschickt die soziale Realität der Leser zu formen wussten und die über die „Wahrheit“ und „Wirklichkeit“ blosser Statistik hinausging? War es so möglich, die Meinung der US-Bürger und der Weltöffentlichkeit über die Medienkanäle *unbemerkt* zu prägen und wenn ja: welche Mechanismen vermochten dies umzusetzen?

## Grundüberlegungen, These, Methode, Definitionen

Niklas Luhmann oder Jean Baudrillard lehren uns, dass Kulturen aus Kommunikationsprozessen bestehen, die wiederum auf der Produktion und Konsumtion von Zeichen beruhen.<sup>7</sup> Cecilia Tichi hat aufgezeigt, dass die Verbreitung des Fernsehens in einer Fernsehwelt stattfand; das heisst in einer kulturellen Umwelt, in der sich Gegenstände und Symbole auf das Fernsehen beziehen.

„Vom Stil der Wohnmöbel bis zur Verhaltensweise und den Themen der Konversation“,

wie Manuel Castells anfügt.<sup>8</sup> Eine Trennung zwischen der „Wirklichkeit“ und ihrer medialen symbolischen Repräsentation wäre demzufolge nicht mehr möglich. Sind die Medien demnach Realitätsentscheider?

---

<sup>5</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm..., S. 97.

<sup>6</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm..., S 94.

<sup>7</sup> Vgl. Luhmann Niklas: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen, 1988 und Baudrillard Jean: Pour une critique de l'économie politique du signe, Paris 1972.

<sup>8</sup> Tichi Cecilia: Electronic Heart: Creating and American Television Culture, New York, 1991, zitiert in: Castells Manuel: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S. 384.

Der Soziologe und Medienwissenschaftler Klaus Merten liefert hierzu in seiner Untersuchung „Evolution der Kommunikation“ eine folgenreiche Erklärung. Er geht von der Annahme aus, dass Medien Kommunikation entfalten und Kommunikation Wirklichkeit konstruiert.<sup>9</sup> Er betont die Zunahme fiktionaler Konstrukte bei der Produktion von Medieninhalten, weil so die Kommunikationsprozesse variabler gemacht werden können. Angesprochen werden Ebenen wie Wertungen, Unterstellungen, Erwartungen, Images und öffentliche Meinungen. Die autoptische Wahrnehmung findet nicht mehr statt. Fiktionale Konstrukte sind also unter diesen Umständen nicht länger auf ihre *Authentizität* überprüfbar. Die Wahrnehmung von Authentizität spielt bei der Verankerung dessen, was wir als Realität wahrnehmen, allerdings wohl die wichtigste Rolle. Eine mögliche Folge ist eine Denkrichtung der Extreme: so verfolgt Jean Baudrillard den Grundgedanken der Fiktionalisierung von Realität, doch geht er in seinem Simulationstheorem von einem irreversiblen Prozess aus, der in einer Hyperrealität endet. In seinem 1994 veröffentlichten Buch will er die Umkehrung des Prozesses festgestellt haben,<sup>10</sup> was durchaus als Absage an die eigenen theoretischen Annahmen verstanden werden darf. Paul Virilio geht gar davon aus, dass aufgrund der Liberalisierung der Medienlandschaft und des Aufkommens von Fernsehanstalten wie CNN die Echtzeit die alles beherrschende Zeit<sup>11</sup> wurde und der Raum quasi vernichtet wird.<sup>12</sup> Geschichte verliert im Sog der Echtzeit ihre Bedeutung. Ansätze der Politischen Ökonomie oder Herrschaftsprinzipien finden bei Virilio keinen Eingang. Vielmehr findet eine Depolitisierung statt.<sup>13</sup> Aus der Sicht von McLuhan und seinen späteren Adepten sind Politik und Geschichte von den elektronischen Medien vernichtet worden. Der Zweck der Medien besteht danach eben nicht in der Erfüllung bestimmter gesellschaftlicher Interessen, sondern steht geschieden vom Menschen.

Dem steht Harold Innis ursprüngliche Behauptung entgegen. Die wohl wichtigste Feststellung des späteren Inspirators von McLuhan und Virilio wurde bereits in den 1950er Jahren formuliert und hielt fest, dass kein Medium existiere, dass nicht selbstdifferent ein *historisch* anderes enthalte.<sup>14</sup> Medientheorie lässt sich vor diesem Hintergrund bis heute eigentlich nur als *Mediengeschichte* fassen. Über medial aufgebaute politische Machtcodes zu sprechen,

---

<sup>9</sup> Merten Klaus: Evolution der Kommunikation, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit der Medien. Opladen. 1999, S. 159.

<sup>10</sup> Baudrillard Jean: Die Illusion des Endes oder: Der Streik der Ereignisse, Berlin 1994, S. 89.

<sup>11</sup> Virilio Paul: Das öffentliche Bild. In: Rötzer Florian (Hrsg.): Digitaler Schein. Ästhetik der elektronischen Medien, Frankfurt a./M., 1991, S. 18.

<sup>12</sup> Köster Werner: Ein Nomade zwischen Kunst und Wissenschaft. Über Peter Weibel als Vertreter des Techno-Diskurses. In: Bohrer Karl Heinz, Scheel Kurt (Hrsg.): Medien. Neu? Über Macht, Ästhetik, Fernsehen. Sonderheft Merkur Bd. 47, Nr. 9, 10 (1993), S. 795-806, hier S. 799.

<sup>13</sup> Vgl. Carey James W.: Communication as Culture. Essay on Medien and Society, New York 1992.

<sup>14</sup> Ronald J. Deibert: „Harold Innis and the Empire of Speed“, in: Review of International Studies, Vol. 25/2, 1999, S. 273-290, hier S. 279, zitiert in: Wolfgang Hagen: Globale Gegenwartsversessenheit. Annäherungen an Harold A. Innis und seine Theorie einer Medien-Raumzeit, in: Rudolf Maresch, Niels Werber: Raum, Wissen, Macht, Frankfurt a/M. 2002.



bedeutet demnach den Zusammenhang von Medien- und Machtgeschichte herzustellen. Die politische Dimension medial ausgeführter Meinungsbildungsprozesse findet dabei jeweils über die Ausprägung von Inhalten statt, die ihren eigenen *historischen Regeln* entsprechen.

Es handelt sich dabei um durchaus geregelten Verfahren, die innerhalb stabiler politischer Strukturen über Jahre hinweg *Themen, Inhalte und Zugangsweisen strukturieren*. Diese Technik manifestiert sich aber nicht etwa als sicht- oder wahrnehmbare Repressions-Macht, Macht der Zensur oder Geheimhaltung, sondern erhält vielmehr die Funktion einer „Anreizungs-Macht“ im Sinne einer steten Herausforderung der bislang gültigen Regeln von Macht, was Dorer als „Wissens-Macht“ zusammenfasst.<sup>15</sup> Die massgeschneiderte Realität bedeutet demnach die historischen Grundregeln der relevanten Diskurse zu kennen und die eigene Botschaft entlang dieser Entwicklungslinien auszubauen. Dem obliegt ein weiterer wichtiger historischer Grund: Geschichte ist für Foucault nicht blosse Erkenntnis, sondern *die Frage nach der Art, wie die Produktion der Wahrheit die Gestalt der Erkenntnis angenommen und sich als Norm aufgezwungen hat*.<sup>16</sup> Die „Enttarnung“ einer massgeschneiderten Realität bedeutet jene Mechanismen zu identifizieren, die eine solche Erkenntnis erst als „wahr“ ermöglichen haben. Sofern sich Politische Mediendiskurse im Prozess der unbemerkten Ablösung aus dem Zeitalter spürbarer Zensur und identifizierbarer PR-Arbeit befinden, vollzieht sich die kommunikative Stimulation im gesamten Formationsprozess eben nicht über wahrnehmbare Repression, sondern über kulturell etablierte Schemata, welche eine *einschränkende* Wirkung des Verbots nicht kennen, sondern sich auf vielfältige Weise ausdehnen und Orte maximaler Sättigung schaffen.<sup>17</sup>

Die formative Aufgabe von Information besteht dann in der Herstellung von Themen, Themensträngen und Strukturen, welche die Norm des Wissens entlang gesellschaftlich etablierter Schemata definieren. Die Nachrichtentechnik beschränkt sich dabei nicht auf die Beschreibung der technologischen Entwicklung mechanischer Apparate, sondern bezieht *die Entwicklung der Nachrichtentechniken* mit ein. Die erste Bush-Administration etwa benötigte zwischen August 1990 und Januar 1991 ein „wahres“ Feindbild, das innerhalb der nationalhistorischen Schranken der USA als „gültig“ akzeptiert wurde, das dem Stand der Nachrichtentechnik entsprach und dessen Wirkungskontrolle über Umfragen, nicht aber über wahrnehmbare Repression erfolgte.

---

<sup>15</sup> Dorer Johanna, Marschik Matthias: Kommunikation und Macht. Public Relations – eine Annäherung, Wien 1993, S. 125.

<sup>16</sup> Michel Foucault: Botschaften der Macht. Reader Diskurs und Medien, Stuttgart 1999, S. 137.

<sup>17</sup> Dorer Johanna, Marschik Matthias: Kommunikation und Macht...S. 132f.

## These

Das vorliegende Buch prüft ob und in welcher Weise die US-Medien die Weltsicht und die politische Haltung ihres Publikums durch spezifisch aufbereitete Informationen *unbemerkt* „formieren“. Diese „Formierung“ durch gezielte Information würde bedeuten, dass der zielgerichtete Aufbau von Argumenten für die Leser schliesslich dazu führte, dass bestimmte politische Optionen als *die einzig gangbare Handlungsmöglichkeit* erscheinen. In diesem Sinne soll untersucht werden, inwiefern der amerikanische Mediensektor durch die Herstellung einer solcher Art gleichsam massgeschneiderten (Medien-)Realität in entscheidender Weise daran beteiligt war, Krisenpolitik und Kriege zu legitimieren – oder ggf. auch zu stoppen. Die These der Arbeit lautet demnach: Medieninhalte stellten eine vom Publikum *unbemerkte, aber regelhafte Formation* von Wahrheit her, die nicht durch wahrnehmbare Manipulation der Inhalte und der Meinungsbildung erfolgte, sondern ausschliesslich durch die *Suggestion*, dass es auf der Basis der (spezifisch ausgewählten) Information keine anderen Denk- und Handlungsmöglichkeiten gäbe. Die Legitimation und zugleich die Ressource für diese Einschränkung der Weltsicht erfuhr diese Medienpolitik durch ihren Bezug auf die gemeinsame amerikanische Wertebasis.

Für die Leser reflektierte daher die spezifische Ausprägung der präsentierten Argumente nicht einer bestimmten politischen Agenda, sondern folgte gesellschaftlich bestens und seit langem etablierten Konventionen, Denktraditionen und Werten – sie erschienen, mit anderen Worten, daher als fraglos war und einzige Denkmöglichkeit. Wurde diese Strategie enttarnt, zerfielen das kommunikative Argument und die durch sie geschaffene Realität. Es wird zu zeigen sein, weshalb die Konstruktion der Informationsflüsse ein Verfahren sein konnte, das Themenstränge, politische Positionen, Gegenargumente und gesellschaftliche Gruppierungen nicht durch eine für den Leser augenscheinlich wahrnehmbare Manipulations- oder gar Repressionsstrategie ausschloss, sondern einzig durch ein eingeschränktes, „formiertes“ Informationsangebot auf dem Hintergrunde historisch verankerter *Mechanismen und Regeln* des politischen Diskurses.

## Methode

*Wahl des Untersuchungsgegenstands:* Der vorliegende Beitrag ist keine Geschichte der Regierungspropaganda-, taktiken- und techniken, mit denen der US-Bevölkerung der politische Wille „verkauft“ werden sollte, sondern explizit „nur“ eine historische Medienanalyse. Die Fokussierung auf das Medium Zeitung lohnt sich *gerade wegen der Dominanz des Fernsehens* und der damit verbundenen Produktion von massentauglicher, symbolischer Politik:

Kepplinger weist erstens auf den besonderen Wirkungseinfluss der Elitemedien wie der New York Times oder der Washington Post auf das gesamte Mediensystem hin, dass sich demzufolge auch auf das Management, die Strategen oder Besitzer der Fernsehsender und damit letztlich auf das Publikum auswirkt.<sup>18</sup>

Eine Analyse der grossen vier Networkprogramme nach dem Zweiten Golfkrieg von 1990/1991 ergab zweitens, dass eben diese Quellen den Networks als Programmgrundlage dienten. Quellengrundlage waren dabei in erster Linie die Washington Post und die New York Times.<sup>19</sup> Die Ballung von Meinungs- und Marktmacht zeigt sich vor allem in der News- und Themenselektion der *Aussenpolitik*, denn erst was die Times als berichtenswert erachtet, drucken, senden und verfolgen auch andere Kanäle.<sup>20</sup> Michael Deaver, dessen Konzept während der Reagan-Ära erst die vielschichtigen Kooperationen zwischen Zeitung, Regierung und *think-tanks* möglich gemacht hatte, zeigte sich nach dem Krieg wohl deshalb überaus zufrieden über die Zusammenarbeit mit der Times:

„Selbst wenn man nun eine Public-Relations-Agentur damit betreuen würde, sich um die Medienkontakte während dieses internationalen Ereignisses zu kümmern, könnte diese nichts mehr an der schon bestehende Kooperation verbessern.“<sup>21</sup>

Graber betont drittens, dass das Fernsehen als verlässliches Meinungsbildungsinstrument nach 1990 wieder geringer bewertet wurde, als nationale Printprodukte wie etwa die New York Times oder USA Today oder, für Wirtschaftskreise, das Wall Street Journal.<sup>22</sup>

Ein vierter Grund ist die Reflexivität, durch die sich die Zeitungsarbeit der Elitemedien auszeichnet. Sie müssen aufgrund des Erscheinungsturnus einen anderen journalistischen Ansatz umsetzen, als dies beispielsweise CNN mit den Live-Berichterstattungsmustern in Kurzform tun kann. Zeitungen müssen gegenüber dem Fernsehen einen geldwerten Mehrwert liefern, der sich von den zweifellos erfolgreichen Mustern der Fernsehkriegsberichterstattung abhebt. Reflexivität, Hintergrundinformationen, Analysen u.ä. sind dabei wichtige Instrumente, die bei der Meinungsbildung der Eliten eine zentrale Rolle einnehmen und in dieser Form vom Fernsehen nicht geleistet werden.

Mit USA Today und der New York Times fiel meine Wahl zudem fünftens auf zwei Zeitungen, die von ihrer politischen Färbung, Aufmachung, Reputation und Zielorientierung ge-

---

<sup>18</sup> Kepplinger Hans-Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Freiburg/Preisgau 1998, S. 44.

<sup>19</sup> Reese Stephen D., Grant August, Danielian Lucig H.: The structure of new sources on television: A network analysis of "CBS News," "Nightline," "MacNeil/Lehrer," and "This Week with David Brinkley." *Journals of Communication* 44, 1994: S. 84-107, hier S. 84, zu finden auch unter: <http://journalism.utexas.edu/faculty/reese/articles.html>

<sup>20</sup> Elfenbein Stefan W.: The New York Times..., S. 181.

<sup>21</sup> Wyss Vinzenz: Journalismusforschung..., S. 211.

<sup>22</sup> Graber Doris A.: Mass media and American politics, 5th edition, Washington D.C. 1997, S. 97.

gensätzlicher nicht sein könnten. USA Today als auflagenstarkes Massenblatt und die New York Times, als elitäres Meinungsbildungsinstrument. Die *Fokussierung auf Leitartikel* bedeutet dabei keine Beschränkung auf die berichtende Textsorte. Bericht und Meinung lassen sich nicht sauber auftrennen, aber das spielt im vorliegenden Fall keine Rolle: Leitartikel repräsentieren jeweils die „Stimme“ der Zeitung. Sie sind das geschriebene meinungsbildende Pendant zum Fernsehen, denn auch sie sind per definitionem auf Persuasion angelegt - und das ist auch die Erwartungshaltung des Lesers.<sup>23</sup> Schallenger stellt fest, dass die Konzentration auf Leitartikel zwar eine Einschränkung des Analysematerials darstelle, allerdings würden in ihnen

„oft Tendenzen, erstrebenswerte Ziele und Absichten oder erwartbare Zukunftsdeutungen als solche vorgestellt, und sie konturieren die Grenzen des aktuell Sagbaren und Machbaren deutlich“.<sup>24</sup>

Die Bedeutung der „Frontpages“ als politisches Meinungsbildungsinstrument nahm auch nach 1990 nicht ab. Die Berichterstattung über Kategorien wie „Government News“ oder die Kriegsberichterstattung verlor im Fernsehen sogar an Gewicht. Deren Gewichtung auf der Frontpage A1 blieb allerdings deutlich über derjenigen der Networks (Zeitung 26%, Networks 16%).<sup>25</sup> Zudem verweist dieselbe Studie darauf, dass lediglich 5% aller Frontpage Artikel ohne Hinweis auf eine Quellenangabe geschrieben wurden. Für die Berichterstattung auf der Frontseite wurden also journalistische Qualitätsstandards durchgesetzt.

Für die Zeitungslandschaft gelten hinsichtlich der Produktionslogik von Inhalten allerdings sechstens zunehmend ähnliche Restriktionen wie für die Fernseh- und Radiolandschaft: die meisten kleinen und lokalen Zeitungen sind wirtschaftlich nicht mehr unabhängig, sondern gehören zu Zeitungsketten und behalten nur nach aussen ihren individuellen Auftritt bei. Als Zeitungsketten operieren heute u.a. Knight-Ridder, Gannett, Scripps-Howard oder die New York Times Company. Die Fokussierung auf die beiden auflagestärksten Zeitungen der USA macht deshalb Sinn, denn bei kleineren Zeitungen kreuzen sich lokale Verankerungs- und Konglomeratsstruktur in einer unübersichtlichen und kaum nachzuvollziehenden Weise. Lokale Zeitungen übernehmen gerne die Leitartikel oder Kommentare der Grossen, ohne dies auszuweisen. Dadurch lassen sich politische Kommentare mit eindeutiger Färbung in der nächsten Zeitung als Leitartikel verarbeiten oder Leitartikel innerhalb des gesamten Konglomerats unter verschiedenen Labels duplizieren, sodass Russ Braley im Falle der New York

---

<sup>23</sup> Mautner Gerlinde: Der britische Europa-Diskurs. Methodenreflexion und Fallstudien zur Berichterstattung in der Tagespresse, Wien 2000, S. 59.

<sup>24</sup> Schallenger Stefan: Schallenger Stefan: Moralisierung im Kriegsdiskurs. Eine Analyse von Printmedienbeiträgen zum Golfkrieg und zum Vietnamkrieg, Frankfurt a./M. 1999, S. 73.

<sup>25</sup> [http://www.stateofthenewsmedia.org/narrative\\_newspapers\\_contentanalysis.asp?cat=2&media=2](http://www.stateofthenewsmedia.org/narrative_newspapers_contentanalysis.asp?cat=2&media=2)

Times bereits Mitte der 1980er Jahre zusammenfasste, dass sich die Titelseiten quer durch das Land

„angefangen beim Boston Globe bis hin zum Seattle Post-Intelligencer, wie ein Ei dem anderen gleichen“.<sup>26</sup>

Frontseitige Geschichten werden dann nicht nur im Hauptblatt, sondern auch in den dem Verlag zugehörigen lokalen Nebenschauplätzen publiziert. Die Diversifikation eines Medienunternehmens in andere Medienzweige wie dem Fernsehen oder dem Internet ermöglicht eine „konsistente“ Programmgestaltung über ein Mediengenre hinaus. Für den Medienkonsumenten ist dabei kaum mehr nachvollziehbar, ob eine aus verschiedenen Medienkanälen rezipierte Information aus derselben Quelle stammt. Die Gefahr politischer Meinungslenkung über ein weit verzweigtes und für den Konsumenten undurchsichtiges Netz an Publikationsorganen und Medienstationen ist deswegen nicht zu unterschätzen. Edwin Baker etwa belegte den negativen Einfluss von „chain ownership“ im Zeitungswesen auf die publizistische Qualität zu Beginn der 1990er Jahre.<sup>27</sup>

*Inhaltlich* steht im vorliegenden Buch die qualitative Analyse historischer Ausgangspunkte und Exponenten anhand von Fallbeispielen im Vordergrund, die für die Realitätsformation in Krisen- und Kriegssituationen vom amerikanischen Vietnamkrieg bis zum Zweiten Golfkrieg 1990/1991 essentiell waren. Der Fokus richtet sich auf die Frage, ob und wie Medieninhalte den Meinungsbildungsprozess beeinflussten und so nicht nur informativ, sondern formativ wirkten. Die Fallbeispiele sind so gewählt, dass sich erstens eine Übersicht über die Geschichte der Entwicklung und Verflechtung zwischen Medien, Politik und Wirtschaft, ihrer Interessen, Produktionsprozesse und Ergebnisse möglich wird. Während die nationalstaatlichen Grundlagen in den Anfängen der USA zu suchen sind, konzentriert sich die Entwicklung eines Gesamtbilds der Informationspolitik des 20. Jahrhunderts vor allem auf den Zeitraum zwischen dem amerikanischen Vietnamkrieg und dem Golfkrieg von 1990. Vietnam ist ein entscheidender Krieg, weil er als erster *Fernsehkrieg* gilt und die produzierte Medienfiktion durch die Realität vor Ort decodiert wurde. Die TWA-Entführung zeigt, welche Macht die von den Medien wahrgenommene „*Watchdog-Funktion*“ entfalten kann. Die Untersuchungsperiode vor dem Golfkrieg von 1990/1991 hingegen verlief einerseits wegen des zerfallenen bipolaren Machtsystems unter neuen aussenpolitischen Voraussetzungen und ermöglichte andererseits aus den Produktionsfehlern der Vergangenheit zu lernen und die Beachtung eta-

---

<sup>26</sup> Braley Russ: *Bad News – The Foreign Policy of the New York Times*, Chicago 1984, 570. Deutsche Übersetzung von Russ Braley durch Stefan Elfenbein, in: Elfenbein Stefan W.: *The New York Times. Macht und Mythos eines Mediums*, Frankfurt a./M. 1996, S. 229.

<sup>27</sup> Baker, C. Edwin: *Ownership of Newspapers: The View from Positivist Social Science*. Discussion Paper Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics, and Public Policy, Harvard University 1994.

blierter Gesellschaftsmuster, die Erstellung eines charakteristischen, medientypischen Zugangs zum Krisenherd bei gleichzeitiger Beachtung der „*Watchdog-Funktion*“ erfolgreich zusammenzuführen.

Die ausgewählten Fallbeispiele setzen deshalb wichtige Schwerpunkte: die Pole der nationalen Sicherheit und des demokratischen Anspruchs einer transparenten Informationsgesellschaft prallen hier jeweils direkt aufeinander. Dies allerdings unter unterschiedlichen Voraussetzungen. Die Beispiele des Vietnamkriegs, der TWA-Entführung, der Entwicklung des Mediensektors, die Entwicklung netzwerkartiger Machtstrukturen auf der politischen Bühne, die Veränderung der Vernetzung zwischen Politik und Mediensektor aber auch die polit-historischen Grundfesten der Nation USA münden schliesslich in die Hauptthese der „unbermerkten Formation durch Information“ im Vorfeld des Golfkriegs von 1990/1991. Dieser Zeitabschnitt ist für die Etablierung demokratischer Entscheidungsprozesse aus der Sicht der US-Mediennutzer auch für die Gegenwart folgenreich, denn dabei wird der Demokratietheoretische Anspruch der USA, sämtlichen Bürgern als Vorreiter einer freien Welt im Gewand der Demokratie stets freie Entscheidungsprozesse anzubieten, überprüft.

## **Forschungsstand**

Arbeiten zur Mediengeschichte der USA anlässlich von Krisen und Kriegen fixieren zu meist ein bestimmtes Ereignis und verfolgen keine übergreifende Analyse, die nach den Mechanismen und der Produktionslogik von Formation durch Information fragen. Martin Löffelholz konstatiert etwa, der Zweite Golfkrieg habe in den USA einen Schub von Studien induziert, die sich auf drei Aspekte der Krisenkommunikation konzentrierten: Die Beziehung zwischen Medien und Regierung, die Strukturen der Medienangebote sowie die Reaktion der Rezipienten.<sup>28</sup> Es mangelt zudem nicht an Studien, welche die Besitzverhältnisse der Medienkonglomerate kritisch beleuchten,<sup>29</sup> die Rolle von *think-tanks* in der amerikanischen (Medien-)Politik, die Macht von Parteien, Verbänden oder gar religiöser Lager in den Entscheidungsprozess der Bürger einbeziehen,<sup>30</sup> die Kommerzialisierungsprozesse der Massenmedien be-

---

<sup>28</sup> Löffelholz Martin: Krisenkommunikation: Probleme , Konzepte, Perspektiven. In: Löffelholz Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis: Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation, Opladen, 1993, S. 15.

<sup>29</sup> Vgl. McChesney Robert W., Nichols Hohn: Unsere Medien? Demokratie und Medienkonzerne in den USA, Berlin 2004, The Media Monopoly. Revised and expanded with the latest information on the expansion of global media giants, Boston, 1997, Alger Dean: Megamedia. How Giant Corporations Dominate Mass Media, Distort Competition, and Endanger Democracy, Landham/Boulder/New York/Oxford, 1998.

<sup>30</sup> Vgl. Nownes Anthony J.: What Lobbyists Want and How They Try to Get It, Cambridge 2006, Rosenthal Alan: The Third House: Lobbyists and Lobbying in the States, Washington 2001, Rich Andrew: Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Experts, Cambridge 2005, Abelson Donald E.: Do Think Tanks matter? Assessing the Impact of Public Policy Institutes, Quebec 2002.

schreiben<sup>31</sup> oder die Rolle der Massenmedien,<sup>32</sup> Politik<sup>33</sup> oder PR<sup>34</sup> bei der Krisen- und Kriegsberichterstattung untersuchen. Auch heute gilt allerdings Löffelholz' Kritik, dass die meisten Fallstudien den Krieg entweder akteursorientiert (Handlungsträger der Krisenkommunikation), prozessorientiert (Phasen der Krisenkommunikation) oder systemorientiert (Beziehungen in und zwischen – selbstreferentiellen – Systemen) thematisierten.<sup>35</sup>

Ein Mangel an Verständnis existiert aber für die Frage, *warum* verantwortungsvolle Zeitungen, Verlage, Journalisten sich nicht gegen die politische Zensur im Krisen- und Kriegsfall und, vor allem, in der Periode vor dem Kriegsereignis erhoben. Man mag diese Frage als naiv und unprofessionell abtun; ausreichend beantwortet und begründet wurde sie bisher noch nicht. Allen mir bekannten Studien fehlt entweder *die historische Dimension* oder aber sie bestehen vorwiegend aus einer historischen Überblicksdarstellung, die sich dann vielmehr der Dokumentation widmen und an die *keine explizite Analyse* anknüpft.

Diese Arbeit versucht beide Ansätze zu verbinden. Allerdings sind einige Ergänzungen bezüglich dem Forschungsstand der untersuchten Zeitperiode und der angewandten Methode notwendig: während eine Unmenge an Studien über Kriegs- und Terrorereignisse existieren, erscheint der Zeithorizont *im Vorfeld* von Krisen, wie etwa dem Zweiten Golfkrieg, nicht zu existieren. Nur vereinzelte Studien haben sich ansatzweise dieser Periode gewidmet. Keine (mir bekannte) Studie hat bislang versucht, die Mechanismen der unbemerkten Formation durch Information im Vorfeld der Golfkrise zu erarbeiten und diese Mechanismen mit historisch begründeten Erklärungsparametern herzuleiten. Der Forschungsstand über die Situation der Massenmedien im Zeitraum zwischen der Besetzung Kuwaits durch Saddam Hussein am 2. August 1990 und dem Beginn der US-Luftangriffe auf Bagdad am 16. Januar 1991 gleicht

---

<sup>31</sup> Vgl. Minor Dale: *The Information War*, New York, 1970, Ludes Peter: *Von der Nachricht zur News Show*, Fernsehnachrichten aus der Sicht der Macher. München 1993, Bachem Christian: *Fernsehen in den USA*, Opladen 1995.

<sup>32</sup> Vgl.: O’Heffernan, Patrick: *Mass Media and American Foreign Policy: Insider Perspectives on Global Journalism and the Foreign Policy Process*, Norwood, 1991, Denton Robert E. (Hrsg.): *The media and the Persian Gulf War*, Westport, London, 1993, Elter Andreas: *Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917 - 2005*, Frankfurt a./M. 2005, Cook Timothy E.: *Washington Newsbeats and Network News*, in: Bennet Lance W., Paletz David L.: *Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*, Chicago 1994, Bennet Lance W., Paletz David L.: *Taken by Storm. The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War*, Chicago 1994,

<sup>33</sup> Vgl. Falke Andreas: *Aussenpolitik als Interessensgruppenpolitik* in: Jäger Wolfgang, Haas Christoph M., Welz Wolfgang: *Regierungssystem der USA*, Oldenbourg, dritte Auflage, 2007, Keller Patrick: *Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik: Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush*, Paderborn/München/Wien/Zürich, 2008.

<sup>34</sup> Vgl. Rybarczyk Christoph: *Great Communicators? Der Präsident, seine PR, die Medien und ihr Publikum. Eine Studie zur politischen Kommunikation in den USA*, Hamburg 1997, Miller David: *Tell me lies. Propaganda and Media Distortion in the Attack on Iraq*, London, 2004, vergleiche ferner: Röttger Ulrike: *Public Relations – Organisation und Profession. Öffentlichkeitsarbeit als Organisationsfunktion. Eine Berufsfeldstudie*. Wiesbaden 2000, Rolke Lothar/Wolff Volker (Hrsg.): *Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden*. Opladen, Wiesbaden 1999, Kunczik Michael: *Public Relations. Konzepte und Theorien*, Köln 1993.

<sup>35</sup> Löffelholz Martin 1993: *Krisenkommunikation: Probleme...*, S. 15.

aus der Sicht der medienhistorischen Forschung einem Schwarzen Loch. Historische Überblicksdarstellung beschäftigen sich zwar zumeist kurz mit dem Zeitabschnitt vor dem Krieg, Studien, welche dezidiert die Situation der Massenmedien im Vorfeld des Kriegs beleuchten *und* die Informationspolitik der Regierung ausführen, existieren hingegen praktisch kaum. Aus diesem Grund referiere ich die ökonomischen und publizistischen Entwicklungen der Massenmedien seit dem Vietnamkrieg, den zunehmenden Professionalisierungsgrad organisierter Eliten, die Beispiele des Vietnamkriegs und der TWA-Entführung sowie die politische Situationsanalyse im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs. Die ausgearbeiteten Fragmente zeigen die rasante Entwicklung der Massenmedien auf und unterstreichen, weshalb Repression kein geeignetes Kommunikationsmittel der US-Regierung sein konnte. Die ausführliche Betrachtung der Medienarbeit im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs ist sodann als ein erster Versuch zur Aufarbeitung dieses wesentlichen Mankos der US-amerikanischen Mediengeschichte angelegt, dies aber nicht mit dem Anspruch minderer Sorgfalt. Die Dringlichkeit der Debatte in der Gegenwart zeigt sich nicht zuletzt aufgrund neuerer US-Arbeiten zur US-amerikanischen Rede- und Meinungsfreiheit, die diese zu keinem Zeitpunkt in Frage stellen, sondern deren umfassende Schlagkraft vielmehr historisch „beweisen“.<sup>36</sup>

### **Gliederung, Quellen und Eingrenzung des Untersuchungskorpus**

Die vorliegende Arbeit baut ihre Vermutung der „unbemerkten Formation durch Information“ und in drei Teilen auf:

Der einführende Teil „Hintergründe“ bespricht zuerst grundlegende medientheoretische Ansätze und Schlüsselkonzepte, die der Krisenberichterstattungen als Basisinstrumente der medialen Meinungsbildung dienen. Die Darstellung der Verankerung des nationalhistorischen Verständnisses der USA klärt danach die Voraussetzungen, mittels denen ein durch historisch etablierte Modelle strukturierter Meinungsbildungsprozess bis in die Gegenwart entstehen konnte.

Im ersten Teil „Geschichte des US-amerikanischen Mediensektors im Kalten Krieg“ werden die konkreten Werkzeuge, Organisationen und Funktionen des Meinungsbildungsprozesses vor allem zwischen dem Vietnamkrieg bis vor der Golfkrise benannt und nachgezeichnet. Durchleuchtet werden die Bedingungen und Voraussetzungen auf technischer, ökonomischer und organisatorischer Ebene, die seit dem Vietnamkrieg erheblichen Einfluss auf die Ausprägung von Informationsasymmetrien und die Kommunikationsstruktur im Vorfeld des Golfkriegs hatten. Reproduziert wird so auch die Bedeutung von Netzwerkstrukturen für die

---

<sup>36</sup> Vgl. Lewis Anthony: Freedom for the Thought That We Hate. A Biography of the First Amendment. New York 2007.



Ausbildung von Medieninhalten zwischen dem Vietnamkrieg und dem zweiten Persischen Golfkrieg.

Der zweite Teil „Informations- und Machtcodes im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs“ beginnt mit einer kurzen Ereignisgeschichte des Wegs in den zweiten Golfkrieg und eine Darstellung von dessen Ablauf. Danach folgt die Darstellung, wie die Medien den Weg in den Krieg vorbereiteten. Untersucht werden dabei die konkreten Themen, Strukturen und Modelle im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs anhand der Zeitungstexte der „New York Times“ und von „USA Today“. Dabei gilt es zu zeigen, inwiefern die meinungsbildenden Mechanismen durch staatshistorische aufgeladen waren und so zu einer „unbemerkten Formation durch Information“ führten, innerhalb derer sich vom Leser unbemerkt zensorische Massnahmen etablierten. Ziel ist eine Antwort auf die Frage zu finden, *weshalb* der systematisch aufgebaute politische Handlungszwang schliesslich in beiden Blättern zur alternativlosen Darstellung des Kriegs führte.

Folgenden Textdaten und Quelle dienten der Recherche: (1) Umfragen von US-Zeitungen und Fernsehstationen sowie Leitartikel der Zeitungen USA Today (193 identifizierte Frontartikel) und New York Times (1257 identifizierte Frontartikel) zwischen dem 25. Juli 1990 bis am 16. Januar 1991, (2) Studien zum Golfkrieg, Mediennutzungsdaten, demografische Datenanalysen von offiziellen Regierungs- und Wirtschaftsstellen aus den USA, (3) Regierungsprotokolle, Transcripts und offizielle Dokumente sowie (4) Sekundärliteratur in Form von Büchern und Aufsätzen in Fachzeitschriften oder Dissertationen.

Aus der zeitgeschichtlichen Ausrichtung ergeben sich spezifische Widerstände bei der Quellenlage. Zahlreiche Regierungs- und Militärdokumente, vor allem solche, welche die Nationale Sicherheit der USA betreffen, unterliegen nach wie vor der Geheimhaltungsstufe. Die Internetpräsenz der „George H.W. Bush Presidential Library and Museum“ etwa aktualisiert Freigaben stetig.<sup>37</sup> Insofern muss das vorliegende Buch als Zwischenfazit verstanden werden.

---

<sup>37</sup> <http://bushlibrary.tamu.edu/research/nsr.php>

## 2 Die Basisinstrumente

Medientheorien sind heute Gegenstand zahlreicher Forschungsrichtungen der Kommunikationswissenschaften, der Soziologie und Politologie, der Volks- und Betriebswirtschaftslehre oder der Rechtswissenschaften. Studienergebnisse über die Produktionsverfahren von Medieninhalten tragen ebenso wie ihre theoretischen Ansätze die Handschrift ihrer Herkunft. Eine Rothman-Lichters-Studie fragte beispielsweise in den 1980er Jahren lakonisch: „Are Journalists dangerously liberal?“ Die durch diese „Studie“ provozierten Antworten verlieren stark an Relevanz, betrachtet man ihre Herkunft. Es handelte sich um eine Auftragsstudie des Weissen Hauses, deren Verbreitung durch die konservativen Republikaner in den USA mit über einer Million Dollar unterstützt wurde.<sup>38</sup> Ein zweites Beispiel ist eine quantitativ und inhaltsanalytisch aufgebaute Studie des US-Militärs über die Berichterstattung der New York Times im Vorfeld des Golfkriegs. Die Autoren kamen dabei zum Schluss:

„For the entire period of study, the newspaper showed a tendency toward neutrality in its coverage of events relating to the Persian Gulf“.

Rund 64% der untersuchten Artikel konnten danach der Kategorie neutral, knapp 20% der Kategorie nachteilig und rund 16% als günstig/positiv zugeordnet werden.<sup>39</sup> Die nach statistischen Merkmalen sortierte Verarbeitung der Studien spart bereits *die Möglichkeit* von PR-Verzerrungen aus. Die Frage, aus welchem (politisch motivierten) Blickwinkel eine solche Bewertung stattfand, stellte sich nicht.

Massenmediale Meinungsbildungsprozesse entstehen durch die Ausgestaltung von kommunikativen Massnahmen und werden von einer Vielzahl von Akteuren entwickelt. Die Nachrichtenredaktionen selektieren Informationen nach ihrer eigenen Funktionslogik. PR-Agenturen, Regierungsstellen oder *think-tanks* bauen mittels *Agenda-Setting*, *Priming*, *Framing* sowie mit asymmetrischer Informationskonstruktion eine für die jeweilige Partei vorteilhafte Kommunikationsrealität auf. Gerade unter solchen Gesichtspunkten mutet die oft normativ geprägte Diskussion über die Aufgaben- und Pflichtfelder der Medienschaffenden oder die „wirkliche“ Beschaffenheit von Medieninhalten schwierig an, denn Zensur lässt sich nicht auf klar identifizierbare Akteure oder Schlagworte wie „PR“ oder „Propaganda“ reduzieren. Eingriffe in die Inhaltsproduktion der Medien erfolgen über die subtilen Konzepte der „Nachrichtenfaktoren“, „Kollektivsymbole“, „Kognitiven Schemata“, „Agenda-Setting“,

---

<sup>38</sup> Gans Herbert J.: Are U.S. Journalists dangerously liberal? In: Columbia Journalism Review, November 1985, S. 29 – 33.

<sup>39</sup> Loomis Edward S., Phillips Paul S.: Selected Elite Newspapers and Coverage of the Persian Gulf War: A Content Analysis and Study of the Influence of the New York Times and Los Angeles Times on Public Opinion, Washington D.C. 1991, S. 51.

„*Priming*“, „*Framing*“ viel früher und setzen unbemerkt an. Die knappe Einführung einiger ausgewählter Konzepte schafft eine Verständnisgrundlage und eine im Rahmen dieser Arbeit anwendbare Struktur.

## 2.1 Nachrichtenfaktoren und Symbole als „Formationselemente“ sozialer Strukturen

Die von Galtung/Ruge<sup>40</sup> oder Donsbach<sup>41</sup> ausgeprägten Selektionsmechanismen von Informationen belasten die schwierige Forderung nach Objektivität der Medienschaffenden. Die Selektion der für die mediale Verbreitung „tauglichen“ Informationen erfolgt sowohl im Journalismus als auch im PR-Bereich nach jeweils systeminternen und nicht nach objektiven, von aussen vorgegebenen Kriterien. Die theoretische Grundlage folgt dementsprechend einem systemtheoretisch-konstruktivistischen Ansatz, der primär von journalismuseigenen Faktoren wie Aufmerksamkeit, Selektion und Präsentation der Medienberichterstattung gesteuert wird.<sup>42</sup> Ihre Anzahl bewegt sich je nach Literatur zwischen 10 und 20.<sup>43</sup> Als wichtige medien-spezifische Kriterien werden etwa die Anschliessbarkeit an die Berichterstattung, die Personalisierbarkeit oder die Visualisierbarkeit im Falle der audiovisuellen Medien genannt, aber auch nachrichtenspezifische Kriterien wie etwa Nähe, Aktualität oder Normverstoss.

Das inzwischen über die Medienwissenschaft bekannte Schlagwort der Nachrichtenfaktoren bildet dabei nur ein erstes Grundgerüst, das die Entscheidungsparameter der Medien einzufangen versucht. Ein zweiter Filter wird über die Ereignisse selbst gelegt, damit diese in die Berichterstattungsmuster – und damit in den Reigen der medien-spezifischen Nachrichtenwerte – passen.<sup>44</sup> Dabei muss zwischen zwei grundlegenden Funktionen unterschieden werden: der funktionalen Rahmen, innerhalb dessen Ereignisse gelegt werden sowie der originär zugeordneten Aufgabe von Journalisten.

*Der funktionale Rahmen:* Berichterstattungen über Krisen funktioniert nach Jürgen Link in einem kulturellen „symbolischen und narrativen Rahmen“, der immer schon in kollektiv-

---

<sup>40</sup> Galtung Johna, Ruge Mari Holmboe: Structuring and Selecting News, in: Gottschlich, Maximilian (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung, Wien 1987, S. 129-137. Der Originaltext von Galtung/Ruge wurde 1965 publiziert.

<sup>41</sup> Donsbach Wolfgang: Journalismusforschung in der Bundesrepublik: Offene Fragen trotz „Forschungsboom“, in: Wilke Jürgen (Hrsg.): Zwischenbilanz der Journalistenausbildung, München 1987, S. 105–142.

<sup>42</sup> Schulte-Holtey Ernst: Die selektive Wahrnehmung von Krieg. Die Eigendynamik von „Medien-Maschinen“ in Kriegszeiten, in: Albrecht Ulrich, Becker Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden, Baden-Baden 2002, S. 174.

<sup>43</sup> Ruhrmann Georg: Ereignis, Nachricht und Rezipient. Die Wirklichkeit der Medien, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J., Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit in den Medien. Opladen 1994, S. 238-242.

<sup>44</sup> Galtung Johan: Friedensjournalismus: Was, warum, wer, wie, wann, wo?, in: Kempf, Wilhelm, Schmidt-Regener Irena (Hrsg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Reihe Friedenspsychologie Band 4, München 1998, S. 3-20.

symbolische Schemata und mythische Geschichten eingebettet sei.<sup>45</sup> Schulte-Holtey hält dazu vertiefend fest, dass „mythisch“ nicht in einem negativen ideologiekritischen Kontext verstanden werden müsse, sondern im „deskriptiv-strukturalen“. Dies bedeutet nichts anderes, als dass gesellschaftlich geteilte kulturelle Erfahrungsschemata an das „soziale Band“ einer Gesellschaft anknüpfen und so das kollektiv geteilte integrale Wissen einer Kultur repräsentieren.

„Jedes Individuum bewegt sich ständig innerhalb dieses kulturellen Rahmens, wobei die subjektivierende Erfahrung von Ereignissen und Wissen zugleich immer mit Subjektbildung einhergeht: Individuen sind in einem ständigen Prozess gezwungen, sich punktuell positiv oder negativ zu identifizieren“.<sup>46</sup>

Schulte-Holtey hält denn auch fest, dass ‚Nähe‘ und ‚Aktualität‘ im Sinne einer kognitiven Betroffenheit

„...völlig unabhängig von raumzeitlichen Verhältnissen entstehen, weil durch Identifikation und Gegenidentifikation ‚WIR uns‘, ‚ICH selbst mich‘ plötzlich in einer unmissverständlichen Lage befinde, die eigentlich keinen Zweifel darüber zulässt, was als nächstes passieren wird. Es entstehen symbolische Szenarios, die darauf drängen, zu kleinen symbolischen Geschichten ausgesponnen zu werden.“<sup>47</sup>

Gerade für eskalierende Krisenberichterstattung seien

„...existenzielle Subjektsituationen mit einer antagonistischen Positionierung von WIR/SIE-Gruppen...“

und einer antagonistisch angelegten Handlungslogik üblich, die den bekannten Schemata filmischer Narration entsprächen.<sup>48</sup> Dabei geht es zuerst immer um eine auf Identifikation festgelegte WIR-Gruppe mit einem „quasi-juristisch zurechnungsfähigen“ Subjekt, während das „Böse“ Merkmale wie kalkulierend, gefährlich oder gerissen tragen kann. Die Übernahme oder Abgabe einer Position im Krisen- und Kriegsfall produziert nach Le Shan ein Setup von sozialen Wahrnehmungen, die sich von denjenigen in Friedenszeiten deutlich unterscheiden:

	Peacetime	Wartime
1.	Good and evil have many shades of gray. Many groups with different ideas are legitimate. Their opinions and things in general are relatively good or bad, satisfactory or unsatisfactory, stupid or intelligent.	Good and evil are reduced to Us and Them. There are no innocent bystanders; there are only those for or those against us. The crucial issues of the world are divided into black and white. Opinions on these matters are absolutely right and absolutely wrong.
2.	Now it's pretty much like other times. There are more of some things, less of others, but the differ-	Now is special, qualitatively different from all other times. Everything is cast in the balance; whoever

<sup>45</sup> Link Jürgen: As-Sociation und Interdiskurs. In memoriam Rudolf Bahro und Jean-François Lyotard, in: kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie 1999, 38/39, 13-2, hier S. 15-20 zitiert in: Schulte-Holtey Ernst: Die selektive Wahrnehmung von Krieg..., S. 176.

<sup>46</sup> Schulte-Holtey Ernst: Die selektive Wahrnehmung von Krieg..., S. 176.

<sup>47</sup> Schulte-Holtey Ernst: Die selektive Wahrnehmung von Krieg..., S. 177.

<sup>48</sup> Schulte-Holtey Ernst: Die selektive Wahrnehmung von Krieg..., S. 177.

	ences are quantitative.	wins now wins forever. It is the time of the final battle between good and evil...
3.	The great forces of nature, such as God and human evolution are not particularly involved in our disputes.	"Gott mit uns", "Manifest Destiny"...and other such slogans indicate our belief that the great motivating forces of the cosmos are for Us.
4.	When this present period is over, things will go on pretty much as they have in the past	When this war is over, everything will be vastly different. If we win, it will be much better; if we loose, terribly worse. The world will be deeply changed...
5.	There are many problems to be solved and their relative importance varies from day to day. Life is essentially complex with many foci	There is only one major problem to be solved. All others are secondary. Life is essentially simple.
6.	All people act pretty much the same motives	They act from a wish of power. We act from self-defense, benevolence and reasons of common decency and morality.
7.	Problems start on many different levels, whether economic, political, or personal, and must be dealt with on these levels.	The real problem started with an act of will on the part of the enemy and can only be solved by breaking his will or by making him helpless to act on it.
8.	We are concerned with the causes of the problems we are trying to solve.	We are not concerned with the causes, only with the outcomes.
9.	We can talk with those we disagree with. Negotiation is possible.	Since the enemy is evil, he naturally lies, Communication is not possible. Only force can settle the issue. <i>We</i> tell the truth (news, education), <i>they</i> lie (propaganda)
10.	All people are fundamentally the same.	"We" and "They" are qualitatively different that the same actions are "good" when we do them, and "evil", when the enemy does them. There is doubt that we and they really belong to the same species. <sup>49</sup>

**Tabelle 1: War and the perception of reality**

Quelle: Le Shan Lawrence: The Psychology of war, Chicago 1992, S. 35-36.

Durch dieses Spiel der Bewertungen entstehen diskursive Positionen, die von sozialen Trägern der Kultur entnommen werden können,

„...je nachdem ob sich Individuen identifizieren oder gegenidentifizieren: Subjekte bilden sich somit zunächst immer als ‚WIR‘, als ‚unsereins‘, bevor sie zum ‚ICH‘ werden können.“<sup>50</sup>

<sup>49</sup> Le Shan Lawrence: The psychology of war, Chicago 1992, 35-36.

<sup>50</sup> Schulte-Holtey Ernst: Die selektive Wahrnehmung von Krieg..., S. 177.

Solche sozial konstruierte Propaganda kann allerdings nur dann erfolgreich sein, wenn die Botschaften inhaltlich konsistent mit denjenigen des „Kontrollorgans“ verschmelzen, das die Botschaften filtert. Als Kontrollort gibt Fisher an:

„In most cases involving war propaganda, this means those elites who control corporate and governmental communication during periods of international conflict.”<sup>51</sup>

Damit ist einerseits die Regierung gemeint, deren Botschaften konsistent über alle Organe hinweg kommuniziert werden müssen. Andererseits meint Fisher auch die Medien: will man die eigene Glaubwürdigkeit aufrechterhalten, darf Propaganda vom Endkonsumenten nicht als solche identifiziert werden. Der bloße Rückzug in eine mythische Welt reicht nicht aus, um Propaganda als solche zu „entlasten“. Es braucht nachgelagerte Qualitätssiegel wie beispielsweise das Renommee eines angesehen Blattes wie das der New York Times, die aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung für eine „objektive Berichterstattung“ steht und von der erwartet wird, dass Propagandaversuche als solche enttarnt und herausfiltert werden.

*Formationselemente sozialer Strukturen:* Als Qualitätssiegel werden gerne die oben erwähnten Nachrichtenfaktoren hervorgehoben. Sie verstellen allerdings den Blick auf das Manipulationspotential durch Journalisten und Verleger, das aus ihrer sozialen Rolle erwächst, denn Medienschaffende unterstreichen nur zu gerne ihre eigene Rolle als „*Watchdogs*“, als vierte Gewalt im demokratischen Rechtsstaat also, die Ereignisse objektiv und mit dem notwendigen Mass an Kritik beleuchtet.<sup>52</sup> Dieser Funktion obliegen durch die Gesellschaft legitimierte moralische Ordnungsschemen, welche die Journalisten im Falle einer Verletzung wiederherzustellen haben. Medial bestraft wird also derjenige, der gesellschaftlich etablierte Muster verletzt. Für Gans werden Journalisten deshalb nicht nur zu „storytellers“, sondern zu „Agents of Social Control“ und damit zu „Constructors of Nation and Society“.<sup>53</sup>

„Strictly speaking, journalists gather information on what individuals and groups do to and for each other in a wide range of institutions, agencies and communities. But as they translate that information into news, they frame it in a national context, and thereby bring the nation into being”<sup>54</sup>

Medienschaffende unterstützen damit ein Bewusstsein von Regeln innerhalb einer geografischen und politischen Gemeinschaft:

---

<sup>51</sup> Fisher Benjamin: *Collective Memory, The Media, And The Social Construction of Postmodern War*, New Brunswick, New Jersey, 2004, S. 33.

<sup>52</sup> Vgl hierzu Williams Granville: *Watchdogs or Lapdogs? Media, Politics and Regulation: The US Experience in: Miller David: Tell me lies. Propaganda and Media Distortion in the Attack on Iraq*, London, 2004, S. 195-197

<sup>53</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News: A study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek, and Time*, Illinois 2004, S. 295-298.

<sup>54</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News...*, S. 298.

„These boundaries, together with the Declaration of Independence and the Constitution, formally declare America to be a nation, although the federal government, itself an aggregate of agencies, acts and speaks for the nation...both nation and society are social constructs which, for all practical purposes, do not exist until someone acts or speaks for them“<sup>55</sup>

Die originäre Funktion des Journalisten besteht deshalb nach Gans im Management einer symbolischen Arena, innerhalb derer nationale und gesellschaftspolitische Botschaften an ihr Publikum formuliert werden. Soziale Strukturen beziehen sich also immer auf ein Zusammenspiel von Macht und Wissen. Gray verweist im Zusammenhang damit auf den stets todbenden Krieg um Informationshoheit zwischen Medien und Regierungsinstanz und die dramatischen Folgen eines „Realitätseinbruchs“ in die aufgebaute Medienrealität.<sup>56</sup> Gray reduziert den Sachverhalt auf eine einfache Formel:

„Controlling information is controlling people“<sup>57</sup>

Ein durchsetzungsfähiger Vorschlag muss nach Zerfass mindestens vier Dimensionen berücksichtigen. Nebst dem Problem müssen auch seine Ursachen und die Verursacher benannt werden. Damit soll das öffentliche Gewicht der Fragestellung hervorgehoben werden. Der zweite Aspekt betrifft die Darstellung von Zielen und Lösungsstrategien, die drittens an eine konkrete Adresse zu richten sind. Die vierte Dimension betrifft die Selbstlegitimation des Kommunikators. Massenmediale PR-Konzepte müssen einen glaubwürdigen Akteur produzieren, dessen Meinung auf der gesellschaftspolitischen Bühne sowohl im juristischen als auch im moralischen Sinne „zu Recht“ gehört wird. Diese Glaubwürdigkeit kann allerdings nicht sozialtechnologisch hergestellt, sondern nur vertrauensvoll erworben werden.<sup>58</sup> Hierin unterscheidet sich das kommunikative Verhalten eben von jener *Propaganda*,<sup>59</sup> mit der die für die Öffentlichkeit identifizierbare politische Selbstdarstellung von Parteien, politischen Bewegungen und Staaten erfolgt.<sup>60</sup> Bei Unternehmen wird auch von *Public Relations*<sup>61</sup> und

---

<sup>55</sup> Gans Herbert J.: Deciding What's News..., S. 298.

<sup>56</sup> Hudson Mike, Stanier John: War and the Media – A Random Searchlight, New York 1998, S. 114., Hallin Daniel C.: We keep America on the Top of the World. Television journalism and the public sphere, London/New York 1994, S. 52.

<sup>57</sup> Gray, C.H.: Postmodernism with a vengeance: The Vietnam War, in: Bibby M (Hrsg.): The Vietnam War and postmodernity (S. 173-198, Massachusetts 1999, S. 46, zitiert in: Fisher Benjamin: Collective Memory..., S. 35.

<sup>58</sup> Zerfass Ansgar: Unternehmensführung und Öffentlichkeitsarbeit. Grundlegung einer Theorie der Unternehmenskommunikation und Public Relations, Wiesbaden 2006, S. 362f.

<sup>59</sup> Der Ursprung der modernen Propaganda liegt in Amerika und Grossbritannien zur Zeit des Ersten Weltkriegs. In den USA wurde 1916, während der Amtszeit von Woodrow Wilson, die Creel-Kommission ins Leben gerufen, die mit grossem Erfolg und unter Beteiligung des neugegründeten britischen Propagandaministeriums die Aufgabe hatte, das pazifistisch gestimmte amerikanische Volk gegen die Deutschen zu mobilisieren.

<sup>60</sup> Vgl. ganz grundlegend: Röttger Ulrike: Public Relations – Organisation und Profession. Öffentlichkeitsarbeit als Organisationsfunktion. Eine Berufsfeldstudie. Wiesbaden 2000, Rolke Lothar/Wolff Volker (Hrsg.): Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden. Opladen, Wiesbaden 1999, Kunczik Michael: Public Michael. Konzepte und Theorien. Köln, 1994, 3f.

von *Werbung für Produkte* gesprochen. In der modernen Informationsgesellschaft sind die beiden Begriffe nur schwer voneinander zu trennen,

„...da es ein notwendiges und legitimes Anliegen von Firmen, Behörden, Regierungen etc. ist, ihre Anliegen in der Gesellschaft zu kommunizieren“<sup>62</sup>

und die dazu notwendigen Strategien durch wirtschaftliche, gesellschaftliche und bildungsstrategische (also Ausbildungen an Universitäten und Anwendung des gelernten Managementwissens) Verflechtungen zwischen Staat und Unternehmungen zunehmend ineinander übergreifen. Eine Trennung zwischen politischer Propaganda und Public Relations kann im Kriegsfall wohl auch deshalb nicht immer vollzogen werden, weil das strategische Ziel beider Verfahren die Persuasion durch Manipulation ist. Dabei scheinen zwei Faktoren einander unvereinbar entgegentzulaufen: einerseits die Intention möglichst eigennützig zu „informieren“ (Informationsasymmetrie) und andererseits das fachliche Regelwerk der frühen Beeinflussung der Meinungsbildung in Form kognitiver Schemata, deren Ziel es sein muss, Propaganda so aufzubauen, dass sie nicht als solche identifizierbar ist.

## 2.2 Asymmetrische Kommunikation und kognitive Schemata

Ökonom Steven Levitt hält durchaus unterhaltsam fest, dass es sich bei dem von ihm untersuchten kriminellen Handlungen stets um asymmetrische Informationssünden handle. „Experten“ versuchten dabei durch Informationsasymmetrien, falsche Informationen auszustreuen oder richtige zu verbergen, um dadurch die Asymmetrie zum eigenen Vorteil auszunutzen.<sup>63</sup> Levitt betont, dass es nicht darum gehe, eine Norm wahrlich zu verinnerlichen und zu leben, sondern wenigstens glaubhaft so zu tun.<sup>64</sup> Dieses Bewusstsein haben PR- und Medienwissenschaft lange Zeit nicht offen entwickelt. Neuere sozialwissenschaftliche Ansätze plädieren wohl nicht zuletzt deshalb für eine neue Ausarbeitung der theoretischen PR-Perspektiven, die vor allem die „Lizenz zur Mitgestaltung öffentlicher Meinung“<sup>65</sup> berücksichtigt, und damit nach der Rolle des Lizenzgebers und den Kontrolleuren der Lizenzbedingungen zu fragen: Medien teilen Ereignisse in *narrativen Strukturen* mit, d.h. Geschichte und Bedeutung werden systematisch generiert.

---

<sup>61</sup> Als „Öffentlichkeitsarbeit“ (englisch Public Relations, PR) wird die geplante Kommunikation zwischen einer Organisation und ihren anspruchsberechtigten Gruppen bezeichnet. Der Begriff hat bereits eine über zweihundertjährige Tradition, denn die Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit als systematische Aufgabe bzw. Funktion in der Unternehmung aber auch der Regierung reicht mindestens in das Jahr 1776 zurück, als der spätere dritte Präsident der USA und Verfasser der Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, die Bedeutung von Public Relations hervorhob.

<sup>62</sup> Bonfadelli Heinz 2000: Medienwirkungsforschung II..., S. 73.

<sup>63</sup> Levitt Steven D., Dubner Stephen J.: Freakonomics, München 2006, S. 101.

<sup>64</sup> Levitt Steven D., Dubner Stephen J.: Freakonomics..., S. 113.

<sup>65</sup> Rolke Lothar: Public Relations – die Lizenz zur Mitgestaltung öffentlicher Meinung, in: Röttger Ulrike: Theorien der Public Relation...S. 117-147



Kognitive Schemata wiederum organisieren Einzelheiten zu Gesamtheiten. Siegfried J. Schmidt hat in dem 1994 erschienenen Sammelband „Wirklichkeit in den Medien“ die Theorie der Kognitiven Schemata als die für den Konsumenten entscheidende Grösse betont.<sup>66</sup> Sie verringern Komplexität, verleihen unseren Vorstellungen Festigkeit und Dauer und erlauben rasches Reagieren, gerade weil einzelne Informationsbruchstücke schnell zusammengefügt werden. Kognitive Schemata stehen aber nicht für sich allein. In der Alltagswelt entstehen "Scripts", die als routinemässige Handlungsabläufe grösserer Ereignisketten charakterisiert werden können. Kognitive Schemata verbinden sich nach Untersuchungen des Berner Neuropsychologen Luc Ciompi mit den dazugehörigen Gefühlsschemata zu *affektiv-kognitiven Bezugssystemen*.<sup>67</sup> Die menschliche Psyche wird aus solchen kognitiv-affektiven Bezugssystemen gebildet und angeleitet. Schemata wie diejenigen von Le Shan werden dabei erst durch den Interaktionsprozesse sichtbar, denn sie integrieren psychische Befindlichkeit und kognitive Ordnung zu einem Prozess *gesellschaftlicher Wirklichkeitserzeugung*.

Im Rahmen dieser Arbeit ist die Schematheorie von Le Shan zudem von hohem Gewicht, weil ihr eine grundlegend orientierende Funktion obliegt. Dazu gehört vor allem, dass ein Medienschema seine Orientierungsfunktion nur in der *Differenz* zu den anderen wahrnimmt. Ein politischer Sachverhalt muss dem Mediennutzer so vorgetragen werden, dass dieser ziel-sicher und unmissverständlich, ja instinktiv und reflexartig etwa zwischen „gut“ und „böse“ zu unterscheiden weiss. Nutzer orientieren sich so, welche Themen im vorgegebenen Rahmen behandelt und inszeniert werden können. Schemata im Allgemeinen und Medienschemata im Speziellen steuern und regeln so die Erwartungen der Nutzer hinsichtlich des Wirklichkeitsbezugs von Medienangeboten und der emotionalen und kognitiven Gratifikation, der Glaubwürdigkeit des Rahmens und in welchem Rahmen Stilmittel der Präsentation eingesetzt werden. Treffende Beispiele hierfür bietet etwa die sprachwissenschaftliche Forschung an, die seit längerem erkannt hat, dass Wertebegriffe wie „Krieg“ „Freiheit“, „Demokratie“, „Gerechtigkeit“ *automatische Denk-Schaltungen*<sup>68</sup> auslösen, weil sie mit spezifischen Normen eines Werte-Denkens verknüpft sind. Der Kriterienauswahl von Le Shan obliegt allerdings kein sprachwissenschaftlicher Grundgedanke, sondern verlangt eine historisch-erklärende Perspektive durch einen mythologischen und rituellen Bezug.

---

<sup>66</sup> Schmidt Siegfried J. Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit in den Medien. Opladen 1994, S. 213.

<sup>67</sup> Ciompi Luc: Zur Integration von Fühlen und Denken im Licht der „Affektlogik“. Die Psyche als Teil eines autopoietischen Systems, in: K.P. Kisker et al. (Hrsg.): Psychiatrie der Gegenwart, Band 1, Berlin/Heidelberg/New York 1986, S. 373-410, zitiert in: Schmidt Siegfried J. Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit in den Medien. Opladen 1994, S. 214.

<sup>68</sup> Schmitt Carl: Die Tyrannei der Wert, in: Schelz, Sepp (Hrsg.): Carl Schmitt, Eberhard Jüngel, Sepp Schelz. Die Tyrannei der Werte, Hamburg 1979, S. 33, zitiert in: Schallenger Stefan: Moralisierung..., S. 38.

Inhalte werden durch eine grosse Bandbreite von politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen kontextuellen Faktoren gesteuert. Diese können wiederum den Grad der individuell-selektiven Wahrnehmung von Medieninhalten beeinflussen.<sup>69</sup> Die selektive Wahrnehmung von Medieninhalten kann etwa durch Kriterien wie Alter, Bildung, Ideologie, Parteizugehörigkeit, Ton der Medienberichterstattung, Grad des politischen Engagements etc. bestimmt werden. In der Publizistik dominieren im Rahmen dieser Diskussion die Begriffe *Priming* und *Framing*. *Priming* ist ein Fachterminus der Psychologie, insbesondere der Sozialpsychologie, und bedeutet, dass ein Gedächtnisinhalt schneller - oder gar automatisiert - abgerufen wird, wenn dieser Inhalt selbst oder die mit diesem Inhalt assoziierten kognitiven Inhalte zuvor aktualisiert wurden. Fasst man das menschliche Gedächtnis als assoziatives Netzwerk auf, in welchem Ideen und Konzepte als Knoten dieser Netzwerke gespeichert und

„...mit anderen solchen Ideen über semantische Pfade verknüpft sind, dann kann Priming als Aktivierung solcher Knoten durch externe Stimuli verstanden werden. Ein auf diese Weise aktivierter Knoten dient als eine Art Filter, interpretativer Rahmen oder Prämisse für die weitere Informationsverarbeitung und Urteilsbildung.“<sup>70</sup>

Durch die Aktivierung solcher Knoten erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, *dass mit ihm verbundene Gedanken und Vorstellungen bewusst werden*. Diese Wissensseinheiten sind temporär zugänglich und können *zur Beurteilung von Ereignissen* herangezogen werden. In der Massenkommunikation stellen Medieninhalte solche „*Primes*“ dar.<sup>71</sup> Wenn Medien also ein Thema hochspielen, legen sie zugleich die Beurteilungskriterien fest.<sup>72</sup> Informationen, die leicht zugänglich sind sowie solche, die gerade erst kürzlich rezipiert wurden, können dabei sowohl bei medienzugewandteren Personen als auch bei *low-involvers*<sup>73</sup> als *decision-maker* fungieren, wodurch Vreese/Semetko zum Schluss kommen:

„Citizens are, in other words, primed to use information about *specific issues* in *general evaluations*“.<sup>74</sup>

*Framing* benennt hingegen jenen Prozess, in dessen Verlauf massenmediale Akteure und politische Pressearbeit (politische) Ereignisse und Themen in bereits vorhandene subjektive Interpretationsrahmen einbetten. Gerade die öffentlichkeitstheoretischen Arbeiten von Gamson/Lasch betonen dabei den *Fundus an Ideen und Symbolen* („sets of ideas and symbols“) als Quelle, die erklären

„...how ideologies and cultural values permeate the news frames“.<sup>75</sup>

---

<sup>69</sup> Farrell David M. /Schmitt-Beck Rüdiger: Do political campaigns matter? Campaign effects in elections and referendums, London: Routledge 2002, S. 9.

<sup>70</sup> Schenk Michael: Medienwirkungsforschung, 3. Auflage, Tübingen 2007, S. 305.

<sup>71</sup> Schenk Michael: Medienwirkungsforschung S. 305.

<sup>72</sup> Iyengar Shanto, Kinder Donald R.: News that matters, Chicago/London 1987, S. 63.

<sup>73</sup> Vreese Claes H. /Semetko Holli A.: Political Campaigning in Referendums. Framing the referendum issue. London/New York 2004, 147f.

<sup>74</sup> Vreese/Semetko: Political Campaigning..., S. 17.

Johnson-Cartee hält hierfür fest:

„Framing, then deals „with the gestalt or pattern-organizing nature of the political culture“ (W.A. Gamson and Lasch 1983, 398). For any given issue culture, numerous interpretive packages may emerge.“<sup>76</sup>

Entscheidend für diese Gestaltung solcher Pakete sind nach Gamson/Lasch, (1) der Prozess des *Issue-Framings* („pattern-organizing nature“) und (2) der Prozess des „reasoning and justifications for positions“.<sup>77</sup>

## 2.3 Fazit: Objektivität als strategisches Ritual

Auch wenn die Begriffe *Priming* und *Framing* für die vorliegende Untersuchung keine Schlüsselbegriffe darstellen, eines hebt die grobe Betrachtung deutlich hervor: die Forderung nach journalistischer Objektivität, wie sie etwa Philomen Schönhagen von Medienschaffenden als „Nullglied der Orientierung“<sup>78</sup> verlangt, ist pure Phantasterei. Schönhagens Forderung, sich im Moment der Kommunikationsvermittlung vollständig von der Alltagswelt zu lösen, um zwischen der eigenen Meinung und den „Fakten“ unterscheiden zu können ist ebenso wenig einzulösen wie Pfetschs Untersuchungsergebnisse glaubhaft erscheinen, dass US-Journalisten immer die Regeln der Interaktion diktieren und die Distanz zu den politischen Sprechern betonen.<sup>79</sup> Pfetschs Schlussfolgerungen werden von einer Vielzahl von Facharbeiten widerlegt.<sup>80</sup> Der amerikanische Soziologe Gaye Touchmann sieht in der journalistischen „Objektivität“ deshalb vielmehr ein „strategisches Ritual“.<sup>81</sup> Objektivität bedeutet dann nur noch die formale Technik zur Herstellung von Nachrichten. Touchmann formuliert damit den gewichtigen Verdacht, dass „Objektivität“ eine intersubjektive Vereinbarung über die *Art der Wirklichkeitskonstruktion* zwischen sämtlichen realitätsproduzierenden Teilnehmern darstellt. Die zugrunde liegenden Kriterien seien nicht ausschliesslich Wahrhaftigkeit

---

<sup>75</sup> Vgl. Gamson W.A./Lasch K.E.: The political culture of social welfare policy, in: Evaluating the welfare state. Social and political perspectives, New York 1983, zitiert in: Johnson-Cartee Karen S.: News, Narratives, and News Framing..., S. 26. Vgl. hierzu auch Scheufele Bertram: Framing-Effekte..., S. 85.

<sup>76</sup> Johnson-Cartee Karen S.: News, Narratives, and News Framing..., S. 166.

<sup>77</sup> Gamson W.A./Lasch K.E.: The political culture of social welfare policy..., S. 398.

<sup>78</sup> Vgl. Schönhagen Philomen: Der Journalist als unbeteiligter Beobachter. Publizistik, Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung. 44. Jg., H. 4, 1999, S. 271-287.

<sup>79</sup> Pfetsch Barbara: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden 2003, S. 14ff.

<sup>80</sup> vgl. exemplarisch: Rybarczyk Christoph: Great Communicators? Der Präsident, seine PR, die Medien und ihr Publikum. Eine Studie zur politischen Kommunikation in den USA, Hamburg 1997. Filzmaier Peter, Plasser Fritz: Wahlkampf um das Weisse Haus. Presidential Elections in den USA, Opladen 2001, Kutz Magnus-Sebastian: Public Relations oder Propaganda? Die Öffentlichkeitsarbeit der US-Administration zum Krieg gegen den Irak 2003, Hamburg 2006. Der Vergleich beider Arbeiten zeigt, dass sich innerhalb der 9 Jahre, in denen die beiden Arbeiten entstanden sind, Journalisten die Regeln der Interaktion nicht diktieren, sondern die politischen Akteure vielmehr die Praxisinstrumente ihrer PR für den Rezipienten und das Mediensystem wahrnehmungsfreundlich justieren.

<sup>81</sup> Schmidt Siegfried J. Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen, in: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit in den Medien. Opladen. S. 227.

oder Realitätsnähe, sondern in erster Linie Nützlichkeit und Glaubwürdigkeit - die zwingenden Vorbedingungen der asymmetrischen Kommunikation also. Pfetschs Aussage lässt sich deshalb vielleicht am ehesten mit der Ergänzung präzisieren, dass Journalisten in gewissen Fällen möglicherweise Textlayouts, aber kaum deren Inhalte diktieren. Es stellt sich die scheinbar simple Anschlussfrage: *Wer dann?*

Stuart Hall hält fest, dass Identitäten aus der Narrativierung des Selbst entstehen, wobei der notwendigerweise fiktionale Charakter dieses Prozesses in keiner Weise seine diskursive, materielle oder politische Wirksamkeit untergräbt.<sup>82</sup> Eine für die Medienöffentlichkeit nachvollziehbare Feindbildcodierung bedeutete etwa im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs also zwingend die stetige Konfrontation mit den eigenen „Routen“. Doch diese sind im Falle der USA nicht einfach uniform: Anlässlich des jährlichen Treffens der „National Religious Broadcasters“ im Sheraton Washington Hotel vom 29. Januar 1990 bemerkte George H.W. Bush zur Bauart der USA:

„There is no denying that America is a religious nation. And sure, differences exist over sect and theology. I’m reminded of what that French statesman Talleyrand once said of America: “I found there a country with thirty-two religions and only one sauce”<sup>83</sup>

Anne-Marie Slaughter unterstreicht die Vielfalt der US-amerikanischen Zivilgesellschaft. Menschen, Landstriche, Familien, kulturelle Herkunft und Erfahrungen seien zu unterschiedlich, um in einen grossen, gemeinsamen Chor einzustimmen.<sup>84</sup> Halper/Clarke lösen auf, dass dies auch nie die Absicht gewesen sei, denn

„There was no definitive „people“ to serve as a point of reference. Neither was there a definitive geographical entity, given that America’s land mass remained only partly explored and still subject to competing historical, imperial, religious, and indigenous claims”.<sup>85</sup>

Doch welches sind die jede Individualität übergreifende Ordnungsmuster, durch die sich eine Form von Allgemeingefühl einstellt? Slaughter identifiziert solche in den Basiswerten „Liberty“, „Democracy“, „Equality“, „Justice“, „Tolerance“, „Humility“ und „Faith“.<sup>86</sup> Diese Ordnungsmuster trennen sich zwar von sprachförmig ausgelegten Ordnungsmustern, aber sie reduzieren die Kombinationsmöglichkeit von Aussagen nicht entscheidend. Um auf „*pattern recognition*“ eingehen zu können, muss ein Ordnungsverständnis festgelegt werden, in dem national relevante Krisenthemen, Themenstränge und Strukturen definiert und gerechtfertigt werden können. Ein erster wichtiger Hinweis hierzu bietet jener Fundus an Sym-

---

<sup>82</sup> Hall Stuart: Who needs Identity, in: Identity: The Real Me, ICA Documents 6 London 1987, S. 4.

<sup>83</sup> McGrath Jim: Heartbeat, New York 2001, S. 85f.

<sup>84</sup> Slaughter Anne-Marie: The idea that is America, New York 2007 S. 14.

<sup>85</sup> Halper Stefan, Clarke Jonathan: The Silence of the Rational Center. Why American Foreign Policy is failing, New York, 2007, S. 23.

<sup>86</sup> Slaughter Anne-Marie: The idea..., S. II.

bolen und Idealen, die ich im folgenden Kapitel als nationalhistorisches Gedächtnis der USA zusammengefaßt habe.

### 3 Das nationalhistorische Gedächtnis der USA

#### 3.1 Visionäre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft als erster Grundpfeiler

Für die frühen amerikanischen Immigranten bedeutete die Reise in den unstabilen Westkontinent in erster Linie ein erhebliches finanzielles Risiko. Die aber bald kontinuierlich fließenden Geldsendungen an die zurückgebliebenen Familienteile in Europa verstärkten nicht nur das Volumen der Immigranten, sondern vor allem deren festen Glauben auf eine bessere Zukunft ausserhalb der „Alten Welt“.<sup>87</sup> Die visionäre Hoffnung, eine bessere Zukunft über die ethnische Herkunft hinweg zu finden, begründete die Notwendigkeit der Schaffung eines ersten stabilen gemeinsamen Fundamentes kultureller Identität. Die geteilte Hoffnung überdauerte problemlos die im Verlauf der Jahrhunderte feststellbare demographische Verschiebung der Einwanderer: die aus England stammenden Bürger bildeten um 1790 mit 83,5% die größte Gruppe der Immigranten.<sup>88</sup> Eine relevante herkunftsspezifische Vielfalt ergab sich erst mit den irischen, deutschen, italienischen, bulgarischen, polnischen und rumänischen Immigrationsströmen während des 19. Jahrhunderts.<sup>89</sup> Die Prinzipien der frühen Immigranten wurden oft übernommen:

„The pre-emigration beliefs of the immigrants to America – *Improvement Is Possible, Opportunities Must Be Imagined, and Freedom Of Movement Is Needed For Success* – were the mold by which their diversities of nationality, language, and religion could be amalgamated into a new American identity“.<sup>90</sup>

Die später umgesetzte Vision „USA“ war also zu allererst als ein positiv gedachtes Grundkonzept staatlicher Ordnung gedacht, dessen fester Glaube an eine bessere Zukunft wegweisend war. Die unterschiedlichen Herkünfte fanden ein Nebeneinander, da die inhaltlichen Wertestrukturen der USA keineswegs als *endgültig* angesehen wurden. Diese Bereitschaft zur Veränderung existierte auch nach dem Ende des Kalten Kriegs und dem Zweiten Golfkrieg. In einem repräsentativen dreiteiligen Befragungssample (Boston, Alumni der Harvard University, Branson,<sup>91</sup> Missouri) wurden Schlagworte zur Bewertung vorgelegt: 90% befanden den unscharfen und inhaltlich nicht gefüllten Begriff „*Change*“ als positiv. Ebenso positiv bewertet wurde der Begriff der „*reorganisation*“. Auf 80% Zustimmung traf der Be-

---

<sup>87</sup> McElroy John Harmon: *American Beliefs. What Keeps a Big Country and a Diverse People United*, Chicago 1999, S. 65f.

<sup>88</sup> Ross Edward Alsworth: *What is America?* New York 1919, S. 4.

<sup>89</sup> Ross Edward Alsworth: *What is America?*...S. 12-19.

<sup>90</sup> McElroy John Harmon: *American Beliefs*..., S. 68.

<sup>91</sup> Das Dorf liegt gemäss der Autorin im sog. „Bible belt“, was für einen Ort mit hohem Traditionsbewusstsein spricht, vgl. Timmermann Martina: *Die Macht kollektiver Denkmuster. Werte, Wandel und politische Kultur in den USA und Japan*, Opladen 2000, S. 183.

griff der „*renovation*“, einzig „*revolution*“ fand mit nur 24% wenig Zustimmung.<sup>92</sup> US-Amerikaner passen sich danach nicht durch radikalen Umsturz einer bestehenden Ordnung an neue Lebensumstände an. Nur unter der Voraussetzung einer gemeinsam geteilten Vision einer besseren Zukunft vermögen US-Amerikaner Veränderungen vorzunehmen; sie verändern dann nach dem „*trial and error*“ Prinzips gerne „*forward*“. Ihre Zustimmung erhalten also politische Pläne der Reformation und Reorganisation, nicht aber der Revolution, weil dieser Begriff nicht eine situative Verbesserung, sondern eine grundlegende Veränderung des Politsystems impliziert, die das erprobte Dauerexperiment USA aus dem über Jahrhunderte gefestigte Gleichgewicht bringen würde. Die folgenden Kapitel zielen deshalb auf die Identifizierung jener fragilen Mechanismen, durch die eine vorläufige aber ebenso stabile politische Supermacht produziert werden konnte.

### 3.2 Die Verfassungsmechanik der USA

Spätestens seit ihrer Gründung 1776 gelten die USA als säkularer Staat, der seither von einem Zweiparteiensystem dominiert wird. Zwischen 1790 und 1820 standen sich die „*Federalists*“ und die „*Republicans*“ gegenüber. Daraus entwickelten sich in den 1830er und 1840er die Demokratische Partei und die „*Whigs*“. Unter dem Einfluss der Sklavenfrage zerfiel letztere 1854 und entwickelte sich zur Republikanischen Partei.<sup>93</sup> Dieses Parteiensystem hält bis heute an. Religion und Politik liessen sich aber, unabhängig politischer Parteipräferenzen, nie sauber voneinander trennen.

#### Formale Trennung zwischen Religion und Politik, Unabhängigkeit gegen aussen und innen angestrebt

Der erste Zusatzartikel der „Bill of rights“ erklärt zwar bestimmt:

„Congress shall make no law respecting an establishment of religion, or prohibiting the free exercise thereof“,<sup>94</sup>

und die Funktion politischer Organe reduzierte sich bereits vor 1776 auf eine Ausführungsfunktion der Legislative, denn Regierungen sollten einzig dazu eingerichtet werden, der Gesellschaft zu dienen, nicht sie zu beherrschen.<sup>95</sup> Diese Proklamation einer klaren Trennung zwischen Staat und Religion entstand nicht als blosse Folge der Loslösungsbestrebungen von den kolonialen Mutterländern, sondern war das Resultat der nach innen gerichteten Unabhängigkeitsbestrebungen. Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 verlangt Gleichheit und Un-

---

<sup>92</sup> Timmermann Martina: Die Macht kollektiver Denkmuster..., S. 187.

<sup>93</sup> Sautter Udo: Die Vereinigten Staaten, Daten, Fakten, Dokumente, Tübingen, Basel, 2000, S. 90.

<sup>94</sup> [http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/bill\\_of\\_rights\\_transcript.html](http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/bill_of_rights_transcript.html)

<sup>95</sup> Wasser Hartmut: Von der Unabhängigkeitserklärung zur Verfassung, in: Wasser Hartmut (Hrsg.): USA, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opladen 2000, S. 24f.

abhängigkeit aller Individuen gegen innen und außen. Nach innen gerichtet wurde dieser revolutionäre Gedanke durch Streitigkeiten über Grundbesitz und offensichtliche soziale Ungleichheiten bestärkt und fortgesetzt:

Während des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges (1775-1783) etwa war der landesweite politische Einfluss der US-Regierung nicht eindeutig festzustellen. Fehlende Durchsetzung bei der Steuereinziehungen oder auflodernde Konflikte wie Daniel Shays Rebellion der Kleinbauern gegen hohe Schulden und Steuern sind historische Belege dafür, dass sich die USA wohl außenpolitisch aus dem Einflussbereich der britischen Monarchie befreien konnten, die inneramerikanische inhaltliche Prägung aber erst im Gange war. All diese Prozesse waren das Ergebnis der Abwesenheit einer übermächtigen Zentralisierung und Hierarchie, wie sie für das Europa jener Zeit typisch waren. Der Unabhängigkeitskrieg war nicht nur ein Befreiungsschlag aus der Schirmherrschaft der britischen Monarchie, sondern ebenso eine andauernde machtpolitische Positionierung rivalisierender innenpolitischer Blöcke. Diese unterstreichen sowohl die anhaltende Bedeutung lokaler Charaktere und der damit verbundenen machtpolitischen Interessen als auch die schwache Position der zentralen Regierung.<sup>96</sup> Vor allem die Entwicklung der nordamerikanischen Staaten wurde trotz der deutlich geforderten Trennung zwischen Staat und Religion maßgeblich von religiösen Dissidenten mit puritanischem Gedankengut und deren unterschiedlichen Auffassungen vom Verhältnis zwischen Staat, Bürgern und Religion geprägt.<sup>97</sup>

### **Die lokale Verankerung stützt das eingeforderte „Empire of liberty“**

Die Grundlage der praktizierenden Lebensformen der Puritanergemeinden waren durch den *strikten Lokalismus* geprägt. Dies erforderte Autonomie und ließ sich gut mit einem Grundzug des religiösen Lebens des Kongregationalismus vereinbaren. Die Absage an einen fernen Bischof führte zwar von Beginn weg zu stärkeren Autonomiebestrebungen, die Grundlagen und Regeln des Gemeindelebens entwickelten sich aber ebenfalls aus den Grundsätzen der Bibel. Donald Lutz Charles und S. Hyneman untersuchten über 1000 politische Dokumente des Zeitraums von 1760 bis 1805 und belegten, dass die Bibel das meistzitierte Werk war und deshalb auch für die Gründungsväter der Republik das Buch aller Bücher bedeutete.<sup>98</sup>

---

<sup>96</sup> vgl. Parish Peter J.: An Exception to Most of the Rules: What Made American Nationalism Different in the Mid-Nineteenth Century? Prologue 27, 1995, 219-229, sowie Kammen Michael: Mystic Chords of Memory: The Transformation of Tradition in American Culture, New York 1991, S. 293-294.

<sup>97</sup> Hames Tim, Rae Nicole: Governing America: History, Culture, Institutions, Organisations, Policy, Manchester 1996, S. 8.

<sup>98</sup> vgl. Hierzu die beiden Bände: Lutz Donald, Hyneman Charles S.: American Political Writings during the Founding Era 1760-1805, Vol. I + II, Indianapolis 1983.



Auf *Gemeindeebene* entwickelte sich dadurch bereits sehr früh jene Form eines repräsentativen demokratischen Staatsverständnisses, das Tocqueville später schwärmerisch als Neue Welt entdeckte und beschrieb.

„Der oft strikten Unterwerfung unter harsche Alltagsnormen ging in der Regel eine willentliche Gründung solcher Gemeinden voraus, die bereits so etwas wie einen Gesellschaftsvertrag kannten und die in der politischen Gemeinde (die auf die religiöse aufbaute) bereits Wahlen und Abstimmungsdemokratie im 17. Jahrhundert aufwiesen“.<sup>99</sup>

Die rund 26 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung gestellte Forderung nach einem „*empire of liberty*“ stammt von Thomas Jefferson und verkörpert eine direkte Folge der festgehaltenen qualitativen Bewusstseinsdifferenz der US-Amerikaner, denn Jeffersons Forderung bedeutet die Suche nach einer stabilen Struktur von Staatsgebilde, um die komplexe Vision USA umzusetzen und zu erhalten. Thomas Jefferson, der wie sein Nachfolger James Madison nicht nur Präsident der Vereinigten Staaten, sondern auch Mitglied der Vorläuferpartei der Demokraten war, schrieb:

“We should then have only to include the north in our Confederacy, which would be of courts in the first war, and we should have such an **empire for liberty** as she has never surveyed since the creation”.<sup>100</sup>

Die Demokraten können so kaum behaupten, dass nationalistische oder imperiale Ansätze auf republikanisch-puritanisch gefärbtes Gedankengut zurückzuführen seien. Die gesamte Verfassungsentwicklung und der damit einhergehende Ablösungsprozess vom Mutterland vollzog sich unter einem überparteilichen Einfluss, der die Herrschaftsgewalt einzig durch die Volkssouveränität legitimieren wollte. Im Gegensatz zur englischen Parlamentsouveränität begünstigte der Loslösungsprozess der ehemals englischen Kolonien die strikte Aufrechterhaltung des „*fundamental law*“<sup>101</sup> als Ausdruck der unumstößlichen beschränkten Herrschaftssouveränität der Regierung.

Die Begründung der beschränkten Herrschaftsansprüche der Zentralregierung ist wiederum in der lokalen Verankerung zu suchen. Der Soziologe Ross schrieb dazu 1919:

„The American political system leaves much responsibility to the people of each locality. The laws of the state are carried out not by *state* officers but by *county* judges, prosecutors, and Sheriffs. On other country in the world leaves so much latitude to locally chosen officers...The fact is, that in the administration of justice the American people are very tenacious of their local control. They do not want their agencies of government to work in the relentless manner which characterizes autocracy”.<sup>102</sup>

---

<sup>99</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust. Religion und Politik in den USA, München 2003, S. 33.

<sup>100</sup> Lipscomb, Andrew A., Albert Ellery Bergh, (Hrsg.): The Writings of Thomas Jefferson, Volume 12. Washington D.C., 1904, S. 277.

<sup>101</sup> Müller Stefan: Der Gedanke der Volkssouveränität in den frühen amerikanischen Verfassungen, Dissertation, Köln 2002, S. 13.

<sup>102</sup> Ross Edward Alsworth: What is America?..., S. 53.

Dieses Phänomen findet sich in der US-amerikanischen Rechtssprechung bis heute. Die Rechtssprechung der Einzelstaaten ist derjenigen auf Bundesebenen nur partiell unterstellt und vor allem Fälle des Straf- und Privatrechts werden durch die einzelstaatliche Gerichtsbarkeit betreut. Der Supreme Court als bundesübergreifende Appellationsinstanz kommt nur zum Zug,

„...wenn Bundes- und Landesrecht einander widersprechen bzw. wenn es sich um einen für das gesamte Land wichtigen Rechtsfall handelt – die Entscheidung hierüber liegt wiederum beim Supreme Court“.<sup>103</sup>

Die Einzelstaaten verfügen also in der Mehrheit über die so genannte „police power“, die sich auf die Verfassung *und* das Recht des jeweiligen Staats stützt. Artikel 2 der Konföderationsartikel regelte dies wie folgt:

“Each state retains its sovereignty, freedom and independence, and every Power, Jurisdiction and right, which is not by this confederation expressly delegated to the United States, in Congress assembled“.<sup>104</sup>

Das führt zu einem für die USA (aber-)typischen Phänomen: *der überstaatlichen Anerkennung einzelstaatlicher Gesetze und Gerichtsentscheide bei gleichzeitiger Beibehaltung der einzelstaatlichen Souveränität als Ausdruck der lokalen Machtverankerung*. Die Bewahrung und Einbettung des Lokalen innerhalb der Gesamtkonstruktion USA ist ein Ausdruck der Organisationslogik der amerikanischen Verfassungsväter. Diese funktionale Struktur kann beispielsweise an der geregelten Verteilung der Macht auf voneinander unabhängigen Gewaltenträger abgelesen werden, wie etwa der Einführung von Organen, die die Staatsgewalt ausbalancieren und kontrollieren. So das U.S. Senate Committee on Armed Services, das die legislative Aufsicht über das US-Militär – und damit z.B. auch über das Department of Defense führt, der Einsetzung von Gerichtshöfen, deren richterliche Amtszeit mit der korrekten Ausführung des Amtes verbunden ist oder der Vertretung des Volkes in der gesetzgebenden Körperschaft durch Männer und Frauen der eigenen Wahl.

Gleichwohl der ausgeprägten Religiosität in den Gründungstexten ist die US-amerikanische Ordnung eine außerordentlich säkulare und immanenzorientierte Vorstellung,

„...durch die erst die Vorzüge einer republikanischen Regierung beibehalten und ihre Mängel vermindert oder ausgeschaltet werden können“.<sup>105</sup>

Macht konstituiert sich so nur als eine ganze Reihe von Mächten, die sich selbst regulieren und in Netzwerken miteinander arrangieren.<sup>106</sup>

---

<sup>103</sup> Hübner Emil: Das politische System der USA, München 2001, S. 153.

<sup>104</sup> <http://www.ourdocuments.gov/doc.php?flash=true&doc=3&page=transcript>

<sup>105</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York 2002, S. 173.

<sup>106</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: Empire..., S. 174.

## **Fazit: Verankertes Zusammenspiel von Religion, Staat und bürgerlichem Autonomieverständnis**

Die Wurzeln der amerikanischen Demokratie erwuchsen demnach aus der Bewältigung des dezentralen Gemeindelebens, lange bevor sie den nationalen Maßstab erreichten. Die Religion wirkte dabei als Kitt für diese Schicksalsgemeinschaft. Religion und Politik mögen so zwar formal getrennt sein, die politische Funktion der Religion bestand aber darin, Schicksalsgemeinschaften zusammen zu schweißen und ihre Existenz lokal zu legitimieren. Diese Kombinationen sind nicht nur für Tocqueville die beiden lang fortwirkenden Schlüsselerfahrungen in der Vorgeschichte der USA,<sup>107</sup> sondern lassen auch den bedeutenden amerikanischen Moralphilosophen, Michael Waltzer, zum Schluss kommen, dass Amerikaner niemals von *ihrem* Land oder *Vaterland* gesprochen haben. Amerikaner zu sein kann nicht mit dem Heimatgefühl von Briten oder Deutschen verglichen werden. Amerikaner zu sein ist aus dieser historischen Verstrebung eine lokale, ja eine persönliche Angelegenheit. Dies ermöglicht, ein amerikanischer Patriot zu sein, ohne gleichzeitig zu glauben, amerikanische Bürger seien innenpolitisch wechselseitig für einander verantwortlich.<sup>108</sup> Der ausgeprägte *Bezug zum Lokalen* findet sich in der Sprache: Amerikaner sprechen zwar nicht von einer gemeinsamen „Patria“, wohl aber von Heimstätten (homesteads), heimatlichen Nachbarn (homefolks) oder Heimatstädten (hometowns). Vielmehr bezeichnet das Adjektiv „amerikanisch“ für Waltzer eine Politik, die durch so viele Religionen und Nationalitäten bestimmt ist, dass sie gegenüber jeder einzelnen ihre Freiheit bewahren muss.<sup>109</sup>

Gerade dieses *Autonomieverständnis* hat die Verankerung einer gemeinsamen sozialen und religiösen Grundlage bis in die Bundesverfassung vorangetrieben - auch wenn diese darin *explizit* getrennt wird. Die Bundesverfassung legt eine verfassungsrechtlich verankerte säkulare politische Ordnung fest, die die Religionsfreiheit zwar unterstreicht, deren Konstitution aber nicht auf einer theologischen Herleitung beruht.<sup>110</sup> Erst die konsequente und explizite Trennung von Religion und Staat ermöglichte 1787/88 die Verabschiedung der „Federalist Papers“, die auf ein Hohelied der Trias von Föderalismus, Pluralismus und Polykratie einstimmten. Ihr Ziel lag in der Erhaltung des demokratisch- und heterogen strukturierten Volkscharakters um damit jene Machtakкумуляtionen und Blockbildungen zu verhindern, die die Individualität der Bürger einzuschränken drohten.

---

<sup>107</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust..., S. 33.

<sup>108</sup> Walzer Michael: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin 1992, S. 198-199.

<sup>109</sup> Walzer Michael: Zivile Gesellschaft..., S. 206.

<sup>110</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust..., S. 56.

Die Religion implementierte aber noch eine weitere „unsichtbare“ politische Dimension in das Staatsverständnis der US-Amerikaner. Die von Beginn weg dominierende puritanische Weltanschauung war von Anfang an von einem skeptischen Bild gegenüber Regierungen geprägt.<sup>111</sup> Der Zweck der Polykratie bestand einzig in der Freiheitssicherung durch *gegenseitige institutionelle Kontrollen* in Form einer strikten Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative.<sup>112</sup> Eine selbstgefällige oder durch Gottes Gnaden auf unbestimmte Zeit legitimierte politische Führungsmacht - wie sie zu dieser Zeit etwa im alten Europa oft opportun war - spielte keine Rolle. Repräsentative politische Herrschaft liess sich in den USA einzig auf Zeit und durch die Wahl des Volkssouveräns vollziehen.<sup>113</sup> Die Flucht aus der englischen Monarchie in eine neue politische Ordnung bedeutete also die Einsetzung *eines neuen Vertrags, der die Standesbeziehung zu Vertragsverhältnissen ordnete*. Diese neue Bundestheologie wurde durch die neuenglischen Puritaner maßgeblich mitgeprägt, indem Glauben und Vernunft sowohl die Souveränität des Allmächtigen als auch den freien Willen des Menschen begreifbar machten,

„...um der unbegreiflichen Gnade Gottes wie der menschlichen Vernunft gerecht werden zu können“.<sup>114</sup>

Die Lehre der „*Convenant*“ beschrieb dabei das Verhältnis zwischen Gott und den Menschen als die *Abfolge von Vertragsschlüssen* (auf den von Adam gebrochenen Bund der Werke zwischen Gott und Mensch folgte der Bund der Gnade zwischen Abraham und Gott usw.). Die Kirche Jesu stellte dabei den nach „innen“ gewandten Bund derjenigen dar, die die Gnade Gottes bereits erfahren hatten, während der „äußere“ soziale und politische Bund sich an die (noch) nicht von der Gnade Erreichten richtete. Diese spannungsreiche Beziehung verortet Kallscheuer als *Verhältnis zwischen innerem Gnadenbund und äußerem Gesellschaftsbund*.<sup>115</sup> An die Stelle des politischen Körpers setzte der erste Puritanerführer in der Neuen Welt, John Winthrop, bereits im Jahr 1630 die Metapher eines (Staats-)Schiffs, dessen Seefahrer nicht geborene Seeleute waren, sondern Freibeuter, die mit Gott und Kapitän einen Kontrakt unterzeichnet hatten. Bill Clinton nahm exakt diese Metapher in seiner ersten Wahlkampfrede vom 16. Juli 1992 wieder auf, als er festhielt, dass das Staatsschiff unter dem gegenwärtigen Präsidenten auf die Klippen zusteure.<sup>116</sup> Der Glaube an den „*Convenant*“ lässt sich so nicht einfach in die Ecke des puritanisch-republikanischen Gedankenguts drängen, sondern ist ein Ausdruck einer gesamtamerikanischen Verständigungsgrundlage. Auch wenn

<sup>111</sup> Wald Kenneth D., Calhoun-Brown Allison: Religion and Politics in the United States, Lanham 2006, S. 52f.

<sup>112</sup> Wald Kenneth D., Calhoun-Brown Allison: Religion and Politics..., S. 49.

<sup>113</sup> Wasser Hartmut: USA..., S. 33-36.

<sup>114</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme. Glaube Macht Politik, Frankfurt a./M. 1994, S. 121.

<sup>115</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 122.

<sup>116</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 122.

Politik und Religion formal getrennt sein mochten, die ständige Neustrukturierung und Bemühung mythischer Bilder bewahrte die Gültigkeit des spannungsreichen Bundes zwischen „innen“ und „außen“ bis in die Zeit nach dem Persischen Golfkriegs von 1991.

### 3.3 Die Bedeutung der Gründungsmythen für das nationale Bewusstsein

Die Gründungsmythen - „*Exzeptionalismus*“, „*Erfolgsmythos*“, „*Frontier*“, „*Individualismus*“, „*Melting Pot*“ (E pluribus unum) - gehören wie der „*Convenant*“ zu den wichtigsten gemeinsam geteilten Leitwerten und entspringen ebenfalls einer religiöser Prägung.<sup>117</sup> Sie repräsentieren wichtige moralische Pfeiler der politischen Macht und sind in der Tradition des Christentums entstanden.

Der „*Exzeptionalismus*“, spricht die Idee der „*Chosen people*“ an und formt damit fundamental das qualitative Selbstverständnis der US-Amerikaner von einem „*We*“ und „*them*“, und „*good*“ und „*evil*“ sowie den daraus abgeleiteten Feindbildern. Die qualitative Differenz zu anderen Völkern entstammt aus der puritanischen Lehre der Überquerung des Atlantiks als Analogie zum Auszug des Volkes Israel aus der babylonischen und ägyptischen Gefangenschaft,

„durch die die Besiedlung des neuen Kontinents zum Teil eines göttlichen Heilplans wird und die Siedler zum «auserwählten Volk»“<sup>118</sup> Der Erfolgsmythos verspricht den ungehinderten sozialen Aufstieg und erhält gerade wegen der Abwesenheit des religiösen Dialogs eine „potenziell strategische Dimension“, denn „Man ist nicht tugendhaft, weil davon das eigene Seelenheil abhängt, sondern auch oder vor allem die soziale Anerkennung“.<sup>119</sup>

Die „*Frontier*“ sahen in der Grenze zwischen Wildnis und Zivilisation die Chance zur „Wiedergeburt“, die die Aussicht auf eine autoritätsfreie Ordnung ohne zivilisatorischen Zwang in Aussicht stellte. Der Ort des Übertritts ist dabei symbolischer Natur und gedacht als Übertritt von einer zivilisatorischen Ordnung in eine

„Welt moralischer Wildnis und Gesetzlosigkeit, in der das Individuum auf sich allein gestellt ist“.<sup>120</sup>

„*Frontier*“ stellt einen Ort der Bewährung dar, der die Wiedergeburt mit einer neuen Identität verspricht. Die Begegnung mit dem Fremden und Unzivilisierten nimmt dem Neuankömmling in den USA seine alte Identität ab und wird zum Ausgangspunkt seiner Wieder-

---

<sup>117</sup> Welche enorme Bedeutung diese für die „Geschichte“ der USA bis praktisch in die Gegenwart haben und welcher Fokus dabei besonders betont wurde, lässt bereits ein Blick ins Inhaltsverzeichnis von James W. Lowens Buch „*Lies Across America: What Our Historic Sites Get Wrong*“ erahnen. Vgl. hierzu: Lowens James W.: „*Lies Across America: What Our Historic Sites Get Wrong*“ New York 1999. Die ökonomische und die Wertetransformation zur Industrienation sind brilliant nachgezeichnet in: Howe Daniel W.: „*What Hath God Wrought: The Transformation of America, 1815-1848*“, New York 2008.

<sup>118</sup> Fluck Winfried: Gesellschaft und Kultur, in: Lösche Peter, von Loeffelholz Hans Dietrich: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt a./M./New York 2004, S. 705.

<sup>119</sup> Fluck Winfried: Gesellschaft und Kultur..., S. 707.

<sup>120</sup> Fluck Winfried: Gesellschaft und Kultur..., S. 708.

geburt als Amerikaner. Tocquevilles Individualist ist kein Egoist, auch wenn er vor allem sich selbst genüge. Identität und Selbstwertgefühl sind vielmehr als Verantwortung jedes Einzelnen gedacht, sich selbst zu definieren und seine eigenen Werte darzustellen. Individualismus steht somit als Credo für Selbstentfaltung aber auch als Aufruf zur Flucht aus festen Einbindungen in soziale Fesseln.<sup>121</sup>

Der „*Melting Pot*“ wiederum gilt als Vorstellung eines Schmelztiegels für verschiedene Völker. Findet sich hier schließlich das Wesen der Vereinigung in Gedankenform der „Verschmelzung“? Nein - die *inhaltlichen Herzstücke* lassen sich vielmehr durch die folgenden vier Prinzipienbereiche zusammenfassen: erstens Freiheit und Individualismus, zweitens Egalität als Gleichheit der Chancen und Bedingungen einer jeden sozialen Realität, der Idee unverzichtbarer Menschenrechte, drittens die Legitimation politischer Institutionen durch den Volkssouverän, viertens das Streben nach Glück und der damit verbundenen Wertvorstellungen wie Arbeitsamkeit, Genügsamkeit, Selbstdisziplin, Spontaneität, anhaltende Bereitschaft zum Wettbewerb um begrenzte Ressourcen im Sinne einer marktwirtschaftlich orientierten Überzeugung.<sup>122</sup>

Diese vier Prinzipien propagieren allerdings kein bedingungsloses „Ineinander-Aufgehen“, sondern bestätigen lediglich den Gedanken einer zentralen Führung durch das lokale Zusammenbinden bestehender Einheiten. „*E pluribus unum*“ formt so weder eine „Nation von Nationalitäten“ noch eine „soziale Vereinigung sozialer Vereinigungen“, sondern liefert vielmehr den Rahmen für ihre Koexistenz.<sup>123</sup> Nationalistische Tendenzen forderten während des Ersten Weltkriegs beispielsweise eine schnelle „Amerikanisierung“ neuer Einwanderer. Das verfälschte den eigentlichen Gedanken des „*Melting Pots*“ in den Augen der US-Bürger aber in unzulässiger Weise, denn dieser nimmt das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Nationalitäten zuerst als Bereicherung wahr, durch die erst eine neue nationale Identität entstehen kann.<sup>124</sup> Nur aus dem Lokalen wächst ein Ganzes. Natürlich oblag auch den damals verwendeten Symbolen wie etwa der Flagge eine einende Funktion, sie sind aber

---

<sup>121</sup> Fluck Winfried: Gesellschaft und Kultur..., S. 711.

<sup>122</sup> Wie stark dieser letzte Grundsatz im akademischen Gedankengut während der dramatischen US-Finanzkrise im März 2008 verankert war, zeigte der Leitartikel von Harvard-Ökonomieprofessors Kenneth Rogoff vom 19. März 2008. Er kritisierte den quasi staatlichen Eingriff des FED zu Gunsten der darbenenden Investmentbank Bear Stearns auf's Schärfste und vertrat vielmehr die Ansicht, dass ohne das Zutun des FED zwar der Untergang der Investment Bank besiegelt gewesen wäre, dadurch aber ein signalwirksames Exempel hätte statuiert werden können, durch das erst nachhaltige Lehren möglich geworden wären. Diese Denkhaltung entspricht ganz elementar dem der USA inhärenten „trial and error“-Prinzip, das sich der Gefahr des Irrtums stets bewusst, die USA als stets zur Verbesserung ausgeschriebenes Modell betrachtet. Vgl. Finanz und Wirtschaft 19.03.2008, 22, S.1f. Der Untergang der Investmentbank „Lehmann Brothers“ entsprach dann im September 2008 Rogoffs Forderungen.

<sup>123</sup> Walzer Michael: Zivile Gesellschaft... S. 201.

<sup>124</sup> Fluck Winfried: Gesellschaft und Kultur..., S. 712-713.

bis heute immer nur das Resultat jenes *argumentatives Felds*, das gleichzeitig die Entwicklung der nationalstaatlichen Papiere im Sinne eines einenden Bandes ermöglichte.

Der Glaube an das auserwählte amerikanische Volk als fortgeführte calvinistische „*Convenant*“ Tradition oder die Praxis der stetigen Erneuerung und Bezeugung der eigenen - verfassungsrechtlich verankerten - Zugehörigkeit, lässt sich schliesslich anhand verwendeter Symbole und Identifikationsrituale zeigen. Sie sind Zeugen des christlich-religiösen Einflusses, die zwar keinen verfassungsrechtlichen Einlass gefunden haben, sich dafür umso deutlicher in der kulturellen Ausgestaltung vieler „typischer amerikanischer“ Alltagsrituale widerspiegeln. Dazu zählen beispielsweise die nicht politisch intendierte Präsenz der Fahne oder das Singen der Nationalhymne vor Sportanlässen. Die originäre Idee dahinter verlangt aber der Auftrag zur Errichtung einer allgemeingültigen Kollektivordnung.

### **Errichtung einer beständigen Kollektivordnung**

Obwohl die verfassungsrechtliche Trennung von Religion und Staat früher als in vergleichbaren Nationen vollzogen wurde, hat sich zwar ein mehr oder minder spannungsfreies Nebeneinander von Glaubensrichtungen entwickelt, nicht aber ein spannungsfreies Verhältnis zwischen Religion und Staat. Ebenso wie die Verfassung die klare Trennung beider versichert, garantiert sie die Wahrung religiöser Positionen und Pluralitäten. Prätorius spricht von einem allgemeinen Dilemma der amerikanischen Kultur:

„Einerseits leben sie in einer politischen Tradition, die Wert auf individuelle Autonomie und Handlungsfreiheit in Abgrenzung gegen den Staat legt, andererseits leben sie auch in einem politisierten Gemeinwesen. Politik bedeutet aber auch Interessensdurchsetzung durch Indienstnahme staatlicher Institutionen.“<sup>125</sup>

Hierin zeigt sich nicht zuletzt die paradox erscheinende Situation, dass die Amerikaner zwar eine zutiefst christlich geprägte Nation sind, dies aber kein Hinderungsgrund darstellt, mit Menschen

„...aus den verschiedensten Bekenntnissen und Konkurrenzkirchen, die sie für verdammt halten, als loyale Mitbürger zusammenzuleben.“<sup>126</sup>

Wenn also die formale Trennung von Kirche und Staat beschrieben wird, sind die Durchlässigkeit dieser Grenzen sowie die Wurzeln des getrennten staatlichen Verständnisses zu beachten, denn der Ideenhaushalt dieser Waagschale wird auch in der Gegenwart aus der puritanischen Überzeugung an die Prädestination gespeist, die jedes von Erfolg gekrönte Handeln als Segen Gottes und damit als Zeichen der Erwähltheit deutet.<sup>127</sup> Der Mythos vom „*Melting*

---

<sup>125</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust..., S. 29.

<sup>126</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 141.

<sup>127</sup> Gelfert Hans-Dieter: Typisch amerikanisch. Wie die Amerikaner wurden, was sie sind, München 2006, S. 15.

*Pot*“ unterstützt aber keinen beliebigen Pluralismus, sondern vielmehr den Auftrag zur *Errichtung einer Kollektivordnung, die die Eigenart der Pluralitäten - und damit die individuelle Freiheit - schützt*, sofern die christlichen Grundentscheidungen gewahrt werden.<sup>128</sup> Dessen Durchsetzung erfolgt aus der Kraft lokaler Blöcke.

Für eine erfolgreiche Ratifizierung der „Bill of rights“ 1788 gelangte man zur Einsicht, dass sich mit der oben beschriebenen Verfassungsmechanik alleine keine Nation begründen ließ. Hierfür notwendig war eine kollektiv verbindliche Wertestruktur, deren Resultat sich mit den oben eingeführten Mythen zeigt. Machtansprüche zu zementieren, bedeutete seit jeher vielmehr die kollektive Rechtfertigung der Gegenwart durch das konstante Wiederholen von in der Vergangenheit als gültig geprägter Schemata für die Bezugsgruppen:

„The past does not speak only to conservatives. America offers its children both Paine and Hamilton, both Jefferson and Madison. And Burke himself proved that honoring the integrity of indigenous traditions can have radical consequences...no less than conservative ones. A democratic unity is inevitably obliged to create its past no less than its future, and the justice with which it does so will be one measure of its political judgment. Moreover, by constantly recapturing its own past in words and maxims, a community demonstrates its autonomy and its political vigor: in allowing itself to be shaped by the past, it also reshapes the past and so builds a foundation for its future.“<sup>129</sup>

Die Adaption des Bildes des suchenden Volkes Israel etwa, dass schließlich das Gelobte Land erreicht hat, führte zu einer amerikanisch geprägten Metapher- und Bildsprache, in der „*Exodus*“, „*Chosen People*“, „*Promised Land*“, „*New Jerusalem*“, „*Sacrificial Death*“ und „*Rebirth*“ zentrale Positionen einnehmen. Dies zeugt insgesamt aber nicht von religiösem Fanatismus:

„Das Entscheidende ist, dass sich diese öffentliche Rhetorik transzendenter Motive und Bilder bedient, um die nationale Existenz in den Begriffen einer religiösen Symbolwelt zu interpretieren“,<sup>130</sup>

um *dadurch immer wieder aufs Neue politische (Handlungs-)Legitimität zu gewinnen*. Die Hauptforderung der jungen Staatengemeinschaft nach 1789 bestand gemäss dem „*trial and error*“ Prinzip darin, die stete „*Erneuerung*“ *nach innen* und *nach außen* zu legitimieren und zu verankern. Die schlagkräftigsten Massenkommunikationsmittel dieses vertraglich besiegelten Empires als Grundlage des Rechtfertigungsstruktur des imperialen Nationbuildings waren von Beginn weg die Verbindung von religiösen Grundsätzen und disziplinierter Organisationsstruktur.

---

<sup>128</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust..., S. 44.

<sup>129</sup> Barber Benjamin R.: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age, Berkeley/Los Angeles 2003, S.195.

<sup>130</sup> Vorländer Hans: Politische Kultur...S. 291.



### 3.4 Bausteine des imperialen Nationbuildings

#### Militärische Kraft, Glaube und Patriotismus: Verteidigungsmodell der Souveränität gegen innere Gefahren

Der Einfluss lokaler Blöcke auf die Herausbildung des nationalen Verständnisses konnte zuweilen verwirrend sein. Hardt/Neri heben hervor, dass seit jeher das machiavellistische Prinzip der steten Konfliktbehaftung des Souveräns eine tragende Rolle spielte, wodurch Macht als Aufkommen und die Interaktion von Gegenmächten organisiert wird:<sup>131</sup> Zentrale Nationalsymbole der USA wie der 4. Juli wurden auch Jahrzehnte nach dem Ende des Unabhängigkeitskriegs von Interessengruppen divergent besetzt und beansprucht. Bedeutete der Tag den Handwerkern etwa ein Mahnmal gegen einen habsüchtigen Kapitalismus, benutzen ihn Nativisten als Kampagne gegen Katholiken oder Immigranten.<sup>132</sup> Solche Symbole liessen sich im Laufe der Geschichte immer wieder neu mit allgemein gültigen Formeln in die nationale Symbolmetaphorik einfügen und gehören heute dennoch zum „etablierten“ Fundus des US-amerikanischen Nationalbewusstseins. Beispielsweise wurde der *Memorial Day*<sup>133</sup> schon 1868 eingeführt, aber erst seit 1971 findet er jeweils am letzten Montag des Monats Mai statt. Das „Star-Spangled Banner“ ist erst seit 1931 die offizielle amerikanischen Nationalhymne und das Gesetz gegen die Entweihung der Flagge besteht gar erst seit 1968. Inhalte und deren Bedeutung (und damit das Gewicht nationaler Symbole) veränderten sich also im Laufe der Zeit und repräsentierten damit den wohl wichtigsten Baustein des Imperialen Nationbuildings: den amerikanischen Grundgedanken der steten Erneuerung und Verbesserung als einzige Konstante des Souveräns.

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung unterstreicht diese Machtvorstellung, denn die Entwicklung eines nationalen Bewusstseins war nicht vom Erfolg endlicher politischer Macht (also vom Erfolg einzelner politischer Institutionen oder ihr innewohnenden Machthaber) abhängig, sondern - wie Wasser zusammenfasst - vielmehr von einem „Bündel wertefixierter Einstellungsmuster und Bewusstseinsdispositionen“,<sup>134</sup> deren Erfolg vom *stets zu erneuernde Bekenntnis des Volkssouveräns* abhing. Einstellungsmuster unterlagen also drei wesentlichen Voraussetzungen: sie mussten erstens jeweils situativ ausgelegt und programmatisch gefüllt werden können, zweitens mit Inhalten gefüllt sein, die im Laufe der Zeit wandelbar waren und drittens den unbändigen Glauben an eine perfekte Zukunft so zu verkörpern,

---

<sup>131</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 174.

<sup>132</sup> Vgl. Karter Appelbaum Diana: *The Glorious Fourth: An American Holiday, an American History*, New York 1989.

<sup>133</sup> US-amerikanischer Feiertag, der zu Ehren der im Krieg für das Vaterland Gefallenen begangen wird.

<sup>134</sup> Wasser Hartmut: *USA...*, S. 39.

dass die Fehler der Gegenwart verziehen werden konnten.<sup>135</sup> Einzig diese Haltung ermöglichte beispielsweise Thomas Jefferson die zeitgleiche Haltung von Sklaven und die Niederschrift der Unabhängigkeitserklärung von 1776, in der es heisst:

„...that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable rights...“<sup>136</sup>

Der Wert Sklaven konnte nur deshalb mit der grotesken Quotelung von 3/5 Wertigkeit eines freien Bürgers festgelegt werden.<sup>137</sup> Die gesetzlich legitimierte Sklavenhaltung war so also erst - oder gerade wegen - des obigen Staatsverständnisses möglich, auch wenn zweifelsfrei wirtschaftliche Gründe deren Haltung dominierten.<sup>138</sup> Diese Kombination aus Erwähltheit und Selbstbezug hat die amerikanische Kultur bis heute so dauerhaft geprägt, *weil* sie auf den eben erwähnten Routinen rekurrieren.<sup>139</sup>

Die Ausbildung der patriotischen Identität verblieb nicht einer durch Gottes Gnaden eingesetzten Staatsmacht, sondern vielmehr stark organisierter „Patrioten“, die sich durch ihre jeweiligen „*great awakenings*“ auf Gott bezogen. Die Argumentationsstruktur war jeweils geprägt durch einzuhaltende moralischer Werte, verbindende Symbole und den Glauben an eine nationale Mission, die von Generation zu Generation weitervermittelt wurden.<sup>140</sup> Jonathan Masons Rede „Patriotism a virtue“ vom 5. März 1780 etwa verankert Patriotismus in bemerkenswerter Weise, denn Mason „belegt“ die historische Richtigkeit von Patriotismus, begründet die innere Notwendigkeit und erinnert sofort daran, dass Patriotismus kein staatliches Konstrukt im Sinne eines „top-down“ Modells sei, sondern einzig durch den Volkswillen erfolge:

„That the greatness and prosperity of a people depend upon the proportion of public spirit and the love of virtue which is found to exist among them, seems to be a maxim established by the universal consent, and I may say, experience of all ages...Patriotism is essential to the preservation and well being of every free government. To love one's country has ever been esteemed honourable; and under the influence of this noble passion, every social virtue is cultivated...Rewards and punishments are in the hands of the public...“<sup>141</sup>

---

<sup>135</sup> Hartmut Wasser bezeichnet dies als „trial and error“-Prinzip. Vgl.: Wasser Hartmut: USA..., S. 50.

<sup>136</sup> [http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration_transcript.html)

<sup>137</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: Empire..., S. 183.

<sup>138</sup> Adams Willi Paul: Die USA vor 1900, in: Bleicken Jochen, Gall Lothar, Jakobs Hermann (Hrsg.): Oldenbourg Grundriss der Geschichte Oldenbourg 2002, S. 79-80.

<sup>139</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust..., S. 63.

<sup>140</sup> Heideking Jürgen: Revolution, Verfassung und Nationalstaatsgründung, 1763-1815 in: Lösche Peter, von Loeffelholz Hans Dietrich: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt a./M./New York 2004, S. 33.

<sup>141</sup> Mason Jonathan: Patriotism a Virtue, in: Peabody Selim H.: American Patriotism: Speeches, Letters and Papers Illustrating The Foundation, Development and Preservation to the U.S.A, New York 2005, S. 125-131.

Patriotisches Gedankengut richtete sich vor der Unabhängigkeitserklärung in erster Linie gegen den *kolonialen Einfluss Englands*,<sup>142</sup> setzte sich danach aber ebenso kritisch mit den Problemen der *inneren Ordnung* und dem steten Bestreben, sich weiter zu entwickeln, auseinander. In „The Defects of the Confederation“ verurteilte Benjamin Rush 1787 den stark eingeschränkten Einfluss eines jeden Patrioten und identifiziert hier den eigentlichen „inneren“ Feind der Nation:

„Most of the present difficulties of this country arise from the weakness and other defects of our governments... It is often said, „that the sovereign and all other power is seated *in* the people.“ This idea is unhappily expressed. It should be, „all power is derived *from* the people,“ they possess it only on the days of elections. After this, it is not the property of their rulers; nor can they exercise or resume it unless it be abused....We commit a similar mistake in our ideas of the word independent. No individual state, as such, has any claim to independence. She is independent only in a union with her sister states in congress...”

Damit gilt für die Zeit der Unabhängigkeitserklärung nicht bloss die machiavellistische Ansicht, dass Macht nur republikanisch zu organisieren sei, sondern vor allem auch, dass soziale Konflikte die stete Grundlage für stabile Machtverhältnisse sind.<sup>143</sup> Angesprochen wurde dabei stets das Gemeinwohl, das es zu erhalten und zu verteidigen galt. Patriotismus war so immer auch ein Ausdruck einer *nach aussen getragenen inneren Erfahrung*, die nur durch die

„Erschütterung der Seele erfahrenen Wiedergeburt“,<sup>144</sup>

ausgeprägt werden konnte. Diese Emphase ist eine in den USA gestaltete Notwendigkeit, um politisch formulierte Projekte zu lancieren. Die Unterordnung des Einzelnen in ein patriotisches Gebilde gelang etwa 80 Jahre später in Form der Grand Army of the Republic (GAR). Auch sie wandte sich gegen „innere“ Feinde, die die nationale Einheit - bei aller gewährten Pluralität - bedrohten. Die zentrale Kombination im Nationbuilding-Prozess war auch hier die strikte Verbindung zwischen Militär, Politik und Religion, gekleidet in das revolutionär-protestantische Gewand der Urväter.<sup>145</sup> Die 1866 entstandene Grand Army of the Republic ruhte auf den ideologischen Stützen der Freimaurerei und den straffen Prinzipien militärischer Ordnung. Sie löste sich von älteren Konzepten wie der

---

<sup>142</sup> Vgl. Dickinson John: Essay on the Constitutional Power of Great Britain, in: Peabody Selim H.: American Patriotism..., S. 44-59, Franklin Benjamin: Vindication of the Colonies, in: Peabody Selim H.: American Patriotism..., S. 94-97.

<sup>143</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: Empire..., S. 174.

<sup>144</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 125.

<sup>145</sup> 1783 würdigte George Washington in „Farewell to the Army“ deren unvergessliche Verdienste für das Vaterland, die von einem jeden Bürger verdankt und in ewiger Erinnerung behalten würden sowie deren unabdingbaren Bedeutung während des Kriegs für das gesamte Land. Gleichwohl wies er aber darauf hin, dass der militärische Kampf nun beendet sei und aus Soldaten wieder Bürger werden müssten. Vgl hierzu: Washington George: Farewell to the Army, in: Peabody Selim H.: American Patriotism..., S. 142-146.

„...legal creation of contractual rights and obligations“<sup>146</sup>

hin zur Idee, als Patriot das politische Leben beeinflussen zu müssen. Diese Diffusion wurde angetrieben durch die zahlreichen deutschen Immigranten wie J.B. Stallo, Peter Kaufmann oder Moncure Conway als Vertreter des Ohio – Hegelianer wie auch H.C. Brockmeyer und William Torrey Harris als Organisatoren der St. Louis Hegelianer. Für Hegel war die Freiheit nur im Rechtsstaat gewährleistet, Volkssouveränität lehnte er ab. Die Aufgabe staatlicher Institution war die kontinuierliche Arbeit an einem Vernunftstaat, der das selbstsüchtige Interesse des Einzelnen dem Wohle der Allgemeinheit zuführte.<sup>147</sup> In den Augen der GAR war der höchste Grad an Individualismus und Freiheit nur durch Loyalität innerhalb größerer Kollektive, der Familie und der Nation zu realisieren. Der Staat sollte nicht ein bürokratischer Apparat, sondern als organische und dynamische Einheit aufgebaut sein, der das Leben der Bevölkerung selbst verkörpert.<sup>148</sup>

Die GAR stand für die Loyalität der Menschen zu einer einzigen Nation. In ihren Augen war die Herkunft oder die Hautfarbe des Menschen unwesentlich. Es oblag ihm einzig die Pflicht, sein Herz dem Geiste des Nationalgedankens zu verschreiben. Zwei wichtige ideologische Treiber waren dabei der geschickte nostalgische Bezug zur eigenen Unabhängigkeitsgeschichte sowie der damit eng verbundene religiöse Einbezug des Göttlichen in Form eines radikalen Protestantismus. Ein wichtiger Erfolgsgarant war der starke Organisationsgrad. Mit der Gründung der „*Sons of Union Veterans of the Civil War*“<sup>149</sup> wurden ihre Überzeugungen nach dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs erhalten. Nicht nur Männer, sondern auch Frauen waren organisiert und in ihren Aufgaben eingebunden. Die Loyalität der Männer wurde anhand ihrer Courage auf dem Schlachtfeld gemessen. Die Frauengruppierungen forderten wie die noch heute aktiven „*National Woman's Relief Corps*“<sup>150</sup> oder die „*Ladies of the GAR*“<sup>151</sup> schlicht Selbstaufopferung.

Fundamentale Werte wuchsen so von Beginn weg zwar aus lokalen Dispositionen, sie waren aber so konzipiert, dass Freiheit und Grenze im Sinne offener Räume in einem Verhältnis wechselseitiger Implikationen zueinander standen<sup>152</sup>, in denen stets *eine Form der Unterordnung* steckte, deren Zweck der Kitt der Gemeinschaft war.

---

<sup>146</sup> Vgl. Hierzu: Curti Merle: *The Roots of American Loyalty*, New York 1946, S. 171.

<sup>147</sup> Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: *Der Staat*, in: Weber Fas: *Staatsdenker und Moderne*. Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber, Tübingen 2003, S. 158-180.

<sup>148</sup> Goetzmann William H.: *The American Hegelians: An Intellectual Episode in the History of Western America*, New York 1973, S. 13-17.

<sup>149</sup> <http://suvw.org/suv.htm>

<sup>150</sup> <http://suvw.org/wrc.htm>

<sup>151</sup> <http://www.rootsweb.com/~nlgar/home.html>

<sup>152</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 181.

## Die Gemeinschaft der Freien als Verteidigungsmodell gegen äußere Gefahren

Das geforderte „*empire of liberty*“ verlangte den fest verankerten Willen, nicht nur die Ablösung vom englischen Mutterland zu vollziehen, sondern ein amerikanisches Reich der Freiheit *gegen innen und außen zu schaffen*. Diese „*Gemeinschaft der Freien*“ stellt gleichzeitig den Zentralmythos der amerikanischen Identität dar, zementiert den ideologischen Unterschied zwischen „*we*“ und „*they*“ und ist - politisch gesprochen - eine christliche Republik. Sie betont, dass das Verhältnis der Menschen zu Gott in erster Linie eine persönliche Angelegenheit ist,<sup>153</sup> denn

„Gott spricht zum Amerikaner direkt von innen, ohne Theologen, Priester und Sakramente“.<sup>154</sup>

Dieser zivilreligiös ausgeprägte Amerikanismus bedient sich dabei aus dem breiten ideologischen Gravitationsfeld zwischen Politik und Gesellschaft, als weltliche Integrationsideologie mit sakralen Zügen.<sup>155</sup> Die Gemeinschaft der Freien legitimiert sich über einen in den USA zutiefst christlich geprägten zivilreligiösen Konsens, der vielmehr ein Kondensat der amerikanischen politischen Kultur als einen expliziten Kanon öffentlicher Dogmen darstellt. Amerikaner zu sein ist keine Sache der Herkunft oder des Blutes wie in Europa, sondern vielmehr ein gemeinsames Band von Idealen, deren man sich verpflichtet fühlt. Insofern stellen die USA eine integrationshistorische Erfolgsgeschichte bis in die Gegenwart dar. Der Sinn der steten Konsenssuche ist sowohl die Bestimmung als auch die Begrenzung der politischen Institutionen. Gespeist wird er aus der Tradition des radikalen Protestantismus sowie der biblischen Bundestheologie, die jeweils die Autonomie der Religionen vom Staat, den religiösen Pluralismus sowie die Abhängigkeit der Geistlichen von ihren Gemeinden (Lokalismus) voraussetzen,<sup>156</sup> wobei Konvergenzpunkte wie etwa die Betonung der persönlichen Freiheit oder der «*anti-government*»-Einstellung hervorzuheben sind.

„Christlich ist diese Republik vor allem in ihrem symbolischen Code, in den neuralgischen Punkten ihres Streits mit sich selbst. Auch als zerrissene Nation sucht sie vor allem ihre eigene Seele“<sup>157</sup>

Die Ausprägung des amerikanischen „*Empire of liberty*“ richtete sich deshalb seit Beginn nicht nur gegen innen, sondern auch gegen außen und bedeutet ebenso einen stetigen Erneuerungs- und Rechtfertigungsprozess, der sich in der Kombination von Militär, Glaube und Patriotismus zahlreich feststellen lässt: die amerikanische Selbstwahrnehmung und ihre Rechtfertigungsmuster für den Gebrauch militärischer Kraft mögen sich seit der Zeit der Ko-

---

<sup>153</sup> Hackett Conrad: Lindsay Michael D.: Measuring Evangelicalism: Consequences of Different Operationalization Strategies, in: Journal for the Scientific Study of Religion (2008) 47(3):499–514, hier. S. 503.

<sup>154</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 125.

<sup>155</sup> Vorländer Hans: Politische Kultur...S. 291f.

<sup>156</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 142.

<sup>157</sup> Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme..., S. 143.

lonialkriege verändert haben, der Gebrauch militärischer Gewalt in der Funktion als Verteidigungsmodell internationaler Konflikte bleibt ein Phänomen bis in die Gegenwart.<sup>158</sup> Wiederum Thomas Jefferson entwickelte den offenen Grenz- und Siedlungsraum (*frontier*) zum begrifflichen Terrain der demokratisch geordneten Gesellschaft. Diese Offenheit war gerade in einem Raum sinnvoll,

„...in dem die staatliche Verfassung als offener Prozess, als kollektive Selbsterschaffung betrachtet wurde“.<sup>159</sup>

Die Vorstellung von Souveränität als expansive Macht in Netzwerken bildet so auch das Scharnier, über welches das Prinzip einer demokratischen Republik mit dem Gedanken des Empire verknüpft ist, denn das

„Empire lässt sich nur als universelle Republik begreifen, als ein Netzwerk aus Mächten und Gegenmächten in Form einer unbegrenzten und einschließenden Architektur“.<sup>160</sup>

Die Gründer der Staatengemeinschaft übernahmen in der Unabhängigkeitserklärung jedenfalls nicht nur die unveräußerlichen Rechte an Leben, Freiheit, Eigentum, Schutz vor willkürlicher Verhaftung, Folter und grausamen Strafen, Anspruch des Angeklagten auf ein Geschworenengericht<sup>161</sup> aus der Nachbarschaft, Presse- und Meinungsfreiheit, störungsfreie Religionsfreiheit und das Streben nach Glück, sondern ebenso das Recht auf *Widerstand* der Bürger, sofern die Regierungsgewalt die herrschende Ordnung verletzte. Diese mit der Lehre John Lockes verwurzelte Idee<sup>162</sup> spielte bei der Rechtfertigung der amerikanischen Abspaltung von der englischen Krone eine zentrale Rolle, denn in der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 wurde zudem zwar von einem homogenen Volk gesprochen („we hold these truths...“<sup>163</sup>), die 13 Gründungsstaaten traten jedoch bereits als 13 lokal stark verankerte, gegenüber England jedoch geeinte und souveräne Völker auf. Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 ist demnach vor allem als Vertrag zwischen souveränen Staatseinheiten gegen innen und außen zu sehen. Die Entwicklung der Verfassung hat - trotz der Aufnahme einiger Schlüsselbegriffe wie der „*limited government*“ oder der „*unalienable rights*“ - die Ausbildung eines *Systems von Prinzipien* begünstigt, das die Rechte und Freiheiten der Regierten gegen *sämtliche* Übergriffe von Regierenden schützt.<sup>164</sup>

---

<sup>158</sup> Fisher Benjamin: *Collective Memory...*, S. 17.

<sup>159</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 180.

<sup>160</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 178.

<sup>161</sup> Das Recht mittelloser Angeklagter auf einen Pflichtverteidiger erfolgte durch den Supreme Court aber erst 1963 im Fall Gideon gegen Wainwright. Vgl. Sautter Udo: *Die Vereinigten Staaten...* S. 97.

<sup>162</sup> Ein guter Überblick findet sich in: Locke John: *Über die Regierung*, in: Weber-Fas Rudolf: *Staatsdenker der Moderne – Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber*, Tübingen 2003, S. 101.

<sup>163</sup> <http://www.ourdocuments.gov/doc.php?doc=2&page=transcript>

<sup>164</sup> Morison Samuel Eliot (Hrsg.): *Sources and Documents Illustrating the American Revolution 1764-1788 and the Formation of the Federal Constitution*, New York 1929, S. 177, zitiert in: Heideking Jürgen:..., S. 22.

## Monroe-Doktrin und europäischer Kolonialismus als Folgeentwicklung

Der aus der puritanischen Theologie entspringende „*Messianism*“,<sup>165</sup> der vor allem den Exzeptionalismus der Bevölkerung gegen innen und außen hervorhebt, wird von politischen Institutionen als immer wieder notwendiges Instrument zur Rechtfertigung einer klaren Aufgabe im Ausland eingesetzt. Dabei ist diese Form aber nicht etwa mit dem „*Messianismus*“ von Woodrow Wilson zu verwechseln, der eine Art globale Friedensideologie propagierte. Vielmehr nahm die Internationalität des US-amerikanischen Anliegens mit der *Monroe-Doktrin* ihren Anfang. Die 1823 festgelegte Doktrin war in erster Linie als Verteidigungsmaßnahme gegen den europäischen Kolonialismus (also gegen eine Gefahr von außen) gedacht<sup>166</sup> und wurde erst 1904 von Theodore Roosevelt zu *einem Bild der USA als internationale Schutzmacht* uminterpretiert. Im Gegensatz zu Wilson verfolgte Roosevelt keine globale Friedensideologie, sondern suchte eine Rechtfertigung für die amerikanischen Interventionen in lateinamerikanischen Ländern, die der Wahrung der machtpolitischen Sicherheitsinteressen der USA dienten. Die Europäer wurden dabei aufgefordert, nicht länger aktiv in Lateinamerika zu intervenieren.<sup>167</sup> „*Imperiales*“ Gedankengut lässt sich aber schon deutlich früher feststellen: etwa beim Kauf Alaskas von Russland 1867 oder in der Begründung des republikanischen Senators Albert Beveridge zur Besetzung der Philippinen im Januar 1900, die a) im göttlichen Auftrag der USA und „unserer Rasse“, b) mit den pazifischen Handelsvorteilen und c) mit militärstrategischen Vorteilen im Wettlauf mit den anderen Kolonialmächten ausgeführt. Am besten trifft McKinleys Feststellung von 1901 anlässlich des preussisch-französischen Zerwürfnisses Roosevelts die verfolgte Ausprägung der Monroe-Doktrin, denn

„Isolation is no longer possible or desirable“.<sup>168</sup>

Ein Beispiel aus der jüngeren Geschichte ist etwa die am 1. Januar 2000 freigegebene Panamakanalzone. Adams, ein in Deutschland lehrender US-Historiker, subsumiert:

„In der nationalen Erinnerung war die Ausdehnung des Bundesstaates bis zum Pazifik eine kontinuierliche und im Kern unaufhaltsame Landnahme, die allein durch Nutzung und Besiedlung, eben das im 19. Jh. immer wieder beschworene gottgewollte Schicksal, das „*manifest destiny*“ der zivilisatorisch Überlegenen, gerechtfertigt wurde... Der Erwerb überseeischer Besitzungen war hingegen ein umstrittener Akt des Imperialismus und konnte durchaus korrigiert werden“<sup>169</sup>

„*Manifest Destiny*“ war dabei nie eine bestimmte Politik oder Ideologie; sondern ein allgemeiner Begriff, der Elemente des amerikanischen Exzeptionalismus, Nationalismus und

---

<sup>165</sup> Hames Tim, Rae Nicole: *Governing America: History, Culture, Institutions, Organisations, Policy*, Manchester 1996, S. 48-49.

<sup>166</sup> Adams Willi Paul: *Die USA vor 1900...*, S. 12.

<sup>167</sup> Adams Willi Paul: *Die USA vor 1900...*, S. 64.

<sup>168</sup> Adams Willi Paul: *Die USA vor 1900...*, S. 129-130.

<sup>169</sup> Adams Willi Paul: *Die USA vor 1900...*, S. 6.

Expansionismus vereinigte. Die US-amerikanische Doktrin vermittelte den göttlichen Auftrag zur Expansion, insbesondere über Nordamerikas Grenze in Richtung Pazifik. Die Redewendung bedeutet so viel wie durch Gott bestimmtes, unabwendbares Schicksal und wurde zum ersten Mal 1839 vom New Yorker Journalist John L. O'Sullivan in einem Artikel der Zeitschrift „The United States Democratic Review“ geprägt. O'Sullivan beschwor, die USA müssten den anderen Nationen ein Vorbild sein,

„to manifest to mankind the excellence of divine principles, to establish on earth the noblest temple ever dedicated to the worship of the Most High – the Sacred and the True“.<sup>170</sup>

Die Erzwingung der „offenen Tür“ in China und im übrigen asiatischen Raum war darüber hinaus aber nicht einzig das Ergebnis souveräner Selbstbestimmung und göttlicher Vorsehung, sondern rechtfertigte sich durch den ökonomischen Wettlauf mit europäischen Kolonialmächten,

„...um Märkte, Rohstoffe und militärstrategische Vorteile, dem die Hüter des amerikanischen Nationalinteresses sich nicht entziehen konnten“.<sup>171</sup>

Solche Beispiele lassen sich auch außerhalb des asiatischen Raums wie beispielsweise an der Eingliederung Hawaiis erkennen: 1875 bereits wurde der Handelsvertrag mit den Ureinwohnern ratifiziert, die Aufnahme in die Union erfolgte jedoch erst 1959.<sup>172</sup>

### **Bindung und nationale Verpflichtung Internationaler Rechtsnormen**

Hurwitz/Peffely nennen für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg drei solche Prinzipien der US-Regierung: Militarismus, Isolationismus und Beherrschung durch Eingrenzung („*Containment*“).<sup>173</sup> Jede der drei Haltungen sucht und findet dabei ihre Wurzeln in einer Form amerikanischer Kriegsmythologie. Diese betrachtet Krieg als effizientes Mittel der Außenpolitik, so lange er *außerhalb* des eigenen Landes stattfindet und unterstreicht dabei die Notwendigkeit, die amerikanische Heimat vor internationalem Unheil zu beschützen. Derartige sozial konstruierten Kriegskonzepte bergen nicht nur die Gefahr, sondern sogar die Notwendigkeit, die öffentliche Meinung über stereotype Feindbildkonstruktionen zu manipulieren: ein Krieg ausserhalb des Landes lässt sich moralisch rechtfertigen, weil die lancierten Frames und Schemata aufgrund ihrer historischen Wurzeln akzeptiert werden.<sup>174</sup> Der expansive Charakter der USA setzte dabei nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Ausprägung einer

---

<sup>170</sup> O'Sullivan John L.: "The Great Nation of Futurity," The United States Democratic Review, Volume 6, Issue 23, S. 426-430.

<sup>171</sup> Adams Willi Paul: Die USA vor 1900..., S. 12.

<sup>172</sup> Adams Willi Paul: Die USA vor 1900..., S. 128.

<sup>173</sup> Hurwitz J., Peffley M.: Public images of the Soviet Union: The impact on foreign policy attitudes. Journal of Politics, 52 (1), 1990, 3-28, hier S. 4.

<sup>174</sup> Peffley, M.; Hurwitz, J.: International events and foreign policy beliefs: Public response to changing Soviet-U.S. relations. American Journal of Political Science, 36 (2), 431-461, hier S. 454.



international anerkannten Rechtsnormierung nach amerikanischem Vorbild. Die „imperiale Ordnung“ liess sich nicht allein durch die Wirksamkeit rechtlicher Sanktionen und die zu deren Durchsetzung erforderliche militärische Macht legitimieren. Es bedurfte vielmehr der Einsetzung *internationaler Rechtsnormen*, welche die Macht des expansiv operierenden Akteurs dauerhaft und legal begründeten. Ein solcher Überhang findet sich etwa in der Charta von San Francisco, *einem US-amerikanischen Produkt*, mit dem die Vereinten Nationen begründet wurden.<sup>175</sup> Dort heisst es:

“WE THE PEOPLES OF THE UNITED NATIONS DETERMINED

- to save succeeding generations from the scourge of war, which twice in our lifetime has brought untold sorrow to mankind, and
- to reaffirm faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person, in the equal rights of men and women and of nations large and small, and
- to establish conditions under which justice and respect for the obligations arising from treaties and other sources of international law can be maintained, and
- to promote social progress and better standards of life in larger freedom”<sup>176</sup>

Diese auf internationaler Ebene installierten Rechtsnormen gingen über die bisherigen vertraglichen Verhandlungen hinaus. Sie bedeuteten die überstaatliche Etablierung und Anerkennung eines auf der globalen Bühne zentral agierenden „autoritären Subjekts“ wie die United Nations (auch UNO), der Internationale Strafgerichtshofs oder auch die Weltbank. Darin verbirgt sich das messianistisch gefärbte Modell der USA,

„...einen offenen Raum neu zu organisieren und unablässig auf unbegrenztem Raum vielfältige und singuläre Netzwerkbeziehungen neu zu schaffen.“<sup>177</sup>

Die so ausformulierte Rolle der USA als globaler Friedenspolizist in letzter Instanz war allerdings die Folge einer früheren Entwicklung, denn die sich im Zuge des Ersten Weltkriegs aufbauende bipolare Weltordnung war eine wesentliche Voraussetzung, um eine Weltordnung zu propagieren, in der im Sinne Le Shans jedermann schnell zwischen „Gut“ und „Böse“ unterscheiden konnte.

---

<sup>175</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 192.

<sup>176</sup> <http://www.un.org/aboutun/charter/>

<sup>177</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 194.

## **Exkurs: Was Amerikaner bewegt: Sicherheitspolitische und ökonomische Parameter, Unabhängigkeit als Schlüsselmotiv für Wandel**

Mit der Frage, welche Themen Amerikaner bewegt, hat Timmermann anlässlich einer im September/Oktober 1995 durchgeführten Untersuchung wertvolle Resultate herausgearbeitet. Die Autorin verwendete dabei drei repräsentative Samples: Ein städtisches (Boston), ein ländliches (Branson, Missouri) sowie ein elitäres (Alumni Harvard University): Die Befragten nannten die Themen „Sicherheit“ (vor Nuklearkonflikte), „Wirtschaftswachstum“, „Wohlstand“ und „Individuelle Freiheit“ als wichtigste persönliche Ziele.<sup>178</sup> Nachfolgend werden einige Punkte hervorgehoben, die sowohl wichtige als auch interessante Einblicke in das Selbstverständnis der amerikanischen Gesellschaft *nach* dem Zweiten Golfkrieg ermöglichen.

### **Rolle von Regierung und demokratischen Wahlen**

Das demokratische Regierungssystem gilt gleichzeitig als funktionales Kontrollorgan über die Regierung. So wird die Hoffnung verkörpert, sein eigenes Schicksal in gewissem Masse zu kontrollieren. Die politische Wahl gilt als bürgerliches Machtelement zur Wahl einer rein repräsentativen Regierung. Das Regierungsverständnis ist weitgehend stabil in der Bevölkerung. Bereits für den Zeitraum von 1945-1948 hält Zimmermann fest:

„Die Regierung ist repräsentativ, mit dezentralisierten Funktionen, um ein Maximum an individuellen Gedanken, Initiative und Urteil in den Gemeindeangelegenheiten zuzulassen und zu fördern“.<sup>179</sup>

### **Die USA als einziges Land, das die Demokratie absolut ernst nimmt...**

Die Elimination von Diktaturen als außenpolitische Aufgabe der USA wird 1995 ebenso deutlich betont wie das demokratische Bewusstsein, dass *echte Demokratien* ihre Differenzen im Regelfall verhandeln würden. *Echte Demokratien führten danach keine Kriege gegeneinander*. Der Krieg gegen den Irak fünf Jahre zuvor musste so als ein *notwendiger Krieg gegen eine Diktatur* deklariert gewesen sein. Die USA sind nach dem Verständnis der Befragten *das einzige Land, das Demokratie absolut ernst nehme*.<sup>180</sup> Sodann versteht sich, weshalb die USA im internationalen Verbund - auch ungefragt – jeweils die Führungsrolle übernehmen konnte.

### **Politik**

Politik gilt als korruptes Geschäft, wird gleichzeitig aber als systemisches Element ohne Alternative zur Besserung wahrgenommen und akzeptiert. Die Maxime „Nur so viel Zentralstaat wie nötig“ gilt vom 18. Jh. durchgehend bis 1995. Die seit jeher existierende puritanische Skepsis gegenüber Regierungen bleibt von höchster Aktualität.

### **Freiheit repräsentiert wirtschaftliche Prosperität und Elimination von Diktaturen**

Die Argumentationsstruktur erfolgte auf ökonomisch und politisch motivierter Basis und blieb ihren historischen Linien weitgehend treu. Im 18. Jahrhundert trug der Mensch den Geist der Freiheit in sich, wobei diese Freiheit nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch auf Landerwerb und Erhalt begründet war. 1995 wurde etwa das Argument der Freiheit in Form wirtschaftlicher Verdienstmög-

---

<sup>178</sup> vgl. dazu grundlegend: Timmermann Martina: Die Macht kollektiver Denkmuster..., S. 260-262.

<sup>179</sup> Timmermann Martina: Die Macht kollektiver Denkmuster..., S. 260.

<sup>180</sup> Timmermann Martina: Die Macht kollektiver Denkmuster..., S. 262.

lichkeiten mit Freiheit von brutalen Diktaturen gleichgesetzt. Die Kampfterminologie richtet sich nicht gegen das innenpolitische Establishment, sondern gegen Bedrohungen von außen.

Die Nichteinhaltung der bürgerlichen Freiheit bedeutete sowohl im 18. Jh. als auch 1995 das Recht auf *Widerstand*. Widerstand wird 1995 innenpolitisch aber nicht als Recht auf Revolution verstanden, sondern vielmehr über Wandel definiert („Revolution ist nicht nötig in Amerika, um Veränderungen zu bringen“<sup>181</sup>). Deshalb galt die *Wirtschaft als prioritäre Antriebskraft, um eine Regierung zu ändern*.

#### **Fazit:**

Timmermanns Studie verdeutlicht, dass machtpolitische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität untrennbar zusammenhängen. Schlüsselmotiv für den Wandel ist der Wunsch nach Unabhängigkeit von einer weit entfernten Zentralregierung. Geld zu besitzen ohne sich damit Produkte kaufen zu können, wird gar als Kampfgrund gesehen. Geistige Unterdrückung sowie freie Wahlen sind Zeugnisse einer gelebten Freiheit, da sie eine Auswahl und einen friedlichen Weg für Wandel bedeuten. Durchgehend wird betont, dass weder Menschen noch Systeme perfekt sind, aber die Mehrheitswahl oder die Freiheit, seine eigene Entscheidung zu treffen, eine Hauptdeterminante von gelebter Gleichheit und Freiheit sind.

---

<sup>181</sup> Timmermann Martina: Die Macht kollektiver Denkmuster..., S. 261.

# **Erster Teil: Geschichte des US-amerikanischen Mediensektors im Kalten Krieg**

Öffentliche Meinungsbildung setzt den Zugang zu Massenmedien voraus. Dabei ist die Kontrolle von Knotenpunkten von Interesse, durch die die öffentliche Meinung beeinflusst und bestenfalls sogar kontrolliert werden kann. Die nachfolgenden Kapitel heben deshalb aus der Perspektive der Massenmedien, organisierter Eliten sowie der US-Regierung hervor, wie die verschiedenen Strategien zur Erzeugung von Kohärenz und Plausibilität während des Kalten Kriegs voranschritten. Bevor die Analyse die Perspektiven von organisierten Eliten und der US-Regierung aufnimmt, die ihrerseits die Medien zu instrumentalisieren versuchen, führe ich einige Schlüsselemente der Medienentwicklung während des Kalten Kriegs ein.

## **4 Strukturelle und ökonomische Entwicklung des Mediensektors**

Die „Networks“ ABC, CBS und NBC entstanden durch Zusammenschlüsse und die Verknüpfung einzelner lokaler Radio- und später auch Fernsehstationen durch Kabelverbindungen. Sie lieferten eine Antwort auf die Limitierung der Reichweite der Funkfrequenzen. Die lokale Struktur von TV und Radiostationen bilden bis heute noch die Grundlage der Verbreitung. Die jeweiligen lokalen Stationen entscheiden, welche Programme sie in ihren Verbund aufnehmen und ausstrahlen, weshalb der Zuschauer in New York durchaus auf andere Programminhalte als in Los Angeles treffen kann. Solche Unterschiede sind nur schon wegen der unterschiedlichen Zeitzonen innerhalb der USA sinnvoll. Durch die Bildung von Networks bleiben der Region - analog zur Zeitung - lokale Stationen erhalten und ebenso wie bei den Zeitungsverlagen konnten Programminhalte von einem Dachunternehmen produziert und dann an die lokalen Einheiten verteilt werden. Die lokalen Stationen können zudem bis heute eigene Beiträge produzieren und senden, was im Alltag aber eher selten der Fall ist, weil die zentral eingespeisten Programme kostengünstiger sind. Die beiden Networks NBC (National Broadcasting Corporation, Gründung 1926) und CBS (Columbia Broadcasting System, Gründung 1927) dominierten während der 1920er und 1930er Jahre den Markt, vorerst allerdings noch im Radiobereich. Das Network der NBC umfasste im Jahr 1926 so beispielsweise landesweit 700 (Radio)Sender.<sup>182</sup> Der Begriff „Massenmedium“ konnte nun zutreffend verwendet werden, weil man nun zur landesweiten, simultanen Ausstrahlung von Radioprogrammen fähig war. Die Gründung von ABC (American Broadcasting Company) erfolgte 1945 aus einer gerichtlich verfügten Aufteilung, die eine Begrenzung der Marktmacht der NBC zum

---

<sup>182</sup> Bachem Christian: Fernsehen in den USA, Opladen 1995, S. 16.

Ziel hatte. Bis Anfang der 1940er Jahre wurde an der Markttauglichkeit des Fernsehens noch starke Zweifel gehegt. Erst 1947, sechs Jahre nach Vergabe der ersten Sendelizenzen, gelang der Durchbruch. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1948 stieg die Anzahl der vergebenen Sendelizenzen von 17 auf 198.

Zu Beginn der 1950er Jahre wurde das Radio als bedeutendstes Medium bereits abgelöst. Während der Radio-Ära lag die Programmgestaltung in den Händen der Werbetreibenden. Diese verkauften fertig gestellte Sendeformate an die Networks und bezahlten für den Sendeplatz. Während der Weaver-Ära wurde die Programmverantwortung an die Networks übertragen. Die bislang durch Firmen gesponserten Sendereihen ersetzten die Konzerne fast ausschließlich durch Serienprogramme, welche mittels Werbeunterbrechung finanziert wurden. Fortan konzipierten Marketingfirmen maßstabsgerechte Sendeformate mit Product-Placement wie die Soap-Operas, das Frühstücksfernsehen oder die abendlichen Talk-Shows.<sup>183</sup>

Mit dem Ende der Ära der Parteipresse in den 1960er Jahren begann die Ausdifferenzierung des Mediensystems vom politischen System zu einem zunehmend eigenlogisch agierenden System. Dieser Wandel war eng an den gesellschaftsstrukturellen Wandel der Nachkriegszeit gekoppelt. Die Erosion des bislang dominanten politisch-religiösen Milieus und die damit verbundene Individualisierung der Gesellschaft öffneten die Tore für neue industrielle Märkte, deren Produkte zur individuellen Bedürfnisbefriedigung geschaffen wurden. Die 1960er und 1970er Jahre zeichneten sich denn auch durch einen hohen Spezialisierungsgrad in der Programmgestaltung aus. Die Erfolgswelle des Fernsehens wirkte sich auf andere Medienprodukte wie die Zeitung negativ aus. 1967 lasen 73% der Erwachsenen täglich eine Zeitung, 1990 waren es gerade noch 51%.<sup>184</sup> Die Networks behaupteten ihre Marktdominanz lange Zeit und kamen erst in den 1980er Jahren durch den Aufstieg des Kabelfernsehens, der Stärkung der unabhängigen Sender (mit einem Marktanteil von über 20%<sup>185</sup>), der Bildung eines vierten terrestrischen Networks (Murdochs Fox-Network), der inhaltlichen Diversifizierung (z.B. Teleshopping und Infomercials), dem veränderten Zuschauerverhalten (Zapping) und der von Murdoch erfolgreich praktizierten Managementstrategien (wie der vertikalen Integration, der Mehrfachverwertung von Produkten und der Schaffung strategischer Synergien) zunehmend in Bedrängnis. Waren 1979 noch 90% der zur Hauptsendezeit eingeschalteten Geräte auf ein Networkprogramm eingestellt, galt dies ein Jahrzehnt später nur noch für zwei Drittel.<sup>186</sup> Die ersten Versuche der Networks sich im aufstrebenden Kabelmarkt zu etablieren,

---

<sup>183</sup> NBC ging 1952 mit Today als erstes Frühstücksfernsehen und Tonight als erste abendliche Talk-Show auf Sendung.

<sup>184</sup> New York Times, December 30, 1991, C6.

<sup>185</sup> Bachem Christian: Fernsehen..., S. 45.

<sup>186</sup> Bachem Christian: Fernsehen..., S. 51.

scheiterten kläglich. Gesetzliche Schranken wie etwa der Telecommunications Act von 1996 begrenzten die Marktmacht der Networks ein weiteres Mal. Ein Eigner darf seither maximal 35% der US-Bevölkerung erreichen. Marktmacht wurde aber nicht nur über Grösse und Reichweite, sondern über die bewusste Ausgestaltung von Inhalten erreicht. Ein erster wichtiger Hinweis hierzu liefert die Struktur der Presselandschaft.

Die Presselandschaft in den USA ist nur schon wegen der Landesgrösse seit jeher lokal aufgebaut. Medienvielfalt und Medienkonzentration lassen sich dennoch nicht als fest miteinander verbundene Begriffe bewerten, denn eine grosse Anzahl von Publikationsorganen bedeutet noch lange keine publizistische Vielfalt. 1990 waren 1611 Tages- und Sonntagszeitungen im Umlauf,<sup>187</sup> was einer Jahresgesamtauflage von 62.3 Millionen Exemplaren entsprach.<sup>188</sup> Die höchste Anzahl an Publikationen war mit 1756 Stück im Jahr 1975 zu verzeichnen, die allerdings mit einer geringeren Jahresgesamtauflage von 60.7 Stück einherging. Zwischen 1985 -1990 pendelten die Auflagen jeweils zwischen 62.2 – 62.8 Millionen. 1991 konnten noch 60.7 Millionen produziert werden, danach sank die Gesamtauflage bis im Jahr 2006 kontinuierlich auf 52.3 Millionen produzierte Einheiten herab, während die Durchdringung des herkömmlichen Network-Fernsehens gleich blieb. 1442 Fernsehstationen buhlten 1990 um die Gunst der Zuschauer, die Durchdringung lag landesweit bei 98.2%. Die der Kabelfernsehanbieter lag 1990 bei 56.4%, stieg bis im Jahr 2003 auf 74.4% und büsst seither geringfügig Marktanteile ein.<sup>189</sup> Selbst renommierte Blätter wie die Washington Post oder die New York Times blieben lokal orientiert. Ihre nationale Bedeutung haben die beiden Zeitungen vor 1975 nicht aufgrund der nationalen Präsenz erworben, sondern weil sie als führendes Meinungsblatt in den wichtigsten Metropolen des Landes vertreten waren und dementsprechend häufig zitiert wurden. Leitartikel, Kommentare oder sogar Karikaturen wurden von anderen Zeitungen übernommen und so die Journalisten der Metropolzeitungen zu Sprachrohren in der gesamten Nation.<sup>190</sup>

Dieses Verständnis ist für die nachfolgenden Kapitel über Vietnam, die TWA-Entführung oder der Krise am Persischen Golf erheblich, denn die obigen Ausführungen stellen die Frage, weshalb trotz eines immer höher entwickelten und stärker ausdifferenzierterem Programmsystems fundamentale Informationsmängel und sogar einen stillen, in der Öffentlichkeit nicht

---

<sup>187</sup> Table 1102. Daily and Sunday Newspapers--Number and Circulation: 1970 to 2006, zu finden unter: <http://www.census.gov/compendia/statab/tables/08s1102.xls>

<sup>188</sup> Table 1099. Utilization of Selected Media: 1970 to 2006, zu finden unter: <http://www.census.gov/compendia/statab/tables/08s1099.xls>

<sup>189</sup> Table 1099. Utilization of Selected Media: 1970 to 2006, zu finden unter: <http://www.census.gov/compendia/statab/tables/08s1099.xls>

<sup>190</sup> Kleinsteuber Hans: Medien und öffentliche Meinung, in: Lösche Peter, von Loeffelholz Hans Dietrich: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt a./M./New York 2004, S. 392.

wahrnehmbare Selbstzensur möglich waren.<sup>191</sup> Dafür verantwortlich waren erstens die veränderten Konzernstrukturen, zweitens *eben gerade* die umgeformte Inhaltsproduktion, drittens die Prägung dieser durch wenige Entscheidungsträger und viertens die mit diesen Punkten verwobene Strategie, die Aufmerksamkeit des Lesers als ökonomisches Gut verstehen zu müssen, um die produzierten Inhalte glaubwürdig entlang der jeweiligen Marke und Reputation zu positionieren.

#### **4.1 Veränderung von Eigentums- und Konzernstrukturen in den 1980er Jahren**

Politische und mediale Institutionen gelten in der Medientheorie noch immer als eigenständige Systeme.<sup>192</sup> Erst Mitte/Ende der 1990er Jahre wies die Forschung verstärkt auf die Auswirkungen von Medieninhalten auf andere Systeme in Folge der fortschreitenden Konzentrationsbildung hin<sup>193</sup> und hob die Rolle landesspezifischer Medienstrukturen hervor.<sup>194</sup> Gerade diese Differenzierungen sind notwendig, denn die Entwicklung des US-Mediensystems unterscheidet sich von dem Europäischen. Die USA haben stets eine Vorreiterrolle bei der technischen Entwicklung der elektronischen Medien als auch in der inhaltlichen Formatentwicklung und dem damit verbundenen Ausdifferenzierungsprozess übernommen. Der einzig öffentlich-rechtliche Sender PBS versank seit jeher in der Bedeutungslosigkeit, während die öffentlich-rechtlichen Sender in den europäischen Ländern gerade im politischen Meinungsbildungsprozess eine tragende Rolle spielten. Etablierte TV- und Sendeformate werden von den USA zudem oft nach Europa exportiert<sup>195</sup> und führten in Europa immer wieder zu zahlreichen Interdependenzdiskussion zwischen Politik und Medien (z.B. die Diskussion um eine „Amerikanisierung“ des Wahlkampfs in Europa) und ihren Wurzeln.<sup>196</sup>

---

<sup>191</sup> Kenamer David J.: Public Opinion, The Press, and Public Policy, London 1994, S. 29.

<sup>192</sup> vgl. Bonfadelli, Medienwirkungsforschung II, Konstanz 2000.

<sup>193</sup> vgl. Knoche Manfred: Medienkonzentration und publizistische Vielfalt: Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems. In: Renger Rudi/Siegert Gabriele (Hrsg.): Kommunikationswelten: Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft, Innsbruck/Wien, 1999, S. 123-158.

<sup>194</sup> vgl. Gerhardt Rudolf, Pfeifer Hans-Wolfgang (Hrsg.): Wer die Medien bewacht. Medienfreiheit und ihre Grenzen im internationalen Vergleich, Frankfurt a.M., 2000, Müller Marion: vorBild Amerika? Tendenzen amerikanischer und deutscher Wahlkampfkommunikation In: Kleinsteuber Hans J. (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA. Wiesbaden, 2001, S. 228-252., Voss Kathrin: Amerikanisierung? – Die USA in der Berichterstattung zum Bundestagswahlkampf 1998 In: Kleinsteuber Hans J. (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA. Wiesbaden, 2000, S. 252-265.

<sup>195</sup> z.B. die Etablierung von Spartensendern wie Homeshopping oder Musikkanälen und der sich ausbreitenden Formatverschiebungen hin zu sog. T-Commerce (Unterhaltungsformate (auch im Newsbereich), in die der Zuschauer aktive per Telefon- und SMS-Voting eingreifen kann) sowie der Veränderung der Werbeformate. Vgl. Bachem Christian 1995: Fernsehen....

<sup>196</sup> Geisler Alexander, Tenscher Jens: „Amerikanisierung“ der Wahlkampagne(n)? in: Sarcinelli Ulrich/Schatz Heribert (Hg.): Mediendemokratie im Medienland?, Opladen, 2002, S. 53-119., Plasser Fritz: „Amerikanisierung“ der Wahlkommunikation in Westeuropa: Diskussions- und Forschungsstand, In: Bohrmann Hans/Jarren Otfried/Melischek Gabriele/Seethaler Josef (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien, Wiesbaden, 2000, S. 49-69., Voss Kathrin: Amerikanisierung? – Die USA in der Berichter-

Die die USA dominierenden Medienunternehmen selbst sind dabei in den vergangenen Jahrzehnten zu riesigen Medienkonglomeraten herangewachsen. Vor allem die drei Networks ABC, NBC und CBS, sowie die auf dem Kabel verfügbaren Sender Fox-Networks und CNN dominieren das Nachrichtenprogramm der Fernsehlandschaft. Das Fernsehen hat das Radio und die Tageszeitungen als primäre Informationsquelle der Bürger längst überholt. Über 70% der US-Bevölkerung gaben Mitte der 1990er Jahre das Fernsehen als wichtigstes Informationsmedium an.<sup>197</sup>

Konzentration wiederum definiert sich als „Zusammenballung ökonomischer Grössen, die auch zur Ballung wirtschaftlicher Ressourcen und Gestaltungsmöglichkeiten“ führen können.<sup>198</sup> Konzentration basiert auf den Regeln des kapitalistischen Wirtschaftens<sup>199</sup> und tritt

„in verschiedenen Organisations- und Erscheinungsformen auf, die von der Absprache bis zur Verschmelzung von Unternehmen reichen“.<sup>200</sup>

Übergeordnetes Ziel der Konzentration ist die Stärkung der eigenen Position gegenüber der Konkurrenz.<sup>201</sup> Der Begriff Medienkonzentration umfasst dabei verschiedene Formen von Unternehmenskoalitionen „zweier oder mehrerer Konzerne im Medienbereich“.<sup>202</sup> Fälschlicherweise wird dies oft mit den Begriffen „Ökonomisierung“ und „Kommerzialisierung“ gleichgesetzt. Genau genommen bezeichnen diese Begriffe nur den geschäftlichen Charakter der Medienorganisation,<sup>203</sup> die Konsequenzen auf einer *strukturellen Ebene* (z.B. die Teilprivatisierung von öffentlich-rechtlichen Sendern), einer *strategischen Ebene* (z.B. Professionalisierung des Medienmanagements, Controlling, Zielgruppenorientierung sowie Börsenkotierung) und einer *inhaltlichen Ebene* (z.B. Anpassung des Medieninhalts an den Massengeschmack, Boulevardisierung, Eigenwerbung und Cross-Promotion),<sup>204</sup> die nach Siegert die

---

stattung zum Bundestagswahlkampf 1998 In: Kleinstauber Hans J. (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA. Wiesbaden, 2000, S. 252-265.

<sup>197</sup> Fiorina/Peterson. American Democracy, S. 276f. zitiert in: Hübner Emil 2000: Das politische System..., S. 102.

<sup>198</sup> Vahlens grosses Wirtschaftslexikon, Erwin Dichtl und Otmar Issing (Hrsg.), München 1994, S. 2169f. zitiert in: Leidinger Christiane: Medien, Herrschaft, Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse, Münster, 2003, S. 121.

<sup>199</sup> Knoche Manfred: Medienkonzentration und publizistische Vielfalt. Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems, in: Renger Rudi/Siegert Gabriele (Hrsg.): Kommunikationswelten: wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft, Innsbruck/Wien, 1997, S. 151.

<sup>200</sup> vgl. Knoche Manfred: Einführung in die Pressekonzentrationsforschung. Theoretische Grundlagen – Kommunikationspolitische Voraussetzungen, Berlin, 1978, S. 403, zitiert in: Leidinger Christiane 2003: Globalisierung..., S. 121.

<sup>201</sup> Knoche Manfred 1978: Einführung..., S. 404f. zitiert in: Leidinger Christiane 2003: Globalisierung..., S. 121.

<sup>202</sup> Leidinger Christiane 2003: Globalisierung..., S. 122.

<sup>203</sup> Kiefer Marie-Luise, Medienökonomik. Einführung in eine ökonomische Theorie der Medien. München/Wien, 2001, S. 21.

<sup>204</sup> Cross-Promotion meint z.B. die Werbung für Sender A auf Sender B, wobei beide derselben Konzernfamilie angehören.



wichtigsten inhaltlichen Folgen darstellen.<sup>205</sup> Meier/Jarren ergänzen, dass Konzern- und Gefälligkeitsjournalismus nicht selten Ergebnisse von Ökonomisierungstendenzen sind<sup>206</sup> und dadurch eine klare Differenzierung von Ursachenprozessen erschweren. Garbers im Jahr 1990 vorgenommene Wettbewerbseinteilung in vier Felder fasst den Kern der Medienentwicklung insofern treffend im damaligen Zeitgeist zusammen, als dass sein Augenmerk eben nicht nur auf die Entwicklung technischer, publizistischer oder ökonomischer Aspekte fällt, sondern bereits die hohe Relevanz der ökonomischen Seite auf die publizistische Qualität anerkennt und dies mit der technologischen Entwicklung verbindet.<sup>207</sup> Besonders bedeutend ist deshalb nicht bloss die Betrachtung publizistischer, sondern vor allem auch von ökonomischen Konzentrationsprozessen sowie die damit einhergegangene technische Entwicklung anhand der Ausbildung neuer Formate und Inhalte.

*Ökonomische Konzentrationsprozesse dominieren die neuen Konzernstrukturen:* Die Konzentrationsdiskussion im Medienbereich unterscheidet zwischen publizistischer und ökonomischer Konzentration,<sup>208</sup> wobei für den publizistischen Wettbewerb Kriterien wie Aktualität, Richtigkeit, Relevanz und kommunikativer Erfolg gelten, während die ökonomische Konzentration Prozesse wie Erfolg in Gewinnen, Marktanteile, Absatz oder Umsatz in den Vordergrund stellt.<sup>209</sup> Die ökonomische Konzentration umfasst also die Unternehmenskonzentration (Anbieterkonzentration), während es sich bei der publizistischen Konzentration um die Konzentration von publizistischen Inhalten wie z.B. die abnehmende Pressevielfalt oder das häufig gebrauchte Schlagwort des „redaktionellen Managements“ (Angebotskonzentration) dreht.<sup>210</sup>

---

<sup>205</sup> Siegert Gabriele: Skript zur Vorlesung „Medienökonomie I“, Zürich, 2003, S. 12.

<sup>206</sup> Meier Werner A./Jarren Otfried: Ökonomisierung und Kommerzialisierung von Medien und Mediensystem. Einleitende Bemerkungen zu einer (notwendigen) Debatte. In: Medien & Kommunikationswissenschaften, 2001, S. 154. zitiert in: Siegert Gabriele 2003: Medienökonomie I, S. 12.

<sup>207</sup> Für Garber besteht der Wettbewerb aus dem publizistischen Wettbewerb, verbunden mit der ökonomisch orientierten Pflicht nach hohen Programmimages und Quoten bei Hörern, Lesern und Zuschauern, dem wirtschaftlichen Wettbewerb um Werbeaufträge, dem technischen Wettbewerb um die Zuteilung von Sendefrequenzen und Kabel-Sat-Kanäle und dem Wettbewerb um Programmlizenzen, um Zugang zu Nachrichtenquellen, um Übertragungsrechte für Sport- und sonstige öffentliche Veranstaltungen, die jeweils mit hohen Kosten, aber auch mit hohen Einschaltquoten gekoppelt sind. Vgl. Garber Heinz: Auswirkungen privater Anbieter auf das Marketing der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, in: Eichohr, Peter, Raffée Hans (Hrsg.): Management und Marketing für Rundfunkanstalten, Baden-Baden 1990, S. 45-55., hier S. 45.

<sup>208</sup> Vgl. Trettenbein Harald: Interventionsmöglichkeiten gegen Medienkonzentration, in: Bruck Peter A. (Hrsg.): Medienmanager Staat. Von den Versuchen des Staates, Medienvielfalt zu ermöglichen. Medienpolitik im internationalen Vergleich, München, 1994, 185-188, zitiert in: Leidinger Christiane 2003: Globalisierung..., S. 123., Heinrich Jürgen: Medienökonomie, Band 1: Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt. Wiesbaden (2. Auflage), 2001, S. 84f.

<sup>209</sup> Heinrich Jürgen 2001, Medienökonomie, Band 1..., S. 85.

<sup>210</sup> Trettenbein Harald 1994: Interventionsmöglichkeiten..., S. 187, zitiert in: Leidinger Christiane 2003: Globalisierung..., S. 123.

Die ökonomische Konzentration unterscheidet weiter zwischen *horizontaler* (z.B. Zusammenschluss mehrerer Medien des gleichen Genres zu einer Mediengruppe), *vertikaler* (vor- und nachgelagerte Konzentration, z.B. der Kauf einer Druckerei durch eine Zeitung), *multimedialer*<sup>211</sup> (Zusammenschluss verschiedener Mediengenes wie Verlag und Fernsehen zu einer Medienunternehmung)<sup>212</sup> und *konglomerater Konzentration*<sup>213</sup> (Verbindung eines Medienkonzerns mit medienfremden Unternehmen sowie mit Unternehmen aus dem Bereich der Datendienste und der Medieninfrastruktur). Für die nachfolgenden Ausführungen ist vor allem die letztgenannte Form relevant, denn die Ausbildung riesiger Medienkonglomerate birgt die Gefahr von Machtakкумуляtion und Zensurbegehren - und damit der politischen Befangenheit.

Seit Mitte der 1980er Jahre ist in den USA eine beachtliche Fusionswelle innerhalb der Medienbranche und zwischen Medienunternehmungen und branchenfremden Firmen festzustellen, die nicht nur eine industrielle, sondern auch eine personelle Konzentration nach sich zog. Konkurrierten 1977 noch etwa 50 Networks um die Gunst der Zuschauer, waren es im Jahr 1999 noch weniger als ein Dutzend.<sup>214</sup> Bis zum Ausbruch des dritten Golfkriegs im Jahr 2003 reduzierte sich die audiovisuelle Medienmacht auf gerade einmal 5 Männer: Richard Parson war neben Gerald Levin der starke Mann bei Time Warner. Zu diesem Zeitpunkt oblag ihm die Rolle des Chairman und CEO von Time Warner. Michael Eisner besetzte den Thron von Disney, Sumner Redstone kontrollierte Viacom und Rupert Murdoch, ursprünglich Australier, der die US-amerikanische Staatsbürgerschaft erwarb, war der unumstrittene Patriarch der News Corp., die in praktisch sämtlichen Medienarten auf allen Kontinenten noch immer vertreten ist. Seine Fernsehprogramme erreichten bereits Ende der 1990er Jahre zwei Drittel der Menschen.<sup>215</sup> Publizistische und ökonomische Konzentrationsprozesse greifen hier nahtlos ineinander über, weil Schlüsselbeiträge der großen Sendeanstalten in kleineren Filialen nochmals abgespielt werden. Auf der industriell-ökonomischen Ebene kann zudem gezeigt werden, wie die drei grossen US-Networks ABC, NBC und CBS in den 1980er

<sup>211</sup> Knoche verwendet die Bezeichnung „Pressediagonal“, doch ist der Begriff in der Forschung nicht eindeutig definiert. Deshalb verwende ich den klarer definierten Begriff der konglomeraten Konzentration. Knoche nennt den Begriff „Pressediagonal“ in: Knoche Manfred: Medienkonzentration und publizistische Vielfalt: Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems. In: Renger, Rudi/Siebert Gabriele 1999: Kommunikationswelten..., S. 139.

<sup>212</sup> Auch bekannt als „Cross-ownership“. Vgl. hierzu grundlegend: Knoche Manfred: Konzentrationsboom und Forschungsdefizite. Von der Presse- zur Medienkonzentrationsforschung, in: Altmeppen Klaus-Dieter (Hrsg.): Ökonomie der Medien und des Mediensystems. Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung, Opladen, 1996.

<sup>213</sup> Winter Carsten: Gesellschaften, Ökonomien und Kulturen im Wandel – Medienökonomie im Kontext von Medien- und Kommunikationssoziologie, in: Siebert Gabriele (Hrsg.): Medienökonomie in der Kommunikationswissenschaft. Bedeutung, Grundfragen und Entwicklungsperspektiven, Münster/London/Hamburg, 2002, S. 173.

<sup>214</sup> [http://www.projectcensored.org/resources/p\\_complete.html](http://www.projectcensored.org/resources/p_complete.html)

<sup>215</sup> Beisheim et al. 1999, S. 89., zitiert in Leidinger: Globalisierung..., S. 313.

Jahren allesamt von branchenfremden, republikanisch firmierten Konzernen aufgekauft wurden.<sup>216</sup>

CBS wurde 1986 mit der Loews-Gruppe (Hotels, Kinos, Versicherungen und Finanzdienstleistungen) zusammengelegt und galt bis zum Aufstieg CNNs als

„the gold standard of American radio and television news.“<sup>217</sup>

Auch wenn CBS erst im Jahr 1995 mit dem Kauf durch den Rüstungskonzern Westinghouse in einer breiten Öffentlichkeit von sich reden machte, nahmen politisch-konservative Schwergewichte schon viel früher Einsitz in den Sender. So Harold Brown, ehemaliger Sekretär der Air Force von 1965-69, Verteidigungsminister von 1977-81, ehemaliger Vorsitzender der Trilateralen Kommission und 1986 in den Verwaltungsrat von CBS gewählt oder Newton D. Minow, 1961 Präsident des FCCs,<sup>218</sup> 1973-1981 Direktor der "Rand Corp.", ebenfalls 1986 in den Verwaltungsrat von CBS<sup>219</sup> gewählt. Minow war im selben Jahr ebenso ein „Trustee“ des *think-tanks* Carnegie Corporation of New York und verliess diesen erst 1997.<sup>220</sup> Im Mai 2000 kaufte schliesslich Viacom das Unternehmen CBS für 46 Mrd. US-Dollar von Westinghouse.<sup>221</sup>

*General Electric* (GE) kaufte 1985 das damals drittgrösste Network NBC.<sup>222</sup> Die Konzernaktivitäten von GE finden sich international im Bereich Flugzeugtriebwerke, Turbinen- und Kraftwerksbau, Transportsysteme, medizinischer Bereich, Finanzdienstleistungen etc. wobei GE zumeist in den USA entwickelt und produziert, weltweit aber Abnehmer findet. Der Konzern ist nebst NBC auch an anderen Medienunternehmen beteiligt oder hat sie gekauft. So etwa A&E, Bravo, History Channel, der zu NBC gehörige Kabelsender CNBC, der mit Microsoft lancierte Sender MSNBC (ein 24-Stundennachrichtensender) oder die spanische Rundfunkanstalt Telemundo. Die Telemundo Communications Group wurde 2002 für \$2.7 Mrd. durch einen Deal mit einer Investorengruppe, in der Sony und Liberty Media vertreten waren, abgeschlossen. In einem separaten Abschluss wurde Bravo Network für \$1.25 Mrd. eingegliedert. Die 2003 angekündigte Verschmelzung zwischen GE und Vivendi Universal führte zum Medienkonglomerat NBC Universal. In diesem Geschäft akquirierte GE Vivendi Universals Unterhaltungsbeteiligungen, die unter anderem Universal Pictures Movie

---

<sup>216</sup> Alger Dean: Megamedia. How Giant Corporations Dominate Mass Media, Distort Competition, and Endanger Democracy, Landham/Boulder/New York/Oxford, 1998, S. 14.

<sup>217</sup> Bagdikian Ben: The new Media Monopoly..., S. 45.

<sup>218</sup> Die Federal Communications Commission (FCC) ist eine eigentlich unabhängige Instanz zur Vergabe der Sendelizenzen. Siehe dazu das Unterkapitel "FCC – Die Lizenz zur unsichtbaren Manipulierung" auf Seite 86.

<sup>219</sup> Bedell Smith Sally: In All His Glory. The Life of William S. Paley. New York 1990, S. 583.

<sup>220</sup> <http://www.carnegie.org/sub/archive/newsarchives/newpres.html>

<sup>221</sup> USA Today, 4. Mai 2000, S. 2.

<sup>222</sup> Alger Dean 1998: Megamedia..., S. 6

und die Fernsehstudios sowie drei Kabelkanäle beinhalteten.<sup>223</sup> Der Mediengigant NBC Universal wird seither zu 80% von GE und zu 20% durch Vivendi Universal kontrolliert.

*Der Disney-Konzern* hatte 1995 den Fernsehsender Capital Cities/ABC für über 19 Milliarden Dollar übernommen. Zwar sind dem Disney-Konzern keine direkten Beteiligungen an Rüstungsunternehmen zuzuschreiben, doch war Disney seit dem zweiten Weltkrieg ein verlässlicher Partner für die Produktion massentauglicher Propaganda in unterhaltender Form.<sup>224</sup> Dass sich an dieser partnerschaftlichen Haltung auch nach 9/11 nicht viel verändert hat, zeigen neuere ABC-Projekte, die den Begriff „Militainment“ maßgeblich mitgeprägt haben. Ziel war stets die attraktive und zeitgemässe Darstellung des Militärs für das Massenpublikum. ABC unterschrieb so im Oktober 2001 einen 25 Mio. Dollar-Vertrag, der den Sender verpflichtete, für die U.S. Military West Point Academy zu werben.

„The network is scheduled to air something called "Young America Celebrates West Point" sometime in June 2002. According to Associated Press (10/30/01), short segments called "West Point Minute" will air on news shows Good Morning America and Nightline--without being marked as advertisements."<sup>225</sup> Other programming will be developed for additional Disney properties, like the History Channel and ESPN".<sup>226</sup>

Die Konsolidierungswelle der audiovisuellen Medienbrachen kann allerdings nicht nur anhand des ökonomischen Konzentrationsprozesses, sondern zeitgleich auch an einem zweiten, auf den ersten Blick weniger offensichtlichen aber dennoch stark damit verbundenen Phänomen bestimmt werden: der Gleichschaltung und Formatierung von Inhalten.

## 4.2 Gleichschaltung von Nachrichtenformaten und Inhalten

Ende der 1970er Jahre und während der 1980er Jahre entwickelten sich neue Nachrichtenformate. Die bisherige Form war die *Sprechersendung*. Der Sprecher fungierte neutral und las die Themenzusammenstellung vom Blatt ab. Die Dramaturgie verfuhr nach dem Prinzip der abfallenden Wichtigkeit und berief sich auf die klassischen Nachrichtenwerte.<sup>227</sup> Ein typisches Beispiel dafür ist das *Nachrichtenjournal*, welches den Anspruch hat, die Tagesereignisse zu vertiefen und Hintergrundinformationen zu liefern.<sup>228</sup> In den USA waren zu Beginn des Golfkriegs 1991 sämtliche Hauptausgaben der drei grossen amerikanischen Networks, „ABC World News“, „CBS Evening News“ und die „NBC Nightly News“, so konzipiert. Ein dritter Typ bildet die *News Show*, deren Konzept sich um Nachrichten in Form von Kurzin-

---

<sup>223</sup> New York Times, Ausgabe 9/2003, S. 10.

<sup>224</sup> Snow Nancy: Information War: American Propaganda, Free Speech and Opinion Control since 9/11, New York/Toronto/London/South Yarra, 2003, S. 44.

<sup>225</sup> in diesem Zusammenhang : Als Nachricht getarnte Werbung

<sup>226</sup> <http://www.fair.org/reports/ff2001.html#government>

<sup>227</sup> Wittwen Andreas: Infotainment: Fernsehnachrichten zwischen Information und Unterhaltung, Bern, 1995 , S. 30.

<sup>228</sup> Wittwen Andreas 1995: Infotainment..., S. 31.

formationen dreht.<sup>229</sup> Als Überbegriffe haben sich etwa „Tabloid Journalism“ oder „Sensational Journalism“ oder der zuweilen auch umgangssprachliche Begriff des „Fast-Food Journalismus“ etabliert,<sup>230</sup> da bei dieser Form der Nachrichtenpräsentation das Showelement und nicht länger einzig die kritische und analytische Berichterstattung oder Lagebeurteilung im Zentrum stand, sondern nun die audiovisuelle Ebene hervorgehoben wurde. „Tabloids“ führten medienübergreifend einen eigentlichen Siegeszug gegen die klassischen Nachrichtenformate an, lösten diese zunehmend ab oder/und weichten die bisherigen Strukturen und Standards der Berichterstattung auf. Das wohl zentralste Element dieser „Tabloids“ ist der Einsatz von „Soft-News“. Der erfolgreiche Einsatz dieses Stilelements zwang die klassischen Nachrichtensendungen immer mehr, ähnliche Formen der Berichterstattung und Themenauswahl zu integrieren, um konkurrenzfähig bleiben zu können.<sup>231</sup> Die „Soft-News“ verdrängten zunehmend die „Hard-News“ aus dem Nachrichtenprogramm. Angesprochen wurde damit immer weniger die kognitive, dafür umso stärker die emotionale Ebene. Lichty/Gomery belegten in einem Vergleich von „Rating of News and Infotainment Programms“ die zunehmende Relevanz von „Soft-News“ im Sendeprogramm. Die (auch) auf diesem Konzept aufgebauten Sendungen wie „60 Minutes“, „Unsolved Mysteries“, „20/20“ platzierten sich in der Beliebtheitsskala des Publikums bereits 1991 klar vor den klassischen „CBS Evening News“ oder den „NBC Nightly News“.<sup>232</sup> Die inhaltliche Schwerpunktsverlagerung seit Ende der 1970er Jahre zeichnet auch der Bericht von „State of News Media 2004“ detailliert nach.<sup>233</sup>

Aus Tabelle 3 (Folgeseite) ist bis 1997 eine kontinuierliche Zunahme der Sparten *Entertainment*, *Lifestyle*, *Crimes* und *Accidents* (Soft News) ersichtlich, während klassische Themen (Hard News) wie *Government* oder *Foreign/Military* teilweise starke Einbrüche erlitten (so. v.a. der Bereich *Government*, der als Thema in Nachrichtensendungen von 37% auf 5% zurückfiel). Die Verluste wurden teilweise durch neue Formate, wie das oben erwähnte Militainmentformat, in der Sparte *Accidents/Disasters* (Steigerung von 1% auf 6% zwischen 1977 und 1997) kompensiert. Diese erfüllen dabei zwei Funktionen. Erstens entsprechen sie dem Bedürfnis der Zuschauer nach Unterhaltung, zweitens lassen sich so außenpolitische Themen an ein grosses Publikum tragen.<sup>234</sup>

<sup>229</sup> Wittwen Andreas 1995: Infotainment..., S. 33.

<sup>230</sup> siehe hierzu etwa: Davis Richard, Owen Diana: New Media and American Politics, New York 1998, S. 94.

<sup>231</sup> eine erste Folge zeigte sich z.B. bei der oben erwähnten und ausser Kontrolle geratenen Sensationsjagd während der TWA-Entführung

<sup>232</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More is less, in: Cook Philip S., Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: The future of news – Television – Newspapers – wire Service – Newsmagazines, Washington, 1992, S. 27.

<sup>233</sup> <http://www.stateofthenewsmedia.com/printingthereport.asp>, S. 3f.. Der Bericht wurde inzwischen vom Netz genommen.

<sup>234</sup> Baum Matthew: Soft news go to war, Woodstock 2003, S. 99.

Inhalte:	1977	1987	1997
Government	37%	32%	18%
Foreign/Military	21	19	15
Defense	1	1	3
Domestic	8	7	5
Crime	8	7	13
Business	6	11	7
Celebrity/Entertainment	2	3	8
Lifestyle	4	11	14
Science	4	5	6
Accidents/Disasters	9	5	10
Other	N.A.	N.A.	N.A.

Tabelle 2: Veränderung der Inhalte von Nachrichtensendungen

Quelle: <http://www.stateofthenewsmedia.com/printingthereport.asp>, S.4.

Darstellung: Eigene

Die neuen Formate stellen deshalb ein eigentliches Tor zur Konsumation traditioneller News für die breite Öffentlichkeit dar.<sup>235</sup> Dieselbe Themenverlagerung gilt auch für den Printbereich: Gans untersuchte die Kolumnen der Zeitschriften *Newsweek* und *Time* in den Jahren 1967 bis 1975. Vor allem die Berichterstattung in den Kategorien *Crimes*, *Scandals*, *Investigations* nahm von 18% auf 34% zu, während das Interesse an Regierungskonflikten- und Entscheidungen abebbte.<sup>236</sup> Vor allem ein Sendegefäß steht exemplarisch für die Verschiebung der Nachrichtenformate; CNN.

*Fast-Food-Journalismus am Beispiel CNN:* Die bekanntesten amerikanischen Kabelanbieter Anfang der 1990er Jahre waren noch C-SPAN, Discovery Channel, Arts and Entertainment Cable Network, CNBC (Tochter von NBC), ESPN, Black Entertainment Television, der Weather Channel sowie MTV und VH-1. Diese stellten eine neue Form des Fernsehens dar: das Format- und Spartenfernsehen. Das Spartenfernsehen bot eine jugendlich und agil wirkende Alternative zu der gewohnten Programmgestaltung der Networks. Ausserdem schufen sie mit der Satellitenübertragung<sup>237</sup> eine neue kommerzielle und technische Möglichkeit der Informationsverbreitung, die den Anschein einer stetigen, globalen Präsenz mit der Möglichkeit zu jeder Zeit von jedem Ort der Welt zu senden, vermittelt.

<sup>235</sup> Baum Matthew: *Soft news...*, S. 111.

<sup>236</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News...*, S. 16.

<sup>237</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W. 1992: *More...*, S. 29.

„Das Rezept des schnellen Senders ist einfach. CNN verspricht die Welt im Halbstundentakt zu erklären, man kann zu jeder Tages- und Nachtzeit einschalten und bekommt stets ein Schnellmenü der neuesten Nachrichten serviert. Dreizehn Minuten Politik, vier Minuten Wirtschaft, zwei Minuten Sport, fünf Minuten Lifestyle plus vier kurze Werbeblöcke – CNN ist Fernsehen für people on the move“.<sup>238</sup>

und:

„Es muss wichtig sein. Interessant. Es muss mehr als zwei Leute betreffen, einen Ausschnitt des Lebens darstellen.“<sup>239</sup>

Die Kurzbeiträge im Clip-Stil lassen keine Zeit für die genaue Analyse von Zusammenhängen, dem Zuschauer wird durch den hohen Text- und Bildrhythmus eine reflektierte Wahrnehmung des Gesehenen und Gehörten verunmöglicht. Andreas Wittwen dokumentiert in seiner Untersuchung eine hohe Nachrichtenfrequenz: 73,2% aller Beiträge waren nicht länger als 30 Sekunden (33,2 % 1-15 Sekunden, 41% 16-30 Sekunden).<sup>240</sup> Durchgezogen wird das gesamte Format seit 1989 von einem „Business Ticker“<sup>241</sup>, der stetig neuste Daten aus Wirtschaft und Politik einblendet. Zur stetigen Aktualisierung gesellt sich das für CNN schon fast standardisierte Verfahren der *Liveschaltungen*, das dem Zuschauer den Zugang zur gesamten Welt zu jedem Zeitpunkt suggeriert. Der Erfolg von CNN baute zudem auf den folgenden Faktoren auf:

*Starke Vernetzung von CNN auf dem nationalen Markt:* Den bislang marktdominanten Networks ABC, CBS und NBC machte die zunehmende Kooperation von Network-Affiliates mit Kabelsendern Ende der 1980er Jahre zu schaffen. Da sie aufgrund der zeitweilig zurückgeschraubten Nachrichtenberichterstattung der „Big Three“ bei diesen mit ihrem Lokalmaterial nur noch in seltenen Fällen zum Zuge kamen, gingen viele Lokalstationen eine Kooperation mit einem Kabelnetwork oder einem Video-Nachrichtendienst ein. Häufigster Partner war in der ersten Hälfte der 1990er Jahre CNN, der bereits 1990 mit 220 Stationen, darunter 121 Network-Affiliates, Kooperationsabkommen geschlossen hatte.<sup>242</sup> Zudem akzeptierte CNN auch Amateuraufnahmen, die bei Unglücken gedreht wurden, während die Networks erst ihren ganzen Medienapparat vor Ort in Stellung bringen mussten.<sup>243</sup> Die lokalen Sender hatten somit ein rentables Instrument, Aktualität vor Ort schnell publizieren zu können. Die ökonomische Relevanz der lokalen Nachrichtenproduktion für die lokalen Sendestationen

---

<sup>238</sup> Wittwen Andreas 1995: Infotainment..., S. 39.

<sup>239</sup> Furnad Bob, stellvertretender Chefredakteur und Produzent des Senders über die Merkmale eines Nachrichten-Themas, „Die Zeit“ vom 21.9.1990: 19. zitiert in: Weischenberg Siegfried: Legitimation als Gegengeschäft. Warum CNN zum Symbol journalistischer Dummheit geworden ist, in: Imhof Kurt, Schulz Peter (Hrsg.) 1995: Medien..., S. 167.

<sup>240</sup> Wittwen Andreas 1995: Infotainment..., S. 40.

<sup>241</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More..., S. 30.

<sup>242</sup> Bachem Christian: Fernsehen..., S. 154.

<sup>243</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More..., S. 15.

wird durch den 1991 ausgewiesenen Gewinn von 100 Mio. Dollar bei den drei grossen Networks unterstrichen.<sup>244</sup>

*Internationales Netzwerk von CNN:* Ted Turner, Initiant der Spartensender CNN, Headline News, Weather Channel, WTBS, TNT sowie des Cartoon Networks startete 1985 den auf Europa beschränkten Schwesterkanal CNN International (CNNI). Das englischsprachige Programm setzte sich aus Sendungen von CNN, Headline News und einigen eigenen Beiträgen zusammen.<sup>245</sup> Vier Jahre später folgten Zentralen im Mittleren Osten, in Afrika und in begrenztem Umfang auch in Zentralasien. Mit einer Reichweite von 54 Millionen Zuschauern (davon 21.5 Millionen in der „Alten Welt“) und über 300'000 Hotelzimmern weltweit besass CNN 1995 eine Reichweite und Vernetzung wie kein anderer Sender. Die globale Verbreitung besorgen fünf Satelliten, was gleichzeitig eine globale „Synchronisierung“ von Ereignissen ermöglicht.<sup>246</sup> Gegenwärtig sind neben dem klassischen CNN-Programm CNN Headline News auch CNN International, CNN Airport, CNN Financial News und CNN Sports Illustrated auf Sendung. CNN bleibt somit dem Grundprinzip eines Spartenkanals treu, diversifizierte aber stetig. Einmal auf dem heimischen Netz installiert, wurden die neu erworbenen Formate deshalb schnell zu einem wichtigen Bestandteil der Sehmodalitäten der Rezipienten.<sup>247</sup> Die Relevanz von ABC, CBS und NBC während des Zweiten Golfkriegs war marginal. Einerseits lagen die Networks in der technischen Entwicklung im Hintertreffen, andererseits rächte sich nun die kontinuierliche Schließung von ausländischen Pressebüros seit Mitte der 1980er Jahre. CNN hatte deshalb einen entscheidenden Marktvorteil: während CNN bereits vor Ort war, musste die Belegschaft der „Big Three“ zuerst eingeflogen werden.

Die Aufweichung der klassischen Nachrichtenfronten lässt sich aber noch an einem weiteren, CNN-übergreifenden Phänomen feststellen; dem Starkult um die Moderatoren. Während die Autoren der Zeitungen und der Tabloid-Journale noch immer zumeist unerkannt im Hintergrund bleiben, stellte man bei den Networks Anfang der 1990er Jahre eine hohe Identifikation der Zuschauer mit den Moderatoren fest, die durch ihr Auftreten das Image der Sendung stark mitprägten.<sup>248</sup> Der NBC-Star Tom Brokaw bemerkte einmal, dass Peter Jennings von den ABC-News den besseren Elan und „the better performance“ als er selbst oder der damalige CBS-Star Dan Rather aufwies, was seiner Meinung nach mitverantwortlich für den Sprung der ABC Evening News an die Spitze der Networks in den Jahren 1988/89 war. Wie wichtig die Stars der Nachrichtensendungen den Sendern waren, verdeutlicht ein Blick auf

---

<sup>244</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More..., S. 15.

<sup>245</sup> Bachem Christian 1995: Fernsehen..., S. 117.

<sup>246</sup> Bachem Christian 1995: Fernsehen..., S. 117f.

<sup>247</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More..., S. 28.

<sup>248</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More..., S. 21.



deren Honorare: Dan Rather verdiente beispielsweise bereits Anfang der 1990er Jahre um die 3.5 Millionen Dollar pro Jahr.<sup>249</sup> Solche Honorare wären ohne finanziellen Grosserfolg des Nachrichtenbusiness nicht möglich. 1977 verdienten die drei grossen Networks insgesamt 400 Millionen US-Dollar,<sup>250</sup> Ende der 1980er Jahre betrug das Jahresbudget von CBS News alleine über 300 Millionen US-Dollar.<sup>251</sup>

*Tabloid-Journalismus im Printbereich:* Explizite *Print-Tabloids* wie z.B. The National Enquirer oder Star, aber auch auf massenwirksame Kommunikation ausgerichtete Tageszeitungen wie USA Today sind trotz der enormen Veränderung bei renommierten Blättern wie der Times oder eigentlichen Kunstprodukten wie USA Today ein Spezialfall geblieben, denn Politische Institutionen verkörpern im Normalfall eine der kleinsten Kategorien der Berichterstattung. Es wird ein breit diversifiziertes Lesersegment erreicht, das sich gewöhnlich nur wenig mit politischen News auseinandersetzt (was noch nicht bedeutet, dass ein kategorisches politisches Desinteresse besteht, sondern vorab dominieren einfach Kategorien wie „Fun“ oder „Excitement“ die Bedürfnisstruktur der Konsumenten). Das Profil des typischen Lesers blieb über die Jahre stabil und bestand aus zwei Drittel weissen Frauen mittleren Alters sowie aus der Arbeiter- oder Mittelklasse mit einem „high school“-Abschluss. Etwa ein Drittel der Leser waren Männer, die vor allem Magazine wie People bevorzugen, den Inhalten aber „a healthy scepticism“<sup>252</sup> entgegenbringen. Tabloid-Leser sind gegenüber Politik indifferent und erst die Verpackung mit den typischen Elementen des Tabloid-Journalismus als Skandal oder vermutete Affäre weckt das Interesse der Leser. Diesen Umstand weiss CNN im Fernsehbereich, im Printbereich der Gannett-Konzern als Gegenstück genau auszunutzen.

*Gannett-Konzern:* Das Management war über kurz oder lang gezwungen *Tabloids* (Boulevardsendungen) wie „Entertainment Tonight“ (seit 1981) und den sich daraus (gegen Ende der 1980er Jahre) entwickelten Formaten des „Reality-TVs“<sup>253</sup> und „Trash-TVs“<sup>254</sup> einzuführen, um den Anschluss im Nachrichtengeschäft nicht zu verlieren.

Den Zeitgeist von fokussierten ökonomischen Renditeüberlegungen im Mediensektor, veränderten Formaten und neuen inhaltlichen Produktionsmechanismen verkörperte der Gannett-Konzern - im Speziellen das daraus resultierte Printprodukt USA Today - wie keine zweite Medienunternehmung. Die Zeitung wurde 1982 am Reisbrett gegründet und ist inzwi-

---

<sup>249</sup> Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: More... 1992, S. 21.

<sup>250</sup> Reel Frank A.: The Networks, New York 1979, S. 61-62, zitiert in: Davis Richard: The Press and American Politics...S. 75

<sup>251</sup> „CBS News to Debut A.M: Makeover and Prime Contender.” Broadcasting, October 26, 1987, S. 102, zitiert in: Davis Richard: The Press and American Politics...S. 75.

<sup>252</sup> Davis Richard, Owen Diana: New Media...S.97.

<sup>253</sup> z.B. „Cops“ auf FOX, seit 1984 auf allen Kanälen „Lifestyle of the rich and the famous“ etc.

<sup>254</sup> Gründet auf der 1979 ausgestrahlten NBC-Show „Real People“. Ein weiterer international populärer Exponent ist „Ophra“

schen bereits das Flaggschiff des 1906 entstandenen Gannett-Konzerns.<sup>255</sup> USA Today ist nicht nur die am meisten verkaufte Tageszeitung in den USA, sondern wird in über 60 Ländern der Erde vertrieben. Bezüglich der gegensätzlichen Marktpositionierung von USA Today und der New York Times zu Beginn der 1990er Jahre bemerkt Diamond:

„USA Today represented one print solution to a literacy and the worries about reader’s discretionary time. It was a TV-like newspaper: colourful, quick, high on human interest. (...) The days when newspapers were riding high and didn’t worry about readership or do audience surveys - those days were finished. Print was on a new wavelength now: shorter stories, enticing writing, gossip, sex, and service journalism“.<sup>256</sup>

USA Today, vor allem aber deren Aufbereitungsform, ist die Folge der Umwälzungen im Mediensektor der 1970er und 1980er Jahre. Gannett richtete seine Printprodukte stets auf die Maximierung von Rendite aus. Journalistisch qualitative Standards wie etwa bei der New York Times haben dieses Massengeschäft nie geprägt, denn USA Today war die erste auf der „Unterhaltungswelle“ reitende Tageszeitung.<sup>257</sup> Der immense Zeitungserfolg von USA Today war schliesslich das Ergebnis des eigenen Netzwerkverbunds und der Erfahrungen aus den anderen Mediensektoren innerhalb des Gannett-Konzerns, welches ökonomische Renditeüberlegungen und ein ambitiöses Reichweitendenken zusammenführte.

Gannett besitzt gegenwärtig über 100 Zeitungen in den USA und knapp 20% des heimischen Fernsehmarkts. Seit 1979 wurden über 30 wichtige lokale Fernsehstationen erworben, die an die grossen Networks angeschlossen sind und mit denen nach Angaben des Konzerns fast ein Fünftel der US-Bürger erreicht werden. Dazu gehören unter anderem WDVM-TV/WUSA in Washington D.C. und WXIA, die gleichwohl die acht-, respektive die neunt-grössten Stationen des Landes sind. Der grossmaßstäbliche Einstieg ins Fernsehgeschäft bedeutete in den 1990er Jahren den Zugang zu bekannten Talkshows wie der Jerry Springer-Show, oder Donahue. Obwohl in erster Linie als Zeitungsverlag konzipiert, wurden bereits Mitte der 1980er Jahre fortwährend die Bereiche Telemarketing, Datenservice, News-Programming und sämtliche vor- und nachgelagerten Bereiche der Sparte hinzugekauft oder gegründet. Dadurch entstand eine umfassende Konzernstruktur. Dazu gehörenden inzwischen auch über 130 Websites in den USA und 80 in England. Die eigene Verlagsfirma „Army Times Publishing Company“ verlegt seit 1997 ein stark diversifiziertes Portefeuille an Militärtiteln: Armed Forces Journal (existiert seit 1863, eingekauft), Army Times (seit 1940), Air Force Times (seit 1947), Navy Times (seit 1951), Federal Times (seit 1965), Defense News (seit 1986), Space News (seit 1990) und Marine Corps Times (seit 1999). Die Zeitung produ-

---

<sup>255</sup> eine detaillierte Auflistung der Konzernstruktur ist im Appendix zu finden.

<sup>256</sup> Diamond Edwin: Behind the Times. Inside the New York Times, Chicago 1995, S. 392.

<sup>257</sup> Russ-Mohl Stefan: Aktuelle Entwicklungen im aktuellen Zeitungsjournalismus, in: Doviak Emil, Sosemann Bernd, Stöber Gunda (Hrsg.): Studien und Dokumente zum Leben und Werk, Berlin 1998, S. 308.

ziert so „Unterhaltungsjournalismus“ ohne eine allzu offensichtliche und enge Bindung zum Militär zu pflegen. USA Today bedient eine *konservative Leserschaft* und spricht somit eine ähnliche Gruppe von Lesern wie die Armeetitel an. Wegen ihrer „Fast-Food“ ähnlichen Berichterstattung wird sie oft spöttisch „McPaper“ genannt und gilt als gedrucktes Pendant zu CNN.<sup>258</sup> Vor allem die Zusammenarbeit mit Larry King, dem Talkshowkönig von CNN, verhalf der Zeitung schnell zu einem hohen Bekanntheitsgrad. Bereits 1983 wurden mehr als 1.3 Mio. Exemplare verkauft. 1990/91 wurden ca. 1.4 Mio. und bis Ende 2006 ca. 2.5 Mio. Exemplare täglich abgesetzt.<sup>259</sup> Die Zeitung war zwar schnell ein riesiger Publikumserfolg, schwarze Zahlen wurden allerdings erst ab Mitte der 1990er Jahre geschrieben. 1991 war für die Gannett-Gruppe insgesamt das schwierigste Jahr seit ihrem Börsengang von 1967, denn durch die Fusion von Time und Warner war sie nur noch das drittgrößte Verlagsunternehmen. In das Publikumsmagnet USA Today wurde deshalb noch mehr Geld investiert. Hier sollte der technologische Vorsprung des Konzerns in sämtlichen vor- und nachgelagerten Bereichen der Printtechnik präsentiert und dadurch die viel lukrativere industrielle Kundschaft gewonnen werden. *Verfolgt wurde damit eine journalistische Leistung, die viel eher auf Bild- und Farbeffekte denn auf Analytik und Inhalte setzte.* In der Folge wurde 1995 z.B. die Multimedia-Firma Greenville eingekauft, was etwa 2 Mia. Dollar gekostet hat. In die journalistischen Ressourcen wurde hingegen nicht verstärkt investiert. Das Greenville-Geschäft unterstrich die mit Nachdruck verfolgte Gannett-Strategie, über das Aushängeschild USA Today vor allem in den vor- und nachgelagerten Märkten Geld zu verdienen.<sup>260</sup> Im Zeitungssektor hat der Gannett-Konzern im Jahr 2005 1.81 Mia. US-Dollar mit dem Verkauf von Zeitungen, vor allem aber mit den damit verbundenen Geschäften umgesetzt und den Gewinn so trotz der tendenziell sinkenden Leserschaft im Vergleich zu den Vorjahren ansprechend steigern können.<sup>261</sup> Insgesamt hat Gannett so im Jahr 2007 über 5.7. Mia. US-Dollar<sup>262</sup> erwirtschaftet.

Zur Gannett Gruppe gehören zuletzt seit geraumer Zeit grosse Beteiligungspakete an branchenfremden Firmen.<sup>263</sup> Die guten Netzwerke in andere Industrie- und Dienstleistungs-

<sup>258</sup> Vgl etwa: Prichard Richard: *The Making of McPaper: The Inside Story of USA Today*, New York 1987.

<sup>259</sup> <http://www.gannett.com/map/history.htm>

<sup>260</sup> McClellan, Steve: *Multimedia Buy Boosts Gannett into Top 10*“, *Broadcasting & Cable*, 31. July 1995, S. 95, Scharow Anya: *“The Merger”*, *Mediaweek*, 27. November 1995, S. 12.

<sup>261</sup> <http://library.corporate-ir.net/library/84/846/84662/items/187670/2005AR.pdf>. Siehe hier S. 26.

<sup>262</sup> [http://adage.com/datacenter/datapopup.php?article\\_id=112270](http://adage.com/datacenter/datapopup.php?article_id=112270)

<sup>263</sup> Aloha Airgroup, American Express, Armstrong World Industries, Capital Investment of Hawaii, Carlisle, Continental Airlines, Cummins Engine Co., Dayton Hudson Corp., Eastman Chemical Corp., FLP (Florida Power and Light), Fronteir Corp, Goldman Sachs, IBM, Kaufman and Broad Home Corp., Millenium Bank, Pacific Century, Financial Corp., Penny Whistle Toys, Prudential Mutual Funds, Textron, TIAA-CREF, Union Pacific, United Health Group and Waste Management. Dem “Board of directors” gehören Vertreter von The Chubb Corporation; Continental Airlines, Inc.; SunTrust Banks, Inc.; WGL Holdings, Inc., the parent company of Washington Gas Light Company, UnitedHealth Group, Lennar Corporation, New York Stock Exchange; The Asia Pacific Fund, Inc., Accenture Ltd.; The Charles Schwab Corporation; S. C. Johnson & Son, Inc.; Johnson Financial Group; The City Bakery LLC oder Eximious an. Viele dieser

zweige dienen ebenso der Strategie zur *nachhaltigen Gewinnung von Werbekunden* und sind deshalb eine ebenso wichtige Stütze für den Medienkonzern. Sie bergen gleichzeitig aber auch die Gefahr undurchsichtiger "Tauschgeschäfte" zwischen den verbundenen Firmeneliten, die durch Kontrollinstrumente kaum zu erfassen sind. Solche sind bislang vor allem im Falle der New York Times belegt.

*New York Times*: Massenpresseorgane, sog. „One-Penny-Blättchen“, waren bereits um 1830 verbreitet. Die New York Times wurde als Gegenpol zu den reisserisch aufgebauten Zeitungen lanciert. Unter dem Motto „New York Times – All the News That’s Fit to Print“ erschien die "New York Times" erstmals am 18. September 1851 als "The New-York Daily Times". Die Gründer Henry J. Raymond und George Jones wollten mit dem „Informationsjournalismus“ eine Alternative zum vorherrschenden reisserischen Strassenjournalismus anbieten und definierten so einen Zeitungsjournalismus mit hohem Qualitätsanspruch, der bis heute auf die Eliten zielt.<sup>264</sup> Dieser Anspruch galt offenbar auch Ende der 1980er Jahre, denn Lasorsa/Reese identifizierten sie als *das* Elitemedium für institutionelle Eliten (also nicht nur für die US-Regierung und ihren PR-Apparat, sondern auch für *think-tanks* etc.), die eine Art Herdenmentalität für die Agenda der Berichterstattung der anderen Medienschaffenden auslösen konnten.<sup>265</sup> Die Times vermochte durch ihre Berichterstattung Akzente zu setzen, die für das Informationsverhalten anderer US-Zeitungen, Networks, aber auch den PR-Stellen der Regierung, von Bedeutung sein konnte. Dies hat die Zeitung seit Mitte der 1970er Jahre erstens der Kombination von qualitativen Standards und einem strategisch gewählten, engen Verbund mit der US-Regierung zu verdanken und zweitens der gekonnte Zuzug neuer Inhaltsformate unter der Schirmmarke New York Times:

*Qualitative Standards und politstrategischer Kooperationen*: Dem „Informationsjournalismus“ obliegt der Anspruch einer unpersönlichen, überparteiischen und wertneutralen Berichterstattung.<sup>266</sup> Die „objektive“ Berichterstattung trennt damit Meinung und Nachricht im Sinne eines analytischen Journalismus. Davon zu trennen ist der „Investigative Journalismus“,<sup>267</sup> dessen originäre Aufgabe die Aufdeckung von Korruption in Staat und Gesellschaft ist. Auch diese Form beansprucht hohe Qualitätsstandards, die vor die fachliche Kompetenz

---

Unternehmen sind entweder Finanzdienstleister oder Rohstoffhändler. Vgl.  
[http://www.gannett.com/about/management/board\\_of\\_directors.htm](http://www.gannett.com/about/management/board_of_directors.htm)

<sup>264</sup> Russ-Mohl Stefan: Aktuelle Entwicklungen..., S. 314.

<sup>265</sup> Lasorsa Dominic L., Reese Stephen D.: News source use in the crash of 1987: A study of four national media. *Journalism Quarterly* 67, 1990, S. 60-71, hier S: 70.

<sup>266</sup> Weischenberg Siegfried: *Journalistik, Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation*, Wiesbaden 2002, S. 112f.

<sup>267</sup> Schmidt, Siegfried J., Weischenberg Siegfried: Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen in: Merten Klaus, Schmidt Siegfried J., Weischenberg Siegfried: *Die Wirklichkeit der Medien...*, S. 231.

des Schreibers sowie eine hohe soziale Integrität betonen. Die New York Times konnte mit der juristisch-publizistischen Auseinandersetzung um die Veröffentlichung der „Pentagon Papers“<sup>268</sup> im Nachgang des Vietnamkriegs so einen Riesenerfolg verbuchen. Die Times rühmt sich seither, das im „First Amendment“ verankerte Grundrecht der uneingeschränkten Pressefreiheit und freien Meinungsäußerung verteidigt zu haben. Vor allem war es aber eine Machtdemonstration der Zeitung an die Adresse der Polit-Elite, was in der Folge enge Kontakte zu Politik und Wirtschaft ermöglichte.<sup>269</sup> Reagans Chefstrategen Michael Deaver und David Gergen entwarfen etwa ein Konzept, dass die Beziehungen zwischen Regierung und Presse nachhaltig veränderte. Einzelne Journalisten der New York Times wechselten im Drehtürverfahren zwischen einer Funktion als Journalist und Staatsbeamter.<sup>270</sup> Die von der Regierung geförderte Kooperation provozierte immer wieder starke Kritik, denn die Zeitung sei beim Aufbau zu besonders engen Beziehung derart skrupellos, dass auch Nachrichten publiziert würden, die nur auf einer einzigen Quelle beruhten oder gar die Quellen verschleierten.<sup>271</sup> Medienexperten bezeichneten sie gar als

“perhaps the most revealing instances of media’s complicity with U.S. propaganda”.<sup>272</sup>

Solche Verstrebungen waren das Ergebnis eines systematisch geförderten Prozesses, den der langjährige Chefredaktor A.M. Rosenthal zu Beginn der 1970er Jahre in Gang setzte. Er vertrat die Auffassung, dass eine Umstrukturierung des Konzerns für dessen Überleben notwendig sei und die Kooperation mit der Regierung ein gangbarer Weg sei.

*Einführung von Soft-Inhalten zur Anziehung zahlungskräftiger Werbekunden:* Rosenthal meinte zudem, künftig müsse man sich an seriöse und finanzkräftige Lese- und Werbekunden wenden und das Blatt durch eine dementsprechend konservative Linie reformieren.<sup>273</sup> Die Washington Post, Los Angeles Times oder der Miami Herald hatten bereits „life-style“ Themen als Reaktion auf die veränderten Inhalte im TV in ihren Bund eingefügt, nun brachte auch die Times eine „Home section“ (heute „Style“) und wandte sich verstärkt Frauenthemen zu.<sup>274</sup> Eine solche Ausrichtung war auch für die etablierte Times unumgänglich, denn mit der Verwendung von immer grösseren und teureren Techniken für die Informationsübermittlung und die Herstellung der Printmedien (z.B. Fotografie, Drucktechnik) ging ein stetiger Kosten-

---

<sup>268</sup> Die Pentagon Papers waren streng geheime Dokumente des US-Verteidigungsministeriums. Deren Veröffentlichung deckte 1971 eine bewusst falsche Darstellung der Ereignisse während des Vietnamkriegs auf und führte schliesslich zu dessen Ende.

<sup>269</sup> Elfenbein Stefan W.: The New York Times..., S. 231.

<sup>270</sup> Elfenbein Stefan W.: The New York Times..., S. 233.

<sup>271</sup> Elfenbein Stefan W.: The New York Times..., S. 176.

<sup>272</sup> Artz Lee: War as Promotional „Photo Op“: The New York Times’s Visual Coverage of the U.S. Invasion of Iraq, in: Kamalipour Yahya R., Snow Nancy: War, Media, and Propaganda. A Global Perspective, Lanham 2004, S. 80.

<sup>273</sup> Elfenbein Stefan W.: The New York Times..., S. 232.

<sup>274</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 84-88.

druck einher, dem ein ebenso stetiger Konzentrationsprozess auf den Zeitungsmärkten folgte. Die Entwicklung neuer Formate führte auch bei der New York Times zu einer zunehmenden Aufhebung der Grenzen zwischen den neuen Fernseh- und Zeitungsformaten. Die Times etwa engagierte sich verstärkt im TV-Sektor und kaufte in großem Umfang lokale Fernsehstationen hinzu. Auch der 450 Mio. Dollar teure Ausbau der Produktionsstätte in Edison und New Jersey waren augenscheinliche Zeichen, dass sich die Zeitungslandschaft für alle Wettbewerber nachhaltig verändert hatte. Innert drei Jahren wollte die Times bessere farbige Grafiken und Photographien anbieten können, also dies der damals höchste industrielle Standard der USA Today vermochte.<sup>275</sup>

Die neu eingeführte „Soft-News-Section“ war zudem nur die Spitze der Veränderungen: zwischen 1965 und 1995 wurde die New York Times nicht nur in redaktioneller, sondern auch in technischer Hinsicht grundlegend modernisiert. Dazu gehörte einerseits die zwischen 1976-1978 vollzogene Einführung der sogenannten „C-Sections“ hinter den bisherigen Themenbereichen Politik und Wirtschaft, die verstärkt auf Unterhaltung ausgerichtet waren. Darin enthalten war der "Sports Monday", der "Science Times" am Dienstag, die "Living section" am Mittwoch, die "Home section" am Donnerstag sowie "Weekend" am Freitag.<sup>276</sup> Die Wochenendausgaben wurden mit Beilagen über Wirtschaft und Reisen, aber auch Themen des täglichen „Lifestyles“ wie Erziehung, Mode, Gesundheit oder Freizeittipps angereichert. Die Produktion sämtlicher Sektionen und Beilagen fand von Beginn weg auf einem konkurrenzlos hohen Niveau statt<sup>277</sup> und erwies sich schnell als ergiebige Geldquelle. Mit einer einzigen Extraausgabe des Fashion-Magazins „Fashion of the Times“ vom 3. März 1985 wurden beispielsweise über 2,3 Mio. US-Dollar an Werbeeinnahmen verbucht.<sup>278</sup> Als Goldgrube bewährte sich aber immer wieder der qualitative Brand der Times. 1991 bezahlten Inserenten über 16 Mio. US-Dollar, um in der renommierten „Book Review“ werben zu können.<sup>279</sup> Andererseits akquirierte die Gruppe bis 1985 für über 400 Mio. Dollar<sup>280</sup> vor- und nachgelagerte Produktionszweige sowie Zeitungen und TV-Sender, sodass das Konzernportefeuille horizontal und vertikal gut positioniert war. Der Eintritt in den Cyberspace erfolgte Mitte der 1990 Jahre. Trotz des Anschlusses an das World Wide Web pflegte die Times gleichzeitig die lokale Verankerung des Blatts in New York. Alle anderen Versuche scheiterten kläglich. Die von

---

<sup>275</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 89.

<sup>276</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 153.

<sup>277</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 150.

<sup>278</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 163.

<sup>279</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 340.

<sup>280</sup> Diamond Edwin: Behind the Times..., S. 166.

Rosenthal eingeleitete publizistische Reformation und Vernetzungsstrategie hält damit bis in die Gegenwart an.<sup>281</sup>

*Kombination machtpolitischer und publizistischer Überlegungen als Zukunftsmodell:* Die anhaltende Konzentration und Diversifikation erfolgt aus der Perspektive der Zeitung aber nicht nur aus machtpolitischen Überlegungen, sondern auch wegen der anhaltenden Auflagenprobleme: die Presse, vor allem die Zeitungsbranche, kämpft seit den 1950er Jahren mit einer stetigen Auflagenerosion, denen auch die ersten nationalen Ausgaben des Wall Street Journal 1975 und dann der New York Times 1980 nichts entgegen zu setzen vermochten. Die nationale Ausgabe war wiederum aufgrund des technischen Fortschritts möglich. Erstmals konnte per Satellit der gleichzeitige Druck in allen Landesteilen synchronisiert werden – dieser Errungenschaft bedeutete aber wiederum erhebliche Investitionsvolumen und stoppte die Auflagenerosion dennoch nicht vollends.

Seit 1990 kam in den USA ein anhaltender Leserschwund in Gang, der für die meisten Unternehmen eklatante Gewinneinbrüche zur Folge hatte. Die Nettogewinne der Konzerne stiegen nach zahlreichen Restrukturierungen und turbulenten Jahren danach zwar wieder an, sie entpuppten sich aber insgesamt nicht als Patentrezept gegen den anhaltenden Leserschwund. Die strategische Neupositionierung zielte allerdings auch nicht länger darauf ab, dem Abwärtstrend Einhalt zu gebieten,<sup>282</sup> sondern in erster Linie eine optimale (Neu)Positionierung der eigenen Marke in den verschiedenen Medienmärkten zu finden.<sup>283</sup> Mit einer Auflage von rund 2.5 Mio. Einheiten besetzte USA Today am Stichtag (30. September 2006) den Spitzenplatz unter den Tageszeitungen, gefolgt von der Wirtschaftszeitung Wall Street Journal mit einer Auflage von rund 2 Mio. Stück. Die Times war zur gleichen

---

<sup>281</sup> Dazu zählten zum Zeitpunkt dieser Arbeit unter anderem: 360 Degree Communication, Alcoa (weltweit führender Aluminiumproduzent), Bristol-Meyers Squibb (Pharmakonzern), Carlyle Group (Investment Group, enge Bindung zu Cheney und Bush), Chase Manhattan (größte Corporate Bank in den USA), Ford, Grace & Co. (Unternehmung für Spezialchemie- und Materialien), Hanson PLC, Johnson & Johnson, Lehman Bros. (weltweite Investmentbank), Lucas Digital und LucasArts (beides Unternehmen im Medien- und Gamebereich von George Lucas), Lucent Technologies (Designer, Entwickler und Produzent von Telekommunikationssystemen, Software und Produkten, Metropolitan Life (Versicherung), PepsiCo, Principal Financial Group, Schering-Plough (pharmazeutische Unternehmung, denn die Firma Essex gehört zu der Gruppe), Springs Industries, Starwood Hotels & Resorts, State Street Research and Management, Texaco (Öl- und Gasproduzent), US Industries, Warburg, Pincus & Co. Vgl. dazu: <http://www.nytc.com/company-directors.html>

<sup>282</sup> Editor and Publisher Yearbook Online data, 1940-2003, [www.editorandpublisher.com](http://www.editorandpublisher.com); [http://adage.com/datacenter/article?article\\_id=113667](http://adage.com/datacenter/article?article_id=113667)

<sup>283</sup> Das Hauptgeschäft besteht vorab auch hier in der klassischen Vermarktung von Werbefläche im Internet. Zusätzlich sind neue Modelle entwickelt worden, mit denen in erster Linie nicht etwa der eigene Content in den Vordergrund gestellt wird, sondern der Erwerb von Zusatzprodukten wie z.B. Links zu Reiseveranstaltern oder gar die Übernahme von Funktionen im nachgelagerten Distributionsbereich, indem der Post bei Paketauslieferungen direkte Konkurrenz entsteht. Vgl. hierzu etwa die 2005 erschienene KMPG Studie „Wachstumsfelder für Zeitungen in Deutschland“ oder Arbitron/Edison Media Research: „Internet and Multimedia 11: New Media Enters the Mainstream.“ Publiziert auf: [http://www.arbitron.com/downloads/Internet\\_Multimedia\\_11.pdf](http://www.arbitron.com/downloads/Internet_Multimedia_11.pdf)

Zeit mit 1.6 Mio. Exemplaren die drittauflagenstärkste Zeitung.<sup>284</sup> Der Leseschwund hat sich seit 1990 aber deutlich geringer nach unten verändert als der der Sonntagspresse oder anderer wenig namhafter Mitbewerber. Einzig USA Today konnte die Auflage seit 1990 um fast eine Million Exemplare steigern und steht damit der Gesamtentwicklung der Zeitungsbranche entgegen. Der Erfolg von USA Today lässt sich mit dem veränderten Lesebedürfnis der Konsumenten erklären, welche das unterhaltende Element in der Berichterstattung immer stärker in den Vordergrund setzten. Während sich die New York Times mit umfangreichen Analysen, Hintergrundberichten und dargebotenen Perspektiven an ihre Leser wandte und so die Lesererosion zu stoppen versuchte, mussten Informationen im Falle von USA Today einfach und klar verständlich, griffig und unterhaltend zusammengesetzt sein.

Die geschäftspolitischen und publizistischen Grenzen zwischen Fernsehen und Print hob die New York Times Group zudem mit grossen Beteiligungspaketen an den sehr erfolgreichen Onlineportal von moneycentral.msn.com (CNBC), cbs.marketwatch.com (CBS) und money.cnn.com (CNN) auf und schaffte den Sprung ins digitale Zeitalter. Die Times kontrolliert heute so wichtige News-Quellen der Finanzindustrie. Sie erwarb zudem einige lokale TV-Stationen von ABC, CBS, NBC sowie MYNetwork TV Affiliate, wobei die Geschäftsleitung der Times am 9. Dezember 2006 bekannt gab, dass der gesamte TV Bereich an eine Private Equity Firma abgestossen werde. Dieser Schritt wurde mit rückläufigen Umsätzen und Erträgen sowie einer unternehmensstrategischen Neupositionierung begründet. Künftig wollte sich der Konzern wieder auf das eigene Kerngeschäft konzentrieren,<sup>285</sup> das in den vergangenen Jahrzehnten vor allem aufgrund einer Tatsache wuchs: der *Marke* „New York Times“ und der damit verbundenen Reputation. Der verlässlichste Umsatzgenerator war die eigene Reputation, die spätestens seit der Publikation der Pentagon Papers<sup>286</sup> stets das damit eigens verbundene journalistische Versprechen hervorhob, das ihre Gründer einst gegeben hatten: die Times wollte sich als Elitemedium nicht bloss durch die qualitative Berichterstattung von der Konkurrenz abheben, sondern zudem die durch die Pentagon Papers erhaltene „Power to select“ nutzen, um in den Folgejahren den politischen Einfluss der Zeitung in Washington zu untermauern.

---

<sup>284</sup> <http://www.accessabc.com/reader/top150.htm>, aktuelle Daten darüber hinaus sind zu finden unter: [http://www.usatoday.com/media\\_kit/pressroom/pr\\_justfacts.htm](http://www.usatoday.com/media_kit/pressroom/pr_justfacts.htm), <http://www.nytco.com/investors-nyt-circulation.html>.

<sup>285</sup> <http://www.nytimes.com/2006/09/12/business/media/13nytcnd.html?ex=1315713600&en=e9fab23aa6e70660&ei=5088&partner=rssnyt&emc=rss>

<sup>286</sup> Die Pentagon Papers waren streng geheime Dokumente des US-Verteidigungsministeriums. Diese wurden gestohlen und von der New York Times veröffentlicht. Deren Veröffentlichung deckte 1971 eine bewusst falsche Darstellung der Ereignisse während des Vietnamkrieges auf und führte indirekt zu dessen Ende.



### 4.3 Produktion von Medieninhalten von wenigen Entscheidungsträger geprägt

Die neue Produktionsgangart von Medieninhalten wurde seit den 1960er und 1970er Jahren dabei sowohl im Fernsehen als auch in den Printmedien weniger durch die Journalisten, sondern vielmehr durch die „senior editors“ im Falle der Printmedien und den „top producers“ beim Fernsehen sowie die ihnen vorgesetzten, organisatorisch ausserhalb der Produktionsbüros von Medieninhalten angesiedelten „corporate and news executives“ bestimmt. Gans hebt denn auch hervor, dass diese strenge Hierarchie von Journalisten oft als militaristisch empfunden wird.<sup>287</sup> Die Rolle der Journalisten konzentrierte sich in auf das Sammeln von Informationen und Hintergrundinformationen vor Ort, während die „writers“ in den heimischen Büros in enger Zusammenarbeit mit den „senior editors“/„top producers“ und den „news executives“ für die Selektion und die Produktion von Medieninhalten zuständig waren. Grund für diese Aufteilung war die Begründung, Journalisten würden eine Geschichte aus der Perspektive der Verlässlichkeit einer Quelle erarbeiten, während die „senior editors“ und „top producers“ die Produktion von Medieninhalten aus den Gesichtspunkten der Vermarktbarkeit beim Publikum beurteilen würden.<sup>288</sup> Der, wie die vorherigen Ausführungen gezeigt haben, enorm wichtige Verkaufsprozess einer Geschichte begann aber bereits beim Journalisten, da dieser auf die Vermarktbarkeit der gesammelten Daten beim „senior editor“/„top producer“ achten musste.<sup>289</sup> Die Machtfülle der „senior editors“, „top producers“ und „news executives“ war aber problematisch, da sie ihre Entscheidungen innerhalb der Organisationen weder zu rechtfertigen noch zu erklären brauchten.

„As a result, they can envelop themselves in a good deal of mystery, forcing underlings to guess what will please or displease them“<sup>290</sup>

Ein vertieftes Verständnis für die Rolle von „corporate and news executives“ lässt sich anhand ihrer Funktion innerhalb der Medienorganisationen erarbeiten, denn ihnen oblag erstens die Hoheit über Budget- und Personalentscheidungen, sie agierten zweitens im Sinne kommerzieller und politischer Interessen der Firma, erliessen drittens Verordnungen und Regelwerke für die Selektions- und Produktionsmechanismen von Medieninhalten am Schauplatz und in den Büros und machten viertens ihren Einfluss auf das Auswahlverfahren von zu erstellenden Medieninhalten informell über tägliche oder wöchentliche Sitzungen mit den „senior editors“ und „top producers“ geltend.<sup>291</sup> „Corporates“ und „News Executives“ füllten

---

<sup>287</sup> Gans Herbert J.: Deciding What's News..., S. 85.

<sup>288</sup> Gans Herbert J.: Deciding What's News..., S. 89.

<sup>289</sup> Gans Herbert J.: Deciding What's News..., S. 91.

<sup>290</sup> Gans Herbert J.: Deciding What's News..., S. 97.

<sup>291</sup> Gans Herbert J.: Deciding What's News..., S. 94-95.

weit ab der technischen und inhaltlichen Veränderungen von Medieninhalten damit ein Entscheidungsvakuum, das für Aussenstehende intransparent ausgestaltet war. Dennoch darf nicht der Schluss gezogen werden, dass die starken Umwälzungen im Mediensektor und die zunehmenden ökonomischen Bedürfnisse Lobbyisten per se Tür und Tor öffneten, denn die wohl wichtigste selbstlegitimierende Funktion, die „*Watchdog-Funktion*“, forderte auch weiterhin eine authentische und kritische Berichterstattung der Medien als vierte Gewalt im Rechtsstaat ein und gehörte zu den selbstaufgelegten Aufgaben von Qualitätsmedien wie der New York Times oder der Washington Post.<sup>292</sup> Diesen noblen Überlegungen stand aber eine ebenso gelebte Auffassung der Produktion von Aufmerksamkeit als ökonomisches Gut entgegen, die aus der Perspektive der Gewinnung um Marktanteile und der maximalen Gewinnorientierung referierte.

#### 4.4 Aufmerksamkeit als ökonomisches Gut

Blosse Reichweite (etwa durch die oben beschriebenen ökonomischen Konzentrationsprozesse) ist eine ebenso ungenügende Strategie wie ein politisch interessantes und/oder brisantes Programm ohne Reichweite (etwa durch die beschriebenen neuen Inhaltsstrukturen). Dem Umstand knapper Aufmerksamkeit waren sich bereits die auf die Masse ausgerichteten US-Zeitungen während der „penny press“ Ära nach 1800 bewusst. Die besprochenen Techniken der Tabloid-Presse sind demnach auch keine Erfindung der 1980er oder 1990er Jahre, sondern vielmehr eine ausdifferenzierte und aufgrund der technischen Entwicklung überarbeitete Retroerscheinung. Die Mechanismen der Zeitungsreportagen waren damals schon auf die Konsumbedürfnisse der jeweiligen Medienverbraucher ausgerichtet und fokussierten - damals wie heute - vor allem die Aufmerksamkeit ihrer (potentiellen) Konsumenten.

Ganz allgemein gilt, dass auf der Medienseite seit den 1970er Jahren eine *Verringerung der Produktions-* (Such-, Archivierungs- und Verwaltungskosten, Ersetzen des Menschen durch Maschinen, Zusammenfassung und Auslagerung von Jobs) und *Distributionskosten* angestrebt wurde, während gleichzeitig die Ausdifferenzierung des Angebots weiterverfolgt wurde.<sup>293</sup> Diese Mechanismen sind auf mikroökonomische Überlegungen zurückzuführen, denn das Auswahlverfahren des Programms bei Zuschauern erfolgt durch die vermutete Nutzenmaximierung im Sinne eines *Uses-and-gratification Ansatzes*.<sup>294</sup> Entscheidend hierbei ist

---

<sup>292</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News...*, S. 293.

<sup>293</sup> Heinrich Jürgen: *Medienökonomie*, Band 2, Wiesbaden 1999, S. 51ff.

<sup>294</sup> der in den Sozialwissenschaften stark verankerte Ansatz geht davon aus, dass Zuschauer aufgrund individueller Wertekategorien ihre Programmwahl treffen. Entschieden wird sich also für dasjenige Programm, von dem sich der Zuschauer den höchsten persönlichen Nutzen verspricht. Eine solche Entscheidung kann zwischen unterschiedlichen Medien fallen, also z.B. Zeitung vs. Fernsehen, zwischen zeitelastischen und unelastischen Programmen wie z.B. in der Kriegsberichterstattung zwischen CNN, der den Krieg und globale Eindrücke des Kriegs live überträgt und einem Sender, der im gewohnten Programmschema sendet

eine einfache Form der Kosten/Nutzen Rechnung: Anthony Downs hat Ende der 1950er Jahre als erster die Idee des rationalen Wählers lanciert, der seine Wahl gemäss den ihm zur Last fallenden Kosten ausrichten.<sup>295</sup> Selbiges konnten Just/Neuman/Cringler zu Beginn der 1990er Jahre für die Kosten von Aufmerksamkeit und/oder dem Zeitaufwand des Medienkonsumenten belegen. Dabei zeigte sich allerdings ein signifikanter Unterschied zwischen den einzelnen Medien:

„The results indicate that the structure and style of newspaper journalism makes it harder for inattentive people or individuals with just average cognitive skills to learn information about political issues. The presentation of news on television and in magazines, however, seems to enhance the ability of ordinary people to learn, so much so that their performance is not significantly different from people with above-average cognitive skills. In terms of the “cost of news” television is an efficient choice.”<sup>296</sup>

Medienunternehmen und Verleger müssen die Inhalte demnach mit möglichst niedrigen Kosten für den Konsumenten ausgestalten, denn je höher das Volumen an verfügbarer Information für den Konsumenten ist, desto stärker ist deren geldwerte Entwertung. Informationsreichtum zieht somit eine Aufmerksamkeitsverknappung nach sich. Russ-Mohl hält deshalb treffend fest:

„Dort, wo der Journalismus genuin Nachrichten produziert, tritt er in Konkurrenz zu Tausenden von anderen Nachrichtenproduzenten vor allem in der Public-Relations-Branche, die letztlich um Aufmerksamkeit konkurrieren.“<sup>297</sup>

Aus diesem Grund ist etwa bei den Fernsehsendungen die Anschlusswerbung in eigener Sache ein effizientes Mittel. Hat man die Aufmerksamkeit des Zuschauers erreicht, muss während der Sendung mit allen möglichen (Eigen)Produkten geworben werden, um die Aufmerksamkeit möglichst lange beibehalten zu können. Im Fall der Krisen- und Kriegsberichterstattung können das etwa Hinweise auf folgende Spezialsendungen, Analysen oder Live-Schaltungen sein, die für den Zuschauer einen Mehrwert bedeuten. Mediennutzer sind in ihrem Auswahlverfahren ziemlich träge und nicht bereit, hohe Informationskosten zu tragen. Deshalb entstanden auch grosse Geschäfte mit gedruckten Formaten wie etwa dem Fernsehprogrammheftchen im Überblick oder USA Today als gedrucktes Pendant zu den unterhaltenden Programminhalten.

---

usw. Zu den Begründern gehören Blumer/Katz Mitte der 1970er Jahre. Ein umfassendes Bild in jüngerer Zeit liefert: Rubin Alan: Media Uses and Effects: A Uses-and-Gratifications Perspective, in: Bryant Jennings, Zillmann Dolf (Hrsg.): Media Effects. New York 1994, S.417-436.

<sup>295</sup> Downs Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York 1957.

<sup>296</sup> Just Marion R., Neuman Russel W., Crigler Ann: An Economic Theory of Learning from News, Research Paper R-6, July 1992, Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics, and Public Policy, Harvard University, S. 6.

<sup>297</sup> Russ-Mohl Stephan: Kreative Zerstörung. Niedergang und Neuerfindung des Zeitungsjournalismus in den USA, Konstanz 2009, S. 53.

Während der Konsument die Informations- und Aufmerksamkeitskosten gerne so gering wie möglich hält, hatte dies umgekehrt für die damit verbundenen neuen programminhaltlichen Entwicklungspfeiler - Nachrichten und Sportübertragungen - die stärksten Kostenfolgen. Nachrichten fördern die Glaubwürdigkeit wie kein anderes Format und Sport begünstigt im Falle von Radio und Fernsehen ein positives Image. Beide sind aber aufgrund ihrer immensen Produktionskosten die grössten Minusmacher in der Programmgestaltung.<sup>298</sup> Astronomische Summen wurden nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland bezahlt: zwischen 1982 und 1998 erfuhren die Übertragungsrechte bei Sportveranstaltungen eine Preissteigerungen von über 6'000%;<sup>299</sup> ein Kostenanstieg, der mit Schlankheits- und Diätpaketen für die Kostenstruktur der Medienproduktion auf beiden Seiten des Atlantiks nicht aufzuholen war. Die Zeitelastizität (Live-Charakter) und die Materialität (Exklusivität) sind dabei die entscheidenden Faktoren für den Produktionsaufwand, denn die Aufmerksamkeit des Zuschauers ist ein nicht lagerfähiges Gut. Wer Aufmerksamkeit tauschen möchte, muss in der Lage sein, Aufmerksamkeit zu produzieren – und dies gelang den audiovisuellen Medien in den vergangenen Jahren eben vor allem mit Live-Übertragungen im Sport und/oder der spätestens seit 1990 etablierten Live-Übertragung eines Kriegs durch einen Sender wie CNN in seiner typischen Machart, die so exklusiven Markencharakter erhält. Allerdings ist das Repertoire stark begrenzt, sodass das Verhalten von Fernsehproduzenten einer klaren ökonomischen Rationalität folgt<sup>300</sup> und zwangsläufig immer wieder einen „*more-of-the-same*“-Effekt<sup>301</sup> reproduziert.

Aus wirtschaftlichen Überlegungen sind deshalb sowohl im Fernseh- als auch im Printsektor in den vergangenen Jahren zahlreiche crossmedial orientierte Medienkonglomerate entstanden. Strategische Allianzen oder Übernahmen zielen dabei vor allem auf die Besetzung eines Marktes, indem man sich Reichweite, Publizität, Reputation oder Innovation schlichtweg dazukaufte. Den nachhaltigsten Wettbewerbsvorteil bieten aber unabhängig von der Art des Mediums – da sind sich Wissenschaft und Praxis einig – *einzig Inhalte, die schwer imitier- und substituierbar sind*. Am besten positioniert sind demnach Unternehmen, die rückwärts gerichtet intermediär diversifizieren (also erfolgreich auf eigene Inhalte setzen).<sup>302</sup> Im Falle der New York Times kann dies etwa das Qualitätsbewusstsein oder die analytische Struktur der eigenen Frontartikel sein, die dann wiederum als Leitfaden für weitere Eliten und Medien dienen, im Falle von USA Today bedeutet dies die Übersetzung von leichtverdaulichem Pu-

---

<sup>298</sup> Heinrich Jürgen: Medienökonomie Band 2...S. 489ff.

<sup>299</sup> Heinrich Jürgen: Medienökonomie Band 2...S. 194ff.

<sup>300</sup> Heinrich Jürgen: Medienökonomie Band 2...S. 538ff.

<sup>301</sup> Der Effekt meint, dass dieselben publikumswirksamen Sendeformate auf mehreren Sendern bestenfalls in einem eigenen Gewand ausgestrahlt werden.

<sup>302</sup> Vgl. Sjurts Insa: Strategien in der Medienbranche. Grundlagen und Fallbeispiele, Wiesbaden 2005, S. 16-24, S.373-381.

blikationsmaterial als Pendant zum Fernsehen. Gerade der zuvor betonte Hinweis der „*Watchdog-Funktion*“ unterstreicht aber als eine Art Korrektiv die Notwendigkeit der publizistischen *Glaubwürdigkeit*. Nur so entsteht im Kampf um die Aufmerksamkeit der Leser als ökonomisches Gut ein Zusatznutzen für den Leser, der die von ihm so gescheuten Informationskosten deckt. Ereignisse, die von Medienorganisationen als „Pseudo Events“ klassifiziert wurden, weil deren Hauptzweck einzig in der Generierung von Publizität durch Interessensgruppen bestand, fielen nach Gans trotz der veränderten Produktionsumgebung von Medieninhalten deshalb früh aus dem Produktionsraster der Medienunternehmen.<sup>303</sup> Die Medien nahmen so ihre glaubwürdigkeitsbewahrende Funktion wahr. Spinnt man den Gedanken der Aufmerksamkeitsökonomie aber konsequent einen Schritt weiter, dann stellt sich die zentrale Frage, wo genau die Abgrenzung zwischen der eigenmedialen Inhaltsproduktion im Sinne einer „*Watchdog-Funktion*“ und der Eigenproduktion des Ereignis selbst mit den konzerneigenen Medieninstrumenten (Radio, Fernsehen, Presse, Internet) gezogen werden kann: die wohl am schwersten imitierbaren - und damit am profitabelsten zu produzierenden - Ereignisse sind zwar jene, die kaum substituierbar für andere Konkurrenten sind (um so die Aufmerksamkeit des Zuschauers als ökonomisches Gut für sich zu gewinnen und diesen an sich zu binden). Ein Krieg kann kaum als für andere Medien nichtsubstituierbares Ereignis produziert werden, wohl aber die *Form der Auseinandersetzung* (Analysen und Kommentar, Betrachtung des Ereignisses aus verschiedenen Blickwinkeln) und damit die *medienspezifische Prägung des Ereignisses*. Diese Form von Rezipientenaufmerksamkeit- und Effizienz wurde in den USA früh als ein knappes Gut erkannt. Feldges hält zur Bedeutung von *Framing-Prozessen* und der semantischen Festlegung politischer Inhalte an den Bildschirmen fest:

„All modern viewers of the documentary are familiar with the communicative history of the featured emblems, and that their semantic field has not been subject to any significant changes. The American flag is the most frequently depicted emblem, followed by army helicopters, the White House, the Capitol building...and those standing for the national government...“.<sup>304</sup>

Kameraperspektiven, dramaturgischer Aufbau, ritualisierte Handlungsabläufe formen (*framing*) also systematisch das jeweilige „Narrative of the News Spectacle“,<sup>305</sup> die in den Zuschauern *einprogrammierte Vorstellungen und Implikationen* hervorrufen:

„As a shot is transformed into a message, the selecting, editing, and conveying of the recorded pictures finalizes the disconnection of contingency, establishes visual precepts’ as signs, and constructs intended idiomatic or discursive content...the creation of pictures by the surveillance camera is directly related to an intention to present the pictures of others, which intention defines their signs purpose. The almost perfect control over the

<sup>303</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What’s News...*, S. 123.

<sup>304</sup> Feldges Benedikt: *American Icons: The Genesis of a National Visual Language*, New York 2008, S. 96.

<sup>305</sup> Feldges Benedikt: *American Icons...*, S. 57f.

process of creating and presenting visual content compares with the broadcast spectacle in so far as it reduces the creation of pictures to a deferential act characterized by the technical potential of the camera in relation to its assigned perspective...”<sup>306</sup>

Dasselbe Prozedere gilt auch für die Produktion von Zeitungsinhalten denn auch ihre Geschichten bedienen sich der Bildsprache, indem die von ihnen beschriebenen Sachverhalte beim Leser Bilder von damit verknüpften kognitiven Schemata und Bewertungen hervorgerufen. Jeder Zeitungen obliegt mit ihrer eigenen journalistischen Handschrift ein solch entscheidendes Differenzierungsmerkmal. Dies können zum Beispiel die Erwartungen des Lesers sein, die er mit der Informationsrezeption in der von ihm rezipierten Medienmarke verbindet (man würde von der New York Times wohl kaum denselben Journalismus erwarten wie von USA Today). Auf jenem Markenbewusstsein baute auch die New York Times „Book Review“ oder die hochwertige Ausgestaltung der eingeführten „Soft-News-Section“-Konzepte. Die Produktion von zeitungstypischen, signifikanten und charakteristisch ausgestalteten Inhalten, welche die Ökonomie der Leseraufmerksamkeit dann mit einer nichtsubstituierbaren „Bildsprache“ zu bedienen vermögen, können als wohl besonders wertvolles Gut für die jeweilige Medienunternehmung betrachtet werden, dessen Einvernahme sich für alle beteiligten Parteien als besonders lohnenswert ausgestaltet.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Rendite- und Machtüberlegungen (sowohl politische als auch ökonomische) zu neuen Medienkonzernstrukturen geführt haben. Die grössten audiovisuellen Medienkonzerne haben sich dabei zu eigentlichen Medienkonglomeraten entwickelt, deren Eigentumsverhältnisse vor allem Mitte der 1980er Jahre durch branchenfremde Händen bestimmt wurden. Für den Printsektor hingegen war die Entwicklung der Inhalte hin zu *Tabloid-Formaten* sowohl in publizistischer als auch in ökonomischer Sicht entscheidender. Die Kreation von USA Today war das vorläufige Ergebnis solcher inhaltlicher Veränderungen beim Gannett-Konzern. Dass Massenblatt war neben der boulevardesken Aufbereitung vor allem ein Werbeträger für die messerscharfe Farbdrucktechnik, mit denen die lukrativen industriellen Großaufträge akquiriert werden konnten. Die neu ins Leben gerufene Zeitung war damit von Beginn weg ein vor allem auf Reichweite bedachtes Werbemedium. Die Einführung des Genres ging aber selbst an der altehrwürdigen New York Times nicht vorbei. Zwar veränderte man den publizistischen Grundauftrag nicht, durch die Einführung von *Tabloid-Formaten* wurden aber auch bei der Times finanzkräftige Quellen erschlossen (Stichwort „Homesection“).

Im Gegensatz zu den besprochenen audiovisuellen Medien konnte für die beiden behandelten Printkonzerne keine entscheidende Eigentumsverschiebung eruiert werden. Vor allem

---

<sup>306</sup> Feldges Benedikt: *American Icons...*, S. 61.

der Gannett-Konzern ist – aus betriebswirtschaftlich nachvollziehbaren Gründen – mit einer Vielzahl weiterer branchenfremden Konzernen verschränkt und bedient damit nicht nur mit USA Today, sondern auch mit eigenen, armeenahen Publikationen eine konservative Leserschaft. Die oben genannten medienübergreifenden Verstreungen der New York Times, die unter Rosenthal gefördert wurden, werden in den folgenden Kapiteln anhand der verwendeten Konzepte aufgezeigt. Die gesonderte Behandlung im folgenden Kapitel ist notwendig, weil das Vorgehen erstens für eine Vielzahl von Medien gilt und es sich zweitens auf einer *individuellen* Ebene bewegt, die sich weder aus der hier referierten publizistischen noch der ökonomischen Logik ableiten liesse.

Das vorliegende Kapitel hat zuletzt verdeutlicht, dass nicht einzig betriebswirtschaftliche, machtpolitische und publizistische Neuerungs- und Anpassungsprozesse die Medienlandschaft in den USA geprägt haben, sondern gleichzeitig auch das zunehmende Verständnis um die Rezipientenaufmerksamkeit als knappes Gut. Im Kampf um die Aufmerksamkeit der Medienkonsumenten konnte dargelegt werden, dass ein jeder Medienproduzent die Informationskosten für den trägen Konsumenten lohnend ausgestalten muss, will er dessen Aufmerksamkeitspotential für sich gewinnen. Dies ist vor allem durch die Produktion nur schwerlich oder am besten nichtsubstituierbarer Informationspositionen und der gleichzeitigen Ausprägung eines Ereignisses unter der Prämisse der „Watchdog-Funktion“ möglich, die dem Leser nebst den exklusiven Inhalten stets die Glaubwürdigkeit und Authentizität der medieneigenen Position bestätigen.

Gerade im Hinblick auf die Berichterstattung zur Golfkrise standen aber nicht nur die US-Regierung und die grossen Medienunternehmen unter Druck, stimmige narrative und symbolische Inhalte zu generieren, sondern ebenso verschiedene Interessensgruppen, wollten sie überhaupt meinungsbildendes Gewicht in den Medien erhalten. Die intendierte Einflussnahme dieser Organisationen auf Medieninhalte erfolgte entweder über *professionalisierte* Interessensgruppen, die ihre Anliegen *wissenschaftlich* zu untermauern vermochten, den Weg in die Massenmedien über einen systematisch strukturierten Publikationsapparat suchten, der Rücksicht auf die Publikationserfordernisse in den Massenmedien zu nehmen wusste (Stichwort Nachrichtenfaktoren) oder über eine Grauzone von Beziehungen zwischen den Bereichen von Medien, Politik und Wirtschaft erfolgte.

## 5 Einflussbegehren organisierter Eliten

Organisierte Eliten arbeiten innerhalb gut organisierter Netzwerke und in über Jahre etablierten Strukturen. Mit über 200'000 unterschiedlichen Verbänden<sup>307</sup> wird die politische Führung der USA nicht einfach mit einigen grossen Verbänden wie etwa in Deutschland oder Frankreich konfrontiert, sondern mit vielen kleinen, dezentral strukturierten Organisationen. Auch hierin findet sich das für die USA typische Phänomen der lokalen Verankerung wieder. Herausragend ist allerdings die Paarung von hoher Effizienz und dem hohen Grad an Professionalität über alle organisierten Eliten hinweg.<sup>308</sup> Die folgenden Ausführungen beabsichtigt keine Klassifizierung solcher Eliten, sondern behandelt nach einer allgemein gehaltenen Einführung Phänomene, deren Existenz bislang kaum beachtet wurde (Rolle, Systematik und veränderte Zusammensetzung von *think-tanks*, *Corporate-Interlocks* sowie *Revolving-door Syndrome*).

### 5.1 Die Bedeutung der Lobbyisten

Lobbyisten geht es ganz allgemein gesprochen aufgrund der klaren Trennung von gesetzgebender und ausführender Gewalt zumeist darum, an den richtigen Orten gehört zu werden. Klassischerweise wenden sie sich in erster Linie an die entsprechenden Ämter und Behörden und nicht an den Kongress. Erst die Überzeugungsarbeit der breiten Öffentlichkeit findet dann über die Massenmedien statt. Ämter und Behörden gehen als Fachstelle auf den Kongress zu. So können Entscheidungen bereits im Vorfeld durch die Anhörung sämtlicher Argumente abgewogen und mitgeprägt werden. Da die Lobbyisten von aussen arbeiten, ist Geld ein stets gewichtiges Instrument: die seit den 1970er Jahren existierenden „*Political Action Committees*“ haben sich laut offiziellen Statistiken bis Mitte der 1990er Jahre mit Spendengeldern in der Höhe von über 310 Millionen Dollar in die Wahlkämpfe eingemischt.<sup>309</sup> Nebst den Wahlkampfspenden gewinnt „soft money“ an Bedeutung.<sup>310</sup> Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes des Jahres 2000 wurden so 580 Mio. Dollar eingenommen.<sup>311</sup>

Die dabei von Unternehmen ausgesprochenen Beträge werden direkt der Firmenbuchhaltung belastet und dürfen im Gegensatz zur Wahlkampfspende in unbegrenzter Höhe zugeführt werden. Gemäss den Angaben des Census Office aus dem Jahr 2006<sup>312</sup> stiegen die Spenden in

---

<sup>307</sup> Sebaldt, Martin: Transformation der Verbändedemokratie. Die Modernisierung des Systems organisierter Interessen in den USA. Wiesbaden 2001, S.14.

<sup>308</sup> Vgl. hierzu: Williams Andy: US Government & Politics, Oxford, 1998, zweite Auflage, S. 163-180.

<sup>309</sup> <http://www.census.gov/compendia/statab/tables/06s0410.xls>

<sup>310</sup> vgl. hierzu grundlegend Filzmaier Peter, Plasser Fritz: Wahlkampf um das Weisse Haus. Presidential Elections in den USA, Opladen 2001, S. 120-123.

<sup>311</sup> <http://www.census.gov/compendia/statab/tables/06s0410.xls>

<sup>312</sup> <http://www.census.gov/compendia/statab/tables/06s0410.xls>



der Wahlkampfperiode 2004 bereits auf über 840 Mio. Dollar an. Andere, investigative Organisationen, gehen für die Periode von 1998-2007 von einem Anstieg der „Spendevolumen“ von 1.44 Mrd. Dollar auf 2.79 Mrd. Dollar aus, wobei die „US Chamber of Commerce“ mit 370 Mio. Dollar, die „American Medical Assan.“ mit 180 Mio. Dollar sowie „General Electric“ mit 163 Mio. Dollar die Spitzenpositionen einnehmen.<sup>313</sup> Sowohl die Aufteilung nach Sektoren als auch nach Industrien zeigt, dass die Medienkonglomerate lediglich in den hinteren Spendenrängen zu finden sind. Für die Jahre 1998-2008 wurde für den zusammengefassten Bereich TV/Movies/Music ein Spendevolumen von 546 Mio. Dollar aufgebracht, was den abgeschlagenen 14. Platz bedeutete. Zuoberst logiert die Pharmaindustrie mit einem Betrag von rund 1.5 Mrd. Dollar, die Versicherungsindustrie mit 1,1 Mrd. Dollar. „Security & Investment“ sowie „Defense Aerospace“ belegen nach dieser Auswertung die Plätze 13 (564 Mio. Dollar) und 20 (414 Mio. Dollar).<sup>314</sup> Für die politischen Parteien bedeutet dies insgesamt eine riesige Einnahmequelle mit stets zunehmendem Volumen. Lobbyismus verspricht somit ein lukratives Geschäft für beide Seiten zu sein.

Bei den Lobbyisten herrschen klare Strukturen. In der Regel verfügen wichtige Verbände und Unternehmen über Berufslobbyisten in Washington. Bei Grossunternehmen bekleiden solche Personen nicht unüblicher Weise ein höheres Amt im Verwaltungsrat, dem „Senior Board Management“, oder ihnen wird das Amt des Vizepräsidenten für öffentliche Angelegenheit zugesprochen. Andere Verbände und Unternehmen beauftragen Rechtsanwaltskanzleien vor allem dann, wenn es um knifflige Fragen geht. Zu den grösseren Kanzleien der Gegenwart zählen etwa „Cassidy and Associates“, die unter anderem Taiwan und mehrere Universitäten wie die Bosten University oder die Northwestern University vertreten. Weitere Kanzleien sind „Verner“, „Lüpfert“ und „McPherson and Hand“, zu deren Kunden Lockheed oder die Citigroup zählen.<sup>315</sup> Diese Rechtsanwaltskanzleien beschäftigen ehemalige Verbandsvertreter, Kongressmitarbeiter oder frühere Parlamentarier nach der gesetzlichen Lobbyistensperre von einem Jahr. Der Einfluss der Lobbyisten gewinnt nicht nur durch die Entwicklung der inländischen Netzwerke kontinuierlich an Bedeutung, sondern auch wegen deren Einfluss in ausländischen Unternehmen, die sich deren Dienste erkaufen, um in den USA Fuss zu fassen oder nicht an Marktanteilen zu verlieren.

Das einzige Kontrollinstrument ist dabei das Lobby-Gesetz von 1946. Es ist aber leicht zu umgehen, weil nur meldepflichtig wird, wer Lobbying als Haupttätigkeit ausweist. Lösche

---

<sup>313</sup> <http://www.opensecrets.org/lobbyists/>

<sup>314</sup> <http://www.opensecrets.org/lobby/top.php?indexType=i>

<sup>315</sup> Lösche Peter: Verbände, Gewerkschaften und das System der Arbeitsbeziehungen, in: Lösche Peter, von Loeffelholz Hans Dietrich: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt/New York 2002, S. 375.

identifiziert aufgrund der schwachen gesetzlichen Kontrollorgane denn auch das Genre der investigativen Reportagen als effektivstes Kontrollorgan.<sup>316</sup> Hier überlässt man marktwirtschaftlichen Anreizen wie Sensation und Auflagen/Quotensteigerung eine gewichtige Kontrollfunktion.

Öffentlichkeitswirksamer Lobbyismus erfordert aber gerade im Dreieck von Militär, Politik und Medien den Einsatz von spezialisierten Dienstleistungserbringern, um der jeweiligen politischen Intention den notwendigen fachlichen Boden zu geben und um die Aufmerksamkeit von politischen Entscheidungsträgern und Massenmedien zu erwecken: die Rede ist von *think-tanks*, denen, medial gesprochen, aufgrund ihres hohen Spezialisierungsgrads oft eine „Expertenfunktion“ zugeteilt wird.

## 5.2 Think tanks

Intermediäre Institute wie *think-tanks* spielen bei den Entscheidungen der amerikanischen *Aussenpolitik* in der Regel eine wichtige aber für die Öffentlichkeit zumeist verdeckte Rolle.<sup>317</sup> Sie versuchen, als Institutionen der politischen Forschung, Analyse und Beratung Ideen zu formulieren und die Politik zu lenken. *Think-tanks* obliegt mit anderen Worten in erster Linie ein „*Priming*“-Auftrag in den für sie zentralen Themen.<sup>318</sup> Betrug die Anzahl der *think-tanks* vor 1969 noch weniger als 70 Stück, explodierte deren Anzahl nach 1975 bis 1999 förmlich auf weit über 300.<sup>319</sup> Abelson nennt sogar eine Zahl von über 3000.<sup>320</sup> Die stark angewachsene Anzahl solcher Institute hat zu einer eigentlichen politischen Beratungskultur geführt, die allerdings unterschiedliche Ziele anvisieren. McGann veröffentlichte jüngst in *Foreign Policy* einen globalen *think-tank* Index, der die Institute je nach funktionalen Ausrichtung in fünf Kategorien unterteilt: 1. The Policymakers (Polit-think-tanks), 2. The Partisans (programmatische Organisationen), 3. The Phantoms (regierungsgebundene Organisationen), 4. The Scholars (wissenschaftliche think-tanks) und 5. The Activists.<sup>321</sup> Eine Auflistung der wichtigsten *think-tanks* findet sich im Appendix.

Die einflussreichsten der unscheinbaren Denkfabriken sind die zentristische *RAND*,<sup>322</sup> das neokonservative *American Enterprise Institute*,<sup>323</sup> die zentristische *Brookings Instituti-*

---

<sup>316</sup> Lösche Peter: Verbände, Gewerkschaften und das System der Arbeitsbeziehungen...S. 376f.

<sup>317</sup> Falke Andreas: Aussenpolitik als Interessensgruppenpolitik in: Jäger Wolfgang, Haas Christoph M., Welz Wolfgang: Regierungssystem der USA, Oldenbourg, dritte Auflage, 2007, S. 441.

<sup>318</sup> Rich Andrew: Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Experts, Cambridge 2005, S. 154.

<sup>319</sup> Rich Andrew: Think Tanks..., S. 223.

<sup>320</sup> <http://www.cato.org/pubs/journal/cj23n1/cj23n1-19.pdf>

<sup>321</sup> Vgl. James McGann, „The Think Tank Index“, in: *Foreign Policy*, January/February 2009.

<sup>322</sup> erster moderner Nachkriegs-think-tank nach dem II. Weltkrieg, zu deren Mitglieder nebst Terrorspezialist Bruce Hoffmann auch Donald Rumsfeld gehörten.

<sup>323</sup> neokonservativer think-tank, dem aussenpolitisches Gewicht bei Nixon, Reagan und George W. Bush nachgesagt werden, nach dem Rücktritt als Chef der Weltbank fand etwa auch Paul Wolfowitz ebenso Un-

on,<sup>324</sup> die neokonservative *Heritage Foundation*<sup>325</sup> das zentristische *Carnegie Endowment for International Peace*, das *U.S. Institute for Peace*, das *Nixon Center* oder auf eine bestimmte Region fokussierte Institute wie das *Institute for Near East Policy* oder das *Middle East Institute*.<sup>326</sup>

*Spezialisierte Institute mit klarem politischen Auftrag:* Die Institute spezialisieren sich auf bestimmte Research-Bereiche: während sich RAND vor allem mit Studien für die defensive Aussenpolitik einen Namen gemacht hat, vertritt der zweitgrösste *think-tank*, *Population Council*, Anliegen aus dem Gesundheitsbereich. Der Erfolg der klaren politideologischen Ausrichtung ist messbar. Die *Heritage Foundation*, das *Cato Institute*, das *American Enterprise Institute* wurden 1997 als die drei einflussreichsten *think-tanks* auf republikanische Kongressabgeordnete bestimmt. Alle drei Institute entstammen dem konservativen Flügel.<sup>327</sup> Donald Abelson bemerkt zur politischen Funktion von *think-tanks*:

„Think tanks are in the business of developing and promoting ideas, and like corporations in the private sector, they devote considerable resources to marketing their product“.<sup>328</sup>

Noch deutlicher hebt Rich die Rolle der konservativen *think-tanks* hervor:

“Since the founding of the Heritage Foundation in 1973, efforts to format and promote expertise to gain immediate visibility and influence have become a regular strategy of more and more think tanks”.<sup>329</sup>

Der im Jahr 2002 amtierende Präsident des *Council for Foreign Relations (CRF)*, Richard Haass, sah seine eigene Aufgabe noch konkreter als Generator neuer Denkwege- und

---

terschlupf wie Richard Perle oder CNN Berichterstatte Bill Schneider, Irving Kristol, Frederick Kagan oder Frauenrechtlerin und Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali. Vgl. hierzu:

[http://www.aei.org/scholars/filter.all/scholar\\_byname.asp](http://www.aei.org/scholars/filter.all/scholar_byname.asp)

<sup>324</sup> gilt als einer der ältesten und am besten vernetzten *think-tanks* der USA. Hat ein jährliches Budget von über 25 Millionen US- Dollar, eine Belegschaft von fast 200 Mitarbeitern, die als Experten sämtliche Tätigkeitsbereiche der Regierung abdecken und oftmals auf CNN, S-SPAN oder auf BBC als Experten in Erscheinung treten. Das Brookings in Washington wurde 1916 von Robert Brookings gegründet. Später wurden zwei Organisationen hinzugefügt: „The Institute for Economics“ sowie „the Graduate School of Economics and Government“.

Robert Brookings gründete diese Organisationen, weil er einsah, dass das „Business“ von zu Beginn des 20. Jh. noch jungen Disziplinen der „economic research“ sowie des „organizational management“ profitieren konnte. 1927 wurden die damals drei Einheiten in das heutige „Brookings Institution“ zusammengeführt, das den Fokus auf innenpolitische soziale und ökonomische Politik legt. Internationale Studien wurden erst nach dem II. Weltkrieg abgefasst. Brookings organisiert sich dreiteilig: Foreign Policy Studies, Economic Studies und Governance Studies. Darin eingebunden sind mehrerer Research Zentren, die ihren Fokus auf die Gebiete des Nahen Ostens oder auf edukatorisch-politische Themen legen.

<sup>325</sup> wurde 1973 von einer Gruppe Kongressabgeordneter und Publizisten um Paul Weyrich und Edgar Feulner ins Leben gerufen. Die Gründer der Heritage sahen sich als Repräsentanten des „echten“ Konservatismus, der die „Antwort“ auf die angeblich „verweichlichte“ Politik des „American Enterprise Institute“ sein sollte. Während der Reagan-Ära war Heritage der wichtigste rechtspolitische *think-tank* und spielte bei der Vorbereitung von Ronald Reagans Amtsantritt als Präsident der USA eine Schlüsselrolle. Vergleiche <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/neocons.html>

<sup>326</sup> eine Übersicht der grössten amerikanischen Institute findet sich unter:

<http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73site.htm>

<sup>327</sup> Rich Andrew: *Think Tanks...*, S. 230-231.

<sup>328</sup> <http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73abelson.htm>

<sup>329</sup> Rich Andrew: *Think Tanks...*, S. 206.

Muster, Ersteller von Expertisen, Schaffer einer Plattform für geteilte Meinungen, die Bereitstellung von Mediation zwischen den politischen Fronten sowie der Ausbildung (!) der US-Bürger im Zuge globaler Problemkonstellationen, kurz: als kompetenter Zulieferer meinungsbildender inhaltlicher Bausteine in wesentlichen machtpolitischen Fragen seiner Kunden.<sup>330</sup> Die Arbeitstechnik der *think-tanks* verlaufen dabei stets nach denselben Mustern:

*Adressaten:* Die politischen Botschaften richten sich nicht nur an politische Eliten, sondern ebenso an alle US-Amerikaner. Politische Entscheidungsträger werden aus dem Verständnis des 2002 amtierenden Präsidenten des Brooking Instituts, Strobe Talbott,

„...often influenced by public opinion, and public opinion is often influenced by coverage in the news media. Additionally, much of what policy-makers, their advisers, and the public know about policy issues they learn through the news media. Therefore, it's not surprising that many scholars at Brookings and other think tanks devote a good deal of effort.”

*Kommunikationswege und messbarer politischer Einfluss:* Die Intellektuellen der *Brooking Institution* etwa kommunizieren Ihre Entscheidungen entweder direkt den policy-makers anlässlich von privaten Konsultationen und Treffen mit Kongressabgeordneten und Entscheidungsträger dieser Stäbe oder über Foren und Roundtables, die an die interessierte Allgemeinheit gerichtet sind. Bezüglich des politischen Einflusses verdeutlicht Rich:

„Far from operation in a vacuum, think tanks participate in the policy process alongside a range of sources of research that also include academics, private-sector consulting firms, interest groups, and government bureaus.“<sup>331</sup>

In die mediale Präsenz wurde deshalb stets investiert, sogar eigene Medienkanäle wurden geschaffen, um die Distribution der Informationen zu erleichtern und Journalisten bei spezifischen Themen „zu helfen“:

This takes the form of interviews on television and radio and in print, opinion articles for the op-ed pages of newspapers, press briefings, public speeches, and articles for scholarly journals. More than a year ago, Brookings built its own TV and radio studio to facilitate media interviews. Brookings and other think tanks also publish "media guides" to help reporters locate and interview scholars with specific expertise on the policy issue a journalist is writing about.”<sup>332</sup>

Dieser ausgeprägte Medieneffekt gilt auch für den Zeitraum der Golfkrise 1990/1991 im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs: Rich zeigte, dass *think-tanks* mit Ausrichtung auf den Nahen Osten über 28 Mal stärker im Kongress und den Zeitungen zitiert wurden als andere *think-tanks*. Zudem wurde konservativen Instituten mit Verbindungen zu den Republikanern über 18 Mal häufiger Beachtung geschenkt als den übrigen *think-tanks*. Rich verglich daneben die

---

<sup>330</sup> vgl. <http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73haass.htm>

<sup>331</sup> Rich Andrew: *Think Tanks...*, S. 106.

<sup>332</sup> vgl. <http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73talbott.htm>

Washington Post, das Wall Street Journal und die New York Times miteinander und stellte fest, dass die Washington Post *think-thanks* häufiger zitierte als die beiden anderen Zeitungen der Vergleichsgruppe, das Wall Street Journal allerdings empfänglicher für konservativ ausgerichtete *think-tanks* war.<sup>333</sup> Allerdings stellte Rich auch einen immanenten Einfluss von *think-tanks* auf die New York Times fest: Michael Weinstein, 1991 Mitglied des Editorial Boards der New York Times, publizierte zwischen Mai 1991 und Dezember 1992 ganze 26 Artikel im Zuge der „Health Care“-Debatte, die dezidiert auf das know-how der Jackson Hole Group und der ihr angegliederten Wissenschaftler zurückgriff.<sup>334</sup>

*Personelle Verflechtungen:* Siewert/Zettl halten fest, dass sämtliche *politischen Eliten* zwar einen weitgehenden Wertekonsens vertreten (Individualismus, Schutz des Eigentums, Chancengleichheit, ökonomischer Wettbewerb usw.), ihre Tätigkeit sich allerdings in den *verwendeten politischen Mittel* erheblich unterscheiden. Liberale wählen in diesem Prozess beispielsweise Demokraten und Konservative die Republikaner.<sup>335</sup> Interessant wird diese Umsetzung vor allem bei einer näheren Betrachtung der *personellen Beziehungsverflechtungen*: die Parteien werden durch politisch motivierte Lager wie etwa Kirchengruppen oder religiöse Gemeinschaften, *think-tanks* oder sonstige Interessensgruppen unterstützt. Die *personellen Verflechtungen* zwischen den Instituten bedeuten dabei einen mächtigen und umfassenden Filz zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Eine 1991 publizierte Studie verwies zwar auf den Einbezug nahezu aller Gesellschaftsbereichen,<sup>336</sup> mit 71% und 7% waren dabei Politiker und Akademiker, gemessen an ihrer Gesamtzahl innerhalb der „Branchen“, proportional stark übervertreten, während die Wirtschaftselite mit 9% stark untervertreten war.<sup>337</sup> Die Grenzen zwischen den Gruppierungen, vor allem aber deren *politischen Absichten* sind fließend, was anhand der beiden Beispiele RAND und dem Neokonservativen IRC deutlich wird:

*RAND:* Lediglich zwei *think-tanks* galten bei einer 1997 durchgeführten Umfrage der Kongressabgeordneten als „*nonideological*“, das RAND-Institut hingegen wurde von nur 5% der Befragten als „*nonideological*“ eingestuft.<sup>338</sup>

Das verwundert angesichts der schillernden Mitglieder kaum: Samuel P. Huntington war nicht nur Autor des berühmten Buchs „*Clash of Civilisation*“, sondern, ebenso wie RAND-Mitarbeiter Bruce Hoffmann („Terrorismus, der unerklärte Krieg“) gefragter Terrorspezialist.

---

<sup>333</sup> Rich Andrew: Think Tanks..., S. 95.

<sup>334</sup> Rich Andrew: Think Tanks..., S. 162.

<sup>335</sup> Siewert Markus B./Zettl Christian: Politische Eliten..., S. 355.

<sup>336</sup> Siewert Markus B./Zettl Christian: Politische Eliten..., S. 354.

<sup>337</sup> Higley John et al.: Elite Integration in Stable Democracies, in: European Sociological Review, Vol. 7, 1 (1991), S. 41, zitiert in: Siewert Markus B./Zettl Christian: Politische Eliten..., S. 354.

<sup>338</sup> Rich Andrew: Think Tanks..., S. 86.

Beide vertreten in ihren Büchern eine eindeutige politische Linie. Ihr politisches und mediales Gewicht resultiert nicht zuletzt aus der Verbindung mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der ebenfalls Mitglied der RAND ist. Michael Rich, 2002 als Executive Vice President, RAND, unterstrich die strategische Bedeutung des Instituts für die amerikanische Aussenpolitik während und nach dem Kalten Krieg:

“RAND's pioneering work was so new that it required the translation of large amounts of fundamental Soviet writings and the creation or refinement of numerous analytical methods that became standard throughout the research community, including the interviewing of émigrés whose distrust of government officials made them otherwise inaccessible. Soon the Air Force, and then the Office of the Secretary of Defense, turned to RAND for research on China, Eastern Europe, Japan, Southeast Asia, the Middle East, Latin America, and Western Europe. Although smaller in scale than the analyses of the Soviet Union, these studies also provided the Air Force -- and through RAND's widely-disseminated published reports, the rest of the U.S. government and the public -- with an independent body of research on a broad range of topics. These included economic strength, military capabilities, insurgencies, hegemonic intentions, and leadership succession possibilities in many nations and regions around the world...RAND's federally funded research and development Centers have a special role in helping to meet the research and analysis needs of their DOD sponsors. The FFRDCs are: Project AIR FORCE; the Army's Arroyo Center; and the National Defense Research Institute (NDRI), which primarily serves the Office of the Secretary of Defense, the Joint Staff, and the defense agencies.”<sup>339</sup>

Das RAND-Institut verfügt mit mehr als 115 Mio. US-Dollar über das grösste Jahresbudget der Industrie – doppelt so gross wie der nächstgrössere *Population Council* (ca. 56 Mio.),<sup>340</sup> wobei das Budget von über 40% der 1999 untersuchten *think-tanks* weniger als 250'000 Dollar pro Jahr beträgt.<sup>341</sup> Jeder der grossen *think-tanks* veranstaltet für politische und wirtschaftliche Eliten regelmässige Symposien und verfügt dabei über einen ganzen Publikationsarm. Samuel P. Huntingtons „*Clash of Civilisations*“ wurde 1993 in einem Foreign Affairs Artikel abgedruckt und sorgte so in der Folge ebenso jahrelang für politischen und akademischen Zündstoff wie Francis Fukuyamas Annahme vom Ende der Geschichte.

*American Enterprise Institute:* Das „American Enterprise Institute“ wurde 1943 gegründet und bezeichnet sich unbescheiden selbst als

“...the single most influential think tank in America and the country's main bastion of neoconservatism”.<sup>342</sup>

Die wichtigste Tätigkeit des *think-tanks* ist nach Znet:

“Re-engineer the political economy to the liking of their corporate paymasters”.<sup>343</sup>

---

<sup>339</sup> <http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73rich.htm>

<sup>340</sup> Rich Andrew: *Think Tanks...*, S. 226.

<sup>341</sup> Rich Andrew: *Think Tanks...*, S. 224.

<sup>342</sup> <http://rightweb.irc-online.org/profile/1431>

<sup>343</sup> <http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=1&ItemID=2580>

Konkret bedeutet dies die Produktion von linientreuen Magazinen für die militärische und politische Front wie „The American“, eine Reihe von Veranstaltungen, Bücher (wie z.B. „The Black-White IQ Gap: Is It Closing? Will It Ever Go Away?“<sup>344</sup>), kurze Artikel und Pressemitteilungen für Zeitungen sowie die Ausarbeitungen politischer Reden für Auftraggeber aus Politik und Wirtschaft. Ein weiterer Partner ist das *Ashbrook Center for Public Affairs* der Ashland University. Auch hier finden sich zahlreiche Beiträge in Zeitschriften, Reden, Buchpublikationen und Forschungsprojekte, die sich politisch allesamt klar gegen links stemmen.<sup>345</sup> Zudem werden das nationale Sicherheitsbedürfnis und die Unabhängigkeit der Frau gerne betont. Während der eine Faktor eher kulturbewahrend ausgelegt ist, steht vor allem die Unabhängigkeit der Frau den islamischen Feindbildern entgegen. Wie solche Botschaften dann systematisch distribuiert werden, zeigt eine Zusammenstellung von Firmen, die den *think-tank True* unterstützen.<sup>346</sup>

*Neokonservatives International Relations Center (IRC)*: Eine neuartige Form von *think-tank* ging aus der gegen Ende 1991 von George H.W. Bush einberufenen Arbeitsgruppe hervor. Diese sollte aus den Erfahrungen des Kalten Kriegs und des Golfkriegs vorausschauend militärische Pläne entwickeln. Mitglied der Arbeitsgruppe waren unter anderem die neokonservativen Donald Rumsfeld, Richard Perle und Paul Wolfowitz, die allesamt Mitglieder des *IRC* sind. Bereits im Frühjahr 1992 präsentierte die Gruppe neue Richtlinien der Verteidigungspolitik in der New York Times (New York Times, 8. Mai). In diesen Plänen wurde ersichtlich, dass ein kollektives Vorgehen der USA mit ihren Bündnispartnern nicht mehr vorgesehen war und man notfalls auf eigene Faust handeln wollte. Bereits damals war von einem möglichen präventiven Krieg die Rede. Dieses Vorgehen fand aber während der Clinton-Ära keinen genügenden Nährboden,<sup>347</sup> den Aktivitäten des IRC taten solche Rückschläge aber kein Abbruch. Die guten Verbindungen ermöglichten den beiden Gründungsmitgliedern William Kristol und Robert Kagan, die Veröffentlichung des Artikels in der Juli/August Ausgabe des Magazins *Foreign Affairs* im selben Jahr. Die erarbeiteten Pläne wurden als günstige Gelegenheit für die USA angepriesen, eine wohlmeinende Hegemonie zu erstellen.<sup>348</sup>

Prominente Unterstützung in *personeller Hinsicht* erhält der Club aus den Reihen der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Nebst Krigol, der selbst an der Harvard University einen PhD in Political Science erlangt hat, gehört auch Francis Fukuyama zum inneren Kreis

<sup>344</sup> [http://www.aei.org/events/type.upcoming,eventID.1425,filter.all/event\\_detail.asp](http://www.aei.org/events/type.upcoming,eventID.1425,filter.all/event_detail.asp)

<sup>345</sup> im Netz immer aktuell „No Left Turns: The Ashbrook Center Blog“, zu finden unter: <http://noleftturns.ashbrook.org/>

<sup>346</sup> <http://www.pfaw.org/pfaw/general/default.aspx?oid=4456>,  
[http://www.mediatransparency.org/search\\_results/info\\_on\\_any\\_recipient.php?recipientID=19](http://www.mediatransparency.org/search_results/info_on_any_recipient.php?recipientID=19),  
<http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=1&ItemID=2580>, Stand 25. November 2006.

<sup>347</sup> Dean John: *Worse than Watergate*, New York, 2004, S. 97

<sup>348</sup> Dean John. *Worse than Watergate...*, S. 99

des IRC.<sup>349</sup> Der Fokus des IRC richtet sich vor allem auf die Bereiche Politik, Rüstungsindustrie/Militär, Wissenschaft und Medien. Die Forschungsergebnisse werden nicht nur über konservative Sender wie etwa die Fox-News verbreitet, sondern in Publikation mit einer einschlägigen politischen Färbung ausgeführt. Der Weekly Standard (Auflage ca. 80'000 pro Woche) ist dabei das linientreueste Blatt der neokonservativen Politik. Ein weiteres Blatt mit prominenter Unterstützung ist „The National Interest“, dem Henry Kissinger als ehrenamtlicher Vorsitzender vorsteht (Kissinger war zudem bis 1989 von ABC für seine Analysen bezahlt worden. Das Engagement endete mit seinem Wechsel in den Verwaltungsrat von CBS). Weitere Zeitschriften wie das politisch hoch angesehene Foreign Affairs Journal wurden zudem von neokonservativen Vertretern wie Irving Kristol begründet und wird heute vom *think-tank* Council on Foreign Relations präsiert.

Das IRC ist kein klassischer *think-tank*, sondern eine interessante Weiterentwicklung: Der Zusammenschluss muss als organisierter *Sammelpool von Interessensgruppen mit einer gemeinsamen politischen Botschaft* verstanden werden. Diese neue Form von Dachorganisation ist aber nicht minder stark mit Wirtschaft, Politik und Rüstungsindustrie religiösen Pulsadern verflochten. Der eher unscheinbar wirkende Mark Broxmeyer lenkt gegenwärtig die Bündelung der Club-Kräfte in eine gewichtige Richtung. Als Mitglied der Geschäftsleitung der „Federal Home Loan Bank“, als Mitglied des „Advisory Board“ der Bank HSBC sowie als Vorsitzender des „Jewish Institute for National Security“ band er im Jahr 2007 zwei wichtige Themen ein: Geld und die Beziehung zu Gruppen, die ihre eigenen Interessensziele im Nahen Osten verfolgen. Ein zweites Beispiel ist Peter B. Teets: unter George W. Bush war er sowohl Mitglied der Geschäftsleitung von Lockheed Martin als auch Unterstaatssekretär der Air Force und hatte so Zugang zur Industrie und Politik. Die Liste liesse sich beliebig verlängern, eine aussagekräftige Zusammenstellung findet sich im Internet.<sup>350</sup>

Die wirtschaftliche und politische Schlagkraft solcher scheinbar lockerer Bündnisse ist enorm: *Alliant Techsystems* hat beispielsweise Sicherheitsaufträge der Regierung im Wert von über 670 Mio. Dollar erhalten, während Lockheed Martin als grösster Vertragspartner der US-Regierung im Jahr 2002 Aufträge für die nationale Sicherheit im Wert von über 14 Mrd. Dollar erhielt (10% des damaligen Budgets für innere Sicherheit).<sup>351</sup> Beide Firmen sind durch personelle Verstreungen des IRC miteinander verbunden. Die *Bedeutung von Zusammenschlüssen im „Corporate“-Bereich* streicht die für Lobbying zuständige Firma Bergner, Bockorny, Castagnetti, Hawkins & Brain hervor, die mit dem ebenfalls am IRC angeschlossenen

---

<sup>349</sup> Fukuyama unterstützt allerdings während des Dritten Irakkriegs den „The National Interest“ nicht und drohte – gemeinsam mit Samuel Huntington – eine eigene Version erscheinen zu lassen.

<sup>350</sup> Eine Übersicht findet sich unter: <http://rightweb.irc-online.org/profile/#org>

<sup>351</sup> <http://www.dior.whs.mil/peidhome/proccstat/p01/fy2002/top100.htm>



Hudson Institute zusammenarbeitet.<sup>352</sup> Zwei wichtige Beziehungsgeflechte, die weit über die klassische Expertenfunktion von *think-tanks*, aber auch über das innovative Beispiel des IRC hinausgehen, verdeutlichen die Bedeutung von Netzwerkstrukturen zwischen Politik, Wirtschaft und Medienproduktion, die in den ausgeführten Fällen nicht nur locker geknüpft, sondern dann für die Öffentlichkeit auch weitgehend nicht mehr identifizierbar (weil unbekannt) sind: das Phänomen der „Corporate Interlocks“, sowie das der „Revolving-doors“.

### 5.3 Corporate Interlocks

Der Begriff „Corporate Interlocks“ bezeichnet nun etwas genauer das Kooperationsverhältnis zwischen Medien- und Nichtmedienunternehmen durch die wechselseitige Besetzung von Führungspositionen, wie sie bereits oben durch die Besetzung unterschiedlicher Lobbyistenposten ausgeführt wurden. Dabei sind besonders jene Fälle von hoher Brisanz, die den faktischen „Austausch“ zwischen Geheimdienststellen und Medienunternehmen vollzogen. Die Kontaktstellen zwischen CIA und Medienunternehmen wurde in der Vergangenheit gerne durch Personen besetzt, die

„...often shared the same educational background and the same ideal that both were serving the national-security interests of the United States“.<sup>353</sup>

So etwa der ehemalige CIA Direktor Richard Helms, der zuvor im Kader von UPI tätig gewesen war, William Casey, CIA Direktor unter Ronald Reagan und zuvor im Verwaltungsrat von CapCities (die für die ABC News zuständig waren). Nancy Snow identifizierte eine Reihe von prominente US-Journalisten wie Edward R. Murrow und Carls Rowan, die alle als Direktoren der U.S. Information Agency unter Kennedy tätig waren, weiter der NBC Nightly News Reporter John Chancellor, der Direktor der staatlichen Propagandasenders Voice of America unter Kennedys Nachfolger Johnson war oder Joseph H. Ream, ehemaliger Vizepräsident von CBS, der danach zur NSA ging und wieder zu CBS zurückkehrte.<sup>354</sup>

Frühere Mitglieder des Weissen Haus, die nach ihrer Zeit in der Politik in den Medienbereich gewechselt haben sind etwa John McLaughlin (PBS), Hendrik Hertzberg (The New Yorker, The New Republic), William Safire (seit 1973 bei der New York Times, Carters Pressesekretär Jody Powell wechselte in den PR-Bereich (Powell Tate). David Gergen, politischer Berater der Präsidenten Nixon, Ford, Reagan und Clinton, arbeitete u.a. für U.S. News & World Report, CNN, PBS und gemeinsam mit Chris Matthews auf MSNBC, Diane Sawyer wechselte Mitte der 1970er Jahre als Nachrichtensprecherin zu ABC, James Fallows zu The

---

<sup>352</sup> <http://www.opensecrets.org/lobbyists/firm.asp?ID=2396&year=2000>, für einen Gesamtüberblick siehe: <http://www.opensecrets.org/lobbyists/>. Vgl. aber auch: <http://www.bbchb.com/>

<sup>353</sup> Snow Nancy 2003: Information..., S. 40.

<sup>354</sup> Snow Nancy 2003: Information..., S. 41.

Atlantic, der ultrakonservative Pat Buchanan schreibt für The Nation, Rolling Stone, und ist politischer Kommentator bei MSNBC. Ein früherer Sprecher des Weissen Hauses, der ehemaligen Rednerschreibe Carters, Chris Matthews, wurde Abteilungsleiter beim San Francisco Examiner und später TV Kommentator bei MSNBC und der ehemalige Demokratische Politiker Mark Shields verliess seine Partei und wechselte zur Washington Post.<sup>355</sup> Diese Liste ist natürlich stark verkürzt. Auf [www.opensecrets.org](http://www.opensecrets.org) wurden bis Ende 2008 über 440 Namen alleine aus dem Weissen Haus zusammengetragen. Aus dem Department of Defense waren es immerhin noch 111, aus der Armee deren 83.<sup>356</sup> Diese Ausführungen verdeutlichen eine hochproblematische Zusammenziehung von Doppelmandaten auf Spitzenpositionen, die medienseitig oftmals wiederum die Rollen von „news executives“, „senior editors“ und „top producers“ bedeuten.

Solche Verflechtungen hatten sowohl während des Zweiten Golfkriegs (1991) als auch während des Dritten Golfkriegs (2003) Bestand, wie anhand des Verwaltungsrates des in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommenen Komitees „Committee for the Liberation of Iraq“ (CLI) leicht zu zeigen ist.<sup>357</sup> Die Organisation CLI

„...was formed to promote regional peace, political freedom and international security by replacing the Saddam Hussein regime with a democratic government...“<sup>358</sup>

Im *Verwaltungsrat* war im Jahr 2004 so etwa Randy Scheunemann zu finden, ein mit den Republikanern gut verbundener Ratgeber in militärischen und auslandspolitischen Fragen, der als „National Security Advisor“ in den 1990er Jahren für Senator Trent Lott und Bob Dole gearbeitet hat. Weiter der frühere Sprecher des Repräsentantenhauses (1995-1999), Newt Gingrich, Senator Bob Kerrey, Teamster Präsident James Hoffa Jr., die pensionierten Generäle Barry McCaffrey, Wayne Downing und Buster Glossen (aktiv im Zweiten Golfkrieg), Bruce P. Jackson, früherer Vizepräsident von Lockheed Martin, ein Direktor des „Project for a New American Century“ und politischer Berater von Frank Carlucci und Dick Cheney, der frühere CIA Direktor James Woolsey sowie der ehemalige Top-Pentagon-Ratgeber Richard Perle, der für die amerikanische Regierung bereits den Golfkrieg 1991 als Vizedirektor des „Committee for Peace and Security in den Gulf“ (CPSG) hinter den Kulissen regelte. Perle und Woolsey waren wiederum beide Kunden der PR-Firma Benador Associates, die bis zum Zeitpunkt des dritten Golfkriegs Angestellte wie etwa den früheren Kolumnisten Charles

---

<sup>355</sup> Wolfson Lewis W.: Through the Revolving Door. Blurring the Line between the Press and Government, Research Paper R-4, Juni 1991, Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics, and Public Policy, Harvard University, S. 12.

<sup>356</sup> <http://www.opensecrets.org/revolving/top.php?display=G>

<sup>357</sup> <http://rightweb.irc-online.org/org/cli.html>

<sup>358</sup> Laura Miller/John Stauber/Sheldon Rampton: War is sell in: Miller David: Tell me lies. Propaganda and Media Distortion in the Attack on Iraq London 2004, S. 49.

Krauthammer (Washington Post), den ehemaligen irakischen Nuklearwissenschaftler und Dissidenten Dr. Khidir Hamza oder den ehemaligen „Secretary of State“ Alexander Haig (unter Ronald Reagan) entwickelten.<sup>359</sup> Nebst einer engen Zusammenarbeit mit Condoleezza Rice arbeitet das CLI mit dem „Washington Institute for Near East Policy“, dem „Middle East Forum“, dem „Project for a New American Century“, dem „American Enterprise Institute“, dem „Hudson Institute“ und dem „Hoover Institute“ zusammen. Alle genannten Unternehmen sind zudem Teil des oben eingeführten ICR-Circles. Durch die machtvolle Zusammensetzung des CLI aus allen (Kriegs)relevanten PR-Bereichen gelang es der Organisation nicht nur, sich in den Medien als „unabhängige Organisation“ darzustellen, sondern eine beachtliche Medienpräsenz zu generieren, durch die den amerikanischen Bürgern die eigenen Anliegen immer wieder vorgetragen wurden (z.B. Fox News und MSNBC und der Washington Post<sup>360</sup>).

Gerade die Verwaltungsräte der grossen Medienunternehmen scheinen gerne mit ehemaligen Regierungsvertretern besetzt zu werden: In der 2003 überarbeiteten Edition des „Project Censored Guide to progressive media“ erörtert Peter Phillips die Besetzung der Verwaltungsratssitze der elf dominierenden Medienunternehmen.<sup>361</sup> Bis zum Zeitpunkt des dritten Golfkriegs konnten insgesamt 155 Verwaltungsräte mit einer namhaften Regierungsvergangenheit identifiziert werden.<sup>362</sup> Mögliche Friktionen zwischen Medien, Wirtschaft und Politik ergeben sich nicht zuletzt auch da, wo Verwaltungsräte, Eigentümer/Angehörige und Ausführende „Executives“ einer Familie angehören oder in Personalunion auftreten, gleichzeitig aber ein Beziehungsnetzwerk zu Exponenten der Politik unterhalten. Exemplarisch sei auf Rupert Murdocks News Corporation,<sup>363</sup> die Disney Company<sup>364</sup> oder Viacom verwiesen.

## 5.4 Das Revolving-door Syndrome

Spricht man von *Verflechtungsstrategien der Medienlandschaft*, so meint der Begriff der „Verflechtung“ eigentlich, dass Konzerne in branchenfremden Märkten tätig sind und ihrerseits durch branchenfremde Unternehmen (Banken, Versicherungen, Investorengruppen oder anderen Industriezweigen) (teil)finanziert werden. Hieraus entstehen aber auch interessegeleitete Interdependenzen zwischen den verflochtenen Unternehmen. Lobbieren stellt eine geldintensive Möglichkeit dar. Auf der Unternehmensstufe effizienter ist die Benutzung

---

<sup>359</sup> Laura Miller/John Stauber/Sheldon Rampton 2004: War..., S. 49f.

<sup>360</sup> Laura Miller/John Stauber/Sheldon Rampton 2004: War..., S. 47f.

<sup>361</sup> Eine vollständige Liste der Beteiligungen ein Eigentumsverhältnisse findet sich unter:  
<http://www.cjr.org/tools/owners/> Die Besetzung der Verwaltungsräte wird nirgends aufgeführt!

<sup>362</sup> [http://www.projectcensored.org/resources/p\\_complete.html](http://www.projectcensored.org/resources/p_complete.html) Eine Übersichtstabelle der aktuellen Verwaltungsräte aller relevanten US-Medienkonzerne (mit bislang regelmässigen up-dates) findet sich zudem im Internet unter: <http://www.fair.org/media-woes/interlocking-directorates.html>

<sup>363</sup> Lachlan Murdoch ist Deputy Chief Operation Officer der News Corporation  
<http://www.newscorp.com/management/board.html>

<sup>364</sup> <http://www.fair.org/media-outlets/disney-abc.html#board>

des „*Revolving-door syndrome*“. Dabei handelt es sich um die *Doppelfunktion* von Personen etwa als Journalisten in amerikanischen Massenmedien und als Beamte der „National Security Communities“. Diese Doppelfunktion ist keine Erfindung der 1980er Jahre, sondern hat Tradition. Der Reporter Carl Bernstein konnte durch die Sichtung von CIA Dokumenten zwischen 1945 und 1970 über 400 Journalisten als „Doppelagenten“ identifizieren, Journalisten also, die eigentliche Regierungsmitarbeiter waren.<sup>365</sup> Einer der Hauptvorteile lag darin, dass diese Journalisten im Ausland oft in Gebiete gelangten, die offiziellen Vertreter der USA unzugänglich waren. Bernstein fand zudem heraus, dass diejenigen Journalisten, die sich am kooperativsten mit der Regierung verhielten, am schnellsten die Karriereleiter emporschossen, weil sie durch ihre kooperative Haltung den besten Zugang zu den exklusivsten „News“ erhielten.<sup>366</sup> Kooperiert haben dabei nicht nur die Networks, sondern auch renommierte Blätter wie das Time-Magazin (Henry Luce), die New York Times (Hays/Sulzberger) oder der Copley News Service (James Copley),<sup>367</sup> und die in der breiten Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommene Organisation der „*Federal Communications Commission*“ (FCC).

Solche Verstreбungen sind deshalb nicht, wie oben aufgeföhrt, einzig von Gedanken an die Besetzung von Eigentumsstrukturen oder Märkten beseelt, sondern gehen einen entscheidenden Schritt weiter. Eine solche Strategie macht Sinn, wenn vor allem die Schlüsselstellen in Wirtschaft, Politik, Forschung etc. bedient werden sollen. Die Beeinflussung musste also über Knotenpunkte erfolgen, die zugleich Einfluss auf die wenigen Entscheidungsträger (oder sie selbst) im Zeitungskonzern hatten.

### **FCC – Die Lizenz zur unsichtbaren Manipulierung**

*Der Fall Turner Broadcasting System Inc.:* 1992 klagte die Turner Broadcasting System Inc., einer der damals grössten US-Kabelnetzbetreiber und Eigentümer von CNN, gegen die wieder eingeföhrtete Einspeiseverpflichtung des „*Cable Television Consumer Protection and Competition Act*“ aus dem Jahr 1992. Der Supreme Court bestätigte erst 1997 die Verfassungswidrigkeit dieser von der ersten Bush-Regierung erlassenen Regelung, die nun nach Ansicht der Richter gegen das „First Amendement“ verstieess.<sup>368</sup> Die Einspeiseverpflichtung von 1992 war allerdings nicht die erste: die staatlich auferlegten Einspeiseverpflichtungen standen seit den 1960er Jahren im Zentrum der Bemöhungen des FCC. Mit dem Argument, die lokalen Fernsehsender vor Wettbewerbsnachteilen durch das aufkommende Kabelfernse-

---

<sup>365</sup> Bernstein Carl: „The CIA and the Media,“ Rolling Stone, October 20, 1977, S. 55-77, zitiert in: Snow Nancy: Information..., S. 40.

<sup>366</sup> Snow Nancy 2003: Information..., S. 40.

<sup>367</sup> Snow Nancy 2003: Information..., S. 40.

<sup>368</sup> Tabbara Tarik: Kommunikations- und Medienfreiheit in den USA. Zwischen demokratischen Aspirationen und kommerzieller Mobilisierung, Baden-Baden 2003, S. 263.

hen zu schützen, bedurften die Kabelnetzbetreiber einer Lizenz der Kommunen, in denen sie ihre Kabelnetze verlegen wollten. Sender, die ihr Programm ausschliesslich über das Kabel vertreiben, benötigen bis heute keine Lizenz des FCC. Der FCC erliess allerdings Einspeiseverpflichtungen für terrestrisch geführte TV Network-Programme. Argumentativ wurde mit der Gefährdung des lokalen Bezugs und damit einer traditionellen Public Interest Regulierung argumentiert. Die Kabelbetreiber wurden Ende der 1970er Jahre zur Produktion von lokalen Programmen sowie zu einem regulierten Programmanteil von Sport- und Spielfilm verpflichtet. Solche Regulierungsversuche wurden durch mehrere Gerichtsurteile aber schnell wieder aufgehoben.<sup>369</sup> Der Regulierungsversuch von 1992 setzte das bisherige Machtspiel fort und erfolgte als Antwort auf die 1989 zurückgenommene Einspeisungsverpflichtung. Kabelbetreiber wurden 1992 zur grossflächigen Einspeisung lokaler und öffentlicher Kanäle verpflichtet, was dazu führen konnte, dass in kleineren Netzen fast alle verfügbaren Kabelplätze durch *zwangsweise* eingespeiste Programme belegt wurden.<sup>370</sup> Die Ermöglichung einer erneuten Einführung, die das gesendete Programm weitgehend vorgab, kann durch die Erläuterung zweier Faktoren besser verstanden werden:

Das FCC besteht aus fünf „Commissioners“, die durch den Präsidenten festgelegt werden.<sup>371</sup> Die Wiedereinführung der Einspeisungsverpflichtung entstand unter der Schirmherrschaft dreier 1989 einberufener Republikaner: P. Marshall, Andrew C. Barrett und Alfred C. Sikes, wobei Sikes das Amt des Chairmans besetzte. Wurde die Einspeiseverpflichtung 1989 noch gerichtlich untersagt, war deren Wiedereinführung erst unter Justizminister William Barr (1991-1993), aktives Mitglied des ICE, ehemaliger Analyst der CIA und Mitglied des *think-tanks* Heritage Foundation<sup>372</sup> möglich, denn diese stand im Interesse des starken republikanischen Einflusses (Eigentumsverhältnisse) auf die Networks. Die Entscheidung des FCCs erfolgte also in Abhängigkeit der politischen Besetzung der Commissioners.

*Der Fall Powell:* Unter George W. Bush avancierte General Colin Powells Sohn zum Leiter der Federal Communications Commission (FCC), nachdem er die Verschmelzung von AOL und Time Warner befürwortet hatte und damit wiederum den seinem Vater gehörenden Aktien einen Dienst erwies. Colin Powell selbst pflegte zu diesem Zeitpunkt Geschäftsverbindungen zu America Online, Time Warner, Gulfstream Aerospace sowie General Dynamics. Der Zusammenschluss von AOL, Time-Warner und CNN zu einem Konzern bedeutete für die Regierung in erster Linie eine riesige Chance zur Kontrolle der Informationspolitik des neuen Konzerns, da sich Warner und CNN in der Vergangenheit stets äusserst regierungsko-

---

<sup>369</sup> Tabbara Tarik: Kommunikations- und Medienfreiheit in den USA..., S. 260.

<sup>370</sup> Tabbara Tarik: Kommunikations- und Medienfreiheit in den USA..., S. 261.

<sup>371</sup> <http://www.fcc.gov/commissioners/>

<sup>372</sup> <http://rightweb.irc-online.org/profile/1019.html>

operativ gezeigt hatten. Die Medienkonzerne ihrerseits versprachen sich durch intensives Lobbieren einen FCC-Entscheid zu ihren Gunsten.

Eine Studie des „Center for Responsive Politics“ deckte auf, dass Medienkonzerne zwischen 1999 und 2002 mehr als 82 Mio. Dollar für „federal lobbying efforts“<sup>373</sup> ausgaben und weitere 26 Mio. Dollar an politische Organisationen flossen.<sup>374</sup> Zu den Grossspendern gehörten AOL Time Warner mit 15.7 Mio. Dollar Lobbygelder und 6.2 Mio. Dollar an politische Organisationen sowie der Disney Konzern mit 16 Mio. Dollar Lobbygeldern und einem Beitrag von 2.8 Mio. Dollar an politische Organisationen.<sup>375</sup> Dem FCC wurde zwischen 1996 und 2004 zudem über 2'500 Reisen im Wert von mehr als 2.8 Mio. Dollar durch Medienunternehmen finanziert.<sup>376</sup> Diese Entwicklung ist problematisch, denn der FCC ist für die Vergabe der Medienlizenzen als eigentlich von der Regierung unabhängiges Organ gedacht. Die Sendelizenzen werden alle 5 Jahren durch den FCC neu ausgesprochen.<sup>377</sup> Einem Sender könnte somit jederzeit die Sendelizenz nicht erneuert werden, weswegen die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des FCCs enorm wichtig ist. Auch wenn Michael Powell stets bemüht war, mögliche Verflechtungen oder Beeinflussungen durch Geldgeber oder die Bush-Administration zu verneinen, der positive Entscheid zugunsten der Fortsetzung der Medienkonzentrationsstrategie lässt Zweifler nicht verstummen, zumal die Entscheidungen des FCC aus informationspolitischer Kontrollsicht für die Regierung nur von Vorteil sein konnte. Zu den neuen Medienkonglomeraten gehörten nicht nur medienfremde Unternehmen wie die Citigroup oder American Express, sondern Medienvertriebskanäle wie Homestore, Sony, Bertelsmann, Polygram oder amazon.com, CNN die Warner Brothers Studios oder Popular Science.<sup>378</sup> Die „National Association of Broadcasters“, welche die Radio- und Fernsehstationen vertritt, lobbiierte zudem erfolgreich für die Aufrechterhaltung jener FCC-Regeln, die eine Beschränkung von Eigentümern eines Medienkonzerns vorsehen.<sup>379</sup> Folglich wurden also Medienunternehmen unter wenigen Financiers aufgeteilt, die sich gegenseitig Wettbewerbsvorteile verschaffen konnten und im gegenseitigen Interesse arbeiteten. Eigentümer der grossen Networks und Kabelanbieter sind, wie oben angeschnitten, Banken, Versicherungen, die Waffenindustrie etc., die durch die gegenseitige Besetzung von Verwaltungsratsmandaten bis ins Pentagon mit der Regierung und der Medienindustrie vernetzt sind.

---

<sup>373</sup> Williams Granville: Watchdogs..., S. 200.

<sup>374</sup> Williams Granville: Watchdogs..., S. 200.

<sup>375</sup> Williams Granville: Watchdogs..., S. 200.

<sup>376</sup> Williams Granville: Watchdogs..., S. 200.

<sup>377</sup> Bachem Christian: Fernsehen..., S. 62.

<sup>378</sup> Bagdikian Ben: The new Media Monopoly..., S. 31.

<sup>379</sup> Williams Granville: Watchdogs..., S. 201.

Die eigentliche Grundfunktion des FCC, unabhängig von Industrie und Regierung eine ausgewogene Verteilung der Lizenzen für Radio und Fernsehen nach den Kriterien des öffentlichen Interesses vorzunehmen, stellen die beiden Beispiele stark in Frage. Auch hier führten die Doppelmandate zu Entscheidungsgrundlagen, deren Wirkung durchaus die Funktion von „news executives“ entsprach. Bagdikians Feststellung, dass in Folge der finanziellen und politischen Interessensverschiebung auf der Ebene der Medien ein höherer Grad von Nachrichtenmanipulation wahrscheinlich sei,<sup>380</sup> hat sich, wie die obigen Beispiele zeigen, als wahr erwiesen.

## 5.5 Fazit: Schwierig zu identifizierende Meinungsmanipulation

Alle Lobbyisten versuchen die Ausbildung von Politischen Meinungsbildungsprozessen in der Regel nicht über die Massenmedien, sondern über Ämter und Behörden zu beeinflussen. Die Ausbildung aussenpolitischer Direktiven gestaltet sich komplexer: die politisch klar gefärbten *think-tanks* oder scheinbar formal lose Zusammenschlüsse wie das IRC erstellen wissenschaftliche Expertisen und Positionspapiere zu den für sie forschungsrelevanten Themen und suchen dann die Publizität gezielt über eigene oder ihnen als geeignet erscheinende Distributionskanäle. Hier setzen die opakeren Phänomene der *Corporate Interlocks*, *revolving door* und den damit verbundenen polit-ideologisch motivierte Grabenkämpfen (wie beim FCC gezeigt) an. Diese können bislang zwar durch investigativen Journalismus in Einzelfällen belegt und gesammelt werden, eine fassbare Funktionslogik wie etwa bei den *think-tanks* existiert aufgrund ihres fluiden Charakters in der Forschung aber nicht. Solche Verstreungen zwischen den Wirtschaftszweigen per se als Transportkanal für die Anliegen von Politik oder Wirtschaft zu proklamieren, wäre dennoch haltlos.

Zusammenfassend kann aber festgehalten werden: die obigen Ausführungen zeigen erstens, dass mit fallendem Organisationsgrad die Identifizierungsmöglichkeit von absichtsvollen Handlungen sinkt. Die festgehaltenen Facetten und Grautöne von organisierten Eliten als Produzenten einer massgeschneiderten Realität schärfen deshalb insofern das Bewusstsein für den nachfolgenden analytischen Raster, als dass weder „Experten“ von *think-tanks* oder daraus abgeleiteter Organisationsformen wie das IRC, *Corporate Interlocks* noch die Vertreter des *Revolving-door-Syndroms* unabhängige Meinungsbildner sind. Sie alle verfolgen einen öffentlichen Meinungsbildungsprozess gemäss den eigenen Interessen. Äusserst schwierig gestaltet sich die Identifikation bei Journalisten, die entweder eine Doppelfunktion einnehmen oder die nach ihrer politischen Tätigkeit in den Journalismus wechseln. Es stellt sich dann nicht nur die Frage, inwiefern der Journalist bewusst eine bestimmte Ausgestaltung der öf-

---

<sup>380</sup> vgl. Bagdikian Ben: *The Media Monopoly*..., S.15.

fentlichen Meinung verfolgt, sondern darüber hinaus auch ob, und falls ja, wie das Management eines solchen Medienkonzerns darin eingebunden ist. In diesen Fällen eine bewusste politische Meinungsbildung nachzuweisen, kann nur am konkreten Einzelfall - wie etwa am Beispiel des FCC – aufgezeigt werden und wäre dann eher als journalistisch-investigativer Ansatz, denn als medienhistorischer einzuordnen. Ein solcher Ansatz würde deshalb auch die originäre Idee des vorliegenden Buchs verfehlen, er darf aber durchaus als notwendige Aufforderung an die forschende Zunft verstanden werden, sowohl theoretisch als auch empirisch ein entsprechendes Gerüst zu konzipieren. Im nachfolgenden Teil werden wir diesem Phänomen noch mehrfach begegnen - und es mit der notwendigen empirischen Evidenz belegen.

Für das vorliegende Buch ist aber vor allem die Feststellung wichtig, dass jede der eingeführten Organisationsformen den Beizug von „Fakten“ im Mediendiskurs benötigt, der nicht nur glaubhaft das Potential an Widerspruch und Widerstand in der Bevölkerung, sondern auch in den Massenmedien zu zügeln weiss, kurz: für die Massenmedien bedeutet der situative Beizug von *think-tank*-Experten umgekehrt ein Qualitätsmerkmal der Berichterstattung und die Förderung des Exklusivitätscharakters der eigenen Geschichte. Massenmedien müssen dann ganz besonders, wollen sie selbst nicht dem Verdacht eines blossen Transportkanals intentional aufbereiteter Botschaften durch die genannten Organisationen und Verstreungen erliegen, in erster Linie immer wieder das von den Lesern in sie gesetzte Vertrauen als „*Watchdogs*“ erneuern, um die eigene Glaubwürdigkeit zu erhalten. Mit eben dieser Hürde hatten sämtliche Produzenten der Medienöffentlichkeit aufgrund der oben ausgeführten Veränderung von Medieninhalten in der zweiten Hälfte des Kalten Kriegs zu kämpfen.



## 6 Die Herstellung von Medienöffentlichkeit im Kalten Krieg

Zu Beginn des ersten Weltkriegs waren solche Erkenntnisse aber noch in weiter Ferne. Vielmehr überschatteten der Kalte Krieg jegliche massenmediale Logik – mit fatalen Folgen für die Kriegs- und Krisenberichterstattung: während des Ersten Weltkriegs war das *Committee on Public Information* (CPI) für die Zentralisierung des Informationsflusses zuständig. Das CPI finanzierte Hunderttausende Redner, Journalisten, Werbefachleute und Regierungsbeamte, die in Wort, Bild und Ton im Dienste der Regierung standen. Neben der Propaganda und Zensur wurde die öffentliche Meinung durch eine Reihe von Gesetzen zielgerichtet gesteuert. Für besonderes Aufsehen sorgte der "Espionage Act",<sup>381</sup> weil er nicht als Gesetz gegen Landesverräter ausgelegt wurde, sondern sich gegen jeden Kriegsgegner richtete. Dem Präsidenten war es aufgrund dieser Gesetzesgrundlage möglich, bereits im drohenden Kriegsfall sämtliche Kommunikation zu verbieten. Während des Zweiten Weltkriegs zeigte sich die fortwährende Professionalisierung des Informationsmanagements. Während das *Office of Censorship* (OC) am 16. Dezember 1941 unter der Leitung von Byron Price, einem langjährigen Kommunikationsprofi und ehemaligem Mitarbeiter der Associated Press, entstand, unterzeichnete Präsident Roosevelt am 16. Juni 1942 den Executive Order zur Gründung des *Office of War Information* (OWI).<sup>382</sup>

Bereits während des Ersten Weltkriegs führten Zensurmassnahmen in den USA zu heftigen Gegenreaktion, sodass während des Zweiten Weltkriegs eine „Leitfigur“ die Zensurbestimmungen durchsetzen musste, die in den Augen der Kritiker und Bevölkerung glaubwürdig war und deren Grundrechte wahrte. Die Gefahren einer dauerhaften Instrumentalisierung der Zensurbestimmungen verwässerte Price mit den Auflagen, alleine dem Präsidenten Rechenschaft zu schulden und sein Amt direkt dem Staatsoberhaupt zu unterstellen. Prices befürchtete allerdings schon damals, dass die USA aufgrund ihres demokratisch-idealistischen Selbstverständnisses einen neuen Weg der Pressepolitik einschlagen musste, der in der freiwilligen Selbstzensur endete, denn

„...das einzige freiwillige Zensursystem weltweit ist eine exklusive amerikanische Angelegenheit. Es ist ein Beispiel für eine funktionierende Demokratie. Gleichzeitig ist es ein Härtestest für die Fähigkeit freier Institutionen, sich selbstdiszipliniert zu kontrollieren und ihre Ressourcen ohne Regierungsverordnungen, Gesetze oder anderen Zwang in den gemeinsamen Dienst der nationalen Sicherheit zu stellen“.<sup>383</sup>

---

<sup>381</sup> Auf dem Netz z.B. zu finden unter: <http://www.firstworldwar.com/source/espionageact.htm>

<sup>382</sup> Eckert Astrid M.: Feindbilder im Wandel: Ein Vergleich des Deutschland- und des Japanbildes in den USA 1945 und 1946, Hamburg 1999, S. 34.

<sup>383</sup> Price Byron: "The American Way", in: Mott, Frank Luther: Journalism in Wartime, Westport (CT) 1943, S. 28ff., zit. in: Elter Andreas: Die Kriegsverkäufer...S. 66.

Das OC kontrollierte allerdings lediglich die Medienpublikationen und die privaten Publikationserzeugnisse. Das *Office of War Information* war für die offizielle Darstellung des Kriegs aus staatlicher Sicht verantwortlich. Während im ersten Weltkrieg "nur" ein Instrument zur Meinungslenkung zur Verfügung stand, waren es im Zweiten Weltkrieg also zwei. Dessen Leiter Elmer Davis fasste sämtliche staatlichen Stellen der Informationsweitergabe in einer zentralen Agentur zusammen, deren Vorsteher ebenfalls einzig dem Präsidenten verpflichtet waren. Juristische Zensur rundete analog zum Ersten Weltkrieg das Bouquet der regierungsgesteuerten Informationspolitik ab. Nach dem Ersten Weltkrieg sorgte vor allem der "Espionage Act" für eine hitzige Debatte um die Frage, ob sich eine solche propagandistische Regelung mit der Demokratiefähigkeit der USA vereinbaren liess. In Frage gestellt wurde in erster Linie die Verträglichkeit juristischer Zensurbestimmungen mit den amerikanischen Grundwerten, indem das CPI im Bereich der Auslandswerbung beispielsweise im autokratischen Stil Propaganda initiiert und dadurch den Grundsatz der Nichteinmischung deutlich verletzt habe. Die Kritik war aber vor allem ein Ausdruck von Angst vor den "Meinungswaffen des Kommunikationszeitalters", die von vielen selbsternannten Patrioten als hinterhältig, unmoralisch und damit in ihren Augen *unamerikanisch* beschrieben wurde.<sup>384</sup>

Propaganda oblag nach dem Zweiten Weltkrieg die Funktion als legitimes Mittel der Selbstdarstellung, als Methode der psychologischen Kriegsführung nach aussen und als Instrument der Konsenserschaffung nach innen. Zudem wäre es für alle Medienschaffenden ökonomisch fatal gewesen, sich dem Propagandaapparat zu widersetzen, denn spätestens nach Pearl Harbour entstand eine Pro-Kriegsstimmung in der Bevölkerung, die sich nicht mehr umkehren liess. Das Kriegseingagement der USA wurde von der gesamten Bevölkerung getragen, kritische Stimmen als unpatriotisch abgeurteilt.<sup>385</sup> Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand keine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Legitimität von Propaganda und Zensur statt, wie sie noch nach dem Ersten Weltkrieg zu finden war. Das OWI und das OC wurden lediglich wegen des Ausmasses an Propaganda kritisiert. Ein wichtiger Grund für die Zurückhaltung an Kritik war die sich zuspitzende Situation im Kalten Krieg.

Der Kalte Krieg war ein politisch-ideologischer Wettkampf, der übergreifend auf dem ökonomischen, technologisch-wissenschaftlichen sowie dem kulturell-sozialen Gebiet zwischen den führenden Mächten der USA und der damaligen Sowjetunion ausgetragen wurde. Durch die Ost-West-Konfrontation wurde sowohl das US-amerikanische als auch das sowjetische Weltraumprogramm stark vorangetrieben, um dem Gegner die eigene wissenschaftlich-technische Überlegenheit stets vor Augen zu halten. Die astronomischen Kosten

---

<sup>384</sup> Elter Andreas: Die Kriegsverkäufer...S. 57.

<sup>385</sup> Elter Andreas: Die Kriegsverkäufer...S. 87.

spielten nur eine untergeordnete Rolle. Die *Strategic Defense Initiative* (SDI), die der breiten Öffentlichkeit eher als „Star-Wars“ Programm bekannt war, war eine von US-Präsident Ronald Reagan am 23. März 1983 angeordnete Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen. Zu SDI gehörten eine Reihe umfangreicher Forschungsprojekte und Mittelfreigaben für den Einsatz der Waffen. SDI sah die Errichtung eines Gürtels moderner, teils boden-, teils satellitengestützter Waffen vor, die sowjetische Interkontinentalraketen abfangen sollten. Bis 1988 investierte die US-Regierung rund 29 Milliarden US-Dollar. Die Einstellung des Programms erfolgte allerdings nicht aufgrund der enormen Kosten, sondern weil die Resultate deutlich hinter dem Vorhaben zurückblieben. Der militärische Rüstungswettlauf forcierte andererseits aber auch viele heute kommerziell nutzbare Medientechnologien wie das Internet.

Die Bedeutung der Blockbildung zwischen Ost und West verschärfte sich vor allem in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkriegs, denn nun traten die unterschiedlichen Ziele und Interessen der Supermächte bei der Neuordnung der Welt hervor. Die unüberbrückbaren politischen Differenzen führten schliesslich zur Teilung Europas in zwei feindliche Machtblöcke mit zugehörigen Militärbündnissen: der NATO als militärischem Staatenpakt des Westens sowie dem Warschauer Paktes als Pendant des Ostblocks. Deren Ausdehnung entsprach weitgehend der militärischen Präsenz der US-Truppen und der Roten Armee 1945. In Südostasien schufen die USA mit der SEATO ein ähnliches Bündnis. Angeführt wurde der westliche Block durch die Supermacht USA, der östliche durch die Sowjetunion. Die beiden Supermächte vermieden zwar den offenen Krieg, phasenweise drohte der Kalte Krieg aber zu einem „heissen“ umzuschlagen: nachdem die USA Zeus- und Thor-Mittelstreckenraketen in der Türkei stationierten, verlegte die UdSSR ihrerseits Atomraketen auf Kuba, was zur Kubakrise führte. US-Präsident Kennedy verhängte schliesslich eine Seeblockade, womit russische Schiffe keinen Zugang mehr auf Kuba erhalten sollten. Die Situation stand kurz vor einer katastrophalen Eskalation. Erst in letzter Minute drehten die auf Kuba haltenden sowjetischen Schiffe ab, weil die US-Amerikaner in geheimen Verhandlungen buchstäblich in letzter Minute dem Abzug der von ihnen in der Türkei stationierten Raketen zustimmten.

Bedient wurden in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs vor allem zwei Prozesse: die ideologische Sättigung des kommunistischen Feindbilds sowie die daraus gewonnene bürokratische Legitimation, Regierungsinformationen zielgerichtet umsetzen zu dürfen.

Die US-Regierung vermochte anhand solcher Beispiele glaubhaft eine bipolare Weltkonstruktion zu vermitteln. Aus der Perspektive des Westens war eine Reduktion zwischen „us und them“ einfach nachzuvollziehen und auch die Unterscheidung zwischen „good“ und

„evil“ war einfach aufzuzeigen. Seit Beginn des Kalten Kriegs, vor allem aber nach dem Zweiten Weltkrieg, hatte die US-Regierung deshalb gute Argumente für die Aufrechterhaltung der Propaganda. Am Beispiel Nazi-Deutschlands wurde immer wieder in Erinnerung gerufen, welche Wirkung Propaganda entfalten konnte. 1948 wurde deshalb auch das Public Law 402 verabschiedet, dass den USA einen offensiveren Auslandsinformationsdienst ermöglichte. Erst 1953 erfolgte mit der Gründung der *United States Information Agency* (USIA) 1953 die konkrete bürokratische Antwort auf das Einflussbegehren der amerikanischen Regierung auf die öffentliche Meinung. Deren Arbeitsweise folgte in etwa derjenigen des OWI, denn das Konzept der USIA lag in der Ausgestaltung subtiler und auf den ersten Blick nicht als Propaganda wahrnehmbare Konzepte, wie sie etwa der Radiosender "Voice of America" darstellte. Eine direkte Form der Regierungspropaganda, wie sie die deutschen Nationalsozialisten vor dem Zweiten Weltkrieg oder danach die Sowjets betrieben, wurde ausgeschlossen. Vielmehr orientierte man sich am Leitspruch *Principles*, der die freiwillige Selbstzensur als einzig praktikable Methode in einem demokratisch aufgebauten Gesellschaftsmodell wie dem der USA deklarierte.

*Der Kalte Krieg in den Medien:* Über die Massenmedien wurden wohl die Nachrichten der Kriegsschauplätze in die westlichen und östlichen Wohnzimmer transportiert, die Themen des Kalten Kriegs aber fanden zuerst und vor allem in der Literatur und im Film statt, denn die Auseinandersetzung der Systeme bedeutete von Beginn weg auch ein Auseinandersetzung zwischen den beiden Kulturen. Bücher und Filme folgten den Konjunkturen Kalten Kriegs, gleichzeitig wurden bestimmte Themen, wie etwa Stücke von Bertolt Brecht in der Bundesrepublik Deutschland, verhindert. Ostblock-Produktionen wie der 1957 erstellte Film „Der Untertan“ waren nur stark gekürzt in den westlichen Kinos zu sehen. Für den Westen formte der durch CIA-Gelder finanzierte *Congress for Cultural Freedom* (CCF) die massgebenden Inhalte. Man verpflichtete bekannte Größen des Kulturlebens wie etwa George Orwell, Bertrand Russell oder Ignazio Silone, schickte Orchester rund um den Globus, organisierte grosse Kongresse, lancierte Zeitschriften wie „Encounter“ oder gründete hunderte von Stiftungen mit dem Zweck, weder die Auftraggeber noch die propagandistische Quelle deutlich werden zu lassen. Auf der Ostseite ging das *Komitet Gosudarstvennoi Besopasnosti* (KGB), das Komitee für Staatssicherheit also, in ähnlichen Zügen vor: in Frankreich erschien zwischen 1976 und 1979 etwa das kostenlose Blatt *Synthesis*, das dem linken Flügel der Gaullisten sowie weiteren sozialistischen Multiplikatoren in Frankreich zur Verfügung gestellt wurde. Kommerziell höchst erfolgreich wandte sich aber auch Hollywood an die breite westliche Öffentlichkeit. Alfred Hitchcocks Spionagethriller „Topaz“ (1968) spielte etwa vor dem Hintergrund der Kubakrise. Mit der Rambo-Trilogie wandte sich Hollywood in den 1980er Jahren

ebenfalls sehr erfolgreich gegen das ideologisch fehlgeleitete Regime des Ostens und deren grausamen Machenschaften und Folgen in Vietnam, um das US-amerikanische Vietnamtraum zu verarbeiten. Das Pendant aus dem Osten hiess „Major Schatochin“ und wurde ebenfalls im Zeitraum zwischen 1982 und 1987 produziert.<sup>386</sup>

## **6.1 Der amerikanische Vietnamkrieg (1964 – 1968): Dokumentation de-codiert Fiktion**

Der Kalte Krieg war kein territorial begrenzter Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion, sondern wurde unter dem Gesichtspunkt der Domino-Theorie oftmals stellvertretend in andere Weltregionen verlagert: während des Kalten Krieges gingen die westlichen Staaten und insbesondere die USA von einer aggressiven Expansionsstrategie der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Ideologie aus. Die amerikanische „Dominotheorie“ gründete auf der Kriegsanalyse in Südostasien von 1954 und den Erfahrungen in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. Befürchtet wurde eine Kettenreaktion. Fiel einmal ein Staat der dritten Welt, folgten weitere fragile Staaten, was den Kommunismus aus westlicher Perspektive schliesslich unkontrollierbar machen würde. Hieran schließt auch eine einführende Überlegung Le Shan's an, denn die gegenwärtige Situation wurde zuerst als qualitativ unterschiedlich von den bisherigen Krisensituationen bewertet: der mögliche Fall Asiens hatte nichts mit den Begehrlichkeiten des Zweiten Weltkriegs zu tun, sondern war eine Bedrohungslage an einem gesonderten Schauplatz. Die Verhinderung eines kommunistischen Siegs wäre ein Sieg der freien Welt, sollten die Kommunisten gewinnen, würde sich die freie Welt in einen fürchterlichen Umbruchprozess begeben. Deshalb galt es dieses eine Problem zu lösen und die Kriegslust, die der östliche Gegenspieler aus einem Wunsch nach Machtausdehnung versprühte, einzudämmen.

Aus diesen Überlegungen und Befürchtung heraus wurde nach dem Zweiten Weltkrieg unter US-Präsident Harry S. Truman die *containment policy* (Eindämpfungspolitik) gegenüber der UdSSR entwickelt, welche die politische Entfremdung der Anti-Hitler-Koalition verdeutlichte und die zum Ziel hatte, die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. Die Idee eines *Rollbacks* ergab sich schliesslich aus der Unzufriedenheit mit der Containment-Politik, welche die Installation kommunistischer Regierungen in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien nicht aufgehalten hatte. Das *Rollback* wurde zwar nie in eine zusammenhängende Politik umgesetzt, da das nukleare Patt zwischen Ost und West jede direkte Konfrontation zwischen den beiden Supermächten verhinderte, die Idee unterstützte allerdings Stellvertreterkriege in der Dritten Welt, wie jenen in Vietnam.

---

<sup>386</sup> Stöver Bernd: Der Kalte Krieg, München 2003, dritte Auflage, S. 59-65.

Die erste, französische Phase (1946-1954), wird vielfach unter der Bezeichnung *Indochinakrieg* als eigenständiger Krieg beschrieben. Die zweite „amerikanische“ Phase nahm Anfang August 1964 mit der Eskalation des Kriegs in der Folge des "Tonking-Zwischenfalls" ihren Anfang. Nordvietnamesische Torpedoboote hatten unter ungeklärten Umständen am 2. und 4. August zwei US-Zerstörer im Golf von Tonking angegriffen. Dem Angriff waren amerikanische Geheimoperationen gegen Nord-Vietnam vorausgegangen. Der Zwischenfall führte zur Verabschiedung einer Resolution durch den amerikanischen Kongress am 7. August 1964, der dem amtierenden Präsidenten Lyndon B. Johnson faktisch die Generalvollmacht zur Kriegsführung gegen Nord-Vietnam erteilte, auf eine direkte Kriegserklärung aber bewusst verzichtete. Ab 1965 begannen die offenen Angriffe des „amerikanisch“ geführte Vietnamkriegs, der bis 1973 andauerte und 1976 mit der Ausrufung der Sozialistischen Republik Vietnam in einem politischen Fiasko für die USA endete.

Die US-Amerikaner sahen sich nach dem Fall Frankreichs gegen Nordvietnam zum direkten Eingriff gezwungen, denn seit 1954 hatte man Frankreich verdeckt mit mehreren Milliarden US-Dollar unterstützt, militärische Ratschläge akzeptierten die Franzosen allerdings nicht. Der Fall Frankreichs in Nordvietnam war in den Augen der US-Amerikaner kein leicht zu nehmender lokaler Kriegsverlust, sondern ein gefährlicher Schlag gegen das westliche System. Dieser Punkt machte Südvietnam zu einem berichtenswerten Thema für die Auslandsnachrichten, da nicht nur eine einfache „good guys shoot reds“ Geschichte aufgebaut werden konnte, sondern der Feind ganz offensichtlich nicht den eigenen ethnozentristischen Perspektiven entsprach und die feindliche Haltung damit die US-amerikanische Aussenpolitik bedrohlich berührte.<sup>387</sup> Die Journalisten erlebten vor Ort dabei eine klare Rolleneinteilung:

*Die Funktion der US-amerikanischen Journalisten vor Ort war die eines „Informationsüberbringers“<sup>388</sup> und Geschichtenschreibers.<sup>389</sup> Der amerikanische Vietnamkrieg gilt als der erste unzensurierte Fernsehkrieg in der Geschichte der modernen Kriegsberichterstattung,<sup>390</sup> bei dem ein Medienheer von über 700 Journalisten in Saigon stationiert war, das sich - vor derhand - in ganz Südvietnam „frei“ bewegen konnte. Die Berichterstattung in Vietnam zeugte aber zu aller erst von dem eingeschränkten Einfluss der Journalisten vor Ort und der Entscheidungsgewalt von „senior editors“/„top producers“ und den „news executives“ zu Hause*

---

<sup>387</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News...*, S. 31 und S. 33.

<sup>388</sup> Hallin Daniel C.: *We keep America on the Top of the World. Television journalism and the public sphere*, London, New York, 1994, S. 47.

<sup>389</sup> Steinman Ron: *Inside Television's First War*, Missouri 2002, S. 72. Das Verlangen präsentabler Geschichten der grossen Sender ging so weit, dass NBC sogar Informanten aus General Nguyen Ngoc Loans (damaliger „Chief of the National Police“) Büro bezahlte.

<sup>390</sup> vgl. Steinmann Ron: *Inside Television's...*, S. 234.

und vor Ort. Journalisten vor Ort waren angehalten, Informationen zu sammeln, zusammenzutragen und zu Geschichten vorzubereiten. Dabei entstanden entweder Informationsblöcke, die den Vorstellungen der Medienoffiziere des US-Militärs entsprachen oder aber für das angestrebte Image problematisch wurden. Als etwa die amerikanischen Truppen in Saigon landeten, berichteten die US-Medien nur über das, was unübersehbar war: deren Ankunft. Sie stellten aber die Rolle von neu beordneten Einheiten wie etwa den Marines nicht in Frage. Barry Zorthian, Medienberater von General Westmoreland und Anlaufstelle für die US-Presse in Saigon, gab zufrieden zu Protokoll, dass diese Form von Berichterstattung die Diskussion um die zunehmend stärkere Rolle der USA im Vietnamkonflikt dem US-amerikanischen Publikum vorenthielt.<sup>391</sup> Die gesammelten Informationen konnten aber ebenso brisant sein und nicht in die US-Amerikanische Informationspolitik passen: Peter Arnett, ein bekannter Reporter im Dienste der Nachrichtenagentur AP, publizierte 1965 nach mehreren Monaten Recherchearbeiten einen Bericht, der den Einsatz von Gas an der Zivilbevölkerung durch die alliierten Südvietnamesen belegte. In Arnetts Bericht wurde der Fall eines zwölfjährigen Mädchens ausgeführt, das mit Senfgas attackiert worden war. In diesem Fall blieb Zorthian nur die verärgerte Bemerkung, dass auch ein Anfänger unter den Journalisten hätte merken müssen, dass solche Formen der Berichterstattung dem Feind kritische Argumente und damit anti-amerikanische Gefühle in die Hand spielten.<sup>392</sup> Zorthians Argument hätte charakteristischer nicht sein können. Schnell wurde daran erinnert, dass der eigentliche Kampf ja einer gegen das kommunistische Gedankengut war. In einem Kampf zwischen „gut“ und „böse“ waren solche kritische Artikel nach dem Dafürhalten des US-Militärs deshalb kontraproduktiv. Auch Präsident Johnsons Reaktion bezeugte das Gewicht dieses Arguments: Am 7. April 1965 hielt er eine Schlüsselrede an der John Hopkins Universität, die den US-amerikanischen Wunsch nach Frieden in den Vordergrund stellte und die Aggressivität der kommunistischen Gegenspieler betonte.<sup>393</sup> Und auch die Medienschaffenden folgten diesem Argument. Harrison E. Salisbury flog so als Berichterstatter für die New York Times im Dezember 1966 nach Vietnam. Noch nicht 24 Stunden anwesend, schickte er seine erste „Reportage“, die auf Propagandaquellen Nordvietnams beruhte, an die heimische Redaktion. Postum wurde er gerügt, weil der Bericht in vorliegender Form die Aussenpolitik der USA in ein schlechtes Licht stellte. Hanson W. Baldwin, langjähriger Militärreporter der New York Times und Vorgesetzter von Salisbury, quittierte sein Vorgehen mit den Worten:

---

<sup>391</sup> Hammond William M.: Reporting Vietnam. Media & Military at War, Lawrence Kansas 1998, S. 46.

<sup>392</sup> Hammond William M.: Reporting Vietnam..., S. 47.

<sup>393</sup> <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=26877>

“I do not think it is fair or accurate to make judgements based on statistics from Communist sources and print them as gospel without some qualification...”<sup>394</sup>

Baldwin schrieb am nächsten Tag einen Artikel aus Pentagonquellen. Gleichzeitig hielt er fest, dass er die Vorgehensweise von Salisbury als äusserst deplatziert empfand, da dies kommunistische Quellen glaubwürdig erscheinen liess und ein solches Verhalten gegenüber einer so großartigen Zeitung wie der New York Times nicht vertretbar sei.<sup>395</sup> Baldwin stützt damit Le Shans Argument, dass der Feind nicht nur als böse erachtet wurde, sondern deshalb „natürlicherweise“ Lüge. Die einzig zuverlässigen Quellen, soviel stand für die Medienentscheider fest, waren die Heimischen (*We tell the truth (news, education), they lie (propaganda)*)).

Analog verhielt es sich bei den grossen Fernsehstationen. Die Programmgestalter und Direktionen zu Hause verlangten nach starken Geschichten, Sensationen und Bildern, die, gespeist aus den richtigen Quellen, konsumgerecht verarbeitet werden mussten.<sup>396</sup> Die Möglichkeit von unabhängigen Quellen zuverlässige Informationen zu erlangen, war beschränkt und die eigene ideologische Position durch die bipolare Machtsituation stark vorbelastet. Es ging nicht um eine differenzierte Betrachtung des Vietnamkriegs, sondern um die Grundsatzfrage gegen oder für eine freie Welt zu kämpfen. Eine zu starke Abwendung von den Hütern der freien Welt, der eigenen Regierung also, bedeutete deshalb eine Schwächung des eigenen Systems, dass für Freiheit und Wohlstand für alle eintrat. Diese gewichtige moralische Komponente erklärt, weshalb sich die US-Medien so schwer mit Kritik taten. Peter Arnett verdeutlicht die Situation zu Beginn des Kriegs:

„At the beginning in 1962, there was a general sense that what the United States was doing in Vietnam was absolutely justified.”<sup>397</sup>

Die meisten „News Stories“ waren deshalb im Bezug auf politische Autoritäten neutral, Kritik an Offiziellen wurde nur sehr verhalten geäußert.<sup>398</sup> Arnetts 1965 publizierter Bericht löste deshalb zwar eine Diskussion um den Einsatz von Gas an der Zivilbevölkerung aus, das Vietnamengagement wurde aber nicht in Frage gestellt. Dementsprechend moderat fielen seitens der US-Regierung die Richtlinien für den Umgang mit der Presse aus: Das Defense Department erliess Anweisungen, künftige Gas- und Herbizidangriffe durchzuführen, ohne die Presse davon in Kenntnis zu setzen. Im Mai 1965 wurde Zorthian zudem vom Defense De-

---

<sup>394</sup> Hanson W. Baldwin: „Memorandum for Mr. E.C. Daniel“, 29. December 1966, zitiert in: Kennedy William V.: *The Military and the Media – Why the Press cannot be trusted to cover a war*, London, 1993, S. 88.

<sup>395</sup> Kennedy William V.: *The Military...*, S. 88.

<sup>396</sup> Steinmann Ron: *Inside Television's...*, S. 234.

<sup>397</sup> Peter Arnett zitiert in: Hess Stephen, Kalb Marvin: *The Media and the War on Terrorism*, Washington, D.C., 2003, S. 22.

<sup>398</sup> Hallin Daniel C.: *We keep...*, S. 47.



partment instruiert, die amerikanische Rolle im Gefecht herunter zu spielen und die Südvietnamesen als eigentliche Ausführer hervorzuheben. Auch diese Anweisung hätte der psychologischen Kriegsführung Le Shan's entsprochen, da der Feind natürlicherweise böse ist und daraus eine einfach und klar zu unterscheidende „*We against them*“-Wahrnehmung geschaffen werden konnte. Zorthian und Westmoreland allerdings gaben sich überzeugt, dass jeder Versuch, die amerikanische Beteiligung herunterzuspielen, fehlschlagen werde, da die Reporter vor Ort nun sehen konnten, dass die Marines aktiv die Auseinandersetzung suchten.<sup>399</sup> Zorthian und Westmoreland hatten offenbar verstanden, dass sich Realität nicht einfach durch eine aufgebaute Fiktion ersetzen liess. Zorthian setzte vielmehr auf einen Massnahmenkatalog, der die Journalisten in ihrer originären Funktion als Informationssammler- und Überbringer vorderhand nicht zu beeinträchtigen schien. Die Informationszentrale in Südvietnam, die *Military Assistance Command Vietnam* (MACV), beschrieb fortan täglich in den Kategorien „light“, „moderate“ und „heavy“ die Geschehnisse vor Ort, wobei die *Worthoheit* dem MACV oblag: man informierte zudem nur noch genereller Natur, nannte mit dem Argument des Truppenschutzes keine spezifischen Einheiten mehr und veröffentlichte Zahlen über verwundete und getötete Soldaten nur noch in einem wöchentlichen Rhythmus. Truppenverschiebungen wurden solange geheim gehalten, bis die Informationen nachgewiesenermassen in den Händen des Feindes waren. Akzeptierten Reporter diese Regeln nicht, oblag dem MACV ein Ausschlussrecht von Briefings oder man versagte ihnen das Recht, Truppen vor Ort zu begleiten.<sup>400</sup> Geschaffen wurde damit eigentliche Kompetenzzentren, die den Journalisten bei der Informationssuche und Auswertung helfen sollten und die Verweigerung bestimmter Auskünfte stets sachlich zu begründen wussten, kurz: unter dem Regelwerk Zorthian's fand eine erfolgreiche Lenkung der Medienrealitäten statt. Den Journalisten ihrerseits blieb nur wenig Spielraum, denn sie standen unter starkem Produktionsdruck:

*Die in Saigon stationierten Journalisten verursachten den Medienunternehmungen Kosten, die durch gut vermarktbar „News“ für „zu Hause“ wieder eingespielt werden mussten:* Auf der anderen Seite waren die Medienschaffenden, deren Aufgabe es war, zu Hause vermarktbar Informationen abzuliefern. Viele der grossen Zeitungen und Fernsehanstalten verzichteten aus Kostengründen lange Zeit auf die Entsendung eigener Journalisten und stellten die Berichterstattung auf Informationen der Agenturen AP, UPI, Reuters oder den Nachrichtenservice der New York Times oder der Washington Post ab. Vor allem im Falle der TV-Stationen galt, dass ausschliesslich die öffentlichen Zahlen der militärischen Pressestellen und

---

<sup>399</sup> Hammond William M.: *Reporting Vietnam...*, S. 49.

<sup>400</sup> Hammond William M.: *Reporting Vietnam...*, S. 53-55.

die vorgefertigten Reportagen der Armee- und Regierungsstellen übernommen wurden.<sup>401</sup> Die vor Ort aufgebauten erstellten Kompetenzzentren der US-Regierung veranlassten zudem nur wenige Journalisten, direkt von den Militäreinsätzen zu berichten. Wölfl betont im Tagesablauf der Korrespondenten in der Phase von 1964-1968 folgende Elemente: die täglichen Briefings des Militärs, die Recherche in Saigon, die Begleitung von Armeeverbänden auf Patrouillen oder in Kampfeinsätzen und dem gnadenlosen Redaktionsschluss der Zeitungen.<sup>402</sup> Mike Wallace, CBS-Reporter vor Ort, verwies auf die Strategie der Mutterkonzerne und die Situation der Reporter:

„Television Reporters in Vietnam are acutely aware that what their New York offices want, above all, are action stories....They are not as a rule told this in so many words. They simply know from experience what is most likely to be used...and for a reporter whose professional reputation (and a portion of his income) is made by what is used...words are unnecessary.“<sup>403</sup>

Milan J. Kubic, während des Vietnamkriegs als Berichterstatter für „Newsweek“ in Südamerika, beschrieb die Nöte heimischer Redaktoren, denn diese befürchteten ihr Zielpublikum langsam aus den Augen zu verlieren.

„Moreover, when the war story was slow, the foreign bureaus would collectively lose space to the civil rights story and other dramatic domestic news“.<sup>404</sup>

Angenommene Reportagen seien, so Mike Wallace weiter, zwischen den Reportern vor Ort auf „Scorecards“ aufgeführt worden, sodass ein Wettkampf entbrannte, wer die meisten Informationen in der Heimat verkaufte.<sup>405</sup> Sachlichkeit und Wahrheit schienen in der Produktionslogik der Reporter vor Ort nicht an erster Stelle zu stehen. Die Informationen mussten vor allem vermarktbare sein. Die Reporter standen deshalb unter einem Leistungsdruck, der oftmals nicht mit den Begehren des Militärs übereinstimmte.

„Competing strenuously for every scrap of information and under pressure from home offices to produce, they became a constant source of irritation to the U.S. mission in Saigon.“<sup>406</sup>

Ron Steinmann, 1966 in Saigon für NBC stationiert, betont, dass die Chefszentrale in New York nach Abgabe eines Berichts über dessen Veröffentlichung entschied. Reportagen wurden in der Regel nur mit dem Kommentar „Nothing happens“<sup>407</sup> abgeschmettert. Gefragt waren vielmehr vermarktbare Geschichten wie beispielsweise die Turnschuhaffäre. Dabei berichtete die Presse, dass die erste Brigade, 101 Airborne Division, mit klaffenden Löchern in

---

<sup>401</sup> Wölfl Jan: Kriegsberichterstattung im Vietnamkrieg, Münster 2005, S. 95.

<sup>402</sup> Wölfl Jan: Kriegsberichterstattung im Vietnamkrieg..., S. 85.

<sup>403</sup> Wallace Mike, Minor Dale: The Information War, New York, 1970, S. 155.

<sup>404</sup> Cook Philip S., Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: The future of news..., S. 214.

<sup>405</sup> Wallace Mike, Minor Dale..., S. 155f.

<sup>406</sup> Hammond William M.: Public Affairs: The Military and the Media, 1962-1968, Washington D.C., 1988, S. 198.

<sup>407</sup> Steinmann Ron: Inside Television's..., S. 91.

ihren Stiefeln, ja sogar nur mit Turnschuhen in den Kampf einrücken müsste, da die Vorräte knapp wären. Die Soldaten hatten in Wahrheit aber mangels Kenntnis der klimatischen Verhältnisse und der Pflegebedürftigkeit der Stiefel das Ersatzpaar in ihrem Basiskamp einfach zurückgelassen. Einen Tag später zeigte CBS einen Bericht über Südvietnamesen, die einen Abfallhaufen der US-Marine „plünderten“. Kommentator Jack Laurence stellte als Quintessenz seiner Reportage das Gefahrenpotential solcher Aktionen mit der Explosion einer dort gelegenen Granate in den Mittelpunkt, die einen Südvietnamesen verletzte.<sup>408</sup> Die Regierung musste, trotz scharfer Kritik an der Presse, mit imageschädigenden Geschichten wie der „Turnschuhaffäre“ leben.

Für die US-Regierung wiederum viel wichtiger als die Bereinigung solcher Geschichten war die Imagekonstruktion einer strategisch erfolgreichen Operation. Die Presse spielte diesbezüglich mit, da Opposition zu einem Ausschluss von für die Medienschaffenden lebenswichtigen Informationen bedeutet hätte. Die meisten Kampfszenen in TV-Berichten wurden weit deshalb auch fortan hinter den feindlichen Linien nachgestellt. Von den ungefähr 2300 Berichten, die zwischen 1965 und 1970 erstellt wurden, zeigten nur 76 echtes Kampfgeschehen. Aufnahmen von realen Kämpfen und Toten machten fünf bis sieben Prozent der Fernsehberichterstattung aus.<sup>409</sup> Die Abendnachrichten zeigten kaum Bilder von heftigen Gefechten oder Toten. Die wenigen kritischen Stimmen wie beispielsweise Walter Lippman (der in der New York Times zu Friedensgesprächen aufrief<sup>410</sup>) oder Senator William Fulbright erhielten wenig mediale Präsenz. Dies änderte sich auch nach der Tet-Offensive von 1968 nicht. Leon Siga wies beispielsweise nach, dass 1969 72% aller Primärquellen der New York Times und der Washington Post, die sich auf Ereignisse in Washington bezogen und rund 54% aller Geschichten, die sich um Saigon drehten, aus offiziellen Kreisen der US-Regierung stammten<sup>411</sup> - und dies, obwohl die New York Times eines der wenigen Medienorgane war, die früh kritische Töne in die Berichterstattung aufnahmen.<sup>412</sup> Trotz der von der Presse angeprangerten Insuffizienzen wurden die Regierungsvertreter auch weiterhin als vertrauenswürdig genug erachtet, um die eigenen Geschichten auf deren Basis aufzubauen.<sup>413</sup> Das Hauptargument der Regierung war stark, denn kauften Reporter Informationen bei sogenannten „Tipsters and Informants“, wenn die Regierungsquellen nicht ergiebig genug schienen, sei einerseits deren

<sup>408</sup> Hammond William M.: Public Affairs..., S. 200.

<sup>409</sup> Mira Beham, Kriegstrommeln - Medien, Krieg und Politik. München, 1996. S. 88ff.

<sup>410</sup> Frey Marc: Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München, 2002., S. 157.

<sup>411</sup> Siga Leon: Reporters and Officials, Washington D.C., 1973, zitiert in: Hallin Daniel C.: Media, war in Vietnam, and political support in: We keep America on the Top of the World, London, New York, 1994, S. 48.

<sup>412</sup> Wölfl Jan: Kriegsberichterstattung im Vietnamkrieg..., S. 87.

<sup>413</sup> Hallin Daniel C.: We keep..., S. 49.

Zuverlässigkeit nicht überprüfbar und andererseits obliege ihnen stets die Gefahr, nur einer geschickt aufgebauten kommunistischen Propagandainformation zu folgen.<sup>414</sup> Für Medienschaffende und das US-Militär war deshalb ein annehmbarer Kompromiss vor Ort die funktionalste Interessenslösung.

Für die Beibehaltung des Mainstream-Pressekurses waren hauptsächlich zwei Faktoren verantwortlich: Zum einen fürchtete jeder Sender, dass grausame Bilder während der allabendlichen Nachrichten die Zuschauer zum Umschalten auf einen anderen Sender bewegen würden.<sup>415</sup> Zum anderen fand am 24. April 1966 ein Treffen zwischen Vertretern des Verteidigungsministeriums und den Direktoren von NBC, CBS, ABC, UPI Newsfilm, Metro-Goldwyn-Mayer und den grossen Rundfunkanstalten der USA statt, bei dem man die Presseschaffenden mit Nachdruck darauf hinwies, dass die Ausstrahlung von Berichten über Tote oder verwundete Soldaten zu einer sofortigen Zutrittsverweigerung auf alle Schlachtfelder führen würde, da dadurch das politische Image bei den Bürgern zu stark strapazierte und die politische Mission insgesamt gefährde.<sup>416</sup> Auch hier spielte die Wahrnehmung der „good“ vs. „evil“ Kultur die entscheidende Rolle.

Die Kriegsrealität in amerikanischen Wohnzimmern stimmte deshalb nicht mit derjenigen vor Ort überein und Präsident Johnson vermochte seine Informationsoffensive im Winter 1967 ohne namhafte Gegenwehr fortzuführen. Die Washington Post etwa monierte zwar die „hard sell“ Methoden, mit denen der Präsident bei jeder Gelegenheit Fortschritte in Südvietnam suggerierte, die Administration Johnson antwortete auf solche Kritik aber mit einer noch stärkeren Durchdringung aller möglichen Plattformen, um die eigenen Informationen an ein breites Publikum zu richten.<sup>417</sup> Zorthian behauptete nach dem Vietnamkrieg:

„Vietnam was what I called an open war. There were no restrictions on the media. The circumstances were such that restrictions could not be placed on the media. The sovereign power was the Vietnamese government. We had Correspondents in Vietnam who were never accredited to MACV, Military Assistance Command. So correspondents were free to write, to go where they wanted, write what they wanted, broadcast what they wanted without any restrictions”.<sup>418</sup>

Diese Wahrnehmung stimmt natürlich insofern, als dass die Zensur der Presse nicht durch lange Verbotslisten und eindeutig sichtbare Eingriffe der Regierung in das Produktionsgeschehen von Medieninhalten geprägt war. Sie entsprach einerseits vielmehr einem Zusammenspiel von ökonomischen Zwängen, denen die Medienunternehmen ausgesetzt waren

---

<sup>414</sup> Steinman Ron: Inside Television's..., S. 70.

<sup>415</sup> Hammond William M.: Public Affairs..., S. 238.

<sup>416</sup> Hammond William M.: Public Affairs..., S. 238.

<sup>417</sup> Hammond William M.: Reporting Vietnam..., S. 107-108.

<sup>418</sup> Barry Zorthian zitiert in: Hess Stephen, Kalb Marvin: The Media..., S. 22.

und andererseits einem Set an unverrückbaren ideologischen Grundwerten, die den Kalten Krieg prägten und entlang derer die Presse geführt werden konnte. Wölfl umschreibt dies als „Kalten-Krieg-Konsens“.<sup>419</sup> So flog das US-Militär am 12. Januar 1965 einen Angriff gegen eine wichtige Brücke im nördlichen Laos mit der Absicht, nicht nur beim Feind kein Aufsehen zu erregen, sondern auch die Presse nicht zu informieren.<sup>420</sup> Kurz nach dem Ende der Bombardierungen war über Radio Hanoi und Radio Peking zu vernehmen, dass die USA eine weiteres Mal den Krieg eskalieren liessen,<sup>421</sup> während der US-Presse ausser ein paar Gerüchten keine Informationen vorlagen. Kommunistische Quellen wie Radio Hanoi sah die amerikanische Presse als unglaublich an, es blieb deshalb nur, sich lautstark über die systematische Desinformation der eigenen Regierung zu beschweren. Die Chicago Tribune beispielsweise missbilligte die durch das Pentagon verfügten Einschränkungen. Reportagen würden so zu Glossen verkommen und der Informationsgehalt der vom Pentagon veröffentlichten Informationen verglich die Tribune mit

„Anything they see in a dark closet after the door has been closed.“<sup>422</sup>

Die restriktive Informationspolitik bedeutete aber vor allem ein zeitlich begrenztes und kalkultiertes Muskelspiel der US-Regierung, aufgrund dessen die journalistische Zensur nicht direkt über die amerikanische Politik, sondern durch Richtlinien jenseits politischer Direktiven jeweils neu kalibriert werden konnte.

### **Entzauberung des Informationskonstrukts durch die Tet-Offensive 1968**

Davon zu unterscheiden ist die tatsächliche Stimmung in den USA: 1965 sprachen sich in Meinungsumfragen durchgängig ein Drittel der Amerikaner gegen den Krieg und für Friedensverhandlungen aus.<sup>423</sup> Zwei Jahre später waren nur noch 58% der Amerikaner für den Krieg.<sup>424</sup> Obwohl die US-Regierung eine Art Arrangement mit der Presse gefunden zu haben schien, wuchs die Antikriegsstimmung im eigenen Land unaufhörlich

„...in umgekehrtem Verhältnis zu der anfangs gehegten allgemeinen Erwartung, der Krieg werde von kurzer Dauer sein.“<sup>425</sup>

Hier scheint sich die Theorie von Gabriel Almond und James Rosenau zu bestätigen. Sie gehen davon aus, dass der Grossteil der Bevölkerung mit der Regierung zufrieden ist, solange diese die aussenpolitischen Angelegenheiten im Griff zu haben scheint. Auf die Frage:

---

<sup>419</sup> Wölfl Jan: Kriegsberichterstattung im Vietnamkrieg..., S. 89.

<sup>420</sup> Hammond William M.: Public Affairs..., S. 133.

<sup>421</sup> Hammond William M.: Public Affairs..., S. 134.

<sup>422</sup> Chicago Tribune: „Managed news from both ends“, March 20, 1965.

<sup>423</sup> Frey Marc: Geschichte..., S. 157.

<sup>424</sup> Frey Marc: Geschichte..., S. 158.

<sup>425</sup> Frey Marc: Geschichte..., S. 157.

"In view of developments since we entered the fighting in Vietnam, do you think the U.S. made a mistake sending troops to fight in Vietnam?"<sup>426</sup>

antworteten im August 1965 noch 61% der Befragten mit Nein. Im April 1971 lag die Nein-Quote bei weniger als 28%. Die Nein-Quote zog bis Ende Dezember 1968 nochmals von 35% auf 39% an, dann, nach der Tet-Offensive, sank der Wert innerhalb eines Jahres auf 32%. Vor allem die ärmere US-amerikanische Bevölkerung, die eingezogen wurde und früh ihre Erfahrungen aus Vietnam nach Hause trug, stellte sich gegen den Krieg<sup>427</sup> – und dieses Bild wollte nicht so recht in das produzierte Medienbild passen.

Die TV-Berichterstattung über die Tet-Offensive am 31. Januar 1968 versetzte schließlich die breite amerikanische Bevölkerung unter Schock. Erstmals waren Bilder von verwundeten Soldaten, leichenübersäten Strassen und brennenden Dörfern zu sehen. In mindestens 50 Millionen Wohnzimmern wurden sämtliche Argumente und Erklärungen der Regierung für einen Krieg entkräftet oder gar als Lügen entlarvt,<sup>428</sup> die „Dolchstosslegende“, die den Medien später die Schuld am verlorenen Krieg gab, war geboren. Die heimischen Programmstrategen unterschlugen die Brutalität des Krieges bislang bewusst aus kommerziellen und polit-ideologischen Gründen und schufen damit eine Diskrepanz zwischen medialer Kriegsrealität und dem tatsächlichen Kriegsbild. Nun waren die Medienschaffenden in Saigon aber plötzlich selbst im Mittelpunkt des Kampfgeschehens und die Kriegsrealität spielte sich nicht mehr in den Köpfen von Redaktoren, sondern direkt vor der Haustür ab. Die Reporterteams fingen routiniert ein, was sich vor ihren Augen abspielte und führten durch diese kontinuierliche Fortsetzung journalistischen Arbeitens den Meinungsumschwung zu Hause herbei:

„As paradoxical as it may seem, the explanation for the media's changing level of support for political authority during the Vietnam War lies in their constant commitment to the ideology and the routines of objective journalism".<sup>429</sup>

Arbeitspraktiken und Ideologie mögen gleich geblieben sein, bei den Journalisten vor Ort hatte sich durch die stetige politische und redaktionelle Zensur ein starker Frust angestaut.<sup>430</sup> Die Tet-Offensive gab den kriegsüberdrüssigen Journalisten nun vor Ort die Gelegenheit, über das tatsächliche Kriegsgeschehen zu berichten und endlich ihrer „*Watchdog-Funktion*“ nachzukommen. Die heimischen Redaktionen hatten bislang den gesellschaftlich etablierten Konventionen der Heimfront den Vorzug gegeben. Nun waren gezwungen, die Berichte aus

---

<sup>426</sup> Zitiert aus: <http://www.aurora-magazin.at/wissenschaft/jandl.htm>

<sup>427</sup> Neale Jonathan: Der amerikanische Krieg..., S. 151ff., S. 241.

<sup>428</sup> Frey Marc: Geschichte..., S. 166.

<sup>429</sup> Hallin Daniel C.: We keep..., S. 52.

<sup>430</sup> Neale Jonathan: Der amerikanische Krieg..., S. 131.

Vietnam aufzunehmen, denn die Offensive war unerwartet, wuchtig, brutal und allgegenwärtig nach Saigon gekommen,<sup>431</sup> wie die Statistik eindrücklich unterstreicht. 14'000 tote Zivilisten (davon alleine 6'000 in Saigon) und 670'000 Obdachlose<sup>432</sup> geben einen Eindruck der Grössenordnung. Der Fokus der Journalisten war durch ihre Präsenz in Saigon auf die Offensive ausgerichtet, andere Informationen über den Krieg waren zu diesem Zeitpunkt irrelevant. Auf den Strassen Saigons entstanden die Aufnahmen, die für die nachfolgende Generationen zu Referenzbildern des Vietnamkriegs wurden. Die Bilder der Tet-Offensive offenbarten, dass das von der Regierung und den Medien produzierte Kriegsbild nicht mit der Realität übereinstimmen konnte. Die amerikanischen Fernsehzuschauer reagierten auf die offensichtliche Irreführung empört. In den Augen der Bevölkerung war das verzerrte Kriegsbild vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs in erster Linie ein politisches und kaum ein mediales Problem: Johnson verlor den Grossteil der Unterstützung in der Bevölkerung und erklärte im Hinblick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung zu stehen. Johnsons Konstrukt einer „Great Society“ war endgültig gescheitert, als die „Vietnampropaganda“ durch die Kriegsrealität vor Ort enttarnt wurde.

Die Tet-Offensive bedeutete die „Entzauberung“ einer bislang regelhaft aufeinander abgestimmten Medienarbeit. Zuvor nicht gezeigte Informationen und Bilder wurden schlagartig auf die Stufe von Allgemeinwissen decodiert. Damit verbunden war aber vor allem die Aufhebung der bislang funktionierenden Informationsasymmetrie. Die Verringerung der Informationslücke zwischen Experten und den Laien raubte den Politstrategen ihre Glaubwürdigkeit – und somit die freie politische Handlungsgrundlage. Der Fall der Regierungspropaganda in der Vietnamberichterstattung stimmt damit mit der von Levitt/Dubner gemachten Beobachtung überein, dass die Grundlage von Informationssünden der stete Versuch von Experten darstellt, die Informationsasymmetrie so asymmetrisch wie möglich zu halten.<sup>433</sup> Dies galt auch für die Aufarbeitung des entstandenen Vietnamtraumas.

### **Die Selbstkatharsis der Medien fand nicht statt**

Gans identifiziert drei wesentliche Pfeiler der Vietnamberichterstattung: Das Value Judgment weist erstens auf den fortwährenden Ideologiekampf zwischen „gut“ (Demokratie und USA) und „böse“ (Sowjetunion und Kommunismus) hin. Während des Kalten Kriegs war dies moralisches Ereignis genug, um in den Medien eine hohe Präsenz zu entwickeln. Zweitens konzentrierten sich die Medieninhalte im Fernsehen und den Zeitungen bis zur Tet-Offensive in erster Linie auf den Aufbau dramatischer und vermarktbarer Geschichten. Trotz

---

<sup>431</sup> Hudson Mike, Stanier John: War and the Media – A Random Searchlight, New York, 1998, S. 114

<sup>432</sup> Frey Marc: Geschichte..., S. 164.

<sup>433</sup> Levitt Steven D., Dubner Stephen J.: Freakonomics..., S. 101.

der Skepsis gegenüber offiziellen Quellen war drittens das Zutrauen in die Berichte von offiziellen Regierungsvertretern die beste aller Informationsalternativen, sodass diese Verzerrungen der Realität die eigentliche Berichterstattung ergaben. Erst die Dokumentation der Tet-Offensive unterstrich den fiktiven Charakter der bisherigen Berichterstattung.<sup>434</sup> Die amerikanische Regierung konnte nach Tet der Propaganda und Lüge bezichtigt werden, doch die amerikanischen Medien wichen selbst danach nicht von ihrem bisherigen Berichterstattungsmuster ab und verpassten so die Möglichkeit, nun ihrer selbst zugeschriebenen Funktion als „*Watchdogs*“ nachzukommen.

Ron Steinmann, damaliger Leiter des NBC-Nachrichtenbüros in Saigon, bekundet in seinen Memoiren, dass Verbrechen an Menschen zwar dokumentiert, aber auch nach Tet nur schwierig einen Verleger fand und lange auf Geheiss des Pentagons nicht veröffentlicht wurden.<sup>435</sup> Das berühmteste Beispiel hierfür ist das Massaker in My Lai. Die vom freien Journalist Seymour Hersh belegte Geschichte fand erst 1969 einen kleinen Herausgeber, obwohl die Geschichte zuvor gut dokumentiert bei allen grossen US-Verlagen einreicht wurde. Diese weigerten sich aber strikt die Geschichte zu publizieren.<sup>436</sup> Später wurde immer wieder versucht, den Medienschaffenden eigendynamische Subversivität gegen den Vietnamkonflikt zuzuschreiben. Allerdings sorgten sich die Auslandskorrespondenten vielmehr um die Effizienz der Kriegsmittel als um die Opfer des Krieges.<sup>437</sup> Zensur fand - vor und nach der Tet-Offensive - nicht nur auf Druck der Regierung, sondern auch aus kommerziellen und polit-ideologischen Überlegungen bei den Sendeanstalten und Verlagen selbst statt. Graber resümiert treffend, dass in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren trotz der zunehmenden Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Vietnamberichterstattung eine konstante Barriere für Antikriegsbeiträge bestand.<sup>438</sup> Die amerikanischen TV-Stationen und Verlage hatten entschieden, ihren bisherigen Arbeitsrhythmus beizubehalten.

Das Verharren auf tradierten Produktions- und Ideologiegrundsätzen, welche die Aussparung einer reflexiv-kritischen angelegten Medienkultur zur Folge hatte - verhinderte die mediale Selbstkatharsis. Es ist denn auch keine Überraschung, dass diese zuerst in alternativen Medienformen heranwuchs - dem kritischen Film und der wissenschaftlichen und investigativen Literatur – und nur vereinzelt wie in der Times, die auch schon während des Vietnamkriegs vereinzelt kritische Beiträge druckten, aufzufinden war. Die intellektuelle Aufarbeitung

---

<sup>434</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News...*, S. 280f.

<sup>435</sup> Steinmann Ron: *Inside Television's...*, S. 68-70.

<sup>436</sup> Dominokowski Thomas: Massen'medien und ‚Massen'krieg. Historische Annäherungen an eine unfriedliche Symbiose, in: Löffelholz Martin (Hrsg.): *Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation*, Opladen, 1993, S. 45.

<sup>437</sup> Aronson James: *The press and the Cold War*, New York, 1970, Kap. 13-19.

<sup>438</sup> Graber Doris: *Mass Media and American Politics*, Chicago, 1989, S. 15f.



des Vietnamtraumas blieb ein Vermächtnis der „Generation New Left“ an die US-amerikanische Gesellschaft, die nun verspätet zum Zug kam und den langwierigen Prozess der selbstkritischen Vergangenheitsbewältigung zumindest in Gang setzte und gleichzeitig weitgehend auf sich selbst beschränkte, weil die Bewegung etablierten gesellschaftlichen Wertestrukturen oftmals diametral entgegenstand.<sup>439</sup> Die vorsichtige selbst- und regierungskritische Auseinandersetzung beschränkte sich auf einige Elite-Zeitungen wie die New York Times, die sich 1972 schliesslich der Publikation der Pentagon Papers und der Watergate-Affäre<sup>440</sup> annahm, obwohl die Nixon-Administration massiv gegen die New York Times oder die Washington Post vorging.<sup>441</sup> Das Vorgehen der Times bezeugt aber keine Selbstkatharsis, sondern dass mit der vorgenommenen Regierungskritik die selbstlegitimierende „*Watchdog-Funktion*“ gestärkt wurde, denn nach dem enormen Reputationsschaden der Medien durch Tet unterstrich die Times mit der Publikation der Pentagon-Papers so ihre diesbezügliche Vorreiter- und Elitefunktion. Eine gesellschafts- und selbstkritische Aufarbeitung von Vietnam, wie sie etwa die „Generation New Left“ ansties, blieb auch bei der Times aus.

### **Folgen von Vietnam: Professionalisierung der staatlichen Informationspolitik**

Für das künftige Informationsmanagement der US-Regierung waren die Erfahrungen aus dem Vietnamkrieg – allen voran die „Entzauberung“ der bisherigen Informationspolitik anlässlich der Tet-Offensive, von prägender Bedeutung. Das eigentliche „Informationscenter“ der US-Regierung stellte nun das „Office of Communications“, dar. 1969 von Richard Nixon aus den Erfahrungen des Vietnamkriegs gegründet, zeichnet es sich bis heute für die langfristige Kommunikationsstrategie verantwortlich. Dabei werden die Aufgabengebiete in verschiedene Abteilungen aufgeteilt, denen jeweils ein oder mehrere Sprecher vorstehen. Akkreditierte Journalisten im Weissen Haus erhalten ihre Informationen also nicht aus erster Hand, sondern aus deren vieler. Die Abteilung „Media Affairs“ etwa ist für die aktive Versorgung der nicht in Washington stationierten Medien zuständig.

Zu den wichtigsten *Kommunikationsinstrumenten* gehört das „Speechwriting & Research“ Büro. Es verfasst Reden und Ansprachen, das „Photo Office“ dokumentiert präsidentiale

---

<sup>439</sup> Dies zeigt z.B. die systematische Blockade einer Geschichte bei Amerikas grösster Nachrichtenagentur AP in den Jahren 1998-2002, die ein von amerikanischen Soldaten verübtes Massaker an der koreanischen Zivilbevölkerung aufdeckt. Vgl.: Port Robert J.: Keiner will es hören: Die Geschichte des Massakers von No Gu Ri in: Boriesson Kristina: Zensor USA – Wie die amerikanische Presse zum Schweigen gebracht wird, Zürich 2004, S. 193-211.

<sup>440</sup> Als Watergate-Affäre (oder kurz Watergate) bezeichnet man eine Reihe von Missbräuchen von Regierungsvollmachten, die es während der Amtszeit des republikanischen Präsidenten Richard Nixon zwischen 1969 und 1974 gegeben hat und die mit dem Rücktritt Nixons 1974 endete.

<sup>441</sup> Vgl. hierzu den Aufsatz: Williams Granville: Watchdogs or Lapdogs? Media, Politics and Regulation: The US Experience in: Miller David: Tell me lies. Propaganda and Media Distortion in the Attack on Iraq, London, 2004, S. 195-197.

Auftritte und sendet seine Produkte an Nachrichtenagenturen und Printmedien. Damit kamen die PR-Strategen dem offenbar ansteigenden Publikumsbedürfnis nach mehr Bildmaterial nach, denn seit 1960 bis 1988 versechsfachte sich der Platz von Fotos in Zeitungen.<sup>442</sup> Unter Jimmy Carter wurden bereits die „audio press releases“ und „radio actualities“ eingeführt, um auch Radiostationen zu bedienen. Dieses Angebot fand grossen Anklang, da sich eine Vielzahl von Sendern die grossen Nachrichtenagenturen nicht leisten konnten.<sup>443</sup> Die Bereitstellung von Filmbeiträgen und Videostatements sollte vor allem die Verbreitung von Originalstatements wiederum bei kleineren Sendern stärken, die sich nicht aus einem grossen Network Pool bedienen konnten.<sup>444</sup>

Während der Kennedy/Johnson-Ära (1961-1968) wäre es für die TV-Stationen noch undenkbar gewesen, ein Regierungsgesuch um Live-Übertragung einer Pressekonferenz abzulehnen. Während der Präsidentschaft von Ronald Reagan (1981-1989) war ein solches Nachkommen ganz direkt von den Popularitätswerten abhängig. Reagan musste Quote liefern, wollte er Publizität erlangen. Die Medien erzwangen bereits während der Carter-Ära (1977-1981) auf Druck der von ihnen produzierten Öffentlichkeit politische Entscheidungen, die der Linie der Regierung widersprach.<sup>445</sup> Im Gegensatz zu Jimmy Carter verliess sich Reagan deshalb auf einen ganzen Tross von Medien- und Strategieberatern, die sein Image prägten. Reagan wollte die von seinen Vorgängern praktizierte Politik der „open administration“ nicht weiterführen. Er und sein Beraterteam erliessen klare Presse-Richtlinien für das Weisse Haus und verdeutlichten so, dass sie den Nachrichtenfluss sämtlicher exekutiver Büros zu kontrollieren gedachten. So war nicht nur die Regierung gezwungen, mediengerechte Formate zu schaffen, sondern die Medien waren umgekehrt angehalten, sich bei der US-Regierung um exklusive Informationen zu bewerben. Das „Office of Media Liaison“ existierte in seinem institutionellen Charakter wie unter Carter weiter. Davon separiert war das „Office of Communication“, das Teil des „Press Office“ war. Gerig, Leiter des „Office of Media Liaison“ hob in einem Interview 1990 die Bedeutung der entwickelten Kommunikationsrichtlinien hervor:

„Reagan was much more proactive than Carter (...) We really tried to define the agenda every day (...) we were more focused.“<sup>446</sup>

---

<sup>442</sup> Streitmatter Rodger: The Rise and Triumph of the White House Photo Opportunity, in: Journalism Quarterly, 65, S. 981-985, hier S. 983, zitiert in: Rybarczyk Christoph: Great Communicators?..., S. 64.

<sup>443</sup> Maltese John Anthony: Spin Control. The White House Office of Communications and the Management of Presidential News, Chapel Hill 1992, S. 152.

<sup>444</sup> Maltese John Anthony: Spin Control..., S. 204.

<sup>445</sup> Ansolabehere Stephen, Behr Roy, Iyengar Shanto: The Media Game...S. 203.

<sup>446</sup> Interview mit Gerig vom 26. Juni 1990, zitiert in: Maltese John Anthony: Spin Control...S. 183.

Trotz scharfer interner Richtlinien im Umgang mit den Medien war die Reagan-Administration bereits 1982 von internen Informationslecks, Streitigkeiten und einer schwindenden öffentlichen Unterstützung geplagt, was dazu führte, dass immer mehr interne Tests mit Lügendetektoren durchgeführt wurden. Damit sollten die Mitarbeitenden beweisen, dass sie das Informationsleck nicht verursacht hatten. Im Januar „institutionalisierte“ das Pentagon diese Praxis und Lügendetektortests und sie wurden bei sämtlichen Nichtgeheimdienstmitarbeitern durchgeführt, um deren Vertrauenswürdigkeit, patriotische Gleichschaltung und Integrität zu überprüfen.<sup>447</sup> Die Regierung lagerte so faktisch das „Office of Public Affairs“ zur CIA aus. Die Administration überwachte zudem den inzwischen restriktiven Zugang der Presse zum Präsidenten genau und unterstrich damit ihre Vormachtstellung innerhalb der Regierung. In zentral angelegten und stark personenorientierten Kampagnen versuchte die Regierung immer wieder via Satellit ein einheitliches Bild in der Gesamtbevölkerung zu schaffen. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1984 machte Reagans Stab exzessiven Gebrauch von dieser Möglichkeit, gerade weil man so die Bedürfnisse der drei grossen Networks sowie die grössten Nachrichtenagenturen AP und UPI umgehen konnte.

Allerdings schöpfte die Reagan-Administration ihr Potential nicht aus. Während des republikanischen Nationalkongresses in Dallas 1984 wurde von den Übertragungsmöglichkeiten, die von den Republikanern geschaffen worden waren, Gebrauch gemacht. Im Klartext bedeutete das für bislang unabhängige Fernsehstationen einen Vertragsabschluss, der sie in den Networkpool integrierte. Im Gegenzug konnten Sie von Live-Übertragung profitieren. Die Republikaner ihrerseits wollten den Networks ein möglichst nach ihren Maßstäben fabriziertes Bild abliefern und so liefen harte Verhandlungen über Inhalt, Form und Exklusivität ab, die letztlich eine Erfolgsgeschichte für die Republikaner bedeuteten. Alle grossen Networks und Nachrichtenagenturen beugten sich dem Druck der Publizität und willigten in die Bedingungen der Republikaner ein.<sup>448</sup> Bill Carruthers, einer der zentralen Verhandlungsführer der Republikaner, gab zu Protokoll:

„It was very successful because we were obviously shooting the convention the way *we* wanted to shoot it. And you didn't have the network nay saying newscasters and reporters running around the floor trying to put everything down“.<sup>449</sup>

Der Newsdruck, der mit der Möglichkeit der *Live-Übertragung* auf die Networks, Nachrichtenagenturen und kleinere unabhängige Fernsehstationen aufgebaut werden konnte, schien diese zu weitreichenden Konzessionen zu veranlassen. Wirtschaftliche Renditeüberlegungen

---

<sup>447</sup> Maltese John Anthony: Spin Control...S. 196.

<sup>448</sup> Maltese John Anthony: Spin Control...S. 202f.

<sup>449</sup> Interview mit Bill Carruthers vom 10. Oktober 1989, zitiert in: Maltese John Anthony: Spin Control...S. 203.

verkeilten sich dann mit dem journalistischen Anforderungskatalog einer sauberen Berichterstattung. Die Regierung zeigte sich dadurch allerdings nicht beflügelt, sondern befürchtete bei einer Institutionalisierung eines solchen Vorgehens gar Bevormundungsklagen der gesamten Presse.<sup>450</sup> Insgesamt zählte man lieber auf eine zwar restriktiv geformte Medienpolitik, die immer wieder aufs Neue einen Kompromiss zwischen der Regierung und der Presse erforderte.<sup>451</sup> Der Eindruck der Unantastbarkeit der medialen Unabhängigkeit konnte so in der Öffentlichkeit gewahrt werden. Es gehörte offenbar zu den machtoökonomischen Überlegungen der Reagan-Administration, die eigene Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit aufgrund der Wahrung des Souveränitätsprinzips und der Meinungsfreiheit im Sinne des Zusatzes des „First Amendments“ zu wahren und machtpolitische Entscheidungsschlachten vielmehr in kleinteilige Bestimmungskriege in den präsidentialen Hinterzimmern des Weissen Haus zu verlagern. Das Beispiel der Berichterstattung über eine 1985 entführte TWA-Maschine unterstreichen diesen Wandel auf schmalen Grad, dessen Ausgang nicht zwingen zum Vorteil der amtierenden Regierung sein musste.

## **6.2 Die Dokumentation der Medien determiniert den politischen Handlungsspielraum: Die TWA Entführung 1985**

Terrorismus sei Theater, stellte Brian Jenkins bereits 1974 fest und legt dar, wie terroristische Angriffe oftmals sorgfältig so gestaltet werden, dass sie die Aufmerksamkeit der elektronischen Medien auf sich ziehen.<sup>452</sup> Die Beziehung zwischen Medien und Terroristen wird in der Literatur der 1980er Jahre oft als symbiotisch bezeichnet,<sup>453</sup> obwohl eine Identifikation oder Solidarisierung der Medien mit den Anliegen der Terroristen nicht feststellbar war. Insbesondere US-Zeitungen als klassische moralische „*Watchdog-Instanzen*“ hatten die Terrorakte stets aufs Schärfste verurteilt, weil sie oft unbescholtene Bürger der eigenen Gesellschaft bedrohte.<sup>454</sup>

---

<sup>450</sup> Maltese John Anthony: *Spin Control*...S. 204.

<sup>451</sup> Einige Beispiele hierzu liefert: Maltese John Anthony: *Spin Control*...S. 204.

<sup>452</sup> Jenkins Brian Michael, *International Terrorism: A New Mode of Conflict*“ in: Carlton David, Schaerf Carlo (Hrsg.): *International Terrorism and World Security*, London, 1975, S. 16.

<sup>453</sup> Was soviel bedeutet, wie das sich für den Erfolg einer Terrorgeschichte beide Parteien wechselseitig erfordern.

<sup>454</sup> Warren Decker und Daniel Rainey haben der US-Tagespresse attestiert, dass weder die New York Times noch die Washington Post einer Sensationsberichterstattung verfielen, sondern beide die Leser möglichst objektiv über die aktuellen Lage informieren wollten. Der Gesamteindruck medialer Berichterstattung bestätigt eine wertneutrale oder tendenziell eher missbilligende Stimmung von Terrorakten. Eine Identifikation oder gar Unterstützung der Terroristenanliegen war seitens der oben genannten Medien nicht feststellbar. Robert Picard bezieht sich auf unveröffentlichtes Material von Warren Decker und Daniel Rainey: *Media and Terrorism: Toward the Development of an Instrument to Explicate their Relationship* in: Picard Robert G. *Media Portrayals of Terrorism*, Ames, 1993, S. 89.

Die Symbiotik beschränkte sich, wenn überhaupt, auf die mediale Inszenierung als Voraussetzung für das Gelingen terroristischer Anschläge.<sup>455</sup> Den enormen Einfluss der Medien auf die Wirkung terroristischer Anschläge hatten zuvor schon Oppenheimer/Canning 1979, Schlesinger 1981 oder Soulier<sup>456</sup> thematisiert, doch mit der Entführung der TWA-Maschine 847 am 14. Juni 1985 brach ein neues Zeitalter der Krisenberichterstattung an, wie Brigitte Nacos treffend festhält:

„While the Iran coverage deviated from the media’s tendency to favor the president and other administration officials as prominent sources, the news of the TWA hijacking drama five years later was an even more striking example of the ability of terrorists to upset the routine reporting patterns to the American press during such emergencies.“<sup>457</sup>

Die US-Networks widmeten einen Großteil ihrer Nachrichtensendezeit dem TWA Geiseldrama.<sup>458</sup> Die TWA Maschine 847 wurde von libanesischen Terroristen auf ihrem Weg von Rom nach Kairo entführt und blieb bis am 30. Juni 1985 in deren Gewalt. Die Kidnapper forderten die Freilassung von 776 Schiiten aus israelischen Gefängnissen. Während dieser Zeit wurden 491 Meldungen über die grossen US-Sendeanstalten (ABC, NBC und CBS) publiziert<sup>459</sup> und die regulären Programme während der gewohnten Sendezeit mindestens 80 Mal unterbrochen.<sup>460</sup> Wie beim Vietnamkrieg in Saigon, war ein kleines Heer von Reportern in Beirut stationiert (ABC schickte 40 Leute, NBC 25 und CBS 20<sup>461</sup>), die Hintergrundgeschichten und News am Fliessband produzierten. Allerdings übernahmen die Medien dieses Mal früh ihre „*Watchdog-Rolle*“ bei der Ausgestaltung der Konfliktwahrnehmung zu Handen des heimischen Publikums. Die Medien kritisierten allerdings nicht die Anliegen der Terroristen, sondern das Verhalten der US-Regierung bezüglich der Handhabung der Geiselfrage.

---

<sup>455</sup> Frey B.S.: Fighting political terrorism by refusing recognition. *Journal of Public Policy*, 7(2), 1987, 181. zitiert in: Paletz David L. Schmid Alex P.: *Terrorism and the media*, Newbury Park, 1992, S. 87.

<sup>456</sup> Vgl. Oppenheimer M, Canning J.: *The national security state*. *Berkeley Journal of Sociology*, 1979, 23, S. 3-33, Schlesinger P.: *Terrorism, the media and the liberal-democratic state: A critique of the orthodoxy*. *Social Research*, 1981, 48, S. 74-99, Soulier G.: *European integration and the suppression of terrorism*. *Review of Contemporary Law*, 1978, 2, S. 21-45.

<sup>457</sup> Nacos Brigitte L.: *Terrorism and the Media. From the Iran hostage crisis to the World Trade Center Bombing*, New York, 1994, S. 30.

<sup>458</sup> Atwater Tony: *Network Evening...*, S. 63.

<sup>459</sup> Atwater Tony: *Network Evening...*, S. 69.

<sup>460</sup> Dillin John, „NBC News President Defend, but Revises, Terrorism Coverage“, *Christian Science Monitor*, Boston, 5. August 1985, zitiert in Hoffman Bruce. *Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*, Frankfurt am Main 2001, S. 174.

<sup>461</sup> Townley Rodrick, Weisman John: „The Reporters’ Rat Race – Danger, Chaos and Rumours of Payoffs“, *TV Guide*, Radnor, 21. September 1985. zitiert in: Hoffman Bruce: *Terrorismus...*, S. 174.

## Die Medien als Realitätsgeneratoren

Auf der folgenden Seite sind die Resultate der Studie von Tony Atwater über die TWA-Entführung nachgezeichnet, welche die Berichterstattung der grossen Networks aufzeigt.<sup>462</sup> Die einzelnen Zahlen Spalten bei „ABC“, „CBS“, „NBC“ zählen die Anzahl Berichte pro Sender sowie ihre Kumulation in der Spalte „Total“. In der letzten Spalte findet sich ein prozentualer Vergleich zwischen allen behandelten Themen.

Topic	ABC	CBS	NBC	Total	% <sup>463</sup>
Hostage Status	58	62	48	168	100.0
U.S. Government Reaction	30	23	30	83	49.4
Israel Diplomacy	18	15	11	44	26.2
Terrorist Demands/Acts	14	9	14	37	22.0
Hostage Families	15	6	13	34	20.2
Retaliation Options	14	9	10	33	19.6
Nabih Berri/Mediation	8	10	4	22	13.1
Airport Security	3	6	8	17	10.1
Citizen Reaction/Media	7	6	1	14	8.3
Syria Mediation	6	3	4	13	7.7
Kidnapped Seven	0	5	2	7	4.2
Lebanon: Internal Problems	1	0	4	5	3.0
U.S./Israel Diplomacy	2	1		4	2.4
Private Diplomacy	0	0	1	1	0.6
Islam/Culture	2		0	4	2.4
Lebanon: External Problems	2	0	2	4	2.4
World Reaction	1	0		1	0.6
<b>Total</b>	<b>181</b>	<b>157</b>	<b>153</b>	<b>491</b>	<b>100.0</b>

Tabelle 3: Network Hostage Reports by Story Topic

Quelle: Atwater Tony 1991: Network Evening..., S. 69.

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass sich die Medien zwar eine Bandbreite an anderen Quellen und Themen für die Gestaltung ihrer Nachrichtenformate geschaffen hatten (Spalte „Topic“), allerdings kamen wiederum knapp die Hälfte aller Informationen aus dem Kreis der Regierung (*U.S. Government Reaction* 49.4%). Zwar wurde bei 22% (*Terrorist Demands/Acts*) der Reportagen die Forderungen der Entführer behandelt, mit den Hintergründen und Motivationen der Terroristen setzten sich allerdings lediglich 5-8% (je nach Gewichtung)

<sup>462</sup> Atwater Tony: Network Evening..., S. 69.

<sup>463</sup> Auf eine Dezimalstelle gerundet.

der Berichte auseinander (Kumulation der Topics *Lebanon: Internal Problems* (3%), *Lebanon: External Problems* (2.4%) sowie *Islam/Culture* (2.4.%)). Nur gerade 0.6% thematisierten die Reaktion der übrigen Welt (*World Reaction* 0.6%).

Das Ziel der Berichterstattung seitens der Medien bestand erstens darin, so aktiv und nah am Geschehen dran zu sein wie nie zuvor. Täglich wurde versucht noch direkter, näher und exklusiver an das Zentrum des Geschehens zu gelangen: Am ersten Tag der Entführung spielte ABC die Stimme des Piloten ein, der den Kidnappingvorgang beschrieb.<sup>464</sup> Am fünften Tag sendete ABC ein exklusives Interview mit der Crew der entführten Maschine aus dem Cockpit. Solche Einwürfe führten beim Fernsehpublikum zur Solidarisierung mit den Betroffenen, weil die personalisierten Interviews *emotional* polarisierten und so hautnah miterlebte Authentizität an den Bildschirmen erzeugten. Genau diese Form der Berichterstattung entsprach der inhaltlichen Verschiebung hin zur tabloiden Berichterstattung mit möglichst exklusivem Inhalt. Dobkin konstatiert:

„Of course there was little the crew could say, and their comments about adjusting to Lebanese food hardly constituted a newsworthy event. But the footage of the captured flight crew was certainly dramatic, and ABC's orchestration of exclusive interviews justified continuing the hijacking as the lead story on the evening news, despite the lack of change in the condition of the hostages.”<sup>465</sup>

Der Einbau von „*Video Postcards*“ war ein zweites Novum dieser neuen, emotionalen Berichterstattung. Video Postcards beinhalten Grüße oder persönliche Sätze an die Familie und die Öffentlichkeit oder umgekehrt Aussagen von Familien und Freunden an die Opfer. Sie erzeugen die Illusion einer direkten Kommunikation zwischen Geiseln und deren Familien, da der Fokus auf den persönlichen Tragödien liegt.<sup>466</sup> Diese Form der Berichterstattung hat sich bei der späteren Kriegsberichterstattung am Persischen Golf von 1990 wiederholt.

Eine dritte Bauart der emotionalisierten Nachrichtengenerierung betraf die *Einbindung der Terroropfer* als zentrale Figuren des Schauspiels: am 20. Juni 1985 begann ein Bericht der CBS Evening News exklusiv mit dem ersten Lebenszeichen Allyn Conwells (US-Geisel im Libanon) seit seiner Verschleppung in Beirut.<sup>467</sup>

„I'm speaking on behalf of my fellow forty hostages, who have elected me as their spokesman to make a brief press conference to advise our families, friends, and loved ones of our welfare....”.

---

<sup>464</sup> Dobkin Bethami A.: *Tales of Terror, Television News and the Construction of the Terrorist Threat*, New York, 1992, S. 61.

<sup>465</sup> Dobkin Bethami: *Tales...*, S. 67.

<sup>466</sup> Dobkin Bethami: *Tales...*, S. 68.

<sup>467</sup> Allyn Conwell gehörte zu den sieben „vergessenen“ Geiseln im Libanon: Diese wurden von der US-Presse so genannt, weil für als 500 Tage kein Lebenszeichen von ihnen zu vernehmen war und erst durch die massive Berichterstattung über den gekaperten TWA-Flug 847 auch das Schicksal der sieben bereits entführten Geiseln wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte.

Der Satz wurde unterbrochen und Dan Rather, der Moderator der News, ins Bild einge-  
spielt, um die Ereignisse des Tages zur TWA-Entführung zu vermelden.<sup>468</sup>

Ein vierter Unterschied der Berichterstattung bei vorhergehenden Geiselnahmen war die Einbindung der Familien der Geiseln (*Hostage Families*). Fast ein Fünftel der gesamten Berichterstattung lief über die eingebundenen Familien ab (20.2% der Meldungen, siehe Tabelle 2). Durch die Einbindung wurde die Nachrichtenberichterstattung weiterhin stark emotionalisiert. Den diplomatisch gehaltenen Berichten und Statements der Regierung wurden die emotional stark aufgeladenen Aussagen von Opfern und Opferfamilien gegenübergestellt, sodass sich für den Zuschauer eine eigene Geschichte um das eigentlich Ereignis entwickelte, die eine klare Trennung von „hard-news“ und „soft-news“ nicht mehr zuliess. Der Einbezug von Familien in die Medienberichterstattung stieg seit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran 1979 steil an und erreichte während der TWA-Story etwa bei den ABC Nachtnachrichten einen Spitzenwert von 30%.<sup>469</sup> Die Strategie war einfach: die Familien der Geiseln wurden als normale Personen von nebenan präsentiert, mit denen sich jedermann identifizieren konnte. Diese Art der Berichterstattung ermöglichte nicht nur die emotionale Einbindung des Zuschauers, sondern unterstrich zudem die soziale Bedeutsamkeit von TV-Sendern in der Öffentlichkeit.<sup>470</sup> Im Gewand einer „*Watchdog-Funktion*“ klagten die Medien die US-Regierung publikumswirksam an, eben nicht alles Mögliche zu unternehmen, um die eigenen Bürger rasch aus der Geiselhaft zu befreien. Besonders lohnt sich hierzu ein Blick auf die Funktion des *Hostage-familiar-networks*.

### **„Hostage-familiar-network“ als politisches Druckmittel**

Zum Zeitpunkt der TWA-Entführung befanden sich bereits sieben US-Geiseln in der Hand von Terroristen in Beirut, die in der gesamten Berichterstattung mit 4.2% der Berichte bedacht wurden (vgl. Tabelle 2). Die Familien der Entführten wurden von der US-Regierung angewiesen, nicht an die Öffentlichkeit zu gehen und keinen Kontakt zu anderen betroffenen Familien zu suchen - mit der Begründung das Leben der Familienmitglieder nicht zu gefährden. Die Geiselfamilien hielten sich nicht daran: die erste Kooperation zwischen den Medien und Angehörigen von Geiselopfern war durch die Ehefrau des bereits vor der TWA-Entführung in Beirut entführten Jerry Levin<sup>471</sup> zu Stande gekommen, weil sie sich nach über 500 Tagen, in denen die Regierung keine Verhandlungsfortschritte machte, entschied, selbst etwas zu unternehmen. Ihre Präsenz in sämtlichen grossen US-Morgenshows (Good Morning

---

<sup>468</sup> Hallin Daniel C.: *We keep...*, S. 87.

<sup>469</sup> Dobkin Bethami A.: *Tales...*, S. 68.

<sup>470</sup> Dobkin Bethami: *Tales...*, S. 68.

<sup>471</sup> Dieser kritisierte allerdings nach seiner Freilassung die Presse und warf ihr vor, die Krise durch die exzessive Berichterstattung verlängert zu haben. Zitiert in: Paletz David L. Schmid Alex P.: *Terrorism...*, S. 210.



America, CBS Morning News) und Zeitungen (USA Today, New York Times, Detroit Free Press) stellte schnell den Kontakt zu anderen betroffenen Familien her. Diese schlossen sich zu einem bislang einzigartigen Netzwerk zusammen. Genau dies hatte die Regierung zu verhindern versucht.<sup>472</sup>

Die TWA-Entführung veränderte so auch die Situation der „alten Geiseln“, denn die intensive Medienberichterstattung über die TWA-Maschine verstärkte auch das Interesse nach ihrem Verbleib. Die Angehörigen der „neuen“ Geiseln bauten dank der Einbindung in das Familien- und Mediennetzwerk einen starken öffentlichen Druck auf die US-Regierung auf und erzwangen ein Handeln im Sinne der Geiseln aber entgegen der Regierungstaktik. Die geballte Berichterstattung hinterliess einen eindeutigen Eindruck bei den Fernsehzuschauern: die TV-Berichterstattung unterstrich die Gewaltbereitschaft der Terroristen und hob so die ideologisch eingefärbte Einteilung zwischen gut und böse und „we“ und „them“ deutlich hervor. Deshalb störte vor allem der gewonnene Eindruck, dass sich die US-Regierung nicht mit aller Kraft um die Befreiung der eigenen Bürger, der „we’s“ bemühte und damit deren Rechte und Anspruch auf Freiheit, Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Folter nicht mit allem Nachdruck nachkam. Aufgrund des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung erklärte sich der damals amtierende Präsident Reagan in einem ersten Schritt bereit, sich mit Geiselangehörigen (allerdings unter Ausschluss der Presse) in Chicago zu treffen<sup>473</sup> und sich damit auch deren Kritik auszusetzen. Die Regierung musste so aufgrund des medial aufgebauten Drucks ihre diplomatische und aussenpolitische Strategie fundamental ändern, wollte man innenpolitisch nicht weiteren Goodwill in der Bevölkerung verspielen.

### **Die Reaktion der US-Regierung**

Die Regierung hatte bislang zwei Standardlösungen im Umgang mit den Medien in Krisengebieten entwickelt: erstens die *Kontingentierung des Zugangs bei Pressekonferenzen und Schadensplätzen*.<sup>474</sup> Die Akkreditierung von Journalisten, bekannt als „Pool-System“,<sup>475</sup> sollte den Wert von Informationen durch den exklusiven Zugang privilegierter Medien anheben und Medienvertreter dadurch wieder fester an die Regierung binden. Zweitens die *Intensivierung direkter Kontakte zwischen ranghohen Vertretern der Regierung/Polizei und dem Management der Medienunternehmen*. Ziel war die Sensibilisierung der Medien, um für die

---

<sup>472</sup> U.S. House of Representatives, 1985, S. 52, zitiert in: Paletz David L. Schmid Alex P.: Terrorism..., S. 223.

<sup>473</sup> Paletz David L. Schmid Alex P.: Terrorism..., S. 224.

<sup>474</sup> Paletz David L. Schmid Alex P.: Terrorism..., S. 89.

<sup>475</sup> Einerseits war den Reportern der direkte Zugang auf das Kampfgebiet verwehrt, andererseits wurde ein „National Pool“ aus erfahrenen Pentagon Korrespondenten gegründet, die vom Kriegsschauplatz berichten durften. Der erstmalige Einsatz dieses Regulierungsinstruments erfolgte bei Einsatz der US-Army in Grenada. in: Beham Mira: Kriegstrommeln..., S. 97ff.

Terroristen wichtige Informationen zurückzuhalten.<sup>476</sup> Diese hielten bei offensichtlicher Gefahr für Leib und Leben einer Geisel wesentliche Informationen zurück,<sup>477</sup> generelle Situationsberichte wurden allerdings gesendet. Angesichts der hohen Emotionalisierung der Berichterstattung versagten die alten Mittel nun völlig, wobei

“The TWA hijacking was precisely the kind of event that has led to this perception”.<sup>478</sup>

Über CBS erfolgte am siebten Tag der Geiselnahme abermals eine Intervieweinspielung der Geisel Conwell, der die Politiker nun verzweifelt dazu aufrief, alles Mögliche zu unternehmen, damit unschuldige und freie Bürger nach Hause können.<sup>479</sup> Solche Szenen polariserten emotional, da ein *direkt betroffener Amerikaner* sich selbst zu Wort meldete und seine Landsleute eindringlich um Hilfe bat. Der öffentliche Druck auf die Regierung stieg und es wurde immer deutlicher, wie hilflos die Regierung dem Mediendruck begegnete. Reagan spielte nun die Rolle des gradlinigen Marshalls, der von der Tragödie und mit seinen Mitbürgern mitfühlend, um das Wohl der gefangenen Amerikaner mit bangte<sup>480</sup> und reihte sich - mangels Alternativen - ins Medientheater ein. Schliesslich musste die Regierung im Fall TWA aufgrund des öffentlichen Drucks die bisher verfolgte Strategie aufgeben und suchte, in die Knie gezwungen, den Verhandlungsweg mit Israel und den Geiselnehmern. Die entscheidende Frage für die Politik lautete nun: wie konnte dies künftig verhindert werden?

### **Fazit: Bedarf nach nicht wahrnehmbarer Meinungssteuerung erkannt**

Die Medien waren während der TWA-Entführung keine neutrale Beobachter, sondern vielmehr Akteure in einer grossen Co-Produktion. Jeder war dabei seinen eigenen Zielen verpflichtet:

“The terrorists in the blackmail business, the hostages in the survival business, the media in the human interest business, and the American President in the national security business.”<sup>481</sup>

*Opferfamilien* und *Medien* bildeten eine neue, symbiotische und mächtige Gemeinschaft, die den PR-Apparat der Regierung in seiner gewohnten Handlungsroutine lähmte, Bedürfnis-

---

<sup>476</sup> Amerikanische Medien wurden danach stark kritisiert, weil sie die Truppenverschiebungen der Antiterror-einheit der Delta Force in den nahen Osten publiziert hatten. Medienkritiker argumentierten, dass die Geiseln in Beirut stets von einem Ort zum andern geschleppt wurden und eine Befreiung so vereitelt wurde. Die Informationen über die Truppenverschiebungen im Libanon wurden allerdings vom Pentagon selbst herausgegeben, wie sich erst später herausstellte. Ray Nunn, verantwortlicher Nachrichtenproduzent der NBC in Beirut, vergewisserte sich zuvor in der heimischen Redaktion, ob das Pentagon die gelieferten Informationen wirklich veröffentlichen wollte. Vgl. Picard Robert G.: *Media Portrayals...*, S. 66f.

<sup>477</sup> William Buckley wurde Geiselpfer des „Islamic Jihad“ im März 1985 in Beirut. U.S. Medien berichteten zwar über seine Geiselnahme, verschwiegen aber, dass Buckley aktueller CIA Chef vor Ort war. Vgl. Picard Robert G.: *Media Portrayals...*, S. 65.

<sup>478</sup> Hallin Daniel C.: *We keep...*, S. 90.

<sup>479</sup> Hallin Daniel C.: *We keep...*, S. 89.

<sup>480</sup> Hallin Daniel C.: *We keep...*, S. 90.

<sup>481</sup> Schmid Alex P.: *Terrorism and the media: The ethics of publicity*. *Journal of Terrorism and Political violence*, 1, S. 553, zitiert in: Paletz David L. Schmid Alex P 1992: *Terrorism...*, S. 212.

se in der Öffentlichkeit schuf und den politischen Entscheidungsprozess erfolgreich von einer sachlichen auf eine emotionale Ebene verlagerte. Die gemeinsame Basis der Berichterstattung war das von beiden eingeforderte Recht auf *Widerstand* der Bürger, weil die Regierungsgewalt die herrschende Ordnung verletzte, indem sie für die im Libanon festgehaltenen US-Geiseln in den Augen der Geiselfamilien und Medien nicht alles Menschenmögliche unternahm, um deren Freiheit zu erlangen. Die elektronischen Massenmedien unterstrichen durch die neuerdings emotionalisierte und öffentliche Berichterstattung ihre soziale Bedeutung. Das sich an klassischen Nachrichtenwerten orientierende Nachrichtenformat<sup>482</sup> wurde stückweise ausgetauscht. Nachrichtenmoderatoren wurden anstelle der Inhalte zu den neuen „Stars“ der Nachrichtensendungen.<sup>483</sup> Ihre Funktion als kompetentes Bindeglied zwischen den einzelnen, lose zusammengestellten Nachrichtenbeiträgen machte sie zum eigentlichen Gegenstand der Geschichte.<sup>484</sup> Die „Opfer“ waren die Akteure der Medieninszenierung, die formatgerecht ins Regiebuch der Nachrichtenproduzenten eingepasst wurden.

Die *Regierung* war mit der (Medien-)Situation überfordert. In den bisherigen Krisen hatte man klare Schlüsse aus den Versäumnissen der Watergate-Affäre gezogen und wollte bei der Pressearbeit nichts dem Zufall überlassen. Ähnliche Lehren zog man auch aus dem Fiasko im Libanon. In der Folge des Geiseldramas entwickelten verschiedene Polizeidepartements und das FBI spezifische Programme mit klingenden Namen wie „sessions for hostage negotiators“,<sup>485</sup> in denen Medienvertretern ein Training für den Umgang mit Terroristen angeboten wurde. Dies war berechtigt, weil auch die TV-Sender Opfer ihrer eigenen Handlungsökonomie werden konnten: bei den Treffen zwischen Medienvertretern und Nabih Berri (Führer der Terrormiliz) in dessen Haus in West-Beirut wohnten immer Absolventen amerikanischer Mediensschulen auf Seiten der Terroristen bei.<sup>486</sup> Die Terroristen verfügten also über eigene „Spin-Doctors“, die das (Medien)System der USA von innen her kannten und wussten, wie es zu manipulieren war. Die Medien gestanden nach der Beendigung der Berichterstattung ihr fehlbares Verhalten zwar ein und waren für die von der Regierung aufgelegten Programme vordergründig empfänglich, doch fand abermals keine gründliche und übergreifende Selbstkatharsis statt. Einige wenige Medienvertreter, darunter die damals zweitgrößte Nachrichtenagentur UPI (United Press International), die Chicago SunTimes und der Fernsehsender CBS

---

<sup>482</sup> Vgl Staab, Joachim Friedrich: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Ertrag. Freiburg/München 1990.

<sup>483</sup> Dan Rather, Nachrichtensprecher bei CBS, verdiente 3.5 Millionen Dollar, nur um die Nachrichten zu präsentieren. Paletz David L. Schmid Alex P 1992: Terrorism..., S. 138.

<sup>484</sup> Hoffman Bruce: Terrorismus..., S. 175.

<sup>485</sup> Finn John: Media Coverage of Political Terrorism and the First Amendment: Reconciling the Public's Right to Know with Public Order in: Yonah Alexander, Latter Richard (Hrsg.): Terrorism and the Media – Dilemmas for Government, Journalists and the Public, Virginia, 1990, S. 50.

<sup>486</sup> Hoffman Bruce: Terrorismus..., S. 177.

verabschiedeten Ethik-Kodizes,<sup>487</sup> die eine Plattform für eine redaktionsübergreifende, inner-redaktionelle Qualitätssicherung<sup>488</sup> zu schaffen versuchten<sup>489</sup> und vor künftig ähnlich „fehlbarem“ Verhalten bewahren sollten. Allerdings war der Erfolg von Netzwerken als qualitätssicherndes Instrument bescheiden.

Bislang war man sich gewohnt, Informationskontrolle durch Informationskanalisierung auszuüben. Den Medien spielte man bildschirmwirksame Informationen von den regierungs-internen PR-Abteilungen zu. Fiel die Berichterstattung nicht wie gewünscht aus, rief man die zuständigen Vorgesetzten an, um sie im Hinblick auf die Lehren der vergangenen Krisen um die korrekte Darstellung zu belehren.<sup>490</sup> Zudem inspizierte ein Staab an *Spin-Doctors*<sup>491</sup> beispielsweise vor den Auftritten des Präsidenten jeweils die Örtlichkeit und stimmte mit den Fernsehprofis den gesamten Auftritt ab. So wollte man agieren und nicht reagieren. Gepaart wurde dies mit der bisweilen recht einfach durchzusetzenden Selbstzensur der Medien, wie nicht nur Vietnam, sondern später auch die Berichterstattung über die US-Invasion in Grenada Anfang der 1980er Jahre zeigte.<sup>492</sup> Die TWA Entführung verdeutlichte nun, dass durch eine unheilvolle Allianz der Medien mit ihrem Publikum die Regierung aber durchaus durch ein medieneigenes *Agenda-Setting, Priming und Framing* in die Knie gezwungen werden konnte und dies mit den sämtlichen bisher eingeleiteten Massnahmen nicht zu kontrollieren war. Daran änderten auch die erweiterten Überwachungskompetenzen von CIA und FBI nichts, die bereits 1981 durch Reagan mit dem Zweck der Infiltration und Informationskontrolle verfolgt wurden. Rein gesetzgeberische und regulatorische Funktionen waren offenbar nicht zielführend, vielmehr mussten künftig Lösungen gefunden werden, um

„...über die Dinge zu verfügen, d.h. vielmehr Taktiken statt Gesetze oder äußerstenfalls Gesetze als Taktiken einzusetzen und dafür zu sorgen, dass mit einer bestimmten Anzahl von Mitteln dieser oder jener Zweck erreicht werden kann“.<sup>493</sup>

---

<sup>487</sup> Finn John: Media Coverage..., S. 43.

<sup>488</sup> Die vier meistgenannten sind: Code of Ethics der Society of Professional Journalists, Code der American Society of Newspaper Editors von 1922, überarbeitet 1975, der Radio/Television News Directors Code sowie der Associated Press Managing Editors Code. Zitiert, in: Russ-Mohl Stephan: USA: Ethik im Journalismus und in den Medien in: Gerhardt Rudolf, Pfeifer Hans-Wolfgang (Hrsg.): Wer die Medien bewacht – Medienfreiheit und ihre Grenzen im internationalen Vergleich, Beiträge zur Medienethik, Band 5, Frankfurt a.M. 2000, S. 173 – 182.

<sup>489</sup> CBS erwähnt explizit, dass Terroristen keine Plattform für eine selbstgerechte Eigendarstellung geboten werden sollte. Vgl dazu: Yonah Alexander, Latter Richard 1990: Terrorism..., S. 139.

<sup>490</sup> Heertsgard Mark: On Bended Knee. The Press and the Reagan Presidency, New York 1988, S. 29

<sup>491</sup> Der Begriff Spin Doctors stammt aus der PR und bezeichnet die für eine Kampagne verantwortlichen PR-Strategen.

<sup>492</sup> Trotz anders lautender Informationen wurde die Nachricht der Invasion der Insel viel zu spät publiziert. Die Journalisten unterwarfen sich danach mit nur geringem Widerstand den Regeln des Pool-Systems. Vgl hierzu: Heertsgard Mark: On bended knees..., S. 216.

<sup>493</sup> Foucault Michel: Die Gouvernementalität, in: Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas: Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a./M. 2000, S. 54.

## **Zweiter Teil: Informations- und Machtcodes im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs (1990/1991)**

*“It’s difficult to play devil’s advocate, especially against such a popular president as George Bush” (Sam Donaldson, ABC, zur Berichterstattung im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs)<sup>494</sup>*

Die wichtigste Lehre bestand wohl zuerst im Verständnis, dass sich Argumente lediglich innerhalb eines kommunikativen Raums entfalten, der sie zulässt. Dieser Raum wird, wie wir gesehen haben, stets durch ökonomische, publizistische und politische Begehren beeinflusst. Die öffentliche Meinungsbildung musste - gerade aus den Erfahrungen in Vietnam und der TWA-Entführung - aus dem Blickwinkel der Regierung also einen Zugang zu Massenmedien schaffen, der die Medienagenda mitzuprägen vermochte, ohne als federführender Meinungsbildner durch das Medienpublikum identifiziert zu werden. Diese Opportunität eröffnete der schleichende Zerfall der bipolaren Weltordnung. Bislang haben wir uns auf die Berichterstattung während des Vietnamkriegs und der TWA-Entführung sowie die damit verbundenen Bedingungen und Bauarten des Medienzugangs und der Medien selbst konzentriert. Das nachfolgende Kapitel 7 ordnet nun zuerst die politischen Verstreungen und Motive der involvierten Parteien im Vorfeld des zweiten Golfkriegs, diskutiert dann zweitens die Bedeutung des Kalten Kriegs für den Verlauf der Golfkrise und den Feindbildaufbau und begründet damit die daraus abgeleitete politische Sicherheitsdirektive der ersten Bush-Administration, die für die Analyse der nachfolgenden Kapitel wichtig sein wird. Die Einführung einiger zentraler Figuren der Administration erfolgt aus einem ähnlichen Grund: sie schärft das Verständnis für die politischen und ökonomischen Motive der jeweiligen Protagonisten, die dann im nachfolgenden Analyseteil (Kapitel 8-12) von Bedeutung sein werden. Zuletzt erfolgt eine Darstellung der Mediensituation nach dem Krisenausbruch am 2. August 1990, der dann als Anschlusslösung aus den Lehren der TWA-Entführung das Gewicht einer medial ausgespielten symbolischen Politik betont.

---

<sup>494</sup> Ruffini Gene: Press Failed to Challenge the Rush to War, in: Smith Hendrick (Hrsg.): The media..., S. 282-287, hier S. 282.

## **7 Standortbestimmung im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs**

Im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs von 1990/1991 war die Sowjetunion politisch bereits stark geschwächt: Litauen erklärte am 11. März 1990 die Unabhängigkeit und am 12. Juni 1990 erklärte sich die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, das Kernland der UdSSR, für souverän. Der damalige Präsident Gorbatschow wehrte sich militärisch gegen die Auflösung der Union. Im Januar 1990 marschierten sowjetische Streitkräfte in Baku (Aserbaidschan) ein und auf Litauen wirkte man im März 1990 zuerst noch mit Wirtschaftsblockaden und dann, im Januar 1991, mit dem militärischen Einmarsch ein. Solche Rückfälle in die Interventionspolitik der fünfziger und sechziger Jahre hielten den Zerfall der Union indes nicht auf: im Januar und Februar 1991, also in der entscheidenden Eskalations- und Kriegsphase des Zweiten Golfkriegs, fielen die Beschlüsse jene Organisationen aufzulösen, die den Ostblock wirtschaftlich und militärisch koordiniert hatten. Am 4. und 5. Januar 1991 wurde der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW), am 25. Februar 1991 der „Warschauer Pakt“ aufgelöst. Die Auflösung der Union war damit nur noch ein bürokratischer Schritt, der am 31.12.1991 formal erfolgte und der in der US-Aussenpolitik neue Perspektiven erforderte, da die stereotypen Feindbilder des Kalten Kriegs bereits im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs verblassten.

### **7.1 Ende des Ersten Golfkriegs, Ende des Kalten Kriegs – neue Krisen- und Kriegsargumente notwendig**

Vor dem Ersten Weltkrieg gehörte Kuwait zur Provinz Basra, einer Verwaltungseinheit des Osmanischen Reiches, die territorial allerdings nicht mit dem Gebiet der heutigen südirakischen Provinz Basra identisch ist. Zum Irak gehörte Kuwait zwar nie, der Irak bestritt dennoch von jeher die Legitimität der kuwaitischen Unabhängigkeit. Bis 1990 war der Streit um Kuwait aber nicht von konkreten Massnahmen begleitet. Als problematisch erwies sich schliesslich, dass die Grenze Irak-Kuwait nie eindeutig genug festgelegt worden war und die Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Ländern seit der Entstehung Kuwaits schwelten. Auf den Landkarten war dieses Gebiet anhand der Markierung von „neutralen Zonen“ ersichtlich.

Nach dem ersten Golfkrieg (Iran/Irak-Krieg) Ende 1980er Jahre war der Irak hoch verschuldet: die Auslandsschulden beliefen sich auf über 80 Mrd. US-Dollar, der Krieg kostete das Land über 452 Mrd. US-Dollar.<sup>495</sup> Zum Vergleich: vor dem Krieg verfügte der Irak über

---

<sup>495</sup> Fürting Henner: Kleine Geschichte des Irak, München 2004, S. 119.

Währungsreserven von über 35 Mrd. US-Dollar. Diese Rücklagen übertrafen diejenigen der USA oder Japans.<sup>496</sup> Der Irak war ökonomisch ausgeblutet und auf die Zuwendungen der konservativen arabischen Golfmonarchien wie etwa Saudi-Arabien angewiesen. Der Waffenstillstand mit Iran liess diese stete Einnahmequelle versiegen, mit dem der bislang aufgetürmte Schuldenberg in Schach gehalten wurde. Nun war er einzig das Problem der Iraker.

Als gefährlich erwies sich nun, dass der Irak im Laufe des ersten Golfkrieg zur grössten und führenden Kriegsmaschinerie in der Golfregion aufgestiegen war. Der erste Golfkrieg zwischen dem Irak und Iran wurde im Westen und von den konservativen arabischen Monarchien als Kampf gegen einen fundamentalistischen, weil theokratisch ausgerichteten Islam interpretiert, der sich über den gesamten Globus ausbreiten wollte.<sup>497</sup> Die Kriegsbeurteilung ermöglichte dem Irak, gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu knüpfen, die den Irak über Jahre hochrüsteten; so belieferten die USA den Irak nicht nur mit Aufklärungsdaten über iranische Stellungen, sondern auch mit kritischer Biowaffentechnologie. Aber auch die Sowjetunion, China oder Frankreich waren wichtige Waffenlieferanten und Geschäftspartner des Iraks: Frankreich lieferte etwa die Kampfflugzeuge des Typs „Mirage“ als auch angereichertes Uran, um damit einen Atomreaktor zur zivilen Nutzung zu betreiben, kurz: der irakische Krieg war über die Blockbildung hinweg ein gutes Geschäft für alle Parteien. Der Irak beharrte nach dem Krieg deshalb nicht zu Unrecht auf dem Argument, im Interesse der arabischen und westlichen Welt gekämpft zu haben – auch wenn der iranisch-irakische Krieg für Hussein sicherlich in erster Linie als perfekter Selbstzweck zur Erhaltung der eigenen, mit grosser Brutalität aufrechterhaltenen politischen Machtbasis funktionierte. Hussein ging aber noch einen Schritt weiter, denn er begann zum Jahreswechsel 1989/90 unverhohlen hegemoniale Ansprüche zu stellen: Medien und Regierungsbulletins verwiesen auf die Langstreckenraketen, die moderne und zahlenmässig starke Luftwaffe sowie die Arsenale mit chemischen Waffen, welche bislang Khomeinis Horden in Schach gehalten hätten und damit die arabischen Golfstaaten, vor allem Kuwait, vor dem sicheren Untergang gerettet hätten. Diese Leistung habe die historische Aufgabe des Iraks bekräftigt, als Erbe der Abbassiden<sup>498</sup> die Hierarchie der Golfstaaten anzuführen. Nur der Irak verfüge über die Schlagkraft Israel in die

---

<sup>496</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 123.

<sup>497</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 104.

<sup>498</sup> Die abbasidischen Kalifen entstammen einem Onkel des Propheten Mohammed und kamen um 750 nach Christus durch eine Bewegung an die Macht, die sich gegen die damals von vielen Muslimen als zu weltlich angesehenen Umayyaden richtete. 762 errichteten sie Bagdad und organisierten von hier aus ihr persisches Grossreich. Vgl. hierzu: Hugh Kennedy: When Baghdad ruled the Muslim world. Cambridge/Mass. 2005.

Schranken zu weisen – eine Aufgabe, an der alle anderen arabischen Ländern - auch Syrien und Ägypten - bislang gescheitert sein.<sup>499</sup>

Der Irak stellte somit hegemoniale und ökonomische Ansprüche und hoffte, durch eine Senkung der Ölförderquote eine Steigerung des Ölpreises zu erzielen, um seine Schulden zu begleichen. An einer Tagung der ölfördernden Golfstaaten am 24. Februar forderte Hussein Saudi-Arabien und Kuwait unmissverständlich auf, Irak Kriegsschulden in der Höhe von 30 Mrd. US-Dollar zu erlassen und einen Betrag in derselben Höhe dem Land als Kredit zur Verfügung zu stellen. Als sich 21 arabische Staatschefs am 28. Mai 1990 zu einem Gipfeltreffen zusammenfanden, weitete Hussein seine Forderung aus und verlangte nun den Erlass sämtlicher Kriegsschulden und einen Sofortkredit von 10 Mrd. US-Dollar.<sup>500</sup> Die OPEC aber erhöhte inzwischen die Ölförderquote und senkte so die Preise. Der Irak stand nun ökonomisch mit dem Rücken zur Wand. Hussein setzte seine Kritik am Beispiel von Kuwait fort und behauptete, dass Kuwait Vorteile aus dem Iran-Irak-Krieg für Ölbohrungen und den Bau militärischer Posten auf irakischem Boden nahe Kuwait (Rumailah) gezogen hätte, dass der Irak der gemeinsamen arabischen Sache einen Dienst erwiesen habe, indem er wie ein Puffer gegen den Iran wirkte und dass folglich Kuwait und Saudi-Arabien die irakischen Kriegsschulden annullieren oder zumindest verhandeln müssten. Am 17. Juli 1990 warf der Irak dem Nachbarland Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten erneut vor, weit mehr als die im Rahmen der OPEC vereinbarte Menge an Erdöl zu fördern und damit die Preise zu drücken. Dadurch seien dem Irak in den vergangenen zwei Jahren Verluste im Wert von 14 Milliarden US-Dollar entstanden.

Die US-amerikanische Diplomatin und Botschafterin April Glaspie versuchte in einem Treffen am 25. Juli zu vermitteln und liess US-Präsident Bush danach wissen, Hussein hege keinerlei Angriffsabsichten auf Kuwait. Die Rolle Glaspie's ist bis heute nicht restlos geklärt, die US-Diplomatin verschwand nach ihren unglücklichen, für den Krisenfortverlauf prägenden Aussagen im August 1990 von der medialen Bildfläche und erhielt erst acht Monate später vom amerikanischen Außenministerium die Erlaubnis, vor dem Kongress auszusagen.<sup>501</sup> Als Folgeschwer erwies sich anlässlich jenen Treffens im Juli 1990 Glaspie's Aussage an Hussein, dass die USA keine Meinung zu innerarabischen Streitigkeiten wie Ihre Unstimmigkeiten bezüglich der Grenze mit Kuwait habe und dass die USA über keine spezifischen Verteidigungs- und Sicherheitsabkommen mit Kuwait verfüge. Hussein interpretierte dies als

---

<sup>499</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 122.

<sup>500</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 124.

<sup>501</sup> Friedmann Thomas L.: „AFTER THE WAR; U.S. EXPLAINS VIEW ON ENVOY TO IRAQ“, in: New York Times, March 22, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.



Zustimmung für sein weiteres Vorgehen, seine zuvor ausgestossenen Drohungen, Israel auch mit chemischen Waffen anzugreifen, verurteilten die Amerikaner offensichtlich nicht.<sup>502</sup> Die Annexion Kuwaits und deren Eingliederung als 19. Provinz Iraks machte aus dem Blickwinkel Iraks sowohl ökonomisch als auch politisch Sinn, denn Hussein erhielt so Zugriff auf kuwaitischen Rücklagen im Wert von ca. 100-120 Mrd. US-Dollar. Er verfügte so mit einem Mal über genügend Mittel, die Kriegsschulden abzustreifen und kontrollierte danach über 20% der globalen Erdölreserven.<sup>503</sup>

Die US-Position war zu diesem Zeitpunkt nicht nur durch die Aussagen Glaspie's problematisch belegt: noch im Juli 1990 erklärte General Colin Powell, damals Chef der Vereinigten Staabschefs der US-Streitkräfte, dass ein Krieg trotz der militanten Töne nicht auf der US-Agenda stünde<sup>504</sup> und das im Zuge des Iran-Irak-Kriegs begründete militärisch-strategische Partnerschaft beinhaltete Projekte, die geheim gehalten wurden. So waren noch im Juli 1990 gemeinsame Militärmanöver geplant,<sup>505</sup> die strategische Militärallianz konnte aus dem Blickwinkel Husseins so als nicht gefährdet beurteilt werden. Die US-Amerikaner rüsteten ihn also nicht nur seit über einem Jahrzehnt mit militärischer Hochtechnologie aus, sondern man verschloss nun die Augen vor den verbalen Entgleisungen des irakischen Machthabers. Weder die Verbalangriffe auf Israel, noch die Installation von auf Israel gerichteten Scud-Raketen-Abschussbasen im westlichen Irak, noch die Exekution eines britischen Journalisten im Irak, der das Regime als Polizeistaat anprangerte, führten zu einer Umkehr der US-Sicherheitspolitik, im Gegenteil: das Rüstungsgeschäft, das bislang Einkünfte von über 3.6 Mrd. USD eingebracht hatte, wurde ebenso weiterverfolgt wie die zugesprochenen Kredite der USA an den Irak. Der Kongress beantragte zwar deren Aussetzung, diese wurde aber vom US-Präsidenten abgelehnt.

Dennoch begann unter dem Namen „Desert Shield“ eine der grössten logistischen Operationen seit dem Koreakrieg (1950-1953), nachdem Hussein am 2. August 1990 Kuwait besetzte. Die USA verlegten 2 Mio. Tonnen militärische Gerätschaft an den Persischen Golf und fanden in den grossen europäischen Industriestaaten und wichtigen arabischen Ländern militärische Bündnispartner gegen den irakischen Diktator. Den ersten Intelligence Report, der den irakischen Einmarsch nach Kuwait thematisierte, erhielt Präsident Bush bereits am Abend des 1. Augusts 1990 von Brent Scowcroft (Bushs Sicherheitsberater) und Richard Haass über-

---

<sup>502</sup> Mearsheimer John J., Walt Stephen M.: Can Saddam Be Contained? Historian says yes, Public Paper, November 12, 2002, S. 5. <http://ksghome.harvard.edu/~swalt/files/121982belfersaddam.pdf>

<sup>503</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 124.

<sup>504</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 126.

<sup>505</sup> Hacke Christian: Zur Weltmacht Verdammt. Die amerikanische Aussenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush, München 2005, S. 489.

reicht.<sup>506</sup> Scowcroft sollte sich umgehend mit Baker und dem sowjetischen Aussenminister Eduard Shevardnadze beraten. Danach beauftragte Präsident Bush den amerikanischen U.N. Botschafter Thomas Pickering, ein dringendes Treffen zur Festlegung einer Resolution zu forcieren. Am 2. August waren bereits sämtliche irakischen und kuwaitischen Vermögen in den USA eingefroren und die USA sicherten Saudi-Arabien, das von Präsident Bush als nächstmögliches Ziel gehandelt wurde, bereits die volle Unterstützung zu. Scowcroft umschrieb die Mediensprache des US-Präsidenten zu diesem heiklen Zeitpunkt wie folgt:

„First don't say anything at this early point which would telegraph his thinking”.<sup>507</sup>

Am 2. August 1990 verabschiedeten die Vereinten Nationen bereits die Resolution 660, welche die militärische Annexion Kuwaits verurteilte und umgehend die Wiederherstellung des bisherigen politischen status quo einforderte.<sup>508</sup> Resolution 661, die der Sicherheitsrat am 6. August 1990 beschloss, verhängte weitreichende Wirtschaftssanktionen aller angeschlossenen Staaten über den Irak, betonte das völkerrechtskonforme Recht Kuwaits auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung gemäss Artikel 51 der UN-Charta<sup>509</sup> und schloss den Einsatz von Gewalt bis am 25. September kategorisch aus.

Für die US-Amerikaner bedeuteten die UN-Resolutionen verbindliches internationales Recht, aufgrund derer eine innenpolitische Debatte und die Auseinandersetzung mit den eigenen historischen „Routen“ losgetreten werden konnte. Wie hoch die Relevanz der U.N.-Resolutionen als Steuerungsinstrument für die US-amerikanische Innenpolitik gewesen sein mussten, lässt der hohe Preis vermuten, den die US-Regierung für die Durchsetzung der Resolution 678 im Sicherheitsrat offenbar zu zahlen bereit war. Auf die Initiative von US-Präsident Bush und des britischen Premierministers Major verabschiedete der U.N.-Sicherheitsrat am 28. November 1990 schliesslich die Resolution Nr. 678, die den Irak ultimativ aufforderte, den *status quo ante* bis zum 15. Januar 1991 wiederherzustellen.<sup>510</sup> Mit der Resolution 678 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wurden die Mitgliedstaaten der U.N. ermächtigt, ab dem 15. Januar 1991 zur Befreiung Kuwaits vom Irak Militärgewalt anzuwenden. Die am 29. November 1990 verabschiedete Resolution 678 bedeutete eine internationale und unumkehrbare disziplinarische Massnahme, denn das Ultimatum baute einen *unumkehrbaren zeitlichen Horizont mit klar abzuleitenden Forderungen und Folgen* auf:

---

<sup>506</sup> Haass war zu dieser Zeit als „Special Assistant to the President“ und später Direktor des Mitte think-tanks Brookings Institution.

<sup>507</sup> Bush George, Scowcroft Brent: A World Transformed..., S. 315.

<sup>508</sup> [http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr660-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr660-90.pdf)

<sup>509</sup> [http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr661-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr661-90.pdf)

<sup>510</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 128.

„2. Authorizes Member States co-operation with the Government of Kuwait, unless Iraq on or before 15 January 1991 fully implements, as set forth in paragraph I above, the foregoing resolutions, to use all necessary means to uphold and implement resolution 660 (1990) and all subsequent relevant resolutions and to restore international peace and security in the area“.<sup>511</sup>

Die US-Regierung und die Alliierten investierten im Vorfeld milliardenschwere Zusagen an Russland<sup>512</sup> und setzten sich dafür ein, dass weiteren Ländern im Falle ihrer Zustimmung zur Resolution ein beträchtlicher Teil ihrer Schulden (über 10 Milliarden Dollar im Falle von Ägypten) erlassen wurde, wie die Times Ende Mai 1991 enthüllte.<sup>513</sup> Im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs wurde dieser Handel aber verschwiegen. Lediglich am 27. Dezember findet sich ein formal-korrekt aufbereitetes Dokument der US-Regierung, indem der Präsident aufgrund der ihm gesetzlich zugesprochenen Grundlage dem Kongress den Erlass der ägyptischen Militärschulden bekannt gibt. Über den Betrag schweigt sich die Mitteilung allerdings aus.<sup>514</sup>

Als das Ultimatum verstrich, setzten unter dem Namen „Desert Storm“ am 16. Januar 1991 die Luftangriffe und ab dem 23. Februar 1991 die Bodenkämpfe auf strategische Ziele im Irak ein. Der Krieg endete am 3. März 1991 mit der irakischen Kapitulation. Angriffsziele seien, so die Botschaft des Militärs an die Nation zu Hause, wichtige Knotenpunkte der Infrastruktur: Brücken, Eisenbahn- und Strassenknotenpunkte, Fabriken, Raffinerien usw. Zivile Opfer sollten vermieden werden.

Die US-Regierung ihrerseits betonte von Beginn weg den Anschluss an die Internationale Staatengemeinschaft insofern, als dass die Ahndung des Nichteinhaltens von Resolutionen nur von der Internationalen Staatengemeinschaft vollzogen werden könne. Man bekräftige so die Subordination unter ein internationales Rechtssystem, das nicht nur für die USA, sondern auch für die langjährigen politischen Weggefährten wie Frankreich, Deutschland und Saudi-Arabien, aber auch für die politisch instabilere Mitglieder wie etwa die Sowjetunion oder Syrien verbindlich war. Den Verordnungen des Sicherheitsrats oblag damit eine stabilisierende Funktion inmitten eines globalen Umbruchs in der Ära nach dem Kalten Krieg, die gleichwohl ein fragliches Ende der über Jahrzehnte aufrechterhaltenen bipolaren Machtstruktur bedeutete.

---

<sup>511</sup> <http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/575/28/IMG/NR057528.pdf?OpenElement>

<sup>512</sup> Clark Ramsey: Wüstensturm: US-Kriegsverbrechen am Golf, Viöl 2003, S. 246.

<sup>513</sup> [http://www.csis.org/media/csis/pubs/pm\\_0195.pdf](http://www.csis.org/media/csis/pubs/pm_0195.pdf), gemäss der New York Times vom 27. Mai 1991 immerhin eine Summe von ca. 10 Milliarden US-Dollar. Vgl. <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9D0CE3DD1E3DF934A15756C0A967958260>

<sup>514</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2574&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2574&year=1990&month=12)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die US-Regierung bis zur Besetzung Kuwaits durch den Irak aussenpolitisch nichts unternahm, um den irakischen Machthaber rechtzeitig in die Schranken zu weisen, dann aber umfassend eingriff, damit erstens der *status quo ante* wiederhergestellt wurde und zweitens der einmal begonnene Krieg an den heimischen Bildschirmen in einem positiven Licht erstrahlte. Dazu hatte die Regierung auch gute ökonomische Gründe, denn die amerikanische Politik war seit über elf Jahren eine Interessenspolitik zur Sicherung von Ölreserven, die sie über die Stabilisierung politischer Ordnungen in den arabischen Golfstaaten vollzog. Das gut laufende Rüstungsgeschäft bedeutete zudem einen gewichtigen Zusatzertrag für die US-amerikanische Rüstungsindustrie- und Staatskassen: noch im August 1990 erklärte ein Berater von Präsident Bush, dass „jeder Dummkopf“ das Prinzip verstehen müsse, dass die USA Öl brauche. Über Freiheit und Demokratie könne man trefflich plaudern, nur seien weder Kuwait noch Saudi-Arabien Demokratien. Wären deren Hauptexportgüter Orangen gewesen, wäre Washington in Urlaub gefahren.<sup>515</sup> Ein Vergleich mit anderen Energieträgern verdeutlicht die strategische Bedeutung der Ölvorkommen. Im Jahr 1988 wurden 1864 Mio. Barrel Öl in die USA importiert, 1989 waren es bereits 2133 Mio. und 1992, nach dem Schock des Golfkriegs, 2220 Mio. Barrel. 1989 war Saudi-Arabien mit 407 Mio. Barrel der wichtigste Lieferant der USA, gefolgt von Nigeria (292 Mio. Barrel), Venezuela (181 Mio. Barrel) und dem Irak (161 Mio. Barrel Öl). Der Beitrag Kuwaits belief sich 1989 auf 57 Mio. Barrel Öl. 1990 waren es noch 29 Mio. Barrel, während im selben Zeitraum die Fördermenge im Irak auf 188 Mio. Barrel gesteigert wurde. 1991, nach dem Totalboykott des Iraks, sprang abermals Saudi-Arabien ein und erhöhte die Fördermenge auf 622 Mio. Barrel Öl, was einer gigantischen Steigerung der Fördermenge um über 40% entspricht. Venezuela erhöhte die Fördermenge 1990 auf 243 Mio. Barrel Öl, was einer Steigerung um fast 35% entsprach.<sup>516</sup> Die Ölabhängigkeit der USA verdeutlicht sich nun nicht nur geografisch, sondern vor allem anhand des Produktionslevels anderer Energieträger. Die Leistungssteigerung der Nukleartechnologie betrug zwischen 1989 und 1990 lediglich eine Million Kilowatt (von 111 auf 112 Millionen Kilowatt) und sank bis 2006 kontinuierlich auf 104 Millionen Kilowatt. Der Anteil der nuklearen Stromerzeugung am gesamten inländischen Energiebedarf bewegte sich dabei konstant um die 20% Marke.<sup>517</sup> Öl war der einzige flexible Energiefaktor – und zusätzliche Energie war wichtig: betrug der Energiehunger der USA 1988 noch 82.87 Milliarden BTU,<sup>518</sup> machte er im Folgejahr bereits 85 Milliarden BTU

---

<sup>515</sup> International Herald Tribune, Paris, 16.11.1990, zitiert in: Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 127.

<sup>516</sup> Crude Oil Imports Into the U.S. by Country of Origin: 1980 to 2006:  
[http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/crude\\_oil\\_petroleum.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/crude_oil_petroleum.html)

<sup>517</sup> [http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/nuclear.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/nuclear.html)

aus und stieg nach der Golfkrise bis im Jahr 2004 auf 100.41 BTU's an. Ebenso wie die Gasproduktion nahm auch Kohle als Energieträger einen wichtigen Stellenwert ein. 1989 betrug der Produktionswert 21.34 Billionen BTU, 1990 22.46 Billionen BTU und 1991 schliesslich 21.59 Billionen BTU. Ebenso wie die Produktionseinheiten bei Gas (ca. 18 Billionen BTU) und der Nuklearenergie (6 Billionen BTU) verhielt sich die gewonnene Energie aus Kohle statisch, diejenige aus der inländischen Ölproduktion war gar rückläufig.<sup>519</sup> Die Ölimporte mussten zwischen 1988 und 1990 von 15.75 Billionen BTU auf 17.12 Billionen BTU erhöht werden, um dem steigenden Energiehunger des Landes nachzukommen. Insgesamt fiel der inländische Energieproduktionslevel (inkl. Erneuerbarer und alternativer Energien) von 1990 bis 1993 von 70.79 Billionen BTU auf 68.33 Billionen BTU zurück.<sup>520</sup> Der steigende Energiebedarf der USA konnte so einzig durch Lieferungen aus dem Ausland gedeckt werden, denn ausländisches Öl war die einzig flexible Alternative und die irakische Dominanz am Persischen Golf bedrohte den stabilen Zugang. Die Grundlagen für ein militärisches Engagement im Nahen Osten lieferte die früh abgefasste *National Security Directive Nr. 26* am 2. Oktober 1989.

## **7.2 Pax Americana - Aussenpolitische Sicherheitsdirektive der Bush-Administration 1989**

Die Schlüsselfiguren der Administration Bush, Präsident George H.W. Bush, James Baker, Richard Cheney und Donald Rumsfeld, gehörten einer politischen Generation an, welche das Konzept der *Pax Americana* verkörperte, einer Vorstellung von Amerika als einer Weltmacht also, die sich rund um den Globus für den demokratischen Wandel einzusetzen hatte. Husseins Einfall nach Kuwait destabilisierte nun nicht nur die fragile politische Situation im nahen Osten, sondern bedrohte durch den Ölengpass die *Pax Americana* in ihren Grundfesten. Die bereits am 2. Oktober 1989 festgelegte *Security Directive Nr. 26* legte nicht nur die Notwendigkeit politischer Stabilität am Persischen Golf dar, sondern sprach sich deutlich für die

---

<sup>518</sup> Die British thermal unit (BTU) ist eine angloamerikanische Einheit der Energie. Ihr Einheitenzeichen ist definiert als die Wärmeenergie, die benötigt wird, um ein britisches Pfund Wasser von 63 Grad Fahrenheit auf 64 Grad Fahrenheit zu erwärmen. Die Energiezählung des U.S. Bureau of Census enthält folgende Faktoren: „coal, natural gas, petroleum, nuclear electric power, hydroelectric power, wood, waste, alcohol fuels, geothermal, solar, wind, net imports of coal coke, and net imports of electricity, electricity end-use, and electrical system energy losses“. Vgl. hierzu:

<sup>519</sup> [http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/production\\_consumption\\_trade.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/production_consumption_trade.html)  
Energy Supply and Disposition by Type of Fuel: 1960 to 2005:

<sup>520</sup> [http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/production\\_consumption\\_trade.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/production_consumption_trade.html)  
Energy Imports and Exports by Type of Fuel: 1980 to 2005:

[http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/production\\_consumption\\_trade.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/production_consumption_trade.html)

militärische Sicherung der eigenen Ölinteressen aus. Interessanterweise wurde die Beziehung zum Irak innerhalb des arabischen Raums schon zu diesem Zeitpunkt separat definiert.<sup>521</sup>

Präsident Bush akzeptierte zudem die Empfehlungen seiner Berater und formulierte für die Golfregion eine militärische Gesamtstrategie, die auf der Sicherung des Zugangs zu Öl gegen jegliche Feinde beruhte:

„Access to the Persian Gulf oil and the security of key friendly states in the area are vital to U.S. national security. The United States remains committed to defend its vital interests in the region, if necessary and appropriate through the use of U.S. military force, against the Soviet Union or any other regional power with interests inimical to our own.“<sup>522</sup>

Die strategische Ausrichtung in der 1989 erstellten Sicherheitsdirektive sah die Eingrenzung westlicher Allianzpartner ebenso wie den Verkauf von Waffen vor,

„to help friendly regional states meet their legitimate defense requirements, so long as such sales do not present a security threat to Israel“. <sup>523</sup>

Die Aufgaben der USA in Nahost fasste Bush im Märzbericht 1990 des „National Security Strategy of the United States“ erneut zusammen als:

„The necessity to defend our interests“. <sup>524</sup>

Darunter zählte er wiederum den Zugang zu den Ölreserven, aber auch die Sicherheit Israels und der modernen arabischen Staaten. Gleichzeitig unterstrich er die militärischen Engagements von 1983-84 im Libanon, 1986 Libyen sowie 1987-88 im Persischen Golf als jeweils *notwendiger Schritt*, um den eigenen Interessen nachzukommen. Druck werde künftig gegen jene Parteien aufgebaut, die Terrorismus und Umstürze unterstützten.<sup>525</sup>

Im selben Bericht unterstrich der Präsident, welche Strategie die Administration sicherheits- und aussenpolitisch verfolgen werde und durch welche Werte diese Politik angeleitet wurden:

„We have always sought, to protect the safety of the nation, its citizens, and its way of life. We have also worked to advance the welfare of our people by contributing to an international environment of peace, freedom, and progress within which our democracy – and other free nations – can flourish...These broad goals have guided American foreign and defense policy throughout the life of the Republic. They were as much the driving

---

<sup>521</sup> Bush George, Brent Scowcroft: A World Transformed..., S. 305f. Zu finden auch unter:

<sup>522</sup> <http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/nsd/nsd26.pdf>

<sup>523</sup> Ibid.

<sup>524</sup> Security Strategy of the United States, 1990, S. 13.

<sup>525</sup> Ibid.

force behind President Jefferson's decision to send the American Navy against the Pasha of Tripot in 1804 as they were when President Reagan directed American naval and air forces to return to that area in 1986."<sup>526</sup>

Präsident Bush legitimierte seine Politik als konsequente Fortsetzung der bisherigen moralisch-korrekten Wertvorstellungen der USA:

"It is a common moral vision that holds together our alliances in Europe, East Asia, and other parts of the world – a vision shaped by the Magna Carta, our Declaration of Independence and Bill of Rights, the Declaration of the Rights of man, the United Nations Charter, the Universal Declaration of Human Rights...The American commitment to an alliance strategy (...) has a more enduring basis than simply the perception of a common enemy."<sup>527</sup>

Präsident Bush unterstützte dabei wohl ein freies und offenes internationales Handelssystem<sup>528</sup> sowie Frieden und Sicherheit für jedermann, diese sei aber lediglich gewährleistet, wenn sich die USA gut genug auf den Ernstfall vorbereite.<sup>529</sup> Die USA müsse als freie und unabhängige Nation, geprägt durch ihre fundamentalen und intakten Werten sowie ihren Institutionen und Bürgern überleben, um Frieden und Sicherheit für jedermann sichern zu können.<sup>530</sup> Die zuständige Administration werde mit ihren Verbündeten deshalb,

"...deter any aggression that could threaten its security and, should deterrence fail, repel or defeat military attack and end conflict on terms favourable to the United States, its interest and allies".<sup>531</sup>

Ob Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Durchsetzung von Waffenkontrollen, die Unterbindung des Transfers militärisch sensibler Technologien und Massenvernichtungswaffen oder die Durchsetzung der Menschenrechte: für die Bush-Administration war der eigene Auftrag klar definiert. Es ging einzig um die Förderung einer

„stable and secure world, fostering political freedom, human rights, and democratic institutions“.<sup>532</sup>

Dabei verpflichtete sich Präsident Bush bei regionalen Konflikten diplomatische Lösungen vorzuziehen gleichwohl aber das militärische Gleichgewicht aufrecht zu halten, um Mächten, die nach regionaler Dominanz strebten, entgegen zu treten.

Die ökonomische und militärische Stärke der USA führte Präsident Bush auf die technische Überlegenheit zurück. Diesen Vorsprung gelte es beizubehalten, denn der Verlust von Schlüsselindustrien könne den eigenen Produktionsplatz gefährlich ins Schlingern bringen.<sup>533</sup>

---

<sup>526</sup> National Security Strategy of the United States, 1990, S. 1. zu finden unter: [http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/national\\_security\\_strategy\\_90.pdf](http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/national_security_strategy_90.pdf)

<sup>527</sup> Ibid.

<sup>528</sup> Ibid.

<sup>529</sup> Security Strategy of the United States, 1990, S. 1f.

<sup>530</sup> Security Strategy of the United States, 1990, S. 2.

<sup>531</sup> Ibid.

<sup>532</sup> Ibid.

<sup>533</sup> National Security Strategy of the United States, 1990, S. 22.

Damit der industrielle Vorsprung gehalten werden könne, müsse der Zugang zu den essentiellen Energieträgern gewährleistet bleiben:

„The concentration of 65 percent of the world’s known oil reserves in the Persian Gulf means we must continue to ensure reliable access to competitively priced oil and an prompt, adequate response to any major oil supply disruption.“<sup>534</sup>

Die Verteidigungsagenda im März 1990 umfasste dementsprechend vier Elemente: Abschreckungspolitik, starke Allianzen, vorausschauende Verteidigung sowie die Verbreitung des amerikanischen Gedankenguts.<sup>535</sup> Diese Fixpunkte galten nicht nur für den aussenpolitischen Raum, sondern prägten ebenso die ideologischen und gesellschaftlichen Überzeugungen und Interessen von zentralen Schlüsselvertretern der ersten Bush-Administration, angefangen beim US-Präsidenten selbst.

### **7.3 Schlüsselfiguren der Bush-Regierung vor dem Golfkrieg 1990**

#### **George Bush – Repräsentant einer isolierten Elite**

George Herbert Walker Bush studierte an der renommierten Yale Universität, trat 1942 nach dem Abschluss als bis dahin jüngster Pilot in die Navy ein und flog während des Zweiten Weltkriegs zahlreiche Kampfeinsätze. Bereits 1959 engagierte er sich für die damals noch schwache republikanische Partei in Texas. Durch das Geld der bereits damals reichen Bush Familie gelang ihm der Einstieg ins Ölbusiness. Zwischen 1967-1971 war er im Capitol Hill als republikanischer Repräsentant des ländlichen Houstons gewählt, diente danach zuerst als Botschafter im Dienste Präsident Nixons bei den Vereinten Nationen, wurde unter Präsident Ford 1976 zum Direktor der CIA berufen und war unter Reagan acht Jahre Vizepräsident. Bereits 1979 meldete er eine Präsidentschaftskandidatur an, zog diese aber rasch zurück, nachdem sich Reagans Sieg abzeichnete. Während der Regierungszeit Reagans erhielt Bush den Ruf eines stets loyalen Vize-Präsidenten und wurde danach als 41. amerikanischer Präsident der Vereinigten Staaten gewählt. Zweifellos gehörte der Bush-Clan bereits zu diesem Zeitpunkt zu den einflussreichsten amerikanischen Familien. Dunkle Kapitel, wie die mutmasslichen Verbindungen des Grossvaters zu Nazideutschland, werden bis heute konsequent ausgeblendet.<sup>536</sup> Sie sind deshalb nicht im Gedächtnis der Öffentlichkeit verankert, obwohl renommierte Blätter wie der englische „The Guardian“ vor einigen Jahren ausführlich über

---

<sup>534</sup> Ibid.

<sup>535</sup> National Security Strategy of the United States, 1990, S. 23.

<sup>536</sup> Der Familie Bush werden Verbindungen und Geschäfte mit Nazideutschland nachgesagt. Prescott Bush, Aufsichtsrat in der Union Bank, die Nazi-Geld im grossen Stile wusch, wurde deswegen verurteilt und das Vermögen beschlagnahmt. Vgl. hierzu: <http://www.spiritone.com/~gdy52150/vesting.html>, oder <http://www.spiritone.com/~gdy52150/timeline.html> sowie Webster G. Tarpley & Anton Chaitkin: George Bush: The Unauthorized Biography, New York 1991.



die vom US-Geheimdienst freigegebenen Dokumenten berichtete.<sup>537</sup> Bekannt sind inzwischen aber die zahlreichen Verzahnungen des Bush-Clans in die Ölindustrie.<sup>538</sup>

Mit der Wahl von George H.W. Bush als US-Präsident wurde in erster Linie ein politischer Insider des politischen Establishments in Washington gewählt, der Politik als eine engmaschig miteinander verknüpfte, verhandelnde und vom Rest der Bevölkerung weitgehend isolierte Elite betrachtete. Vor seiner Wahl als Präsident war er ein Republikaner der Mitte, der weder mit dem rechten Flügel der Partei, noch mit dem rechten Flügel der evangelisch-christlichen Fraktion sympathisierte. Dies unterscheidet in wesentlich von seinem Vorgänger Reagan, der sich viel eher mit den neokonservativen Ideologien identifizierte. Der Übergang von Reagan zu Bush war deshalb nicht ein Ausdruck politischer Kontinuität, sondern vielmehr ein „hostile takeover“,<sup>539</sup> da Bush im Gegensatz zu seinem Vorgänger einen politischen Stil des kalten, mit konservativ-republikanischen Werten durchtränkten Realismus pflegte. Während der Reagan-Ära dominierten die Neokonservativen zwar

„the foreign, defense, and educational police areas of the Reagan administration“,<sup>540</sup>

Reagan scheute sich allerdings, im entscheidenden Moment aussenpolitische Konfrontationen konsequent weiterzuführen. Mit Ausnahme des Einfalls in Grenada schwenkte Reagan von Konfrontation auf Kooperation um, was ihm lautstarke Kritik von neokonservativen Hardlinern wie Podhoretz oder Krauthammer einbrachte.<sup>541</sup>

Bush proklamierte nach dem Ende des Kalten Kriegs eine Neue Weltordnung als sein persönliches politisches und religiöses Manifest, allerdings

„blieb diese Neue Weltordnung aber inhaltlich unausgefüllt und wurde nicht durch entschlossenes Handeln unterfüttert. Es waren idealistische Worte, die den realistischen Kern der Politik Bushs, nämlich in Regionen von vitalem amerikanischen Interesse Stabilität zu erhalten und sich in anderen Krisen zurückzuhalten, ummantelten“. <sup>542</sup>

Einer der wenigen Berührungspunkte mit einem der rechten Flügel fand 1986 statt. Bush brachte seinen inzwischen 40 Jahre alten Sohn George W. Bush, der an einem Alkoholproblem litt, mit dem Fernsehprediger Bill Graham zusammen. Dieser war der Ansicht, dass durch die Einsicht der falschen Lebensweise jedermann als Christ neu geboren werden kön-

---

<sup>537</sup> <http://www.guardian.co.uk/world/2004/sep/25/usa.secondworldwar>

<sup>538</sup> Vgl. Los Angeles Times: „Bush Family Values: War, Wealth, Oil. Four generations have created an unsavory web of links that could prove an election-year Achilles' heel for the president“, 8. Februar 2004, Page 1.

<sup>539</sup> Keller Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik: Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush, Paderborn/München/Wien/Zürich, 2008, S. 141.

<sup>540</sup> Keller Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik..., S. 124.

<sup>541</sup> Keller Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik..., S. 128.

<sup>542</sup> Keller Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik..., S. 142.

ne.<sup>543</sup> Dies ist einer der raren religiösen Bezeugungen George H.W. Bushs – und er war wichtig für seine spätere Wahl zum US-Präsidenten: der starke Organisationsgrad der christlichen Rechten führte in den 1980er und 1990er Jahren nicht bloss zu einer neuen Massenbewegung, sondern beeinflusste politische Prominenz nachhaltig: Sohn George W. Bush gab in der Folge das Trinken auf und konvertierte von der Anglikanischen Kirche zur methodistischen Konfession seiner Frau. Das christliche Erweckungserlebnis konnte seinem Vater im Zuge der Wahlkampf vorbereitungen auf das Präsidentschaftsamt nur recht sein, zumal, wie Hartmann treffend bemerkt, die Bekehrung Bush aus evangelikaler Sicht als

„schlagender Beweis der christlichen Botschaft über das Böse“ gelesen werden konnte.<sup>544</sup>

Erst im Vorfeld seines Wahlkampfs trat George H.W. Bush entschieden gegen die Waffenkontrolle auf, unterstützte ehrenamtliche Gebetsstunden in den öffentlichen Schulen sowie die Todesstrafe in besonderen Härtefällen. Er vertrat fortan konservativ-religiöse Ansichten und war gegen die Abtreibung ausser bei Vergewaltigung oder im Falle von Inzest oder um das Leben der Mutter zu retten.<sup>545</sup> George H.W. Bush vertrat diese Werte nicht ohne politisches Kalkül, denn die republikanische Partei profitierte von ihrer programmatischen Öffnung für sozialmoralische und religionspolitische Themen. In dieser Bresche fing sie traditionell-katholische sowie traditionell-evangelikal orientierte Wähler auf, die in den 1950er Jahren noch zur „New-Deal“ Koalition der Demokraten gehört hatten. Die beiden Gruppen machten selbst im für die Republikaner erfolglosen Wahlkampfjahr von 1996 einen Wähleranteil von ca. 40% aus, weil die Traditionalisten beider Seiten mit den konservativen Ansichten der Republikaner übereinstimmten und dadurch eine starke und in allen Bevölkerungsschichten breit abgestützte Basis bildeten.<sup>546</sup> Auch anlässlich der Präsidentschaftswahl im Jahr 2000 konnte George W. Bush auf eben diese presbyterianischen, episkopalen und methodistischen Verbindungen zählen. Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 wurde der direkte Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und Kirchenbezogenheit sogar nachgewiesen: US-Bürger, die einmal oder mehr pro Woche die Kirche besuchten, wählten Bush im Verhältnis 2:1, 62% derjenigen, die nie zur Kirche gingen, wählten hingegen Kerry. Insgesamt gaben zwei Drittel aller weissen Protestanten ihre Stimme für George W. Bush ab.<sup>547</sup> Bush Jr. repräsentierte somit nicht nur eine politische und wirtschaftliche Elite wie sein Vater, sondern vor allem auch eine wählerstarke religiöse.

---

<sup>543</sup> Hartmann Jürgen: Persönlichkeiten und Politik, Wiesbaden 2007, S. 221.

<sup>544</sup> Hartmann Jürgen: Persönlichkeiten und Politik..., S. 222.

<sup>545</sup> Patterson James T.: Restless Giant. The United States from Watergate to Bush v. Gore, New York 2005, S. 222.

<sup>546</sup> Brocker Manfred: Protest – Anpassung – Etablierung. Die Christliche Rechte im politischen System der USA, Frankfurt a./M., 2004, S. 223-224.

<sup>547</sup> Scott Smith Garry: Faith and the Presidency: From George Washington to George W. Bush, New York, 2006, S. 381.

## James A. Baker – strikter Umsetzer und Non-Neocon

James A. Baker, langjähriger republikanischer Weggefährte Bushs und Anwalt, wurde von Präsident H.W. Bush zum Aussenminister berufen und war kein Befürworter des Golfkriegs.<sup>548</sup> Während der Reagan-Ära fungierte Baker als Stabschef des Weissen Hauses und leitete zuvor einen Wahlkampf für George H.W. Bush, der ja in den Vorwahlen um die republikanische Kandidatur für das Präsidentschaftsamt gegen Ronald Reagan antrat. Nach dessen Sieg wurde Baker 1981 von Reagan zum Stabschef des Weißen Hauses ernannt. Gemeinsam mit George H.W. Bush war er zudem nicht nur in der Private Equity Firma „Carlyle Group“ engagiert, Bakers Anwaltsfirma Baker Botts LLP mit Hauptsitz in Texas bediente mit mehr als 160 Anwälten zahlreiche Firmen der Fortune 500<sup>549</sup> sowie Interessen von Regierungen wie diejenigen von Saudi-Arabien. Baker war also weniger religiös, wohl aber durch ökonomische und politische Interessensverbindungen mit dem Nahen Osten und dem Bush-Clan verbunden. Baker war auch derjenige, der den Abbruch der erneuten Stimmenausrählung nach den Präsidentschaftswahlen 2000 erwirkte und so Al Gore möglicherweise die Präsidentschaft verschloss.<sup>550</sup>

Mit der Ernennung eines Vertrauten wie Baker konnte George H.W. Bush nach seiner Wahl zum US-Präsidenten die politische Landschaftsgestaltung der kommenden Jahre entscheidend umgestalten. Bush verwehrte den Neocons so nämlich den Weg in die Aussenpolitik: der Kalte Krieg wurde als antikomunistisches Muster strukturiert. Mit dessen Ende fehlte den Neocons die Möglichkeit, Antikomunismus als glaubwürdiges Sicherheitsdispositiv für den innenpolitischen Klassenkampf zu instrumentalisieren. Vielmehr vollzog sich zu Beginn der 1990er Jahre innerhalb der Neokonservativen ein Generationenwechsel. Aus den Überlegungen der neokonservativen Gründer wurde die Idee der „American primacy“ herauskristallisiert. Viele Neokonservative der ersten Generation waren zudem jüdischen Glaubens (Irving Kristol, Norman Podhoretz, Nathan Glazer, Seymour Martin Lipset, Daniel Bell Gertrude Himmelfarb oder Midge Decter), was den Neocons oft den Vorwurf eines exklusiven jüdischen Clubs mit dezidiert auf Israel ausgerichteten Interessen einbrachte.<sup>551</sup> Durch den schleichenden Generationenwechsel seit den 1980er veränderte sich deren proportionale Vertretung aber, sodass die ideologischen Schwergewichte mit William Kristol (Sohn von Irving Kristol und Gertrude Himmelfarb) oder John Podhoretz (Sohn von Norman Podhoretz und Midge Decter) zu Beginn der 1990er Jahre zwar ebenfalls aus dem Milieu der Gründergenera-

---

<sup>548</sup> Clarke Richard A.: Against all Enemies..., S. 102.

<sup>549</sup> <http://www.bakerbotts.com/about/history/>

<sup>550</sup> Walther Christian C.: Der zensierte Tag. Wie man Menschen Meinungen und Maschinen steuert, München 2004, S. 144.

<sup>551</sup> Stelzer Irvin M.: The Neocon Reader, New York 2004, S. 7, Micklethwait John: The Right Nation. Conservative Power in America, New York 2004, S. 209.

tion stammte, die politische Direktive aber in eine andere Richtung gelenkt werden musste. Der „American primacy“ schrieben die neuen Neocons enthusiastisch Chancen wie der Unipolarität, Moralismus, Demokratieverbretung und Globalismus zu,<sup>552</sup> deren expansiven Charakter am besten mit der Besetzung des Amtes des Aussen- oder in zweiter Linie des Verteidigungsministers hätte besetzt werden können. Mit der Berufung Bakers zum Aussenminister war dieses wichtige Amt versperrt.

Die Abwendung George H.W. Bushs von der neokonservativen Ideologie hin zu einem „kalten Realismus“ bedeutete für die Neocons wohl eine Verbannung aus Oval Office, allerdings nicht gänzlich aus dem Zentrum der politischen Macht.

### **Richard Cheney – strategische Amtsbesetzung durch die Neokonservativen**

Richard Cheney war zwischen 1989-1993 Verteidigungsminister, allerdings für George H.W. Bush nur die zweite Wahl, denn Cheney wurde erst nominiert, nachdem der Senat Bushs eigentlichen ersten Mann, *John Towers*, die Wahl verwehrte. Tower war seit über 20 Jahren Berater und Wegbegleiter Bushs und gilt als Begründer der modernen republikanischen Parteikultur in Texas. Politisch galt er zwar als „far right from the political spectrum“,<sup>553</sup> Towers war jedoch – wie Bush – nicht dem rechten Neocon Flügel zugehörig, sondern vielmehr dem liberalen Flügel der Mitte.<sup>554</sup> Während der Reagan-Ära verliess Towers den Senat und wurde von Reagan zum Vorsitzenden des Iran-Contra Ausschusses ernannt. Zudem wurde er zum Consultant für viele militärische Vertragspartner,<sup>555</sup> was im Kongress nach seiner Nomination durch Bush zu einer starken und unangenehmen Opposition führte.

Interessant ist dabei die Oppositionszusammensetzung; denn diese rührte sich nicht ausschliesslich aus dem demokratischen, sondern auch aus dem *rechten evangelikalen und neokonservativen Lager*. Nur vier Demokraten stimmten im Senat für Towers, während die gemeinsame Rechte Front unter Paul Weyrich<sup>556</sup> mit einer offensiven Medientaktik gegen den altgedienten Republikaner vorging und dessen Wahl so erfolgreich verhinderte:

„Towers case is one of many...that emphasizes gossip over governance...Rather than focusing on Towers qualifications for the post as secretary of defense, the news media focused on the charges brought by Weyrich and others, reporting the allegations without verifying their accuracy“.<sup>557</sup>

---

<sup>552</sup> Keller Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik..., S. 24.

<sup>553</sup> Bose Meenekshi, Perotti Rosanna: From Cold War to New World Order: The Foreign Policy of George Bush, Westport, 2002, S. 381.

<sup>554</sup> Bose Meenekshi, Perotti Rosanna: From Cold War to New World Order..., S. 382.

<sup>555</sup> Bose Meenekshi, Perotti Rosanna: From Cold War to New World Order..., S. 379.

<sup>556</sup> Weyrich gehört ebenso wie Rumsfeld, Rice, Kagan, Carlucci, Kirkpatrick, Podhoret, Richard Perle oder Wolfowitz dem PRA Right Web Program an, früher ICR. Zu finden unter: [http://rightweb.irc-online.org/profile/?sort=title\\_tagline](http://rightweb.irc-online.org/profile/?sort=title_tagline).

<sup>557</sup> Bose Meenekshi, Perotti Rosanna: From Cold War to New World Order..., S. 382.

Weyrich gehörte nicht nur dem neokonservativen rechten Flügel an, sondern galt seit den 1970er Jahren zudem ein Schwergewicht der konservativen *think-tank* Industrie. 1973 gründete er die Heritage Foundation, die 1995 mit einem Budget von über 25 Millionen US-Dollar pro Jahr arbeitete (womit das Institut zu einem der am bestkapitalisierten konservativen Institute gehörte), und verfügte so in den Jahren nach der demokratischen Machtübernahme durch Bill Clinton über die viertstärkste Kapitalisierung der gesamten *think-tank* Industrie.<sup>558</sup> Bush konnte sich aus seiner Vergangenheit bei der CIA vielmehr mit der Arbeit des RAND identifizieren als mit derjenigen des Heritage. In der von Andrew Rich verfassten *think-tank* Studie identifiziert der Autor RAND denn auch vielmehr als politisch zentristisch, während die Heritage Foundation eindeutig dem konservativen Flügel zugerechnet wird.<sup>559</sup>

Die Jagd der Neocons auf den Posten des Verteidigungsministers widerspiegelt eine kultivierende Form der Subjektivierung, die auf der ideologischen Überzeugen der strategischen Bedeutung der amerikanischen Aussenpolitik beruhte. Die kultivierende Strategie bestand in erster Linie darin, dem Senat argumentativ und glaubhaft zu belegen, dass Towers für den vorgesehenen Posten die falsche Person war.

Die neokonservative Widerstandsstrategie machte sich für Cheney & Co. nach seiner Amtszeit bezahlt, denn der in den späten 1960er Jahren als Assistent von Donald Rumsfeld<sup>560</sup> fungierende Cheney wurde 1995 Aufsichtsratsvorsitzender und CEO von Halliburton/Kellogg Brown & Root (einer Tochtergesellschaft von Halliburton), deren Kerngeschäft die Energieversorgung und -förderung mit Fokus auf das Erdölgeschäft bzw. im Raffineriegeschäft liegen: Fünf Jahre lang leitete er als Vorstandsvorsitzender den texanischen Erdöldienstleister Halliburton, der von der zweiten Bushadministration zum Hauptauftragnehmer im Irak gemacht wurde.<sup>561</sup> Weitere Weggefährten waren beispielsweise der ehemalige Verkehrsminister Norman Mineta (unter George W. Bush), der früher bei Boeing und Lockheed tätig war,<sup>562</sup> Edward C. Aldridge, vormals Staatssekretär des Pentagon für Rüstungsbeschaffung und Staatssekretär der Luftwaffe und Joseph W. Ralson, früherer NATO-Oberbefehlshaber Europa. Edward C. Aldridge und Joseph W. Ralson waren beide Verwaltungsräte bei Lockheed-Martin.<sup>563</sup> Während Cheneys Vizepräsidentschaft (2001-2005) erhielten diese Firmen Regierungsaufträge ohne Ausschreibung im Rahmen des RIO-(Restore Iraqi Oil) Programms im

---

<sup>558</sup> Rich Andrew: Think Tanks..., S. 226.

<sup>559</sup> Rich Andrew: Think Tanks..., S. 230.

<sup>560</sup> Rumsfeld gehört zu den Gründern der seit 1997 existierenden neokonservativen Denkfabrik „Project for the New American Century“.

<sup>561</sup> Das Parlament 46/2003, S. 42.

<sup>562</sup> <http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/co/12926/1.html&words=17%207%202002%20Bush%20Inc>

<sup>563</sup> Das Parlament 46/2003, S. 43.

Wert von rund 2 Mrd. US-Dollar,<sup>564</sup> obwohl Cheney dies bestritt.<sup>565</sup> Kjell Aleklett konnte zudem belegen, dass Cheney bereits 1999 von einem „Peak Oil“ sprach und den Zweiten Golfkrieg direkt mit der strategischen Bedeutung des Schwarzen Golds verband:

„Oil is unique in that it is so strategic in nature. We are not talking about soapflakes or leisurewear here. Energy is truly fundamental to the world's economy. The Gulf War was a reflection of that reality....It is the basic, fundamental building block of the world's economy“<sup>566</sup>

### **Donald Rumsfeld – Pendler zwischen Wirtschaft und Politik**

Zusammen mit Donald Rumsfeld begründete Cheney 1997 die konservative Denkfabrik „Project for the New American Century“, die in den Folgejahren für die Verankerung des neokonservativen Gedankengut im Weissen Haus verantwortlich war. Die Denkfabrik war allerdings schon kurz nach dem Golfkrieg aktiv. Ende 1991 erarbeitete eine hochrangige Gruppe von Politikern (u.a. William Kristol, Paul Wolfowitz, Richard Perle, Donald Rumsfeld, Richard Armitage, allesamt Mitglieder des IRC's) neue aussenpolitische „Richtlinien“, die medienwirksam etwa in der New York Times publiziert wurden (New York Times, 8. Mai 1992). Später forderten sie Präsident Clinton - ebenso medienwirksam - schriftlich zum Einmarsch in den Irak aus diesen strategischen Überlegungen auf.<sup>567</sup>

Donald Rumsfeld wechselte als ehemaliger NATO-Botschafter, Stabchef im Weissen Haus und Verteidigungsminister 1977 in die Wirtschaft, wurde Vorsitzender von Pharma G.D. Searle & Co. und unterstützte mit seinem gewonnenen Reichtum den Wahlkampf von Georg H.W. Bush.<sup>568</sup> Allerdings arbeitete er bis zu seinem Amtsantritt auch in der *Rüstungsbranche* als Direktor des Unternehmens Gulfstream Aerospace, bei dem auch der ehemalige Aussenminister Colin Powell tätig war und das 1999 vom Rüstungskonzern General Dynamics aufgekauft wurde.<sup>569</sup>

Bei der Besetzung der Topposten des Verteidigungsministerium setzte der erneut berufene Rumsfeld in seiner Funktion als Verteidigungsminister (2001-2006) während der zweiten Bush-Administration auf eine Reihe von ehemaligen Managern und Weggefährten aus der Rüstungsbranche.

---

<sup>564</sup> Briody Dan: The Halliburton Agenda: The Politics of Oil and Money, Hoboken, New Jersey, 2005, S. 169

<sup>565</sup> Briody Dan: The Halliburton Agenda..., S. 229.

<sup>566</sup> Aleklett Kjell: „Dick Cheney, Peak Oil and the Final Countdown“, Association for the Study of Peak Oil, May 12 2004, zitiert in: Ruppert Michael C.: Crossing the Rubicon. The Decline of the American Empire at the End of the Age of Oil, Gabriola Island, 2004, S. 47.

<sup>567</sup> Gemäss Richard A. Clarke soll Cheney seit der Ernennung zum Vizepräsidenten von nichts anderem als vom Einmarsch in den Irak gesprochen haben. Clarke Richard A.: Against all Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror, Hamburg 2004, S. 227ff. Bereits am 1. August 2001 wurde ein Strategiepapier mit Namen „A Liberation Strategy“ präsentiert, dass sich mit möglichen Angriffsszenarien im Irak beschäftigte. Woodward Bob: Bush at War, München/Stuttgart 2003, S. 21. Vergleiche hierzu auch die offenen Briefe an Bill Clinton: <http://www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm>

<sup>568</sup> Das Parlament 46/2003, S. 42.

<sup>569</sup> <http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/co/12926/1.html&words=17%207%202002%20Bush%20Inc>

stungsindustrie: Gordon R. England, ehemaliger Vizepräsident von General Dynamics, wurde für die Navy verantwortlich. James Roche wechselte von Northrop Grumman zur Luftwaffe und Albert Smith, der ehemalige Vizepräsident von Lockheed Martin, wurde von Rumsfeld zum stellvertretenden Staatssekretär für die Luftwaffe ernannt. Verbindungen zur Industrie gab es auch über den für die Army zuständigen Thomas E. White, der für Enron tätig war.<sup>570</sup>

Das vom Pentagon geförderte Artillerieprojekt *Crusader* ist wohl eine der spektakulärsten Verflechtungen aus der Feder von Rumsfeld: Entwickler ist der Rüstungskonzern United Defense Industries, der wiederum seit 1997 von der Carlyle-Gruppe kontrolliert wird. Die Verbindung sorgte für Aufregung, da die Gruppe zumindest bis Oktober 2001 geschäftliche Verbindungen zur bin Laden Familie pflegte. Vorstand der Carlyle-Gruppe war der ehemalige US-Verteidigungsminister Frank Carlucci, ehemals stellvertretender Direktor der CIA,<sup>571</sup> ebenfalls ein Weggefährte von Rumsfeld. Die Carlyle-Gruppe wurde zudem durch George H.W. Bush bis zum Bekanntwerden der Verflechtung mit bin Laden in beratender Funktion in Asien vertreten.<sup>572</sup>

#### **7.4 Newsbeats, sound bites und die Bedeutung symbolischer Politik**

Die vorgenommene Aufarbeitung der nationalen Interessen, den Zugang zum Öl zu stabilisieren, die schriftliche Fixierung dieser in der *Security Directive 26* sowie die ideologischen und wirtschaftliche Anliegen und Verstreungen der Schlüsselvertreter der ersten Bush-Administration sind für das Verständnis der nachfolgenden Betrachtung vor allem im Bezug auf die Verwendung des Begriffs „Newsbeatsystem“ wichtig, denn dieser spielte in der amerikanischen Auslandsberichterstattung seit dem Ausbruch der Krise am 2. August 1990 eine bestimmende Rolle. Der Begriff bedeutet, dass „Beats“ wie das Weisse Haus, das State Department, das Pentagon, vor allem aber die sie lenkenden Personen *die* zentrale Drehstelle für Presseinformationen sind. Die Orte der Regierungs-Newsbeats gehörten auch im Vorfeld und während des Zweiten Golfkriegs zu den einzigen offiziellen Anlaufstellen, welche die amerikanische Presse über die militärischen Operationen im Ausland informierte.

Die Präsenz der oben eingeführten “beats” als *systematisch aufgebautes Nachrichtenbezugssystem* führte zu einer Überrepräsentation der Bush-Administration in der Berichterstattung. Entman/Page vermuten als Grund hierfür prozedurale Elemente wie das starke Abhängigkeitsverhältnis der Medien von der Administration als einzige Nachrichtenquelle. Zumindest seitens der US-Regierung kann diese Absicht bestätigt werden. Zugänglich ist inzwi-

---

<sup>570</sup> <http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/co/12926/1.html&words=17%207%202002%20Bush%20Inc>

<sup>571</sup> <http://www.counterpunch.org/schorcarlucci.html>

<sup>572</sup> Walther Christian C.: Der zensierte Tag..., S. 142.

schen ein Dokument, indem die Regierung am 20. Oktober 1990 ihre eigene Rolle bei der Produktion und Distribution von Medieninhalten für andere Länder bestimmte. Die amtierende US-Regierung legte dem Anliegen um Einfluss eindeutig fest:

„Broadcasting should serve and advance U.S. foreign policy objectives through radio and television programming to foreign audiences...The U.S. Government should maintain a global radio and television capability, broadcasting to both elites and general populations in all geographic areas.“<sup>573</sup>

Die geregelte Ausgabe von Akkreditierungen, welche die faktische Limitierung zu Zugang und Material der freien Presse zur Folge hatte, bedeutete im Zeitalter des Kosten- und Quotendrucks eine solche stille Zensur, denn es bestand, wie Entman/Page festhalten, *durchaus* eine Abhängigkeit zwischen Journalisten, Regierungsvertretern und den Eliten:

„Even at the highest level, all elite sources are not equal...the higher their power to shape newsworthy events, the more attention they receive“.<sup>574</sup>

Dies galt aber nicht nur für die TV-Journalisten, sondern auch für renommierte Blätter wie die New York Times und der Washington Post:

„They did emphasize Cheney’s testimony and Bush’s announcements and even Quayle’s speech without worrying about editorializing, most likely because they defined news in terms of helping audiences predict future events, which meant focusing on the most powerful officials. The failure to recognize that slight alterations in news practices could have promoted more informed public participation is suggested by the contradiction between the clearly anti-administration editorial stands of the two papers, which urged vigorous public debate, and treatment of opposition claims on their new pages, which in some ways discouraged it.“<sup>575</sup>

Präsident Bush war die meistgenannte Schlüsselfigur im Weissen Haus und besetzte fast die Hälfte aller *sound bites*, während die demokratischen Kongressmitglieder nur 18% beanspruchten. Die sechs Top-Leader der Bush-Administration (Bush, Cheney, James Baker, Colin Powell, Dan Quayle und Brent Scowcroft) stellten in der New York Times 84.8% aller Protagonisten während des Untersuchungszeitraums vom 8. November 1990 bis am 15. Januar 1991.<sup>576</sup> Kritische Stimmen wie etwa das *Armed Services Committee* fanden dabei nur selten Gehör. Journalisten, so Iyengar/Simon, seien aufgrund ihrer Abhängigkeiten der Tendenz verfallen,

„simply to repeat the governmental „party line“ to the unavailability of other sources of informations“.<sup>577</sup>

---

<sup>573</sup> „United States Government International Broadcasting“ in: National Security Directive 51, 20. Oktober 1990, S. 1-2. Quelle: <http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/nsd/nsd51.pdf>

<sup>574</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm..., S. 97.

<sup>575</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm..., S. 97.

<sup>576</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm..., S. 94.

<sup>577</sup> Iyengar Shanto, Simon Adam: News Coverage of the Gulf Crisis and Public Opinion. A Study of Agenda-Setting, Priming and Framing, in: Bennet Lance W., Paletz David L.: Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago 1994, S. 184.



Eben diese Aussagen gilt es im nachfolgenden Teil zu präzisieren, denn die Wiedergabe ungefilterter Aussagen von Regierungsvertretern schliesst die bewusste Formation der Informationsflüsse etwa durch das Medienhaus selbst nicht automatisch aus – im Gegenteil, hier vermute ich jene fruchtbare Verbindung der Meinungsgestaltung durch die Massenmedien, deren Funktionsweise bislang nicht frei gelegt wurde. Mehr als die Hälfte der Berichte der Networks waren jedenfalls *ungefilterte Aussagen* von offiziellen Regierungsstellen, sie wurden also direkt und unkommentiert ausgestrahlt. Begründet wurde das Vorgehen mit der Redlichkeit der Regierung: bei ihr als Primärquelle müsse man ja davon ausgehen, dass die Wahrheit gesagt werde.<sup>578</sup>

Hils jedenfalls betont die „Effizienzsteigerung“ durch die Nutzung des Beatsystems.<sup>579</sup> Je nach Zählung wurden zwischen 2000-4000 akkreditierte Journalisten gemeldet, wobei lediglich 70 ständige Medienvertreter anwesend waren, die über einen Raum im Weissen Haus verfügten.<sup>580</sup> Dazu gehörten die grossen Nachrichtenagenturen AP, UPI und Reuters, die TV-Networks ABC, CBS, NBC, der Nachrichtensender CNN, die grossen Tageszeitungen New York Times, Washington Post, Wall Street Journal sowie die Los Angeles Times, Time, Newsweek und U.S. News & World Report sowie kleinere Zeitungen und Verlagsketten mit je einem Journalisten. Viele Journalisten besaßen sogenannte „general assignments“, um zwischen den verschiedenen Ministerien pendeln zu können.<sup>581</sup>

Während des Kriegs ging das Militär innenpolitisch noch einen Schritt weiter und sicherte sich die Kontrolle sämtlichen Bildmaterials – dies betraf auch die privaten Aufnahmen von Soldaten oder das Videomaterial, das Pentagon-Crews gedreht hatten.<sup>582</sup> Diese nahezu perfekt organisierte Zensur diente nach offiziellem Wortlaut in erster Linie dazu, den Krieg zu Hause (medien)politisch akzeptabel zu gestalten, insbesondere gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit.<sup>583</sup> Im Gegensatz zur Vietnamberichterstattung überliess man nichts dem Zufall, denn sowohl der Zugang in das Krisengebiet als auch die verwertbaren Informationen wurden durch das US-Militär vollständig kontrolliert. Die Medienberichterstattung über den Krieg am Persischen Golf fand vor allem im Fernsehen statt. Cook wies nach, dass bei ABC, CBS und NBC fast ein Drittel (31%) der Kriegsreportagen aus dem Umfeld des Weissen Haus stammten und nur 27% aus Bagdad gesendet wurden. 17% stammten aus dem Pentagon und immer-

<sup>578</sup> Iyengar Shanto, Simon Adam: News Coverage of the Gulf Crisis and Public Opinion..., S. 184.

<sup>579</sup> Hils Jochen: Asymmetrische Kommunikation? – „Newsbeat, „sound bites“ und US-Fernsehnachrichten im Vorfeld des Golf- und Kosovokrieges in: Albrecht Ulrich, Becker Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden, Baden-Baden 2002, S. 78.

<sup>580</sup> Patterson Bradley H.: The Ring of Power. The White House Staff and Its Expanding Role in Government. New York 1988, S. 167, zitiert in: Rybarczyk Christoph: Great Communicators S. 82ff.

<sup>581</sup> Rybarczyk Christoph: Great Communicators?...S. 82.

<sup>582</sup> Elter Andreas: Die Kriegsverkäufer..., S. 251.

<sup>583</sup> International Herald Tribune, 14.02.1991, S. 5, zitiert in: Schlaga Rüdiger 1992: Das Versagen..., S. 9.

hin noch 13% aus dem State Department.<sup>584</sup> Fast zwei Drittel stammten also aus dem direkten Regierungsumfeld. Ausländische Quellen wurden - wie während des Vietnamkriegs - kaum eingesetzt. Sogar Botschafter, die in Washington lebten, erhielten nur sporadisch Zugang in die amerikanischen Medien. Vermittelt wurde der Eindruck eines sauberen Kriegs mit wenig zivilen Opfern auf beiden Seiten. CNN erwies sich dabei als ideales Kommunikationsformat für die US-Regierung, denn die Programmstruktur von CNN verlangte und ermöglichte - wie oben gezeigt - keine tiefeschürfende Hintergrundberichte.<sup>585</sup> Zu Beginn des Zweiten Golfkriegs fütterte CNN die Zuschauer mit 17-Stunden Live-Berichterstattung,<sup>586</sup> einem Volumen, mit dem die Networks nicht mithalten konnten. Charakteristisch für die CNN-Berichterstattung war die Möglichkeit einer *ständigen* Berichterstattung in „Echtzeit“<sup>587</sup> via tragbarem Satellit („flyaway dishes“), welche erstmals genutzt wurde. So übertrug CNN im Januar 1991 den Angriff auf Bagdad *live*, während die Regisseure des Pentagon in der Sendezentrale von CNN in Atlanta die Bild- und Tonregie übernahmen.<sup>588</sup> Die Möglichkeit das Kriegsgeschehen in eine kontinuierlich-weiterlaufende und sich weiterentwickelnde „real-time“ Geschichte zu formatieren, war neu und einzigartig und machte CNN zu einem der Sieger des Zweiten Golfkriegs, denn der Sender war danach in 265 Ländern aufgeschaltet (zuvor 105) und als Berichterstatte r zwischen den Fronten etabliert.<sup>589</sup> Die gezeigten Bilder formten dabei die Illusion eines sauberen Kriegs. Durch den Einsatz modernster Satellitentechnik wurden dem Zuschauer die zielgenauen Zerstörungen eines Objekts in bester Qualität suggeriert. CNN produzierte so eine technologische Kriegsführung für die heimischen Bildschirme, in dem Opfer aus Fleisch und Blut nicht existent schienen. Die „*Images of technology*“,<sup>590</sup> d.h. Bilder, die direkt oder indirekt Technik als Kriegsinstrument und Waffe hervorhoben, übernahmen bei 17%<sup>591</sup> der Sendezeit die Hauptfunktion des Bilds. Der CNN-Realität entging allerdings, dass alleine bis zum Beginn des Bodenkriegs am 23. Februar 1991 Zehntausende

<sup>584</sup> Cook Timothy E.: Washington Newsbeats and Network News, in: Bennet Lance W., Paletz David L.: Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago 1994, S. 125.

<sup>585</sup> das 1969 als direkte Folge des Meinungsumschwungs der US-amerikanischen Bevölkerung in der Vietnamfrage geschaffen wurde. Zitiert in: Hils Jochen: Asymmetrische..., S. 75.

<sup>586</sup> Ammon Royce J. Global Television and the Shaping of World Politics – CNN, Telediplomacy, and Foreign Policy, North Carolina/London, 2001, S. 70.

<sup>587</sup> Der Begriff wurde von Paul Virillio in der in Frankreich erschienenen Schrift „L'écran du désert“ geprägt, die sich kritisch mit dem Golfkonflikt auseinandersetzt.

<sup>588</sup> <http://anarchie.de/main-24313.html> sowie taz/WoZ, Fisk Robert: „Propaganda aus Atlanta. Das Zensursystem des US-Fernsehens CNN“, 7. März 2003.

<sup>589</sup> Smith Jeffrey A.: Printers and Press Freedom: The Ideology of Early American Journalism, New York 1988, S. 38-39, zitiert in: Ammon Royce J. 2001: Global Television..., S. 70.

<sup>590</sup> Hallin Daniel C. 1994: We keep..., S. 155.

<sup>591</sup> Hallin Daniel C. 1994: We keep..., S. 155.

Zivilisten durch *smart bombs* starben und Schulen und Krankenhäuser ebenso zerstört wurden, wie die eigentlich anvisierten Infrastrukturziele.<sup>592</sup>

Paletz synthetisierte die Funktion der Networks und von CNN deshalb nicht als „*news-gathering organizations*“, wie sie während des Vietnamkriegs wahrgenommen wurden, sondern als „*news-production organizations*“<sup>593</sup> und Denton resümiert treffend:

„What we saw from the coverage was images of technology, powerful futuristic planes, smart bombs, and fast, highly equipped tanks. We saw images of ours soldiers, dedicated, cheerful, and confident. We saw the hardships of those loved ones at home waiting for their spouses and family members to return as heroes. We did not see Iraqi victims. We were not told that “smart bombs” constituted only 10 percent of the total bombs dropped in Iraq or that 70 percent of our bombs missed their targets”.<sup>594</sup>

### **Hohe Bedeutung von symbolischer Politik für die Massenmedien**

Über die Konstellationen und die Praxis zwischen Massenmedien und Aussenpolitik im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs ist, wie bereits ganz am Anfang festgehalten, nur wenig bekannt. Eine Art Status quo der Massenmedien ergeben aber die zuvor nachgezeichneten technischen, inhaltlichen- und ökonomischen Entwicklungslinien der Massenmedien, die Identifizierung der wichtigsten organisierten Eliten und deren Begehrlichkeiten sowie die Beispiele des Vietnamkriegs und der TWA-Entführung. Vor allem letzteres zeigt, dass sich die Medienberichterstattung in jüngerer Vergangenheit vor dem Zweiten Golfkrieg unter bestimmten Voraussetzungen durchaus gegen den Regierungswillen stemmen konnte, ja, die Regierungshandlungen sogar entscheidend zu lenken vermochte. Die TWA-Entführung hob die Bedeutung von emotionalisierter und symbolischer Politik (z.B. die „*We-they*“-Codierung) hervor: deren Einfluss als einfache und für den Konsumenten schnell lesbare ritualisierte Politik-Inszenierung nahm aufgrund der neuen Medienproduktionsmöglichkeiten seit dem Vietnamkrieg mit allen sprachlichen und nichtsprachlichen Zeichen zu. Ein prototypisches Beispiel ist Ronald Reagan: auch Jahre nach seiner Amtszeit ist vielen noch das Bild des in seinen Hubschrauber einsteigenden Präsidenten in Erinnerung, der nach einer harten Arbeitswoche zur Erholung nach Camp David flog. Nachdem Reagan einige Male in diesen Situationen verbal gestolpert war, verkürzten seine PR-Manager diese Szene und veranlassten später den Piloten, die Rotoren anzustellen, um die Fragen mit Fluglärm zu überdecken.

---

<sup>592</sup> Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak..., S. 129.

<sup>593</sup> Paletz David L.: The Media in American Politics – Contents and Consequences. New York, 1998, S. 66, zitiert in Hils Jochen 2002: Asymmetrische..., S. 79.

<sup>594</sup> Denton Robert E. 1993: Television as an Instrument..., S. 33.

„Übrig blieb das Bild eines freundlich winkenden Präsidenten in Begleitung der ebenfalls freundlich winkenden Nancy Reagan“.<sup>595</sup>

Nichtsprachliche symbolische Handlungen wurden so zu ebenso gewichtigen politischen Instrumenten wie die Sprachlichen und dürfen nicht mit einer Abwendung von den oben beschriebenen Mechanismen der nationalen Identitätskonstruktion verwechselt werden: Ulrich Beck identifiziert 1986 eine Industriegesellschaft jenseits von Klasse und Stand<sup>596</sup> und attestierte eine Herauslösung aus historisch verwurzelten Sozialformen sowie den Verlust traditioneller Sicherheiten wie Glauben und beherrschende soziale Normen und für Abels folgt daraus gar konsequent die Aufgabe gemeinsamer Sinnhorizonte, die sich in der Gegenwart nur noch als lockere und flüchtige Verbindungen zeigen,<sup>597</sup> wobei eindeutige kollektive Muster gegen eine schier unendliche Anzahl optionaler Kombinationsmöglichkeiten eingetauscht werden, die erst individuell geprägt Sinn machen. Beck schränkt aber ein, dass Modernisierungsrisiken zwar das Klassenschema sprengen mögen, das *Prinzip der Solidarität der Angst* aber weiterhin seine Gültigkeit behalte. Diese entwickle dann eine politische Kraft, wenn alle Schichten klassenübergreifend vor derselben Gefahr Angst hätten. Der Zugang zu Erdöl erfüllte diese Kriterien zumindest in ökonomischer Hinsicht, wie etwa die *Security Directive Nr. 26* darlegt. Die Sicherheitsdirektive der Bush-Administration, die noch unter dem Einfluss des scheidenden Kalten Kriegs entstand, ist denn auch ein lebendiger Beweis für die militärische Notwendigkeit, den Zugang zum Öl zu sichern. Die Bewältigung von Gefahren in der Öffentlichkeit erfolgt nach Beck *symbolisch* und schweisse wegen des Angstfaktors zusammen. Im Fall von Erdöl konnte eigentlich ziemlich einfach argumentiert werden, dass das Versiegen von Erdöl eine ökonomische und nationale Katastrophe bedeuten würde. Die Frage lautete aber, ob die einzig verbleibende Weltmacht ein solch enormes Abhängigkeitsverhältnis zugeben wollte und ob dieses Eingeständnis ein lauterer Kriegsgrund war.

Die Ausführungen von Parson dienen hier als Verständnishilfe, denn dass normative Muster letztlich nicht als Zwang erscheinen, erklärt Parson mit dem Argument der *individuellen* Motivation, sich so zu verhalten, wie man sich verhalten *soll*. Damit spricht Parson den Schutz der oben eingeführten Gemeinschaft der Freien gegen äussere Gefahren an, der nicht zuletzt dem Schutz der persönlichen Individualität dient. Die dauerhafte Bereitschaft, bestimmte *Wertbindungen* anzuerkennen erfolgt *freiwillig* über die Bindung zu sozialen Systemen - wie etwa der Solidarisierung mit US-Geiselopfern und ihren Familien während der TWA-Entführung, der akzeptierten Vorstellung einer *Pax Americana* oder aber dem *Prinzip der Solidarität und Angst, das als grundlegende Rechtfertigungsstruktur für die militärischen*

---

<sup>595</sup> Bentele Günter: Krieg. Journalismus und Wahrheit..., S. 129f.

<sup>596</sup> Beck Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a/M., 1986, S. 208.

<sup>597</sup> Abels Heinz: Identität, Wiesbaden 2006, S. 228f.

*Operationen während des Vietnamkriegs diente.* Die Rechtfertigungsstruktur des Kriegseintritts in den Irak im Januar 1991 musste entlang solcher Überlegungen aufgebaut werden, nun allerdings weitgehend losgelöst von einem „Identitätsdruck“ des Kalten Kriegs: Bush war im Gegensatz zu seinem Vorgänger Reagan für die neokonservativen Ansätze weniger empfänglich, denn er war ein Republikaner der Mitte und als Realist bekannt. Die Neocons verloren mit der Wahl Georg H.W. Bushs zum US-Präsidenten und der Nomination von James Baker als Aussenminister zwar an wichtigem Einfluss im Weissen Haus, dennoch bediente auch der neugewählte US-Präsident eigene Erdölinteressen. Gleichzeitig waren andere Schlüsselvertreter der ersten Bush-Regierung vor und nach ihrer Amtszeit, wie etwa Richard Cheney und Donald Rumsfelds, zahlreich mit der Rüstungsindustrie verstrickt. Die Vermengung von persönlichen Interessen dieser Spitzenpolitiker mit einem nach dem 2. August 1990 auf einmal sehr vitalen Kriegsbegehren der USA musste in der Wahrnehmung der US-Bürgern aber sauber getrennt werden, sollte ihre *individuelle Motivation* zu einer Zustimmung des Kriegsbegehren der Regierung führen.

## 8 Das Schüren von Aggression und Angst als Fundament der Feindbildkonstruktion im August und September 1990<sup>598</sup>

Die in Kapitel 7 behandelten Punkte verdeutlichen, dass die sich auflösende bipolare Weltordnung nicht nur neue Feindbilder für die Aussenpolitik der USA erforderte, sondern sich der US-Regierung gleichwohl auch eine Chance für einen Neuanfang bot: der für die US-Regierung anlässlich der TWA-Entführung noch hochproblematische Umgang mit der neuen Nachrichten- und Fernsehlandschaft wurde von einem inzwischen ausgeprägten Verständnis für die Bedeutung und Kanalisierung von symbolischer Politik abgelöst. Aus Sicht der Regierung bedeutete dies, dass der Aufbau und die Entwicklung narrativer Szenarien nun nicht länger einer rigiden Regierung und ihrem PR-Apparat überlassen werden musste, der sich in der Wahrnehmung der US-Bevölkerung schliesslich noch ihrem Willen widersetzte, sondern man vermochte nun *die der US-Gesellschaft inhärente Wertevorstellung als Leitfaden* einzusetzen, ohne sich selbst in den Mittelpunkt der Handlung stellen zu müssen. So konnte die unbemerkte Formation durch Information gelingen.

Die folgenden Kapitel 8-12 zeigen in weitgehend vergleichender Darstellung und in empirischer Weise, wie die untersuchten Medieninhalte (New York Times, USA Today, Regierungsprotokolle und TV-Sender) Schritt für Schritt den Weg in den Krieg darstellten, welche Unterschiede die Berichterstattung prägte und ob die Eigenheiten des Mediensystems tatsächlich für die Art der Berichterstattung kausal verantwortlich zu machen sind. Damit begründe ich methodisch, was Entman/Page noch ohne Kenntnis der entsprechenden Mechanismen in ihrer Untersuchung entsetzt festhielten:

„they [they = in diesem Fall die Times , Anmerkung von mir, T.L.] did emphasize Cheney’s testimony and Bush’s announcements...without worrying about editorializing, most likely because they defined news in terms of helping audiences predict future events.“<sup>599</sup>

Ich unterscheide dabei sinnvollerweise zwischen drei Zeitabschnitten: erstens dem Eintauchen in die Konfliktthematik und dem bis Anfang Oktober andauernden Feindbildaufbau. Während im Oktober aufgrund von „Ferien“ und den anstehenden Kongresswahlen von Anfang November eine politische Debatte fehlte, kann in der Zeit nach den Wahlen bis kurz vor Weihnachten eine starke innenpolitische Auseinandersetzung mit den Kriegsargumenten in den Zeitungen festgestellt werden. Die letzte Periode im Januar ist unisono von einem Kriegsdialo g geprägt, der den unumkehrbaren Krieg propagiert. Eine einzig streng chronolo-

---

<sup>598</sup> Eine Übersicht mit den wichtigsten Daten im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs findet sich im Appendix.

<sup>599</sup> Entman Robert N., Page Benjamin I.: The News before the Storm..., S. 97.

gisch geführte Darstellung macht dabei nicht durchwegs Sinn. Die strenge Ausrichtung im Sinne einer „Tageschronologie“ würde sowohl den Analyse- als auch den Verständnisfluss zerstören, weil die unterschiedlichen Themenstrukturen einander teilweise überlagern, ohne dann wichtige Verzahnungen zu betonen. Mit dem angestrebten Vorgehen hingegen können innerhalb und zwischen den diskutierten Themen, Themenstränge, Strukturen, Zeitungen und der US-Regierung vielmehr jene Knotenpunkte einer Kommunikationsstrategie identifiziert werden, welche die konsistente Ausbildung der „richtigen“ Meinung in der Öffentlichkeit ermöglichte, die schliesslich den Weg in den Krieg ebnete. Erst hierdurch wird die Konstruktion einer massenmedialen Realität durch Suggestion anstatt Repression nachvollziehbar. In den folgenden Kapiteln zeige ich zu welchem Zeitpunkt die Medien welche (Feind-)Bilder entwickeln und verstärken sowie wie die Politik die Mediendiskussion beeinflusste. Dabei interessiert besonders das Verhalten der Berichterstattung der Medien einerseits und das der Bush-Administrations andererseits. Dadurch klärt sich letztlich die Frage, inwiefern der amerikanische Mediensektor mithalf, den Krieg zu „verkaufen“ und eine massgeschneiderte Realität zu erzeugen.

## **8.1 Gesonderte Mechanik der Feindbildcodierung zu Beginn des Konflikts – homogener Aufbau der Entscheidungspolitik**

Der Einstieg bei den beiden Zeitungen verlief uneinheitlich. Während USA Today sich vom ersten Moment an der Feindbildkonstruktion widmete, versuchte die New York Times einen Bindfaden zwischen den Äusserungen des US-Präsidenten und den Aktionen der U.N. aufzubauen. Dadurch sollte eine Form von aussenpolitischem Verfahren deutlich werden, welche die Krise für ihre Leser fassbar gestaltete. Die Zeitung betonte von Beginn weg die Sonderrolle der USA und wies ebenso auf eine Lösungsvariante hin, die über die rechtlichen Vereinbarungen der internationalen Gemeinschaft hinaus gingen und die der Sonderrolle der USA gerecht wurde.

### **Fokussierung auf die internationale Diplomatie bei der New York Times**

Am 2. August unterstrich die New York Times die aussenpolitische Position der US-Regierung mit der Forderung nach einem bedingungslosen Abzug des irakischen „Aggressors“.<sup>600</sup> Am 3. August erfuhren die Leser, dass Präsident Bush den irakischen Einfall als „naked aggression“ verurteilte und die daraus abzuleitenden Massnahmen kollektiver Form

---

<sup>600</sup> Gordon Michael R.: „IRAQ ARMY INVADES CAPITAL OF KUWAIT IN FIERCE FIGHTING“, in: *New York Times*, August 2, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

sein mussten:<sup>601</sup> eine argumentative Begründung erfolgte noch nicht. Die New York Times behauptete am selben Tag allerdings, dass die saudischen Hoffnungen einzig auf einer amerikanischen Handlung beruhten,<sup>602</sup> obwohl Präsident Bush dies in seiner Rede mit keinem Wort erwähnte.<sup>603</sup>

Am 6. August war in der New York Times zu erfahren, dass der amerikanische Präsident über das Wochenende rund um den Globus für ein internationales Handelsembargo warb.<sup>604</sup> Die Times unterstützte und lobte die eigenmächtigen Aktivitäten des US-Präsidenten vorbehaltlos und stellte dem angestrebten Embargo bestes Gelingen in Aussicht, solange alle internationalen Partner mitzögen.<sup>605</sup> Das proaktive Verhalten von Präsident Bush nach dem Einfall Husseins in Kuwait beanstandete die Zeitung nicht, sondern betonte, die US-Regierung habe in der Embargofrage *zu Recht* die führende Rolle übernommen, denn während der US-Präsident bereits am 3. August 1990 eine nationale Handelssperre gegen den Irak verfügte,<sup>606</sup> folgte diejenige der U.N. erst am 6. August auf Initiative des amerikanischen U.N. Botschafters. Die USA gaben sich bei der U.N. „deeply concerned“,<sup>607</sup> weil man befürchtete, dass die Resolution 660, die am 2. August 1990 umgehend den sofortigen Rückzug der Iraker aus Kuwait forderte, nicht umgesetzt würde. Am 6. August 1990 verkündet Präsident Bush zudem die berühmte Formel, dass die irakische Aggression keinen Bestand haben werde („aggression will not stand“) und unterstrich die entschlossene internationale Zusammenarbeit gegen den Aggressor mit dem Bekenntnis:

„This Will Not Stand... We will be working with them all for collective action“, the President added. "This will not stand. This will not stand, this aggression against Kuwait."

Auf die Frage, was dies konkret bedeute, antwortete Bush der Times nur ausweichend und forderte die Journalisten auf, *zu warten, zu beobachten und zu lernen* („Just wait, watch and

---

<sup>601</sup> Apple R.W.: "The Iraqi Invasion; INVADING IRAQIS SEIZE KUWAIT AND ITS OIL; U.S. CONDEMNS ATTACK, URGES UNITED ACTION", in: *New York Times*, August 3, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>602</sup> Ibrahim Youseff M.: "The Iraqi Invasion: A New Gulf Alignment; Iraqis, Bargaining on Anti-U.S. Sentiment, May Profit by Intimidating the Monarchies", in: *New York Times*, August 3, 1990, Column 4; Foreign Desk Section A; Page 1.

<sup>603</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2135&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2135&year=1990&month=8)

<sup>604</sup> Friedman Thomas L.: "THE IRAQI INVASION; BUSH, HINTING FORCE, DECLARES IRAQI ASSAULT 'WILL NOT STAND'; PROXY IN KUWAIT ISSUES THREAT", in: *New York Times*, 6. August 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>605</sup> Lohr Steve: "THE IRAQI INVASION; Experts Say Embargo May Work If Nations Maintain Commitment", in: *New York Times*, August 6, 1990, Column 4; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>606</sup> Message to the Congress on the Declaration of a National Emergency With Respect to Iraq [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2131&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2131&year=1990&month=8)

<sup>607</sup> Eine Dokumentenübersicht findet sich unter: <http://www.un.org/Docs/scres/1990/scres90.htm>, Die Resolution 661 erscheint unter dem Pfad: <http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/575/11/IMG/NR057511.pdf?OpenElement>



learn“).<sup>608</sup> Die erste „Lektion“ erfolgte in der Ausgabe vom 7. August, welche die ökonomischen Sanktionen als „eventuell nur temporäres Substitut“ für eine militärische Aktion bestätigte und die Möglichkeit einer militärischen Option unter Kapitel 7 der U.N. Charta bereits hervorhob. Allerdings, so die Times, müsste ein solcher Schritt zureichend *begründet* werden.

Diese Aufgabe übernahm die Zeitung selbst und stützte sowohl die Eigenaktivität der US-Regierung als auch deren Befürchtung: einschränkend hielt die Times zwar fest, dass eine Blockade durch die USA und ihrer Partner aus der Perspektive Internationalen Rechts nur im Falle eines Nichterfolgs des Embargos in Frage komme, das eigenmächtige Vorgehen sich bisweilen aber damit rechtfertigten lasse, dass der U.N. schlicht der notwendige Einfluss fehle, um etwas zu bewegen.<sup>609</sup> Während England und Frankreich die Sanktionen klar als Substitut für eine militärische Intervention sahen, unterstrich die Times über die Stimme von Botschafter Pickering bereits, dass gemäss U.N. Charta, Kapitel 7, im Falle der Nichteinhaltung von ökonomischen Sanktionen deren militärische Durchsetzung möglich sei. Davon sprach die offizielle US-Politik zumindest am 3. August 1990 noch mit keinem Wort. Die Betrachtung der Times sicherte bereits zu diesem frühen Zeitpunkt plausibel und kohärent den Weg für eine militärische Realität, die über Internationales Recht abgesichert war, ab, ohne sich mit dem Wesen des irakischen Feinds zu beschäftigen. In der Darstellung der Times war zu diesem Zeitpunkt so erst eine militärische Auseinandersetzung gegen ein nach innen noch nicht verankertes Feindbild möglich.

### **„Experten“, Zeugen und direkt Betroffene als einzige Qualitätssiegel für Authentizität und Kohärenz in der Berichterstattung von USA Today**

USA Today hingegen stellte Hussein von Beginn weg als blutrünstiges, gewaltbereites und kompromissloses Monster dar und verband dies sofort mit der Geisel- und ABC-Problematik. Die Zeitung stellte zu Beginn klar, dass die Krise durch einen Gewaltakt des Feindes gestartet wurde, der nur durch seine Eindämmung gebrochen werden könne. Den Auftakt machte am 3. August 1990 eine blutige Biographie Husseins als „butcher von Bagdad“, der die eigenen Leute auch mit chemischen Waffen umbrachte:

„Saddam has already made his point: He is willing to use his imposing military might – and his iron will – to hold the world hostage“.<sup>610</sup>

---

<sup>608</sup> Friedman Thomas L.: „THE IRAQI INVASION; BUSH, HINTING FORCE, DECLARES IRAQI ASSAULT 'WILL NOT STAND'; PROXY IN KUWAIT ISSUES THREAT“, in: *New York Times*, August 6, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>609</sup> Lewis Paul: „SECURITY COUNCIL VOTES 13 TO 0 TO BLOCK TRADE WITH BAGHDAD; FACING BOYCOTT, IRAQ SLOWS OIL: THE IRAQI INVASION; BLOCKADE IS HINTED“, in: *New York Times*, August 7, 1990, Column 3; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>610</sup> Ibid..

Damit bestätigte die Zeitung gleich zu Beginn einen wesentlichen Punkt von Le Shan's Kriegsterminologie: der Feind agiert aus einem Wunsch nach Macht und ausschliesslich seine Handlungen sind für die Krise verantwortlich. Dadurch ergibt sich eine erste qualitative und intuitiv wahrnehmbare Differenz zwischen „*We*“ und „*they*“, wie sie im Raster von Lawrence Le Shan in Krisen- und Kriegszeiten zu beobachten ist. Die Zeitung unterstrich diese in der Folge mit zahlreichen Zitaten und Vergleichen, die ein eindeutiges Feindbild ausformulierten und den US-Bürgern erklärten, weshalb Hussein auch für sie eine Gefahr bedeutete („Saddam is worse than Ceausescu“, „...the Adolf Hitler of the Middle East...“). Danach erklärten „Experten“, weshalb Hussein zu Recht so benannt werden *musste*. So etwa Barry Rubin vom „*Institute for Near East Policy*“ in Washington,<sup>611</sup> der unter anderem auch im neokonservativen „*The National Interest*“<sup>612</sup> publizierte oder Martin Indyk, damaliger Executive Director des „*Washington Instituts for Near East Policy*“, der die Gefährlichkeit Husseins unterstrich und verdeutlichte, in welchen Kategorien die „Katastrophe als Herausforderung“ gedacht werden musste.

„The important thing is that we should no longer be hoping for the best case, we should be planning for the worst“<sup>613</sup>

Die politische Bedeutung, Gesinnung und Macht des „*Washington Instituts for Near East Policy*“ in der damaligen Zeit beschrieb Right-Web Jahre euphorisch.<sup>614</sup> Von einer neutralen Berichterstattungsquelle konnte so keine Rede sein. Die Zeitung formte mit der Publikation des ersten Artikels über die Golfkrise vielmehr die Wahrnehmung der Kategorien „*good*“ - „*evil*“ über die eingeführten Feindbildkategorien und deren Verifizierung über die angeführten „Experten“ als Qualitätssiegel der Berichterstattung. So etwa auch am Schluss, als der US-Diplomat in Kuwait mit Tränen in den Augen zitiert wird:

„Unless *we* can stand together as friends to protect ourselves and to protect the innocence of *our* countries,” he said, “*we* can no longer hope for peaceful coexistence and stability around the world.“<sup>615</sup>

---

<sup>611</sup> Ibid.

<sup>612</sup> „The National“ etwa ist ein prominentes konservatives Blatt, dessen Publikation vom „Nixon Center“ unterstützt wird und 1985 von einem wichtigen Neocon, Irving Kristol, gegründet wurde. Wer darin publizieren will, muss seine politische Färbung offen legen. Vgl. hierzu: <http://www.nationalinterest.org/>

<sup>613</sup> Ibid.

<sup>614</sup> „During the Bush Senior and Clinton administrations, WINEP was undoubtedly the most influential think tank on Mideast policy. Its 1998 report, *Building for Peace: An American Strategy for the Middle East*, helped shape the George H. W. Bush administration policy toward the Israel-Palestinian conflict. The report advocated that the incoming administration “resist pressures for a procedural breakthrough until conditions have ripened.” „Writing for the *Middle East Report*, Stanford University professor Joel Beinin stated: “Six members of the study group responsible for the report joined the first Bush administration, which adopted this stalemate recipe not to change until change was unavoidable. Hence the United States acceded to Israel's refusal to negotiate with the Palestine Liberation Organization despite the PLO's recognition of Israel at the November 1988 session of the Palestine National Council”

vgl. <http://rightweb.irc-online.org/profile/1568.html>

<sup>615</sup> Neuman Johanna: “SADDAM HUSSEIN; 'Ruthless' reach for power; Dictator has long history of violence, in: *USA Today*, August 3, 1990, Page 1A

Damit stellte die Zeitung einen weiteren wichtigen Punkt bei Le Shan dar, nämlich das sich das aufgestaute Problem nur mit der Entmachtung des irakischen Diktators lösen lasse. Hussein war das Hauptproblem, andere politische Streitigkeiten und ökonomische Bedürfnisse waren zu diesem Zeitpunkt von untergeordneter Bedeutung.

Der zweite Artikel am 6. August 1990 entwickelte sich aus einer Fragerunde von Journalisten mit dem US-Präsident am 3. August 1990. Dieser antwortete diplomatisch auf die Frage, wie effizient er die beschlossenen Wirtschaftssanktionen aufgrund ihrer schlechten Historie beurteilen würde: er habe nie behauptet, dass die eingebrachten Sanktionen funktionierten, die USA würden nun allerdings alles daran setzen, diese Bilanz zu ändern. Auch das Gerücht, Cheney sei bereits auf dem Weg nach Saudi-Arabien, kommentierte der Präsident nicht, obwohl dies stimmte. Cheney war zu diesem Zeitpunkt bereits nach Jeddah (Saudi-Arabien) unterwegs, um König Fahd offiziell die amerikanische Anfrage für den Aufbau eines amerikanischen Militärstützpunkts in Saudi-Arabien zu unterbreiten.<sup>616</sup> Auf die schliesslich zugespitzte Frage, was die USA im Falle eines irakischen Einfalls nach Saudi-Arabien täten, antwortete der Präsident kurz angebunden, dass er keinerlei Szenarien diskutiere, sondern nur festhalte, dass auch ein solcher Aggressionsakt inakzeptabel sei. Auf eine kriegserische Auflösung einer solchen Situation angesprochen, fügte er an:

„There are a lot of options. I'm not going to discuss what they are“.<sup>617</sup>

Im Artikel war von der diplomatischen Zurückhaltung drei Tage zuvor allerdings nichts mehr übrig: Präsident Bush „bestätigte“ auf einmal nicht nur die US-amerikanische Mitverantwortung für den weiteren Verlauf der Krise („Invasion will not stand“), sondern prägte das Feindbild Hussein in derselben aggressiven Weise, wie es die Zeitung drei Tage zuvor über die erklärenden Voten organisierter Eliten und „Experten“ aufgebaut hatte. Die in Tat und Wahrheit sehr vorsichtige Formulierung des US-Präsidenten übersetzte USA Today reissend als drohende Kriegserklärung an den irakischen Machthaber:

“President Bush, blasting the Iraqis as "international outlaws and renegades," said Sunday Iraq's aggression against Kuwait "will not stand." Sounding angrier than at any moment since the crisis began Thursday, Bush said U.S. military options are "wide open.”“<sup>618</sup>

Danach folgte bereits ein lautes Nachdenken über militärische Strategien wie etwa eine Seeblockaden, die Cheney wohl aufgrund seines (notabene von Präsident Bush drei Tage zuvor nicht bestätigten) Flugs nach Saudi-Arabien ausarbeite und um das Handelsembargo zu

---

<sup>616</sup> Bush George, Scowcroft Brent: A World Transformed..., S. 335.

<sup>617</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2135&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2135&year=1990&month=8)

<sup>618</sup> Neuman Johanna: "Invasion 'will not stand', in: *USA Today*, August 6, 1990, Page 1A.

gewährleisten. Zuletzt schloss die Zeitung mit einem eindeutig kriegerisch eingestimmten US-Präsidenten.

““This will not stand - this aggression against Kuwait," Bush said. "There is a strong feeling on the part of the NATO countries to whom I've talked ... that we must have concerted action to isolate Iraq.””<sup>619</sup>

Damit publizierte die Zeitung auf der Ebene der produzierten Feindbilder zwar nichts Neues, verstärkte die bislang benutzten Strategien aber, indem der US-Präsident scheinbar nun die Ausprägung übernahm. Präsident Bush war bei USA Today zu diesem Zeitpunkt wohl der Hauptprotagonist, in Wirklichkeit aber keinesfalls ein solch harscher Wortführer. Hätte man einzig die Berichterstattung von USA Today zur Verfügung gehabt, so entstünde der Eindruck eines einhelligen Aussagengeflechts zwischen dem US-Präsidenten und den zitierten „Experten“ von *think-tanks*. Sie allesamt verlangten schnell einen moralischen Rigorismus, ohne dabei – im Gegensatz zur Times – auf die Sanktionen der U.N. als international bindendes Rechtsmittel zurückzugreifen. Insofern wartete USA Today gleich zu Beginn der Berichterstattung mit einer massgeschneiderten Realität auf, denn die aus dem Erklärungszusammenhang herausgerissene Aussage des US-Präsidenten wurde in den beiden Artikel vom 3. und vom 6. August durch die Erklärungen von „Experten“, Zeugen und direkt Betroffenen am Thema der Geiseln zu einem Handlungsbedarf mit hoher Authentizität, Kohärenz und Plausibilität geformt. Diese charakteristische und für USA Today repräsentative Aufsetzung der Berichterstattung über die Krise am Persischen Golf prägte von Beginn weg die Wahrheit eines eindeutig eingefärbten Feindbilds, das keine Zwischenräume zwischen Schwarz und Weiss duldete.

### **Heterogener Konfliktzugang strukturiert die Mechanik der Wahrheitsproduktion**

Die Berichterstattung in der New York Times konzentrierte sich bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf Hussein als irakischer Aggressor, sondern auf das Wechselspiel zwischen Internationaler Rechtssprechung durch die U.N. und den eigenmächtigen Schritten der US-Regierung. Während die U.N. Sanktionen für die New York Times bis am 7. August 1990 den entscheidungspolitischen Leitfaden für nationale und internationale Handlungsoptionen darstellten, fand der Meinungsbildungsprozess für den Leser von USA Today unter Ausschluss der internationalen Gerichtsbarkeit des Iraks statt. Die Sanktionen wurden während der gesamten Berichterstattung weder erläutert noch diskutiert. Am 6. August 1990 findet sich lediglich der Hinweis, dass in Kürze die ersten U.N.-Sanktionen erwartet würden.<sup>620</sup> Nur noch am 9. November tauchen die Sanktionen kurz in der Bemerkung auf, dass seit Beginn

---

<sup>619</sup> Ibid.

<sup>620</sup> Neuman Johanna: “Invasion 'will not stand'”, in: *USA Today*, 6. August 1990, Page A.

der Golfkrise zehn Resolutionen verabschiedet worden seien, welche die irakische Wirtschaft tangierten.<sup>621</sup> Eine genauere Betrachtung des Artikels zeigt allerdings, dass USA Today die ausgesparte Diskussion um die erlassenen U.N. Sanktionen nur in eine eigene Sprache „übersetzte“: die negative Rechtsorientierung westlichen Typs verlangt konsequenterweise eine „disziplinarische Bestrafung“ als Antwort auf die Nichteinhaltung der Regeln des Rechtssystems, auch wenn diese (noch) nicht konkret ausformuliert waren. Den fehlenden Hinweis auf die erlassene U.N. Resolution 678 „übersetzte“ USA Today mit einer fixierten Hass- und Feindbildmetaphorik. Mit der Stimme des Risikoanalysten Brian Jenkins wurde kurz erwähnt, dass die U.N. Resolutionen einen wohl unabwendbaren Kurs in Richtung „War trajectory“ (frei übersetzt: auf einer unabwendbaren mathematischen Bewegungskurve in Richtung Krieg) bedeuten würden. Wie bei der Kubakrise von 1962 stelle sich einzig noch die Frage: „Who’s going to blink“:

"We are on a war trajectory," says risk analyst Brian Jenkins of Los Angeles. "Nothing since (Iraq's invasion of Kuwait) has altered that course. There has been a steady and continuing buildup of forces. The strings of resolutions in the U.N. have marched in that direction, and there is no evidence the Iraqis are preparing to withdraw. "We are either going to war," he says, "or we're doing our best to persuade the Iraqis that we are going to war."<sup>622</sup>

So wurde adäquat zur erlassenen U.N. Resolution eine Feindbildcodierung erstellt, die fast keine Alternative zum Krieg anbot.

Die heterogene Verwendung der U.N. Sanktionen in der Berichterstattung verdeutlicht den unterschiedlichen Aufbau und Zugang zum schwelenden Konflikt: während sich die New York Times der *Systematik des rationalen, kühl-begründenden Arguments* über ein international gültiges Rechtssystem bediente, bemühte USA Today eine *Übersetzungssystematik*, die von Beginn weg von einer ausgeprägten Hassbildmetaphorik geprägt war. Erst am 7. August 1990 wies die New York Times auf die Möglichkeit einer militärischen Option hin – dies allerdings strikt unter dem Vorbehalt der Einhaltung der geltenden *internationalen rechtlichen Grundlagen*. Während die New York Times auf die erklärende Kraft der internationalen Gerichtsbarkeit und Diplomatie setzte, vertrat USA Today bereits im Tonfall einer Kriegsreportage über die Stimme zahlreicher parteiischer Vertreter von organisierten und mächtigen Eliten die eigene Position, ohne die politische Gesinnung der beigezogenen Experten zu deklarieren.

---

<sup>621</sup> Lee Jessica: "U.S. shifts to 'offensive'; 120,000 more troops ordered to gulf", in: *USA Today*, November 9, 1990, Page A.

<sup>622</sup> Kenny Timothy: "Analysts say U.S. on 'war trajectory'", in: *USA Today*, November 9, 1990, Page A.

Die Ausgestaltung des Feindbildaufbaus erfolgte bei USA Today gleich im ersten Artikel vom 3. August über die Schlüsselthemen Hussein-Hitler, Geiseln, „*human shields*“ und der ABC-Problematik durch eine eigentliche Dämonisierung Husseins in der Berichterstattung,<sup>623</sup> wobei die gemachten Aussagen als voraussetzungslos wahr referiert wurden. Damit wurde der Prozess des bedingungslosen Erklärens bei USA Today von Beginn weg zu einer unbemerkten Hauptstrategie der Formation durch Information, denn auch die Exponenten und ihre Herkunft wurden zwar deklariert, über ihre ideologische Gesinnung erfuhr der Leser aber nichts. Dieses Verhalten prägte die Systematik des Verschweigens, denn dem Leser fehlte damit die grundlegende Möglichkeit, sowohl die eingeführten Themen- und Themenstränge als auch die darauf aufbauenden Expertenmeinung auf der politischen Landkarte einzuordnen. Entscheidend dabei war, dass dieser Eindruck entstand, *ohne dass die Regierung als formierendes Scharnier von Wahrheit und Realität wahrgenommen wurde*. Angeleitet wurden die Themenstränge vielmehr durch den Einbezug von Zeugen und „Experten“ (*think-tanks*, Militärvertreter), die Hussein allesamt im Sinne Le Shans als „den Feind als natürlichen Lügner“ bestätigten und die Inhalte so bereits bedeutungsvoll auffüllten, bevor der US-Präsident im zweiten Artikel vom 6. August in dieselbe Kerbe schlug. Die Glaubwürdigkeit der Experten-Aussagen wurden verstärkt, indem nur *direkt Betroffene* (Geiselfamilien) aussprechen durften, welcher ein Lügner Hussein sei.<sup>624</sup> Die Strategie der Personalisierung verlieh der produzierten Wahrheit so ein Maximum an Authentizität.

Einen Richtungswechsel in der Berichterstattung der New York Times bedeutete die *Verschiebung der Konfliktdimension* bei der New York Times nach dem 7. August 1990: Husseins Überfall auf Kuwait wurde seit dem 2. August zwar rege auf ausenpolitischer und international-rechtlicher Ebene behandelt, aber erst ab dem 8. August wurde die Angelegenheit durch die Ausprägung der Kategorien ABC-Gefahr, Hussein-Hitler-Analogie sowie der Geisel- und „*human-shield*“-Problematik für das Elitemedium zur *persönlichen, US-amerikanischen Angelegenheit* geformt. Empirische Studien belegen, dass die öffentliche Meinung zu diesem Zeitpunkt noch nicht gemacht war und die Wahrnehmung der Krise am Golf in den Köpfen der Bürger zu diesem Zeitpunkt durch eine konsequente Feindbildcodierung noch ausgebildet (*framed*) werden konnte. Gemäss einer Gallup/CBS Umfrage verfolgten am 3. und 4. August 1990 erst 18% der US-Bevölkerung die Berichterstattung rund um

---

<sup>623</sup> Neuman Johanna: “SADDAM HUSSEIN; 'Ruthless' reach for power; Dictator has long history of violence, in: *USA Today*, August 3, 1990, Page 1A.

<sup>624</sup> Neuman Johanna: “SADDAM HUSSEIN; 'Ruthless' reach for power; Dictator has long history of violence, in: *USA Today*, August 3, 1990, Page 1A.

die Golfkrise. In der Periode vom 9. bis 12. August waren es 40%. Der Anteil der Nichtinteressierten fiel in derselben Periode von 43% auf 17%.<sup>625</sup>

Die Mechanik der Feindbildcodierung, welche die Kuwait-Frage nach dem 7. August 1990 nicht nur für USA Today, sondern vor allem für die New York Times als für die USA innenpolitisches Problem verankerte, lassen sich in vier Phasen ordnen, wobei – analog zu USA Today - traditionelle, bürgerliche Wertekategorien in allen Phasen zur Beurteilung der Krise am Persischen Golf herangezogen werden. Erstens der *Einführung, Begründung, Legitimierung und dem Ausschluss* zentraler Themenstränge, zweitens die analytische Bestätigung des Feindbilds Hussein anhand der eingeführten Gliederungen, drittens die Erzeugung eines vertieften inneramerikanischen Problembewusstseins über die Erzählstrategie von Einzelschicksalen und viertens die Hervorhebung der nationalen Bedrohung durch Husseins betont „selbstgewählte“ Verdammung als Feind der USA durch die ideologisch konturierten Unterscheidungskategorien „*We*“ - „*they*“ sowie „*good*“ - „*evil*“.

### **Regelhafter und sachlogischer Aufbau und Ausschluss von Feindbildkategorien als zentrales Charakteristika der Feindbildproduktion bei der New York Times**

Im Gegensatz zu USA Today, welche dieselben Kategorien vom ersten Tag der Berichterstattung am 3. August 1990 als diskussionslos „wahr“ übernahmen, begann bei der New York Times erst ab dem 8. August 1990 der gezielte Aufbau *derselben* Themenstränge. Doch der Zugang zur Krise am Persischen Golf wurde für die Leser der Times nicht weniger charakteristisch und repräsentativ strukturiert. Ich habe mich deswegen im folgenden Abschnitt ganz bewusst gegen eine chronologische und für eine thematische Ordnung entschieden, weil so die im Gegensatz zu USA Today *streng-begründende* Analyse der New York Times über die Zeit hinweg stärker hervorgehoben werden kann und so klar wird, wie der Konflikt langsam zur persönlichen Sache der USA entwickelt wurde. Medienwissenschaftlich gesprochen bediente die Times nun die Herstellung von „*Primes*“, die von den Lesern im nachfolgenden Krisenverlauf zur Beurteilung weiterer Ereignisse herangezogen werden konnten, denn wenn Medien ein Thema besprechen, legen sie zugleich die Kriterien fest, anhand derer die Leser dieses beurteilen.<sup>626</sup> Gerade hierin liegt aufmerksamkeitsökonomisch gesprochen das Potential zur Konstruktion eines exklusiven, weil charakteristisch und medientypischen Zugangs für die Times-Leser zur Golfkrise. Für die Times bedeutete dies insbesondere eine umfassende Darstellung und Begründung einer Krisen- und Kriegsrealität, wie sie sich in den von Lawrence Le Shawn hervorgehobenen Mustern wiederfinden und die so auch kriegskritische Themen oder die eigene historische Verantwortung an der Aufrüstung des Iraks in der Real-

---

<sup>625</sup> Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War, Chicago 1994, S. 213.

<sup>626</sup> Iyengar Shanto, Kinder Donald R.: News that matters..., S. 63.

tätsdarstellung zu berücksichtigen vermochte. Wenn also in einer späteren Phase der Krisenberichterstattung auf einer dieser ausgeformten Stränge zurückgegriffen wurde, konnte an die in der Folge eingeführten - exklusiven - „*Primes*“ angeschlossen werden.

*Kriminalisierung eines Lügners:* Über einen nicht näher identifizierten Saudi verband die Zeitung am 8. August 1990 die Gefahr eines chemischen Waffeneinsatzes mit dem *Charakter Husseins*: Hussein sage ja auch, er habe keine Pläne Saudi-Arabien zu attackieren, gleichzeitig berichte das State Department aber über eine ansteigende Truppenkonzentration an den saudischen Grenzen.<sup>627</sup> Präsident Bush nannte Hussein Tags darauf „a criminal force“,<sup>628</sup> dessen Gefahrenpotential und Aggressivität am 9. August in der New York Times parteiübergreifend durch die Demokraten bestätigt wurde. Das Militär bestätigte schliesslich als dritte Partei, dass ein Einsatz chemischer Waffen seitens Husseins bei einem militärischen Vorgehen der USA nicht auszuschliessen sei.<sup>629</sup> Hussein konnte man also nicht glauben – und gefährliche ABC-Waffen besass er offenbar auch. In einem ebenfalls am 9. August veröffentlichten Leitartikel wurde das Thema ABC-Waffen auf abenteuerliche Weise weiterentwickelt: die CIA behauptete, die Verladung chemischer Waffen in Flugzeuge beobachtet zu haben. Dies solle gleichwohl als Warnung an die Adresse der Saudis *und* der USA verstanden werden, da die Iraker sicherlich um die Beobachtung durch Satelliten wüssten.<sup>630</sup> Diese „Beobachtung“ wurde im Fortverlauf des ABC-Diskurses aber nicht mehr aufgenommen.

*Hussein-Hitler, legitimierende historische „Routen“:* Etwas präziser erfolgte am 9. August die einführende Analyse des Konflikts entlang der *eigenen historischen „Routen“*, die in der *Hussein-Hitler-Analogie* verpackt wurden.<sup>631</sup> Die von den saudischen Nachbarn hervorgehobene militärische Unberechenbarkeit Husseins liess den Vergleich mit dem Einfall Hitlers in Polen im September 1939 zu. Die Verbindung historischer Bezüge erschöpfte sich aber nicht im Vergleich mit Hitler, denn die Times verband damit die aussenpolitische Verantwortung der USA durch die eigenen historischen „Routen“ und über die Führungsperson des US-

---

<sup>627</sup> Ibrahim Youssef M.: „BUSH SENDS U.S. FORCE TO SAUDI ARABIA AS KINGDOM AGREES TO CONFRONT IRAQ; Saudis Make a Stand“, in: *New York Times*, August 8, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

<sup>628</sup> Gordon Michael R.: „BUSH SENDS U.S. FORCE TO SAUDI ARABIA AS KINGDOM AGREES TO CONFRONT IRAQ; Saudis Make a Stand“, in: *New York Times*, August 8, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

<sup>629</sup> Apple R.W.: „CONFRONTATION IN THE GULF: U.S. MAY SEND SAUDIS A FORCE OF 50,000; IRAQ PROCLAIMS KUWAIT'S ANNEXATION; BUSH DRAWS 'LINE'“, in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>630</sup> Gordon Michael R.: „BUSH SENDS U.S. FORCE TO SAUDI ARABIA AS KINGDOM AGREES TO CONFRONT IRAQ; Bush's Aim's: Deter Attack, Send a Signal“, in: *New York Times*, August 8, 1990, Section A; Page 1, Column 5; Foreign Desk.

<sup>631</sup> Zuvor war die Analogie zwar schon in den Artikeln vom 3. August („Hitler of the Middle East“) und vom 7. August („A modern Adolf Hitler“) durch die Demokraten und die Türken verwendet worden. Dies allerdings nur als Schlagwort, dem eine einordnende und die Situation begründende historische „Analyse“ noch fehlte.



Präsidenten. Bush rief zuerst die Nation dazu auf, in die Kirchen zu gehen, um zu beten. Er richtete zudem den Appell an die Bevölkerung, die *bürgerlichen und etablierten amerikanischen Prinzipien* zu bewahren, denn er habe in Fällen wie Hitler und jetzt Hussein selbst deren Bedeutung für die USA erlebt:

“He described President Hussein as "an aggressive dictator threatening his neighbors" and compared him with Hitler. He used emotionally charged words from the late 1930's like blitzkrieg and appeasement. And he asked that "in the churches around the country, prayers be said."..."Standing up for our principles is an American tradition," Mr. Bush said in his speech from the Oval Office this morning. "As it has so many times before, it may take time and tremendous effort, but most of all, it will take unity of purpose. As I have witnessed throughout my life in both war and peace, America has never wavered when her purpose is driven by principle.”<sup>632</sup>

Damit verband die Times über die Stimme von Präsident Bush und über die Hitleranalogie die eigene konservative Wertestruktur mit dem Feindbild Hussein und verwendete die jüngere US-Geschichte als Lieferanten von Verifikationsstrategien für politische Handlungsoptionen, obwohl die Verwendung der Hitler-Analogie früh erkennbar das gezielte Ergebnis von Regierungspropaganda war.<sup>633</sup> Warum aber wurde gerade Hitler ausgewählt? Hitler verkörperte das Böse, das unschwer vom Guten zu trennen und besiegt worden war, wie keine zweite Figur der jüngeren US-Geschichte dar. Manch einer hatte den Zweiten Weltkrieg noch selbst miterlebt - und das war die Kernaussage der USA: Hitler war ein Feind, der erst zu spät als solcher erkannt wurde. Schliesslich wurde er aber besiegt. Damit nahm nun auch die New York Times eine Einteilung in die Kategorien „good“ und „evil“ vor, die nicht den Macht hunger des irakischen Diktators beklagte, sondern verdeutlichte, dass der Feind lügt und ihm nicht zu trauen sei – so wie die USA dies mit Hitler schon einmal erleben mussten. Die positive Botschaft an die eigenen Bürger lautete: „Wenn wir Hitler besiegen, schaffen wir auch einen Saddam Hussein“. Das förderte Selbstbewusstsein um die Stärke der amerikanischen Prinzipien war aber nicht nur im Kontext der historischen Einordnung, sondern auch im Zusammenhang des Aufbaus des *Geisel- und ABC-Problematik* in den darauf folgenden Tagen von zentraler Bedeutung:

*Zuspitzung des Konflikts und Rechtfertigung der verwendeten konservativen Wertestrukturen über die Geiselterminologie und den Weggang von Husseins Verbündeten:* Am 9. August schätzte die New York Times die Situation für die festgehaltenen Ausländer im Irak und Kuwait als gefährlich ein. Präsident Bush wolle und müsse die Geiseln aus den Händen Husseins befreien, lautete die Forderung der Zeitung, denn was Hussein mit ihnen anstelle, sei

---

<sup>632</sup> Apple R.W.: “CONFRONTATION IN THE GULF: U.S. MAY SEND SAUDIS A FORCE OF 50,000; IRAQ PROCLAIMS KUWAIT'S ANNEXATION; BUSH DRAWS 'LINE'”, in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>633</sup> Vgl. Shaw Donald L.: *The Natural, and Inevitable Phases of War Reporting: Historical Shadows and New Communication in the Gulf War*, in: Denton Robert (Hrsg.): *The Media and the Persian Gulf War*, S. 43ff.

unvorhersehbar. Damit betonte die Times die Unberechenbarkeit des Feindes. Die US-Regierung vertrat aber nicht dasselbe Feindbild wie die Zeitung: während die Times die festgehaltenen Ausländer bereits als Geiseln taxierte, vermied die US-Regierung das Wort entschieden,<sup>634</sup> zeigte aber Mitgefühl für die schreckliche emotionale und moralische Situation der Festgehaltenen. Dies rief bei der Times insofern wenig Verständnis hervor, als dass der Irak die US-Bürger arglistig als „Gäste“ bezeichnete.<sup>635</sup> Die Times behielt ihre Überzeugung bezüglich des Sprachgebrauchs deshalb bei und berichtete Tags darauf über deren empörende Situation vor Ort am Beispiel der 10-jährigen Penelope Nabokov, der die Ausreise aus dem Irak verweigert wurde.<sup>636</sup> Nun empathisch gefärbt stellte die Zeitung so rasch einen *persönlichen Bezug für die US-Amerikaner zur Krise* her. Dieser verfehlte seine Wirkung offenbar nicht, denn am 11. August gab Pressesekretär Fitzwater glücklich bekannt, dass 11 US-Amerikaner, darunter auch Penelope Nabokov, den Irak verlassen konnten.<sup>637</sup> Die porträtierte Geschichte erzeugte kaum den Eindruck, dass der US-Regierung an der Dämonisierung des irakischen Machthabers gelegen war, sondern vielmehr, dass man die Sache am liebsten unter Verschluss gehalten hätte. Der Prozess erzeugte bislang den Eindruck, dass die Times die eigene Regierung in die politische Alltagsrealität zurückholen musste, indem man die Verbrechen anhand von Einzelschicksalen betonte und so einen persönlichen Bezug für die US-Bürger herstellte. Die Produktion einer objektiven Berichterstattung schien in diesem Moment wohl durch die Times, nicht aber durch die US-Regierung möglich zu sein. Dieses Momentum nutzte die Zeitung für die authentische und glaubwürdige Ausprägung der Kategorien „We“ und „they“:

Am selben Tag verstärkte die Times diesen persönlichen Bezug zudem über die Person des saudischen König Fahd in einem zweiten Frontpage-Artikel. Dieser bezeichnete den Einfall Husseins als „Ugliest Aggression“ und führte die irakische Seite als Repräsentation des Bösen an, die über ein umfassendes und gefährliches Handlungsrepertoire von Waffen und Strategien verfüge.<sup>638</sup> Fahd in der Funktion als regionaler Experte hob damit ebenso unmissverständlich die Unberechenbarkeit und das Gefahrenpotential Husseins hervor, wie dies die Times in den vergangenen Tagen tat und schloss zudem nahtlos an die mysteriöse Beobach-

---

<sup>634</sup> Am 17. August hob die Times die Kritik der Administration an den Medien hervor, fortwährend von „Geiseln“ zu sprechen. So könne Hussein verleitet werden, *Bedingungen* an deren Freilassung zu knüpfen. Diese folgten prompt in der Ausgabe vom 20. August. Hussein forderte den Abzug der US-Armee aus dem Nahen Osten.

<sup>635</sup> Krauss Clifford: „Confrontation in the Gulf; Iraq Confines 38 Americans, But Their Status Is Unclear“, in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 5; Foreign Desk.

<sup>636</sup> Krauss Clifford: „Confrontation in the Gulf; Baghdad Seals Off the Exit Of Foreigners Across Border“ in: *New York Times*, August 10, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

<sup>637</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2157&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2157&year=1990&month=8)

<sup>638</sup> Kifner John: „CONFRONTATION IN THE GULF: U.S. SET TO BLOCKADE BAGHDAD'S SHIPPING; IRAQ DETAINS FOREIGNERS, UPSETS SUMMIT; ARAB ROLE UNCLEAR“, in: *New York Times*, August 10, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

tung des CIA vom Vortag an, ohne aber genaue Zahlen zu nennen. Hussein unterstützte das Bild eines aggressiven und unberechenbaren Machthabers selbst perfekt, indem er in der Ausgabe vom 17. August den US-Präsidenten als üblen Lügner beschimpfte und drohte, die US-Amerikaner im Irak in Leichensäcken zurücktransportieren zu lassen. Die Times kommentierte Husseins Hasstiraden zurückhaltend, räumte einer friedlichen Lösung unter diesen Umständen aber nur noch geringe Chancen ein.<sup>639</sup> Ausgespart wurde die diplomatische Reaktion des US-Präsidenten, der einzig die Verstärkung des internationalen Rechts als Lösungsstrategie anerkannte.<sup>640</sup> Die Zeitung hingegen betonte die Truppenverstärkung am Persischen Golf und die zunehmende aussenpolitische Isolation Husseins. Bei den bisher eng Verbündeten Husseins fand gemäss der New York Times ein langsames Umdenken statt. Der jordanische König Hussein etwa bekundete, er werde die kuwaitische Besetzung nicht anerkennen und respektiere den Boykott der U.N. Diesen für die US-Regierung offenbar wichtigen Umstand hob sie immer wieder hervor und widmete dem Thema einen Tag zuvor sogar eine gesamte Pressekonferenz.<sup>641</sup> So unterstrich die US-Regierung, für welche politische Seite sich der jordanische Monarch schliesslich entschieden hatte, denn das Wertespiel einer einfachen Schwarz/Weiss-Konturierung zwischen „Us“ und „Them“ erlaubte nur ein „für uns“ oder ein „gegen uns“. Die dabei von der Times ausgestreute Botschaft war konsistent, denn sie prangerte Missstände bei der Geiselhaltung an, liess glaubwürdige Dritte über Hussein richten und sah selbst von einer eigentlichen Kriegshetze ab. Mit dem Einschub des jordanischen Königs gab man schliesslich deutlich zu erkennen, dass sich die Lagerbildung der Guten unaufhörlich fortsetzte. Die so massgeschneiderte Realität legitimierte den aussenpolitischen Rückgriff auf etablierte, konservative US-amerikanische Wertestrukturen durch den zunehmenden Zuspruch ausländischer Parteien, die man politisch zuvor in der Nähe Husseins vermutete. Die zuvor eingeleitete Hussein-Hitler-Analogie wurde so etwa als glaubwürdig überprüft.

Die Legitimierung des Feindbilds durch die Times mittels *Priming/Framing* erfolgte zu diesem Zeitpunkt also durch die Hinzunahme möglichst authentischer Quellen, wie eben der 10-jährigen Nabokov, der Erzeugung eines Ohmachtgefühls durch die eigene Regierung und der Schaffung von Authentizität und Glaubwürdigkeit durch den saudischen Nachbarn oder gar die ehemaligen Verbündeten Husseins, die das bislang aufgebaute Feindbild bestätigten. Erst am 21. August, als Hussein schliesslich auch noch Bedingungen an die Freilassung der Geiseln knüpfte, übernahm die Administration die Geisel-Terminologie: da Hussein unschuldige Bürger gegen ihren Willen festhalte, könne dies nur als Geiselnahme bezeichnet werden.

---

<sup>639</sup> Apple Jr. R. W.: „CONFRONTATION IN THE GULF: JORDAN VAGUE ON EMBARGO; TEHERAN TO BACK SANCTIONS; NEW THREAT MADE IN KUWAIT; PEACE HOPE FADING“, in: *York Times*, August 17, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

<sup>640</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2166&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2166&year=1990&month=8)

<sup>641</sup> Ibid.

Die Times sah ihre bisherigen Argumente bestätigt, da die US-Regierung nun endlich den Kriminalisierungsgrad Husseins als solchen benannte. Deshalb verstärkte die Times die Berichterstattung nun durch die Vermengung mit der Hitler-Hussein-Terminologie und stellte über die Stimme des US-Präsidenten fest, dass man nicht „dieselben Fehler“ wie im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs begehen dürfe - und dies auch nicht werde.<sup>642</sup>

Bei USA Today war die Meinung wiederum bereits in der Artikelüberschrift vom 13. August gemacht (“‘Be honest’: U.S. citizens are hostages”).<sup>643</sup> Der für seine Skandalreporte bekannte Jack Kelley<sup>644</sup> berichtete ebenfalls über die Situation der ausländischen Bürger und der etwa 3600 Amerikaner vor Ort und baute durch die auf Emotionen getrimmte Darstellung rasch Handlungsdruck auf die Regierung auf. Systematisch wurden wichtige Altersgruppen mit authentischen Einzelquellen abgedeckt. Die schwangere Ehefrau zu Hause, der 50-jährige Ehemann John Cole aus Odessa, Texas, der als Öl-Arbeiter sein Geld verdiente, der festgehaltene militärische Ausbildner Walterschied oder der ebenfalls festgehaltene 20-jährige Taleb Subh aus Davenport. Die Geisel-Martyrien erhielten durch die Ausführungen der ehemaligen Libanongeiseln Lawrence Jencos und Terry Anderson<sup>645</sup> reale und für die Leserschaft fassbare Gestalt und erinnerten zugleich ebenfalls an die gewollte Untätigkeit der Reagan-Administration während der TWA-Entführung. Das Blatt wies die amerikanische Regierung über die Zitate von „Experten“ sogar noch explizit auf den möglichen Zorn in der Bevölkerung hin, sollte Präsident Bush weiterhin ebenso untätig bleiben.<sup>646</sup> Damit formulierte die Zeitung die deutliche Warnung an den US-Präsidenten, sich nicht erneut ausserhalb der aufgebauten “We” und “they” Gruppierung anzusiedeln. Gleichwohl signalisierten die belegten Einzelerfahrungen dem Leser, dass die bisherige Feindbildaufbau als authentisch und die konservative Berichterstattung deshalb als glaubwürdig und moralisch richtig einzustufen war. Die Regierung musste, wollte sie die Gunst der Bevölkerung nicht verlieren, handeln.

---

<sup>642</sup> Rosenthal Andrew: „Confrontation in the Gulf; BUSH VOWS NOT TO BE COWED BY THE TAKING OF 'HOSTAGES'; IRAQ SHIFTS THEM TO TARGETS, in: New York Times, August 21, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>643</sup> Kelley Jack: “‘Be honest’: U.S. citizens are hostages”, in: *USA Today*, August 13, 1990, Page 1A.

<sup>644</sup> Jack Kelley war 2002 für den Pulitzer Preis nominiert. 2004 kam heraus, dass er für mindestens acht Frontartikel substantielle Teile fälschte, indem er Zitate einfach erfand. Nicht zuletzt jene Geschichte, die ihm 2002 die fünfte Nomination für den Pulitzer Preis einbrachte, wurde zum Stolperstein: Kelley behauptete, vor einem Attentat einen der Bomber selbst gesehen zu haben. Die Beschreibung des Mannes konnte aber, wie sich später herausstellte, nicht mit dem wahren Attentäter übereinstimmen. Kelley berichtete zudem über Events, die nie stattgefunden hatten und erfand viele exklusive „eyewitness reports“. Jene Reports also, die unter dem Druck der Kommerzialisierung während des Golfkriegs einen so eklatant hohen Stellenwert erhielten und eine Illusion von „Wahrheit“ erzeugten.

Vgl. [http://www.usatoday.com/news/2004-03-18-2004-03-18\\_kelleymain\\_x.htm](http://www.usatoday.com/news/2004-03-18-2004-03-18_kelleymain_x.htm)

<sup>645</sup> Die beiden waren während 2 bzw. 5 Jahren - notabene in der Zeit der TWA-Entführung - Geiseln im Libanon.

<sup>646</sup> Ibid.

*Gefahr durch ABC-Waffen und die Rolle der eigenen Verantwortung werden getrennt:*

Die Diskussion bei USA Today verzichtete zu diesem Zeitpunkt sowohl auf das Potential der ABC-Bedrohung durch den Irak als auch auf die Frage, inwiefern die USA eine Mitschuld an der Hochrüstung des Iraks trage. Dieser Strang verstärkte sich hingegen ab dem 12. August bei der New York Times. US-Aussenminister Baker bestätigte den diesbezüglich harten Kurs der US-Regierung in den Vortagen, denn Hussein habe in den vergangenen 10 Jahren chemische Waffen gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt und sei deshalb gefährlich. Tags darauf folgte in der Times eine einmalige kritische Berichterstattung, welche die Mitschuld der USA an der irakischen Hochrüstung klar deklarierte. Detailliert wurden darin die Versäumnisse der Reagan-Administration in den 1980er Jahren aufgezählt und beklagt, dass die Regierung weder auf ethnische Säuberungen noch auf die Giftgas Angriffe von 1984 und 1988 reagiert habe. Gleichwohl sei man sich nicht zu schade gewesen, für hunderte von Millionen Dollar Kampfhubschrauber zu verkaufen, deren zivile Nutzung Hussein einzig durch ein mündliches Versprechen versichert habe. Die Times wendete allerdings entschuldigend ein:

"We were so desperate to believe we could convert him that we were taken completely in...And the State Department was a willing accomplice to it, because they wanted to believe, too."<sup>647</sup>

Danach gewann der zu Beginn eingeführte ABC-Themenstrang wieder nahtlos die Oberhand, indem das vorhandene ABC-Arsenal als Gefahr gegen irakischen Nachbarn und die US-Truppen betont wurde. Im Artikel vom 16. August kamen die Saudis mit der Befürchtung zu Wort, dass Hussein nicht vor dem Einsatz Chemischer Waffen gegen seine Nachbarn zurückschrecke. Am 24. August folgte eine Beschreibung, wie umfassend sich das US-Militär auf einen solchen chemischen Angriff vorbereite und am 26. August schlug schliesslich Kuwait in dieselbe Kerbe wie die Saudis und betonte die reale Gefahr von chemischen Waffen in den Händen Husseins. Das ABC-Thema verstärkte damit den Eindruck eines gefährlichen Diktators und schloss gleichzeitig die kritische Selbstreflexion weitgehend aus.

Die *eigene* historische Verantwortung an der Krise spielte in der gesamten Berichterstattung keine grosse Rolle und wenn, wurde sie wie oben entschuldigend aufgegriffen. Eine kritischere Gangart hätte möglicherweise sogar eine Grundsatzdebatte über das bislang aufgebaute „*We*“/„*Them*“ Raster ausgelöst. Insofern war das konsequente Ausblenden der *historischen* Fundamentalkritik am Verhalten der eigenen US-Regierung während der monierten Zeitperiode sowohl bei USA Today als auch bei der New York Times ein wichtiger Produktionspfeiler der massgeschneiderten Realität für den Krieg, denn das Thema vermochte die eingeleitete Feindbildmetaphorik nicht zu unterstützen oder zu verifizieren. Es überrascht

---

<sup>647</sup> Wines Michael: Confrontation in the Gulf; U.S. Aid Helped Hussein's Climb; Now, Critics Say, the Bill Is Due, in: *New York Times*, August 13, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

deshalb auch nicht, dass solche Artikel insgesamt gerade einmal im Verhältnis von 1:100 publiziert wurden.<sup>648</sup> Diese Art der Auseinandersetzung war für den begonnenen Feindbilddiskurs kontraproduktiv, das merkte etwa die Times selbst: Auf die selbstgestellte Frage der New York Times am 12. August, welche Mission die am Persischen Golf stationierten Truppen eigentlich zu erfüllen hätten (es lag der Vorwurf einer Mission zur Ölsicherung in der Luft), fand das Traditionsblatt nur den Ratschlag: „KEEP WORRIES OUT OF MIND“.<sup>649</sup>

*Ausschluss von Öl als Kriegsgrund, keine Positionierung der Regierung:* Ein zweiter, äusserst heikler Punkt in der Feindbildproduktion war die Verbindung zwischen dem Zugang zum Öl, den ökonomischen Bedürfnissen der USA sowie deren schnelles militärisches Engagement und dem bislang aufgebauten Feindbild. Während die Frage nach „Öl als Kriegsgrund“ die Leser von USA Today bislang überhaupt nicht beschäftigte, konzentrierten sich bei der New York Times sämtliche Publikationen rund um das Thema „Öl“ reduzierend auf die Fragen der Höhe der Minderproduktion sowie deren Auswirkungen auf die Preisentwicklung durch den Ausfall des kuwaitischen und irakischen Produktionsvolumens.<sup>650</sup> Einer solchen Öldiskussion fehlte das *emotionale Moment*, um als Bild der Aggression verstanden zu werden, kurz: bislang fehlte eine griffige „automatisierte“ Schlussfolgerung in der Öldiskussion, um die Notwendigkeit des militärischen Engagements zu begründen. Die in der Times vom 9. August zitierte Rentnerin Katie Safier trennte das Feindbild Hussein gar ökonomisch von der Öl-Frage und sah in der Besetzung Kuwaits oder den besetzten Ölfeldern in Ramallah deshalb keinen Grund, sich militärisch zu engagieren:

"There have been so many wars, so many have been killed," said Katie Safier, an 81-year-old retired real estate agent from New York. "Hussein is a dictator like Hitler. He wants to take over all the oilfields. But why should we be involved? We could get oil from Mexico."<sup>651</sup>

Es wäre ein leichtes gewesen, mit haushälterischen Argumenten dagegen zu halten, denn, wie weiter oben gezeigt, hätte die dazugehörige Datenbasis die Abhängigkeit vom irakischen Öl unmissverständlich aufgezeigt. Die US-Regierung schwieg zu diesem Thema aber hartnäckig. Das fehlende emotionale Element hingegen fügte die Zeitung selbst als Negativverbindung zwischen Öl und Krieg hinzu, indem der damalige „*Chief diplomatic correspon-*

---

<sup>648</sup> Dorman William A., Livingston Steven: Establishing the Gulf Policy Debate, in: Bennet Lance W., Paletz David L.: Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago 1994, S. 67f.

<sup>649</sup> DeParle Jason: „Confrontation in the Gulf; Despair, Calm and Disdain Greet Mobilization at Bragg“, in: *New York Times*, August 13, 1990, Section A; Page 1, Column 4; National Desk.

<sup>650</sup> Wald Matthew L.: „The Iraqi Invasion; Oil Prices Increase Sharply Again; World Financial Markets Tumble“, in: *New York Times*, August 7, 1990, Column 5; Financial Desk, Section A; Page 1 und: D. Hershey Jr. „Confrontation in the Gulf; OIL MARKETS EASE; STOCK PRICES RISE“, in: *New York Times*, August 9, 1990, Column 5; Financial Desk, Section A; Page 1.

<sup>651</sup> Ibid.

dent“, Thomas L. Friedmann, aggressiv im Leitartikel vom 12. August den „wahren“ Gründen des amerikanischen Engagements im Persischen Golf entgegentrat:<sup>652</sup>

„Surely it is not American policy to make the world safe for feudalism. This is about money, about protecting governments loyal to America and punishing those that are not and about who will set the price of oil.“<sup>653</sup>

Friedmanns durchaus analytische Ausführungen basierten allerdings lediglich auf *Vermutungen*. Er hatte recht, konnte dies zum Zeitpunkt der Publikation aber nicht beweisen. In einem inzwischen freigegebenen geheimen Dokument, der *National Security Directive 45* vom 20. August 1990, bezeichnete der US-Präsident die Sicherstellung des Zugangs zum Öl als vitales Interesse der USA, dass es gegebenenfalls mit militärischer Kraft zu verteidigen gelte. Zudem würden die USA die individuellen und kollektiven Bemühungen der befreundeten Staaten unterstützen, damit diese künftig eine aktivere Rolle bei ihrer Selbstverteidigung spielen konnten.<sup>654</sup> Der US-Präsident verfasste zu diesem Zeitpunkt gleichzeitig den Beschluss, diplomatisch unter den erlassenen U.N-Resolutionen 660 und 662 weiter zu verfahren,<sup>655</sup> gleichwohl aber Saudi-Arabien und andere freundschaftlich zugewandte Golfstaaten wenn immer nötig militärisch zu verteidigen.<sup>656</sup>

Einmal auf die moralische Verwerflichkeit eines Kriegs allein des Öl wegen aufmerksam gemacht, kehrte die Times mangels empirischer Evidenz zum „courant normal“ zurück und reduzierte die Diskussion rund um das Thema Öl danach wieder auf die Erörterung über die Ölpreisentwicklung, weil das empirisch evidente „blood for oil“ Element vom 12. August komplett fehlte. Ein zwingender Punkt für den inhaltlichen Rückzieher war die in diesem Moment stellvertretend von USA Today gestellte Forderung nach einer sauberen Situationsanalyse als Entscheidungsgrundlage,<sup>657</sup> denn diese stand der nur auf Vermutungen basierenden Argumentation von Friedmann diametral entgegen.

Die Bush-Administration prägte so über die Strategie des Schweigens eine Medienrealität aus, die eine Problemstellung ausklammern musste, weil ihre Argumente nur auf Vermutungen basierten. Selbst USA Today forderte, nachdem man zuvor Stimmungsmache betrieben hatte, es seien grundsätzlich Alternativen und Argumente abzuwägen, um sodann eine ver-

---

<sup>652</sup> Diesen Eindruck gewann die Bevölkerung aber erst im Laufe der Monate: Eine Times/CNN Umfrage vom 23. August 1990 etwa wollte wissen, welche der vorgegebenen Gründe aus dem Blickwinkel des Befragten eine Einmischung in die Nahostkrise erlaube: Während die Antwort „protect the oil supply in the Middle East“ zu diesem Zeitpunkt noch eine Zustimmung von 78% fand,<sup>652</sup> verschlechterte sich die Antwort „to lower oil prices“ als Kriegsgrund erst in einer Folgeumfrage in der Periode vom 15. November bis 7. Dezember auf 30%. Vgl. Mueller John: Policy and Opinion..., S. 254.

<sup>653</sup> Friedman Thomas L.: “Confrontation in the Gulf: U.S. Gulf Policy – ‘Vague Vital Interests’”, in: *New York Times*, August 12, 1990, Section A, Page 1.

<sup>654</sup> National Security Directive 45, 20. August 1990, S. 1, zu finden unter: <http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/nsd/nsd45.pdf>

<sup>655</sup> National Security Directive 45, 20. August 1990, S. 2.

<sup>656</sup> National Security Directive 45, 20. August 1990, S. 3.

<sup>657</sup> Kelley Jack: “‘Be honest’: U.S. citizens are hostages”, in: *USA Today*, August 13, 1990, Page 1A..

antwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Eine Entscheidung für oder gegen den Krieg, die, wie im Artikel von Friedmann, nur auf Vermutungen basierten, genügte gerade im Falle der New York Times nicht, da der bisherige Feindbildaufbau einzig mit begründenden Analysen und Argumenten erfolgte (eine ganz andere und davon zu trennende Frage ist, inwiefern die New York Times die Wahrheit reproduzierte!) Hätte sich die Times hier auf einmal auf Vermutungen eingeschossen, hätte sie nicht nur die journalistische Qualitätsforderung nach Objektivität grob verletzt, sondern darüber hinaus den „*Prime*“ „Öl als originärer Kriegsgrund“ nur spekulativ bedient. Eine schlüssige Beurteilung war mangels Bewertungskriterien zu diesem Zeitpunkt deshalb nicht möglich.

Alles in allem produzierte die New York Times deshalb in kurzer Abfolge ein auf verschiedenen Themensträngen aufgebautes Feindbild, das sich an der referierten *Faktenlage* der Gegenwart und nicht an der Aufarbeitung möglicher historischer Verfehlungen oder einer spekulativ produzierten Eigenmeinung orientierte. Ein so detailreich und abwägend-strukturierter Zugang entsprach nicht nur der qualitativen Markenpositionierung der Times, mangels empirischer Eindeutigkeit, die einen sauberen Analyseprozess unterstützt hätte, verzichtete die Times deshalb in derselben Machart auch auf den Themenstrang „Öl als Kriegsgrund“. Dieses Ausschlussverfahren begründete bei der New York Times die regelhafte, massgeschneiderte Realität. Ausgestreut wurden keine offensichtlich falschen Informationen, die aufbereiteten narrativen Themenstränge wurden systematisch in einen Prozess gesellschaftlicher Wirklichkeitserzeugung mit einer grundlegend orientierenden Funktion gelenkt, der kritische Aspekte dann ausblendete, wenn er nicht in der Wahrnehmung der *Differenz* zu anderen Schemata (wie eben der einfachen und klaren Klassifizierung zwischen „*We*“ und „*they*“) funktionierte. Am 22. August 1990 verliess die Zeitung schliesslich ihre bisher berichtende Funktion und fasste den Konfliktverlauf mit einer klaren Botschaft zusammen: der irakische Machthaber musste einen signifikanten Preis für sein Verhalten bezahlen.<sup>658</sup> In den kommenden Wochen wurde dies durch den tiefen Graben zwischen „*We*“ und „*they*“ dargestellt.

---

<sup>658</sup> Friedman Thomas L.: „CONFRONTATION IN THE GULF: BEHIND BUSH'S HARD LINE; Washington Considers a Clear Iraqi Defeat To Be Necessary to Bolster Its Arab Allies“, in: *New York Times*, August 22, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.



## 8.2 Die Geiselberichterstattung als analytisches Scharnier der Feindbildcodierung

Die Forderung beider Zeitungen nach einer genauen Situationsanalyse entspricht einem für die USA typischen Modus: Politische Handlungsoptionen, insbesondere kriegsrische, müssen durch eine vorgängige „Analyse“ und ein Abwägen von Alternativen begründend belegen, dass erstens die Christliche Republik - und damit die eigene Wertestruktur - bedroht und zweitens der militärische Einsatz des 1904 von Theodore Roosevelt umgeformten *Bildes der USA als internationale Schutzmacht* alternativlos benötigt wird. Dieses Ziel liess sich erreichen, indem gezeigt werden konnte, dass die eingeschlagene Konturierung zwischen „We“ und „they“ „zu Recht“ vertieft wurde. Dies bedeutete für die US-Aussenpolitik einerseits den U.N.-Resolutionen solange zu folgen, als dass durch sie eine klare Alternative zum Krieg ausgearbeitet werden konnte. Für die Massenmedien, vor allem die Zeitungen, bedeutete dies, sich analytisch-begründend mit dem bislang entwickelten Feindbild auseinanderzusetzen. Die nachfolgenden Ausführungen gehen deshalb der Frage nach, inwiefern nun die Einordnung des zuvor geschaffenen mythisch-ideologischen Kontextes in deskriptiv-strukturelle Formen gelang, um so das gemeinsame soziale Band der USA zu betonen, zu stärken und die Unterschiede zum Feind zu klären. Auch wenn, wie oben bereits bei USA Today gezeigt, die Aussagen des US-Präsidenten zweckentfremdet wurden, ermöglicht die harmonische Zusammensetzung einzelner Informationsbrocken doch eine kognitive Betroffenheit auszulösen, wenn historisch stimmige symbolische Szenarios geschaffen werden.

Dies geschah zuerst am 24. August durch die „Analyse“ des Feindbilds Husseins in der New York Times. Hussein wurde unmissverständlich die Rolle des bösen Feinds zugedacht, weil er diese gemäss Times durch die eigenen Handlungen hervorgerufen so *selbst gewählt* hatte. Hussein spielte in der Darstellung der Zeitung erneut auf der Klaviatur Le Shans, indem er durch seine Taten den Werteunterschied zur gerechten Nation USA selbst hervorhob. Aufgemacht war die Berichterstattung an der öffentlichen *Vorführung der als „human-shields“ gehaltenen US-Geiseln* auf CNN vom Vortag, die in den ganzen USA für eine riesige Welle der Empörung gesorgt hatte:

“The 40-minute encounter, which the official television network said took place at a "vital Iraqi installation," left the image of a man prepared to manipulate the hostage issue until the crisis in the Persian Gulf is resolved....<sup>659</sup>

Kühl identifizierte die Times die Absicht der irakischen Propaganda:

---

<sup>659</sup> Sciolino Elaine: „Confrontation in the Gulf; Iraqi TV Shows a Smiling Leader With Grim-Faced British Captives“, in: *New York Times*, August 24, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

“Though Mr. Hussein declared that the meeting was not a “propaganda scoop,” he was clearly using the captives to send a message to Britain and the United States to remove their forces from the region.”<sup>660</sup>

Die ungewohnt deutlichen Worte hoben die ansonsten bei der Times hochgehaltene Regelung der passiven Berichterstattung auf. Dieser Schnitt wurde ausgerechnet in der Kolumne von Autor William Safire<sup>661</sup> gleichentags verstärkt, denn Safire ist ein typisches Produkt der „Corporate Interlocks“ und wechselte 1973 aus dem Weissen Haus zur New York Times. Er ist jüdischer Herkunft und bezeichnet sich selbst als liberaler Konservativer. Beispiellos stellte die Zeitung Platz für die Ausprägung der zeitungseigenen Position zur Verfügung, die kaum mehr ins Bild eines „passiven Chronisten“ passte: Im Zentrum von Safires Artikel stand die Frage der „triage“, der Auswahlbedingungen also, unter denen mit Hussein verhandelt werden sollte oder nicht. Diese Frage machte der Autor wiederum an einem deutlich gefärbten Feindbild fest. Bislang habe man den *Hussein-Hitler Vergleich* für übertrieben halten können, die gestrige Vorführung kläre diese Diskussion aber eindeutig. Safire verstärkte solche Bezüge mit Ausdrücken wie „Butcher of Baghdad“, der die Geiseln bei einem militärischen Angriff als erstes opfern würde. Täter und Opfer waren so klar identifiziert. Kinder wurden gemäss Safire in *nuklearen und chemischen Einrichtungen als lebende Schutzschilder* festgehalten, die der Herstellung von Giftgas dienten. Der Autor forderte, diese Kinder als erstes zu befreien, wenn man sich vom irakischen „Krebsgeschwür“ („Cancer“) befreie. Die Hervorhebung der Kindergeiseln zeigte, welches Unrecht die wuchernde und lebensbedrohende Krankheit „Hussein“ bereits an den unschuldigen Kindern ausgeübt hatte. Die von Hussein ausgehende Gefahr unterstrich Safire zusätzlich mit dem Gasangriff gegen irakische Kurden. Die Trägheit der US-Politik hingegen verurteilte er als zunehmende Gefahr für die Geiseln und als Stärkung der Politik Husseins und seines Kriegswillens:

„A hundred hostage deaths is a horror; ten thousand deaths is a hundred times horror. In coming weeks he hopes to mobilize the families of hostages on American TV, paralyzing the president by eroding support at home. That’s why he sends his English-speaking foreign minister, a Christian, forward to interviewers to call for “dialogue” to avert war, as if war had not already begun.”<sup>662</sup>

Hussein suchte gemäss Safire nicht wahrhaftig den Dialog mit dem Westen, sondern täuschte dies nur vor und verfolgte in Tat und Wahrheit andere machtpolitische Absichten. Die Klassifizierung als wuchernde Krankheit sagte zwar nichts über seine Absichten aus, betonte aber die feindliche Gefahr für die USA. Und weil der Feind natürlicherweise böse ist, lügt er gemäss der Logik der Kriegsrhetorik (Le Shan: *We tell the truth, they lie*). Damit unterstrich der Autor aber nicht nur die qualitative Differenz zwischen „We“ and „they“, son-

---

<sup>660</sup> Ibid.

<sup>661</sup> Vgl.: <http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=4459615>

<sup>662</sup> <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C0CE5D81F38F937A1575BC0A966958260>

dern vor allem zwischen „good“ and „evil“ in *Wort und Bild*, weil der Aggressionsakt und die schlechten Absichten ganz klar seinem Verursacher zugeordnet werden konnten. Zudem drängte Safire die US-Politik in die Enge, denn sie erschien in der Rolle der untätigen – und dies trotz eines steigenden Handlungsdrucks in der Bevölkerung. Umfrageergebnisse zeigten nach Husseins Fernsehauftritt, dass die Themen „Geiseln“ und „Militär“ nun eng miteinander verknüpft wurden. Während die Unzufriedenheit über Bushs Handhabung der Nahostsituation anstieg,<sup>663</sup> schnellte - aufgrund der wahrgenommenen Situation der Geiseln - die Bereitschaft für einen militärischen Einsatz auf ein Allzeit-Hoch von 80%.<sup>664</sup> Eine Gallup-Umfrage vom 23./24. August 1990 belegte, dass für 92% der Befragten zu diesem Zeitpunkt die Rettung der Geiseln bei einem Militäreinsatz eines der wichtigsten Ziele der US-Streitkräfte sein musste.<sup>665</sup>

Als ebenso zentral erwies sich danach die Verknüpfung der Geiselproblematik mit dem ABC-Thema, weil hier den Geiseln und ihren Ängsten und Nöten ein reales Gesicht gegeben und die Sache im Irak als *themenübergreifend-persönliche Angelegenheit* der USA, die immer mehr aus einem Akt der Selbstverteidigung handeln musste, bestätigt wurde.

### 8.3 Schaffung eines inneramerikanischen Problems über die Erzählstrategie von Einzelschicksalen

Am 29. August berichtete die Times über den Tod der ersten US-Geisel, die nach Angaben der US-Behörden als „*human shield*“ gehalten worden war. Diese Nachricht löste in der amerikanischen Bevölkerung erneut Bestürzung aus und führte in der Times zu einer Vermengung von Berichterstattung und Meinung. Der Tod des US-Amerikaners unterstrich gemäss der Times

“the barbaric nature of Iraqi policy“.<sup>666</sup>

Der publizierte Frontpage-Artikel produzierte starke Zuneigung und Mitgefühl mit den Opfern. Emotionale Betroffenheit und Analyse mündeten schliesslich in eine eindeutige Schuldzuweisung durch die Zeitung, ohne dafür externe Experten zu bemühen: Der Tod der ersten US-Geisel war erstens die Schuld Husseins und zweitens sei der verstorbene US-Bürger als lebendes Schutzschild für das irakische ABC-Waffenarsenal missbraucht worden. Hussein entpuppte sich in der Berichterstattung der New York Times so nun nicht nur als ein gefährlicher Lügner, der die eigenen Landsleute umbrachte, sondern er tat dies auch mit US-

<sup>663</sup> Müller John: *Policy and Opinion in the Gulf War...*, S. 193.

<sup>664</sup> Müller John: *Policy and Opinion in the Gulf War...*, S. 199.

<sup>665</sup> Müller John: *Policy and Opinion in the Gulf War...*, S. 246.

<sup>666</sup> Apple R.W.: “Confrontation in the Gulf; Bush Briefs Legislators on Crisis And They Back His Gulf Strategy”, in: *New York Times*, August 29, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

Bürgern. Die dargestellte Krisenrealität schuf Kohärenz, Plausibilität und Wahrheit, weil der zuvor eingeleitete Dialog zwischen „good“ und „evil“ nun zu einem Krisendialog mit persönlicher Note für die USA entwickelt wurde. Die Times verteilte die Rollen unmissverständlich, weil sie erneut den Bezug des Feinds als natürlich böses Wesen, der natürlicherweise lüge bemühte und verstärkte. Diese produktive Verbindung mit den Einzelschicksalen wurde auch von USA Today übernommen:

Im Artikel vom 29. August reagiert die Zeitung, nachdem Hussein die in den Augen von USA Today widerliche Präsentation der Geiseln am Fernsehen bereits vorgenommen hatte: Die Zeitung produzierte nun eine in einem Viereck aufgebaute Spannung: Erstens wurde der schleppende Prozess zur Rettung der Geiseln durch die US-Regierung moniert, zweitens das bange Hoffen und der Leidensdruck der Familien ausgeschmückt, drittens Gottvertrauen als bewährte und etablierte Rückzugsmuster der Familienmitglieder in den USA und als „amerikanischer Wert“ betont und viertens zum wiederholten Male das grundsätzliche Misstrauen gegenüber dem Feind Hussein angeführt.<sup>667</sup> Vor allem der Faktor des Misstrauens lohnt hier einer genaueren Betrachtung, denn das von der Zeitung ausgesprochene Misstrauensvotum entsprach einer Konstruktion eines Feindbilds, das ebenfalls auf Le Shans Beschreibung des Feindes passt, weil dieser grundsätzlich lügt: die Verankerung des Misstrauens wird bei USA Today durch „Experten“ vorgenommen. So etwa Kenneth Stein von der Emory University, der die Erklärungsstrategie für Husseins Absichten lieferte. Dieser wolle die Internationale Gemeinschaft mit dem Geiselthema nur manipulieren:

““What he's done is forced you to focus on the secondary issue.”...And the media, family members add, are falling in Saddam's trap. "He's manipulating you more than he's manipulating us...He's using the media to his own end.””<sup>668</sup>

Husseins Handlung, so ein weiterer “Experte“, sei nicht von einem humanitären Gewissen angetrieben, sondern vielmehr eiskalte Berechnung zur Verhinderung des eigenen Gesichtsverlusts. Die angekündigte Freilassung der Geiseln erhielt deshalb - wie in der New York Times - auch bei USA Today keine lobenden Worte:

“Saddam was forced to release the women and children. "He has got his back at the wall, so he's going to give in certain areas. This is an area where he could give in without losing face," says Nader Entessar, a political science professor at Spring Hill College in Mobile, Ala. Entessar doubts Saddam's sincerity: "He's got to keep (the hostages) as insurance. I don't think their families should have their hopes that high, or their hopes will be dashed.””<sup>669</sup>

---

<sup>667</sup> Kelley Jack, Keen Judy:” Home, but 'hearts' in Iraq; Families of those held 'wait and see’”, in: *USA Today*, August 29, 1990, Page 1A.

<sup>668</sup> Ibid.

<sup>669</sup> Entessar’s primäres Forschungsgebiet waren aber die Kurdisch-politische Situation sowie die iranische Geschichte und Politik, wie leicht anhand seiner Publikation festgestellt werden kann.

Mit dieser Decodierung waren Husseins schlechte Absichten für die Zeitung endgültig „identifiziert“. Eine dritte, ebenfalls nichtdeklarierte Expertin des neokonservativen *think-tanks* „Center for Strategic and International Studies“,<sup>670</sup> sorgte danach für die erklärende Stärkung des aufgebauten Feindbilds. Hussein habe die Geiseln als Machtwerkzeuge in eigener Sache missbraucht, indem er sie am Fernsehen vorführte.<sup>671</sup> Diese Vorführung war USA Today übrigens zuvor keinen Bericht auf der Frontseite wert. Die Zeitung verstärkte das Feindbild Hussein schliesslich mit den Worten der konservativen britischen Premierministerin Thatcher, die dem Diktator vorwarf, sich feige hinter Frauen und Kindern zu verstecken. Mit dieser Feststellung griff die Zeitung erneut in die Klaviatur Le Shans, und machte der Leserschaft klar: Hussein war ein lügender Schurke, sein Versprechen zur Freilassung der Geiseln nur taktisches Kalkül.

In dieselbe Kerbe schlug zwei Tage später, am 31. August, die New York Times, die sich nun lauthals über die Situation der Geiseln echauffierte. Anhand von Einzelschicksalen belegte die Times, wie einschneidend die als Geiseln gehaltenen Personen in ihren persönlichen *Grundrechten* eingeschränkt waren. Die nun fortgesetzte Vermengung von Geisel- und ABC-Berichterstattung entsprach einem *Framing-Prozess*, der seine Position wiederum vorderhand analytisch begründete: Zuerst wurde eine in Bagdad festgehaltene Britin in die Berichterstattung eingeführt, die über die gesundheitlichen Probleme der eigenen Kinder klagte und Hussein bat, wenigstens die Kinder auszufliegen.<sup>672</sup> Hussein sagte in einem von den Medien dokumentierten Treffen zu, Frauen und Kinder mit „Ausreisevisa“ auszustatten. Die Ausstellung von „Ausreisevisa“ für Personen, die von ihr selbst als Geiseln wahrgenommen und beschrieben wurden, beurteilte die Zeitung als absurd und zynisch und unterstrich so erneut die von Grund auf inhumane und rohe Persönlichkeit des irakischen Machthabers. Die Absurdität der Situation illustrierte die New York Times am Beispiel einer nicht näher identifizierte weiblichen Geisel, welche die „gute Behandlung der Gefangenen“ durch die Iraker hervorhob:

“She said that during her weeks as a hostage she had been "met with only kindness." "The food was very good," she said. "We had a good stay. I hope my husband will be able follow soon."”<sup>673</sup>

Damit verdeutlichte die Zeitung die Ängste mancher Geiseln, sich in einer Weise zu äussern, die das irakische Regime verärgern könnte, da solche Verärgerung die Macht und Will-

---

<sup>670</sup> Right Web Profile schreibt hierzu: “The Center for Strategic and International Studies (CSIS) is a right-wing, neoconservative think tank which was founded in 1962”, vgl. <http://rightweb.irc-online.org/gw/1590.html>

<sup>671</sup> Kelley Jack, Keen Judy: ”Home, but 'hearts' in Iraq; Families of those held 'wait and see'”, in: *USA Today*, August 29, 1990, Page 1A.

<sup>672</sup> Treaster Joseph B.: “Confrontation in the Gulf; Iraq Moves Some Captives to Hotel In Possible Step Toward Departure”, in: New York Times, August 31, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

<sup>673</sup> Ibid.

kür des irakischen Regimes hervorrufen konnte. Wozu Macht und Willkür des Regimes führten, beschrieb die Zeitung an einem – allerdings eher harmlosen – Beispiel:

A Government official told the journalists brought to Al Mansour Hotel that "You will see the families because we want this thing to be seen all around the world."..."We want the Marines in Saudi Arabia to see this," he said. Ten minutes later, the official returned and said: "I'm sorry, you can't talk to the families. They are having food now. They've been swimming this morning. They're being treated very well."<sup>674</sup>

Die danach eingefügte Geschichte begründete die vorsichtige Haltung der Geiseln mit der Frage, weshalb sie durch unvorsichtige Aussagen zusätzliche Risiken eingehen sollten.<sup>675</sup> Geiseln konnten also, auch wenn sie wollten, nur sehr eingeschränkt über ihre tatsächlichen Gefühle Auskunft geben. Im Gegenteil: Sie wurden ganz offensichtlich als Druck- und Propagandamittel der irakischen Regierung missbraucht. Die Zeitung hob dies am Beispiel von Miss Kraekler hervor:

"When reporters asked her if she considered herself a hostage, Miss Kraekler said, "I was defined as a hostage by Bush." She indicated that she accepted the reasoning of Mr. Hussein that the hostages were serving a noble purpose in that they were preventing the United States from attacking..."If I really do have a purpose," Miss Kraekler said, "I do think it's to stop the bombing. I do have a purpose, for peace."<sup>676</sup>

Für die Times war die „Aussagelogik“ der Geiseln stark geprägt von der Angst vor Repression. Die Personalisierungsstrategie bekräftigte und verstärkte die bisherige Feindbildcodierung schliesslich, indem die Leiden der Geiseln als „shameful“ und das irakische Kidnapping als „barbaric“ taxiert wurden.<sup>677</sup> Eben solche Aufstellungen bedienten jenen zuvor verlangten analytischen Fundus, der sich aus dem mental verankerten (puritanischen) Selbstverständnis speist. Die Ausarbeitung klarer „We“ - „they“ sowie „good“ - „evil“ Strukturen identifizierten den Feind und dessen Unmenschlichkeit zielsicher, indem dem Leser ein in seinem (Kultur-)Verständnis bizarr und abnormes Verhalten aufgetragen wurde. Die Gewaltakte an den eigenen Bürgern und jenen aus befreundeten Nachbarstaaten machte die Krise am Golf zunehmend zu einer inneramerikanischen Angelegenheit. Das eigentliche Problem konzentrierten die Zeitungen dabei nicht im irakischen Volk, sondern in der Person Hussein.

Die weitgehende Abwesenheit politischer Vertreter und der damit verbundenen diplomatischen Sprache begünstigten in dieser Phase sowohl bei der New York Times wie auch bei USA Today von Anfang an einen hohen Emotionalitätsgrad der Berichterstattung, welche die Folgen der bisherigen „Nichtentscheidung“ der US-Regierung durch die Einflechtung zahlrei-

---

<sup>674</sup> Ibid.

<sup>675</sup> Ibid.

<sup>676</sup> Ibid.

<sup>677</sup> Rosenthal Andrew: "CONFRONTATION IN THE GULF; BUSH TELLS IRAQIS LEADERS PUT THEM ON 'BRINK OF WAR'", in: *New York Times*, September 17, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

cher direkt-betroffener und durch Experten ausformulierte, ohne dass die Bush-Administration in den Entwicklungsprozess des Themenstrangs involviert gewesen wäre. Es war bei beiden Zeitungen stets Hussein selbst oder die durch seine Aggression entstandenen Leiden, durch die der irakische Diktator sich in den Augen der US-Bürger immer stärker herabsetzte. Die porträtierten Geschichten akzentuierten den Unterschied zwischen dem gesellschaftlich verankerten sozialen Band dessen, was die Gemeinschaft der Freien in den USA von der irakischen Aggression unterschied, durch die immer wieder aufgezeigte Differenz auf den unterschiedlichen Themenebenen immer stärker, weil jede neue Geschichte gleichwohl die Verifikation der bisherigen Argumente bedeutete.

Die Nicht-Entscheidung im Sinne eines Nicht-Handelns der Regierung bei der TWA-Entführung nur fünf Jahre zuvor hatte nicht nur landesweite Empörung sondern vor allem eine für die Regierung unkontrollierbare Eigendynamik des Geschehens verursacht. Hier wurde der Prozess *umgekehrt* angeleitet: die über die Zeitungen angebotene Wahrnehmung der Ereignisse war durch schlüssige Erklärungen und Erfahrungen von scheinbar regierungsunabhängigen „Experten“, Betroffenen und somit durch die Bevölkerung selbst ausgeprägt. Das in beiden Zeitungen zeitgleiche und analog angeleitete Argumentationsmuster muss nicht zuletzt als kollektive Reaktion der Zeitungen auf die zweideutige Äusserung des Präsidenten Tags zuvor in Bezug auf die Verfahrensweise mit den Geiselschicksalen verstanden werden. Präsident Bush antwortete auf Frage, ob die Regierung Massnahmen ergreifen werde, welche das Leben der Geiseln gefährden könnten, ausweichend, dass aufgrund der Geiselnahmen die bisherige aussenpolitische Position (also die des Nichtentscheids) nicht verändert werde.<sup>678</sup> Die produzierten Stränge in beiden Zeitungen führten deshalb den eindeutigen Handlungsbedarf an, denn die USA waren in den Darstellungen beider Zeitungen *unmittelbar* und *direkt* vom Konflikt im Persischen Golf betroffen. Eine aussenpolitische Strategie des Abwartens, das Vertrauen auf die Funktionalität der erlassenen U.N. Sanktionen oder gar ein diplomatisches Ausweichmanöver entsprach nicht dem tatsächlichen (tatsächlich im Sinne als von den Zeitungen produzierte) Bedrohungslage, in der sich die USA befanden.

Vor allem die New York Times, welche die Entscheidungspolitik zu Beginn der Krise auf dem Fundament internationalen Rechts zementierte, verneinte diese in den folgenden Wochen, stärkte so ihre Aufgabe als „vierte Staatsgewalt“ und „*Watchdog*“ und produzierte dadurch ein Medienschema, dass seine Orientierungsfunktion in der *Differenz* zu den anderen Realitätsdarstellungen, wie etwa dem Standpunkt der offiziellen US-Politik, wahrnahm. Eine für die Medienöffentlichkeit nachvollziehbare Feindbildcodierung bedeutete in den Augen der

---

<sup>678</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2189&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2189&year=1990&month=8)

Times zwingend die beharrliche Konfrontation mit den eigenen historischen „Routen“, welche die Konturierung zwischen „We“ - „they“ sowie „good“ - „evil“ auflöste.

#### 8.4 Hervorheben der nationalen Bedrohung durch die Konturierung von „We“ und „they“

Für die New York Times war bereits am 10. September klar, dass Sanktionen alleine kaum ausreichen würden, um Hussein in die Knie zu zwingen:

“Saddam Hussein is not a person who history would suggest is going to be impressed with words alone, or even sanctions.”<sup>679</sup>

Präsident Bush aber wurde in der Times gemäss seiner eingeschlagenen politischen Linie positioniert, die sich in diesem Moment vor allem auf die riesige Flüchtlingsproblematik konzentrierte (und nicht etwa auf die Bedingungen der US-Geiseln im Irak!).<sup>680</sup> Er kam zwei Tage später einzig mit der Aussage zu Wort, dass er weiterhin sämtliche Optionen offen liess, um der irakischen Aggression zu begegnen.<sup>681</sup> Übergangen wurde hingegen, dass der US-Präsident sich ganz entschieden gegen einen Vorschlag des irakischen Machthabers wandte, Öl an die entwickelten Länder zu liefern. In der Medienmitteilung vom 9. September 1990 gab das Weisse Haus unmissverständlich zu Protokoll:

“Sanctions are complete, comprehensive, and binding on all nations. In addition, U.N. Security Council Resolution 665, which calls upon states to use measures as may be necessary to enforce sanctions, would still apply. It is an affront to all countries for Saddam to think that they would sacrifice the principles of freedom and nonaggression for the Iraqi oil or the oil that he has taken through his naked aggression against Kuwait.”<sup>682</sup>

Die Times heizte indes die Aggressoren-Debatte mit dem Artikel vom 13. September aus einer neuen, islamischen, Perspektive an, indem die kulturelle Differenz zwischen „We“ und „they“ im Sinne einer Diskussion von „good“ und „evil“ als Feindbildkonstrukt hervorgehoben wurde. Dabei war es in der Darstellung der Times aber nicht Präsident Bush der eine Entscheidung fällte, sondern Hussein: Dieser wurde als Feind der USA aus *ideologischen Gründen* dargestellt, denn der iranische Ayatollah Khamenei bewertete die amerikanischen Prinzipien aus Sicht des Irans und vereinte sie mit der irakischen Annexion. Die Times präsentierte dabei einen religiösen iranischen Führer, der unentwegt vom „Heiligen Krieg“ gegen den

---

<sup>679</sup> Friedman Thomas L.: Confrontation in the Gulf: Decoding the Signals; The Superpowers Affirm Their Joint Aims But Iraq Could Focus on Their Differences, in: *New York Times*, September 10, 1990, Section A; Page 1, Column 5; Foreign Desk.

<sup>680</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2203&year=1990&month=9](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2203&year=1990&month=9)

<sup>681</sup> Rosenthal Andrew: “Confrontation in the Gulf; BUSH VOWS TO THWART IRAQ DESPITE FEAR FOR HOSTAGES; U.S. WON'T BE 'BLACKMAILED'”, in: *New York Times*, September 12, 1990, A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>682</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2214&year=1990&month=9](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2214&year=1990&month=9)



amerikanischen Aggressor sprach. Iran und Irak waren diesbezüglich seiner Meinung nach trotz des langjährigen Kriegs vergleichbar, weshalb er für die irakische Tat aus „arabischer Sicht“ Sympathie bekundete. Die ausgesandte Botschaft war aber eine andere: Die USA und der Iran sahen sich beide als eine von Gott ausgewählte Gemeinschaft („*chosen country*“). Das Aufeinanderprallen zweier solcher Pole bedeutete zwangsläufig die Frontalkollision zweier nationaler Fundamente, die ihre Legitimation aus Gottes Existenz schufen. Hier wurden nunmehr grundlegend Werte erörtert. Der Irak wurde durch die iranischen Äusserungen kulturell, religiös und sogar politisch unverrückbar in dessen Nähe gedrängt. Den „Beweis“ traten die Iraner selbst an, indem sie sich zwar mit militärischer Unterstützung zurückhielten, die irakische Sache aber mit medizinischer Hilfe und Nahrungsmittellieferungen unterstützten und die Iraker dies offenbar annahmen. Damit untergruben die beiden Staaten das U.N. Embargo - und damit das international gültige kollektive Rechtssystem – bewusst. Die Ablehnung der verhängten Sanktionen war zugleich eine Ablehnung der damit verbunden Rechts- und Werteordnung und unterstrich, dass man dem Feind aufgrund seines natürlicherweise bösen Wesens nicht trauen konnte. Die Einpassung in ein simples Weltbild der „*We*“ und „*they*“ förderte der Iran zudem mit mythologischen Bezügen, die sich gegen die USA richteten, noch zusätzlich:

“Ayatollah Khomeini raised the specter of a holy war in his speech when he said, "Anyone who fights America's aggression, its greediness and its plans to encroach on the Persian Gulf region, has engaged in a holy war in the cause of Allah, and anyone who is killed on that path is a martyr."”<sup>683</sup>

Durch die analytische Identifikation dieser Unterschiede produzierte die New York Times eine für die Leser eindeutig nachvollziehbare Feindbildkonstruktion, ohne dass der US-Regierung oder gar der New York Times parteiische Berichterstattung oder Propaganda vorgeworfen werden konnte. Eine repressive Reaktion der US-Regierung war aus dieser Berichterstattung nicht erkennbar, im Gegenteil: die Bush-Administration forderte kühl weiterhin eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen politischen Situation *über die U.N.* und war erst dann allenfalls bereit, zu richten.<sup>684</sup> Die New York Times aber sondierte in dieser Feindbildkonstruktion längst nicht mehr nach Gemeinsamkeiten, sondern gruppierte mit dem steten Verweis auf die unterschiedlichen Wertvorstellungen zwei Basislager im Sinne von „*We*“ und „*they*“, welche die Bedrohung der USA von aussen immer stärker konturierte und dadurch Handlungsspielraum- und Optionen schuf. Eine davon nannte Aussenminister Baker

---

<sup>683</sup> Ibrahim Youssef M.: CONFRONTATION IN THE GULF; RESIST U.S. IN GULF, TOP IRANIAN CLERIC URGES ALL MUSLIMS, in: *New York Times*, September 13, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>684</sup> Ibid.

mit der Wiederholung des U.N. Kriegsartikels Ende September einschränkend schliesslich selbst:

„If peaceful pressure on Iraq fails, Mr. Baker warned of more forceful action, saying, "We are all aware that the Charter envisages the possibility of further individual and collective measures to defend against aggression and flagrant violations of international humanitarian law."... "We must do what justice, honor and international peace demand that we do: reverse Saddam Hussein's brutal aggression," he added".<sup>685</sup>

Präsident Bush übte sich auch dann noch in der Rolle des umsichtigen und geduldigen Präsidenten und unterstrich am 2. Oktober nochmals seine Hoffnung, mit dem irakischen Aggressor eine diplomatische Lösung zu finden. Er hielt gleichzeitig aber unmissverständlich fest, dass Konsequenzen für die erfolgte Aggression unvermeidbar seien, denn der Irak

„has plundered Kuwait, terrorized innocent civilians, and held even diplomats hostage..."the annexation of Kuwait will not be permitted to stand."<sup>686</sup>

Im gleichen Artikel verweigerte er deshalb auch den Vorschlag seines Beraters Scowcroft, eine explizit militärische Option in die Resolution einzubauen. Das mag im ersten Moment erstaunen, doch die Reaktion des US-Präsidenten war die Botschaft der von Hardt/Neri eingeführten dialektischen Negation (Dabei muss die souveräne Macht auf die Ausübung von Kontrolle vertrauen<sup>687</sup>). Präsident Bush gab in der Times zu erkennen, dass die USA nicht in denselben Wertekategorien dachte, wie der Aggressor und seine Verbündeten („they“). Vielmehr war die Respektierung des internationalen Rechts eine wichtige Vertrauensgrundlage für Folgemassnahmen auf der Seite der Guten („We“). Das porträtierte Vertrauen in das Internationale Rechtssystem schärfte zum Schluss dieser Berichterstattungsreihe den Unterschied zwischen „We“ (wir, die USA, akzeptieren die Unterordnung unter das Internationale Rechtssystem) und „they“ (Schurken wie der Iran und der Irak missachten solch etablierte internationale Abkommen absichtsvoll) ohne Partei ergreifen zu müssen. Die Zurückhaltung des US-Präsidenten verstärkte so abermals die Ausgestaltung der Feindbildcodierung, die durch die Handlungen und Worte des Feinds und nicht durch wahrnehmbar repressive Massnahmen der US-Regierung erfolgte. Die Zeitung prägte durch diese Portrait-Kombination eine massgeschneiderte Realität, deren Wahrheit durch die Handlungen des Feindes bestimmt wurde und nicht etwa durch regierungseigenen Aktionismus.

Interessanterweise ermöglichte diese eindeutige Feindbildpositionierung gleichzeitig die *scheinbare Verlagerung des Themas Öl auf die Feindbildebene*: Am 27. September verkün-

---

<sup>685</sup> Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; SECURITY COUNCIL ADDS AIR EMBARGO TO IRAQ SANCTIONS“, in: *New York Times*, September 26, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>686</sup> Dowd Mauren: „CONFRONTATION IN THE GULF; BUSH, AT U.N., SEES HOPE IN DIPLOMACY IN THE GULF CRISIS“, in: *New York Times*, October 2, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>687</sup> Hardt Michael, Negri Antonio: *Empire...*, S. 177.

dete Präsident Bush - als äusserste Massnahme - den Verkauf der landeseigenen Ölreserven an,<sup>688</sup> weil Hussein drei Tage zuvor mit Attacken auf die Ramallah-Ölfelder drohte, falls der Irak durch die UN Sanktionen „stranguliert“<sup>689</sup> würde. Dieser letzten wichtigen Intervention Bushs im September oblag aber eine noch viel wichtigere Funktion als „nur“ die Bekämpfung der Ölnappheit, denn in der Times entstand der Eindruck, dass es Hussein geradezu darauf anlegte, die ökonomische Ebene mit den möglichen politisch-militärischen Konsequenzen in der Manier der Madman-Theorie<sup>690</sup> zu verweben. Wer von nun an über Öl sprechen wollte, musste sich zuerst mit dem aggressiven Feindbild Hussein und mit jenen Grundlagen auseinandersetzen, die innerhalb des *akzeptierten* rechtlichen Rahmens erst Handlungsoptionen für die Feindbildkonstruktion und deren Folgen zu schaffen vermochten. Dieser Umstand wurde für die Folgeberichterstattung vom November/Dezember vor allem für die US-Regierung von hoher Bedeutung, weil sie dann den unumkehrbaren und alternativlosen Weg in den Krieg innenpolitisch aufzuzeigen und zu verteidigen hatte. Vorerst unterstrich die Times die Verbindung der Themen erstens mit dem Beschluss der US-Regierung am 26. September, das bestehende Handelsembargo über den gesamten irakischen Luftraum gemäss den internationalen Spielregeln auszudehnen.<sup>691</sup> Zweitens wurde am 28. September ein Bericht über die Rede des vertriebenen kuwaitischen Emirs Sheik Jaber al-Ahmed al-Sabah vor der U.N.-Versammlung publiziert, der die Vereinten Nationen, insbesondere aber die USA, mit Nachdruck um Standfestigkeit in der Handhabung der auf U.N.-Ebene eingeforderten Wiederherstellung des politischen status quo in Kuwait bat.<sup>692</sup> Öl wurde deshalb auch weiterhin nicht zu einem valablen Kriegsgrund, hingegen verdeutlichte die kurze Artikelserie, dass sich die USA - im Gegensatz zum irakischen Machthaber - strikt an die Rechtsformen der internationalen Spielregeln hielten, was vielmehr abermals die vorgenommene Einteilung zwischen „good“ und „evil“ unterstrich.

---

<sup>688</sup> Wald Matthew L.: „U.S. Plans Sale Of Reserve's Oil To Lower Prices“, in: *New York Times*, September 27, 1990, Column 5; Financial Desk, Section A; Page 1.

<sup>689</sup> Burns John F.: „CONFRONTATION IN THE GULF; IRAQIS THREATEN TO ATTACK SAUDIS AND ISRAELIS IF NATION IS 'STRANGLER' BY EMBARGO“, in: *New York Times*, September 24, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>690</sup> Im englischen auch als „Chicken Game“ bekannt, geht auf die Mutprobe zweier Gegner zurück, die mit dem Auto aufeinander zufahren. Derjenige, der ausweicht, hat verloren. Vgl. Hierzu etwa: Brams, Steven (1985): *Superpower Games: Applying Game Theory to Superpower Conflict*. New Haven; London: Yale University Press; 6-9, 48-51, Dixit, Avinash K. und Barry J. Nalebuff (1995): *Spieltheorie für Einsteiger: Strategisches Know-how für Gewinner*. Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag; 11-33, 89-116, Kahn, Hermann (1966): *Eskalation: Die Politik mit der Vernichtungsspirale*. Berlin: Propyläen; 33-46, 69-73.

<sup>691</sup> Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; SECURITY COUNCIL ADDS AIR EMBARGO TO IRAQ SANCTIONS“, in: *New York Times*, September 26, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

<sup>692</sup> Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; KUWAITI EMIR ASKS U.N. TO STAND FIRM“, in: *New York Times*, September 28, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

Die Berichterstattung bei USA Today im September war dürftig, das Thema Öl tauchte in der Zeitung dann aber interessanterweise am Ende des Monats zum selben Zeitpunkt wie die New York Times Berichte auf und war nach der Problematisierung der Geiselsituation von Ende August damit zum zweiten Mal eine Berichterstattungsreihe, die im selben Zeitraum wie bei der New York Times ohne Vorankündigung und Herleitung erschien. Wie Ende August verdeutlichte die Berichterstattung den von Grund auf bösen Charakter des irakischen Machthabers, dessen aggressives Verhalten im Nahen Osten nun für alle US-Bürger spürbare Konsequenzen trug. Am 17. September zitierte die Zeitung US-amerikanische und kuwaitische Augenzeugen, die von plündernden und wild um-sich-schiessenden irakischen Soldaten in Kuwait berichteten und die alles stahlen, was ihnen möglich war.<sup>693</sup> Zeitgleich mit der New York Times führte USA Today dann am 26. September 1990, nun an Einzelschicksalen in den USA selbst, die schwerwiegenden Folgen des ansteigenden Ölpreises für die Bevölkerung aus. So etwa die Schuldirektorin Linda Coleman, die angesichts der dramatisch gestiegenen Ölpreise nicht über genügend Budget zum Heizen der Schule verfügte oder der Inflationsspezialist Joel Popkin, der aufgrund der hohen Ölabhängigkeit in den USA einen starken Anstieg der Lebensmittelpreise mit dem Hinweis prognostizierte, dass diese Krise nun Millionen von US-Bürgern und dabei vor allem den kleinen Mann auf der Strasse treffen werde.<sup>694</sup> Damit verifizierte USA Today in der für sie typischen Herangehensweise zuletzt am heiklen Thema „Öl“, dass die Krise am Golf für die USA ein ökonomisches Problem bedeutete, an dem einzig der irakische Diktator ebenso die Schuld trug wie an der verächtlichen Situation in Kuwait.

## **8.5 Fazit: Glaubwürdiges Feindbild durch die dargestellten Differenzen aussen**

Die irakische Aggression stellte beiden Zeitungen ein aussenpolitisches Werte-Set zur Verfügung, das seine Legitimation aus der eigenen Geschichte bezog und die patriotische Sichtweise der US-Amerikaner bediente, ohne diese jeweils konkret ausformulieren zu müssen. Die Verweise auf den „Blitzkrieg“ von 1939, der Aufschrei über die Vorführung der Geiseln im Fernsehen, der Geiseltot, der Aufbau des ABC-Themas und dessen Trennung von der eigenen historischen Verantwortung an der irakischen Bewaffnung oder der Einbezug des Wertedialogs am Beispiel Iran im September bedeuteten die permanente Auseinandersetzung mit den eigenen „Routen“ und die Betonung der Differenz zu derjenigen des Feinds, deren

---

<sup>693</sup> Jolidon Laurence; Howlett Debbie: “Kuwaitis flee homeland; Iraqi invaders move to ‘take everything’” *USA Today*, September 17, 1990, Page 1A.

<sup>694</sup> Fetterman Mindy: “SADDAM'S SQUEEZE; Costly oil hits home; Iraqi warns Bush to avoid war; ‘Not a game: Wolf’s here this time’”, in: *USA Today*, September 26, 1990, Page 1A.

Resultat eine gut gefestigte Feindbildcodierung gegen den irakischen Machthaber und seine Verbündeten war. Authentizität und Glaubwürdigkeit vermittelten dabei zuerst militärische Experten in Form von Ex-Militärs, Vertretern von *think-tanks* und Universitäten sowie persönlich betroffenen US-Geiseln aus dem Irak und deren Angehörige, zunehmend aber auch der irakische Machthaber und seine ideologischen Verbündeten aufgrund ihrer Handlungen selbst. Im Fortverlauf der Krisenentwicklung wurde die Feindbildcodierung also immer stärker durch den Feind selbst vorgenommen, der seine Unverträglichkeit mit der westlichen Ideologie betonte.

Beide Zeitungen stellten ihren Lesern - aufmerksamkeitsökonomisch gesprochen - einen für sie charakteristischen Zugang zum Konflikt zur Verfügung und schufen in einer für sie eigentümlichen Bildsprache so einen jeweils zeitungstypischen Zugang zum Golfkonflikt: die Zeitungsberichterstattung bei USA Today „verkaufte“ dem Leser ab dem ersten Artikel die Notwendigkeit des Krieges über die Idee eines „*Selbstmanagement des Bürgers*“<sup>695</sup>, indem der emotionale Hass der Leser durch die als voraussetzungslos wahr referierten Aussagen von „Experten“, die porträtierten Geisel-Geschichten, die Aussagen von Angehörigen und die Handlungen des irakischen Machthabers andauernd auf die Person Saddam Hussein gelenkt und zu keinem Zeitpunkt hinterfragt wurden. Diese Aufstellungen bediente eine emotional und konservativ geprägte Feindbildmetaphorik, die sich unbemerkt aber stetig aus der Differenz des eigenen gesellschaftlich verankerten (puritanischen) Selbstverständnisses speiste und so eine massgeschneiderte Realität produzierte.

Die Times konzentrierte sich im Gegensatz zu USA Today bei Krisenbeginn auf die Internationale Gerichtsbarkeit des Iraks durch die U.N. und vollzog mit den von USA Today übernommenen Themensträngen erst ab dem 8. August einen Perspektivenwechsel, der allerdings nicht durch Pauschalaussagen, sondern durch einen regelhaften und sachlogischen Aufbau und Ausschluss von Feindbildkategorien geprägt war. So produzierte die Zeitung über dieselben Themenstränge wie USA Today einen gänzlich anderen, für die Zeitung typisch-analytischen und detail- und facettenreichen Zugang zur Golfkrise, der zugleich einen Bewer-

---

<sup>695</sup> Greco bringt in diesem Zusammenhang den Begriff der „Alexithymie“ ins Spiel. Dieser Begriff beschreibt das Fehlen von Begriffen für Emotionen, die sich, wie oben gezeigt, im aufgebauten Spannungsfeld des gesamten Artikels vom 29. August ablesen liessen und den gerechten Hass auf die Person Hussein lenkte. Die Person Hussein füllte diesen fehlenden Gesamtbegriff aus. Greco beschreibt damit einen Typ von Subjektivität, der auf paradoxe Weise „in einer liberalen Ordnung ... fester Bestandteil der politischen Rationalität ist und die Fähigkeit, sie auszuhalten“, besitzt.“ (vgl. Greco, M.: *Homo Vacuus*, a. a. O., S. 266). Produziert wurde das Paradoxon des Gefühlszustandes alexithymischer Subjekte, das weitgehend darin bestand, sich vor emotionalen Konflikten in „rigide Anpassung“ zurückzuziehen (vgl. Greco, M.: *Homo Vacuus*, a. a. O., S. 281.) (wie etwa das rituelle Beten zu Gott oder die klare Einteilung in die Le Shan'sche Kategorie eines nicht vertrauenswürdigen Feinds. Der Informationsdiskurs von „USA Today“ folgte diesem Schema, indem er den emotionalen Hass der Leser andauernd auf Saddam Hussein lenkte, zugleich aber simple emotionale Anpassungen an das Leiden der US-Geiseln und der US-Soldaten evozierte.

tungsspiegel anbot, der die Leser immer griffiger die Differenz von „good“ - „evil“ und „We“ - „they“ zusammenziehen liess. Im Gegensatz zu USA Today thematisierte die Times auch heikle Themen wie „Öl als Kriegsgrund“ und referierte die Faktenlage nicht als voraussetzungslos wahr, sondern durch eine analytisch-begründende und die eigene Aussage beweisende Belege und „Fakten“ einfordernde Aufarbeitung der Sachverhalte. *Dieses Ausschlussverfahren* begründete bei der New York Times eine regelhafte und massgeschneiderte Realität, weil die aufbereiteten Themenstränge einen Prozess der gesellschaftlichen Wirklichkeits-erzeugung mit einer grundlegend orientierenden Funktion darstellten, die den von der Times selbst verlangten *analytischen* Fundus der Differenz bediente. Feindbilder wie die Hussein-Hitler-Analogie, die ABC-Problematik oder aber die „human shield“-Geiselsproblematik waren nicht wie bei USA Today voraussetzungslos wahr, sondern mussten durch aussenpolitische Fakten wie etwa der Position des saudischen König Fahds, der Abwendung des jordanischen Königs Hussein von seinem irakischen Verbündeten, der Aufarbeitung der am Fernsehen vorgeführten Geiseln oder aber in Form von authentischen Berichten anhand von Einzelschicksalen belegt und begründet werden und wurden so zu symbolisch stimmigen Szenarios geformt.

Auch der zeitungseigene Rückzieher bei der Öldiskussion unterstreicht dieses Verhalten, denn eine kritischere Gangart hätte das aufgebaute „We“/„they“ Raster grundsätzlich in Frage gestellt, weil die eigene historische Verantwortung im Aufrüstungsprozess des Iraks in den 80er Jahren der bisherigen Feindbilddiskussion diametral entgegengestanden wäre. Dieses Spiel der Bewertungen produzierte politische und kulturelle Standpunkte, die von den sozialen Trägern, den Lesern, entnommen werden konnten. Die Differenz zwischen „We“/„they“ und „good“/„evil“ füllte sich entlang jenes Bands an gemeinsam geteilten Werten, welche den US-Bürgern ein untrügliches Gefühl der Einheit nach innen und der ebenso wahrgenommen Bedrohung von aussen ergeben. Diese ideengeschichtlichen Elemente entsprechen den in Kapitel 3 aufgezeigten symbolischen Bauteilen und Werkzeugen des nationalen Selbstverständnisses, die in mehr oder weniger harmonische „Clusters“ und interpretativen Pakete eingebettet (*framed*) werden<sup>696</sup> und die Gemeinschaft der Freien definieren. Fisher betont aber, dass eine solch sozial konstruierte Positionierung nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Botschaften inhaltlich konsistent mit denjenigen des „Kontrollorgans“ verschmelzen. Damit meint er vor allem jene Organe, welche die Regierungskommunikation kontrollieren.<sup>697</sup> Die porträtierten Geschichten der *Zeitungen* griffen insofern ineinander über, als dass sie auf den

---

<sup>696</sup> Gamson W.A./Lasch K.E.: The political culture of social welfare policy, in: Evaluating the welfare state. Social and political perspectives, New York 1983, S. 397-415, hier S. 398, zitiert in: Johnson-Cartee Karen S.: News, Narratives, and News Framing..., S. 166.

<sup>697</sup> Fisher Benjamin: Collective Memory..., S. 33.

unterschiedlichen Themenebenen durch die immer wieder aufgezeigte Differenz den Unterschied zwischen dem gesellschaftlich verankerten sozialen Band dessen, was die Gemeinschaft der Freien in den USA von der irakischen Aggression unterschied, akzentuierten, weil jede neue Geschichte die Verifikation der bisherigen Argumente bedeutete.

Eine weitere in der Berichterstattung beider Zeitungen geteilte Position der massgeschneiderten Realität war in dieser ersten Phase die *andauernd* zurückhaltende argumentative Aufbietung der Bush-Administration in den entscheidenden Phasen des Feindbildaufbaus. Die weitgehende Abwesenheit politischer Vertreter in ihrer Rolle als Entscheider und der damit verbundenen diplomatischen Sprache begünstigte so etwa die emotionale Darstellung des Geiselthemas. Die Taktik des Schweigens durch die Administration bei der Öldiskussion oder schliesslich die von der Times selbst betonte Zurückhaltung der Administration bei der losgetretenen Wertediskussion unter Beizug des Irans schärfte die Differenz zwischen „*We*“ und „*they*“, ohne dass die eigene Administration als Scharfmacher für den Krieg in Erscheinung trat. Diese Zurückhaltung ist mit der Notwendigkeit eines möglichst hohen authentischen Fokus der Feindbildcodierung erklärbar: in dieser ersten Phase legten die beiden Zeitungen die Kriterien („*Primes*“) fest, anhand derer die schwelende Krise am Persischen Golf beurteilt werden konnte. Aufbereitet wurde bei beiden Zeitungen aber nicht nur die oben aufgeführten Themenstränge, sondern vor allem ein immer stärker konturiertes Feindbild, dass seine *Glaubwürdigkeit und Nützlichkeit* aus dem steten Bezug auf Augenzeugen, Betroffenen, Involvierten und Drahtzieher im Ausland sowie bewertende, regierungsunabhängige Experten im Inland schöpfte – jenen beiden Faktoren also, die Touchmann unter dem Deckmantel der journalistischen Objektivität als zwingende Vorbedingung der asymmetrischen Kommunikation identifiziert. Die narrative Strukturierung vermochte so kognitive Schemata auszuprägen, welche die Differenz zu anderen Denkschemata immer stärker konturierten und so schlüssige und historisch stimmige symbolische Szenarios aufbereiteten. Die Wirksamkeit der bisher eingeschlagenen Strategie lässt sich empirisch anhand von Meinungsumfragen zahlreich belegen.<sup>698</sup>

---

<sup>698</sup> Die Zustimmung zu Bushs Vorgehen im Irak war im August, mit Ausnahme der ersten Umfrage vom 3./4. August 1990 (52%), stets sehr hoch (74-80%). Und dies, obwohl der Präsident in den Leitartikeln von USA Today mit einer Ausnahme („*Invasion will not stand*“) einzig durch Abwesenheit glänzte. Die Umfragewerte vom 3./4. August müssen zudem relativiert werden: Nur in dieser Erhebung wurde ein hoher Anteil von „*Don't know*“s (32%) registriert. Rund ein Drittel der Befragten hatte sich noch gar keine Meinung gebildet. Bei der nächsten Umfrage vom 9./10. August 1990 fiel dieser Anteil markant auf nunmehr 10%. Die Umfragen vom 16. bis 19. August senkten die Quote weiter auf 7%. Die Kategorie „*Disapprove*“ (keine Zustimmung) sank zudem in dieser Untersuchungsperiode von 16% auf 12% (19. August 1990) und stieg danach bis am 10. September nicht höher als 16%. Vgl. Müller John: *Policy and Opinion in the Gulf War...*, S. 193.

Die für die US-Regierung erfreuliche Tendenz bestätigte sich auch an den Gesamtpopularitätswerten des Präsidenten: Eine von USA Today mitgetragene Langzeitumfrage zeigt Bush im Juli 1990 in einem eigentlichen Formtief (60% Zustimmung). Danach gelang ihm in den Augustumfragen eine eigentliche Trend-

## 9 Aufbau innenpolitischer Authentizität durch den Aufbau stimmiger Szenarios im November/Dezember

Im Oktober verstummte die Diskussion wegen der anstehenden Kongresswahlen von Anfang November. Der Senat setzte via Petition am 18. Oktober 1990 gar die Einstellung aller Entscheidungsaktivitäten des Präsidenten bezüglich der Irakfrage bis nach den Kongresswahlen durch.<sup>699</sup> Die bisherige im August und September entwickelte Feindbilddiskussion richtete sich auf die Ausprägung von Merkmalen gegen einen Feind der USA von aussen. In der zweiten Kommunikationsphase musste der bislang dargestellte Konflikt nun sowohl bei der New York Times als auch bei USA Today den Test *innerer* Authentizität (also innenpolitischer Authentizität) bestehen, um die bislang aufgebaute Feindbildstruktur gegen innenpolitische Angriffe weitgehend zu immunisieren und um weitere politische und militärische Schritte daraus überhaupt zu ermöglichen. Zuerst führten beide Zeitungen die Schwachpunkte der bisherigen Regierungsposition vor:

*Rundumschlag gegen die Leistung der US-Regierung bei USA Today:* Autorin Judy Keen fasste am 7. November 1990 die bisherige Bush-Politik vernichtend als regelrechtes Desaster zusammen,<sup>700</sup> die mit der Stationierung der Truppen im Persischen Golf nur seine Fortführung finde. 200'000 Soldaten seien seit Anfang August in Nahen Osten stationiert worden, die Gaspreise und die Inflation würden, wie Ende September angekündigt, steigen und die Rechnung von über 500 Milliarden dürfe schliesslich der Steuerzahler berappen. Die Wähler seien bezüglich der Führungsqualitäten und der Politik ihrer Landesführer schlicht desillusioniert.<sup>701</sup> Diesem Rundumschlag trat der Folgeartikel am 9. November entschieden mit Aussagen wie

„The president has a winning hand“...“Former Joint Chiefs of Staff chairman, retired Adm. Thomas Moorer, agrees with Bush's decision.”<sup>702</sup>

entgegen und erklärte danach erstmals die für Präsident Bush wichtige militärische Präsenz im Nahen Osten: Der Präsident sehe die militärische Präsenz vor Ort in erster Linie als *Druckmittel für eine diplomatische Lösung*, behalte sich allerdings mit der entsprechenden

---

wende (74% am 9./10. August), wobei auch hier die Zahl der Unentschlossenen deutlich abnahm, während die Zahl der Gegner („Disapprove“) auf stabilem Niveau blieb. Vgl. hierzu: Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War..., S. 180.

<sup>699</sup> Friedman Thomas L.: “MIDEAST TENSIONS; SENATORS DEMAND ROLE IN APPROVING ANY MOVE ON IRAQ”, in: *New York Times*, October 18, 1990, Section A; Page 1, Column 1; Foreign Desk.

<sup>700</sup> Offenbar hat dies dem guten Verhältnis zwischen Keen und dem späteren Präsidenten George W. Bush keinen Abbruch getan hat, denn Keen pflegt zu George W. Bush seit 1992 einen guten Kontakt und war die führende Reporterin von USA Today während seiner ersten Präsidentschaftskandidatur.

Vgl. hierzu: <http://www.usatodaysecure.com/vpresspass/article.cfm?id=A409D-EC5D>

<sup>701</sup> Keen Judy: “Voters take frustrations to the polls“, in: *USA Today*, November 7, 1990, Page 1A.

<sup>702</sup> Kenny Timothy: Analysts say U.S. on 'war trajectory', in: *USA Today*, November 9, 1990, Page 1A.

---



internationalen Rückendeckung vor, auch eine militärische Lösung auszuarbeiten. Damit schien die Zeitung ihrer zuvor aufgestellten Forderung nach einer analytischen Beurteilung der Sachlage nachzukommen. Die Verifizierung erfolgte allerdings nicht über zusätzliche Fakten, sondern über das bislang bewährte Konzept von Experten, Militärs und Politikern, die durch ihre gleichgeschalteten Aussagen die breitmaschig aufgestellte Kritik kaltstellten. Unterstützt wurde die Bush-Strategie nämlich durch zahlreiche Aussagen von ranghohen militärischen Vertretern und Experten (wie Frank Gaffney vom "Center for Security Policy" der zuvor als Assistent des Verteidigungsministers tätig war). Die nun kommunizierten strategischen Entscheidungen des Präsidenten liessen im Schutz des Militärs die Kritik in der Folge verstummen. Eine fundierte und nach innen produzierte Selbstauthentizität der Zeitung hatte USA Today durch diese Debatte nicht erreicht, denn Autorin Keen bemühte wohl die „Watchdog“-Funktion, allerdings benannte sie sowohl die Probleme als auch die Ursachen und die Verursacher viel zu unscharf, als dass dies eine Selbstlegitimation des Kommunikators als Gestalter einer massgeschneiderten Realität unterstrichen hätte. Besser machte es die Times, denn über die Öl-Diskussion forderte sie in ihrer typischen Machart eine analytisch-begründende innenpolitische Situationsklärung ein, die sich mit dem Verhältnis „Öl als Kriegsgrund“ und dem bislang aufgebauten aggressiven Feindbild Hussein auseinandersetzte und so eine solide Grundlage für mögliche Handlungsoptionen innerhalb des *gültigen* rechtlichen und gesellschaftspolitischen Rahmens schuf.

*Die Öl-Thematik wird zum Zentrum der innenpolitischen Auseinandersetzung bei der Times:* Die Times leitete den innenpolitischen Klärungsbedarf über die Öl-Frage ein. Bereits Ende September vernetzte die Zeitung das Thema zwar mit dem Feindbild Hussein, die innenpolitische Aufarbeitung blieb aber bislang aus. Im Artikel vom 12. November 1990 warf die Zeitung der Bush-Administration nun konkret vor, das Bild des aggressiven Diktators nur vorzuschieben, um ihre wahren Bedürfnisse, nämlich die Sicherung des Zugangs zum Öl, nicht nennen zu müssen.<sup>703</sup> Die Times gab sich sicher, dass der US-Präsident diesen Beweggrund nur wegen der Tatsache verleugnete, *dass einzig der Zugang zu Öl militärische und politische Macht bedeutete*. Präsident Bush hingegen hob in einer Grundsatzrede am 8. November 1990 einzig humanitäre Anliegen vor, welche sich mit der irakischen Aggressivität beschäftigten. Er warnte zudem davor, dass, sollte dem Irak nicht Einhalt geboten werden, künftig kein Land mehr sicher sein würde.

---

<sup>703</sup> Oreskes Michael: "MIDEAST TENSIONS; A DEBATE UNFOLDS OVER GOING TO WAR AGAINST THE IRAQIS", in: *New York Times*, November 12, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1;

“But right now, Kuwait is struggling for survival. And along with many other nations, we've been called upon to help... The state of Kuwait must be restored, or no nation will be safe and the promising future we anticipate will indeed be jeopardized.”<sup>704</sup>

Präsident Bush folgte damit der im August eingeschlagenen Feindbildstrategie, was die Times aber nicht davon abhielt, am 13. November ihren kritischen Standpunkt mit dem Abdruck des Tags zuvor bei ABC ausgestrahlten Interviews des demokratischen Senators Moynihan zu festigen:

Mr. Bush is "not preparing Americans for what's happening," he declared. Mr. Moynihan, speaking on the ABC television program, "Good Morning America," added: "He will wreck our military; he will wreck his Administration, and he'll spoil a chance to get a collective security system working. It breaks your heart.”<sup>705</sup>

Am 15. November 1990 legte die Zeitung nach und porträtierte Bush-Wähler, die den humanitären Argumenten des Präsidenten ebenfalls nicht länger Glauben schenken wollten und schliesslich die Schlüsselfrage stellten:

„What are we fighting about?“<sup>706</sup>

Diese Positionsklärung erachtete die Zeitung nun offenbar als notwendig, obwohl sie sich selbst bis Ende September vor allem über die hohen Ölpreise als Folge der irakischen Aggression beschwerte und jeder Bush-Reaktion Beifall zollte, die auf die Reduktion der Ölpreise abzielte. Nun beliess es die Times - im Gegensatz zu USA Today - nicht bei einer blossen Kritik an der US-Administration, sondern setzte gleichzeitig eine unmissverständliche politische Grenze, indem das Kampfmotiv „Öl gegen Menschenleben“ als 'Not Worth It' taxiert wurde.<sup>707</sup> Die Begründung dieser klaren Abgrenzung liegt in der Friktion zwischen den vorgetragenen sozialen und den vermuteten, aber verborgenen machtoökonomischen- und politischen Anliegen der US-Regierung. Für die Positionierung der Times gilt die Feststellung von Behavioural-Ökonom Daniel Ariely:

„When social and market norms collide, trouble sets in.”<sup>708</sup>

Was im sozialen Kontext als frei verfügbar gelten mag, etwa Präsident Bush's Argument, Kuwait einzig aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen beistehen zu wollen, kann gemäss den Normen des Markts sehr teuer werden. Dies zum Beispiel dann, wenn, wie bei der Tet-Berichterstattung während des Vietnamkriegs, ein von der US-Regierung fein säuberlich konstruiertes Kriegsbild aufgrund der dargebotenen Realität als Lüge und Illusion ent-

---

<sup>704</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2416&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2416&year=1990&month=11)

<sup>705</sup> Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; When to Threaten Iraq?", in: *New York Times*, November 13, 1990, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>706</sup> Kolbert Elizabeth: "MIDEAST TENSIONS; No Talk of Glory but Blood on Sand", in: *New York Times*, November 15, Column 3; National Desk, Section A; Page 1.

<sup>707</sup> Ibid.

<sup>708</sup> Ariely Dan: *Predictably irrational. The hidden forces that shape our decisions*, London 2008, S. 69.

tarnt wird. Eine zunächst billige oder einfache Lösung wie die Erstellung einer passenden Feindbildillusion kann dann hohe soziale und politische Kosten zur Folge haben. Im Falle von Vietnam kostete sie Präsident Johnson die Wiederwahl. Die wichtige Botschaft der Times lautete deshalb, dass die bisherige aussenpolitische „Lösung“ der Administration, welche die Öl-Frage in der Feindbilddebatte einfach totschwieg und ausklammerte, hohe soziale Kosten provozierte, sollte sie von der Bevölkerung auf einmal als solche bewertet werden. Wuchsen die Zweifel der Bevölkerung an der argumentativen Ehrlichkeit der Administration *weiterhin*, konnte die Zustimmung für eine militärische Lösung des Konflikts am Persischen Golf bereits in diesem frühen Stadium kippen.

Öl war in den Augen der Bevölkerung nicht per se ein unlauterer Kriegsgrund, die Verbindung von Öl und einem militärischen Einsatz fand nämlich selbst zu diesem Zeitpunkt einen erstaunlich hohen Anklang. Eine am 14. November 1990 verfasste Umfrage der Los Angeles Times belegt, dass nur gerade einmal 28% gegen einen Kriegseinsatz des Öl wegens waren, während sich 50% der Befragten einen limitierten militärischen Einsatz vorstellen konnten und immerhin 16% gar eine massive militärische Intervention *verlangten*.<sup>709</sup> Gleichzeitig waren aber auch die Befürchtungen der Times empirisch gut belegt, denn für den Zeitraum vom 13-15. November stellte die Zeitung in einer Gemeinschaftsumfrage mit dem Fernsehsender CBS einen historischen Tiefpunkt bei der Zustimmung zur Bush-Politik fest (50%), während die Ablehnung ein historisches Hoch von 41% erreichte. Zu Beginn der Feindbildaufarbeitung im August lag die ablehnende Haltung der Bevölkerung bei gerade einmal 9%.<sup>710</sup> Die Times betonte deshalb, dass eine konsistente *innenpolitische Begründung* des immer stärkeren militärischen Engagements am Persischen Golf eine unabdingbare Bedingung für die erfolgreiche Fortsetzung der öffentlichen Krisenkommunikation war:

„A common complaint among those interviewed was that the Bush Administration seemed unable to come up with a consistent -- and compelling -- account of what the United States was preparing to fight for. Was it to protect oil sources, they wanted to know, or to prevent further aggression, or simply to maintain the status quo?“<sup>711</sup>

Am 19. November präzisierte die Times noch einmal und vernetzte die aufgeworfene kommunikative Trägheit der US-Regierung mit der Geiselsproblematik: die Zeitung befürchtete, Hussein könnte sich durch die bislang unerklärte aber massive Militärpräsenz der USA provoziert fühlen und die Exekution der amerikanischen Geiseln veranlassen. Die Bush-Administration sehe offenbar auch diese Gefahr nicht, sondern verharre auf der bisherigen

---

<sup>709</sup> Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War..., S. 251.

<sup>710</sup> Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War..., S. 194.

<sup>711</sup> Kolbert Elizabeth: "MIDEAST TENSIONS; No Talk of Glory but Blood on Sand", in: *New York Times*, November 15, 1990, Column 3; National Desk, Section A; Page 1.

Position. Präsident Bush selbst nehme, trotz aller Sympathien die er für die Geiseln bekunde, keine Änderungen an der militärischen Planung vor.<sup>712</sup> Dieser Angriff drängte das bis zu diesem Zeitpunkt gepflegte Rollenbild des fürsorglichen und bedachten US-Präsidenten ins Abseits. Nun wurde er in den Augen der Leser zum „Hardliner“, der die militärische Mission mehr schlecht als recht erklärt hatte und sich nicht recht für oder gegen die militärische Option bekennen wollte, obwohl aus der Perspektive der „Aggression“ nun gar das Leben der eigenen Landsleute in Gefahr sein konnte. Bush, so die New York Times, habe allerdings keine andere Wahl als so zu agieren, denn die Regierung betreibe eine Ausformulierung der Agenda, die *bewusst, aber nicht wahrhaftig*, auf das Öl-Argument verzichte.

Die so begonnene Diskussion forderte eine Antwort auf die Frage, auf welche Weise die US-Regierung innenpolitische Kohärenz, Plausibilität und damit eine umfassende Wahrheit gegen innen erzeugen konnte, welche auch die bislang vermiedenen problematischen Themen berücksichtigte. Mit der Erörterung über die möglichen innenpolitischen Folgen erfüllte die Zeitung gegenüber ihren Lesern gleichzeitig noch eine weitere wichtige, weil selbstlegitimierende Funktion: nämlich die eines „*Watchdogs*“, der ganz dezidiert kein Werkzeug des Regierungsapparats sein wollte. Gans hebt dazu warnend hervor, dass diese Ausprägung bei den Journalisten nicht nur zu einer Funktion von „*Agents of Social Control*“ führe, sondern diese vielmehr zu „*Constructors of Nation and Society*“ befähige, weil dann die originäre Funktion des Journalisten im Management einer symbolischen Arena bestehe, innerhalb derer nationale und gesellschaftspolitische Botschaften an ihr Publikum ausformuliert würden.<sup>713</sup> Ein durchsetzungsfähiger Vorschlag müsste, wie in Kapitel 2 ausgeführt, mindestens vier Dimensionen berücksichtigen, da nebst dem Problem auch seine Ursachen und die Verursacher benannt werden müssen. Das hatte die Times während der ersten Kommunikationsphase durch die Ausprägung der Themenstränge detailgetreu bereits getan und damit das öffentliche Gewicht der Fragestellung hervorgehoben. Der zweite Aspekt betrifft die Darstellung von Zielen und Lösungsstrategien, die drittens an eine konkrete Adresse zu richten sind. Die vierte Dimension betrifft die Selbstlegitimation des Kommunikators. Durch die nun hervorgehobene „*Watchdog*“-Funktion vollzog die Times nun zuerst früh den letzten Schritt. Deshalb war es ihr danach möglich, *Lösungsstrategien* an die Adresse der US-Regierung auszuformulieren und so eine massgeschneiderte Realität anzubieten.

---

<sup>712</sup> Schmitt Eric: „MIDEAST TENSIONS; Fighting the Iraqis: Four Scenarios, All Disputed“, in: *New York Times*, November 19, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>713</sup> Gans Herbert J.: *Deciding What's News...*, S. 295-298.

## 9.1 Die Schärfung des Krisenarguments mit der Forderung nach maximaler Authentizität

Nach der Meinung der Times hing eine für die US-Regierung erfolgreiche Positionierung in der Öffentlichkeit vor allem davon ab, die Bevölkerung mit einer schlüssigen Themenstruktur davon zu überzeugen, die *bestmögliche* Alternative gewählt zu haben, die gleichzeitig eine möglichst geringe Zahl von Opfern in den eigenen Reihen bedeutete. Genau so musste nun das innenpolitische „*Priming*“ der Golfkrise aufgebaut werden. Der Ausgangspunkt dafür war das Kollektivschema der Aggression (also die aufgebauten Themenstränge „Geiseln“, „human-shield-Problem“, „Hussein-Hitler-Vergleich“ sowie „ABC-Bedrohung“), dessen Akzeptanz und Popularität sich in den Novemberumfragen noch einmal verstärkte. Die Administration erreichte damit sogar Bürger über die eigene Wählergruppe hinaus.<sup>714</sup> Doch die bloße Entwicklung der Stränge durfte nicht mit der Herstellung innenpolitischer Immunität verwechselt werden, denn die US-Regierung war, wie die Zeitung zuvor zeigte, in ihren Argumenten durchaus angreifbar. Vielmehr bedurften die Themenstränge insofern einer Schärfung des Kriegsarguments, als dass sie ein Gefahrenpotential betonen mussten, das *vom irakischen Diktator* ausging und durch das eine militärische Auseinandersetzung unausweichlich wurde. Bei der New York Times erfolgte diese Programmierung in fünf Schritten.

*Erster Schritt: Unterordnung der USA unter Internationales Recht und Hervorheben der Sonderrolle:* Bevor über militärische Interventionen nachgedacht wurde, legte die Times den status quo fest. Präsident Bush verteidigte in seiner Rede vom 19. November unbeirrt und konsequent die eingeschlagene Linie, welche sämtliche militärischen Handlungen der USA unter internationales Recht stellte. Damit wies er die Möglichkeit eigenmächtiger Handlungen entschieden zurück und mahnte, dass selbst der Erzfeind Sowjetunion so argumentiere: auch Gorbatschow sprach von einer unhaltbaren irakischen „Aggression“ und bekräftigte die internationale Gerichtsbarkeit des Iraks durch die U.N.<sup>715</sup> In der Ausgabe vom 21. November 1990 forderten beide Supermächte auf die Frage nach statthaften Massnahmen gegen Hussein eine deutlich härtere Gangart am Persischen Golf, weil die bisherigen Sanktionen ihre Wirkung

---

<sup>714</sup> “One-third of voters surveyed on Election Day opposed American military action that would produce heavy casualties, a level of opposition reached during the Vietnam War only after several years of fighting. The survey also found the clear beginnings of the sort of partisan division that tore the country during Vietnam: two-thirds of those opposing American action in the gulf, and in particular, black Americans, voted Democratic. But more than half of those who say the nation should persevere even in the face of many casualties voted Republican.” . Vgl. Oreskes Michael: “MIDEAST TENSIONS; A DEBATE UNFOLDS OVER GOING TO WAR AGAINST THE IRAQIS, in: *New York Times*, November 12, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>715</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2473&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2473&year=1990&month=11)

deutlich verfehlt hätten.<sup>716</sup> Präsident Bushs erste Reaktion auf die redaktionelle Kritik der Times war so der Hinweis auf die Mechanismen und die Pflicht der Unterordnung der US-Regierung unter das Protektorat internationalen Rechts, durch die erst politische Handlungsoptionen entstehen konnten. Der Präsident verdeutlichte damit, dass sich die USA selbst in einer zunehmend schwierigen aussenpolitischen Situation an die internationalen Abmachungen halten würden. Damit verwies er gleichzeitig auf einen wesentlichen qualitativen Unterschied zwischen „Gut“ und „Böse“, wollte man, wie auch Le Shan festhält, die eigene Glaubwürdigkeit nicht untergraben.

Die zweite, grossangelegte Reaktion erfolgte am 23. November über einen in sämtlichen Landesmedien ausgestreuten PR-Paukenschlag der US-Regierung. Die Times berichtete ausführlich über Bushs Truppenbesuch zu *Thanks-Giving*, denn hier versuchte der Präsident die eingeforderten Positionen zu erklären. Zuerst schloss er in seiner Rede an die zwei Tage zuvor gestellte Forderung der härteren Gangart an. Er hob, wie in den Artikeln zuvor, die bisherige Wirkungslosigkeit der Sanktionen hervor. Diese Feststellung war im Hinweis eingebettet, dass die gegenwärtige Welt ein „gefährlicher Ort“ sei und deshalb nun *alle* Optionen als glaubhafte und zuverlässige Alternativen geprüft werden müssten. Als Weiterführung der Argumente vom 21. November betonte Bush, dass die militärische Lösung die grössten Bürden bedeute, er aber aufgrund der wahrgenommenen Handlungsschwierigkeiten der Vereinten Nationen zunehmend bereit sei, einen eigenen Weg zu gehen.<sup>717</sup> Damit schloss der Präsident in der Darstellung der New York Times an der 1904 von Theodore Roosevelt uminterpretierten Funktion der USA als *internationale Schutzmacht* an und betonte die Sonderrolle der USA. Die Gründe des amerikanischen Sonderwegs ehrte er in Form der Feier zu Ehren der Pilgerväter, denn *Thanks-Giving* bedeutete nicht nur ein Fest des Essens, sondern vor allem auch das Fest der Familie, das drei Schwerpunkte betont: das Zelebrieren der Familie als elementare Keimzelle *jeder* weiteren Sozialordnung (somit auch der Abstimmung und Begründung von innen- und aussenpolitischen Handlungen aufgrund dieser), die dankende Anrufung Gottes und die Sanktionierung dieser Praxis in Gestalt eines offiziellen, nationalen Feiertages.<sup>718</sup> Das Fest betont damit jenes Band an Idealen, welche historisch die qualitative Differenz von den ehemaligen Mutterländern bestimmte und die in den USA lebenden Bürger erst zu US-Bürgern macht: die Bewahrung der Gemeinschaft der Freien aufgrund eines geteilten Bands an Idealen, deren Verteidigung gleichzeitig auch eine Form der militärischen Unterordnung bedeutet. Obwohl religiöse Feiertage in der US-amerikanischen Verfassung verboten

---

<sup>716</sup> Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; U.S. AND SOVIETS URGE MORE STEPS BY U.N. IN GULF“, in: New York Times: November 21, 1990, A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>717</sup> Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; Visiting U.S. Troops in the Desert, President Talks Tough About Iraq“, in: New York Times, November 23, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

<sup>718</sup> Prätorius Rainer: In God We Trust...S. 31.

sind, erneuert dieser jährliche Festakt das national-kollektive Gedächtnis in einer Art religiös-historischer Vermengung. Der Präsident erschien mit seiner Frau in der Rolle als landesväterlicher „*Commander-in-Chief*“ auf einem amerikanischen Flugzeugträger. Die detailreiche Berichterstattung des ersten Frontbesuchs eines US-Präsidenten seit Richard Nixons Besuch in Vietnam versuchte dabei politische Kraft aus der symbolischen Verankerung der landesväterlichen Präsidenten-Rolle, der Bedeutung des Erntedankfests sowie des Ortes der Feier - der Flugzeugträger als Beweis für industrielle und militärische Kraft und Stärke der Nation USA - zu generieren.

Auch USA Today porträtierte den Auftritt des US-Präsidenten zu *Thanks-Giving* – hier bedeutete der PR-Rückgriff der Regierung gleichzeitig ein für die Zeitung unantastbares politisches Programm: die Berichterstattung vom 23. November zeichnete über den ideologischen Rückgriff auf *Thanks-Giving* das Bild der nationalen Einheit, eine Kritik an der PR-lastigen Umsetzung folgte bei USA Today nicht. Die Zeitung schien den Auftritt getreu nach Legnaros Aussage „*Nothing looks fake. Fabricated, yes – fake, no*“<sup>719</sup> zu behandeln und präsentierte ein über alle Rangstufen des Militärs, vom Soldaten bis hin zum Präsidenten, geeintes Band von pflichtbewussten US-Bürgern, welche die Bedeutung von *Thanks-Giving* im Lichte der Golfkrise erläuterten und kritiklos vermengten:

“That sentiment - more determination than enthusiasm - may be prevalent as Desert Shield forces hunker down for the long haul. Said Army Reserves Capt. Don Shiarla from Salem, Ore.: "We'll stay until the job's done, but let's just get going. I think it's time to make a statement."... "Thanksgiving reminds us of America's most cherished values: freedom,"”<sup>720</sup>

Ein Soldat drängte den US-Präsidenten am Ende des Artikels gar, endlich „etwas“ zu unternehmen, obwohl er sich der Gefahr seines eigenen Blutzolls bewusst war.<sup>721</sup> Der Effekt stimmte, die kritische Berichterstattung der Vorwochen bei USA Today verstummte umgehend.

*Zweiter Schritt: Einführung von Massenvernichtungswaffen als glaubwürdiges und stimmiges Bedrohungsszenario:* Die Times erlag dem symbolischen Charme der inszenierten Festlichkeiten zu *Thanks-Giving* hingegen nicht in der unkritischen Manier von USA Today, sondern hob nüchtern hervor, dass der Präsident die Gründe für die Stationierung der militärischen Truppen im Persischen Golf noch immer nicht zureichend erklärt habe. Vielmehr habe er ohne jede Leidenschaft die altbekannten Argumente vom August und September aufge-

---

<sup>719</sup> Legnaro, A.: Subjektivität im Zeitalter..., S. 298.

<sup>720</sup> Jolidon Laurence; Lee Jessica: „A desert Thanksgiving; Keep bomb from Saddam, Bush orders“, in: *USA Today*, November 23, 1990, Page 1A.

<sup>721</sup> Ibid.

wärmt.<sup>722</sup> Verklärte Patriotismusanspielungen, die der „Verschleierung“ der tatsächlichen Kriegsgründe dienten, lehnte die Zeitung im Gegensatz zu USA Today kategorisch ab. Die Kritik der Times richtete sich damit nicht gegen die Person Bush oder gar das System der zentral geführten Regierung in Washington, sondern gegen eine Form von Regierungstechnik, welche noch immer systematisch Problemthemen wie das Öl aussparte und so hohe soziale Kosten provozierte, würde entlarvt werden, dass die US-Regierung aufgrund der Sicherung des Ölzugangs in den Krieg ziehen wollte. In dem bislang von Präsident Bush hervorgehobenen Argument der ABC-Bedrohung durch den Irak sah die Zeitung hingegen ein veritables Thema, das zugleich auch legitimer Kriegsgrund sein konnte. Sie hob in der Folge die starke Gefahr des irakischen Arsenal an A, B- und C Waffen hervor, ohne je über den Forschungsstand der irakischen Nukleartechnologie oder die Menge an B- und C-Waffen zu sprechen. Beschrieben und aufgebaut wurde ein Feindbild, das dem Leser zu keinem Zeitpunkt eine quantitative Einordnung ermöglichte aber dennoch die zunehmende Notwendigkeit einer militärischen Handlungsoption durch die offensichtlich vorhandene Bedrohungslage suggerierte. In einem ersten Schritt verwies die Times auf die bestehende B- und C-Waffen Bedrohung.

*Betonung der Bedrohung durch biologische und chemische Waffen:* Am 2. November spielte General Schwarzkopf die irakische Fähigkeit, chemische Sprengköpfe auf Raketen zu montieren noch herunter.<sup>723</sup> Am 8. November korrigierte der US-Präsident aber, dass Hussein sehr wohl im Besitz funktionstüchtiger Mittel- und Langstreckenraketen für chemische Waffen sei. Am 16. November unterstrich Präsident Bush anlässlich einer Pressekonferenz im Weissen Haus nun das Problem der B- und C-Waffen am Persischen Golf mit Nachdruck (ohne allerdings einen Eindruck über das quantitative Arsenal zu geben) und erliess als Reaktion darauf scharfe Ausfuhrrestriktionen für Zulieferer aus den USA sowie die Möglichkeit, Kontrollen in den entsprechenden Ländern anzuordnen.<sup>724</sup> Glaubte man dem US-Präsidenten, verfügte der irakische Aggressor über ein veritables B- und C-Waffenarsenal, das für die US-Streitkräfte zu einem gravierenden Problem vor Ort werden konnte. Am 18. November übernahm die Times die weitere Entwicklung dieses Themenstrangs gleich selbst, indem detailreich über durchgespielte militärische Szenarien im Falle eines irakischen ABC-Angriffs berichtet wurde. Das schlimmste und in den Augen der Zeitung gleichwohl wahrscheinlichste Szenario war nun ebenfalls ein irakischer Erstschatz mit Chemischen Waffen gegen Israel,

---

<sup>722</sup> Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; Visiting U.S. Troops in the Desert, President Talks Tough About Iraq“, in: *New York Times*, November 23, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

<sup>723</sup> Ibrahim Youssef M.: “MIDEAST TENSIONS; U.S. Commander Urges Caution on Attacking Iraq“, in: *New York Times*, November 2, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>724</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2455&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2455&year=1990&month=11)



Saudi-Arabien und die US-Truppen.<sup>725</sup> Mit dieser Gefahrenanalyse vor Ort führte die Zeitung ihrer Leserschaft das „real“ existierende Gefahrenpotential vor Ort vor Augen, ohne dass die US-Regierung als Meinungsmacher aufgetaucht wäre und ohne dass der Leser das quantitative Volumen der B- und C-Waffen hätte verstehen müssen. Die Herleitung der atomaren Bedrohungslage durch die Zeitung war allerdings noch abenteuerlicher.

*Aufbau der atomaren Bedrohungslage:* Die Times widmete sich am 16. November erstmals der nuklearen Gefahr, die vom Irak auszugehen schien und berichtete über die irakische Einladung an die Internationale „Atomic Energy Agency“ zu einer Inspektion, die beweisen sollte, dass die Iraker keine Atombombe bauten. Über allem stand die Frage, wo die 27,6 Pfund Uranium geblieben waren, die aus 93% purem Uranium bestanden und den Irakern von Frankreich 1976 für die Inbetriebnahme des Reaktors in Osirak zur Verfügung gestellt worden waren.<sup>726</sup> Zur Menge an waffenfähigem Uran wurde in der Times ebenfalls keinerlei Angaben gemacht. Wohl aber berief man sich auf Experten – ohne diese für den Leser identifizierbar zu machen – die den Bau einer schmutzigen Atombombe zum jetzigen Zeitpunkt für sehr wahrscheinlich hielten.<sup>727</sup> Während israelische Analysten davon ausgingen, dass der Irak in den kommenden zwei Jahren eine Atombombe bauen könne, nannten britische und US-amerikanische Experten einen Zeitabschnitt von fünf bis zehn Jahren. Präsident Bush zeigte sich am 22. November auf einer Pressekonferenz in grosser Sorge, dass zu viel Zeit ungenutzt verstreichen könnte, um den Irak am Bau einer Atombombe zu hindern. Besorgt zeigte sich der US-Präsident vor allem, weil man in der Vergangenheit immer wieder gesehen habe, dass Hussein bereit sei jede ihm zur Verfügung stehende Waffe gegen seine Feinde zu nutzen.<sup>728</sup> Damit vermengte die Times das bislang produzierte Feindbild mit den „real“ existierenden Gefahren der Gegenwart. Bush betonte sogar die Existenz einer möglicherweise bereits existierenden schmutzigen Atombombe und wies so abermals auf das „reale“ Gefahrenpotential durch Hussein hin. Die Times verstärkte Tags darauf den atomaren Themenstrang abenteuerlich noch selbst und zitierte den US-Präsidenten, Strohmänner Husseins hätten versucht, Atomwaffen einzukaufen.<sup>729</sup> Präsident Bush verwies in der Darstellung der Times damit auf einmal auf eine real bestehende atomare Bedrohung durch den Irak, die über die schmutzige

---

<sup>725</sup> Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; Visiting U.S. Troops in the Desert, President Talks Tough About Iraq“, in: *New York Times*: November 23, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

<sup>726</sup> Später stellte sich heraus, dass das geheime Urananreicherungsprogramm in Tuwaitha 1991 gerade einmal eine brauchbare Menge von 6 Gramm bei einer vermuteten Jahresleistung von 60 Gramm hervorbrachte. Für den Bau eines nuklearen Sprengkörpers werden allerdings fünf bis acht Kilogramm benötigt. Vgl.: Cirincione Joseph, Wolfsthal Jon B., Rajkumar Miriam: *Deadly Arsenals. Nuclear, Biological, and Chemical Threats*, Second Edition, Washington 2005, S. 338.

<sup>727</sup> Browne Malcolm W.: „MIDEAST TENSIONS; Atomic Agency Invited by Iraqis For Inspections“, in: *New York Times*, November 16, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.

<sup>728</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2486&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2486&year=1990&month=11)

<sup>729</sup> Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; Visiting U.S. Troops in the Desert, President Talks Tough About Iraq“, in: *New York Times*: November 23, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

Atombombe hinausging. Entscheidend für die Wahrnehmung durch die Leser war, dass die Times diese Aussagen als *voraussetzungslos wahr* reproduzierte und der aufbereiteten Botschaft noch zusätzliche Legitimität verschaffte, indem man das Thema schliesslich selber weiter entwickelte, indem auf einmal eine kurze irakische Produktionszeit für atomare Waffen betont wurde. Auf die ABC-Gefahr so einmal aufmerksam gemacht, unterstützten in der Darstellung der Times auch die Demokraten die Absichten des US-Präsidenten, Husseins ABC-Arsenal notfalls mit militärischen Mitteln zu demontieren.<sup>730</sup> Die Dynamik und den suggestiven Charakter der ABC-Feindbildkonstruktion behielt die Times bis zum Kriegsbeginn bei: am 28. Dezember veröffentlichte die Zeitung einen Artikel über eine bevorstehende Truppenimpfung, da der Irak nach Erkenntnissen des Militärs nun auf einmal bereits *im frühen nächsten Jahr* massenweise biologische Waffen entwickelt haben würde. Der Wahrheitsgehalt der ausgestreuten Regierungsinformation wurde nicht hinterfragt. Vielmehr wurde wieder in Erinnerung gerufen, dass der Irak bereits ohne Hemmungen chemische Waffen eingesetzt habe. Die kritische Diskussion über die Existenz und die Qualität der im Irak verfügbaren biologischen Waffen wurde durch den schlichten Quellenverweis auf die CIA<sup>731</sup> beiseite gelegt, ohne den Inhalt der Berichte zu kennen oder zu diskutieren.<sup>732</sup>

Im Gegensatz zu der von der Zeitung abgebrochenen Diskussion über die eigene historische Verantwortung bei der Aufrüstung des Iraks vom 12. August 1990 produzierte die Zeitung an dieser Stelle eine Feindbildkonstruktion, die auf diese Frage keine Antwort finden *musste*, weil das aufgezeigte Gefahrenpotential alle übrigen Fragestellungen zurückstellte. Die dabei vor allem auf Annahmen beruhende Gefahrenproduktion war für die Zeitung offenbar Grund genug, die Notwendigkeit einer möglichen militärischen Eskalation zu betonen. Wie die Zeitung mit eigenen Umfrageergebnisse am 23. November 1990 belegte, erwies sich das ABC Argument sogar als ausgezeichnetes Instrument, um den Gedanken an einen Waffengang auf nationaler Ebene zu festigen – und dies, obschon den Lesern auch hier keine genauen Informationen zu der real vorhandenen Bedrohungslage angeboten wurde.<sup>733</sup> Die riesi-

---

<sup>730</sup> Rasky Susan F.: CONGRESS AND THE GULF; Hard Question May Need an Answer Soon: Should It Give Bush a Go-Ahead on Force?, in: New York Times, December 17, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>731</sup> Der erst nach dem Zweiten Golfkrieg einsehbarer CIA-Bericht vom 20. Juli 1990 hielt fest, dass der Irak, stark abhängig vom Grad der *ausländischen* Unterstützung, erst bis zum Ende der Dekade (also Ende der 1990er Jahre) *möglicherweise* fähig sei, nukleare Waffen zu produzieren. Gegenwärtig habe der Irak die Möglichkeit, biologische und chemische Waffen zu produzieren und könne diese im erfolgreich verlaufenen Scud-B Raketenprogramm auch einsetzen. Eine Bestückung dieser Raketen mit nuklearen Sprengköpfen sei aber nicht möglich. Vgl. CIA, *Iraqi Ballistic Missile Developments*, July 1990, S. 5. zu finden unter: <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB80/wmd03.pdf> oder: CIA Electronic Reading Room, released under the Freedom of Information Act

<sup>732</sup> Gordon Michael R.: "CONFRONTATION IN THE GULF; GULF G.I.'S TO GET GERM WAR SHOTS", in: New York Times, December 28, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

<sup>733</sup> Rosenthal Andrew: "MIDEAST TENSIONS; Visiting U.S. Troops in the Desert, President Talks Tough About Iraq", in: New York Times: November 23, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

gen Schadensszenarien aus der Ära des Kalten Kriegs waren in den Köpfen der US-Bevölkerung derart stark verankert, dass diese bereits Anfang September bereit gewesen wäre höhere Steuern zu bezahlen, wenn man dadurch nur Hussein die ABC-Waffenfähigkeit entziehen konnte.<sup>734</sup> Die US-Regierung tat deshalb gut daran, das irakische (Beschaffungs-)Potential an Massenvernichtungswaffen nicht anzuzweifeln.<sup>735</sup> Einzig der Irak wäre zu diesem Zeitpunkt fähig gewesen, die von der US-Regierung ausgeübte Verfügungsgewalt zu durchbrechen. Der suggestive Charakter der ABC-Propaganda konnte aber eben auch beibehalten werden, weil die irakische Einladung an die „Atomic Energy Agency“ im (medialen) Sand verlief. Das irakische ABC-Potential blieb für die Leser der New York Times so bis zum Kriegsbeginn eine nicht quantifizierbare Black-Box. Dafür hatten sie gelernt, dass Hussein mit dem Bau einer schmutzigen Atombombe oder durch den schlichten Zukauf atomarer Waffen umgehend zu einer nuklearen Gefahr werden *wollte* und deshalb eine grosse Gefahr für seine Umgebung darstellte.

Die Times schuf zudem durch die inhaltliche Konsistenz zwischen den Aussagen von Experten, Militärs und dem US-Präsidenten einen hohen Grad an Authentizität und Glaubwürdigkeit und konstruierte so eine stringente Argumentationslinie, die das Gefahrenpotential des Iraks durch die referierte „Faktenlage“ und nicht durch verklärte Patriotismusanspielungen hervorhob. Das Gefahrenpotential des irakischen Diktators sollte in erster Linie realpolitisch und nicht über den blossen mystischen Bezug von *Thanks-Giving* hergeleitet werden, weshalb der konsistente symbolische *und* narrative Rahmen, indem die Argumente eingebettet wurden, für die Erstellung einer massgeschneiderten Realität zu diesem Zeitpunkt viel bedeutender war. Der so erstellte Zugang zur Realität am Persischen Golf war aber dennoch nichts weiter als ein suggestives Konstrukt, weil es vorgab wirklichkeitsnah argumentiert zu haben, obwohl die zugrunde liegenden Kriterien nicht ausschliesslich auf Wahrhaftigkeit oder Realitätsnähe beruhten, sondern in erster Linie den Prinzipien Nützlichkeit und Glaubwürdigkeit dienten, wie etwa die als voraussetzungslos wahr produzierten Gerüchte über die Beschaffung atomarer Waffen dokumentieren.

Das von der Times erstellte ABC-Bedrohungsszenario war schliesslich der Ausgangspunkt für die Ausformulierung von *Lösungsstrategien*, die mit der Destruktion der U.N. Sanktionen als Ausschluss möglicher Lösungsstrategien begann; Dieser Zusatz verlagerte die Diskussion zugleich auf der aussen- und innenpolitischen Ebene. Aussenpolitisch wurde die

---

<sup>734</sup> Eine Umfrage der Times Anfang September ergab: “Still, Democrats and Republicans have remained solidly behind Mr. Bush's gulf initiatives, and the public backs that position. So much so, in fact, that 43 percent said in the Times/CBS News Poll that they would pay higher taxes to help protect Saudi Arabia and resist Iraqi aggression”. Berke Richard L.: “Congress Returning to Its Tasks With No Sign of Budget Accord”, in: *New York Times*, September 4, 1990, Section A; Page 1, Column 1; National Desk

<sup>735</sup> Mueller John: *Policy and Opinion...*, S. 254.

Ohnmacht der seit Monaten in Kraft gesetzten Wirtschaftssanktionen gegen den Irak vorgeführt, sodass diese keine Alternative zu einem militärischen Schritt sein konnten, innenpolitisch verdeutlichte die von der Zeitung aufgezeichnete politische Auseinandersetzung zwischen den Demokraten und den Republikanern die zunehmende Handlungsdringlichkeit, der sich die politische Opposition nicht länger entziehen konnte:

*Dritter Schritt: Die Destruktion der U.N. Sanktionen reduziert die Lösungsmöglichkeiten:* Ab dem 26. November, drei Tage vor der Verabschiedung von Resolution 678 durch den U.N. Sicherheitsrat, wiederlegte die Times deren Wirksamkeit stufenweise, ohne dass die Bush-Administration als Rädelsführer ins Rampenlicht getreten wäre. So wurde früh eine Argumentationsstruktur- und Realität durch die Zeitung ausgeprägt, die immer stärker „Chapter 7“ der U.N. Charta als einzig mögliche Lösung in den Vordergrund rückte. Zuerst benannte die Times jene „schwarzen Schafe“, welche die internationale Unterstützung der bisherigen Sanktionen verweigerten:

„The Security Council has approved 10 resolutions so far during the gulf crisis, declaring Kuwait's annexation null and void and imposing far-reaching economic sanctions on Iraq. So far all of these resolutions have won the support of at least 13 Council members, with Yemen and Cuba the only 2 to vote against or abstain.“<sup>736</sup>

Altbekannte Feinbilder, vor allem das Thema *Geiseln* und „*human shields*“, wurden neu belebt und bestätigt. Hier bedurfte es nun keiner genauen Ausführung mehr, denn die „*Primes*“ wurden ja bereits im August und September ausformuliert. Viel beachtenswerter ist deshalb die erstmals publizierte Bilanz, welche die Wirksamkeit der U.N.-Sanktionen abtastete: die Times subsumierte, diese würden sich zwar auf die Preise im Irak auswirken, die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln sei dadurch aber nicht tangiert. Auf den lokalen Märkten seien sogar Luxusgüter wie englische Schokolade erhältlich. In der Hauptstadt hielten seit der Verhängung der Sanktionen sogar die neonbeleuchteten Nachtclubs weiterhin ohne Probleme ihre Türen geöffnet. Bei den Irakern sei so ein Gefühl von Normalität entstanden, an das sie sich bereits aus dem langjährigen Krieg zwischen dem Iran und Irak gewöhnt hätten.<sup>737</sup> Diese Darstellung zeugte nicht von einer von der Außenwelt isolierten Nation, die ums Überleben kämpfte, sondern schlicht von einem aus dem Iran-Irak-Konflikt weitergeführten status-quo, mit dem es sich offenbar gut leben liess. Die U.N.-Sanktionen waren in der Darstellung der Times dysfunktional und deshalb keine Lösungsstrategie, um den irakischen Machthaber in die Knie zu zwingen.

---

<sup>736</sup> Lewis Paul: „MIDEAST TENSIONS; U.S. Is Reported To Win Support For Use Of Force“, in: *New York Times*, November 26, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>737</sup> Shenon Philip: „MIDEAST TENSIONS; Possibility of War Sinks In As Iraqi Reserves Are Called“, in: *New York Times*, November 26, 1990, Section A; Page 1; Column 4; Foreign Desk.

*Vierter Schritt: Konditionale Zustimmung der Demokraten zum Krieg durch den Koalitionsbruch mit den Republikanern:* Am 28. November berichtete die New York Times nicht nur über die anstehende Verabschiedung der Resolution 678, sondern auch über die vom demokratischen Senator Nunn aufwändig inszenierten „*Congressional Hearings*“. Nunn war der Leiter des mächtigen „*Senate Armed Services Committee*“, dessen Aufgabe die parlamentarische Kontrolle des US-Außenministeriums sowie Belange der militärischen Handlungsfähigkeit waren. Das Verfahren war aggressiv, denn Nunn wollte Präsident Bush über die öffentlichkeitswirksame Debatte die „wahren“ Beweggründe seines Golfengagements entlocken (Nunn vermutete Öl als Hauptursache). Die dabei betonten nationalen „*vital interests*“ wurden von den Demokraten zwar gerne als Schlagwort eingesetzt, selbst aber blieben sie eine Definition schuldig. Dabei hätte diese Diskussion Potential gehabt. Der konservative *think-tank* „*Cato*“ bemerkte etwa am 12. November 1990 in der Times, dass die US-Regierung überhaupt keine „*vital interests*“ in der Golfregion hätten, die es wert wären, in den Krieg zu ziehen.<sup>738</sup>

Die Hearings verfehlten ihr Ziel, weil Nunn einen militärischen Einsatz wegen der selbst vorgenommenen Vermengung zwischen ABC-Bedrohung und der Unterordnung unter Internationales Recht nicht grundsätzlich in Frage stellte, sondern nur wissen wollte, *ob der jetzige Zeitpunkt im nationalen, „vitalen“ Interesse liege*.<sup>739</sup> Die in Gang gesetzte Debatte zwischen den Demokraten und den Republikanern hatte deshalb zuerst nur parteipolitische Konsequenzen. Bislang wurden die gegen den Irak beschlossenen Massnahmen durch eine parteiübergreifende Koalition getragen, am 6. Dezember erfolgte deren Auflösung. Nachdem die demokratischen Vertreter am 4. Dezember auf die Resultate von Umfrageergebnissen hingewiesen hatten, welche die nationale Kriegslust auf ein Verhältnis von rund 50:50 reduzierte, forderten sie die Bush-Administration ultimativ auf, sich eine mögliche Kriegserlaubnis über den Kongress einzuholen. Zwei Tage später folgte der offizielle Bruch. Was auf den ersten Blick als innenpolitischer Gau erscheinen mag, wertete die Times jedoch als geschickten Rückzug der Demokraten auf die eigene parteistrategische Linie und nicht als ernsthaften Versuch, die gerne betonten „nationalen Interessen“ zu wahren oder die US-Mission am Persischen Golf grundsätzlich in Frage zu stellen.<sup>740</sup> Das wäre politisch auch unklug gewesen, denn in einer Times/CBS-Umfrage bestätigten acht von zehn Befragten, dass Hussein ein Schurke sei, der bekämpft werden müsse. Mit der Zustimmung zum Krieg haderten die Befragten aber deutlich

<sup>738</sup> Oreskes Michael: „MIDEAST TENSIONS; A DEBATE UNFOLDS OVER GOING TO WAR AGAINST THE IRAQIS“, in: *New York Times*, November 12, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk

<sup>739</sup> Gordon Michael R.: „MIDEAST TENSIONS; DEMOCRATS PRESS BUSH TO PUT OFF MILITARY ACTION“, in: *New York Times*, November 28, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>740</sup> Apple R.W.: „STANDOFF IN THE GULF; The Collapse Of a Coalition,“ in: *New York Times*, December 6, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.

stärker, solange die Option der ökonomischen Sanktionen in die politischen Szenarien mit eingerechnet wurden.<sup>741</sup> Da deren Wirksamkeit aber immer stärker angezweifelt wurden, stellte sich für die Demokraten nicht mehr die Frage *ob* ein Krieg geführt werden sollte, sondern nur *unter welchen Umständen* einem solchen zugestimmt werden konnte, wollte man im Hinblick auf die nächsten Wahlen innenpolitisch punkten. Die durch die Congressionals Hearings evozierte formale Trennung der grossen Koalition geschah deshalb einzig aus parteipolitischen Überlegungen und bedeutete gleichzeitig eine *konditionale Zustimmung* zum Krieg durch die Demokraten. Die Bedingungs politik der Demokraten beseitigte die Times in der Folge gleich selbst.

*Fünfter Schritt: Destruktion der demokratischen Oppositionsrolle:* Die konservativ-republikanischen Vertreter sahen dem Aufschub eines militärischen Eingriffs mit grossen Bedenken entgegen, da Hussein dies als Signal der Schwäche auslegen könnte.<sup>742</sup> Diese Position unterstützte die New York Times, denn Hussein unterstrich nach der Bekanntgabe von Resolution 678 am 29. November 1990 seine Kampfesbereitschaft bis zum letzten irakischen Mann unmissverständlich.<sup>743</sup> Damit öffnete Hussein in den Augen der Times *selbst* Tür und Tor für eine militärische Eskalation. Der Feind unterstrich seinen aggressiven Status nun durch die eigenen Aussagen und spielte die Argumente für den Krieg so in die Hände der Kriegsbefürworter in den USA. Ein erster Vorstoss folgte seitens der Bush-Administration kurz darauf, als Verteidigungsminister Cheney am 4. Dezember einen militärischen Vorstoss forderte und die Ausdehnung des Zeitraums für die Sanktionen verweigerte.<sup>744</sup> Die Times begründete ihre Unterstützung für den Vorstoss Cheneys mit der pragmatischen Position:

“...because of Iraq's decision to call off gasoline rationing and new Administration analyses about Iraq's ability to increase farm production and to mobilize additional troops.”<sup>745</sup>

Zu diesem Zeitpunkt wäre die Klärung der Frage, ob man einzig aufgrund der Sicherung des Zugangs zu Öl in den Krieg ziehen wolle, durch die Demokraten durchaus noch möglich gewesen. Diese vergaben in der danach folgenden Darstellung der New York Times aber jede Chance einen militärischen Einsatz des Öl wegens noch in Frage zu stellen, denn Senator Nunn verstieg sich in immer abstrusere Forderungen: eine baldige militärische Intervention

<sup>741</sup> Oreskes Michael: „STANDOFF IN THE GULF; Poll Finds Americans Divided On Sanctions or Force in Gulf”, in *New York Times*, December 14, 1990, Section A; Page 1; Column 3; National Desk.

<sup>742</sup> Gordon Michael R.: “MIDEAST TENSIONS; DEMOCRATS PRESS BUSH TO PUT OFF MILITARY ACTION”, in: *New York Times*, November 28, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>743</sup> Lewis Paul: „MIDEAST TENSIONS; U.N. GIVES IRAQ UNTIL JAN. 15 TO RETREAT OR FACE FORCE; HUSSEIN SAYS HE WILL FIGHT”, in: *New York Times*, November 30, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>744</sup> Gordon Michael R.: “MIDEAST TENSIONS; CHENEY SEES NEED TO ACT MILITARILY AGAINST THE IRAQIS”, in: *New York Times*: 4. December 1990, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>745</sup> Ibid.

aufgrund steigender Ölpreise sei keine Alternative. Im Gegenteil, Nunn forderte die US-Regierung auf, den Saudis mitzuteilen, dass die durch die höheren Ölpreise erzielten Zusatzgewinne (nach Nunn 30 Milliarden US-Dollar) an „hard-hit nations“ wie die USA zurückzuerstatten seien.<sup>746</sup>

Die endgültige Zerschlagung der demokratischen Oppositionsrolle, die den Weg für eine innenpolitisch ungefährdete militärische Lösung freimachte, erfolgte schliesslich durch die vollständige Demontage der bisherigen Sanktionspolitik: CIA Direktor Webster sprach sich am 5. Dezember 1990 in einer offiziellen Verlautbarung *für* die Ausdehnung der Sanktionen aus. Er betonte vor laufenden Kameras, dass der Irak seine Kampfbereitschaft bei Einhaltung der Sanktionen nach seiner Einschätzung nicht länger als neun Monate aufrecht erhalten könne und die irakische Flugabwehr und Flugwaffe gar nach drei Monaten funktionsuntüchtig sein könnte. Im Gegensatz zu Cheneys Ausführungen gehe er nicht davon aus, dass eine Verzögerung von militärischen Handlungen Hussein militärisch stärken würden. Die Destruktion seiner Argumente vollzog die New York Times durch die Publikation einer Indiskretion, denn Webster vertraute Komitee-Mitgliedern hinter verschlossenen Türen an,

“...that economic punishment alone was unlikely to drive Mr. Hussein from Kuwait before the international coalition now arrayed against Iraq began to fragment... Mr. Webster told the committee in private that Iraq "can continue to exist as a nation (...) even in the face of a worldwide trade embargo, and that the decline in its armed forces would be slow to take hold.”<sup>747</sup>

Websters offizielle Aussagen und die demokratische Gegenpositionen zur US-Regierung waren in der Folge Makulatur. Die plausibel und kohärent enttarnte Situationspolitik hatte so nicht nur die demokratischen Bedenken, sondern auch die Funktionalität der U.N. Sanktionen erledigt, ohne dass sich die US-Regierung oder die Times einen Manipulationsvorwurf gefallen lassen mussten. Eine Woche später bestätigte die Times den von ihr unterstützten konservativen Regierungskurs über die Publikation von Umfrageergebnissen, in denen eine Mehrheit der Bürger ihre Zustimmung *für* einen Krieg kundtat, sofern *keine glaubhafte alternative Lösung angeboten werden konnte*. Diejenigen, die mit Präsident Bushs Nahostvorgehen nicht zufrieden waren, gaben nun als primären Grund dessen *langsames* Vorgehen gegen den Irak an und nicht etwa die drohende militärische Eskalation oder moralische Bedenken des Öl wegen in den Krieg zu ziehen.<sup>748</sup> Das Gewicht der internationalen Rechtsverbindlichkeit schlug sich nun in umgekehrter Weise in den Umfrageergebnissen nieder, denn ein noch höherer Teil

---

<sup>746</sup> Ibid.

<sup>747</sup> Wines Michael: “STANDOFF IN THE GULF; HEAD OF C.I.A. SEES IRAQIS WEAKENING IN 3 TO 9 MONTHS”, in *New York Times*, December 6, 1990, SECTION: Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>748</sup> Müller John: *Policy and Opinion in the Gulf War...*, S. 26.

der Bevölkerung war für den Krieg, wenn die Rolle der U.N. betont wurde.<sup>749</sup> Dieser Umstand musste bei der Aufbereitung einer Lösungsstrategie miteinbezogen werden.

### **Private Interessen der Bush-Administration disparat mit den Öffentlichen**

Auch bei USA Today hielt das Thema „Öl als Kriegsgrund“ Einzug in die Berichterstattung. Das allerdings erst zu einem Zeitpunkt, als die Times die demokratische Oppositionsrolle bereits ausgeschaltet hatte. USA Today besprach denn auch nicht die Positionierungspolitik der Demokraten, sondern formte sofort gangbare Lösungsstrategien für die Situation am Persischen Golf über die Problematisierung der zahlreichen Baker-Reisen in den Nahen Osten vom Herbst. Der erste Artikel führt die Person Baker scheinbar neutral, sogar wohlwollen ein. Hervorgehoben werden Bakers positive und rührende biographischen Eigenschaften als hart arbeitender Anwalt; Baker, der durch Schicksalsschläge hart geprüfte Familienvater und Ehemann; Baker, der Religiöse und Baker, der Rastlose. Die Überschrift lautete aber bereits hart: „James Baker, Bush’s Dealmaker“. Gleich zu Beginn hob die Zeitung die Beziehung und die Nähe zu Bush hervor. Aussenminister Baker sei ein enger Freund Bushs und:

„Like Bush, Baker has been inconsistent in articulating clearly the reasons for U.S. policy in the Persian Gulf. At one point in Bermuda, he bolstered the confusion by adding this rationale: 'To bring it down to the level of the average American citizen, let me say simply - that means jobs. If you want to sum it up in one word, it's jobs.'“<sup>750</sup>

Die Zeitung urteilt ihn am 7. Dezember als operativen Lakaien Bushs ab, denn ihm fehle die ideologische Hingabe, mit der die Regierung sich zuvor ans Volk gewandt habe. Zudem unterstellt die Zeitung Bush und Baker, dass die von der US-Regierung produzierte Feindbildrhetorik die persönlichen Kriegsmotive der beiden verdecke und darüber hinaus die Sicherheit Israels in Frage stelle. Diese Kritik wird nicht von US-Amerikanern, sondern durch *ausländische* Stimmen formuliert. Die Israelis, so USA Today, hätten nämlich den Eindruck,

„...that these two guys come from Texas, where they drill oil," says Clawson, meaning the two are more worried about their interests than Israeli security.“<sup>751</sup>

Betont werden die Ängste Israels in Bezug auf das irakische ABC-Potential: durch eine Verhandlungslösung der USA wären zwar die privaten Interessen der amerikanischen Machthaber und Geschäftsleute abgedeckt, Israel sähe sich aber dem beeindruckenden irakischen Arsenal an Chemiewaffen alleine gegenübergestellt. Präsident Bush bekräftigte zwar seinen

---

<sup>749</sup> Oreskes Michael: „STANDOFF IN THE GULF; Poll Finds Americans Divided On Sanctions or Force in Gulf“, in *New York Times*, December 14, 1990, Section A; Page 1; Column 3; National Desk.

<sup>750</sup> Neuman Johanna: „JAMES BAKER; BUSH'S DEALMAKER; The secretary of State plays chess, courting Congress and squaring off with Saddam; Diplomat has 'only job he ever wanted'“, in: *USA Today*, December 5, 1990, Page 1A.

<sup>751</sup> Neuman Johanna: „SADDAM PLAYS HIS HOSTAGE CARD; Is offer part of a 'chess game' or not?“, in: *USA Today*, December 7, 1990, Page 1A.



politischen Willen gegen Hussein vorzugehen, bleibe in der Strategie aber wegen der eigenen Interessen noch immer vage, so Art Blair vom „Texas A&M Mosher Institute for Defense Studies“. Die Zeitung formulierte damit an dieser Stelle aus, was die New York Times in ihrem Öl-Exkurs ein paar Wochen zuvor als möglichen Genickbruch für die Gesamtstrategie der US-Regierung anklingen liess. Die Vermengung von nationalen und privaten Interessen auf höchster Stufe der Bush-Administration konnte für diese zur unlösbaren innenpolitischen Hypothek werden, sofern das Kriegsbegehren privater Natur war und nicht der öffentlichen Sache diene - und man dies zudem vorsätzlich verschleierte. Eine so auf höchster Stufe persönlich angetriebene ökonomische Profitmaximierung hätte fatale soziale Kosten zur Folge gehabt. Der Artikel beklagte denn auch, dass durch die persönlichen Motive von Präsident Bush und Aussenminister Baker die politische Sache vernachlässigt werde. USA Today begab sich damit aber nicht auf einen Pfad gegen den Krieg oder die Amtsinhaber, sondern *monierte einzig das Tempo*, mit dem das Problem am Persischen Golf ansonsten gelöst werden könnte. Obwohl die Zeitung geschickt über ausländische Experten den Präsidenten und seinen Aussenminister angegriffen, verweigerte sie eine Grundsatzdebatte.

Die Vermutung der Umformulierung privater Interessen in öffentliche beschädigte die Position der beiden Spitzenvertreter aber gemäss dem massenmedialen PR-Credo, dass Glaubwürdigkeit nicht sozialtechnologisch, sondern eben nur vertrauensvoll hergestellt werden kann.<sup>752</sup> Zwischen den Zeilen stellte das konservative Blatt damit sehr deutlich die Frage, inwiefern die beiden Spitzenvertreter durch den beschriebenen Interessenskonflikt die Gemeinschaft der Freien zuverlässig gegen äussere Gefahren schützen wollten und konnten, solange ihre Glaubwürdigkeit und Authentizität begründeten Zweifel ausgesetzt waren. Die Zeitung traf damit den Volksnerv. Man rührte an jenem puritanisch geprägten Misstrauen gegen jede Form von zentral installierter Regierung, die historisch in der gegenseitigen institutionellen Kontrolle und Gewaltentrennung als Massnahme zur Sicherung der eigenen Freiheit und zur Sicherung authentischer Handlungen aufgelöst wurde.

Solche in der Kritik stehenden Personen vermochten ebenso wenig glaubwürdige Lösungsstrategien aus der Krise am Persischen Golf anzubieten, wie die in der Times demontierten U.N.-Sanktionen, die den Demokraten bislang als Hauptargument gegen den Krieg dienten. Beiden Zeitungen oblag nun die Aufgabe, nachdem man die Schwachstellen der Kommunikation aufgezeigt hatte, durchführbare und glaubwürdige Lösungsstrategien zu produzieren.

---

<sup>752</sup> Zerfass Ansgar: Unternehmensführung..., S. 362f.

## 9.2 Weichenstellung für den Krieg durch die Anfertigung glaubwürdiger Lösungsstrategien

Nicht von ungefähr wählte der US-Präsident den symbolträchtigen 10. Dezember 1990 als Tag der Weichenstellung für den Krieg. Präsident Bush hob anlässlich der Unterzeichnung der Dokument zum „*Human Rights Day*“, „*Bill of Rights Day*“ sowie der „*Human Rights Week Proclamation*“ die irakischen Verbrechen an der kuwaitischen und der in Geiselhaft sitzenden ausländischen Bevölkerung abermals deutlich hervor:

„The reports, these eyewitness accounts that I've heard from Kuwaiti citizens, are a catalog of human misery: looting, torture, rape, summary execution -- acts of unspeakable cruelty. What has happened to Kuwait is more than an invasion; it is a systematic assault on the soul of a nation. As long as such assaults occur, as long as inhumane regimes deny basic human rights, our work is not done.“<sup>753</sup>

Damit betonte der Präsident zwei Punkte, die in der Folge von beiden Zeitungen gleichermaßen für die kompromisslose Positionierung für den Krieg benutzt wurden: die unhaltbare Menschenrechtssituation in Kuwait und die besondere Rolle der USA im Prozess der Krisenbewältigung. Während für USA Today damit zugleich die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der US-Administration verbunden war, verschärfte die Times die Gangart gegen den irakischen Aggressor mit einer *Zero-Tolerance-Strategie*.

*Refokussierung der Informationspolitik bei USA Today durch die Einführung einer authentischen Führungsfigur:* USA Today entschied sich nach den vermuteten persönlichen Verstreungen der Spitzenpolitiker für eine Radikalkur: die Zeitung zog nicht nur die Autorin der kritischen Artikel, Johanna Neuman, als Leitartikelschreiberin ab, sondern verzichtete umgehend auch auf die Hauptfiguren Bush und Baker für die danach folgende Berichterstattung. Die Verteidigung der Gemeinschaft der Freien konnte nun nur noch durch Personen fortgeführt werden, denen das Lesepublikum höchste Glaubwürdigkeit durch maximale Authentizität bestätigte. Damit beschritt USA Today denselben Weg wie die New York Times nach der Ausprägung des ABC-Strangs: nachdem das Problem und seine Ursachen/Verursacher benannt wurden und die Zeitung sich so ebenfalls im Licht der „*Watchdog*“-Funktion sonnte, vermochte sie nun eingeforderte Ziele und Lösungsstrategien auszuprägen und an eine konkrete Adresse (die US-Bürger) zu richten. Damit wurde USA Today nicht nur zu einem „*Agents of Social Control*“, sondern ebenfalls zu einem „*Constructors of Nation and Society*“.

---

<sup>753</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2542&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2542&year=1990&month=12)

Die Berichterstattung vom 11. Dezember 1990 setzte mit der Befreiungsgeschichte von der neu eingeführten Figur Tom Justus an. Justus (sic!),<sup>754</sup> der eine kürzlich aus dem Irak befreite Geisel war, schrieb ein Gefangenentagebuch. Der Hass wird dabei ganz auf Saddam Hussein und nicht auf das *irakische* Volk gelenkt.<sup>755</sup> Mehrere Beispiele betonten die desolate Situation der irakischen Soldaten. So erzählt Justus von einem 15-jährigen Jungen, der von Kuwaitern zum Essen eingeladen wurde und dort berichtete, wie er zum Krieg gezwungen worden sei. Ein anderer irakischer Soldat tauschte sein Maschinengewehr gegen die landesüblichen weissen Roben der kuwaitischen Bewohner, um in diesem Deckmantel gehüllt aus den Fängen Husseins zu entfliehen. Diese Ausführungen von Justus sind die personalisierte Fortsetzung jener militärstrategischen Überlegungen, die Powell in der New York Times vom 4. Dezember 1990 vehement verteidigen musste. Powell wollte nämlich keinen flächendeckenden Krieg losbrechen, sondern strategische Ziele einzig durch Luftangriffe ausschalten.<sup>756</sup> Justus zeichnet nicht das Bild eines von Grund auf bösen Volks. Er spricht als Gewissen der befreiten amerikanischen Geiseln, wenn er seinen Landsleuten gleichzeitig zu Protokoll gibt, dass mit der Befreiung der US-Geiseln der Fall Kuwait/Irak für die USA auch nach der Freilassung sämtlicher Geiseln *moralisch* noch nicht erledigt sei:

"With everybody gone now something will have to be done and Kuwaitis can't do it themselves."<sup>757</sup>

Justus formulierte damit die Aufforderung an seine Landsleute, der aussenpolitischen Tradition der USA als „Weltpolizist“ entsprechend jene Verbündeten zu beschützen, die sich selbst nicht helfen können.

Dabei lässt sich eine eigene thematische Synchronisation zwischen der Pressemeldung von USA Today und einer am 13. Dezember veranstalteten Pressekonferenz im Weissen Haus feststellen, die der US-Präsident gemeinsam mit einigen der freigelassenen Geiseln durchführte. Die angesetzte Pressekonferenz ist bei USA Today mit keinem Wort erwähnt. Vielmehr wird die Geiselfrage in der Geschichte von Tom Justus ohne den Beizug des US-Präsidenten bereits zwei Tage früher übersetzt. Die für USA Today zentrale Figur Justus taucht in der zwei Tage später angesetzten Pressekonferenz ebenfalls nicht auf.<sup>758</sup> Am 18. Dezember verlieh die nun eingeführte Figur von General Colin Powell den Forderungen Ju-

<sup>754</sup> Justus bedeutet soviel wie: „Der Gerechte“. Gerade er fokussiert das Feindbild wieder auf die Person Hussein, so wie die US-Bevölkerung den Feind in den vergangenen Monaten identifiziert und wahrgenommen hatte.

<sup>755</sup> Howlett Debbie: "‘So wonderful to be at home', 'One long nightmare' finally over", in: *USA Today*, December 11, 1990, Page 1A.

<sup>756</sup> Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; CHENEY SEES NEED TO ACT MILITARILY AGAINST THE IRAQIS", in: *New York Times*: 4. December 1990, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>757</sup> Howlett Debbie: "‘So wonderful to be at home', 'One long nightmare' finally over", in: *USA Today*, December 11, 1990, Page 1A.

<sup>758</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2556&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2556&year=1990&month=12)

stus' und denjenigen aus Bush's Pressekonferenz gleichermassen konkrete Formen und stellte an die Adresse des Iraks die ultimative Aufforderung: „Move it or lose!“ Die Zeitung verlieh Powells Position dabei über militärische Experten und historische Verweise auf George Marshall Authentizität:

“Powell's assessment of the Iraqi leader: a 'tough man' whose unpredictability makes it difficult to gauge his actions. Unless he's checked, Powell says, 'one of the great aggressions of the 20th century will have been allowed to be successful.' Powell's comments clearly reflect the thinking of his commander in chief, President Bush, with whom he has a strong relationship. 'In some respects we have a situation here that is as good as we had in World War II when President Roosevelt had great confidence in Gen. George Marshall and listened to him,' says retired Army Lt. Gen. Ernest Graves, a former Defense Security Agency chief who knows Powell well. Like Marshall 50 years ago, the White House 'is listening to Powell now,' Graves says.”<sup>759</sup>

Aber weshalb war General Powell als Top-Vertreter der Bush-Administration in den Augen von USA Today glaubwürdiger als der Präsident oder Aussenminister Baker, obschon der Artikel die Nähe zu Bush verdeutlichte? Der Vergleich mit General Marshall trennte die Figur Powell vom Bush-Clan schon des historischen Arguments wegen. Der Marshall-Plan war der wichtigste Wiederaufbauplan für Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg. US-General George C. Marshall war zu diesem Zeitpunkt nicht nur US-Aussenminister, sondern erhielt für seine Verdienste auch den Friedensnobelpreis. Winston Churchill nannte ihn einst „the true organizer of victory“;<sup>760</sup> Vor allem unter diesem Gesichtspunkt führte USA Today den „Prime“ Powell als einen Mann ein, der überall – auch bei den politischen Gegnern – aufgrund seiner Leistungen nur Lob erhielt:

“From Capitol Hill to the Pentagon, politicians and former military officers who've known and worked with Powell - including a Joint Chiefs predecessor and a former CIA chief - have little but praise for this fit- looking man who spends what free time he has tinkering with Volvos: - 'I am a great admirer of Gen. Powell,' says Gen. David Jones, a retired Air Force officer who headed the Joint Chiefs during the Carter administration. 'He's doing an outstanding job. I don't have any disagreements with him.' Even criticism comes wrapped in praise of his intellect, performance.”<sup>761</sup>

Der Perspektivenwechsel gelang der Figur Colin Powell aber noch aus einem zweiten Grund. General Powell war im Gegensatz zur bisherigen politischen Elite eine ungewohnte Erscheinung, wie USA Today im Artikel grossflächig ausführte: als Sohn jamaikanischer Immigranten in Harlem geboren, vertrat er keine Majorität in der noch immer weiss geprägten Militärführung. Powell bestach in der Darstellung von USA Today vor allem beispieillos als

---

<sup>759</sup> Walter Juan J.: “COLIN POWELL'S MESSAGE TO IRAQ: 'MOVE IT OR LOSE IT'; Will there be war? I'm not a bookmaker”, in: *USA Today*, December 18, 1990, Page 1A.

<sup>760</sup> <http://www.npg.si.edu/exh/marshall/marsh2.htm>. Gleiches hebt auch der einzige Staatliche US-Fernsehsender PBS hervor. Vgl.: <http://www.pbs.org/wgbh/amex/macarthur/peopleevents/pandeAMEX105.html>

<sup>761</sup> Walter Juan J.: “COLIN POWELL'S MESSAGE TO IRAQ: 'MOVE IT OR LOSE IT'; Will there be war? I'm not a bookmaker”, in: *USA Today*, December 18, 1990, Page 1A.

Soldat: von Beginn weg wurde er der Öffentlichkeit als „soldier's soldier“ präsentiert und sprach damit jene Soldaten und Patrioten an, mit deren Stimme USA Today seit August Kritik an der Regierung aufgrund ihrer „Nicht-Entscheide“ und der unklaren Ausführungen bezüglich der militärischen Mission übte. Powell verkörperte dabei eine ganz besonders erfolgreiche Form des „American Dreams“, die sich durch Gradlinigkeit und das Einhalten von traditionellen und fundamentalen Werten der US-Geschichte auszeichnete und nicht etwa durch ökonomisch motivierte republikanisch-texanische Begehrlichkeiten.<sup>762</sup> Powell war glaubwürdig. Seine Aussagen stimmten mit seinen Taten überein. Er selbst verankerte dieses Bild immer wieder aufs Neue in einer Art „*Framing-Prozess*“, wenn er sich beharrlich als treuer Soldat des Vaterlands und Bürger der USA anbot - und nicht als Politiker: USA Today schloss am 18. Dezember denn auch fast euphorisch mit der Bemerkung:

„Does citizen Powell - who won't disclose his political party affiliation - have political ambitions? His answer, in the manner of the professional soldier he is, was brief and pointed: "No, sir!"<sup>763</sup>

Damit kam USA Today einer wichtigen Forderung der massgeschneiderten Realität nach, denn ausformulierte Botschaften müssen, wie in Kapitel 2 eingeführt, eine inhaltliche Konsistenz mit jenen Eliten aufweisen, welche die Regierungskommunikation während des Konflikts kontrollieren. Und da die Protagonisten Bush und Baker keine Glaubwürdigkeit mehr genossen, lag es nun an Powell, diese zu produzieren. Schliesslich *begründete* Powell den unbedingten Handlungsbedarf der USA im selben Artikel mit der irakischen Verhaltensweise, die aus dem historisch-traditionellen aussenpolitischen Verständnis der USA heraus schlicht nicht akzeptabel sei:

"A terrible crime has been committed ... a country is being pulled up by the roots," Powell told USA TODAY editors and reporters Monday, on the eve of a visit to troops in Saudi Arabia. "It's unacceptable and there's no question this aggression has to be reversed or else."... "We can't have that kind of behaviour in the 1990s. It's unacceptable."<sup>764</sup>

Powell spielte damit ebenso auf die historisch gewachsene Funktion der USA als globale Schutzmacht der Freiheit an, wie dies Justus drei Tage zuvor tat. Allerdings vermied es die Zeitung eben diese vom US-Präsidenten betonten Werte und Aufgabe der USA anlässlich der von ihm unterzeichneten Dokumente zum Human Rights Day, Bill of Rights Day, and Human

---

<sup>762</sup> Powell fühlt sich diesem Werte-Set offenbar auch 2008 verpflichtet. Ende Oktober „bekannte“ er sich zu demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama, da dieser die Rolle „as a „transformational figure“ who would „electrify“ America and the world“ besser ausfülle, als sein Widersacher John McCain. Vgl.: The Economist: The world this week, October 25<sup>th</sup> 2008, S. 7.

<sup>763</sup> Walter Juan J.: “COLIN POWELL'S MESSAGE TO IRAQ: MOVE IT OR LOSE IT”; Will there be war? 'I'm not a bookmaker'", in: *USA Today*, December 18, 1990, Page 1A.

<sup>764</sup> Ibid.

Rights Week Proclamation vom 13. Dezember zu erwähnen.<sup>765</sup> Diese Aufgabe oblag im Artikel vom 18. Dezember einzig General Powell.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich dieser inhaltliche *Framing-Prozess* der Zeitung von den ursprünglich erhobenen Anschuldigungen gegen Präsident Bush und Aussenminister Baker zurückzog und die Diskussion schrittweise auf die ursprüngliche Feindbildebene verlagerte. Die Zeitung tat dies aber jedoch nur über die glaubwürdige Ersatzfigur General Powell. Insofern folgte USA Today zwar der Medienagenda des Weissen Hauses, aber nur über die gleichzeitige Bereinigung der selbst aufgeworfenen Problemstellungen, indem man diese in die selbst produzierten Geschichten übersetzte. Diese entsprachen gleichermaßen der ökonomischen Forderung, durch die Eigenproduktion eines Ereignisses einen hohen Grad an nichtsubstituierbaren Inhalten zu schaffen und dem publizistischen Credo, diese durch die Schaffung von maximaler Authentizität als „wahr“ begründen zu können. Die glaubwürdige Ausprägung solcher moralischer Schlüsselprinzipien war kurz vor dem Krieg ein wichtiges Gut, wie eine ABC/Washington Post Umfrage zeigte. Ende November waren 41% der Überzeugung, US-Truppen seien aus moralischen Gründen zu Recht in die Persische Golfregion abkommandiert worden. Diese Zahl stieg in der Folge bis am 20. Januar 1991 auf 54%. Die Anzahl der Befragten, welche die ökonomischen Bedürfnisse der USA als treibende Kraft für den Krieg sahen, sank im selben Zeitraum von 48% auf 35%.<sup>766</sup>

*Zero-Tolerance-Strategie als einzige Lösungsstrategie bei der Times:* Die Times stellte nach der innenpolitischen Zerlegung der demokratischen Oppositionsrolle durch die Vermengung der Themen „Geiseln“, „human shield“ und Internationale Rechtsordnung die Zeichen auf Krieg hin zu einer *Zero-Tolerance-Strategie* gegenüber dem irakischen Diktator, wodurch sich das erforderliche Vorgehen am Persischen Golf - wie bei USA Today - zu einer innenpolitischen *Prinzipienfrage* entwickelte. Le Shan unterstreicht eine solche Situation für die Krisen- und Kriegskommunikation mit der Aussage, dass es nun nur diejenigen *für und gegen uns gebe* und daraus abgeleitet werde, dass Meinungen deshalb nur entweder absolut richtig oder falsch sein können. Der Ausbau der Berichterstattung hin zu einer Zero-Tolerance-Strategie gegenüber dem irakischen Aggressor ist Ausdruck dieses Gedankens.

Analytisch wurde zu Beginn die *Identifizierung der „wahren“ Absichten der irakischen Propaganda gleich nach Bekanntgabe der Freilassung der Geiseln am 7. Dezember* in den Mittelpunkt der Berichterstattung gestellt: die Bush-Regierung und die Times werteten die angekündigte Freilassung der Geiseln als plumpen Propagandaversuch des irakischen Machthabers, vor Weihnachten die Antikriegsgefühle der Amerikaner zu bestärken. Damit bediente

---

<sup>765</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2542&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2542&year=1990&month=12)

<sup>766</sup> Mueller John: Policy and Opinion..., S. 243.

die Zeitung in bester Kriegsrhetorik das von Le Shan festgehaltene Verhaltensmuster, dass der Feind aus Sicht der Guten natürlicherweise böse sei und lüge. Hussein selbst hatte die Freilassung mit der von den Demokraten geforderten und durchgeführten Kongressabstimmung begründet. In dieser Abstimmung wurde Bush mit 117:37 Stimmen dazu aufgefordert, die Kriegsautorität beim Kongress einzufordern. Hussein (ver)wertete dies als Zeichen einer inneramerikanischen Antikriegsstimmung, aufgrund derer man die US-Bürger nicht länger im Irak zurückbehalten müsse.<sup>767</sup> Für den irakischen Machthaber bedeutete die eingeforderte Abstimmung also einen ersten Schritt von einer Kriegs- in eine Friedensterminologie, die darauf erfolgte Freilassung der Geiseln bewerteten Politik und Zeitung in den USA gleichermaßen aber als darauf aufbauender Propagandacoup.

*Personalisierte „human-shield“-Problematik zur Stärkung des aggressiven irakischen Feindbilds am 11. Dezember:* Der freigelassene Mr. Hampson wünschte sich während seiner Funktion als „human shield“ in Kuwait nichts mehr als ein schnelles Ende seiner desolaten Situation durch einen militärischen Schlag. Über die Gründe vermochte er, offenbar traumatisiert, nicht zu sprechen. Der danach zitierte Mr. Rickert führte eine andere Form von irakischer Aggression vor, die für die verbleibenden Kuwaitis Alltag bedeutete. Luxuriös untergebracht wartete er in einer kuwaitischen Villa auf ein Ende der Geiselhaft. Auf die Wirkung der Sanktionen angesprochen, winkte er entschieden ab, denn Hunger hätten sie nie gehabt. Dafür aber amerikanische Äpfel. Kriegsgräuel hatten sie in Kuwait selbst nicht erfahren, wohl aber hörten alle von hingerichteten Kuwaitis, weil diese den festgehaltenen Ausländern geholfen haben sollen. Damit formulierte Rickert eine Form von Regierungskritik, die nun genau wissen wollte, wie lange die USA vor dem Hintergrund einer Schutzmachtfunktion solche Gräuel noch untätig tolerieren mochte. Betont wurden damit vor allem die möglichen innen- und aussenpolitischen Konsequenzen des „Nicht-Handelns“ – und damit auch die möglichen sozialen Kosten des „Nicht-Handelns“. Die danach eingefügte Figur des Robert Vinton wirkte dieser in den Augen der Times gefährlich-ziellosten Regierungstaktik mit der „richtigen“ militär-strategischen Handelsrichtung entgegen, denn ebenfalls als „human shield“ stets von einem strategischen Stützpunkt zum anderen gefahren, beendete er diesen Zustand selbst, indem er sich plötzlich weigerte, sich zu bewegen. Sein Fazit über die Iraker klang wie eine ermunternde Botschaft an die USA und das Militär: unorganisiert und manipulierbar, kurz: die Iraker waren mit wenig Aufwand einnehmbar, man brauchte nur zu handeln. Wie zuvor bei USA Today, die just am selben Tag wie die New York Times das Feindbild über Einzelgeschichten ehemaliger Geiseln und „human-shields“ in Kuwait und dem Irak verstärkte, sprach der zuletzt eingefügte Mr. Williams mit seiner Situationsbeurteilung vor Ort als eine

---

<sup>767</sup> Ibid.

Art nationales Gewissen und verteidigte den militärischen Handlungsbedarf der USA vor dem Hintergrund der eigenen Sonderrolle nun auch aus völkerrechtlicher Sicht, denn einige wenige Iraker seien zwar sehr professionell gewesen, der Mob aber vergewaltige und plündere, und dagegen müsse - im Sinne der von Colin Powell am 4. Dezember formulierten Taktik des lenkungsfähigen Zielbeschusses - etwas unternommen werden.<sup>768</sup>

Damit hatte sich auch die Times *vor* der eigentlichen Konferenz des US-Präsidenten eindeutig positioniert und der US-Präsident unterstrich dann eigentlich nur noch, was die beiden Zeitungen vorher schon porträtiert hatten. Durch die zeitliche Verschiebung und die weitgehende Abwesenheit der Regierungsoffiziellen in den von den Zeitungen erzählten Geschichten entstand so zu keinem Zeitpunkt der Eindruck, dass die US-Regierung die Informationsflüsse zu kontrollieren versuchte. Die Zeitung folgte den von Präsident Bush vorgetragenen Argumenten nach der Pressekonferenz aber insofern, als dass er vor allem auf die unaufkündbaren Verbindlichkeit und Konsequenzen von U.N.-Resolution 678 für den Irak verwies.<sup>769</sup> Die New York Times legte am 14. Dezember, mit sachpolitischen Argumenten hantierend, die juristische Erklärung für eine kompromisslose politische Gangart durch die USA nach. Mit der Verabschiedung der letzten U.N.-Resolution 678 vom 29. November 1990 übernahm die USA gemäss Aussenminister Baker eine unaufkündbare internationale Verpflichtung. Baker bemängelte danach immer wieder ausdrücklich, dass diese mit der Freilassung der Geiseln bislang aber nur partiell erfüllt worden sei. So etwa im Artikel vom 18. Dezember, als er eine „Teillösung“ kategorisch ausschloss und vermutete, Hussein wolle mit der Freilassung der Geiseln lediglich den kollektiven US-Willen untergraben.<sup>770</sup> In der Resolution enthalten war, nebst der Forderung der umgehenden Freilassung der Geiseln, die Räumung Kuwaits, die Garantie für Stabilität in der Golfregion sowie das Einsetzen der bisherigen kuwaitischen Regierung bis am 15. Januar 1991. Sollte dies nicht geschehen, behielten sich die Vereinten Nationen militärische Schritte vor. Mit der Freilassung der US-Geiseln entledigte sich Hussein zwar einem Problem, die verpflichtende Funktion der USA blieb, wie der Artikel vom 11. Dezember anhand der gewählten Beispiele ausführte, aber weiterhin bestehen. Die von der Times publizierten Umfrageergebnisse vom 14. Dezember bestätigten die Unterstützung aus der Bevölkerung zu einer härteren politischen Gangart der US-Regierung. Die US-

---

<sup>768</sup> Stanley Alessandra: “STANDOFF IN THE GULF; Hostages Had a Shared Anxiety: Just Waiting for Something Bad”, in: *New York Times*, December 11, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

<sup>769</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2556&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2556&year=1990&month=12)

<sup>770</sup> Friedman Thomas L.: “STANDOFF IN THE GULF; A PARTIAL PULLOUT BY IRAQ IS FEARED AS DEADLINE ‘PLOY’”, in: *New York Times*, December 18, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.



Bevölkerung lehnte, einmal von den Gefahren einer ABC-Bedrohung überzeugt, jeden Kompromiss mit Hussein ab.<sup>771</sup>

Während USA Today mit der Wiederherstellung von Glaubwürdigkeit und Authentizität der US-Administration beschäftigt war, unterstreicht die deskriptiv-strukturelle Darstellung der Times in der letzten Phase vor Weihnachten den Eindruck, dass das Hauptproblem vor allem in der Person Saddam Hussein und seinen wilden Horden liege. Mit der eingeleiteten *Zero-Tolerance-Strategie* verstärkte die Zeitung die qualitative Differenz zwischen den Irakern als Manifestation des Bösen einerseits und der auserwählten Nation USA andererseits, die nicht nur durch ABC-Waffen bedroht wurde, sondern der zudem eine besondere und unaufschiebbare historische Aufgabe im Namen der Freiheit oblag. Damit belegte die Times schliesslich aus der inneren Perspektive sowohl eine unabänderliche Bedrohungslage als auch einen damit verbundenen unabwendbaren Auftrag an die Gemeinschaft der Freien.

Für beide Zeitungen gilt zusammenfassend gleichermassen die Feststellung, dass sich die jeweilige Diskussion in dieser letzten Phase zwar auf narrative Wertestrukturen bezog, die aber den Bezug zu im Bewusstsein der Bevölkerung verankerten kognitiven Schemata erlaubte, ohne dass diese erklärt und ausgeführt werden mussten. In beiden Fällen gelang dies durch den steten aber stillschweigenden Rückgriff auf die eigene nationale Wertestruktur, die als Bewertungsmuster für die von den Medien produzierten „Primes“ diente. Während die Times vor allem die Differenz zwischen „We“ und „They“ betonte, musste USA Today mit der Einführung einer glaubwürdigen Alternative (General Powell) zur Figur des Präsidenten noch einen entscheidenden Schritt weitergehen. Die so in beiden Fällen produzierte Authentizität formulierte eine massgeschneiderte Realität, welche ihre Bewertungen und sozialen Positionen jeweils aus der Aufführung einer auf Fakten basierenden Aufzählung bezog, nicht aber durch die wahrnehmbare Repression seitens der US-Regierung. Die massgeschneiderte Realität verlief deshalb bei beiden Zeitungen entlang einer objektiven, weil auf „Tatsachen“ beruhende Berichterstattung, die durch die selbst komponierten, narrativen Stränge schrittweise alternative Lösungsstrategien zum Krieg entkräfteten.

---

<sup>771</sup> Oreskes Michael: „STANDOFF IN THE GULF; Poll Finds Americans Divided On Sanctions or Force in Gulf“, in *New York Times*, December 14, 1990, Section A; Page 1; Column 3; National Desk.

### 9.3 Fazit: Realität nach Mass trotz objektiver Berichterstattung

Beide Zeitungen bedienten sich zu Beginn der zweiten Phase der Krisenkommunikation einer fundamentalen Eigenheit des Mediensystems: ihrer Funktion als „*Watchdogs*“. Dadurch vermochten sie auf Probleme der Aussenpolitik und der Krisenkommunikation hinzuweisen und Lösungsstrategien an eine konkrete Adresse, nämlich ihre Leserschaft, auszuformulieren, ohne als Handlager der US-Regierung identifiziert zu werden. Die „*Watchdog*“ Funktion bediente die Produktion einer redaktionellen Aufmerksamkeitsökonomie, die über die gewählte Themenstruktur einen jeweils charakteristischen und für das Medium typischen Zugang zum Ereignis schuf - und schuf damit jeweils schwer imitierbare Inhalte für die Konkurrenzmedien. Trotz der unterschiedlich geschaffenen Zugänge zum Konflikt, haben sich die Zeitungen aber geschlossen nicht gegen den Krieg, sondern gegen die aus ihrer Sicht jeweils falschen Argumente für den Krieg aufgelehnt, um damit die Bush-Administration vor einem innenpolitischen Schiffbruch zu bewahren – und die zeitungseigene Funktion als *Produzent von Glaubwürdigkeit und Authentizität* auszuspielen.

Für die New York Times stand über allem die Klärung der Frage im Zentrum, für was es sich zu kämpfen lohne. Was in den Augen der Times benötigt wurde, waren aussenpolitische Fakten und kein verklärter Patriotismus oder eine Strategie des Verschweigens (Öl). Deshalb formte die Times ein Feindbild, das in erster Line die „real“ existierende Gefahr der ABC-Bedrohung durch den Irak beschrieb. Die hierzu benutzten Argumente beruhten zwar nur auf Spekulationen, diese übernahm die Times aber als voraussetzungslos „wahr“. *Wahr und maximal authentisch* blieb deshalb, was argumentativ *als wahr anerkannt* wurde. Die so von der Zeitung selbst vorangetriebene Überredung durch Suggestion setzte sich danach über etablierte Feindbildstränge (Geisel- und „*human shield*“- Problematik) sowie daraus abgeleitete neue Stränge (faktenorientierte Destruktion der U.N. Sanktionen und der demokratischen Oppositionsrolle) fort und trug schliesslich nicht zur Entschärfung der Kriegsoption, sondern durch den steten aber stillschweigenden Rückgriff auf die eigene nationale Wertestruktur zu deren Schärfung (*Zero-Tolerance-Strategie*) bei. Die Times beging zudem mit der Publikation der Webster-Aussagen eine bewusste Indiskretion, wie sie dies etwa 1971 bei den Pentagon-Papers bereits vollzogen hatte. Die Publikation stoppte die demokratische Oppositionsposition. Diese investigative Journalismus-Leistung, die der erneut umgesetzten zeitungseigenen „*Watchdog*“-Funktion gleichkam, formte so eine massgeschneiderte Realität, die den Leser bei der Bewertung der Ereignisse unterstützte und daher unbemerkt und unter dem Deckmantel der Objektivität kontinuierlich die Position für den Krieg ausbaute, indem eine unabänderliche und unausweichliche Bedrohungslage als auch ein damit verbundener unabwendbarer

Auftrag an die Gemeinschaft der Freien ausformuliert wurde. Die Überprüfung der selbst angesetzten Agenda vollzog die Times über die Publikation selbst aufgesetzter Umfrageergebnisse. Sie dienten der Zeitung als öffentliche Validierung der eigenen politischen Handhabung und überspielten offen gebliebene Fragen wie: wer war die Quelle der Indiskretion bei den Webster Aussagen (Stichworte „Corporate Interlock“, „Revolving-door“?) und woher stammte Präsident Bush's Information, dass Hussein über Strohleute versucht habe an Atomwaffen zu gelangen?

Die Anfang November lancierte Kritik bei USA Today hingegen beruhte auf zwei Überlegungen. Erstens dem der Offenlegung des „failure of the political process“ (das Unvermögen des zentral gesteuerten Politprozesses gegen das Versagen seiner Repräsentanten griffige Patentrezepte zu entwickeln) und danach der Enttarnung der „wahren“ Motivationsgründe von Präsident Bush und Außenminister Baker für die militärische Präsenz am Persischen Golf. Die Erschöpfung der bei USA Today lancierten Vorwürfe vollzog sich im Gegensatz zur Times *durch ein mythisch und historisch ausgeformtes Idealbild der USA*, das gleichwohl *instruktiv* die aufgeworfenen Themenstränge und die eingeführten Personen und ihre Absichten etablieren musste. Dies konnte einzig über die Einführung von Persönlichkeiten mit *maximaler Authentizität* gelingen. Die Verankerung der Geschichten von Justus und Powell erfolgte durch die Produktion eines Höchstmass an Glaubwürdigkeit, die schrittweise in Form von Augenzeugenberichten und dann in der unstreitbaren Persönlichkeit von General Colin Powell erzeugt wurden. Fokussiert wurde so eine idealisierte Darstellung von „Modellamerikanern“, die sich aus der symbolischen Kraft von Tradition und den damit zugewiesenen Regeln von Religion, Militär, Politik und Zivilreligion aufluden und die die von aussen bedrohte, aber mit unausweichlichen (Führungs-)Pflichten beladene Nation verteidigen mussten.

Beide Zeitungen agierten über eine sachliche Erklärungsstruktur so gleichermassen als „Constructors of Nation and Society“ und konstruierten eine jeweils massgeschneiderte Realität, welche die Leserschaft durch eine schlüssige Themenstruktur davon überzeugte, die einzig glaubwürdige Alternative zu beschreiten und damit die innenpolitische Sprengkraft von Öl als originärem aber verschwiegenem Kriegsgrund bei beiden Zeitungen gleichermassen entschärfte. Die für die objektive Berichterstattung der Medien zugrunde liegenden Kriterien waren deshalb, wie Gaye Touchmann richtig vermutete, nicht Wahrhaftigkeit oder Realitätsnähe, sondern in erster Linie Nützlichkeit und Glaubwürdigkeit. Vor allem in der Schlussphase vor Weihnachten prägten beide Zeitungen einen für die Leser einfach nachvollziehbaren Bindfaden zwischen „Gut“ und „Böse“ aus. Die aufgezeigte Feindseligkeit Husseins einerseits und die betonte Wahrnehmung der internationalen Verantwortung durch die US-Bürger andererseits versicherten den Lesern beider Zeitungen ständig, selbst auf der Seite der Guten

etwas ganz Besonderes darzustellen. Übrig blieb nun bis zum Ablauf des in Resolution 678 formulierten Ultimatums vom 15. Januar 1991, den unabwendbaren Verteidigungskrieg darzustellen.

## 10 Krise ohne Alternative im Januar

### Die Unabwendbarkeit des Kriegs bekräftigt der Feind selbst

Im Artikel vom 7. Januar 1991 „bestätigte“ die New York Times über die Stimme Husseins die Unabwendbarkeit des Kriegs gleich selbst. Die Times widmete Hussein einen ganzen Artikel, der ihn als Hauptfigur zu Wort kommen liess. Anlässlich des 70-jährigen Bestehens des Iraks gab der irakische Präsident bekannt, nun für den grossen Kampf aufrüsten zu wollen, um darin Palästina zu befreien und die amerikanische Tyrannis im Nahen Osten zu beenden. Hussein versuchte also, die kuwaitische Aggression mit dem Palästina-Problem zu verknüpfen, was die Times vier Tage später als eigentliches „*Nightmare Scenario*“ beurteilte, denn eine erfolgreiche Verknüpfung mit dem Thema Palästina-Israel konnte ihn zum arabischen Helden emporheben.<sup>772</sup> Damit unterstrich die Times, dass die irakische Aggression keineswegs ein isoliertes Problem darstellte, sondern für die USA zu einer im gesamten Nahen Osten unangenehmen Angelegenheit werden konnte. Diesem Szenario musste man unter allen Umständen Einhalt gebieten, denn Hussein schwor mit diesen Argumenten die eigene Nation auf einen langen Krieg mit hoher Opferbereitschaft ein und unterstrich, dass diese nicht zu gross sei, wenn man am Ende Palästina befreien könne. Wie für Präsident Bush war auch für Hussein die Deadline vom 15. Januar nicht verhandelbar – sie existierte für ihn schlicht nicht.<sup>773</sup> Das wiederholte die Zeitung am 11. Januar nochmals deutlich („Mr. Hussein has never said he will leave Kuwait“).<sup>774</sup> Das Element der „Zeit“ schuf mit dem auslaufenden Ultimatum der U.N. Resolution 678 so die entscheidenden Handlungsoptionen bei der Times. Die Botschaft zwischen den Zeilen vom 7. Januar war aber eine andere:

*Der Feind ist natürlicherweise böse:* Den US-Amerikanern wurde mit der Stimme des irakischen Machthabers eine ihnen fremde irakische Weltanschauung dargelegt, die sich in den Kategorien „good“-„evil“, „We“-„They“ und „absolutely right“-„absolutely wrong“ bewegte und von einem ganz offensichtlich unbelehrbaren, aggressiven und den USA feindlich gestimmten Herrscher angeführt wurde. Die Diskussion um eine Lösungsfindung nach internationalem Recht wurde durch den irakischen Diktator selbst gelöst, weil er keinen sol-

---

<sup>772</sup> Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; ARABS SAY IRAQ PLANS OFFER LINKING PULLOUT TO ISRAEL; CONGRESS OPENS WAR DEBATE“, in: *New York Times*, January 11, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>773</sup> Tyler Patrick E.: „CONFRONTATION IN THE GULF; IRAQI WARNS ARMY TO PREPARE ITSELF FOR MAJOR BATTLE“, in: *New York Times*, January 7, 1991, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.

<sup>774</sup> Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; ARABS SAY IRAQ PLANS OFFER LINKING PULLOUT TO ISRAEL; CONGRESS OPENS WAR DEBATE“, in: *New York Times*, January 11, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

chen friedlichen Ausweg aus der Krise anbot. Es war Hussein, der den bevorstehenden Krieg als expliziten Kampf gegen die amerikanische Tyrannei im Nahen Osten proklamierte, denn er wollte den „atheistischen Gegner“, aus dem heiligen Land der Muslime jagen:

"But if we fight the battle as one battle," he continued, "a battle that includes and embraces all the objectives of the Arabs at this particular phase, then this is the advantage of the great battle which we will fight." He said the "battle against tyranny represented by the American Administration" to get "the forces of atheism to leave the holy land of Muslims" and to secure "the liberation of Palestine is not expected to be a short one."<sup>775</sup>

Die „*chosen people*“ in den USA wurden in der Darstellung der New York Times durch die politische Position Husseins nicht nur brüskiert, sie wurden unmissverständlich zur Jagd und zum Abschuss freigegeben, denn Hussein schwor die eigene Nation auf einen blutigen Krieg gegen den amerikanischen Aggressor ein. Seine Hassrede gegen die USA diente den USA als Schärfung und Verstärkung der bereits eingeführten Feindbildmuster auf der US-amerikanischen Seite. Der irakische Diktator wurde durch seine Brandrede in der Darstellung der Times zum Ausdruck des Bösen, mit dem keine geordnete Kommunikation möglich war. Le Shan fasst dies mit dem Satz „*We tell the truth (news, education), they lie (propaganda)*“ zusammen. Auch wenn die Times ganz dezidiert „nur“ die Worte Husseins wiedergab, weist McNair zu Recht auf die narrativen Strukturen in Nachrichten hin:

„No story can be told, no account of events given, without contextualization around a set of assumptions, beliefs, and values. This is in the nature of storytelling“.<sup>776</sup>

Gamson/Lasch betonen, dass ein politischer Sachverhalt *innerhalb* einer existieren Polit-Kultur mit dem ihr inhärenten Fundus an Ideen bewertet wird. Damit wurde auch an dieser Stelle wie im gesamten Krisenverlauf zuvor die qualitative Differenz zwischen „*We*“, *den US-Amerikanern* und „*they*“, *den irakischen Horden von Aggressoren* auf- und ausgebaut. Entscheidend ist nach Gamson/Lasch aber nicht nur der Prozess des *Issue-Framings* („*pattern-organizing nature*“), sondern vor allem auch der Prozess des „*reasoning and justifications for positions*“.<sup>777</sup> Husseins später medialer Gesamtauftritt muss so als finale Überprüfung und Verstärkung des bislang aufgebauten Feindbilds verstanden werden. Er verifiziert das seit August aufgebaute Feindbild selbst, indem er sich zum *ideologischen* Gegenspieler der USA erklärte. Seine Kampfansage gegen den atheistischen Tyrannen USA entfaltete auch in den Meinungsumfragen eine entsprechende Wirkung: waren in den Umfragen zwischen dem 4. und 8. Januar noch 50% der Befragten der Meinung, dass Gespräche zu einer diplomati-

---

<sup>775</sup> Ibid.

<sup>776</sup> McNair Brian: The sociology of journalism, London 1998, S. 4.

<sup>777</sup> Gamson W.A./Lasch K.E.: The political culture of social welfare policy..., S. 398.

schen Lösung führen würden, sank dieser Wert am 9. Januar deutlich auf ein Allzeit-Tief von 35%.<sup>778</sup>

In dieselbe Kerbe schlug der zweite Angriff der irakischen Führungsriege zum Abschluss der diplomatischen aufgelegten Genfer-Gespräche (7-9. Januar 1991) zwischen dem Irak und den USA. Am 9. Januar formulierte der irakische Aussenminister Aziz eine gezielte Provokation gegen die USA, indem er die Gerechtigkeit voraussetzungslos als auf seiner Seite (und nicht etwa auf derjenigen der USA) wählte und den USA so indirekt vorwarf, der *eigentlichen* „Verbrecher“ zu sein:

I told the Secretary," he said, "that if you are ready to respect and implement international legality and the principles of justice and fairness, as far as all the issues in the region, you will find us very cooperative."<sup>779</sup>

Auf einmal operierte der Irak mit den Kategorien und Begriffen „Respekt vor Gerechtigkeit und Fairness, Recht und Ordnung und dem Respekt vor der Gesetzgebung“. Die Verwendung dieser Kategorien durch Aziz irritierte die Zeitung spürbar, denn Aziz vertauschte damit die Rollen zwischen „Us“ und „Them“, mit denen die USA bislang die Feindbildcodierung dem eigenen Selbstverständnis von „gut“ und „böse“ entsprechend kohärent und bedeutungsvoll auffüllten. Die Times begegnete dem zynischen Angriff Aziz' misstrauisch und betont zurückhaltend mit den Worten:

„He did not elaborate, though, on what he meant by "cooperative."“<sup>780</sup>:

*Reintegration von Bush und Baker und disziplinarische Konsequenzen bei USA Today:* Analog zur Times wurde bei USA Today den Protagonisten Hussein und Aziz nun viel Platz eingeräumt, um über ihre Stimme das Argument des unabwendbaren Verteidigungskriegs auszuformulieren. Die Berichterstattung bei USA Today unterschied sich aber wesentlich von derjenigen in der Times, denn das Massenblatt löste die moralischen Bedenken für den Krieg im Gegensatz zur Times als göttliche Mission widerspruchsfrei auf. Ein weiterer eklatanter Unterschied sticht gleich zu Beginn der Berichterstattung im Januar 1991 hervor, denn die Zeitung war gefordert, die politischen Hauptprotagonisten Präsident Bush und Aussenminister Baker nach den handfesten Anschuldigungen im Dezember in ihrer Rolle als glaubwürdige und verantwortungsvolle Staatsführer zu rehabilitieren. Erst danach konnte der Krieg als alternativlose Option aufgelöst werden. Diese Aufgabe übernahm niemand geringerer als Johanna Neuman (jene Autorin also, welche die lauterer Kriegsmotive der beiden Politiker Anfang Dezember in Frage gestellt hatte). Über den Verlauf der Genfer Gespräche berichtete

---

<sup>778</sup> Mueller John: Policy and Opinion..., S. 241.

<sup>779</sup> Friedman Thomas L.: "CONFRONTATION IN THE GULF; BAKER-AZIZ TALKS ON GULF FAIL; FEARS OF WAR RISE; BUSH IS FIRM; DIPLOMATIC EFFORT TO CONTINUE", in: *New York Times*, January 10, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk

<sup>780</sup> Ibid.

USA Today mit einer veränderten Artikelstruktur: die Zeitung reihte die Ereignisse in Genf streng chronologisch und „berichtend“ aneinander und sprach im Gegensatz zu den kritischen Dezemberartikeln nicht *über* Bush und Baker, sondern überliess den beiden Politikern als *direkt agierende Hauptpersonen des Geschehens* nun durchwegs das gesprochene Wort. Ein solcher Perspektivenwechsel dient gerade bei der Wahrnehmung und Verankerung aussenpolitischer Themen zur Bildung von Authentizität beim Leser, da ein glaubwürdiger Präsident in aussenpolitischen Fragen die Meinung der Bürger stärker zu verändern mag.<sup>781</sup> Journalismus erscheint in Krisenzeiten zudem umso „wirklicher“, je eher die Krisen- und Kriegswirklichkeit Kriterien genügt, die als „objektiv“ wahrgenommen werden<sup>782</sup> - und das geschieht, wenn sich die *kognitive Organisation* auf der *Ebene der Diskurse* durch signifikante Elemente übertragen lassen, in denen diese Diskursmuster zum Ausdruck kommen.<sup>783</sup>

Die Protagonisten Präsident Bush und Aussenminister Baker hoben nun hervor, dass die US-Regierung mit den Gesprächen in Genf nochmals bereit sei, die letzte „extra mile“ für den Frieden zu gehen. Die Politiker signalisierten so, die militärische Option als allerletztes Mittel zu wählen. Diese Position behielt Baker selbst nach den fehlgeschlagenen Gesprächen in Genf bei, als er zu Protokoll gab:

„Regrettably I heard nothing that suggested to me any Iraqi flexibility whatsoever on complying with the U.N. Security Council resolutions.“<sup>784</sup>

Die Zeitung unterstrich mit dieser Darstellung den friedlichen Charakter der „Guten“, denn die USA und ihre politischen Vertreter strebten selbst dann nach einer friedlichen Lösung, wenn dieser kaum jemand noch Chancen einräumte. Damit wurde auch deutlich, dass die Wahl zwischen Krieg und Frieden alleine bei Präsident Hussein liege. Die Rehabilitierung von Präsident Bush und Aussenminister Baker verlief zudem über einen historischen Bezug zum Zweiten Weltkrieg, der aufzeigen sollte-

, das es sich bei beiden um abgeklärte Staatsmänner handelte, die mit einer solchen Krise und Verantwortung umzugehen wussten: USA Today suchte zuerst den Vergleich Bakers mit der unglücklichen Rolle Neville Chamberlains im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs. Der britische Premierminister Chamberlain traf sich 1939 mit Hitler in München und kehrte da-

<sup>781</sup> “On issues of foreign affairs, the impact of an appeal is less dependent of citizens’ initial support for the position the president is advocating because he has a greater ability to alter their predispositions”. Vgl.: Canes-Wrone Brandice: *Who Leads Whom? Presidents, Policy, and the Public*, Chicago/London 2006, S. 185.

<sup>782</sup> Zur Verankerung der Publikumswahrnehmung siehe auch: Staiger Jan: *Selbstorganisation, Nicht-Linearität, Viabilität*, in: Löffelholz Martin: *Kriegsberichterstattung II...*, S. 160f.

<sup>783</sup> Scheufele Bertram: *Framing-Effekte...*, S. 42f.

<sup>784</sup> Neuman Johanna: „Hope dashed in Geneva“, in: *USA Today*, January 10, 1991, Page A. vgl. Dazu auch den am selben Tag erschienenen Artikel, der den Ausspruch Bakers bereits im Titel enthält! Neuman Johanna: “Single word set the tone: ‘Regrettably’”, in: *USA Today*, January 10, 1991, Page 1A



nach mit der frohen Botschaft „peace in our time“ gebracht zu haben, nach Hause zurück. Kurz danach, im September 1939, begann der Zweite Weltkrieg mit dem Einfall der Deutschen in Polen. Baker differenzierte sich von der Rolle Chamberlains und gab sich abgeklärt. Er unterstrich die Rechtmässigkeit der US-Position und versicherte die Durchsetzung der bereits ausformulierten disziplinarischen Linie:

“There is really nothing to negotiate. There are some things to communicate...The Clock is ticking on”.<sup>785</sup>

Damit wurde dem Leser verdeutlicht, dass der Hitler des Nahen Ostens konsequent gehandelt werden würde. Solch entschlossene Führungspersönlichkeiten benötigte die bedrohte Nation USA nach Darstellung von USA Today dringend, denn die „Handlungsnot“ der Regierung steige aufgrund des irakischen Fehlverhaltens derart an, dass:

“‘The question is not whether we're going to have a war, but when’.”<sup>786</sup>

Auch Präsident Bush fand in die Rolle des rehabilitierten Staatsmannes zurück, denn wie Aussenminister Baker liess er keinen Zweifel an der politischen und militärischen Rechtmässigkeit der zur erfüllenden *Mission*:

„We are not here on some exercise...We are not walking away until our mission is done“.<sup>787</sup>

Diese von der Zeitung permanent erzeugte Redundanz der Argumente hebe ich vor allem aus einem Grund hervor: der US-Präsident unterstrich dies nämlich bereits in seiner *Thanks-Giving-Rede* vom 23. November 1990,<sup>788</sup> erst jetzt verwob USA Today Bushs Aussagen durch den ideologischen Rückgriff auf *Thanks-Giving* aber zu einem untrennbaren Kontext. Hier reproduzierte USA Today allerdings einen direkten PR-Effekt des Regierungsapparats vorbehaltlos, denn die Bedeutung von *Thanks-Giving* wurde in der Radioansprache und den verschickten Pressemitteilungen vom 5. Januar 1991 abermals als wichtiger Meilenstein zur Erklärung der Truppenstationierung in Saudi-Arabien hervorgehoben („they understand why we are in Saudi Arabia, and what we may have to do“).<sup>789</sup> USA Today bediente damit *eine von der US-Regierung angeleitete Feindbildkonstruktion*, die dem Leser die Rechtmässigkeit des Kriegs aufgrund des Fehlverhaltens des Iraks vorführte. Der stete Verweis auf die historischen Bezüge bei Aussenminister Baker und Präsident Bush unterstrich im Gegensatz zur Times aber zudem, dass der eingeschlagene Weg der USA jenem verantwortungsvollem Handeln entsprach, das im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs von den Engländern vernachlässigt

---

<sup>785</sup> Neuman Johanna: “Diplomacy races deadline; ‘Talking’ may slide toward ‘negotiating’”, in: *USA Today*, January 7, 1991, Page 1A.

<sup>786</sup> Ibid.

<sup>787</sup> Ibid.

<sup>788</sup> Jolidon Laurence; Lee Jessica: „A desert Thanksgiving; Keep bomb from Saddam, Bush orders”, in: *USA Today*, November 23, 1990, Page 1A.

<sup>789</sup> [http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2596&year=1991&month=1](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2596&year=1991&month=1)

worden war. Vor dem Hintergrund eines drohenden Kriegs vermochten die Protagonisten Bush und Baker so gestärkt in ihre staatsmännischen Rollen zurück zu schlüpfen, um danach aus der *Perspektive der nationalen Sicherheit* den unabwendbaren Krieg zu verkünden.

### Keine Alternative zum Krieg

In der letzten Phase der Berichterstattung wird der Krieg bei beiden Zeitungen schliesslich mit einer historischen und militärischen Begründung als alternativlose Option dargestellt.

*Feind forderte Krieg ein:* Bei der New York Times erschienen am 15. Januar vier Leitartikel, die den bisherigen Feindbilddiskurs konsistent weiterführten und das Argument für den unabwendbaren Verteidigungskrieg über die Ausschaltung der Argumente *gegen* den Krieg ausformulierten. Der erste berichtete über die Kriegsvorbereitungen der Truppen auf beiden Seiten.<sup>790</sup> Der zweite Artikel verstärkte die bisherige Feindbildcodierung, denn gemäss dem Militär bewiesen die irakischen Truppenverschiebungen, dass *Hussein* kämpfen wolle („Troop Moves Show Hussein Wants to Fight, Many U.S. Officials Say“).<sup>791</sup> Diese Ansicht unterstützte die Times im dritten Artikel gleich selbst mit der Überschrift, dass das irakische Parlament sich einstimmig hinter Husseins „Verteidigungskrieg“ gegen die USA gestellt hatte.<sup>792</sup> Der vierte Artikel schliesst danach noch einmal mit der Frage nach den „richtigen“ *Kriegsgründen* und den damit verbundenen Zweifel an. Interessant ist dabei die Feststellung der Zeitung, dass die Zweifel primär aus den Reihen des Militärs stammen:

“The doubt about United States involvement in the gulf was most striking when expressed by military dependents or by members of families with strong ties to the military. Traditionally known for its staunch patriotism, the South is home to an unusually large number of military bases and, further, sends an unusually large percentage of its young people into the armed services”<sup>793</sup>

Während in der Darstellung der Times eindeutig die Bedrohung der Landesinteressen von aussen betont wurde, vermuteten die Zweifler offenbar hartnäckig einzig ökonomische Argumente.<sup>794</sup> Die Times trat dieser Ansicht nun mit der Begründung des unabwendbaren Verteidigungskriegs entgegen, den Hussein verlange. Hussein selbst betone ja die Anwendung von ABC-Waffen und denke nicht daran, sich dem international verbindlichen U.N. Ultima-

---

<sup>790</sup> Apple R.W. Jr.: „CONFRONTATION IN THE GULF: OVERVIEW; U.S. AND IRAQ PREPARE FOR WAR AS TONIGHT'S DEADLINE NEARS; DIPLOMACY REMAINS FRUITLESS“ in: New York Times, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>791</sup> Gordon Michael R.: „CONFRONTATION IN THE GULF: THE MILITARY; „Troop Moves Show Hussein Wants to Fight, Many U.S. Officials Say“, in: New York Times, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>792</sup> Tyler Patrick E.: “CONFRONTATION IN THE GULF: IRAQ; IRAQI PARLIAMENT VOTES TO DEFY U.S.”, in: New York Times, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.

<sup>793</sup> Ayres Drummond B.: “CONFRONTATION IN THE GULF; Across the South, a Clash of Doubt and Feror”, in: New York Times, January 9, 1991, Column 5; National Desk, Section A; Page 1..

<sup>794</sup> Ibid.

tum zu fügen, das seinerseits die Wiederherstellung der Rechtsordnung in Kuwait ermöglicht hätte. Hussein missachte deshalb aus machtpolitischen Gründen internationales Recht und sei bereit, diese bis zur letzten Kugel zu verteidigen. Die Zweifel vermochte die Zeitung so zwar nicht auszuräumen, die Rechtmässigkeit des Kriegs belegte sich so aber unverrückbar,<sup>795</sup> denn damit verankerte die Times bis zum Tag vor dem ersten Luftangriff der USA auf Bagdad das Bild einer Supermacht, die sich erfolglos gegen die Kriegseskalation stemmte, *weil der Feind* diese einforderte.

*Göttliche Mission bei USA Today:* Eine „Expertenrunde“ charakterisiert bei USA Today am 14. Januar zunächst die Persönlichkeit Husseins und hebt danach die zur amerikanischen Kultur unpassenden Differenzen des Iraks und der Araber hervor, die in den Augen Husseins ein Verstreichen des Ultimatums rechtfertigten und ihn in der arabischen Welt sogar gar stärken würden:

„...and Arab tradition – Saddam has simply decided that even a crushing, bloody war makes more sense than a humiliating peace”.<sup>796</sup>

Dem Leser wird dadurch klar gemacht, dass die Araber keinen Kompromiss suchen. Aus dem kulturell begründeten kriegsrhetorischen Manual des „*We*“ – „*They*“ Gefälles werden jene militärischen Massnahmen wahrscheinlich, welche die USA gemäss der bisherigen Berichterstattung bis zuletzt verhindern wollte. Ebenso wie die Times gelangte USA Today tags darauf mit einem Appell an die militärische Front, allerdings ohne auf die Zweifel der Soldaten hinzuweisen: die Zeitung unterstrich ihren Standpunkt mit einer Pulsföhlung an der Front. Der Fokus lag am 16. Januar 1991 auf den emotionalen Geschichten der einzelnen Soldaten. So etwa den GIs, denen bald der militärische Einsatz an vorderster Front drohte. Die Zeitung rückte die für die Soldaten wichtigen Bezugspunkte wie „Familie“ und „beten“ in den Vordergrund und thematisiert in dieser Verbindung wiederholt die gemeinsame historische Wertebasis *aller* US-Bürger: die Soldaten quälten sich mit den Ängsten, ihre Frauen, Kinder und Verwandten nicht wieder zu sehen, waren sich aber gleichzeitig der Pflicht und der Notwendigkeit ihres Einsatzes bewusst. Der Artikel betonte deshalb das Soldatendilemma zwischen dem möglichen Tod auf der einen Seite und der Pflicht und Kampfbereitschaft auf der anderen Seite zu wählen. Die danach angefügte Begründung stand wie bei der Times als Antwort auf die bei USA Today geäusserte Kritik eines jungen Soldaten, das ganze Schauspiel drehe

---

<sup>795</sup> Shenon Philip: “CONFRONTATION IN THE GULF: THE TROOPS; On the Verge of War, G.I.'s Are Anxious”, in: *New York Times*, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.

<sup>796</sup> Whitmire Richard; Keen Judy: “Among goals: Ground Iraq's air force”, in: *USA Today*, January 14, 1991, Page 1A.

sich doch nur um die Öl-Frage. ("It's all because of oil"<sup>797</sup>). Die vorgebrachten Argumente unterschieden sich hingegen nun aber wesentlich von der Debatte in der Times, denn nach der Meinung von USA Today war eine „*blood for oil*“ Debatte nicht statthaft, denn die US-Amerikaner seien nicht nur zur Befreiung der kuwaitischen Bevölkerung eingerückt (also Wiederaufnahme der Argumentation vom 11 und 17. Dezember 1990), *sondern hätten darüber hinaus eine höhere Aufgabe zu erfüllen*. Sgt. J.P. Kendall 82nd Airborne Division führte dazu aus:

"We're here for more than just the price of a gallon of gas,"<sup>798</sup>

Army Lt. Jackie Jones verband danach die erste moralische Komponente:

"If we let him get away with this, who knows what's going to be next?"<sup>799</sup>

Diese Überlagerung lehnt zwar die Legitimation ab eine „*blood for oil*“ Debatte zu führen, sie sagt aber *nicht*, dass man nicht auch wegen des Öls im Irak ist. Die Diskussion über einen Öl-Krieg blieb damit auch bei USA Today bis zuletzt unbeantwortet. Im Gegensatz zur Times wird das Thema Öl aber danach einer viel wichtigeren moralischen Frage untergeordnet, die durch die Soldaten Kendall und Jones formuliert wird. *Die Zeitung stellte die patriotische Pflicht so über andere Überlegungen*.

Dieser wichtige Unterschied zur Berichterstattung in der Times setzte sich in der Folgedarstellung fort, denn die Rechtsmässigkeit der Unterordnung aller anderen Fragen und Interessen wurde Tags darauf durch die Mission in Gottes Namen verstärkt: Jetzt, in der Stunde des Kampfes bezog sich die Zeitung auf Gott und leistete damit nochmals einen Effort in der Le Shan'schen Krisenkommunikation, denn die „Guten“ sind davon überzeugt, dass die „motivating forces oft he cosmos are for Us“. Diese Haltung bekräftigt vor allem die danach erfolgte Darstellung. Der Übergang zum Bombardement der irakischen Hauptstadt Bagdad wurde von Johanna Neumann mit der doppeldeutigen Überschrift „Irakische Hauptstadt - Zentrum der Hölle“ eingeleitet.<sup>800</sup> Mit dieser Doppeldeutigkeit wurde auf die einleitend vorweggenommene Feindbildkonstellation „Saddam Hussein als Schurke“ erneut Bezug genommen. Die irakische Hauptstadt wurde als „Hölle“ dargestellt und zugleich darauf verwiesen, dass diese „Hölle“ nun ihr verdientes Schicksal erleide, indem der Angriff sie erst Recht in eine Hölle verwandelt. Mit dieser Titel-Metaphorik schliesst sich in der Berichterstattung von USA Today gewissermassen ein Kreis. Der gefährliche Killer, als der Saddam Hussein

---

<sup>797</sup> Spitzer Kirk, Greene Marilyn: "Thoughts turn to home, the task ahead", in: *USA Today*, January 16, 1991, Page 1A.

<sup>798</sup> Ibid.

<sup>799</sup> Ibid.

<sup>800</sup> Neumann Johanna: U.S. BOMBS BAGHDAD; Iraq capital like 'center of hell', in: *USA Today*, January 17, 1991, Page 1A.

seit dem ersten Artikel zur Krise dargestellt wurde, wird nun in die Hölle versetzt, in die seines gleichen „gehört“. Saddam Hussein selbst kommt mit seiner Perspektive nun nirgends mehr zu Wort. Stattdessen erfolgt der überwölbende Rekurs auf den religiösen Kontext: „May God be with you“.<sup>801</sup> Mit den oben gezeigten ideologisch-religiösen Einkleidungen wurde das Interesse der USA an der gesamten Konstellation im Nahen Osten für den Leser schliesslich nicht nur als nationales Interesse codiert, sondern mit den Interessen Gottes gleichgesetzt. Auf diese Weise erzeugte die Zeitung gleichermassen eine eigene Legitimation für die Kriegshandlung und das erforderliche „gute Gewissen“ bei den Bürgern, sofern sich grössere Opfer abzeichneten. Und als Kriegs-Präsident mit einer unumkehrbaren und nun ideologisch stimmigen Mission verkündete Präsident Bush seiner eigenen Analogie getreu folgend am 17. Januar 1991 in USA Today:

„...while the world prayed for peace, Saddam prepared for war“.<sup>802</sup>

### **Zusammenfassung**

Die Darstellung eines Konflikts ohne Alternative zum Krieg dominierte die Berichterstattung von USA Today ebenso wie diejenige in der Times. Mit der Betonung des unabwendbaren Verteidigungskriegs durch die Stimme des Feinds Saddam Hussein, dem irakischen Aussenminister Aziz und nicht zuletzt durch dem eigenen Argumentaufbau kurz vor Kriegsbeginn reduzierten beide Zeitungen die noch zur Verfügung stehenden diplomatischen Handlungsoptionen und hoben den zwingenden Charakter einer kriegerischen Auseinandersetzung nun für jedermann leicht erkennbar hervor.

Während die Times den unabwendbaren Verteidigungskrieg mit der feindlichen Grundhaltung Husseins begründete, legitimierte USA Today die rechtmässige Kriegsführung durch die USA schliesslich über die Perspektive einer von höheren Mächten (also von Gott) zugeordneten Aufgabe, die es zu erfüllen galt. Beide Argumente waren das Resultat einer seit August säuberlich aufgebauten Differenzierung zwischen „We“, (den guten, bedrohten, besonderen, sämtliche Option abwägenden, im Dienst der Internationalen Rechtssprechung und der Freiheit stehende US-Amerikaner) und „They“, (dem barbarischen Feind, der weder die nationale Souveränität des arabischen Bruders noch die internationale Rechtssprechung oder die Existenz der USA und ihrer Bürger respektierte), welche mit dem dadurch erfolgten Rückgriff auf die eigene nationale Geschichte das Feindbild zusätzlich schärfte. Die Argumente wurden dabei nicht durch explizite Bezüge aufgebaut, so wie sie etwa in Kapitel 3 dargelegt wurden,

---

<sup>801</sup> Neuman Johanna: “U.S. BOMBS BAGHDAD; 19 hrs. after deadline, the war began”, in: *USA Today*, January 17, 1991, Page 1A.

<sup>802</sup> Neumann Johanna: U.S. BOMBS BAGHDAD; Iraq capital like 'center of hell', in: *USA Today*, January 17, 1991, Page 1A.

sondern sie schärfte sich an der Betonung der kulturellen Eigenheiten, der Sichtweise des Feinds auf die eigene Nation sowie dessen rhetorischem Verhalten. Es entstand dadurch bei beiden Zeitungen das Bild einer Nation, die sich trotz intensiver Bemühungen erfolglos gegen den Krieg stemmte, da der Irak nicht zum Einlenken zu bewegen war und nun die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden mussten. Die Formation zum Krieg vollzog sich so über ein durchwegs geregeltes Verfahren zur Strukturierung von Themen, Inhalten und Zugangsweisen, welche die Überredung durch Suggestion anstatt von Repression vorantrieb, weil sie systematisch sämtliche Alternativen zum Krieg durch begründende Argumente beweisführend widerlegte. Die vorhandenen Zweifel an den originären Motiven der militärischen Auseinandersetzung wurden zwar bis zum Schluss nicht beseitigt, die vorgebrachten Argumente überlagerten diese aber aus der Perspektive der nationalen Sicherheit oder einer göttlichen Mission. Die Konstruktion der Informationsflüsse war somit ein Verfahren, das Widersprüche nicht repressiv, sondern aufgrund allgemein akzeptierter Regeln weitgehend ausschloss und überlagerte. Die „objektive“ Berichterstattung beider Zeitung darf so durchaus als formale Technik zur Herstellung einer massgeschneiderten Realität verstanden werden. Die zugrunde liegenden Kriterien waren dabei nicht ausschliesslich Wahrhaftigkeit oder Realitätsnähe, sondern in erster Linie Nützlichkeit und Glaubwürdigkeit. Eine persönliche Erfahrung, die ich im Verlauf der Arbeit gemacht habe, betont diesen Befund:

### **Exkurs: Wahrhaftigkeit oder Nützlichkeit?**

Ich war erstaunt, dass ausgerechnet die heikle Aufgabe, den Weg zurück zum bisherigen Feindbilddiskurs zu finden, der Autorin Jessica Lee anvertraut wurde, die während der gesamten Periode der Berichterstattung noch nie in diesem Kontext in Erscheinung getreten war - und dies auch nach dieser Berichterstattung nicht mehr tat. Ich habe mich bei Johanna Neumann persönlich nach dem „Warum“ erkundigt. Neumann sagte mir in der persönlichen E-Mail-Korrespondenz, sie habe „irgendwann zu Beginn der 1990er“ das „Ressort“ gewechselt und die Berichterstattung aus dem Weissen Haus aufgegeben. Das stimmt aber nur bedingt, denn ab Januar 1991 trat sie wieder als Hauptautorin auf. Sie schrieb fortan bei USA Today wieder die meisten Leitartikel zur Golfkrise und blieb ihrem Ressort auch während des Golfkriegs treu.<sup>803</sup> Es war Neuman, die im Januar die zunehmende Handlungsnot dokumentierte und so den unumkehrbaren Kriegsdiskurs ausformulierte. Neuman betonte in der Folge sogar, dass einzig Hussein den Entscheid über Krieg und Frieden fälle, denn er bestimme die Ver-

---

<sup>803</sup> Vgl. etwa: Neuman Johanna: 'Difficulties' might mark peace plan, in: *USA Today*, February 22, 1991, Page 1A.

wendung der Mittel.<sup>804</sup> Neuman trat also erst wieder auf, nachdem sie die konservative Zeitungsmeinung von August und September vertrat. Jegliche direkte Kritik an Präsident Bush und seiner engsten Umgebung verstummte, als hätte sie nie stattgefunden. Autorin Jessica Lee hingegen verschwand so unvermittelt, wie sie aufgetaucht war. Als ich diesen Sachverhalt ansprach, brach Neumann die persönliche Korrespondenz ab.

---

<sup>804</sup> Neuman Johanna: "‘Peace or not peace’; Choice in Saddam's ‘power’", in: *USA Today*, January 9, 1991, Page 1A.

## 11 Die regelhafte Einschränkung der Kriegsopposition

In der Berichterstattung beider Zeitungen finden sich zahlreiche Belege dafür, dass brisantes Material gegen den Krieg nicht reproduziert wurde. Zu Beginn der Congress-Sessions im August wurden etwa mehrere ein-minütige Reden festgehalten, die sich kritisch mit der „*blood for oil*“ Debatte auseinandersetzten. Diese Reden waren sowohl für die Networks wie auch für die schreibende Zunft ohne Hindernisse zugänglich, da sie Teil offizieller Statements aus dem Kongress waren. Trotzdem wurden sie nicht ausgestrahlt und gedruckt. Cook meint, dass diese Statments

„may have been deemed less than newsworthy either because there was no continuing story without a bill or because of reporters‘ concern to use only quotes that symbolized the overall mood of Congress“.<sup>805</sup>

Die journalistischen Bedenken, nur gesellschaftlich etablierten Stimmen wie die Kongressmehrheit zu Wort kommen zu lassen, sind ein Anhaltspunkt für die Überredung durch Suggestion anstatt durch Repression, denn ein so geprägtes Gedankengut begünstigt den *Ausschluss* und die *Funktionsreduktion* bestimmter Gruppen und Themen vom Konfliktdiskurs entlang medien- und gesellschaftshistorischer Regeln, mit denen bereits die Kriegskommunikation aufgebaut worden war. Die Ausprägung von Codes gegen den Krieg wäre dann zwar jeweils möglich gewesen, diese wurden aber „regelhaft“ verhindert: im folgenden zeige ich dies anhand der Beispiele der Antikriegsbewegungen, der Funktionsreduktion der Landeskirchen, dem weitgehend aus dem Bewusstsein der Bevölkerung verdrängten Thema „Vietnam“ sowie zuletzt der Steuerdebatte als stellvertretendem Streit im Vorfeld der Kongresswahlen vom November 1990.

### Weitgehender Ausschluss der Antikriegsbewegungen von der Berichterstattung

Die Organisation FAIR (Fairness & Accuracy in Reporting<sup>806</sup>) stellt für den Untersuchungszeitraum vom 8. August 1990 bis am 3. Januar 1991 fest, dass von den 2855 Minuten TV-Berichterstattung über die Golfkrise bei den grossen Networks gerade einmal während einem Prozent der Sendezeit der militärische Aufbau in der Golfregion kritisch hinterfragt wurde. Jene Protagonisten, die für die Sanktionen als sauberes und effizientes Mittel gegen das kriminelle Vorgehen Husseins einstanden, erhielten auf den TV-Stationen nur wenig oder gar keine Sendezeit. Prominente Friedensaktivisten wie Noam Chomsky oder Edward Said

---

<sup>805</sup> Cook Timothy E.: Washington Newsbeats and Network News, in: Bennet Lance W., Paletz David L.: Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago 1994, S. 119.

<sup>806</sup> FAIR ist seit 1986 ein etabliertes Unternehmen, dass sich auf Medienkritik spezialisierte. Die Kritik bleibt von Medienunternehmern nicht ungehört, wie ein Blick auf die Ausgaben im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 2008 zeigen. Vgl.: [http://www.fair.org/index.php?page=18&region\\_id=1](http://www.fair.org/index.php?page=18&region_id=1)



erhielten überhaupt keinen Zugang zu TV-Kanälen.<sup>807</sup> Ruffini fasst die Situation für die politische Opposition in den USA wie folgt zusammen:

„Critical columnists argued from isolated corners, and news of other naysayers was, as a rule, tucked within the inside pages of newspapers.“<sup>808</sup>

CNN und einige Stationen von ABC und CBS sollen im Vorfeld des Golfkriegs gar die Ausstrahlung bezahlter Anti-Kriegs-Werbespots ausgeschlagen haben. Dies, während gleichzeitig die Organisation „Citizens for a Free Kuwait“, die von 13 Exil-Kuwaitern gegründet und durch die renommierte PR-Firma Hill & Knowlton mit einem Budget von mehreren Millionen US-Dollar vertreten wurde, über den gesamten Zeitraum Zugang zu Medienkanälen erhielt. Der bekannteste Coup war die Falschaussage des damals 15-jährigen Mädchens „Nayirah“ im Oktober 1990 vor dem amerikanischen Kongress über die vermeintlich grausamen irakischen Soldaten in kuwaitischen Spitälern. Irakische Soldaten hatten danach Babys aus den Brutkästen genommen, auf den Boden geworfen und getötet. Brisant war nicht nur, dass die Geschichte frei erfunden war, das Mädchen hatte in Wirklichkeit eine ganz andere Identität: es handelte sich um die Tochter des Kuwaitischen Botschafters in den USA.<sup>809</sup> Nayirahs erfundene Geschichte fand hingegen massenhaft publizistischen Nährboden und wurde zu diesem Zeitpunkt auch von der New York Times nicht kritisch hinterfragt. Der US-Präsident erwähnte Nayirahs Geschichte in den nächsten fünf Wochen nicht weniger als sechs Mal und auch Amnesty International veröffentlichte am 19. Dezember 1990, also rund zwei Monate nach dem Auftritt des Mädchens, einen 84-seitigen Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Kuwait, welche die Brutkasten-Behauptung enthielt.<sup>810</sup>

Während die Antikriegsbewegungen keinen Zugang zu den Fernsehkanälen hatten, wurden im Dezember 1990 proaktive Kriegsspots auf 17 Kanälen ausgestrahlt und in Zeitungen wie der New York Times, dem Wall Street Journal, der Los Angeles Times oder der Washington Post Inserate eines Soldaten im Persischen Golfs abgedruckt, der darauf hinwies, dass die Bevölkerung vor Ort auf seiner Seite stehen würden und er nun hoffe, dass dies seine Landsleute zu Hause ebenso täten.<sup>811</sup> Die Talk-Show Gäste auf den grossen TV-Kanälen Anfang Januar waren fast ausschliesslich populäre Vertreter der Bush-Administration wie etwa Richard Cheney oder Brent Scowcroft, die allesamt für den Krieg waren. Prominenten politi-

---

<sup>807</sup> <http://www.fair.org/index.php?page=1196>

<sup>808</sup> Ruffini Gene: Press Failed..., S. 283.

<sup>809</sup> Cutlip, S.M.: The unseen Power: Public Relations. A History. Hillsdale 1994, S. 771f., zitiert in: Kunczik Michael: Wie man Feindbilder aufbaut. Message – Internationale Fachzeitschrift für Journalismus. Nr. 1/1999, S.14f.

<sup>810</sup> Kellner, Douglas: The Persian Gulf TV War, Boulder- San Francisco- Oxford 1992, S. 68., vgl. ebenfalls: Smith Andrew F.: International Conflict and the Media: A Curriculum Guide, New York 1997. Zu finden unter: The American Forum. <http://www.globaled.org/curriculum/cm18a.html>

<sup>811</sup> Ruffini Gene: Press Failed..., S. 284f.

schen Gegenstimmen wie Ramsey Clark, während der Amtszeit von Lyndon B. Johnson immerhin Justizminister, erhielten wegen ihrer Rolle als Friedensaktivist keinen Medienzugang.<sup>812</sup>

Cook verneint im Fall der drei Networks ABC, NBC und CBS, dass im Vorfeld des Kriegs grundsätzlich kritische Berichterstattung oder potentielle Kritiker des Bush-Kurses ausgeschlossen wurden. Allerdings wurden nur Personen einbezogen, die gemäss der Nachrichtenkategorien der einzelnen Sender in eine als „berichtenswert“ zugehörige Kategorie fielen (wie etwa den Schlüsselveitern des Kongresses oder der Eltern von Soldaten). Jene, die in eine „Oppositions-Kategorie“ fielen, wurden vernachlässigt. Sie wurden als „Antwort“ auf die Initiativen der Administration reduziert,<sup>813</sup> eine eigene Plattform für detaillierte Gegenpositionen zur Regierung entstand nicht. Eine kritische Debatte fand in den reichweitenstarken elektronischen Medien im Vorfeld des Golfkriegs demnach nicht statt. Aus Sicht der *Medienvertreter* hingegen war diese Einschätzung falsch, denn wie Everette E. Dennis, Executive Director des *think-tanks* „Gannett Foundation Media Centers“ in New York zu Protokoll gab, wurde seitens der Massenmedien die Debatte deutlich stärker beleuchtet und akzentuiert, als in sämtlichen Krisen und Kriegen zuvor.<sup>814</sup> Diese Aussage klammerte die Frage nach dem Blickwinkel allerdings vollständig aus. Asymmetrisch aufgebaute Kommunikation vermag sowohl „kritisch“ über die Kriegsentscheidung zu berichten als gleichzeitig auch zahlreiche kriegskritische Quellen unberücksichtigt zu lassen. Ein erster Hinweis hierzu liefert beispielsweise die Aussage des US-Bürgerrechtlers Jesse Jacksons über die Zensur seiner Gespräche mit Saddam Hussein *durch schlichtes Nichtberichten*: Jackson beklagte in einem „Columbia Journalism Review Interview“, dass er mit Hussein seit dem 2. August 1990 länger als jeder andere gesprochen habe (davon 2 Stunden auf Band aufgenommen), sich länger als alle anderen mit Tarik Aziz getroffen, die ersten Journalisten nach Kuwait eingeschleust und über die Freilassung der Geiseln verhandelt habe,

„And when we got back, there was not one serious interview by a network. A categorical rejection. Now why is there no interest in what we saw, observed, and got on tape?“<sup>815</sup>

Die Frage blieb seitens der Regierung unbeantwortet und das obige Interview wurde lediglich in einem Magazin mit einer Auflage von ca. 30'000 Stück veröffentlicht. Für Schiller steht fest:

---

<sup>812</sup> Ruffini Gene: *Press Failed...*, S. 285.

<sup>813</sup> Cook Timothy E.: *Washington Newsbeats and Network News...*, S. 125.

<sup>814</sup> Ruffini Gene: *Press Failed...*, S. 287. Vgl. auch: Dennis, Everette E.: *The Media at War: The Press and the Persian Gulf Conflict*. New York 1991, The Freedom Forum.

<sup>815</sup> Schiller Herbert I.: *Manipulation Hearts and Minds...*, S. 24f.

„In short, the control process exercised through an amazing coordination of voluntaristic efforts by hundreds of media gatekeepers...succeeded in presenting the Gulf War...as "a Combination of Lawrence of Arabia and Star War"”.<sup>816</sup>

Auch bei den beiden Zeitung USA Today und New York Times fand die Meinungen von Antikriegsbewegungen oder alternativen politischen Organisationen entweder keinen Eingang oder dann nur, um die eigene zeitungseigene Position zu bestärken. Insofern war die kommunikative Handhabung von Antikriegsbewegungen durch die Zeitungen asymmetrisch. Die Times reservierte erst am 11. Januar 1991 einen Artikel für die Stimmen der Antikriegsbewegung und dies erst, als sich die Antikriegsbewegung rasant entwickelte, weil, wie die Times schrieb, sie sich aus den Erfahrungen der 1960er Jahre nähre.<sup>817</sup> Unterstützt wurden diese Gruppierungen von der Times aber nicht.

Lediglich *ein eingegrenztes Setup von Kommunikatoren* vermochte regierungskritische Botschaften zu platzieren: der USA Today Artikel vom 7. November 1990 verweist auf die hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Bush-Politik zu Beginn der Golfkrise im August und September und den danach einsetzenden, langsamen „Zerfall“. Autorin Keen begründet die Kritik an Präsident Bush vor allem am 13. November. Im diesem zweiten regierungskritischen Artikel („Choosing between standoff, war“) wird dem Präsidenten gleich zu Beginn vorgeworfen, seine Wahlversprechen gebrochen zu haben. Die „Beweisführung“ erfolgte durch einen erweiterten Setup von Akteuren ausserhalb des etablierten politischen Kreises wie Vietnamveteranen, „Hostage families“, „soldier families“, als religiöser Vertreter der Bischof der römisch-katholischen Konfessionäre sowie - zum ersten und letzten Mal - einem Vertreter einer Antikriegsbewegung. Es handelte sich um die in Los Angeles ansässige Gruppe „International Human Right Watch“. Diese wurde allerdings erst am Schluss eingeführt, lange nachdem die übrigen Redner bereits in den Tenor der Bush-kritischen Töne eingestimmt hatten. Erheblich ist dies vor allem, weil der Artikel zu Beginn argumentiert:

„New recruits are joining anti-war activists who organized sparsely attended protests soon after U.S. troops began massing in Saudi Arabia in August. Some who originally supported a tough U.S. stance against Iraq's Saddam Hussein - including Sen. Sam Nunn, D-Ga., and other Democrats in Congress - are having second thoughts.”<sup>818</sup>

Der Vertreter von „International Human Right Watch“, Robert Zirgulis, definiert den kritischen Kontext allerdings ganz neu, denn die in der Bevölkerung zunehmende Unzufrieden-

---

<sup>816</sup> Schiller Herbert I.: Manipulation Hearts and Minds..., S. 23.

<sup>817</sup> de Courcy Hinds Michael: „CONFRONTATION IN THE GULF; Antiwar Effort Buds Quickly, Nurtured by Activism of 60's“, in: *New York Times*, January 11, 1991, Section A; Page 1; Column 5; National Desk.

<sup>818</sup> Keen Judy: „Choosing between standoff, war“, in: *USA Today*, November 13, 1990, Page 1A.

heit verortet er nicht im Kriegsgebaren der Regierung, sondern vielmehr in deren zu langsamen Tempo. Die Regierung mache zwar das Richtige, aber

„...the growing murmur of misgivings is a symptom of the public's impatience. "We don't like protracted things, we want to get it over with," he says. "The U.S. is doing the right thing. Bush has been going about it slowly - maybe too slowly."<sup>819</sup>

Diese Aussage stimmte mit der oben aufgezeigten Kritik konservativer Republikaner aus Umfrageergebnissen im Dezember überein: Zirculis bescheinigt der Regierung ein sauberes Vorgehen und drängt diese sogar, eine härtere Gangart einzulegen. Unter solchen Umständen fanden ansonsten ausgeklammerte Gruppierungen Eingang in die Medienberichterstattung. Eine kritische Plattform für Antikriegsbewegungen und humanitäre *Organisationen gegen den Krieg* existierte indes weder bei USA Today noch bei der New York Times. Deren Argumente gegen den Krieg wurden nur in Alternativblättern behandelt.<sup>820</sup> Eine eigentliche Berichterstattung gegen den Krieg konnten Hackett und Zhao auch in anderen Medien, ob TV oder Zeitung, nicht erkennen. Das oben eingeführte Beispiel bekräftigt die von Hackett und Zhao definierte Kategorie der „Legitimate Controversy“.<sup>821</sup>

Kontroverse Berichterstattung fand demnach innerhalb auferlegter Grenzen statt. Ein zentrales Merkmal hierbei war die Fokussierung auf ein Set „politisch korrekter“ Exponenten in der Hauptberichterstattung, was den faktischen Ausschluss sämtlicher Antikriegsbewegung bedeutete. Die Antikriegsbewegungen hatten stark mit ihrer gesellschaftlichen Rolle zu kämpfen. Sie galten nicht als konstruktive Friedensaktivisten, sondern aus der Erfahrung der 1960er Jahre als willentliche „Staatsverhinderer“:

„...the peace movement was running against a cultural template by which Americans interpret the experience of war – a template generally reinforces by but not simply reducible to, the power of the state and of political and economic elites“.<sup>822</sup>

Solche gesellschaftlichen Barrieren unterschieden in Le Shan'scher Manier zwischen den zur Feindbildproduktion zugelassenen und ausgeschlossenen Gruppen, da das jeweilig ideologische Fundament entweder dem argumentativen Diskurs eines „gültigen“ Nationalstaates entsprach oder widersprach. Geführt wurde so eine innenpolitisch angeleitete Kriegsrhetorik von „We“ and „they“, die sich nicht gegen den äusseren Feind Hussein, sondern gegen die inneren Feinde der Gemeinschaft der Freien richtete. Typische Argumente gegen Antikriegs-

---

<sup>819</sup> Ibid.

<sup>820</sup> Hackett/Zhao haben dazu Zeitungsartikel von 573 Lokal- und Grosszeitungen während der ersten beiden Kriegswochen im Januar 1991 untersucht. Vgl.: Hackett Robert A., Zhao Yuezhi: Challenging a master narrative: peace protest an opinion/editorial discours in the US press during the Gulf War, in: *Discourse & Society*, 5(4), 509-541, hier S. 537.

<sup>821</sup> Hackett Robert A., Zhao Yuezhi: Challenging...S. 509.

<sup>822</sup> Hackett Robert A., Zhao Yuezhi: Challenging...S. 533.

bewegungen waren in den von Hackett et al. untersuchten Zeitungen denn auch der Vorwurf der eindimensionalen Fokussierung des Themas Golfkrise („*Malevolent metonymy*“), die Konstruktion einer binären „us“ vs. „them“ Opposition, entmenslichenden Metaphern („*dehumanizing metaphors*“), der selektive Gebrauch historischer Metaphern, keine substantielle Untersuchung der Argumente, sondern Simplifizierung und Moralisierung dieser zu Ungunsten der Kriegsgegner („*setting up straw targets*“) sowie die Vermutung böser Absichten und schlimmer Konsequenzen („*Evil motives and dangerous consequences*“).<sup>823</sup>

Der Ausschluss von Antikriegsbewegungen und NGOs in der Zeitungsberichterstattung bedeutete die konsequente Umsetzung einer Informationsasymmetrie, die ihre Legitimation im eigenen historisch-kulturellen Kontext begründete. Kommunikationsstrategien wurden so nicht erkennbar, aber durchaus gewollt asymmetrisch und dauerhaft codiert. Nach Barber werden Konflikte immer in „bestimmten“ Schranken ausgetragen, weil sonst ein Krieg im Sinne „alle gegen alle“ entsteht.<sup>824</sup> Die „Kontrolle“ dieser Schranken übernahmen dabei die existierenden gesellschaftlichen Schranken gleich selbst. Die Stimulation der Ausgrenzung erfolgte nicht über eine breit angelegte Repressionskampagne seitens der US-Regierung, sondern über eine systematische Entgrenzung der Kommunikation auf der Basis gesellschaftlich etablierter Wertestrukturen: Antikriegsbewegungen wurde der Medienzugang nicht per Verbot untersagt, ihr Ausschluss erfolgte vielmehr durch die stille Zusage eines gemeinsamen kulturell-historischen Verständnisses von Bürgern und US-Regierung, einer gemeinsamen ausgeprägten historischen Logik also, wie sie bereits während des Vietnamkonflikts zu betrachten waren. Staatskritik fand in den Zeitungen Eingang, wenn sich diese Kritik gegen administrative und politische Prozesse, nicht aber gegen das gesamte Regierungssystem wandte. NGOs hingegen erfuhren in Hacketts Studie eine ähnlich begründete „Feindbildcodierung“, wie sie etwa für Hussein galt. Friedensaktivisten waren als „Staatsverhinderer“ stigmatisiert – und deshalb innere Feinde der Gemeinschaft der Freien.

### **Produktives Unvermögen „zugelassener“ Bezugsgruppen: Unterstützung durch Kirchenopposition**

Man müsste meinen, dass zumindest gesellschaftlich anerkannte Gruppierungen wie die grossen Kirchen einen kritischeren Zugang zum Krieg hätten schaffen können. Dem war aber nicht so: am 9. August stellte die Times zwar die Bedenken „First Christian Church“ über das US-Engagement im Golf hervor: die arabischen Probleme solle man den Arabern überlassen, man würde nur des Geldes wegen in den Krieg ziehen und es stelle sich die Frage, wie dies

---

<sup>823</sup> Hackett Robert A., Zhao Yuezhi: Challenging...S. 513-515.

<sup>824</sup> Barber, Benjamin R.: Strong Democracy..., S. 128f.

mit dem Wert des menschlichen Lebens zu vereinbaren sei.<sup>825</sup> Die einmal so kurz aufgeflamnte Diskussion verschwand in der Times danach aber bis am 12. Oktober vollständig. Erst dann wandten sich die Führer verschiedener Landeskirchen in einem medial wirksamen Schulterschluss an die Öffentlichkeit. Während dieser bei USA Today nicht auf der Frontseite honoriert wurde, titelte die Times: „Church Leaders Voice Doubts on U.S. Gulf Policy“.<sup>826</sup> Die Kirchenvertreter warnten dabei vor militärischen Aktionen und deren Folgen, sollte die US-Aussenpolitik nicht auf Diplomatie sondern einzig auf militärischen Machtüberlegungen aufbauen. Die Kirchen setzten solchen Überlegungen den Wert des menschlichen Lebens entgegen; vor allem, weil der drohende Krieg von der Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht lückenlos begründet werden konnte. Damit entsprach die zu diesem Zeitpunkt publizierte kirchliche Kritik im Wesentlichen jenen Argumenten, welche die Times in der Folge selbst als wichtige Kritikpunkte an der gegenwärtigen Kommunikationsstrategie der US-Regierung anführte.

Die Grundvoraussetzungen für einen - wenn auch späten - Meinungsumschwung<sup>827</sup> wären also optimal gewesen, denn sowohl der Absender als auch dessen Argumente genossen hohe Glaubwürdigkeit und führten eine neue, moralische Perspektive ein, die tief in der US-amerikanischen Gesellschaft verwurzelt war, kurz: die Kirchen hätten sich hier als Meinungsführer durchaus profilieren können. Selbst die konservativ evangelikale Kirche, die sich, wie die Times bemerkte, in früheren Fällen jeweils für ein militärisches Engagement ausgesprochen hatte, verhielt sich dieses Mal sehr zurückhaltend. Doch warum gelang die politische Weichenstellung durch die Kirchen nicht? Dafür können zweierlei Gründe identifiziert werden. Erstens der uneinheitliche Auftritt gegen aussen bei der Frage, welche Massnahmen gegen Hussein die Richtigen waren und zweitens die gesellschaftspolitische Rolle der Kirchen in den USA.

*Einigkeit beim Feindbild, starke Differenzen bei den zu ergreifenden Massnahmen:* während katholische Vertreter die Verschiebung amerikanischer Truppen als "justified politically and morally" werteten, äusserten andere katholische Vertreter deutlich Bedenken ("War undertaken to vindicate state boundaries in the Middle East...could end by erasing most of the borders which today define the region."). Einig war man sich lediglich in der Feststellung, dass Husseins Absichten nicht „gut“ waren. Die kirchlichen Vertreter verteidigten dafür das in der Bevölkerung bereits zementierte Feindbild Husseins umso einhelliger. Das Feindbild,

---

<sup>825</sup> Reinhold Robert: "Around U.S., a Cautious Chorus of Support", in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 2; National Desk.

<sup>826</sup> Steinfels Peter: "Church Leaders Voice Doubts on U.S. Gulf Policy", in: *New York Times*, October 12, 1990, Section A; Page 1, Column 3; National Desk.

<sup>827</sup> Zu den Voraussetzungen eines *späten* Meinungsumschwungs vgl. Bonfadelli Heinz: *Gentechnologie im Spannungsfeld von Politik, Medien und Öffentlichkeit*. IPMZ, Zürich 1999.

das die Regierung seit Beginn der Golfkrise zementierte, stimmte so kongruent mit der moralischen Wertung der Kirchen überein, während über die zu treffenden Massnahmen weitgehende Uneinigkeit herrschte. Die Kirchen hatten wie die Demokraten weder klare noch einheitliche Massnahmenpakete gegen den drohenden Krieg anzubieten, ihre Kritik erschöpfte sich vielmehr in der Kritik am Krieg selbst.

Die Times war sich in ihrer Wertung nicht sicher: gerade das Schweigen der Evangelikalen Kirche mochte entweder ein Zeichen taktischer Unterstützung für die Politik der Administration oder aber ein Zeichen der inneren Spaltung bedeuten. Um die Kirchenvertreter blieb es in der Folgeberichterstattung ruhig. Erst am 9. Januar präzisierten nun auch die Kirchenvertreter, Präsident Bush habe nicht genügend erklärt, weshalb die USA militärisch am Golf engagiert seien. Damit setzten sie allerdings keinen Trend, sondern zementieren lediglich, was in repräsentativen Umfragen der Times und bei USA Today seit Monaten moniert wurde. Auch zu diesem Zeitpunkt stand für die Kirchenvertreter immer noch ausser Frage, dass „etwas“ gegen Hussein unternommen werden müsse. Die Suche nach einer gangbaren Alternative erschöpfte sich schliesslich im Angebot, abtrünnigen irakischen Soldaten Kirchenasyl anzubieten. Damit schöpften die Kirchen ihren Handlungsspielraum über die moralische Massfrage aus.

*Die gesellschaftspolitische Rolle der Kirchen:* Das Problem der scheinbaren Orientierungslosigkeit der Kirchen liegt dabei an ihrem gesellschaftlichen Platz: sie waren wohl für moralische Richtfragen anzurufen, nicht aber um eine veritable politische Opposition aufzubauen oder gar politische Entscheidungen zu treffen. Dem Wort „Opposition“ kommt in der Astronomie dieselbe Bedeutung zu (Konstellation, bei der sich zwei Himmelskörper am Himmel im Winkelabstand von 180 Grad befinden) wie per Definition (spätlateinisch: *oppositio* „das Entgegengesetzte“). Eine starke politische Opposition, so wie sie die Schlagzeile der New York Times vom 12. Oktober vermuten liess, hätte auf dem formal getrennten Parkett zwischen Kirche und Politik durchaus eine fundamentale Auseinandersetzung mit den Strategien der Krisenbewältigung bedeuten können. So etwa, als die Times im August 1990 über das jahrelange Hochrüsten des neuen irakischen Feinds durch die USA als Mitverursacher der Krise berichtete. Stattdessen verurteilten die Kirchenvertreter unter der Wortführung von Joan Brown Campbell, Vorsteher des „National Council of Churches“, der über 42 Mio. Gläubige repräsentierte, in einem am 11. Januar 1991 in der New York Times ganzseitig geschalteten Inserat zwar einmal mehr den Krieg als moralischen Fehler, stimmten aber dem

puritanisch geprägten Feindbild Husseins, das die Rolle der USA bei der Hochrüstung des Iraks nicht hinterfragte, aber vorbehaltlos zu.<sup>828</sup>

Daran änderte auch der medienwirksame Auftritt von Präsident Bushs Bischoff von der „American Episcopal Church“ am 15. Januar 1991 gegen den Krieg nichts. Im Gegenteil, die danach folgende mediale Inszenierung verwies die Kirche in ihre gesellschaftlichen Schranken. Am 14. Januar legte der Bischoff eine brennende Kerze als Zeichen des Protests gegen den drohenden Krieg vor dem Weissen Haus nieder. Die Times räumte am folgenden Tag Präsident Bush reichlich Platz ein, um seinem Bischoff mit der Botschaft abzutun, dass er, der Präsident, für die Nation bete und der Bischoff ihm dies gleichtun solle.<sup>829</sup> Die Times betonte damit, dass die Kirchen auf der politischen Entscheidungsagenda keine Rolle zu spielen hatten, auch wenn sich wichtige Teile der Regierungspropaganda aus religiös ausgestaffierten Metaphern aufbauten. Eben hier zeigt sich der Gegensatz zwischen der Bedeutung des Glaubens für die amerikanische Zivilgesellschaft einerseits und die dennoch stark reduzierte direkte Macht der Kirche auf politische Entscheidungen andererseits: eine 1989 und 1994 durchgeführte Gallup Umfragen bestätigte, dass 94% aller Amerikaner an Gott glaubten, 90% regelmäßig beteten, für 75% Religion eine positive und bereichernde Erfahrung war und für 88% der Befragten Religion in ihrem Leben entweder eine wichtige oder ziemlich wichtige Rolle spielte.<sup>830</sup> Die „Gemeinschaft der Freien“ war also auch während des Persischen Golfkriegs von 1990/1991 bis hin zum Präsidenten religiös geprägt. George H.W. Bush schrieb im Neujahrsbrief von 1990 an seine Kinder zur Irakkrise:

„I look at today’s crisis as “good” vs. “evil”.... yes. It is that clear” (...) “...sometimes in life you have to act as you think best you can’t compromise, you can’t give in...even if your critics are loud and numerous.”<sup>831</sup>

Der Rekurs auf biblische Archetypen und die stete Überzeugung, das Richtige (weil aus-erwählt) zu tun, waren in diesem Moment eine wichtige Legitimationsquelle der außenpolitischen Haltung. Die obige Passage, die George H.W. Bush nicht nur als Vater, sondern auch in seiner Rolle als Landesvater verfasste, unterstreicht die Bedeutung und Legitimität der politi-

---

<sup>828</sup> de Courcy Hinds Michael: “CONFRONTATION IN THE GULF; Antiwar Effort Buds Quickly, Nurtured by Activism of 60’s”, in: *New York Times*, January 11, 1991, Section A; Page 1; Column 5; National Desk.

<sup>829</sup> Dowd Maureen: “CONFRONTATION IN THE GULF: The Overview; U.S. AGAINST IRAQ AS DEADLINE PASSES AND DIPLOMACY FAILS”, in: *New York Times*, January 16, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

<sup>830</sup> Hill Peter C., Pargament Kenneth I., Hood Ralph W. Jr., McCullough Michael E., Swyers James P., Larson David B., Zinnbauer Brian J: Conceptualizing Religion and Spirituality: Points of Commonality, Points of Departure, in: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 30:1, S. 51-77, S. 51f.

<sup>831</sup> Brief des Präsidenten an seine Kinder, Weihnachten 1990:  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/letter\\_to\\_family12-31-90.pdf](http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/letter_to_family12-31-90.pdf)



schen Dimension im Sinne einer „*City upon the Hill*“<sup>832</sup> als Heilsbotschaft, die in politisch-sakralen Dokumenten wie der Unabhängigkeitserklärung mit ihren eigenen Märtyrern und Propheten verhaftet ist. Dieser *zivilreligiös* ausgeprägte Amerikanismus bedient sich aus dem breiten ideologischen Gravitationsfeld zwischen Politik und Gesellschaft, die aber als weltliche Integrationsideologie mit sakralen Zügen ausgeprägt ist.<sup>833</sup> Die Gemeinschaft der Freien legitimierte sich so auch im Vorfeld des Zweiten Golfkriegs über einen in den USA christlich geprägten zivilreligiösen Konsens, der ein Kondensat der amerikanischen politischen Kultur darstellte. Die Kirchen hatten ihre Schuldigkeit mit der moralischen Anerkennung des Feindbild Husseins getan und damit gleichwohl die ihnen zugedachten Kompetenzen ausgeschöpft. Entscheidungspolitik war im Sinne einer Trennung von Kirche und Staat nun Sache der Realpolitik. Präsident Bush fühlte sich deswegen durchaus in der Lage, Entscheidungen im Namen Gottes zu treffen, ohne den machtpolitischen Segen der Kirche einholen zu müssen.

Der kirchliche Protest scheiterte nicht zuletzt aber auch am eigenen Unvermögen, den kirchlichen Oppositionsdiskurs gegen den Krieg einheitlich zu codieren. Die Kirchenkritik war nämlich in einem ähnlichen Dilemma gefangen wie diejenige der Demokraten, denn in der Grundsatzfrage, „etwas“ gegen Hussein unternehmen zu müssen, war man mit der Bush-Administration einig. Der Krieg war in den Augen der Kirchenvertreter zwar keine opportune Lösung, gangbare Alternativen hatten die Kirchen und die Demokraten angesichts des Ultimatums der U.N. Resolution 678 allerdings keine anzubieten.

### **Vietnam: Ein verdrängtes Angstgespenst als Steuerungsmechanismus**

„Vietnam“ wird in der New York Times zwischen dem 25. Juli 1990 und dem 17. Januar 1991 ca. 80 Mal erwähnt, wovon 25 Nennungen, also rund ein Drittel, in den zwei Artikeln am Tag vor Kriegsausbruch zu finden sind und weitere 7 in den Artikeln bis am 17. Januar 1991. Rund 40% des „Vietnamkonzentrats“ ist also kurz vor Kriegsausbruch eingespannt.

Eine Vertiefung mit dem Vietnamtrauma findet erst kurz vor Kriegsbeginn statt, nämlich in den Artikeln vom 9. Januar und 11. Januar 1991. Im Artikel vom 11. Januar dreht sich dabei alles um die erstarkenden Antikriegsbewegungen im Inland. Der Artikel vom 9. Januar reflektiert die Vietnamdiskussion der Bevölkerung und der Experten: während sich die Bevölkerung darum sorgte, nicht in ein neues Vietnam hineinzurutschen, wurde auf dem Level der Experten seit Monaten das Verhältnis zwischen Vietnam und dem bevorstehenden Golfkrieg betont. Demokrat Les Aspin führte so z.B. aus, inwiefern sich der Irakkonflikt aufgrund

---

<sup>832</sup> vgl. hierzu die vom Puritanerführer John Winthrop eingeführte Idee einer „City on the Hill“, deren Exodus-Analogie durch ihren alttestamentarischen Bezug die Wanderung des Volkes durch die Wüste in das gelobte Land nachzeichnet.

<sup>833</sup> Vorländer Hans: Politische Kultur...S. 291f.

der veränderten bipolaren Machtpole und der geografischen Lage vom Vietnamkonflikt abheben würde. Dies in der Absicht, eine negative Verbindung zwischen dem Vietnamkrieg und dem bevorstehenden Krieg zu verhindern:

„We would not be fighting a guerrilla force supported by a sympathetic population, but a uniformed military that has occupied and largely depopulated Kuwait," Mr. Aspin said, drawing another distinction with Vietnam."<sup>834</sup>

Bei der Verarbeitung des Vietnamthemas sollten zwei Perspektiven aufgetrennt werden. erstens der Umgang und die Verarbeitung des Themas durch die politischen Vertreter und das Militär sowie zweitens die Darstellung und die damit verbundene Bedeutungsproduktion durch die Medien: das Thema Vietnam wurde von *Politik* und *Militär* einerseits mit angstvollem Respekt behandelt, auf die Aufarbeitung der Fehler und der militärhistorischen Geschichte wurde wie beim Thema Aufrüstung des Iraks verzichtet. Frühere Vietnamkontexte im November und Dezember dienten so z.B. lediglich als Vergleich für den Verdienst militärischer Führungskräfte oder aber einfache strategische, historische und politische Vergleiche.<sup>835</sup> Eine eigentliche Aufarbeitung des Vietnamtraumas im Zuge der Krise am Persischen Golf fand zu keinem Zeitpunkt statt. Der Artikel vom 12. November erfasste gar die Angst *beider* politischer Parteien, den schwelenden Konflikt zu eng mit Vietnam zu verknüpfen. Diese Haltung hielt nicht nur im Vorfeld des Kongresswahlkampfs, sondern auch danach an.<sup>836</sup> Die Verweise in der Zeitung zwischen August und Oktober beschränkten sich auf die Feststellung, dass dies seit dem Vietnamkrieg die grösste Truppenmobilisierung sei.<sup>837</sup> Die Bemerkung Lungars vom 18. Oktober 1990 reduziert die Lehren aus dem Vietnamkrieg gar auf die notwendige Deklaration eines Kriegs. Dessen katastrophale humanitäre Folgen sprach er nicht an:

„We learned from the Vietnam experience," Mr. Lugar said, "that the support of the American people, as expressed through 535 representatives in Congress, is essential." Instead of the Bush Administration making a decision on its own, Senator Lugar said, "Congress ought to come back into session and authorize a declaration of war."<sup>838</sup>

---

<sup>834</sup> Gordon Michael R.: "CONFRONTATION IN THE GULF; Aspin Sees Air Strikes Leading to a Quick Victory", in: *New York Times*, January 9, 1991, Wednesday, Late Edition - Final

<sup>835</sup> Vgl.: Rasky Susan F.: "CONGRESS AND THE GULF; Hard Question May Need an Answer Soon: Should It Give Bush a Go-Ahead on Force?", in: *New York Times*, December 17, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk, Apple R.W.: "STANDOFF IN THE GULF; The Collapse Of a Coalition," in: *New York Times*, December 6, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.

<sup>836</sup> Oreskes Michael: "MIDEAST TENSIONS; A DEBATE UNFOLDS OVER GOING TO WAR AGAINST THE IRAQIS", in: *New York Times*, November 12, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk

<sup>837</sup> Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; BUSH SENDS NEW UNITS TO GULF TO PROVIDE 'OFFENSIVE OPTION'; U.S. FORCE COULD REACH 380,000", in: *New York Times*, November 9, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1 oder Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; U.S. DECIDES TO ADD AS MANY AS 100,000 TO ITS GULF FORCES", in: *New York Times*, October 26, 1990, Friday, Late Edition - Final.

<sup>838</sup> Friedman Thomas L.: "MIDEAST TENSIONS; SENATORS DEMAND ROLE IN APPROVING ANY MOVE ON IRAQ", in: *New York Times*, October 18, 1990, Section A; Page 1, Column 1; Foreign Desk.

In Abwesenheit einer fruchtbaren politischen Aufarbeitung behalf sich die *Zeitung* andererseits mit Analogien und Vergleichen, die militärhistorische Bezüge zu Vietnam herstellten und so die Angst vor einem neuerlichen Vietnam greifbar gestalteten. Bereits am 22. August wurde von der grössten Truppenmobilisierung seit Vietnam gesprochen<sup>839</sup> (ebenso wie in den Artikeln vom 13. August oder 17. August). Collin Powell wurde Tage zuvor zwar als erster militärischer Obermann seit dem Ende des Vietnamkriegs beschrieben,

“...that doesn't constantly warn us about body bags”.<sup>840</sup>

Allerdings unterstützten solche Verweise nicht eine Entwarnungsstrategie vor einem neuerlichen Vietnam, sondern betonten vielmehr die Glaubwürdigkeit der Figur Powell und der Rolle der USA im Kontext der Krise am Persischen Golf. Der Bezug zu Vietnam reproduzierte die Times als ein latent schwelendes Angstgespenst, dass weder politische noch die militärische Vertreter ausführlich zu debattieren begannen, geschweige denn zu ihrem Vorteil ummünzen wollten. Vielmehr unterstrichen die steten und scheinbar harmlosen Vergleiche der Zeitung, dass ein zweites Vietnam denkbar war und es dieses zu verhindern galt. Weil dies von der US-Regierung bis vor Kriegsbeginn offenbar nicht glaubwürdig vermittelt werden konnte, erschöpfte sich die Diskussion auf Expertenlevel im Kontrast zwischen den beiden Konflikten.

Im Gegensatz zur Times unterstrich USA Today am 21. August die Gefahren eines „Vietnamsyndroms“ deutlich und pointiert, denn in den Augen des Massenblatts konnte mit dem Konflikt im Persischen Golf ein nationales, psychisches Trauma wiederbelebt werden:

“Already, ghosts of the lingering Vietnam War are creeping into the national psyche: 'I feel like Alice staring into the looking glass,' says Ron Kovic, the Vietnam veteran portrayed in the film *Born on the Fourth of July*, 'seeing that same horror and nightmare about to repeat itself....The gulf crisis is nothing like the Vietnam quagmire - where U.S. forces couldn't win and couldn't get out - experts say....President Bush compares the Iraqi dictator's attack on Kuwait to Adolf Hitler's aggression before World War II. But if footage of U.S. soldiers coming home in body bags starts showing up on the nightly news, Vietnam memories may get stronger....And Saddam, experts say, is counting on the U.S. public's short attention span to pressure Bush into bring the troops home - just as public sentiment prompted the USA's departure from Vietnam without winning.’”<sup>841</sup>

<sup>839</sup> Apple R.W.: “Confrontation in the Gulf; U.S. KEEPS KUWAIT MISSION OPEN, JOINING OTHERS IN DEFYING IRAQ; TOKYO FUNDS TO BACK EMBARGO”, in: *New York Times*, August 23, 1990, Column 6; Foreign Desk, SECTION: Section A; Page 1, Thursday, Late Edition – Final. Vergleiche ebenso: Friedman Thomas L.: “MIDEAST TENSIONS; Saudis to Give Free Hand to U.S. If Attack on the Iraqis Is Approved”, in: *New York Times*, November 6, 1990, Tuesday, Late Edition – Final.

<sup>840</sup> Rosenthal Andrew: “Confrontation in the Gulf: Washington at Work; Military Chief: Man of Action And of Politics”, in: *New York Times*, August 17, 1990, Section A; Page 1, Column 5; National Desk, Friday, Late Edition – Final.

<sup>841</sup> Keen Judy: “How long will U.S. stay in the gulf?”, in: *USA Today* August 21, 1990, Tuesday, FINAL EDITION, Page 1A.

Danach verschwand das Thema Vietnam vollständig aus der Berichterstattung und tauchte erst *nach* den Kongresswahlen wieder auf. Im Gegensatz zur Times band USA Today ehemalige Angehörige des Militärs ein, die ganz direkt vor einem neuen Vietnam warnten.<sup>842</sup> Militärisch aktive Befehlshaber oder politische Vertreter, welche die Frage der Kriegs-Legitimation angesichts der offenen Wunde „Vietnam“ diskutierten, fanden sich aber ebenfalls nicht. Die Vietnambezüge der Zeitung bestanden, wie bei der Times, in der Folge einzig aus historischen Vergleichen, wie wenn das Blatt etwa bemerkte:

“Bush is the first president to visit troops in a combat theatre since Richard Nixon went to Vietnam in 1969.”<sup>843</sup>,

oder im Vorfeld der Kongressabstimmung über eine Zustimmung zum Einsatz von Gewalt eine weitere historische Analogie bemüht wird:

„Of those who opposed U.S. involvement in Vietnam, only 28% favour waging ground and air war against Iraq if talks fail, compared with 57% of the population at large”<sup>844</sup>

Vietnam wurde bei USA Today lediglich während der Abstimmungsdebatte im Kongress über die Erteilung einer faktischen Kriegsvollmacht für Präsident Bush am 11. Januar 1991 hitzig porträtiert. Der Artikel eröffnete in gewohnter Manier mit einer zusammenfassenden Botschaft:

“A new Congress facing a new world order takes a history lesson this weekend, with the ghosts of World War II and Vietnam haunting its debate over war in the Persian Gulf.”<sup>845</sup>

Senator Kennedy stiess immerhin die Befürchtung aus, dass sich das traurige Vietnamexperiment wiederholen könnte. Erst am 17. Januar 1991, als Bagdad bereits bombardiert wurde, zitierte das Massenblatt den Präsidenten, er wolle ein zweites Vietnam verhindern.<sup>846</sup>

Eine gesellschaftskritische Auseinandersetzung mit dem Vietnamtrauma, erfolgte aber weder in den Zeitungen noch von militärischer und politischer Seite. Regierung und der Kongresses reduzierten Aussagen zu Vietnam auf ein Minimum. Vielmehr stellte das produzierte Medienbild in beiden Zeitungen unmissverständlich klar, dass der Krieg schnell und „sauber“ verlaufen musste, wollte man die Vietnamdebatte auch weiterhin aus dem politischen Diskurs

---

<sup>842</sup> Keen Judy: “Choosing between standoff, war”, in: *USA Today* November 13, 1990, Tuesday, FINAL EDITION, Page 1A.

<sup>843</sup> Lee Jessica: “THE BUSH TRIP; HEADING FOR THE FRONT; Commander-in-chief talks to troops, allies; Talk of war, and peace, set agenda”, in: *USA Today*, November 16, 1990, Page 1A.

<sup>844</sup> Johnson Sharen Shaw: “57% back an attack in the gulf; Public wants Congress to OK actions”, in: *USA Today*, January 3, 1991, Page 1A.

<sup>845</sup> Wolf Richard: “In Congress: A 'vote of conscience'”, in: *USA Today*, January 11, 1991, Friday, FINAL EDITION, Page 1A.

<sup>846</sup> Neuman Johanna: “U.S. BOMBS BAGHDAD; Iraq capital like 'center of hell'”, in: *USA Today*, January 17, 1991, Page 1A.

heraushalten. Diese „Einsicht“ lässt sich exemplarisch an drei Referenzpunkte der produzierten Medienrealität festigen:

- Als Präsident Bush eine Truppenverstärkung Anfang November ankündigte, reagierte die Bevölkerung mit Besorgnis. In von verschiedenen Medienhäusern erhobenen Umfragen äusserten sie praktisch über die gesamte Konfliktperiode (August 1990 bis zum Kriegsausbruch im Januar 1991) die Befürchtung, dass eine neuerliche Vietnam-Situation entstehen könnte.<sup>847</sup> Die Bush-Administration sowie der demokratische Vorsitzende des „House Armed Services Committee“, Les Aspins, stellten als einzige Lösung einen kurzen und billigen Krieg in Aussicht.<sup>848</sup>
- Zweitens reproduzierten beide Zeitungen eine substantielle Debatte über *das Tempo* und *die Form* (Bodentruppen vs. Luftangriffe) eines kriegerischen Engagements, die zwischen den Demokraten und den Republikanern geführt wurde. Während der amerikanischen Vietnamkrieg längst begonnen hatte, als die Tonkin-Resolution verabschiedet wurde, wurde der Weg in einen möglichen Persischen Golfkrieg von einer von den Demokraten initiierten Debatte begleitet, die ihren Fokus auf ein wichtiges Schlüsselthema des Vietnamkriegs legte: die hohe Opferzahl der Soldaten. Vietnam schürte so im produzierten Medienbild Ängste ohne aber eine danach benannte Debatte zu entzünden.
- Damit zusammenhängend war drittens die geografische Ausgangsposition eine gänzlich andere. Diese Unterschiede nutzten die Militärstrategen bei der Ausrichtung ihrer Strategie: nicht über die Zeitungen, wohl aber über die TV-Kanäle versicherten Militär und Politik ab Oktober 1990 immer wieder, dass ein Krieg kurz und billig sein werde.<sup>849</sup> Powell begründete diese Aussage wiederholt anhand der von ihm konstruierten Doktrin der eigenen militärischen Stärke, die einen massiven Luftangriff vor dem Einsatz von Bodentruppen vorsah, weil dies, im Gegensatz zu Vietnam, aufgrund der Geländestruktur möglich war. Präsident Bush erklärte deshalb nach dem Zweiten Golfkrieg in einer Rede in der Raytheon-Rüstungsfabrik, in der jene Patriot Raketen gebaut wurden, die laut Kongress-Berichten die irakischen Scud-Raketen zu 100% zerstörten und die den Sieg der Technik über die riskante und seit Anfang August schwelende „body bag“ Diskussion symbolisieren sollte, dass das Vietnam-Syndrom nun endlich überwunden sei.<sup>850</sup>

Vietnam war in den Köpfen der militärischen und politischen Führer omnipräsent, eine gesellschaftskritische Debatte wurde in den Medien aber vermieden. Die demokratisch-

---

<sup>847</sup> Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War..., S. 45.

<sup>848</sup> Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War..., S. 20.

<sup>849</sup> Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War..., S. 47.

<sup>850</sup> James Der Derian: Die Banalität des Terrors, in: Thomas Tanja, Virchow Fabian (Hrsg): Banal Militarism, Bielefeld 2006, S. 159.

republikanische Auseinandersetzung über die Tragweite des militärischen Einsatzes am Persischen Golf war die einzig stellvertretende Auseinandersetzung für das weitgehend verschwiegene Thema um ein neuerliches amerikanisches Vietnam. Vietnam war durch die in der Bevölkerung und der Politik allgegenwärtigen Ängste bei grosser thematischer Abwesenheit so doch omnipräsent. Gerade die Zeitungen schufen mit dieser methodischen Umgehung ein Instrumentarium der Willensbildung, das die Konstruktion der Medienrealität aufgrund der verweigerten Auseinandersetzung mit dem Vietnamtrauma prägte und die vorhandenen Ängste der Bevölkerung so unterschwellig auf konstant hohem Niveau halten konnte.

### **Steuern und Krieg: "Patriotism sells better than taxes"**

Beide Zeitungen tolerierten keine Vermengung eines diskursfremden Themas wie demjenigen der Steuern, um Stimmung gegen den Krieg zu erzeugen. USA Today schürte bei den Lesern mit den anstehenden Steuererhöhungen viel mehr Ängste und Missmut. Eine Aufzählung möglicher Bereiche der Steuererhöhung sowie die Nennung einiger Zahlen (neues Budgetdefizit: 294 Milliarden<sup>851</sup>), die einzig auf Spekulation basierten, heizten das Klima gleich zu Beginn kräftig an. Sowohl von republikanischer als auch von demokratischer Seite musste Präsident Bush heftige Kritik einstecken. Angeprangert wurden sowohl die drohende Steuererhöhung als auch die Lüge des Präsidenten. Zitiert wurde der republikanische Rob Dole, der 1996 selbst als Präsidentschaftskandidat gegen Bill Clinton antrat. Die Zeitung untergrub allerdings, dass der Politveteran ebenso wenig zum politischen Bush-Lager gehörte<sup>852</sup> wie der ebenfalls zitierte demokratische Senatsführer George Mitchell. Seinem Missmut gegenüber dem Präsidenten verlieh Dole im Parteigewand der Republikaner denn auch zu einem späteren Zeitpunkt unverblümt Ausdruck. Auf die Frage, welchen Ratschlag er Präsident Bush geben würde, antwortete Dole zynisch: „Join the Red Cross“.<sup>853</sup> Die kritische Äusserung des konservativen Republikaners Dick Armey („There are more tax increases than you can shake a stick at“) muss ebenfalls im Zusammenhang seines politischen Hintergrunds gelesen werden. Armeys Hauptprogramm während seiner Senatszeit richtete sich stets gegen ein System der progressiven Steuererhöhung und befürwortete vielmehr die „flat tax“, die sich mit einem konstanten Faktor auf das Haushaltseinkommen bezieht. Ein kritisches Votum seinerseits

---

<sup>851</sup> Das Budgetdefizit für 1991 belief sich letztlich auf 269 Milliarden, was einer satten Steigerung von über 21% zum Vorjahr (ca. 221 Milliarden) ergab und einen bislang ungeahnten historischen Höchststand bedeutete. Vgl.: Statistical Abstract of the United States, 2007: The National Data Book, Washington 2006 S. 307.

<sup>852</sup> Dole war ein gefährlicher Herausforderer Bushs bei der Präsidentschaftsnominatur der Republikaner 1988. Nach Anfangserfolgen in Iowa unterlag er Bush schliesslich. Eine ausführliche Biographie über die militärischen und politischen Stationen Doles bietet das Buch: Dole, Bob. *One Soldier's Story: A Memoir*, New York 2005.

<sup>853</sup> Nichols Bill: „BUDGET BACKLASH; WILL VOTERS REVOLT?; Republicans rocked; Democrats fight to hang on; Election Day sees parties bailing water, in: *USA Today*, October 29, 1990, Page 1A.

konnte so auch keine Überraschung sein. Die Demokraten hingegen schlugen in die Kerbe der Lüge: Albert Gore bemerkte am 11. Oktober:

„I'm having trouble reading his lips these days“,<sup>854</sup>

und Peter Hart bemerkte mit ironischem Unterton:

„Nobody's going to make the mistake of calling him 'Mr. October'“,<sup>855</sup>

Geklärt wurde der Zusammenhang zwischen dem Budgetproblem mit der Golfkrise von der Zeitung selbst: sie beurteilte den Reputationsschaden für den Präsidenten für begrenzt, sofern eine *schnelle* Irakstrategie gefunden werde.<sup>856</sup> Für Präsident Bush ergriff die Zeitung zudem Partei, als die Demokraten mit der skandalträchtigen Ausschachtung der „Read my lips“ Lüge beginnen wollten.<sup>857</sup> Der US-Präsident hatte bezüglich der Steuererhöhungen zweifellos gelogen. Einer skandal- und auflageträchtigen Schlammschlacht verweigerte sich die Zeitung aber mit dem Hinweis, dass die Steuerdebatte ein reines Angriffsmanöver auf den Präsidenten aufgrund der bevorstehenden Kongresswahlen sei. Eine solche Debatte wollte die Zeitung aufgrund ihres eigenen Wertekonsenses nicht mittragen.<sup>858</sup> Insofern übernahm die Zeitung hier (ausen-)politische Verantwortung und trennte die beiden Themen voneinander. Inhaltlich wies der Vorschlag der Bush-Administration zudem von Beginn weg eine „demokratische“ Komponente auf, denn die Steuererhöhungen entlastete gleichzeitig das originäre Zielpublikum von USA Today.<sup>859</sup> Mit der Fokussierung auf die ärmsten 20% der Bevölkerung wurde von den Republikanern ein ansonsten traditionell demokratisches Element aufgegriffen. Das von USA Today selbst aufgestossene Hintertürchen an die Adresse Bushs, durch einen schnellen und sauberen Krieg keine bleibenden Imageschäden davonzutragen, kann so mehr als Aufforderung denn als Kritik verstanden werden.

Die *New York Times* schaffte vor der Verabschiedung des Budgets am 24. Oktober 1990 keinen Link zwischen Budgetdebatte und Golfkrise. Die Themen liefen getrennt voneinander. Die Berichterstattung über das Thema „Steuern“ bezog sich auch in der Times auf die takti-

---

<sup>854</sup> Benedetto Richard: „Bush on taxes: 'Read my hips'; Flap over flip-flop may hurt in '92“, in: *USA Today*, October 11, 1990, Page 1A.

<sup>855</sup> Ibid.

<sup>856</sup> Neuman Johanna: „DEAL IN THE DESERT? Diplomatic signs crop up everywhere, in: *USA Today*, October 24, 1990, Page 1A.

<sup>857</sup> Bush hatte im Präsidentschaftswahlkampf 1988 versprochen, während seiner Amtszeit auf gar keinen Fall eine Steuererhöhung durchzuführen und beschwor die Wähler, in beim Wort zu nehmen mit dem Ausruf: „Read my lips, read my lips, no new taxes!“

<sup>858</sup> Senate Majority Leader George Mitchell sagte am 29. Oktober etwa: “‘There's an old Maine saying I'm sure the president is familiar with: 'If you don't like the weather, just wait a day. It will change.' That applies to the president's position on taxes. If you don't like it, just wait a day for the president to change his mind.” Vgl: Nichols Bill: „BUDGET BACKLASH; WILL VOTERS REVOLT?; Republicans rocked; Democrats fight to hang on; Election Day sees parties bailing water, in: *USA Today*, October 29, 1990, Page 1A.

<sup>859</sup> Wolf Richard: Budget: Look for 'blood on the floor“, in: *USA Today*, October 17, 1990, Page 1A.

schen Kalküle der einzelnen Parteien im Lichte der anstehenden Kongresswahlen.<sup>860</sup> Erst am 6. November verlinkte die Times die Berichterstattung mit der Golfkrise, denn sie beurteilte zynisch die - wörtlich - „Lernfortschritte“ des Präsidenten bezüglich der Vermengung der Themen „Geiseln“ und der historischen „Hussein-Hitler“-Analogie, als positiv. Die Zeitung prophezeite, dass der Präsident mit einem schnellen Umschwenken des Fokus vom Thema Steuern zurück auf die Golfkrise wieder an Zustimmung der Bevölkerung gewinnen werde, denn Patriotismus verkaufe sich besser als Steuererhöhungen:

„The President has doubtless made some headway by talking tough -- comparing Mr. Hussein to Hitler, telling reporters that he has "had it" with mistreatment of American hostages -- even if the message often seems garbled and contradictory Opinion polls suggest that the hemorrhaging of support for Republican candidates ended or at least slowed once he changed the subject from the budget to the gulf. Patriotism sells better than taxes every time.”<sup>861</sup>

Damit verwehrte sich auch die Times entschieden gegen eine Vermengung der beiden Themen und wies die Administration zudem darauf hin, mit welchem Werte-Set der Weg in den Krieg geebnet werden konnte.

Einzig eine indirekte Folge des Budgetstreits kann für Verteidigungsminister Cheneys umgesetzten Sparplan vom 8. Januar 1991 festgehalten werden. Er kürzte den Etat für den Bau eines Kampfbombers um 57 Milliarden Dollar. Der Verzicht erfolgte gemäss Cheney allerdings nicht aufgrund des Steuerstreits, sondern weil ihm die Projektleiter keine schlüssigen Begründungen für die immer höheren Projektkosten vorlegen konnten.<sup>862</sup> Seine Kürzung war allerdings wiederum eine „Antwort“ auf Senator Nunn's eingeleitete Kritik des teuren „Star Wars“ Verteidigungsprogramm während der „*Congressional Hearings*“, das aufgrund der sich verändernden bipolaren Machtstruktur nunmehr als überflüssiges Relikt des Kalten Kriegs galt. Die neue Weltlage, so Nunn, benötige auch eine neue Militärstrategie.<sup>863</sup> Cheney blieb aber auch hier seiner republikanischen Wählerschaft treu. Anstatt 80'000 Arbeitsplätze zu streichen, wurden derer „nur“ 40'000 geopfert.

Weder die New York Times noch USA Today verknüpften also die heftig geführte Steuerdebatte nachhaltig mit der Golfkrise oder zum Nachteil der Bush-Administration, im Gegenteil: die Debatte entlud sich zwar an der offensichtlichen Lüge des Präsidenten, die Steuerdebatte wurde aber bei beiden Zeitungen *konsequent* von der Golfkrise getrennt.

---

<sup>860</sup> Rosenbaum David E.: „THE BUDGET BATTLE; PRESIDENT'S AIDES QUIT BUDGET TALKS OVER TAX DISPUTE“, in: *New York Times*, October 22, 1990, Section A; Page 1; Column 6; National Desk.

<sup>861</sup> Apple R.W. Jr.: „Campaign; War Clouds, No Thunder; As Guns Are Silent, So Are the Candidates, Section“, in: *New York Times*, November 6, 1990, A; Page 1; Column 2; National Desk.

<sup>862</sup> Schmitt Eric: „PENTAGON SCRAPS \$57 BILLION ORDER FOR ATTACK PLANE“, in: *New York Times*, January 8, 1991, Column 6; National Desk Section A; Page 1.

<sup>863</sup> Schmitt Eric: „Accord on Military Would Curb 'Star Wars' and Stealth Bomber“, in: *New York Times*, October 18, 1990, Section A; Page 1, Column 4; National Desk.



## Zusammenfassung

Der weitgehende Ausschluss von *Antikriegsbewegungen*, *Kirchen NGOs* und der historischen Aufarbeitung mit dem Vietnamtrauma bedeutete die systematische, weil regelhafte Umsetzung von etablierten gesellschaftlichen Konventionen. Anhand der ausgeführten Themen konnte die Erzeugung einer massgeschneiderten Realität durch die Massenmedien festgestellt werden, deren Produktionsmodus nicht nur gesellschaftlich ausgegrenzte Organisationen und Themen instrumentalisierte, sondern dies auch über die konsequente Abwehr einer parteiübergreifenden Oppositionsbildung vollzog.

Die Legitimation der Ausschlussstrategie im Falle der *Antikriegsbewegungen* erfolgte über den eigenen historisch-kulturellen Kontext, weshalb die Kommunikationsstrategien nicht als solche benannt und erkennbar, aber durchaus gewollt als asymmetrisch aufgebaut waren. Weder in der Times noch bei USA Today kamen die besprochenen Organisationen und Themen in der Regel zu Wort. Erst als „International Human Right Watch“ ein aggressiveres Vorgehen des US-Präsidenten unterstützte, kam die Organisation als legitimer „Beweis“ für die härtere Gangart zu Wort.

*Die Kirchen* verspielten die Möglichkeit zum Meinungsumschwung durch ihr uneinheitliches Auftreten. Einheitlich anerkannten sie das moralisch geprägte Feindbild Hussein, über die zu treffenden Massnahmen schieden sich allerdings die Geister. Den Einbezug der Kirchen in die Entscheidungspolitik wurde im Sinne der Trennung von Kirche und Staat von der Zeitung zurückgewiesen. Über die Stimme von Präsident Bush reduzierte sie deren Funktion am 15. Januar 1991 entsprechend.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem in der Bevölkerung schwelenden *Vietnamtrauma* fand in beiden Zeitungen nicht statt. Weder Demokraten noch Republikaner nutzen die Folgen des Vietnamkriegs, um Stimmung gegen den drohenden Krieg zu erzeugen. Politisch befanden sich vor allem die Demokraten in einer Zwickmühle: einerseits war es ihnen aufgrund des codierten Feindbilds nicht möglich, sich grundsätzlich gegen den Krieg zu stemmen, andererseits hätte ein zweites Vietnam wohl unangenehme Fragen an die Oppositionsfähigkeit der Demokraten nach sich gezogen. Die permanent von beiden politischen Seiten und den Zeitungen hergestellten historischen Vietnambezüge schienen so zwar harmlose Anspielungen zu sein, die, mit der Ausnahme eines frühen Artikels von USA Today, nie eine wirklich selbstkritische Reflexion enthielten. Dieses Verhalten unterstrich aber das in der Politik und der Bevölkerung unterschwellig stets vorhandene Bewusstsein um die Notwendigkeit eines schnellen und sauberen Kriegs (Powells Luftangriffsstrategie), wollte man die gesellschaftlich-schmerzhaftige Aufarbeitung von Vietnam verhindern. Die Informationsasymme-

trie der Berichterstattung bestand deshalb nicht darin, falsche Informationen auszustreuen, sondern sämtliche Informationen und Vergleiche vorzuenthalten, die eine fundamentale gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Vietnam provoziert hätten. Stattdessen blieb eine latent schwelende aber eben *unbenannte* Angst vor der eigenen, noch unverarbeiteten Vergangenheit im Raum bestehen. Vietnam wurde zwar genannt, gleichzeitig aber wurden die Kernelemente der gesellschaftlichen Ängste nicht benannt und aufgearbeitet. Dies führte zu einer informationsasymmetrischen Omnipräsenz des Themas, die den gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess lähmte, dafür aber deren Ängste umso effizienter steuerte.

Mit der zuletzt eingeführten *Steuerdebatte* wurde vor allem deutlich, dass sich die Zeitungen gegen eine Vermengung von Themensträngen verwehrten, die inhaltlich nichts miteinander zu tun hatten. Die Steuerdebatte barg hohes Widerstandspotential gegen die amtierende US-Administration, denn der US-Präsident kam nicht umher, Steuererhöhungen durchzuführen und so zuzugeben, dass sein „Read my lips“ Wahlversprechen gebrochen war. Konnte man so einem Präsidenten vertrauen? Solche rhetorischen Angriffe der Demokraten taten beide Zeitungen entschieden als pure Wahlkampfaktik angesichts der Kongresswahlen im November ab, ein eigentlicher Zeitungsdiskurs gegen Präsident Bush entwickelte sich nicht, obwohl eine namhafte demokratische und sogar republikanische Opposition entstanden war. Man widersetzte sich so gegen die Vermischung *narrativer Erzählstrukturen* zweier komplett unterschiedlicher kognitiver Schemata und betonte vielmehr deren Differenz. Aufgrund dieser sauberen Trennung vergab man zwar die Chance, eine Oppositionspolitik gegen den kriegerischen Regierungskurs aus einer anderen, wenn auch themenfremden Perspektive aufzubauen, gleichzeitig aber unterstrichen beide Zeitungen eine für sich wichtige Funktion; die eigene Glaubwürdigkeit.

Insgesamt konnte so gezeigt werden, dass beide Zeitungen die eigene Authentizität und Glaubwürdigkeit wie im Falle der Steuerdiskussion durch die strikte Themenauftrennung betonten und diese gleichzeitig mit etablierten gesellschaftlichen Schemen verbanden. Eben weil man diese betonte und als Leitlinie für die eigene Berichterstattung bestimmte, vermochte man die anderen Schlüsselthemen (Antikriegsbewegungen, Kirchen, Vietnam) gemäß diesen gesellschaftshistorisch etablierten Regeln zu steuern, indem man Ängste produzierte und spezifische Interessensvertreter in ihrer Funktion instrumentalisierte.

## 12 Nachrichtentechnik als ökonomisches Gut – die Selbstwahrnehmung der Medien nach dem Krieg

Die medienimmanente Aufmerksamkeitsökonomie erforderte während des Kriegs nicht nur bei CNN, sondern auch bei den anderen grossen Sendeanstalten eine weitgehende Unterordnung unter die Prämissen vor Ort: die Freigabe von Bildern („*video-game-war*“) <sup>864</sup> erfolgte spärlich und kontrolliert, was den Networks etwa das Problem der Bildknappheit bescherte, weil ihre Programmstruktur nicht auf einen Live-Charakter ausgelegt war. Der Einfluss der Regierung auf die Nachrichtenberichterstattung der TV-Sender vor Ort offenbarte sich vor allem, als die Luftwaffe und die Bodentruppen aktiv wurden. Zentrales Regierungsinstrument zur Lenkung und Kontrolle der Presse vor Ort war das „Pool/Escort System“, <sup>865</sup> indem von den schätzungsweise 1'500 anwesenden Journalisten nur ein Teil aufgenommen wurde. Sie wurden privilegiert behandelt, hatten wesentlich mehr Zugang in die Krisengebiete und 450 von Ihnen bezahlte das Pentagon die ganze Reise, weil sie ein spezielles Pentagon-Medien-Unterstützungsprogramm durchlaufen hatten. <sup>866</sup> Diesen wurde dann unter Beaufsichtigung und Führung des Militärs erlaubt, verschiedene Kriegsschauplätze zu besichtigen. Den Rest der Presse kanalisierte man zu den „Riyadh briefings“ (benannt nach dem Hotel, in dem die Briefings gehalten wurden), welche die einzige Anlaufstelle für Informationen war, die sicherer als blosse Gerüchte von der Strasse waren. <sup>867</sup> Doch am Poolsystem teilzunehmen, stellte sich später als wenig privilegiert heraus: Norman Schwarzkopf, US-General und Oberster Kommandierender der Alliierten Streitkräfte am Golf, erklärte nach dem Ende der Kampfhandlungen, dass die Pool-Journalisten erfolgreich manipuliert worden seien, denn entgegen ihrer Annahme seien sie weder im Westen an der Front gewesen, noch hätten sie jemals die saudisch-irakische Grenze zu Gesicht bekommen. Ihnen sei vielmehr jedes Mal derselbe Frontabschnitt vorgeführt worden. <sup>868</sup> Die Überschrift: „Welcome temporary war experts“ <sup>869</sup> über dem Presseraum des Pentagons liess keine Zweifel offen, wer das Kriegsgeschehen an den heimischen Bildschirmen orchestrierte. Obwohl CNN gerade wegen der Möglichkeit Weltruhm erlangte, den Krieg in „Echtzeit“ zu vermitteln, wurde in den zahlreichen Live-

---

<sup>864</sup> Taylor Philip M. 1992: War and the media..., S. 33ff.

<sup>865</sup> Taylor Philip M. 1992: War and the media..., S. 51., Woodward Gary C.: The rules of the Game: The Military and the Press in the Persian Gulf War in: Denton Robert E. (Hrsg.): The media and the Persian Gulf War, Westport, London, 1993, S. 15.

<sup>866</sup> Elter Andreas: Die Kriegsverkäufer..., S. 224.

<sup>867</sup> Taylor Philip M. 1992: War and the media..., S. 62.

<sup>868</sup> Frankfurter Rundschau, 04.03.1991, S. 1, zitiert in: Schlaga Rüdiger 1992: Das Versagen..., S. 8.

<sup>869</sup> Denton Robert E. 1993: Television as an Instrument..., S. 36.

Schaltungen nur wenig inhaltlich Verwertbares bekannt. Hallin beschreibt die Funktion der US-amerikanischen Medienproduzenten vor Ort treffend:

“The primary role of the media in wartime in the Anglo-American world has long been to maintain the ties of sentiment between the soldiers in the field and the home front...The war had a narrative logic full of suspense, crescendos, and collective emotion. It was the stuff of high drama – valuable not only for high ratings but for high excitement in the community and the newsroom alike”.<sup>870</sup>

Nach dem Ende des Golfkriegs prangerten mehrere Zeitungen und Fernsehsender ihre Arbeitsbedingungen im Vorfeld, vor allem aber während des Kriegs an. In dem an Verteidigungsminister Cheney gerichteten „Letter to the Secretary of Defense“ vom 29. April 1991 monierten die Autoren:

“Our sense is that virtually all major news organizations agrees that the flow of information to the public was blocked, impeded, or diminished by the policies and practices of the Department of Defense. Pools did not work.”<sup>871</sup>

Damit beklagten die Medien aber nicht die Informationshoheit der US-Regierung, sondern vielmehr den Pool als Instrument zur Gewinnung der Zuschaueraufmerksamkeit. Interessant ist dabei zudem die Feststellung zweier grosser Absenzen: CNN und USA Today, die eigentlichen medialen Grossgewinner des Golfkriegs im Fernsehen und Printbereich. Während das CNN-Konzept dem Sender während des Kriegs zweifellos zum führenden audiovisuellen Berichterstattungsmedium machte, konnte auch USA Today die Dienstags-Auflage jeweils um 500'000 Stück steigern. Die New York Times hingegen verbuchte lediglich ein Zuwachs von 50'000 Stück.<sup>872</sup> Dementsprechend wenig verwunderlich sind die gegensätzlich abgefassten Kommentare von den auf der USS Wisconsin stationierten Reportern: während Peter Prichard von USA Today die Tätigkeit des Pentagons als „reasonably“ beurteilte und Versäumnisse mit Sätzen wie

„Obviously, they're not being very forthcoming, but they're in the middle of a military operations“,

schon fast entschuldigte, fand Howell Rains von der New York Times für die Informationspolitik von Verteidigungsminister Cheney deutliche Wort und bezeichnete diese als „very scanty“, also ziemlich dürftig, und fügte an:

„There's a full range of information they could have given out that the public is entitled to“<sup>873</sup>

---

<sup>870</sup> Hallin Daniel C.1994: War, popular culture..., S. 161.

<sup>871</sup> Representatives of the Press: Letter to the Secretary of Defense, in: Smith Hendrick (Hrsg.): The media..., S. 378.

<sup>872</sup> Kurtz Howard: Newspapers, Getting it Late but Right, in: Smith Hendrick (Hrsg.): The media..., S. 275.

<sup>873</sup> Kurtz Howard: Newspapers..., S. 276.

Doch weshalb fehlte USA Today auf der Landkarte der Kritiker? Nahm das Massenblatt die offensichtlich zensorischen Massnahmen während des Kriegs desillusioniert einfach als gegeben hin? Wohl kaum, vielmehr handelte es sich um eine für USA Today perfekte Umsetzung der Aufmerksamkeitsökonomie: zuerst einmal muss festgehalten werden, dass der Golfkrieg für die „leichten“ und „bunten“ Medien ein Quoten- und Auflagesteigerndes Geschäft war, das deshalb wohl einen geringeren Grad von Manöverkritik an der Informationspolitik der Regierung hervorrief. Für die Zeit vor dem Kriegsausbruch ist dementsprechend wenig mediale Eigenkritik zu finden, nur gerade eine einzige Bemerkung thematisiert eine kritische Distanz der Zeitungen zur qualitativen Informationspolitik der US-amerikanischen Regierung:

“Americans are totally unprepared not only to see Americans hurt, wounded and dying. But we're unprepared to see what our bombs might do to Iraqi mothers and their children.”<sup>874</sup>

Die Aussage vom 8. Januar 1991 unterstreicht dabei vor allem das Bedürfnis, nicht zu viel grausame Informationen senden zu müssen. Trotz des breit gestreuten Misstrauens gegenüber der zentral geführten politischen Institution der amerikanischen Regierung war Zensur für die Zeitung offenbar kein dominierendes Thema, ja man befürwortete bestimmte Sanktionen und suggerierte Tags darauf sogar, dass die von CNN gezeigte Wirklichkeit die wohl einzig verlässliche sei:

“But the clock ticks on, counting down to next Tuesday's U.N. deadline with all the steadiness of a CNN camera, which proved the one reliable channel between the two capitals.”<sup>875</sup>

Gedanken über die mögliche *Fremdlenkung* des Senders etwa durch die ungefilterte Übernahme von Aussagen Dritter Institutionen wie *think-tanks* oder der Regierungs-PR finden sich während der gesamten untersuchten Berichterstattungsperiode hingegen nicht. Eine solche Debatte hätte die Glaubwürdigkeit aller Medien in ihrer selbst gerne betonten Funktion als „*Watchdogs*“ auch umgehend in Frage gestellt. USA Today sprach am 29. Januar 1991, wieder indirekt über eine Drittperson, CNN erneut die volle Glaubwürdigkeit und das volle Vertrauens aus:

“1st Sgt. Bill Gilbert, 42, of Bangor, Maine, a 24-year veteran who served in Vietnam, listens to the Armed Forces Radio Network, which carries an audio feed from Cable News Network. “CNN will let us know where it went,” he says. “They've got somebody everywhere. That's what I write back home to my parents: You listen to CNN and you know as much as we do.”<sup>876</sup>

---

<sup>874</sup> Colton David: “Peace or not peace”; Choice in Saddam's 'power'”, in: *USA Today*, January 8, 1991, Page 1A.

<sup>875</sup> Neuman Johanna: “ALL EYES ON GENEVA; Today's meeting 'last, best chance' for peace; A mission impossible, or room to move”, in: *USA Today*, January 9, 1991, Page 1A.

<sup>876</sup> Jolidon Laurence: “Troops dig in for 'G-Day'; Until it, gets started there will be fear”, in: *USA Today*, January 29, 1991, Page 1A.

Auch im Nachgang des Kriegs wurde seitens der Zeitung keine Kritik laut. Der Artikel vom 22. März thematisierte auf den ersten Blick lediglich die zunehmende Bedeutung des *Kabelfernsehens*. Restriktionen sah die Zeitung in der *technischen* Machbarkeit. Die unbestreitbare Relevanz, so James Mooney, Präsident der “National Cable Television Association”, habe sich ja während des Golfkriegs bewiesen:

„The enthusiasm for the service we provide is at an all-time high,” says James Mooney, president of the National Cable Television Association, which begins a four-day convention here Monday. “CNN, during the Persian Gulf war, was kind of symbolic ... people are increasingly satisfied with the programming, at least, in regards to cable.”<sup>877</sup>

Vertreter der Republikaner im US-Senat drängten auf einen raschen Ausbau der Programmkapazitäten und begründeten diese *mit den gestiegenen Qualitätsansprüchen*, die sich auf den Gedanken der Aufmerksamkeit als ökonomisches Gut richteten:

“People want more and better programming. People want state-of-the-art technology and they want good customer service,” says Mooney. “While we are sensitive to the fact that the public has limited patience with rate increases that go on forever, it is hard to do all those things and keep rates” in check.”<sup>878</sup>

Die Lehren aus der Golfkrise zog USA Today so vorderhand *technischer Natur*. Die publizierte Aussage verrät aber gleichzeitig, dass das Augenmerk nicht nur der technischen Nachrichtenentwicklung wie den Übertragungstechniken (Satelliten, Live-Übertragungen) galt, sondern vielmehr der *Entwicklung* einer Nachrichtentechnik als ökonomisches Gut, die eine produzier- und kontrollierbare Wirklichkeit zuliess, die zugleich jenem Exklusivitätscharakter (im Sinne von charakteristisch und medientypisch) entsprach, den jedes Medium für nichtsubstituierbare Inhalte so dringend suchte. Gemeint war damit jenes Zusammenspiel von konsistent und kohärent ausgeprägten Botschaften, die über die Massenmedien effektiv und meinungsbildend wirken konnten. Nur ein solches Zusammenspiel bewahrte die „leichten“ Massenmedien auch künftig davor, bei gleichzeitig hohen Auflagen und Einschaltquoten der Gefahr aufzulaufen, selbst unglaublich zu wirken und die Aufmerksamkeit des Zuschauers zu verlieren. Nachrichten aus „unglaublichen“ und zensierten Medien zu antizipieren, hätte letztlich für keinen Leser einen Wert dargestellt und wohl den Lese- und Sehverzicht in Form von Aufmerksamkeit als ökonomisch und haushalterisch einzusetzendem Gut bedeutet. Der Hinweis auf die limitierte Publikumsgeduld nach dem Krieg unterstreicht, dass sich USA Today dem Wert und dem Regelwerk einer selbstproduzierten und kohärent aufgebauten Medienrealität zu jedem Zeitpunkt sehr wohl bewusst war.

---

<sup>877</sup> Donlon Brian: “Are cable rates out of control?; Enthusiasm for cable at ‘all-time high’”, in: *USA Today*, March 22, Page 1A.

<sup>878</sup> Rep. Ed Markey, D-Mass., House telecommunications subcommittee chairman, Ibid.

## 13 Die massgeschneiderte Realität – Resümee und Ausblick

Das vorliegende Buch wollte eine Antwort auf die Frage finden, inwiefern das Mediensystem *kausal* für die Art der Berichterstattung, vor allem zwischen dem Krisenbeginn am Persischen Golf am 2. August 1990 und dem Kriegausbruch am 15. Januar 1991, verantwortlich gemacht werden konnte. Meine Vermutung lautete, dass die Konstruktion der politischen Realität *durch Überredung durch Suggestion anstatt durch Repression* ermöglicht wird, wenn die aufgezeigte Konstruktion der Informationsflüsse einem Verfahren entspricht, das Widerspruch nicht repressiv, sondern aufgrund *akzeptierter historischer Regeln* ausschliesst. Um diesen Umstand erklären zu können, war zuerst einmal eine Einführung in die Instrumente der Meinungsbildung notwendig, welche die ansonsten stark sozialwissenschaftlich geprägte Diskussion auf eine historisch-kulturelle Ebene verlagerte. Nachrichtenwerte, *Priming* und *Framing* sind sozialwissenschaftlich gesprochen ein technischer Prozess zur Bewertung diskursiver Positionen, wobei die Bewertung und Einordnung durch jene kognitiven Schemata erfolgt, die einem jedem sozialen Kulturträger inhärent sind. Diese gesellschaftlichen Wurzeln bilden ebenso das Grundgerüst für den Bewertungskatalog von Le Shan, denn sie beziehen sich auf das kulturhistorische Vermächtnis einer jeden Gesellschaft. Deshalb war die Aufarbeitung dessen notwendig, was als nationalhistorisches Gedächtnis in den USA gelten darf. Dazu gehören vorderhand die Bedeutung der Gründungsmythen sowie das im Bewusstsein der Bevölkerung tief verwurzelte Prinzip der lokalen Verankerung, das dann als *Gemeinschaft der Freien* die Grundlagen der aussenpolitischen Herrschaftsansprüche bereit stellt. Das Verteidigungsmodell der inneren und individuellen Souveränität besteht nämlich in einer regelhaften Unterordnung des Einzelnen, um gegen äussere Gefahren durch die einende Kraft von Glaube, Patriotismus und Militär zu kämpfen. Wichtig ist dabei zu verstehen, dass sich ein US-Bürger nicht durch die Blutsherkunft auszeichnet, sondern durch das Teilen von diesen Idealen und Werten, die ihn der Gemeinschaft zugehörig werden lassen. Die Grenzen eines solchen medialen „innen“ und „ausser“ sind dann eben nicht durch geografische Schranken abgesteckt, sondern beginnen und enden mit dem Aufbau und der Zersetzung bewusst konstruierter, regelhafter Formationen des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses durch Information: während des Vietnamkriegs genügte ein einziger Referenzpunkt der Realität, um das inszenierte Kriegsbild zu zerstören und im Zuge der TWA-Entführung genügte die Feststellung der Medien, dass die US-Regierung im Sinne eines „Nicht-Handelns“ ihre Verantwortung gegenüber den festgehaltenen US-Geiseln - und damit den US-Bürgern - nicht wahrnahm.

Rascher technischer Fortschritt, wachsender privatwirtschaftlicher Wettbewerb zwischen den Networks, veränderte Medieninhalte und ein dadurch hervorgerufener Gesinnungswandel journalistischer Arbeitsleitlinien, die Reduktion von Entscheidungskompetenzen auf wenige Entscheidungsträger sowie eine veränderte aussenpolitische Bedrohungslagen waren die sich wechselseitig beeinflussenden Faktoren, welche die Veränderung der amerikanischen Nachrichtenformate in den 1970er und 1980er Jahren prägten. Diese Entwicklungslinien haben in der Folge das Buhlen um die Aufmerksamkeit des Medienpublikums nicht nur als knappes, ökonomisches Gut intensiviert, vertieft und professionalisiert wurde zudem das aus der jeweiligen politischen Perspektive verfolgte Einflussmanagement organisierter Eliten wie etwa dasjenige der noch prüfbareren *Lobbyisten* und *think-tanks*, aber auch kaum fassbarer Verstreungen wie das der *Revolving-doors* und der *Corporate Interlocks*.

Anfang der 1980er Jahre versuchten Politik und Rüstungsindustrie ihren Einfluss auf die Medienelite über die Stärkung der eigenen Eigentumsverhältnisse an den grossen Medienanstalten auszudehnen. Dieser kostspielige Versuch verfehlte seine gewünschte Wirkung, wie die Berichterstattung anlässlich der Geiselnahme des TWA Flugs 847 unschwer erkennen lässt. Die audiovisuellen Medien waren umgekehrt vielmehr Auslöser und treibende Kraft der politischen Strategiedekonstruktion Reagans. Keine Administration hatte bislang eine funktionale Massnahme der Informationsregulierung gefunden. Die Strategie der Meinungsbildung im *Vorfeld des Golfkriegs* von 1991 konzentrierte sich schliesslich nicht auf die Stärkung von Eigentums- und Machtverhältnisse organisierter Eliten, sondern baute in drei Phasen eine schlüssige Formierung der Kommunikationsgrundlagen im Sinne der *Überredung durch Suggestion anstatt durch wahrnehmbare Repression* auf, die durch die Medien selbst angeleitet war.

Vier Themenstränge strukturierten den Zugang zum Krieg bei der New York Times und bei USA Today. 1. Das Gefahrenpotential, das vom vermuteten biologischen und chemischen Waffenarsenal ausging (ABC-Waffen und „*human-shield*“ Problematik), 2. Die (historische) Pflicht der USA, der irakischen Aggression entgegenzustehen, 3. Die frühe Akzeptanz von Husseins Dämonisierung und 4. Die irakischen Kriegsgreuel (Geiselthematik). Diese Stränge wurden *von der Regierung* gleich zu Beginn des Konflikts als Gründe für den Krieg eingebracht und von den US-amerikanischen Massenmedien übernommen. USA Today referierte die publizierte „Faktenlage“ von Beginn weg als voraussetzungslos wahr, während die New York Times die Konturierung des Feindbilds zwischen „*We*“ und „*they*“ analytisch-erklärend und beispielhaft unterlegte. Dadurch schufen beide Zeitungen einen für sie medientypischen Zugang Ereignis am Persischen Golf, das den Leseerwartungen im Verbund mit der dazugehörigen Medienmarke entsprach. Die New York Times legte dabei zuerst aber unmiss-



verständlich fest, dass kein Weg an der Verbindlichkeit der Internationalen Rechtsordnung unter der Ägide der U.N. vorbeiführe. Öl als Kriegsgrund hingegen war für beide Zeitungen kein gangbarer Weg. Dieses Argument liess sich nicht zureichend als „kriegsgültig“ produzieren, da es in den Augen der Medien und der Bevölkerung nicht einem substantiellen nationalen Interessen entsprach.<sup>879</sup> Die produzierten Feindbild-Anlagen mussten vielmehr so gewählt und entwickelt werden, dass die Authentizität und Glaubwürdigkeit der Feindbildproduktion bestätigt und gestärkt werden konnte. Dies vollzogen beide Zeitungen anhand der andauernden Konturierung des Gefälles zwischen „*We*“ und „*they*“. So etwa, als Hussein Ende August die genommenen Geiseln im Fernsehen vorführte und dadurch einen Aufschrei in den US-Medien erzeugte, der seine eigene Abscheulichkeit unterstrich oder Ende September die in der New York Times vorgenommene kulturelle Differenzierung zwischen der auserwählten Nation USA und den *selbsterwählten* Feinden aus dem Iran und dem Irak. Die politischen Spitzenvertreter der US-Administration wiederum fielen in dieser ersten Phase bei beiden Zeitungen vor allem durch Absenz oder Zurückhaltung auf. Es entstand so nicht der Eindruck einer von der US-Regierung geformten Propagandastrategie, sondern eine durch beide Zeitungen zusammengefügte Berichterstattung, die auf den vorgetragenen Schlüsselbeispielen und den Aussagen der iranischen- und irakischen Machthaber selbst beruhte und sich so stets unmittelbar schärfte, kurz: beide Zeitungen produzierten ein Feindbild, dass aufgrund der referierten *aussenpolitischen* Faktenlage ohne das Zutun der Regierungsverantwortlichen zunehmend für sich selbst sprach.

Nachdem das Feindbild aussenpolitisch zementiert war, erforderte die zweite Phase im November/Dezember die *innenpolitische* Auseinandersetzung mit dem Konflikt, um so schliesslich politisch angemessen reagieren zu können, denn bevor aussenpolitische Lösungen angestrebt werden konnten, mussten zuerst die innenpolitischen Standpunkte geklärt werden. Zuerst strichen beide Zeitungen ihre Funktion als „*Watchdogs*“ hervor und betonten so die eigene Glaubwürdigkeit und Authentizität. Die Times forderte endlich eine sachlogische Argumentation von der US-Regierung, die einer symbolisch-kollektiven Argumentationsstruktur wie derjenigen zu *Thanks-Giving* entsagte und sich auf die von der Zeitung eingeführte ABC-Problematik als „real“ existierendes Problem konzentrierte. Die so von der Zeitung produzierte „objektive“ Berichterstattung war im Stande, selbst nur auf Spekulation beruhende Ereignisse, wie etwa die Informationen über den Kauf einer Atombombe durch den irakischen Machthaber als voraussetzungslos wahr zu reproduzieren. Auch wenn die Times eine sachlogische Diskussion einforderte, die für sie gültige konservative Wertestruktur trat sowohl bei der Ausgestaltung der Themenstränge Anfang August als auch bei der Differenzierung zwi-

---

<sup>879</sup> Mueller John: Policy and Opinion in the Gulf War, Chicago 1994, S. 23 und S. 42.

schen „*We*“ und „*they*“ Ende September am Beispiel des Irans deutlich hervor. Bei USA Today dominierte eine kontinuierlich stark auf Emotionen und etablierte, konservative Wertestrukturen basierende Berichterstattung. Die Zeitung stellte die Situation der US-Regierung über die Aufdeckung versteckter originärer Motive (Öl) der Hauptprotagonisten Bush und Baker in Frage, die dem vom Volk verliehenen Schutzauftrag der Gemeinschaft der Freien entgegenliefen. USA Today formte daraus aber keine veritable Oppositionspolitik, sondern monierte einzig die dadurch verzögerte Krisenbewältigung. Gleichzeitig übernahm die Zeitung den vom US-Präsidenten ausgeformten mythischen Kontext rund um *Thanks-Giving* und grenzte schliesslich mit der ebenso emotional aufbereiteten Geiselschichte der Figur Tom Justus die gangbaren Lösungsmöglichkeiten aus der Krise ein. Bei der New York Times erfolgte dieser Schritt etwa zur selben Zeit über die sachbezogene Diskussion um die Dysfunktionalität der U.N. Sanktionen als Alternative zum Krieg. Diese konnten aufgrund der referierten „Faktenlage“ schrittweise ausgeschlossen werden. Die Positionsbezüge bedeuteten schliesslich für beide Zeitungen gleichermassen den Ausgangspunkt für die Ausformulierung einer Lösungsstrategie *für* den Krieg. USA Today führte mit General Colin Powell zu aller erst eine glaubwürdige, dem eigenen konservativen Werte-Set entsprechende Alternativfigur zu Präsident Bush und Aussenminister Baker ein und bei der Times erfolgte der schrittweise Ausschluss der demokratischen Oppositionsrolle anhand der Demontage der U.N.-Sanktionen als einzige Alternative zur militärischen Auseinandersetzung. Mit dem eindeutigen Hinweis Powells bei USA Today, die registrierten Verbrechen im Irak aufgrund der eigenen, für ihn und das Militär einzig richtigen Werte nicht hinnehmen zu können sowie die bei der Times damit ebenso begründeten und eingeleiteten *Zero-Tolerance-Strategie* gegen Hussein verlagerten beide Zeitungen ihre Position wieder auf die aussenpolitische Bühne und wurden so gleichsam kriegstreiberisch, obwohl die Unvermeidbarkeit des Kriegs noch nicht schlüssig dargelegt worden war.

Dies erfolgte in der dritten Phase im Januar 1991. Beide Zeitungen hoben mit der Stimme des Feinds die qualitative Wertedifferenz zwischen „*We*“ und „*they*“ unmissverständlich hervor. Es war der Feind, der die finale Auseinandersetzung suchte, die US-Amerikaner nun sogar zum Abschuss freigab, keine Alternative zum Krieg zuliess und somit die Bedrohung der Gemeinschaft der Freien von aussen betonte und damit deren Schutzbedürfnis zugleich unterstrich. Die von beiden Zeitungen ausgeschlachtete Kampfreden Husseins bedeutete gleichermassen den unabwendbaren Verteidigungskrieg. Um die Frage, inwiefern dies nur irakische Rhetorik gewesen sein könnte, kümmerten sich weder die Times noch USA Today. Vielmehr stellten beide Blätter den nun unabwendbaren Krieg über die Diskussion eines Kriegs, der nur der Sicherstellung von Erdölreserven diene. USA Today leitete gar eine gött-

liche Mission aus Husseins Hasstiraden ab. Dieses „Zeugnis“ wurde durch die Produktion von Bildern ermöglicht, die vor dem eigenen *nationalhistorischen* Hintergrund eine zusammenhängende Leseart des Feindbilds Saddam Hussein gegen die USA ausprägten. Beide Zeitungen entkräfteten bis zum Schluss den Verdacht eines Kriegs, der nur aufgrund der Sicherung von Erdölreserven stattfand, nicht, sondern ordneten die kritischen Argumente lediglich der aufgebauten Themenstruktur vom November/Dezember unter, weil entweder die „reale“ Bedrohungslage zu gross war (Times) oder eine göttliche Mission von den eigenen Bürgern kaum angezweifelt werden konnte (USA Today). Diese Produktionsmechanismen erzeugten insgesamt eine unsichtbare Formation von Meinungsbildungsprozessen durch die Massenmedien mit einem von den Zeitungen jeweils *bewusst* eingesetzten Instrumentarium der Willensbildung, das die Konstruktion der politischen Realität *durch Überredung anstatt durch Repression* ermöglichte. Zweifel mussten nicht ausgeräumt, sondern durch ein für den Leser stimmiges Szenario überlagert werden.

Die selektive mediale Berücksichtigung der Antikriegsbewegungen und NGO's sowie die burleske Verarbeitung des Vietnamtraumas unterstreichen diesen Befund. Die Einschränkung der Kriegsopposition entsprach einer Informationsasymmetrie, die ihre Regelstruktur ebenso gesellschaftlich etablierten Konventionen entlieh wie das schwelende Vietnamtrauma. Dieses wurde zwar permanent betont, allerdings förderte die Diskussion nur das Bewusstsein um die Notwendigkeit eines schnellen und sauberen Kriegs, wollte man die schmerzhaft und bislang ausgelassene Aufarbeitung umgehen. Vietnam war, so gesprochen, ein Mahnmal, das die möglichen politischen Konsequenzen einer enttarnten symbolischen und narrativen Szenarielenkung durch die US-Regierung aufzeigte.

Trotz des dargelegten Einflusses der Massenmedien auf die Wirklichkeitsproduktion blieben weitergehende Fragen offen: konnte die US-Regierung über ihre Verbindungen zu USA Today in die Ausgestaltung der Diskurse im Dezember eingreifen und so die dargebotene Wirklichkeit beeinflussen oder hatten sich etwa sogar einige Leitartikelschreiber über nicht bekannte „*Corporate Interlocks*“ in den Dienst der Regierung gestellt? Solche Ergebnisse vermochte der gewählte Ansatz nicht zu produzieren, der *direkte* PR-Einfluss der Regierung oder von regierungsnahen Stellen auf die Ausprägung der Inhalte konnte sogar nur in wenigen Fällen aufgezeigt werden. Allerdings entspricht ja gerade die Nichtidentifikation des Absenders für die erfolgreiche Umsetzung der unentdeckten Formation durch Information. Aufgezeigt werden konnten allerdings die Funktionsmechanismen einer „autorisierten“ Leseart,<sup>880</sup> aufgrund derer der Entscheid für den Krieg durch die untersuchten Medien schlüssig belegt

---

<sup>880</sup> Hipfl Brigitte: Medien als Konstrukteure (trans-)nationaler Identitätsräume,...S. 57.

wurde und so die unbemerkte aber regelhafte Formation des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses durch Information gelang.

### Ausblick und Anschlussfrage

Als Anschlussüberlegungen an diese Arbeit liesse sich nun die These der „unbemerkten Formation durch Information“ mit dem Werkzeugkasten der Ökonomen prüfen, um die bisherigen Ergebnisse einen Schritt weiter hin zur Identifikation der kommunikativen Absender voranzutreiben. Die Relevanz einer solchen „formelhaften“ Auseinandersetzung unter ökonomischen Gesichtspunkten belegen etwa die Essays von Solow oder Lucas, denn beide berichten von einer „Black Box“, in deren Zentrum ein Geflecht staatlicher Massnahmen und Einrichtungen zur Förderung von „Bildung“ steht.<sup>881</sup> Die Aussage von Solow und Lucas verdeutlichen aber auch, dass den Ökonomen offenbar die Werkzeuge und das Bewusstsein fehlt, ökonomische Prozesse als anwendungsoffene Systeme zu denken, wie die es etwa Bernd Senf feststellt und einfordert.<sup>882</sup>

Einige sehr abstrakte Anschlussüberlegungen sollen deshalb nachfolgend als Anregung illustriert werden: der „Verkauf“ moralischer Kategorienprodukte durch die Produzenten liesse sich mit viel geringeren Kosten bewerkstelligen, da a) ein intakter und andauernder Nachfragemarkt beispielsweise seitens der schutzbedürftigen Bürger eines Landes vorhanden ist und b) Informationsproduzenten in Form von Regierung, Medien und Netzwerkstrukturen mit hoher Medienrelevanz den Preis des nachgefragten Produkts regulierbar gestalten, kurz: Das „Produktangebot“ muss unter Ausnutzung der zweifellos monopolistischen Stellung der Medien als Informationsproduzent der politischen und militärischen Machtexekutive, der monopolistischen Stellung als Elite-Medium und der oligopolistischen Produktionsstrukturen von Information und Wahrheit (Regierungs-PR, Medien, Verbindung von zugewandten Netzwerkstrukturen wie etwa *think-tanks*) als *unelastisch* (Moral als alternativlose Kategorie) und in *zweckdienlicher Menge* (Begrenzung der Anzahl der Themen, Anzahl der Diskussionspartner) zur Verfügung gestellt werden. Dies bedeutete a) die Knapphaltung des Angebots bei gleichbleibend hoher Nachfrage sowie b) die Substitution des angebotenen Produkts auszuschliessen (z.B. Exklusivität der angebotenen Lösung).<sup>883</sup> Zudem müsste stets bedacht wer-

---

<sup>881</sup> Solow Robert: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics*, Cambridge, Mass., 70 (1956), S. 65-94, Lucas Robert: On the Mechanics of Economic Development, in: *Journal of Monetary Economics*, Vol. 22 (1), (July 1988), S. 3-42.

<sup>882</sup> Senf meint: „Nur offene Systeme sind langfristig lebens- und überlebensfähig, geschlossene und starre Systeme gehen an ihrer eigenen Starrheit zugrunde. Das gilt auch für Denksysteme, insbesondere wenn sie – wie die Ökonomie – den Anspruch haben, die Lebensgrundlagen auf dieser Erde langfristig sichern zu helfen. Denn was sonst sollte gemeint sein mit der „optimalen Allokation der Ressourcen“?“ vgl. Senf Bernd: Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise, Kiel 2007, S. 11.

<sup>883</sup> Die obige ökonomische Einfassung ist natürlich insofern unvollständig, als dass sie weder die Effekte des Zusammenspiels einer Angebotsveränderung noch die Definition und die kurz- und langfristigen Auswir-

den, dass sich sowohl Parteien als auch Unternehmen unilateral verhalten. Ausgangspunkt sind sie selbst. Sie bauen Beziehungen zu anderen Organisationen - beziehungsweise zu den von ihnen definierten Institutionen und Personengruppen - auf und organisieren dann eine restringente Kommunikation – soviel wie möglich aber nicht mehr als nötig.<sup>884</sup>

Gefragt wären hier keine reinen kopplungswissenschaftliche Ansätze aus der „Ökonomie“, „Politikwissenschaft“, oder gar der „Publizistik“, sondern vielmehr Konzepte, die durch die strukturellen Rahmenbedingungen definiert sind, denn *Glaubwürdigkeit als zentrales Anliegen einer jeden kommunikativen Beziehung* kann, das hat die Studie eindeutig gezeigt, weder sozialtechnologisch noch durch ökonomische Parameter hergestellt werden, sondern immer nur „vertrauensvoll erworben werden.“<sup>885</sup>

---

kungen von notwendigen Zusatzvariablen wie etwa „Zins“, „Währung“ oder „Vermögen“ berücksichtigt. Davon unabhängig zeigt sich allerdings, dass auch unter der Berücksichtigung kurz- und langfristiger aggregierter Angebots- und Nachfragebetrachtungen eine Preiszunahmen letztlich zu einer Senkung der Produktionsmenge führt. Die einzige Möglichkeit einer gesamtwirtschaftlichen Anhebung des Produktionsniveaus im Gleichgewicht verlief über die Produktivitätssteigerung und die damit verbundenen Faktoren „Realkapital“, „Humankapital“, „Natürliche Ressourcen“ und „Technologisches Wissen“.

<sup>884</sup> Rolke Lothar: Public Relations...S. 136f.

<sup>885</sup> Zerfass Ansgar: Unternehmensführung..., S. 362f.

# 14 Literaturverzeichnis

## Zeitschriften und Berichte

- Altheide David: Impact of Format and Ideology on TV News Coverage of Iran, *Journalism Quarterly* 62, 1985.
- Baker, C. Edwin: Ownership of Newspapers: The View from Positivist Social Science. Discussion Paper Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics, and Public Policy, Harvard University 1994.
- Das Parlament 46/2003.
- Gans Herbert J.: Are U.S. Journalists dangerously liberal? In: *Columbia Journalism Review*, November 1985, S. 29 – 33.
- Gans Herbert J.: Deciding What's News: A study of CBS Evening News, NBC Nightly News, Newsweek, and Time, Illinois 2004.
- McGann James: The Think Tank Index, in: *Foreign Policy*, January/February 2009
- GAR, Journal of the Forty-Fourth National Encampment, Atlantic City, New York 1910.
- Hackett Conrad: Lindsay Michael D.: Measuring Evangelicalism: Consequences of Different Operationalization Strategies, in: *Journal for the Scientific Study of Religion* (2008) 47(3):499–514.
- Hill Peter C., Pargament Kenneth I., Hood Ralph W. Jr., McCullough Michael E., Swyers James P., Larson David B., Zinnbauer Brian J: Conceptualizing Religion and Spirituality: Points of Commonality, Points of Departure, in: *Journal for the Theory of Social Behaviour* 30:1, S. 51-77.
- Hurwitz J., Peffley M.: Public images of the Soviet Union: The impact on foreign policy attitudes. *Journal of Politics*, 52 (1), 1990, 3-28.
- Just Marion R., Neuman Russel W., Crigler Ann: An Economic Theory of Learning from News, Research Paper R-6, Juli 1992, Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics, and Public Policy, Harvard University.
- Köster Werner: Ein Nomade zwischen Kunst und Wissenschaft. Über Peter Weibel als Vertreter des Techno-Diskurses. In: Bohrer Karl Heinz, Scheel Kurt (Hrsg.): *Medien. Neu? Über Macht, Ästhetik, Fernsehen*. Sonderheft Merkur Bd. 47, Nr. 9,10 (1993), S. 795-806.
- Kunczik Michael: Wie man Feindbilder aufbaut. *Message – Internationale Fachzeitschrift für Journalismus*. Nr. 1/1999.
- Lasorsa Dominic L., Reese Stephen D.: News source use in the crash of 1987: A study of four national media. *Journalism Quarterly* 67, 1990, S. 60-71.
- Loomis Edward S., Phillips Paul S.: Selected Elite Newspapers and Coverage of the Persian Gulf War: A Content Analysis and Study of the Influence of the New York Times and Los Angeles Times on Public Opinion, Washington D.C. 1991.

- Lucas Robert: On the Mechanics of Economic Development, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 22 (1), (July 1988), S. 3-42.
- Hackett Robert A., Zhao Yuezhi: Challenging a master narrative: peace protest an opinion/editorial discourses in the US press during the Gulf War, in: Discourse & Society, 5(4), 509-541.
- McClellan, Steve: Multimedia Buy Boosts Gannett into Top 10“, Broadcasting & Cable, 31. Juli 1995, S. 95, Scharow Anya: “The Merger”, Mediaweek, 27. November 1995.
- Oppenheimer M, Canning J.: The national security state. Berkeley Journal of Sociology, 1979, S. 3-33.
- Parish Peter J.: An Exception to Most of the Rules: What Made American Nationalism Different in the Mid-Nineteenth Century? Prologue 27, 1995, 219-229.
- Peffley, M.; Hurwitz, J.: International events and foreign policy beliefs: Public response to changing Soviet-U.S. relations. American Journal of Political Science, 36 (2), 431-461.
- Reese Stephen D., Grant August, Danielian Lucig H.: The structure of new sources on television: A network analysis of “CBS News,” “Nightline,” “MacNeil/Lehrer,” and “This Week with David Brinkley.” Journals of Communication 44, 1994: S. 84-107.
- Schlesinger P.: Terrorism, the media and the liberal-democratic state: A critique of the orthodoxy. Social Research, 1981, 48, S. 74-99.
- Scheufele Bertram: Framing-Effekte auf dem Prüfstand. In: Medien und Kommunikationswissenschaften, 52. Jahrgang 1/2004, S. 30-55.
- Solow Robert: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Cambridge, Mass., 70 (1956), S. 65-94.
- Soulie G.: European integration and the suppression of terrorism. Review of Contemporary Law, 1978, 2, S. 21-45.
- Schönhagen Philomen: Der Journalist als unbeteiligter Beobachter. Publizistik, Vierteljahrshefte für Kommunikationsforschung. 44. Jg., H. 4, 1999, S. 271-287
- The Economist, On the trail, 14. August 2004.
- The Economist: The world this week, October 25<sup>th</sup> 2008, S. 7.
- Wolfson Lewis W.: Through the Revolving Door. Blurring the Line between the Press and Government, Research Paper R-4, Juni 1991, Joan Shorenstein Barone Center on the Press, Politics, and Public Policy, Harvard University.

## Zeitungen und Zeitungsartikel

Apple R.W. Jr.: "The Iraqi Invasion; INVADING IRAQIS SEIZE KUWAIT AND ITS OIL; U.S. CONDEMNS ATTACK, URGES UNITED ACTION", in: *New York Times*, August 3, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A, Page 1.

Apple R.W.: "CONFRONTATION IN THE GULF: U.S. MAY SEND SAUDIS A FORCE OF 50,000; IRAQ PROCLAIMS KUWAIT'S ANNEXATION; BUSH DRAWS 'LINE'", in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

Apple Jr. R. W.: "CONFRONTATION IN THE GULF: JORDAN VAGUE ON EMBARGO; TEHERAN TO BACK SANCTIONS; NEW THREAT MADE IN KUWAIT; PEACE HOPE FADING", in: *York Times*, August 17, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

Apple R.W.: "Confrontation in the Gulf; U.S. KEEPS KUWAIT MISSION OPEN, JOINING OTHERS IN DEFYING IRAQ; TOKYO FUNDS TO BACK EMBARGO", in: *New York Times*, August 23, 1990, Column 6; Foreign Desk, SECTION: Section A; Page 1.

Apple R.W.: "Confrontation in the Gulf; Bush Briefs Legislators on Crisis And They Back His Gulf Strategy", in: *New York Times*, August 29, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

Apple R.W. Jr.: "Campaign; War Clouds, No Thunder; As Guns Are Silent, So Are the Candidates, Section", in: *New York Times*, November 6, 1990, A; Page 1; Column 2; National Desk.

Apple R.W.: "STANDOFF IN THE GULF; The Collapse Of a Coalition," in: *New York Times*, December 6, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.

Apple R.W. Jr.: „CONFRONTATION IN THE GULF: OVERVIEW; U.S. AND IRAQ PREPARE FOR WAR AS TONIGHT'S DEADLINE NEARS; DIPLOMACY REMAINS FRUITLESS" in: *New York Times*, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

Ayres Drummond B.: "CONFRONTATION IN THE GULF; Across the South, a Clash of Doubt and Fervor", in: *New York Times*, January 9, 1991, Column 5; National Desk, Section A; Page 1.

Benedetto Richard: "Bush on taxes: 'Read my hips'; Flap over flip-flop may hurt in '92", in: *USA Today*, October 11, 1990, Page 1A.

Berke Richard L.: "Congress Returning to Its Tasks With No Sign of Budget Accord, in: *New York Times*, September 4, 1990, Section A; Page 1, Column 1; National Desk.

Browne Malcolm W.: "MIDEAST TENSIONS; Atomic Agency Invited by Iraqis For Inspections", in: *New York Times*, November 16, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.

Burns John F.: "CONFRONTATION IN THE GULF; IRAQIS THREATEN TO ATTACK SAUDIS AND ISRAELIS IF NATION IS 'STRANGLER' BY EMBARGO", in: *New York Times*, September 24, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1.



Chicago Tribune: "Managed news from both ends", March 20, 1965.

Colton David: „'Peace or not peace'; Choice in Saddam's 'power'", in: *USA Today*, January 8, 1991, Page 1A.

de Courcy Hinds Michael: "CONFRONTATION IN THE GULF; Antiwar Effort Buds Quickly, Nurtured by Activism of 60's", in: *New York Times*, January 11, 1991, Section A; Page 1; Column 5; National Desk.

DeParle Jason: „Confrontation in the Gulf; Despair, Calm and Disdain Greet Mobilization at Bragg", in: *New York Times*, August 13, 1990, Section A; Page 1, Column 4; National Desk.

Donlon Brian: "Are cable rates out of control?; Enthusiasm for cable at 'all-time high'", in: *USA Today*, March 22, 1991, Page 1A.

Dowd Mauren: "CONFRONTATION IN THE GULF; BUSH, AT U.N., SEES HOPE IN DIPLOMACY IN THE GULF CRISIS", in: *New York Times*, October 2, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

Dowd Maureen: "CONFRONTATION IN THE GULF: The Overview; U.S. AGAINST IRAQ AS DEADLINE PASSES AND DIPLOMACY FAILS", in: *New York Times*, January 16, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

D. Hershey Jr. "Confrontation in the Gulf; OIL MARKETS EASE; STOCK PRICES RISE", in: *New York Times*, August 9, 1990, Column 5; Financial Desk, Section A; Page 1.

Fetterman Mindy: "SADDAM'S SQUEEZE; Costly oil hits home; Iraqi warns Bush to avoid war; 'Not a game: Wolf's here this time', in: *USA Today*, September 26, 1990, Page 1A.

Finanz und Wirtschaft 19.03.2008, 22, S.1f.

Friedman Thomas L.: "THE IRAQI INVASION;BUSH, HINTING FORCE, DECLARES IRAQI ASSAULT 'WILL NOT STAND'; PROXY IN KUWAIT ISSUES THREAT", in: *New York Times*, 6. August 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1.

Friedman Thomas L.: "Confrontation in the Gulf: U.S. Gulf Policy – 'Vague Vital Interests'", in: *New York Times*, August 12, 1990, Section A, Page 1.

Friedmann Thomas L.: "CONFRONTATION IN THE GULF: BEHIND BUSH'S HARD LINE; Washington Considers a Clear Iraqi Defeat To Be Necessary to Bolster Its Arab Allies", in: *New York Times*, August 22, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

Friedman Thomas L.: Confrontation in the Gulf: Decoding the Signals; The Superpowers Affirm Their Joint Aims But Iraq Could Focus on Their Differences, in: *New York Times*, September 10, 1990, Section A; Page 1, Column 5; Foreign Desk.

Friedman Thomas L.: "MIDEAST TENSIONS; SENATORS DEMAND ROLE IN APPROVING ANY MOVE ON IRAQ", in: *New York Times*, October 18, 1990, Section A; Page 1, Column 1; Foreign Desk.

- Friedman Thomas L.: "MIDEAST TENSIONS; Saudis to Give Free Hand to U.S. If Attack on the Iraqis Is Approved", in: *New York Times*, November 6, 1990, Tuesday, Late Edition – Final.
- Friedman Thomas L.: "STANDOFF IN THE GULF; A PARTIAL PULLOUT BY IRAQ IS FEARED AS DEADLINE 'PLOY'", in: *New York Times*, December 18, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.
- Friedman Thomas L.: „CONFRONTATION IN THE GULF; BAKER-AZIZ TALKS ON GULF FAIL; FEARS OF WAR RISE; BUSH IS FIRM; DIPLOMATIC EFFORT TO CONTINUE", in: *New York Times*, January 10, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.
- Friedmann Thomas L.: „AFTER THE WAR; U.S. EXPLAINS VIEW ON ENVOY TO IRAQ", in: *New York Times*, March 22, 1990, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.
- Gordon Michael R.: "IRAQ ARMY INVADES CAPITAL OF KUWAIT IN FIERCE FIGHTING", in: *New York Times*, August 2, 1990, Column 6, Foreign Desk, Section A, Page 1.
- Gordon Michael R.: "BUSH SENDS U.S. FORCE TO SAUDI ARABIA AS KINGDOM AGREES TO CONFRONT IRAQ; Saudis Make a Stand", in: *New York Times*, August 8, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.
- Gordon Michael R.: "BUSH SENDS U.S. FORCE TO SAUDI ARABIA AS KINGDOM AGREES TO CONFRONT IRAQ; Bush's Aim's: Deter Attack, Send a Signal", in: *New York Times*, August 8, 1990, Section A; Page 1, Column 5; Foreign Desk
- Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; U.S. DECIDES TO ADD AS MANY AS 100,000 TO ITS GULF FORCES", in: *New York Times*, October 26, 1990, Friday, Late Edition – Final.
- Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; BUSH SENDS NEW UNITS TO GULF TO PROVIDE 'OFFENSIVE OPTION'; U.S. FORCE COULD REACH 380,000", in: *New York Times*, November 9, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1.
- Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; When to Threaten Iraq?", in: *New York Times*, November 13, 1990, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.
- Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; DEMOCRATS PRESS BUSH TO PUT OFF MILITARY ACTION", in: *New York Times*, November 28, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Gordon Michael R.: "MIDEAST TENSIONS; CHENEY SEES NEED TO ACT MILITARILY AGAINST THE IRAQIS", in: *New York Times*: 4. December 1990, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.
- Gordon Michael R.: "CONFRONTATION IN THE GULF; GULF G.I.'S TO GET GERM WAR SHOTS", in: *New York Times*, December 28, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.

- Gordon Michael R.: “CONFRONTATION IN THE GULF; Aspin Sees Air Strikes Leading to a Quick Victory”, in: *New York Times*, January 9, 1991, Wednesday, Late Edition – Final
- Gordon Michael R.: „CONFRONTATION IN THE GULF: THE MILITARY; „Troop Moves Show Hussein Wants to Fight, Many U.S. Officials Say“, in: *New York Times*, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Howlett Debbie: “‘So wonderful to be at home’, ‘One long nightmare’ finally over”, in: *USA Today*, December 11, 1990, Page 1A.
- Ibrahim Youseff M.: “The Iraqi Invasion: A New Gulf Alignment; Iraqis, Bargaining on Anti-U.S. Sentiment, May Profit by Intimidating the Monarchies”, in: *New York Times*, August 3, 1990, Column 4; Foreign Desk Section A; Page 1.
- Ibrahim Youssef M.: “BUSH SENDS U.S. FORCE TO SAUDI ARABIA AS KINGDOM AGREES TO CONFRONT IRAQ; Saudis Make a Stand”, in: *New York Times*, August 8, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.
- Ibrahim Youssef M.: CONFRONTATION IN THE GULF; RESIST U.S. IN GULF, TOP IRANIAN CLERIC URGES ALL MUSLIMS, in: *New York Times*, September 13, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.
- Ibrahim Youssef M.: “MIDEAST TENSIONS; U.S. Commander Urges Caution on Attacking Iraq”, in: *New York Times*, November 2, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Johnson Sharen Shaw: “57% back an attack in the gulf; Public wants Congress to OK actions”, in: *USA Today*, January 3, 1991, Page 1A.
- Jolidon Laurence; Howlett Debbie: “Kuwaitis flee homeland; Iraqi invaders move to ‘take everything’” *USA Today*, September 17, 1990, Page 1A.
- Jolidon Laurence; Lee Jessica: „A desert Thanksgiving; Keep bomb from Saddam, Bush orders”, in: *USA Today*, November 23, 1990, Page 1A.
- Jolidon Laurence: “Troops dig in for ‘G-Day’; ‘Until it, gets started there will be fear’”, in: *USA Today*, January 29, 1991, Page 1A.
- Keen Judy: “How long will U.S. stay in the gulf?”, in: *USA Today*, August 21, 1990, Tuesday, FINAL EDITION, Page 1A.
- Keen Judy: “Voters take frustrations to the polls“, in: *USA Today*, November 7, 1990, Page 1A.
- Keen Judy: “Choosing between standoff, war”, in: *USA Today*, November 13, 1990, Page 1A.
- Kelley Jack: “‘Be honest’: U.S. citizens are hostages”, in: *USA Today*, August 13, 1990, Page 1A.
- Kelley Jack, Keen Judy:” Home, but ‘hearts’ in Iraq; Families of those held ‘wait and see’”, in: *USA Today*, August 29, 1990, Page 1A.

Kenny Timothy: "Analysts say U.S. on 'war trajectory'", in: *USA Today*, November 9, 1990, Page 1A.

Kifner John: "CONFRONTATION IN THE GULF: U.S. SET TO BLOCKADE BAGHDAD'S SHIPPING; IRAQ DETAINS FOREIGNERS, UPSETS SUMMIT; ARAB ROLE UNCLEAR", in: *New York Times*, August 10, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

Kolbert Elizabeth: "MIDEAST TENSIONS; No Talk of Glory but Blood on Sand", in: *New York Times*, November 15, Column 3; National Desk, Section A; Page 1.

Krauss Clifford: "Confrontation in the Gulf; Iraq Confines 38 Americans, But Their Status Is Unclear", in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 5; Foreign Desk.

Krauss Clifford: "Confrontation in the Gulf; Baghdad Seals Off the Exit Of Foreigners Across Border" in: *New York Times*, August 10, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

Lee Jessica: "U.S. shifts to 'offensive'; 120,000 more troops ordered to gulf", in: *USA Today*, November 9, 1990, Page A.

Lee Jessica: "THE BUSH TRIP; HEADING FOR THE FRONT; Commander-in-chief talks to troops, allies; Talk of war, and peace, set agenda", in: *USA Today*, November 16, 1990, Page 1A.

Lewis Paul: "SECURITY COUNCIL VOTES 13 TO 0 TO BLOCK TRADE WITH BAGHDAD; FACING BOYCOTT, IRAQ SLOWS OIL: THE IRAQI INVASION; BLOCKADE IS HINTED", in: *New York Times*, August 7, 1990, Column 3; Foreign Desk, Section A; Page 1.

Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; SECURITY COUNCIL ADDS AIR EMBARGO TO IRAQ SANCTIONS", in: *New York Times*, September 26, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.

Lewis Paul: "CONFRONTATION IN THE GULF; KUWAITI EMIR ASKS U.N. TO STAND FIRM", in: *New York Times*, September 28, 1990, Section A; Page 1, Column 3; Foreign Desk.

Lewis Paul: "MIDEAST TENSIONS; U.S. Is Reported To Win Support For Use Of Force", in: *New York Times*, November 26, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

Lewis Paul: „MIDEAST TENSIONS; U.N. GIVES IRAQ UNTIL JAN. 15 TO RETREAT OR FACE FORCE; HUSSEIN SAYS HE WILL FIGHT", in: *New York Times*, November 30, 1990, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

Lewis Paul: „CONFRONTATION IN THE GULF; ARABS SAY IRAQ PLANS OFFER LINKING PULLOUT TO ISRAEL; CONGRESS OPENS WAR DEBATE", in: *New York Times*, January 11, 1991, Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

Lohr Steven: "THE IRAQI INVASION; Experts Say Embargo May Work If Nations Maintain Commitment", in: *New York Times*, August 6, 1990, Column 4; Foreign Desk, Section A; Page 1.

Los Angeles Times: “Bush Family Values: War, Wealth, Oil. Four generations have created an unsavory web of links that could prove an election-year Achilles' heel for the president”, 8. Februar 2004, Page 1

Neuman Johanna: “SADDAM HUSSEIN; 'Ruthless' reach for power; Dictator has long history of violence, in: *USA Today*, August 3, 1990, Page 1A.

Neuman Johanna: “Invasion 'will not stand’”, in: *USA Today*, 6. August 1990, Page 1A.

Neuman Johanna: „DEAL IN THE DESERT? Diplomatic signs crop up everywhere, in: *USA Today*, October 24, 1990, Page 1A.

Neuman Johanna: “JAMES BAKER; BUSH'S DEALMAKER; The secretary of State plays chess, courting Congress and squaring off with Saddam; Diplomat has 'only job he ever wanted’”, in: *USA Today*, December 5, 1990, Page 1A.

Neuman Johanna: “SADDAM PLAYS HIS HOSTAGE CARD; Is offer part of a 'chess game' or not?”, in: *USA Today*, December 7, 1990, Page 1A.

Neuman Johanna: “Diplomacy races deadline; 'Talking' may slide toward 'negotiating’”, in: *USA Today*, January 7, 1991, Page 1A.

Neuman Johanna: “'Peace or not peace'; Iraqis hear last pitch from Baker”, in: *USA Today*, January 9, 1991, Page 1A.

Neuman Johanna: “ALL EYES ON GENEVA; Today's meeting 'last, best chance' for peace; A mission impossible, or room to move”, in: *USA Today*, January 9, 1991, Page 1A.

Neuman Johanna: „Hope dashed in Geneva“, in: *USA Today*, January 10, 1991, Page 1A.

Neuman Johanna: “Single word set the tone: 'Regrettably’”, in: *USA Today*, January 10, 1991, Page 1A.

Neumann Johanna: U.S. BOMBS BAGHDAD; Iraq capital like 'center of hell', in: *USA Today*, January 17, 1991, Page 1A.

Neuman Johanna: “U.S. BOMBS BAGHDAD; 19 hrs. after deadline, the war began”, in: *USA Today*, January 17, 1991, Page 1A.

Neuman Johanna: 'Difficulties' might mark peace plan, in: *USA Today*, February 22, 1991, Page 1A.

New York Times, Ausgabe 9/2003, S. 10.

New York Times, December 30, 1991, C6.

Nichols Bill: „BUDGET BACKLASH; WILL VOTERS REVOLT?; Republicans rocked; Democrats fight to hang on; Election Day sees parties bailing water, in: *USA Today*, October 29, 1990, Page 1A.

- Oreskes Michael: "MIDEAST TENSIONS; A DEBATE UNFOLDS OVER GOING TO WAR AGAINST THE IRAQIS", in: *New York Times*, November 12, 1990, Column 6; Foreign Desk, Section A; Page 1;
- Oreskes Michael: „STANDOFF IN THE GULF; Poll Finds Americans Divided On Sanctions or Force in Gulf", in *New York Times*, December 14, 1990, Section A; Page 1; Column 3; National Desk.
- Rasky Susan F.: "CONGRESS AND THE GULF; Hard Question May Need an Answer Soon: Should It Give Bush a Go-Ahead on Force?", in: *New York Times*, December 17, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Reinhold Robert: "Around U.S., a Cautious Chorus of Support", in: *New York Times*, August 9, 1990, Section A; Page 1, Column 2; National Desk.
- Rosenbaum David E.: "THE BUDGET BATTLE; PRESIDENT'S AIDES QUIT BUDGET TALKS OVER TAX DISPUTE", in: *New York Times*, October 22, 1990, Section A; Page 1; Column 6; National Desk.
- Rosenthal Andrew: "Confrontation in the Gulf: Washington at Work; Military Chief: Man of Action and of Politics", in: *New York Times*, August 17, 1990, Section A; Page 1, Column 5; National Desk.
- Rosenthal Andrew: „Confrontation in the Gulf; BUSH VOWS NOT TO BE COWED BY THE TAKING OF 'HOSTAGES'; IRAQ SHIFTS THEM TO TARGETS", in: *New York Times*, August 21, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.
- Rosenthal Andrew: "Confrontation in the Gulf; BUSH VOWS TO THWART IRAQ DESPITE FEAR FOR HOSTAGES; U.S. WON'T BE 'BLACKMAILED'", in: *New York Times*, September 12, 1990, A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.
- Rosenthal Andrew: "CONFRONTATION IN THE GULF; BUSH TELLS IRAQIS LEADERS PUT THEM ON 'BRINK OF WAR'", in: *New York Times*, September 17, 1990, Section A; Page 1, Column 6; Foreign Desk.
- Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; U.S. AND SOVIETS URGE MORE STEPS BY U.N. IN GULF", in: *New York Times*: November 21, 1990, A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Rosenthal Andrew: „MIDEAST TENSIONS; Visiting U.S. Troops in the Desert, President Talks Tough About Iraq", in: *New York Times*, November 23, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.
- Schmitt Eric: "Accord on Military Would Curb 'Star Wars' and Stealth Bomber", in: *New York Times*, October 18, 1990, Section A; Page 1, Column 4; National Desk.
- Schmitt Eric: „MIDEAST TENSIONS; Fighting the Iraqis: Four Scenarios, All Disputed", in: *New York Times*, November 19, 1990, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Schmitt Eric: "PENTAGON SCRAPS \$57 BILLION ORDER FOR ATTACK PLANE", in: *New York Times*, January 8, 1991, Column 6; National Desk Section A; Page 1.

- Sciolino Elaine: „Confrontation in the Gulf; Iraqi TV Shows a Smiling Leader With Grim-Faced British Captives”, in: *New York Times*, August 24, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.
- Shenon Philip: “MIDEAST TENSIONS; Possibility of War Sinks In As Iraqi Reserves Are Called”, in: *New York Times*, November 26, 1990, Section A; Page 1; Column 4; Foreign Desk.
- Shenon Philip: “CONFRONTATION IN THE GULF: THE TROOPS; On the Verge of War, G.I.'s Are Anxious”, in: *New York Times*, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 3; Foreign Desk.
- Spitzer Kirk, Greene Marilyn: “Thoughts turn to home, the task ahead”, in: *USA Today*, January 16, 1991, Page 1A.
- Stanley Alessandra: “STANDOFF IN THE GULF; Hostages Had a Shared Anxiety: Just Waiting for Something Bad”, in: *New York Times*, December 11, 1990, Section A; Page 1; Column 2; Foreign Desk.
- Steinfels Peter: “Church Leaders Voice Doubts on U.S. Gulf Policy”, in: *New York Times*, October 12, 1990, Section A; Page 1, Column 3; National Desk.
- Treaster Joseph B.: “Confrontation in the Gulf; Iraq Moves Some Captives to Hotel In Possible Step Toward Departure”, in: *New York Times*, August 31, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.
- Tyler Patrick E.: “CONFRONTATION IN THE GULF; IRAQI WARNS ARMY TO PREPARE ITSELF FOR MAJOR BATTLE”, in: *New York Times*, January 7, 1991, Column 1; Foreign Desk, Section A; Page 1.
- Tyler Patrick E.: “CONFRONTATION IN THE GULF: IRAQ; IRAQI PARLIAMENT VOTES TO DEFY U.S.”, in: *New York Times*, January 15, 1991, Section A; Page 1; Column 5; Foreign Desk.
- USA Today, 4. Mai 2000, S. 2.
- Wald Matthew L.: “The Iraqi Invasion; Oil Prices Increase Sharply Again; World Financial Markets Tumble”, in: *New York Times*, August 7, 1990, Column 5; Financial Desk, Section A; Page 1.
- Wald Matthew L.: “U.S. Plans Sale Of Reserve's Oil To Lower Prices”, in: *New York Times*, September 27, 1990, Column 5; Financial Desk, Section A; Page 1.
- Walter Juan J.: „COLIN POWELL'S MESSAGE TO IRAQ:'MOVE IT OR LOSE IT'; Will there be war? 'I'm not a bookmaker’”, in: *USA Today*, December 18, 1990, Page 1A.
- Whitmire Richard; Keen Judy: “‘Among goals: Ground Iraq’s air force’”, in: *USA Today*, January 14, 1991, Page 1A.
- Wines Michael: Confrontation in the Gulf; U.S. Aid Helped Hussein's Climb; Now, Critics Say, the Bill Is Due, in: *New York Times*, August 13, 1990, Section A; Page 1, Column 4; Foreign Desk.

Wines Michael: "STANDOFF IN THE GULF; HEAD OF C.I.A. SEES IRAQIS WEAKENING IN 3 TO 9 MONTHS", in *New York Times*, December 6, 1990, SECTION: Section A; Page 1; Column 6; Foreign Desk.

Wolf Richard: Budget: Look for 'blood on the floor'", in: *USA Today*, October 17, 1990, Page 1A.

Wolf Richard: "In Congress: A 'vote of conscience'", in: *USA Today*, January 11, 1991, Friday, FINAL EDITION, Page 1A.

## **Nachschlagewerke**

Fischer Weltalmanach, Frankfurt a.M. 2001.

Noelle-Neumann Elisabeth, Schulz Winfried, Wilke Jürgen: Fischer Lexikon, Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt a.M., 2002.

Nash, Jay Robert: Terrorism in the 20th Century. A Narrative Encyclopedia from the Anarchists through the Weathermen to the Unabomber, New York, 1998.

RAND-St. Andrews University Chronology of International Terrorism

Statistical Abstract of the United States, 2007: The National Data Book, Washington 2006.

## **Bücher**

Abels Heinz: Identität, Wiesbaden 2006.

Abelson Donald E.: Do Think Tanks matter? Assessing the Impact of Public Policy Institutes, Quebec 2002.

Adams Willi Paul: Die USA vor 1900, Oldenbourg 2002.

Albrecht Ulrich, Becker Jörg (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden, Baden-Baden 2002.

Alger Dean: Megamedia. How Giant Corporations Dominate Mass Media, Distort Competition, and Endanger Democracy, Landham/Boulder/New York/Oxford, 1998.

Altmeppen Klaus-Dieter (Hrsg.): Ökonomie der Medien und des Mediensystems. Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung, Opladen, 1996.

Ansolahehere Stephen, Behr Roy, Iyengar Shanto: The Media Game: American Politics in the Television Age, New York 1993.

Aronson James: The press and the Cold War, New York, 1970.

Ariely Dan: Predictably irrational. The hidden forces that shape our decisions, London 2008.

Bachem Christian: Fernsehen in den USA, Opladen 1995.



- Bagdikian Ben: The Media Monopoly. Revised and expanded with the latest information on the expansion of global media giants, Boston, 1997.
- Bagdikian Ben: The New Media Monopoly, Boston 2004.
- Barber Benjamin R.: Strong Democracy. Participatory Politics for a New Age, Berkeley/Los Angeles 2003.
- Baudrillard Jean: Pour une critique de l'économie politique du signe, Paris 1972.
- Baudrillard Jean: Die Illusion des Endes oder: Der Streik der Ereignisse, Berlin 1994.
- Baum Matthew: Soft news go to war, Woodstock 2003.
- Beck Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a/M., 1986.
- Bedell Smith Sally: In All His Glory. The Life of William S. Paley, New York 1990.
- Beham Mira, Kriegstromein - Medien, Krieg und Politik, München, 1996.
- Bennet Lance W., Paletz David L.: Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy in the Gulf War, Chicago 1994.
- Bentele Günter, Haller Michael: Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen, Konstanz 1997.
- Bonfadelli Heinz: Gentechnologie im Spannungsfeld von Politik, Medien und Öffentlichkeit. IPMZ, Zürich 1999.
- Bonfadelli Heinz: Medienwirkungsforschung II: Anwendung in Politik, Wirtschaft und Kultur, Konstanz 2000.
- Bohrmann Hans/Jarren Otfried/Melischek Gabriele/Seethaler Josef (Hrsg.): Wahlen und Politikvermittlung durch Massenmedien, Wiesbaden, 2000.
- Bose Meenekshi, Perotti Rosanna: From Cold War to New World Order: The Foreign Policy of George Bush, Westport 2002.
- Boriesson Kristina: Zensor USA – Wie die amerikanische Presse zum Schweigen gebracht wird, Zürich 2004.
- Brams, Steven: Superpower Games: Applying Game Theory to Superpower Conflict. New Haven; London 1985.
- Briody Dan: The Halliburton Agenda: The Politics of Oil and Money, Hoboken, New Jersey, 2005.
- Brocker Manfred: Protest – Anpassung – Etablierung. Die Christliche Rechte im politischen System der USA, Frankfurt a/M., 2004.
- Bröckling Ulrich, Krasmann Susanne, Lemke Thomas: Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a./M. 2000.

- Bryant Jennings, Zillmann Dolf (Hrsg.): Media Effects. New York 1994.
- Bush George, Brent Scowcroft: A World Transformed: The Collapse of the Soviet Empire; the Unification of Germany; Tiananmen Square; the Gulf War, New York 1998.
- Camarota S.A.: Immigrants in the United States – 2002. Center for Immigration Studies, November 2002.
- Canes-Wrone Brandice: Who Leads Whom? Presidents, Policy, and the Public, Chicago/London 2006.
- Carey James W.: Communication as Culture. Essay on Medien and Society, New York 1992.
- Carlton David, Schaerf Carlo (Hrsg.): International Terrorism and World Security, London, 1975.
- Castells Manuel: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2003.
- Cirincione Joseph, Wolfsthal Jon B., Rajkumar Miriam: Deadly Arsenals. Nuclear, Biological, and Chemical Threats, Second Edition, Washington 2005.
- Clarke Richard A.: Against all Enemies. Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror, Hamburg 2004.
- Clark Ramsey: Wüstensturm: US-Kriegsverbrechen am Golf, Viöl 2003.
- Cook Philip S., Gomery Douglas, Lichty Lawrence W.: The future of news – Television – Newspapers – wire Service – Newsmagazines, Washington, 1992.
- Curti Merle: The Roots of American Loyalty, New York 1946.
- Davis Richard, Owen Diana: New Media and American Politics, New York 1998.
- Davis Richard: The Press and American Politics, New Jersey 2001, dritte Auflage.
- Dean John: Worser than Watergate, New York, 2004.
- Dennis, Everette E., et al.: The Media at War: The Press and the Persian Gulf Conflict. New York 1991.
- Denton Robert E. (Hrsg.): The Media and the Persian Gulf War, Westport, London, 1993.
- Diamond Edwin: The Media Show, Massachusetts 1991.
- Diamond Edwin: Behind the Times. Inside the New York Times, Chicago 1995.
- Dixit, Avinash K. und Barry J. Nalebuff : Spieltheorie für Einsteiger: Strategisches Know-how für Gewinner, 1995 Stuttgart.
- Dobkin Bethami A.: Tales of Terror, Television News and the Construction of the Terrorist Threat, New York, 1992.
- Dole, Bob. One Soldier's Story: A Memoir, New York 2005.

- Dorer Johanna, Marschik Matthias: Kommunikation und Macht. Public Relations – eine Annäherung, Wien 1993.
- Doviat Emil, Sosemann Bernd, Stöber Gunda (Hrsg.): Studien und Dokumente zum Leben und Werk, Berlin 1998.
- Downs Anthony: An Economic Theory of Democracy, New York 1957.
- Eckert Astrid M.: Feindbilder im Wandel: Ein Vergleich des Deutschland- und des Japanbildes in den USA 1945 und 1946, Hamburg 1999.
- Edelman Murray: Constructing the Political Spectacle, Chicago 1988.
- Eichohr, Peter, Raffée Hans (Hrsg.): Management und Marketing für Rundfunkanstalten, Baden-Baden 1990.
- Elfenbein Stefan W.: The New York Times. Macht und Mythos eines Mediums, Frankfurt a./M. 1996.
- Elter Andreas, Die andere Front: Pressepolitik in den US-Kriegen des 20. Jahrhunderts, Dissertation Köln 2003.
- Elter Andreas: Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917-2005, Frankfurt a./M. 2005.
- Entman Robert M.: Projections of Power. Framing News, Public Opinion, and U.S. Foreign Policy, Chicago/London 2004.
- Farrell David M. /Schmitt-Beck Rüdiger: Do political campaigns matter? Campaign effects in elections and referendums, London: Routledge 2002.
- Feldges Benedikt: American Icons: The Genesis of a National Visual Language, New York 2008.
- Filzmaier Peter, Plasser Fritz: Wahlkampf um das Weiße Haus. Presidential Elections in den USA, Opladen 2001.
- Fisher Benjamin: Collective Memory, The Media, And The Social Construction of Postmodern War, New Brenswick, New Jersey, 2004.
- Fluck Winfried: Gesellschaft und Kultur, in: in: Lösche Peter, von Loeffelholz Hans Dietrich: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt a./M./New York 2004.
- Foucault Michel: Botschaften der Macht. Reader Diskurs und Medien, Stuttgart 1999.
- Frey Marc: Geschichte des Vietnamkriegs. Die Tragödie in Asien und das Ende des amerikanischen Traums, München, 2002.
- Fürtig Henner: Kleine Geschichte des Irak, München 2004.

- Kamalipour Yahya R., Snow Nancy: War, Media, and Propaganda. A Global Perspective, Lanham 2004.
- Karter Appelbaum Diana: The Glorious Fourth: An American Holiday, an American History, New York 1989.
- Kempf, Wilhelm, Schmidt-Regener Irena (Hrsg.): Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Reihe Friedenspsychologie Band 4, München 1998.
- Gelfert Hans-Dieter: Typisch amerikanisch. Wie die Amerikaner wurden, was sie sind, München 2006.
- Gerhardt Rudolf, Pfeifer Hans-Wolfgang (Hrsg.): Wer die Medien bewacht – Medienfreiheit und ihre Grenzen im internationalen Vergleich, Beiträge zur Medienethik, Band 5, Frankfurt a.M. 2000.
- Goetzmann William H.: The American Hegelians: An Intellectual Episode in the History of Western America, New York 1973.
- Gottschlich, Maximilian (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung, Wien 1987.
- Gow James, Michalski Milena: Legitimacy, image at war: viewing contemporary conflict. London 2006.
- Graber Doris A.: Mass media and American politics, 5th edition, Washington D.C. 1997.
- Grossberg Lawrence, Nelson Cary, Treichler Paula (Hrsg.): Cultural Studies, New York 1993.
- Hacke Christian: Zur Weltmacht Verdammt. Die amerikanische Aussenpolitik von J.F. Kennedy bis G.W. Bush, München 2005.
- Hall Stuart: Who needs Identity, in: Identity: The Real Me, ICA Documents 6 London 1987.
- Hallin Daniel C.: We keep America on the Top of the World. Television journalism and the public sphere, London, New York, 1994.
- Halper Stefan, Clarke Jonathan: The Silence of the Rational Center. Why American Foreign Policy is failing, New York, 2007.
- Hames Tim, Rae Nicole: Governing America: History, Culture, Institutions, Organisations, Policy, Manchester 1996.
- Hammond William M.: Public Affairs: The Military and the Media, 1962-1968, Washington D.C., 1988.
- Hammond William M.: Reporting Vietnam. Media & Military at War, Lawrence Kansas 1998.
- Hardt Michael, Negri Antonio: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/New York 2002.
- Hartmann Jürgen: Persönlichkeiten und Politik, Wiesbaden 2007.

- Heertsgard Mark: On Bended Knee. The Press and the Reagan Presidency, New York 1988.
- Heinrich Jürgen: Medienökonomie, Band 2, Wiesbaden 1999.
- Heinrich Jürgen: Medienökonomie. Band 1: Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt. Wiesbaden, 2001, zweite Auflage.
- Hess Stephen, Kalb Marvin: The Media and the War on Terrorism, Washington, D.C., 2003.
- Hipfl Brigitte, Klaus Elisabeth, Scheer Uta (Hrsg.): Identitätsräume. Nation, Körper und Geschlecht in den Medien. Eine Topografie, Bielefeld 2004.
- Hoffman Bruce. Terrorismus - Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Frankfurt am Main 2001.
- Howe Daniel W.: "What Hath God Wrought: The Transformation of America, 1815-1848", New York 2008.
- Hudson Mike, Stanier John: War and the Media – A Random Searchlight, New York 1998.
- Hugh Kennedy: When Baghdad ruled the Muslim world. Cambridge/Mass. 2005.
- Hübner Emil: Das politische System der USA, München, 2001.
- Iyengar Shanto, Kinder Donald R.: News that matters, Chicago/London 1987.
- Jarren Otfried, Bonfadelli Heinz: Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern, Stuttgart, Wien, 2001.
- Jäger Wolfgang, Haas Christoph M., Welz Wolfgang: Regierungssystem der USA, Oldenbourg, dritte Auflage, 2007.
- Jensen Carl and Project Censored: 20 years of Censored News, New York, 1997.
- Johnson-Cartee Karen S.: News, Narratives, and News Framing. Construction Political Reality, Lanham/Boulder/New York/Toronto/Oxford 2005.
- Johnson Lyndon B.: Agenda for a Future. A Presidential Perspective, in: Britanica Book of the Year, Chicago 1969.
- Kahn, Hermann: Eskalation: Die Politik mit der Vernichtungsspirale. Berlin 1966.
- Kallscheuer Otto: Gottes Wort und Volkes Stimme. Glaube Macht Politik, Frankfurt a./M. 1994.
- Kammen Michael: Mystic Chords of Memory: The Transformation of Tradition in American Culture, New York 1991.
- Keller Patrick: Neokonservatismus und amerikanische Aussenpolitik: Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush, Paderborn/München/Wien/Zürich, 2008.
- Kellner, Douglas: The Persian Gulf TV War, Boulder- San Francisco- Oxford 1992.

- Kennamer David J.: Public Opinion, The Press, and Public Policy, London 1994.
- Kennedy William V.: The Military and the Media – Why the Press cannot be trusted to cover a war, London, 1993.
- Kepplinger Hans-Mathias: Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft. Freiburg/Preisgau 1998.
- Kiefer Marie-Luise, Medienökonomik. Einführung in eine ökonomische Theorie der Medien. München/Wien, 2001.
- King Gary, Ragsdale Lyn: The Elusive Executive, Congress Quarterly Press, Washington D.C 1998.
- Kleinstauber Hans J. (Hrsg.): Aktuelle Medientrends in den USA. Wiesbaden, 2000.
- Korte Barbara, Tonn Horst (Hrsg.): Kriegskorrespondenten: Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft, Wiesbaden 2007.
- Kunczik Michael: Public Relations. Konzepte und Theorien, Köln 1993.
- Kutz Magnus-Sebastian: Public Relations oder Propaganda? Die Öffentlichkeitsarbeit der US-Administration zum Krieg gegen den Irak 2003, Hamburg 2006.
- Lane Jan-Erik, Ersson Svante O.: Culture and Politics: A Comparative Approach, Brookfield 2002.
- Leidinger Christiane: Medien, Herrschaft, Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse, Münster, 2003.
- Le Shan Lawrence: The psychology of war, Chicago 1992.
- Levitt Steven D., Dubner Stephen J.: Freakonomics, München 2006, zweite Auflage.
- Lewis Anthony: Freedom for the Thought That We Hate. A Biography of the First Amendment. New York 2007.
- Lipscomb, Andrew A., Albert Ellery Bergh, (Hrsg.): The Writings of Thomas Jefferson, Volume 12. Washington D.C., 1904.
- Locke John: Über die Regierung, in: Weber-Fas Rudolf: Staatsdenker der Moderne – Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber, Tübingen 2003.
- Lowens James W.: „Lies Across America: What Our Historic Sites Get Wrong“ New York 1999.
- Löffelholz Martin (Hrsg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation, Opladen, 1993.
- Löffelholz Martin: Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld, in: Löffelholz Martin: Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004.

- Lösche Peter, von Loeffelholz Hans Dietrich: Länderbericht USA. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Frankfurt a./M./New York 2004.
- Ludes Peter: Von der Nachricht zur News Show, Fernsehnachrichten aus der Sicht der Macher. München 1993.
- Luhmann Niklas: Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen, 1988.
- Lutz Donald, Hyneman Charles S.: American Political Writings during the Founding Era 1760-1805, Vol. I + II, Indianapolis 1983.
- Maltese John Anthony: Spin Control. The White House Office of Communications and the Management of Presidential News, Chapel Hill 1992.
- Mautner Gerlinde: Der britische Europa-Diskurs. Methodenreflexion und Fallstudien zur Berichterstattung in der Tagespresse, Wien 2000.
- Maresch Rudolf, Werber Niels: Raum, Wissen, Macht, Frankfurt a/M. 2002.
- McChesney Robert W., Nichols Hohn: Unsere Medien? Demokratie und Medienkonzerne in den USA, Berlin 2004.
- McElroy John Harmon: American Beliefs. What Keeps a Big Country and a Diverse People United, Chicago 1999.
- McGrath Jim: Heartbeat, New York 2001.
- McNair Brian: The sociology of journalism, London 1998.
- Melischek Gabriele, Seethaler Josef, Wilke Jürgen (Hrsg.): Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich. Grundlagen, Gegenstandsbereiche, Verfahrensweisen, Wiesbaden 2008.
- Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./ Weischenberg, Siegfried (Hrsg.): Die Wirklichkeit in den Medien. Opladen 1994.
- Micklethwait John: The Right Nation. Conservative Power in America, New York 2004.
- Miller David: Tell me lies. Propaganda and Media Distortion in the Attack on Iraq, London, 2004.
- Minor Dale: The Information War, New York, 1970.
- Mott, Frank Luther: Journalism in Wartime, Westport (CT) 1943.
- Mowlana Hamid, Gerbner George, Schiller Herbert I.: The Media's War in the Persian Gulf – A Global Perspective, Colorado 1992.
- Müller Stefan: Der Gedanke der Volkssouveränität in den frühen amerikanischen Verfassungen, Dissertation, Köln 2002.
- Müller John: Policy and Opinion in the Gulf War, Chicago 1994.

- Müller-Kalthoff Björn: Cross-Media Management. Content-Strategien erfolgreich umsetzen, Berlin 2002.
- Nacos Brigitte L.: Terrorism and the Media. From the Iran hostage crisis to the World Trade Center Bombing, New York, 1994.
- Neale Jonathan: Der amerikanische Krieg. Vietnam 1960 – 1975, Bremen, 2004.
- Nowes Anthony J.: Total Lobbying. What Lobbyists Want (and How They Try to Get it), New York 2006.
- O’Heffernan, Patrick: Mass Media and American Foreign Policy: Insider Perspectives on Global Journalism and the Foreign Policy Process, Norwood, 1991.
- O’Sullivan John L.: "The Great Nation of Futurity," The United States Democratic Review, Volume 6, Issue 23.
- Paletz David L. Schmid Alex P.: Terrorism and the Media – How researchers, terrorists, government, press, public, victims view and use the media, Newbury Park, 1992.
- Patterson James T.: Restless Giant. The United States from Watergate to Bush v. Gore, New York 2005.
- Peabody Selim H.: American Patriotism: Speeches, Letters and Papers Illustrating The Foundation, Development and Preservation to the U.S.A, New York 2005.
- Pfetsch Barbara: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden 2003.
- Picard Robert G. Media Portrayals of Terrorism, Ames, 1993.
- Prätorius Rainer: In God We Trust. Religion und Politik in den USA, München 2003.
- Prichard Richard: The Making of McPaper: The Inside Story of USA Today, New York 1987.
- Renger Rudi/Siegert Gabriele (Hrsg.): Kommunikationswelten: wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft, Innsbruck/Wien, 1997.
- Rich Andrew: Think Tanks, Public Policy, and the Politics of Experts, Cambridge 2005.
- Rid Thomas: War and media operations: the US military and the press from Vietnam to Iraq, London 2007.
- Rolke Lothar/Wolff Volker (Hrsg.): Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden. Opladen, Wiesbaden 1999.
- Ross Edward Alsworth: What is America? New York 1919.
- Rosenthal Alan: The Third House: Lobbyists and Lobbying in the States, Washington 2001.
- Röttger Ulrike: Public Relations – Organisation und Profession. Öffentlichkeitsarbeit als Organisationsfunktion. Eine Berufsfeldstudie. Wiesbaden 2000.



- Ruppert Michael C.: Crossing the Rubicon. The Decline of the American Empire at the End of the Age of Oil, Gabriola Island, 2004.
- Rybarczyk Christoph: Great Communicators? Der Präsident, seine PR, die Medien und ihr Publikum. Eine Studie zur politischen Kommunikation in den USA, Hamburg 1997.
- Sarcinelli Ulrich/Schatz Heribert (Hrsg.): Mediendemokratie im Medienland?, Opladen, 2002.
- Sautter Udo: Die Vereinigten Staaten, Daten, Fakten, Dokumente, Tübingen, Basel, 2000.
- Schallenberg Stefan: Moralisierung im Kriegsdiskurs. Eine Analyse von Printmedienbeiträgen zum Golfkrieg und zum Vietnamkrieg, Frankfurt a./M. 1999.
- Schenk Michael: Medienwirkungsforschung, 3. Auflage, Tübingen 2007.
- Scott Smith Garry: Faith and the Presidency: From George Washington to George W. Bush, New York, 2006.
- Sebaldt, Martin: Transformation der Verbändedemokratie. Die Modernisierung des Systems organisierter Interessen in den USA. Wiesbaden 2001.
- Senf Bernd: Die blinden Flecken der Ökonomie. Wirtschaftstheorien in der Krise, Kiel 2007.
- Shermer Michael: The Mind of the Market. Compassionate Apes, Competitive Humans, and other Tales from Evolutionary Economics, New York 2008.
- Siegert Gabriele (Hrsg.): Medienökonomie in der Kommunikationswissenschaft. Bedeutung, Grundfragen und Entwicklungsperspektiven, Münster/London/Hamburg, 2002.
- Siegert Gabriele: Skript zur Vorlesung „Medienökonomie I“, Zürich, 2003.
- Sifry Micah L., Cerf Christopher (Hrsg.): The Gulf War Reader, History, Documents, Opinions, New York, Toronto 1991.
- Simpson John: From the house of war: John Simpson in the Gulf. London 1991.
- Sjurts Insa: Strategien in der Medienbranche. Grundlagen und Fallbeispiele, Wiesbaden 2005.
- Slaughter Anne-Marie: The idea that is America, New York 2007.
- Smith Hendrick (Hrsg.): The media and the Gulf War, Washington D.C., 1992.
- Smith Jeffery A.: War & press freedom: the problem of prerogative power, New York 1999.
- Snow Nancy: Information War: American Propaganda, Free Speech and Opinion Control since 9/11, New York/Toronto/London/South Yarra, 2003.
- Staab, Joachim Friedrich: Nachrichtenwert-Theorie. Formale Struktur und empirischer Ertrag. Freiburg/München 1990.
- Steinmann Ron: Inside Television's First War, Missouri, 2002.

- Stelzer Irvin M.: The Neocon Reader, New York 2004.
- Stöver Bernd: Der Kalte Krieg, München 2003, dritte Auflage.
- Tabbara Tarik: Kommunikations- und Medienfreiheit in den USA. Zwischen demokratischen Aspirationen und kommerzieller Mobilisierung, Baden-Baden 2003.
- Timmermann Martina: Die Macht kollektiver Denkmuster. Werte, Wandel und politische Kultur in den USA und Japan, Opladen 2000.
- Thomas Tanja, Virchow Fabian (Hrsg.): Banal Militarism, Bielefeld 2006.
- Virilio Paul: Das öffentliche Bild. In: Rötzer Florian (Hrsg.): Digitaler Schein. Ästhetik der elektronischen Medien, Frankfurt a./M., 1991.
- Vreese Claes H. /Semetko Holli A.: Political Campaigning in Referendums. Framing the referendum issue. London/New York 2004.
- Wald Kenneth D., Calhoun-Brown Allison: Religion and Politics in the United States, Lanham 2006.
- Wallace Mike, Minor Dale: The Information War, New York, 1970.
- Walther Christian C.: Der zensierte Tag. Wie man Menschen Meinungen und Maschinen steuert, München 2004.
- Walzer Michael: Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, Berlin 1992.
- Wasser Hartmut: Von der Unabhängigkeitserklärung zur Verfassung, in: Wasser Hartmut (Hrsg.): USA, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opladen 2000.
- Weber Fas: Staatsdenker und Moderne. Klassikertexte von Machiavelli bis Max Weber, Tübingen 2003.
- Webster G. Tarpley & Anton Chaitkin: George Bush: The Unauthorized Biography, New York 1991.
- Weischenberg Siegfried: Journalistik, Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation, Wiesbaden 2002.
- Williams Andy: US Government & Politics, Oxford, 1998, zweite Auflage.
- Wilke Jürgen (Hrsg.): Zwischenbilanz der Journalistenausbildung, München 1987.
- Wittwen Andreas: Infotainment: Fernsehnachrichten zwischen Information und Unterhaltung, Bern, 1995.
- Wölfl Jan: Kriegsberichterstattung im Vietnamkrieg, Münster 2005.
- Woodward Bob: Bush at War, München/Stuttgart 2003.
- Wyss Vinzenz: Journalismusforschung, in: Jarren Otfried, Bonfadelli Heinz (Hrsg.): Einführung in die Publizistikwissenschaft, Bern/Stuttgart/Wien 2001.

Yonah Alexander, Latter Richard (Hrsg.): Terrorism and the Media – Dilemmas for Government, Journalists and the Public, Virginia, 1990.

Zerfass Ansgar: Unternehmensführung und Öffentlichkeitsarbeit. Grundlegung einer Theorie der Unternehmenskommunikation und Public Relations, Wiesbaden 2006.

## Internetquellen

<http://www.accessabc.com/reader/top150.htm>  
[http://adage.com/datacenter/datapopup.php?article\\_id=112270](http://adage.com/datacenter/datapopup.php?article_id=112270)  
[http://adage.com/datacenter/article?article\\_id=113667](http://adage.com/datacenter/article?article_id=113667)  
[http://www.aei.org/scholars/filter.all/scholar\\_byname.asp](http://www.aei.org/scholars/filter.all/scholar_byname.asp)  
[http://www.aei.org/events/type.upcoming,eventID.1425,filter.all/event\\_detail.asp](http://www.aei.org/events/type.upcoming,eventID.1425,filter.all/event_detail.asp)  
<http://anarchie.de/main-24313.html>  
[http://www.arbitron.com/downloads/Internet\\_Multimedia\\_11.pdf](http://www.arbitron.com/downloads/Internet_Multimedia_11.pdf)  
[http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration_transcript.html)  
[http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/bill\\_of\\_rights\\_transcript.html](http://www.archives.gov/national-archives-experience/charters/bill_of_rights_transcript.html)  
<http://www.aurora-magazin.at/wissenschaft/jandl.htm>  
<http://www.bakerbotts.com/about/history/>  
<http://www.bbchb.com/>  
<http://bushlibrary.tamu.edu/research/nsr.php>  
<http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/nsd/nsd26.pdf>  
<http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/nsd/nsd45.pdf>  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/national\\_security\\_strategy\\_90.pdf](http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/national_security_strategy_90.pdf)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/letter\\_to\\_family12-31-90.pdf](http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/letter_to_family12-31-90.pdf)  
<http://bushlibrary.tamu.edu/research/pdfs/nsd/nsd51.pdf>  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2123&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2123&year=1990&month=8)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2131&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2131&year=1990&month=8)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2147&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2147&year=1990&month=8)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2157&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2157&year=1990&month=8)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2166&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2166&year=1990&month=8)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2189&year=1990&month=8](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2189&year=1990&month=8)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2248&year=1990&month=9](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2248&year=1990&month=9)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2203&year=1990&month=9](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2203&year=1990&month=9)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2214&year=1990&month=9](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2214&year=1990&month=9)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2416&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2416&year=1990&month=11)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2455&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2455&year=1990&month=11)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2486&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2486&year=1990&month=11)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2473&year=1990&month=11](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2473&year=1990&month=11)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2542&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2542&year=1990&month=12)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2556&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2556&year=1990&month=12)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2574&year=1990&month=12](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2574&year=1990&month=12)  
[http://bushlibrary.tamu.edu/research/public\\_papers.php?id=2596&year=1991&month=1](http://bushlibrary.tamu.edu/research/public_papers.php?id=2596&year=1991&month=1)  
<http://www.carnegie.org/sub/archive/newsarchives/newpres.html>  
<http://www.cato.org/pubs/journal/cj23n1/cj23n1-19.pdf>  
[http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/crude\\_oil\\_petroileum.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/crude_oil_petroileum.html)  
[http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/nuclear.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/nuclear.html)  
[http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy\\_utilities/production\\_consumption\\_trade.html](http://www.census.gov/compendia/statab/cats/energy_utilities/production_consumption_trade.html)  
<http://www.census.gov/compendia/statab/tables/06s0005.xls>  
<http://www.census.gov/compendia/statab/tables/06s0006.xls>  
<http://www.census.gov/compendia/statab/tables/06s0410.xls>  
<http://www.census.gov/compendia/statab/tables/08s1099.xls>  
<http://www.census.gov/compendia/statab/tables/08s1102.xls>  
<http://www.cjr.org/tools/owners/>

[http://www.csis.org/media/isis/pubs/pm\\_0195.pdf](http://www.csis.org/media/isis/pubs/pm_0195.pdf)  
<http://www.counterpunch.org/schorcarlucci.html>  
<http://www.das-parlament.de/2003/46/Beilage/006.html>  
<http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/575/11/IMG/NR057511.pdf?OpenElement>  
<http://daccessdds.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/575/28/IMG/NR057528.pdf?OpenElement>  
<http://www.dior.whs.mil/peidhome/procstat/p01/fy2002/top100.htm>  
[www.editorandpublisher.com](http://www.editorandpublisher.com)  
[http://www.fair.org/index.php?page=18&region\\_id=1](http://www.fair.org/index.php?page=18&region_id=1)  
<http://www.fair.org/index.php?page=1196>  
<http://www.fair.org/media-outlets/disney-abc.html#board>  
<http://www.fair.org/reports/ff2001.html#government>  
<http://www.fair.org/media-woes/interlocking-directorates.html>  
<http://www.fcc.gov/commissioners/>  
<http://www.firstworldwar.com/source/espionageact.htm>  
<http://www.gannett.com/map/history.htm>  
[http://www.gannett.com/about/management/board\\_of\\_directors.htm](http://www.gannett.com/about/management/board_of_directors.htm)  
<http://www.globaled.org/curriculum/cm18a.html>  
<http://www.guardian.co.uk/world/2004/sep/25/usa.secondworldwar>  
<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB80/wmd03.pdf>  
<http://www.heise.de/tp/deutsch/html/result.xhtml?url=/tp/deutsch/inhalt/co/12926/1.html&words=17%207%202002%20Bush%20Inc>  
<http://journalism.utexas.edu/faculty/reese/articles.html>  
<http://ksghome.harvard.edu/~swalt/files/121982belfersaddam.pdf>  
<http://library.corporate-ir.net/library/84/846/84662/items/187670/2005AR.pdf>  
[http://www.mediatransparency.org/search\\_results/info\\_on\\_any\\_recipient.php?recipientID=19](http://www.mediatransparency.org/search_results/info_on_any_recipient.php?recipientID=19)  
<http://www.newamericancentury.org/iraqlintonletter.htm>  
<http://www.newscorp.com/management/board.html>  
<http://noleftturns.ashbrook.org/>  
<http://www.npr.org/templates/story/story.php?storyId=4459615>  
<http://www.npg.si.edu/exh/marshall/marsh2.htm>  
<http://www.nytc.com/company-directors.html>  
<http://www.nytc.com/investors-nyt-circulation.html>  
<http://www.nytimes.com/2006/09/12/business/media/13nytcnd.html?ex=1315713600&en=e9fab23aa6e70660&ei=5088&partner=rssnyt&emc=rss>  
<http://www.pbs.org/wgbh/amex/macarthur/peopleevents/pandeAMEX105.html>  
<http://www.pfaw.org/pfaw/general/default.aspx?oid=4456>  
[http://www.projectcensored.org/resources/p\\_complete.html](http://www.projectcensored.org/resources/p_complete.html)  
<http://www.opensecrets.org/lobbyists>  
<http://www.opensecrets.org/lobby/top.php?indexType=i>  
<http://www.opensecrets.org/revolving/top.php?display=G>  
<http://www.opensecrets.org/lobbyists/firm.asp?ID=2396&year=2000>  
<http://www.ourdocuments.gov/doc.php?doc=2&page=transcript>  
<http://www.ourdocuments.gov/doc.php?flash=true&doc=3&page=transcript>  
<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=26877>  
[http://www.projectcensored.org/resources/p\\_complete.html](http://www.projectcensored.org/resources/p_complete.html)  
<http://www.nationalinterest.org/>  
<http://www.npg.si.edu/exh/marshall/marsh2.htm>  
<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9B0DE7DD1738F934A15751C1A961948260>  
<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C0CE5D81F38F937A1575BC0A966958260>  
<http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9D0CE3DD1E3DF934A15756C0A967958260>  
<http://rightweb.irc-online.org/org/cli.html>  
<http://rightweb.irc-online.org/profile/#org>  
<http://rightweb.irc-online.org/profile/1019.html>  
<http://rightweb.irc-online.org/profile/1431>  
<http://rightweb.irc-online.org/profile/1568.html>  
<http://rightweb.irc-online.org/gw/1590.html>  
[http://rightweb.irc-online.org/profile/?sort=title\\_tagline](http://rightweb.irc-online.org/profile/?sort=title_tagline)

<http://www.rootsweb.com/~nlgar/home.html>  
<http://www.spiritone.com/~gdy52150/vesting.html>  
<http://www.stateofthenewsmedia.com/printingthereport.asp>.  
[http://www.stateofthenewsmedia.org/narrative\\_newspapers\\_contentanalysis.asp?cat=2&media=2](http://www.stateofthenewsmedia.org/narrative_newspapers_contentanalysis.asp?cat=2&media=2)  
<http://suvcw.org/suv.htm>  
<http://suvcw.org/wrc.htm>  
<http://www.un.org/aboutun/charter/>  
[http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr660-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr660-90.pdf)  
[http://www.un.org/Depts/german/sr/sr\\_90/sr661-90.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_90/sr661-90.pdf)  
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/neocons.html>  
[http://www.usatoday.com/media\\_kit/pressroom/pr\\_justfacts.htm](http://www.usatoday.com/media_kit/pressroom/pr_justfacts.htm),  
[http://www.usatoday.com/news/2004-03-18-2004-03-18\\_kelleymain\\_x.htm](http://www.usatoday.com/news/2004-03-18-2004-03-18_kelleymain_x.htm)  
<http://www.usatodaysecure.com/vpresspass/article.cfm?id=A409D-EC5D>  
<http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73site.htm>  
<http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73abelson.htm>  
<http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73haass.htm>  
<http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73rich.htm>  
<http://usinfo.state.gov/journals/itps/1102/ijpe/pj73talbott.htm>  
<http://www.zmag.org/content/showarticle.cfm?SectionID=1&ItemID=2580>

## 15 Abkürzungsverzeichnis

ABC	American Broadcasting Company
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
AOL	America Online
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CBS	Columbia Broadcasting System
CEO	Chief Executive Officer
CIA	Central Intelligent Agency
CLI	Committee for the Liberation of Iraq
CNBC	Cable National Broadcasting Corporation
CNN	Cabel News Network
CPSG	Committee for Peace and Security in den Gulf
CSR	Corporate Social Responsibility
ESPN	Entertainment and Sports Programming Network
FAIR	Fairness & Accuracy in Reporting
FCC	Federal Communications Commission
GAR	Grand Army of the Republic
GE	General Electric
IR	Investor Relations
IRC	International Relations Center
MACV	Military Assistance Command
MSNBC	Microsoft National Broadcasting Company
MTV	Music Television
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NBC	National Broadcasting Corporation
NSNBC.com	Microsoft National Broadcasting Company.com
NSA	National Security Agency
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OC	Office of Censorship
OIS	Office of Strategic Influence
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countruies
OWI	Office of War Information
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine

PLO	Palestine Liberation Organization
PR	Public Relation
PRA	Political Research Association (bis 2008 IRC)
RAND	Research and Development
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SDS	Students for an Democratic Society
SNCC	Student Non-Violent Coordinating Committee
TWA	Trans World Airlines
U.N.	United Nations
UNSCOM	United Nations Special Commission
UPI	United Press International
USA	United States of America
USIA	United States Informations Agency

## 16 Appendix

Die untenstehende Liste zeigt die wichtigsten Vernetzungen der Bushadministration (Zusammensetzung gültig bis Ende 2004) innerhalb der US-Wirtschaft und deren Verstrickungen in die Medienwelt ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit gewähren zu können.

<b>Präsident Bush's Medien- und Ölkabinetts<sup>886</sup></b>		
<b>Kabinettsposition</b>	<b>Kabinettsvertreter</b>	<b>Unternehmensverbindungen (Corporate Connections)</b>
Agriculture Secretary	Ann Veneman	- <b>Calgene/Monsanto</b> (Kontakt durch die Bekanntschaft mit Ashcroft); <b>Pharmacia</b>
Attorney General	John Ashcroft	<b>AT&amp;T; Microsoft; Schering-Plough; Enterprise Rent-A-Car; Monsanto</b> <b>Kommentar:</b> Eigentumsanteile und Lobbyist bei oben genannte Firmen.
Commerce Secretary	Don Evans	<b>Tom Brown Inc.; TMBR/Sharp Drilling</b> <b>Kommentar:</b> Gilt als Bush's "national finance chairman". Er sammelte für den Wahlkampf zu Beginn des Jahres 2004 bereits über 100 Millionen Dollar und brach damit alle bisherigen Rekorde von Wahlkampfbudgets.
Verteidigungsminister	Donald Rumsfeld	<b>Searle/Pharmacia General Instrument/Motorola; Gulfstream Aerospace; General Dynamics; Tribune Company; Gilead Sciences; Amylin Pharmaceuticals; Sears, Roebuck &amp; Co.; Allstate; Kellogg; Asea Brown Boveri</b> <b>Kommentar:</b> Rumsfeld war im Verwaltungsrat von: <b>Gilead Sciences</b> (Biotechnologie und Konnex mit Rüstungsindustrie für chemische Kampfstoffe); <b>Tribune Company</b> (Zeitungsgigant, dazu gehören Tageszeitungen wie die Los Angeles Times und die Chicago Tribune); Amylin Pharmaceuticals; Asea Brown Boveri (Schweizer Firma); and Fortune 500 behemoths, including Kellogg, Sears and Allstate. Direktor bei <b>Gulfstream Aerospace</b> , hielt hohe Beteiligungen bis zur Übernahme durch General Dynamics 1999 (seine Anteile wuchsen durch den Zusammenschluss auf ca. 11 Millionen Dollar.)
Energy Secretary	Spencer Abraham	<b>General Motors; Ford Motor Company; Lear Corp.; Daimler-Chrysler</b> (Daimler Chrysler ist seit den 80er Jahren durch verschiedene Aufkäufe im Rüstungsgeschäft tätig)

<sup>886</sup> Eine ähnliche Zusammenstellung findet sich unter: <http://www.opensecrets.org/bush/cabinet.asp>.



Health and Human Services Secretary	Tommy Thompson	<b>Philip Morris; Amtrak; America Online; Time Warner; General Electric; Merck; Abbott Laboratories</b> <b>Kommentar:</b> Kleinere Beteiligungen an den obenstehenden Unternehmungen.
Interior Secretary	Gale Norton	<b>Kommentar:</b> Repräsentierte und lobbyierte in ihrer Funktion als Anwältin für <b>Brownstein, Hyatt &amp; Farber; Delta Petroleum; NL Industries; BP Amoco; Ford Motor Company</b>
Labor Secretary	Elaine Chao	<b>Kommentar:</b> Tätig in den Führungs- und Managementpositionen für: <b>Northwest Airlines; Clorox; C.R. Bard; HCA-The Healthcare Company; Dole Food; Bank of America</b>
Secretary of State	Colin Powell	<b>America Online; Time Warner; Gulfstream Aerospace; General Dynamics</b> <b>Kommentar:</b> Als Verwaltungsrat bei <b>Gulfstream Aerospace</b> und <b>America Online</b> tätig. (Gulfstream Aerospace konzipiert spezielle Flugzeuge z.B. für die kuwaitische oder saudiarabische Regierung, die Powell aus seiner Zeit als „Chairmen of the Joint Chiefs of Staff“ während des Golfkriegs kannte. Die Firma wurde 1999 vom Verteidigungs- und Rüstungspartner General Dynamics gekauft. Durch den Zusammenschluss von <b>AOL mit Time Warner</b> profitierte Powell kräftig. Seine Beteiligung wurde auf 4 Millionen Dollar geschätzt. Powell's Sohn war der einzige Kommissionär der "Federal Communications Commission" (FCC), der den Zusammenschluss vorbehaltlos unterstützte. Präsident Bush ernannte Michael Powell zum Vorsitzenden des FCC.
Transportation Secretary	Norman Mineta	<b>Lockheed Martin; Northwest Airlines; Greyhound; United Airlines; Union Pacific; Boeing</b> <b>Kommentar:</b> Einziger Demokrat in Bush's Kabinett. Norman Mineta war Präsident Clinton's Handels- und Verkehrsminister während dessen letzten sechs Amtsmonate. Zuvor war Mineta für 21 Jahre politischer Repräsentant des „Silicon Valley“ in Washington und Lobbypartner oben stehender Unternehmungen.
Treasury Secretary	Paul O'Neill	<b>Kommentar:</b> O'Neill hielt bei <b>Alcoa</b> (Aluminium Produzent) Beteiligungen; nahm bei <b>International Paper</b> die Funktion des Präsidenten wahr und sass bei <b>Lucent Technologies; Eastman Kodak</b> im Verwaltungsrat.
Veterans Affairs Secretary	Anthony Principi	<b>Kommentar:</b> <b>Federal Network</b> (Präsident); <b>QTC Medical Services; Lockheed Martin</b> (COO); finanzielle Beteiligungen bei <b>Microsoft; Schering-Plough Corp.; Ford Motor Company; Qualcomm Inc.</b> (zw. 15'000 and 50'000 Dollar)

Präsident Bush's Ratgeber		
Position	Name	Unternehmensverbindungen (Corporate Connections)
White House Chief of Staff	Andrew Card	<p><b>General Motors, American Automobile Manufacturers Association</b></p> <p><b>Kommentar:</b> In der Bushadministration tätig als Personalchef des Weissen Haus, zuvor engagiert bei General Motors und CEO der Handlesgruppe "American Automobile Manufacturers Association"</p>
National Security Advisor	Condoleezza Rice	<p><b>Chevron, Charles Schwab, Transamerica Corp.</b></p> <p><b>Kommentar:</b> Erhielt unter Bush die Funktion des nationalen Sicherheitsbeauftragten und geriet durch die Anschuldigungen des ehemaligen ranghohen Mitarbeiters Dave Clave in Bedrängnis. Zuvor war sie bei Chevron im Verwaltungsrat und Direktorin zweier multinational tätiger Firmen, der Brokerfirma Charles Schwab und der Versicherungsfirma Transamerica Corp.).</p>

## **Gannett-Konzerstruktur (Stand 13.08.2009)<sup>887</sup>**

### Publishing

largest newspaper group in terms of circulation

Daily Newspapers - National

USA TODAY

USA WEEKEND

USA TODAY Information Network

Gannett News Service

Daily Newspapers

Alabama

The Montgomery Advertiser

Arizona

Tucson Citizen

The Arizona Republic

Arkansas

The Baxter Bulletin (Mountain Home)

California

The Desert Sun (Palm Springs)

The Californian (Salinas)

Tulare Advance -Register

Visalia Times-Delta

Colorado

Fort Collins Coloradoan

Delaware

The News Journal (Wilmington)

Florida

FLORIDA TODAY (Brevard County)

News-Press (Fort Myers)

Pensacola News Journal

Tallahassee Democrat

Guam

Pacific Daily News

Hawaii

The Honolulu Advertiser

Illinois

Rockford Register Star

Indiana

Journal and Courier (Lafayette)

Palladium-Item (Richmond)

The Indianapolis Star

The Star-Press (Muncie)

Iowa

The Des Moines Register

Iowa City Press-Citizen

Kentucky

The Courier-Journal (Louisville)

Louisiana

The News-Star (Monroe)

The Times (Shreveport)

Alexandria Town Talk

Daily World (Opelousas)

The Daily Advertiser (Lafayette)

Maryland

---

<sup>887</sup> <http://www.cjr.org/resources/?c=gannett>

The Daily Times (Salisbury)  
Michigan  
Battle Creek Enquirer  
Detroit Free Press  
HomeTown Communications Network Inc.  
Lansing State Journal  
Times Herald (Port Huron)  
Daily Press & Argus  
Minnesota  
St. Cloud Times  
Mississippi  
Hattiesburg American  
The Clarion-Ledger (Jackson)  
Missouri  
Springfield News-Leader  
Montana  
Great Falls Tribune  
Nevada  
Reno Gazette-Journal  
New Jersey  
Asbury Park Press  
The Courier-News (Bridgewater)  
Courier-Post (Cherry Hill)  
Home News Tribune (East Brunswick)  
Daily Record (Morristown)  
The Daily Journal (Vineland)  
New York  
Press & Sun-Bulletin (Binghamton)  
Star-Gazette (Elmira)  
The Ithaca Journal  
Poughkeepsie Journal  
Rochester Democrat and Chronicle  
The Journal News (White Plains)  
North Carolina  
Asheville Citizen-Times  
Ohio  
Chillicothe Gazette  
The Cincinnati Enquirer  
The News-Messenger (Fremont)  
News Herald (Port Clinton)  
Telegraph-Forum (Bucyrus)  
Coshocton Tribune  
Lancaster Eagle-Gazette  
The Marion Star  
News Journal (Mansfield)  
The Advocate (Newark)  
Times Recorder (Zanesville)  
Oregon  
Statesman Journal (Salem)  
Pennsylvania  
Point Roll (Fort Washington)  
South Carolina  
The Greenville News  
South Dakota  
Argus Leader (Sioux Falls)  
Tennessee  
The Leaf-Chronicle (Clarksville)

The Jackson Sun  
 The Tennessean (Nashville)  
 The Daily News Journal (Murfreesboro)  
 Utah  
 The Spectrum (St. George)  
 Vermont  
 The Burlington Free Press  
 Virginia  
 The Daily News Leader (Staunton)  
 Wisconsin  
 Green Bay Press-Gazette  
 Wausau Daily Herald  
 The Post-Crescent (Appleton)  
 The Reporter (Fond du Lac)  
 Herald Times Reporter (Manitowoc)  
 Marshfield News-Herald  
 Oshkosh Northwestern  
 The Sheboygan Press  
 Stevens Point Journal  
 Daily Tribune (Wisconsin Rapids)  
 Army Times Publishing Company  
 Army Times  
 Navy Times  
 Navy Times Marine Corps  
 Air Force Times  
 Federal Times  
 Defense News  
 Military Market  
 United Kingdom:  
 Newsquest plc Daily Newspapers  
 Bolton Evening News  
 Daily Echo (Bournemouth)  
 Dorset Echo (Weymouth)  
 Evening Advertiser (Swindon)  
 Evening Argus (Brighton)  
 Evening Echo (Basildon)  
 Evening Gazette (Colchester)  
 Evening Press (York)  
 Evening Times (Glasgow)  
 The Herald (Glasgow)  
 Lancashire Evening Telegraph (Blackburn)  
 The Northern Echo (Darlington)  
 Oxford Mail  
 South Wales Argus (Newport)  
 Southern Daily Echo (Southampton)  
 Sunday Herald (Glasgow)  
 Telegraph & Argus (Bradford)  
 Worcester Evening News  
 Gannett - Television  
 Arizona  
 KNAZ (Flagstaff)  
 KPNX (Phoenix)  
 Arkansas  
 KTHV (Little Rock)  
 California  
 KXTV (Sacramento)  
 Colorado

KUSA (Denver)  
 KTVD (Denver)  
 Florida  
 WTLV (Jacksonville)  
 WTSP (Tampa - St. Petersburg)  
 WJXX (Jacksonville)  
 Georgia  
 WXIA (Atlanta)  
 WATL (Atlanta)  
 WMAZ (Macon)  
 Maine  
 WLBZ (Bangor)  
 WCSH (Portland)  
 Michigan  
 WZZM (Grand Rapids)  
 Minnesota  
 KARE (Minneapolis - St. Paul)  
 Missouri  
 KSDK (St. Louis)  
 New York  
 WGRZ (Buffalo)  
 North Carolina  
 WFMY (Greensboro)  
 Ohio  
 WKYC (Cleveland)  
 South Carolina  
 WLTX (Columbia)  
 Tennessee  
 WBIR (Knoxville)  
 District of Columbia  
 WUSA  
 Gannett - Other  
 Cincinnati Reds  
 (Partial - through the Cincinnati Enquirer)

Classified Ventures Com LLC (owned with Knight Ridder, New York Times Company, Times Mirror, Washington Post Company, Tribune Company, Central Newspapers Co., and McClatchy Company)

Gannett Media Technologies International (develops and markets publishing software)

Nursing Spectrum (periodicals specializing in advertising for nursing employment)

Gannett Offset print group ( 9 printing facilities located in Chandler, AZ; Atlanta, GA; Minneapolis, Minn; Miramar, Fla; Nashville, Tenn; Norwood, Mass; Pensacola, Fla; Olivette, Mo; Springfield, Va)

BrassRing, Inc. (23%)

Space.com (partial investment with GE)

CareerBuilder (with Knight Ridder and Tribune)

Action Advertiser/Action Printing (Fond du Lac, WI)

## Kabinettübersicht George H.W. Bush

Kabinett George H.W. Bush		
Executive Department	Secretary	Service Dates
Secretary of State	James A. Baker III	1989-92
	Lawrence S. Eagleburger	1992-93
Secretary of the Treasury	Nicholas F. Brady*	1989-93
Secretary of Defense	Richard Cheney	1989-93
Attorney General	Richard L. Thornburgh*	1989-91
	William P. Barr	1991-93
Secretary of the Interior	Manuel Lujan Jr.	1989-93
Secretary of Agriculture	Clayton K. Yeutter	1989-91
	Edward Madigan	1991-93
Secretary of Commerce	Robert A. Mosbacher Sr.	1989-92
	Barbara H. Franklin	1992-93
Secretary of Labor	Elizabeth H. Dole	1989-90
	Lynn Martin	1991-93
Secretary of Health and Human Services	Louis W. Sullivan	1989-93
Secretary of Housing and Urban Development	Jack F. Kemp	1989-93
Secretary of Transportation	Samuel K. Skinner	1989-91
	Andrew Card	1992-93
Secretary of Energy	James D. Watkins	1989-93
Secretary of Education	Lauro F. Cavazos	1989-91
	Lamar Alexander	1991-93
Secretary of Veterans' Affairs	Edward J. Derwinski	1989-92

Top think-tanks USA:

US-Think Tank	Politische Orientierung
Heritage Foundation	konservativ
American Enterprise Institute	konservativ
Hudson Institute	konservativ
Hoover Institution	konservativ
Progress and Freedom Foundation	konservativ
Manhattan Institute	konservativ
Competitive Enterprise Institute	konservativ
Family Research Council	konservativ
National Center for Policy Analysis	konservativ
Reason Foundation	liberal
Cato Institute	liberal
Washington Institute for Near East Policy	Mitte-Rechts
RAND Corporation	Mitte-Rechts
Center for Strategic and International Studies	Mitte-Rechts
Institute for International Economics	Mitte
National Bureau of Economic Research	Mitte
Council on Foreign Relations	Mitte
Freedom Forum	Mitte
Economic Strategy Institute	Mitte
Progressive Policy Institute	Mitte
Baker Institute	Mitte
Urban Institute	Mitte-Links
Carter Center	Mitte-Links
Brookings Institution	Mitte-Links
New America Foundation	Mitte-Links
Carnegie Endowment f or International Peace	Mitte-Links
Center for American Progress	progressiv
Center on Budget and Policy Priorities	progressiv
Joint Center for Political and Economic Studies	progressiv
Justice Policy Institute	progressiv
Worldwatch Institute	progressiv
Center for Defense Information	progressiv
Institute for Policy Studies	progressiv
Economic Policy Institute	progressiv



## Lobbying und Revolving Door Ende 2008:

Lobbying	
Top Industries	
Industry	Total
Pharmaceuticals/Health Products	\$1,463,107,663
Insurance	\$1,116,065,514
Electric Utilities	\$1,018,323,199
Computers/Internet	\$820,334,739
Business Associations	\$744,837,726
Education	\$727,368,402
Real Estate	\$696,272,209
Oil & Gas	\$687,422,226
Hospitals/Nursing Homes	\$648,675,442
Misc Manufacturing & Distributing	\$612,696,364
Health Professionals	\$604,790,678
Civil Servants/Public Officials	\$572,419,190
Securities & Investment	\$564,429,129
TV/Movies/Music	\$546,260,107
Air Transport	\$524,571,764
Automotive	\$519,982,509
Misc Issues	\$516,369,453
Telecom Services & Equipment	\$501,366,518
Telephone Utilities	\$418,878,462
Defense Aerospace	\$413,920,103

Quelle: [www.opensecrets.org](http://www.opensecrets.org)

Revolving Door: Top Agencies	
Agency	Number of revolving door people profiled
White House Office	443
US House of Representatives	280
Federal Communications Commission	114
Dept of State	113
Dept of Commerce	112
Dept of Defense	111
Dept of Treasury	110
Office of the Attorney General	103

Environmental Protection Agency	99
Office of US Trade Representative	94
Federal Trade Commission	87
Office of Management & Budget	86
Dept of Army	83
Dept of Energy	83
Dept of Health & Human Services	82
US Attorney's Office	82
Securities & Exchange Commission	78
US Senate	73
Dept of Transportation	71
US Diplomatic Missions	65

## Der Zweite Golfkrieg - Chronologie vor dem Krieg:

25. Juli	1990	April Glaspie, US-Botschafter, trifft sich mit Saddam Hussein
02. August	1990	Irak besetzt Kuwait. Der U.N. Sicherheitsrat verurteilt die Invasion. Präsident Bush verurteilt die irakische Invasion bereits als nackte Aggression und entsendet ein Extrakontingent an Kriegsschiffen in den Persischen Golf
04. August	1990	Die USA, Europa und Japan isolieren den Irak vom bilateralen Handel
05. August	1990	Bush verkündet, dass die irakische Aggression „will not stand“
06. August	1990	U.N. fordert weltweites Handelsembargo gegen den Irak. Irak nimmt in Kuwait Geiseln
07. August	1990	König Fahd von Saudi-Arabien bitte die Amerikaner um Hilfe
08. August	1990	Bush verkündete die Entsendung US-amerikanischer Truppen nach Saudi-Arabien
08. August	1990	Hussein unterstreicht die Annexion Kuwaits
23. August.	1990	Hussein erscheint am Fernsehen mit einer Gruppe von Geiseln
25. August	1990	Die U.N. billigt den Einsatz von Gewalt, um das Handelsembargo durchzusetzen
28. August	1990	Irak gliedert Kuwait als 19. Provinz in den Irak ein. Eine geheime israelische Delegation fliegt nach Washington, um die Wahrscheinlichkeit eines irakischen Angriffs auf Israel im Falle eines Kriegsbeginns zu unterstreichen
04. Sept.	1990	Ein irakisches Handelsschiff wird erstmals mit Gewalt von der US-Flotte gestoppt
11. Sept.	1990	Bush bittet den Kongress in einer landesweit ausgestrahlten TV-Übertragung um Unterstützung für seine eingeschlagene Irakpolitik
18. Sept.	1990	General Schwarzkopf beginnt mit den Vorbereitungen für die Bodenoffensive

23. Sept.	1990	Hussein droht Israel zu zerstören und einen Krieg zu beginnen, bevor das U.N. Embargo den Irak erdrossle
20. Okt.	1990	Bush bricht sein „read my lips“ Wahlversprechen und erhöht die Steuern - in fünfzehn Staat protestieren Gegner der Golfpolitik
21. Okt.	1990	Colin Powell fliegt nach Riyadh um dort die ausgearbeiteten Pläne zur Bodenoffensive zu diskutieren
24. Okt.	1990	Das Budget wird vom Kongress verabschiedet
06. Nov.	1990	Kongresswahlen
08. Nov.	1990	Bush kündigt die Entsendung von Truppen in den Irak an, um für eine adäquate militärische Offensive vorbereitet zu sein
18. Nov.	1990	Irak kündigt die Freilassung ausländischer Geiseln über einen dreimonatige Dauer mit Beginn an Weihnachten an
28. Nov.	1990	Hearings im Kongress zur Golfpolitik beginnen
29. Nov.	1990	Der U.N. Sicherheitsrat heisst auch einen Gewalteinsatz gegen Irak gut, um diesen aus Kuwait zu vertreiben
30. Nov.	1990	Bush schlägt ein Treffen zwischen dem Irak und den USA vor
06. Dez.	1990	Hussein lässt sämtliche Geiseln im Irak und Kuwait frei, erstes Kriegsgerät wird per Schiff aus Deutschland in Richtung Saudi-Arabien verfrachtet
08. Jan.	1991	Bush beantragt beim Kongress die Autorisation zum Gewaltgebrauch
09. Jan.	1991	Die Gespräche zwischen dem Irak (Tarek Aziz) und den USA (James Baker III) verlaufen ergebnislos
12. Jan.	1991	Der Kongress billigt Kriegseinsatz
13. Jan.	1991	Auch ein Treffen des U.N. Chefs verläuft ergebnislos
16. Jan.	1991	Kriegsbeginn aus der Luft